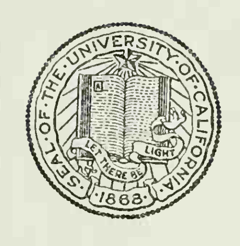



SEAL OF THE UNIVERSITY OF CALIFORNIA
LET THERE BE LIGHT
1868

Die Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871–1914



Herausgegeben
im Auftrage des Auswärtigen Amtes

Germany. Auswärtiges amt.

Die Grosse Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914

Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes

Im Auftrage des Auswärtigen Amtes

herausgegeben von

Johannes Lepsius †
Albrecht Mendelssohn Bartholdy
Friedrich Thimme

1 9 2 6

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8

38. Band

Neue Gefahrenzonen im Orient 1913—1914

1 9 2 6

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8

1. Auflage

Gesetzt und gedruckt in der Buchdruckerei F. E. Haag in Melle i. H.

Inhaltsübersicht des achtunddreißigsten Bandes

Ein Namenverzeichnis für die Bände XXVI—XXXIX erscheint als Band XL, ein ausführliches Namen- und Sachverzeichnis zum Schlusse des gesamten Werkes

Kapitel CCLXXXIX

Die Frage der Armenischen Reformen Januar 1913 bis April 1914

Nr. 15 282

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 1 Pera, den 2. Januar 1913

Aus armenischen Kreisen erfahre ich zuverlässig folgendes:

Die russische Regierung hat vor einiger Zeit den armenischen Katholikos in Etschmjadsin darauf aufmerksam gemacht, daß durch die gegenwärtige Weltlage die Gelegenheit geboten sei, eine Bewegung zur Besserung des Loses der in der Türkei lebenden Armenier herbeizuführen, und daß es sich empfehlen würde, zu dem gedachten Zwecke ein Komitee in Paris einzusetzen*. Hier in Konstantinopel ist der frühere armenische Patriarch Ormanian an die Spitze der Bewegung

* Die Initiative der russischen Regierung in der armenischen Frage, die sich keineswegs auf den dem armenischen Katholikos gegebenen Wink beschränkte, war nach dem im Jahre 1915 ausgegebenen Orangebuch über die armenischen Reformen (Les Réformes en Arménie. 26 Novembre 1912—10 Mai 1914) veranlaßt durch einen Bericht des russischen Botschafters in Konstantinopel von Giers an den russischen Außenminister vom 9. Dezember 1912. Dieser Bericht wies auf die wachsende Gärung in der armenischen Bevölkerung hin, welche immer ungestümer die Durchführung ernstlicher Reformen unter russischer Kontrolle, oder lieber noch die russische Okkupation verlange. Der Bericht schloß mit den Worten: „Vu l'état d'anarchie où se trouve la Turquie, il faut compter avec l'éventualité que les réformes n'apporteront pas l'apaisement attendu et se préparer à la nécessité de l'entrée de nos troupes dans ces regions." Am 13. Dezember erteilte Sasonow darauf dem Botschafter Giers den Auftrag, bei der Pforte unter Hinweis auf die sonst drohende Zuspitzung der russisch-türkischen Beziehungen und auf die Möglichkeit einer europäischen Intervention wegen der armenischen Reformen vorstellig zu werden. Kurz darauf leitete er einen Meinungsaustausch mit den Kabinetten von Paris und London, unter geflissentlicher Umgehung des Berliner Kabinetts, über die armenische Frage ein, der dahin gerichtet war, der russischen Regierung mit Hilfe ihrer Ententegenossen den vorwiegenden Einfluß bei einer Lösung der armenischen Frage zu sichern. Vgl. dazu André Mandelstam, Le Sort de l'Empire Ottoman, Paris 1917, p. 206 ss. und Djemal Pascha, Erinnerungen eines türkischen Staatsmannes, S. 337 ff. Bei Mandelstam, der im Jahre 1913 erster Dragoman bei der russischen Botschaft in Konstantinopel war und einen lebhaften Anteil an den Reformprojekten nahm (vgl. Nr. 15 338 ff.), eine eingehende Analyse der in dem Orangebuch über die armenische Frage enthaltenen Schriftstücke, die größtenteils nur in russischer Sprache veröffentlicht sind.

getreten. Dieser hat sich zunächst an einige hiesige Botschafter und auch an verschiedene Vertreter der Großmächte in fremden Hauptstädten, so zum Beispiel an den französischen Botschafter in London, Herrn Cambon, und an Marquis Imperiali, mit der Bitte um Unterstützung seiner Pläne gewandt.

Französischerseits ist ihm ausweichend, italienischerseits gar nicht geantwortet worden. Dagegen hat er von dem hiesigen englischen Botschafter durch Herrn Fitzmaurice * den Bescheid erhalten, daß das armenische Vorgehen durchaus zeitgemäß sei, und daß England sich voraussichtlich allen Schritten, die Rußland etwa in der Sache unternähme, anschließen würde.

Wangenheim

Nr. 15 283

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Wangenheim

Konzept

Nr. 34

Berlin, den 10. Januar 1913
[abgegangen am 11. Januar]

Auf den Bericht vom 2. d. Mts. Nr. 1 **.

Zu Ew. pp. gefälliger Information und Regelung Ihrer Sprache.

Als Mitunterzeichner des Berliner Vertrages (Artikel 61) und in Anbetracht unserer bedeutenden Interessen in der asiatischen Türkei beabsichtigen wir nicht, der Tripelentente allein die Sorge für das Schicksal der Armenier zu überlassen. Vielmehr werden wir und vermutlich auch unsere Verbündeten Wert darauf legen, zu etwaigen Verhandlungen und Beschlüssen der Mächte über armenische Verhältnisse hinzugezogen zu werden.

Zimmermann

Nr. 15 284

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 25

St. Petersburg, den 23. Januar 1913

Bei meinen letzten Unterredungen mit Herrn Sasonow fiel mir auf, daß der Minister bei Besprechung der für den Fall der Fort-

* Chefdragoman bei der englischen Botschaft in Konstantinopel.
** Siehe Nr. 15 282.

dauer des Balkankrieges drohenden Gefahren wiederholt auf Armenien zu sprechen kam[1] und die Befürchtung äußerte, daß es dort zu Christenmetzeleien kommen könnte[2]. „Unruhen in der unmittelbaren Nähe unserer Grenzen", bemerkte der Minister, „können uns aber nicht gleichgültig lassen, und wir würden eintretendenfalls nicht umhin können einzuschreiten."

Wie ich von vertrauenswürdiger Seite höre, stehen in dieser Frage in hiesigen maßgebenden Kreisen zwei Strömungen einander gegenüber. Während die einen ein Vorgehen in Armenien befürworten, damit Rußland bei der jetzigen Neuregelung der Verhältnisse im nahen Orient nicht ganz leer ausgeht[3], wird eine solche Politik von anderer Seite bekämpft.

Vielfach wird behauptet, daß das Ministerium des Äußern den ersteren Standpunkt vertritt[4]. Bei der maßvollen Zurückhaltung, die Herr Sasonow bisher während der Balkankrisis beobachtet hat, vermag ich daran noch nicht recht zu glauben. Immerhin ist nicht zu bestreiten, daß mehrere Zeitungen, deren Beziehungen zu der Sängerbrücke bekannt sind, offenkundig bestrebt sind, das Interesse für Armenien zu erwecken und auf die eventuelle Notwendigkeit eines russischen Einschreitens zum Schutze der dortigen Christen hinzuweisen[5].

Zu den Gegnern einer aktiven russischen Politik in Armenien scheint nach meinen Informationen der Generalgouverneur des Kaukasus zu gehören. Graf Woronzow-Daschkow hat, wie ein gut unterrichteter hiesiger Diplomat in Erfahrung gebracht haben will, als er um seine Ansicht befragt wurde, auf die Gefahren hingewiesen, welche eine Aktion Rußlands in Armenien für das Kaukasusgebiet im Gefolge haben könnte. Der Statthalter hat dabei folgenden Standpunkt vertreten:

Eine solche Aktion würde naturgemäß zunächst die Gewährung von Reformen und von Autonomie zum Ziele haben müssen. Sobald aber die zahlreichen im Kaukasus lebenden Armenier von den für ihre Konnationalen auf türkischem Gebiet gewährten Vorrechten hören würden, sei zu erwarten, daß sie für sich die gleichen Rechte beanspruchen, und daß dann im Kaukasus Unruhen ausbrechen würden.

Herr Sasonow hat gestern dem österreichisch-ungarischen Botschaftsrat* gesagt, er habe, um zu verhindern, daß es in Armenien zu Ruhestörungen kommt, dem hiesigen türkischen Botschafter dringend geraten, seiner Regierung die Einführung von Reformen in Armenien zu empfehlen[6]. Turkhan Pascha hat mir von diesem russischen Rat nichts mitgeteilt, sich aber bezüglich der russischen Absichten in Armenien mir gegenüber äußerst mißtrauisch gezeigt[7]. Während der Botschafter noch vor einigen Wochen die maßvolle und loyale Haltung der russischen Politik voll anerkannte, sprach er mir

---

* Graf Czernin.

gestern von einer entschieden veränderten Haltung des Ministers ihm gegenüber[8], die ihn mit großem Mißtrauen erfülle. Er könne die Befürchtung nicht loswerden, daß Rußland sich mit irgendwelchen Plänen trägt, mit denen es noch nicht heraustreten wolle[9]. Turkhan Pascha erklärte auf das entschiedenste, daß die Behauptung, die Lage der Christen in Armenien sei eine gefährliche, völlig haltlos sei; dagegen bestehe nicht der geringste Zweifel, daß die Russen es vollkommen in der Hand hätten, wenn es ihnen passe, vom Kaukasus aus in Armenien Unruhen anzuzetteln[10].

Auffällig war mir, daß der sonst ausgesprochen russophile italienische Geschäftsträger*, der bis jetzt das größte Vertrauen in die Uneigennützigkeit der russischen Politik zeigte[11], mir ebenfalls Besorgnisse wegen der russischen Absichten in Kleinasien äußerte. Auf meine Bemerkung, daß Rußland immerhin bei etwaigen Expansionsbestrebungen in Kleinasien auf England würde Rücksicht nehmen müssen[12], erwiderte Marquis Torretta: „Warum sollten sich die Mächte der Tripelentente nicht über diese Frage geeinigt haben[13]?“ Der Geschäftsträger wies dabei auf das bemerkenswerte Interesse hin, das Frankreich neuerdings für Syrien zeige[14] **, und hielt es als nicht ausgeschlossen, daß England sein Auge auf die arabische Küste des Roten Meeres geworfen habe[15].

Bestimmte Anhaltspunkte für solche Abmachungen der Mitglieder der Tripelentente unter sich versicherte Marquis Torretta allerdings nicht zu besitzen, und auch ich vermag keine Tatsachen anzuführen,

---

* Tommasi della Torretta.

** Auch der italienische Botschafter in London Marquis Imperiali brachte um die Mitte Januar gegenüber Sir E. Grey zur Sprache, daß Frankreich Absichten auf Syrien habe. Der italienische Argwohn, der in England geteilt (vgl. dazu Bd. XXXIV, Kap. CCLXVIII), französischerseits aber für unbegründet erklärt wurde, begreift sich aus der in Rom gehegten Besorgnis um die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts im Ägäischen Meer. Vgl. das Geheimtelegramm des russischen Geschäftsträgers in Paris Sewastopulo Nr. 14 vom 16. Januar 1913, Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 31. Um die gleiche Zeit beargwöhnte die italienische Politik den österreichischen Bundesgenossen, aus egoistischen Motiven die kleinasiatische Frage auf der Londoner Konferenz aufrollen zu wollen. Graf Berchtold stellte eine solche Absicht entschieden in Abrede; er befürwortete lediglich, daß die Dreibundmächte sich, wenn die kleinasiatische Frage von anderer Seite angeschnitten werden sollte, daran nicht desinteressieren, d. h. nicht zulassen sollten, daß die asiatische Frage einseitig von anderen Mächten in Angriff genommen würde. Deutscherseits sprach man sich nachdrücklich dagegen aus, daß die asiatische Frage vor die Botschafterreunion gebracht werde: „Stellen wir die asiatische Frage erst zur Diskussion und geben wir scheinbar damit zu, daß es sich um ein akutes Problem handelt, so ermuntern wir Rußland und Frankreich, mit verborgenen Wünschen hervorzutreten, regen die Ententemächte zu einer entsprechenden vertraulichen Verständigung untereinander förmlich an und laufen daher Gefahr, das Gegenteil des beabsichtigten Effekts zu erreichen.“ Siehe Bd. XXXIV, Kap. CCLXVIII, Nr. 12 701, 12 706, 12 714.

die auf Abmachungen dieser oder ähnlicher Art schließen ließen; ich habe aber doch geglaubt, das Mißtrauen, welches sich in hiesigen diplomatischen Kreisen gegen die russischen Pläne zu regen beginnt[16], in meiner Berichterstattung nicht unerwähnt lassen zu dürfen.

F. Pourtalès

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Das ist doch schon eine alte Geschichte!
[2] d[as] h[eißt] sie werden von Rußland organisirt, um Grund zum Eingreifen und damit zur Annexion zu haben! Dazu sollte die Flottendemonstration dienen!
[3] !
[4] das kann er gar nicht anders!
[5] mit Speck fängt man Mäuse!
[6] wie in Mazedonien? also gerade das was Woronzow befürchtet!
[7] mit Recht
[8] natürlich! Weil es in Stambul so bunt aussieht
[9] seit Wochen für alle nichtdiplomaten mit Händen zu greifen
[10] richtig werden sie auch!
[11] Cameel!!
[12] umgekehrt ist es der Fall brauchen sie nicht! London thut was Benkendorff will!
[13] richtig!
[14] Schlag gegen die Bagdadbahn!
[15] richtig
[16] kommt reichlich spät! Ich habe es schon lange! Aber mir glaubt man niemals! Endlich kommt Petersb[ur]g in die Position des Störenfrieds der Allgemeines Mißtrauen erweckt!

Schlußbemerkung des Kaisers:
sehr richtig

Nr. 15 285

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 42 Paris, den 6. Februar 1913

Aus einer in der Regel gut unterrichteten und vertrauenswürdigen Quelle höre ich, daß die englische Regierung kürzlich, als von russischen Absichten des Einschreitens in Armenien verlautete*, hier nahegelegt habe, abmahnend auf den russischen Verbündeten mit dem Hinweise darauf einzuwirken, daß England durch den Zypernvertrag vom 4. Juni 1878 verpflichtet ist, etwaiger russischer Besitzergreifung türkischer Landesteile in Asien mit bewaffneter Hand entgegenzutreten. Aus dieser englischen Warnung erkläre sich die hiesige Betonung einer Politik strengster Neutralität gegenüber der durch das Wiederaufkommen der Jungtürken geschaffenen Lage.

---

* Vgl. darüber Bd. XXXIV, Kap. CCLXVIII.

Der Zypernvertrag enthält allerdings die Bestimmung, „que si aucune tentative serait faite à une époque quelconque par la Russie de s'emparer d'aucune autre portion des territoires de Sa Majesté Impériale le Sultan en Asie, fixés par le traité définitif de paix, l'Angleterre s'engage à s'unir à Sa Majesté Impériale le Sultan pour la défense des territoires en question par force d'armes". Damit ist zweifellos eine englische Garantie des türkischen Besitzstandes in Asien gegenüber russischen Eroberungsgelüsten ausgesprochen. Es dürfte aber namentlich mit Rücksicht auf das heutige Verhältnis zwischen England und Rußland fraglich erscheinen, ob England ein russisches Vorgehen bezüglich Armeniens, das sich unterhalb der Linie einer Besitzergreifung halten würde, als dem Geiste jenes Vertrages widersprechend ansehen würde.

v. Schoen

Nr. 15 286

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 48 Paris, den 8. Februar 1913

Boghos Pascha Nubar, ein Sohn des bekannten ägyptischen Staatsmannes Nubar Pascha *, hat mich aufgesucht und sich mir als der Mann vorgestellt, der von dem armenischen Katholikos und dem früheren Patriarchen Ormanian beauftragt sei, bei den Großmächten zugunsten schleuniger Verwirklichung der Reformen für Armenien zu wirken.

Boghos Pascha führte mir aus, seine armenischen Auftraggeber und Landsleute seien sich vollkommen klar darüber, daß das zu erstrebende Ziel nicht etwa Lostrennung von der Türkei, auch nicht Autonomie sein dürfe, sondern lediglich Verbesserung der Lebensbedingungen für das armenische Volk. Die jetzige Lage der Armenier, die unter türkischer Willkürherrschaft und Halbbarbarei litten, sei unerträglich und bringe unausgesetzt die Gefahr von Unruhen und Massakers mit sich, die nur zu leicht den Russen einen Vorwand zum Eingreifen bieten würden. Die führenden Geister der Armenier wollten aber von russischer Bevormundung oder Herrschaft nichts wissen, sie wünschten unter türkischer Herrschaft zu bleiben, aber der Fürsorge der Großmächte teilhaftig zu werden, die allein ihnen Sicherheit von Gut und Blut und Wohlfahrt verbürgen könnten. Die im Berliner Vertrag feierlich zugesagten und seitdem auch in Angriff genommenen, aber nie zur Ausführung gelangten Reformen müßten nun endlich zur

* Der langjährige und wiederholte Vorsitzende des ägyptischen Ministeriums; er entstammte einer armenischen Familie.

Verwirklichung kommen. Der Augenblick scheine um so günstiger, als die Großmächte offenbar in dem Grundsatze der Aufrechterhaltung des Status quo der asiatischen Türkei einig seien, die Reformen aber eine wesentliche Stütze des Status quo sein würden.

Die Pforte sei endlich von der Nützlichkeit armenischer Reformen überzeugt, schon deshalb, weil sie den Vorwand zu Interventionen beseitigen und den Status quo stützen würden. Allerdings sträube sich die Pforte gegen europäische Kontrolle, werde aber wohl auch hierin, durch die bitteren Erfahrungen in der europäischen Türkei belehrt, nachgeben.

Was die Stellung der Mächte betreffe, so seien in Rußland wohl Neigungen zur Annexion Armeniens aufgetaucht, die russische Regierung wisse aber zu genau, daß dem die Verpflichtung, die sie im Artikel 61 des Berliner Vertrages mitunterschrieben, sowie der englisch-türkische Zypernvertrag entgegenstehe. Sie sei daher der armenischen Reformbewegung im Prinzip günstig gestimmt, habe aber dem Katholikos bedeutet, daß sie den gegenwärtigen Augenblick für ihre Unterstützung nicht für geeignet halte. Hinter dieser Zurückhaltung verberge sich offenbar die Annahme, daß einzelne Mächte, vor allen Deutschland, ihre Mitwirkung versagen würden. Den gleichen zurückhaltenden Standpunkt nehme auch die französische Regierung ein. Über die Stellungnahme des englischen Kabinetts sei er nicht unterrichtet, nehme aber an, daß sie eine ähnliche wie die der anderen Ententemächte sein werde.

Boghos Pascha meint nun, daß die Reformbewegung nur in Fluß kommen könne, wenn sich Deutschland an ihr tätig beteilige. Deutschland habe an den Reformen in Großarmenien, das heißt in den sechs armenischen Wilajets, allerdings kein direktes Interesse, wohl aber daran, daß die Reformen auch in dem stark von armenischen Elementen durchsetzten Cilicien eingeführt würden, und zwar hier unter deutscher Kontrolle. Deutschland, das dort durch die Bagdadbahn und industrielle Unternehmungen schon bedeutende Interessen besitze, würde sich auf diese Weise in jenen zukunftsreichen Gegenden einen erheblichen wirtschaftlichen und moralischen Einfluß sichern und mit seiner Kulturkraft unendlich viel für Entwickelung von Land und Leuten tun können.

Boghos Pascha hat mir zur Erläuterung seiner Ausführungen die beiliegende „note sur l'article 61 du Traité de Berlin" und ein Exemplar des nach seiner Aussage von der Kaiserlichen Regierung seinerzeit gutgeheißenen Memorandum vom 11. Mai 1895 über ein Reformprogramm übergeben, ferner noch eine Karte, auf welcher das eigentliche Armenien und das armenische Cilicien kenntlich gemacht ist*.

---

* Die Anlagen gelangen hier nicht zum Abdruck.

Ich habe Boghos Pascha gesagt, ich könne nur mit Befriedigung davon Akt nehmen, daß er von dem Gedanken ausgehe, daß die armenische Frage nicht etwa von einer Mächtegruppe gelöst werden könne, sondern nur von allen Kongreßmächten gemeinsam. Im übrigen könne ich der Stellungnahme meiner Regierung nicht vorgreifen und beschränke mich auf die rein persönliche Meinungsäußerung, daß die Kabinette zurzeit bereits so überreichlich mit schwierigen Fragen belastet seien, daß es sich schon aus diesem Grunde empfehle, die armenische Reformfrage nicht zu überstürzen. Dabei sei auch zu bedenken, daß eine Reformaktion, so sehr sie auch durch die tatsächlichen Mißstände gerechtfertigt sein würde, wie die Erfahrungen bezüglich Mazedoniens lehrten, eine zweischneidige Sache sei, die auf der einen Seite Gutes schaffen wolle, auf der anderen aber Schlimmes wirke. Reformen im Einvernehmen mit der Pforte hielte ich für nützlich, Reformen gegen den Willen der türkischen Regierung für schädlich.

Boghos Pascha ist jederzeit bereit, Euerer Exzellenz seine Aufwartung zu machen, wenn dies genehm sein würde[1].

v. Schoen

Randbemerkung Zimmermanns:

[1] Der Standpunkt des Botschafters erscheint mir zutreffend. Auf den Besuch von Boghos Pascha werden wir gern verzichten *. Z. 11./2.

Nr. 15 287

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 58 Pera, den 24. Februar 1913

Kaum ist die Nationalitätenfrage auf dem Balkan zum Nachteil der Türkei entschieden worden, da erwächst dem asiatischen Besitzstand des Reiches eine neue und kaum weniger schwere Gefahr durch das Akut-

---

* In diesem Sinne wurde Freiherr von Schoen durch Erlaß Nr. 215 vom 14. Februar verständigt. Auch von russischer Seite erhielt Boghos Nubar Pascha um die gleiche Zeit einen Wink, zunächst noch zu warten und von einer Reise nach London, um dort vor der Botschafterkonferenz die Frage der armenischen Reformen zur Sprache zu bringen, Abstand zu nehmen. Um die Mitte März wandte sich Boghos Nubar von neuem an Iswolsky mit der Anfrage, ob der günstige Moment nicht gekommen sei, um die Mächte an die Not des armenischen Volkes zu erinnern. Nach einem Brief Iswolskys an Sasonow vom 13. März (Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 91 f.) erklärte ihm der armenische Sachwalter, daß die Armenier ihre ganze Hoffnung auf die mächtige Hilfe Rußlands setzten und die feste Absicht hätten, in allem den Anweisungen der russischen Regierung zu folgen.

werden der armenischen Frage. Die Armenier können sich zwar in ihren Sonderbestrebungen nicht wie Südslawen und Griechen auf die Hilfe eines unabhängigen Staates eigener Nationalität stützen; aber sie haben an dem benachbarten Rußland einen ebenso rührigen und zielbewußten Bundesgenossen gefunden wie jene.

Die Motive, welche zum Zusammenschluß zweier so heterogener Elemente führten, liegen, soweit Rußland in Frage kommt, natürlich klar zu Tage. Die über ganz Kleinasien und Nordpersien verbreiteten Armenier, welche aus religiösen und ethnographischen Gründen in einem natürlichen Gegensatz zu ihren mohammedanischen Herren stehen, sind das gegebene Element zum Aufbau einer engmaschigen politischen Propaganda in Vorderasien. In dem Augenblick, wo die Liquidation der asiatischen Türkei in greifbare Nähe rückte, mußte es von großem Werte sein, über ein solches Agitationsinstrument verfügen zu können. Darum brach man neuerdings mit dem seit 1878 betriebenen Russifizierungssystem und begann das gestern noch unterdrückte armenische Volk zu verhätscheln.

An Organen zur Anknüpfung von Beziehungen fehlte es den Russen nicht. Schon durch den Umstand, daß das Haupt der orthodoxen (schismatischen) armenischen Kirche seinen Sitz in Etschmjadsin auf russischem Gebiet hat, sind manche Fäden hinüber und herüber geknüpft. Rußland unterhält aber ferner in Anatolien und Nordwestpersien nicht weniger als 15 Konsulate und Konsularagenturen. Das bedeutet ebenso viele russische Propagandaherde, von denen aus den Armeniern durch Geld und gute Worte die Idee suggeriert werden soll, daß ihre Stammesgenossen unter dem Szepter des Zaren alle Wohltaten eines geordneten Rechtsstaates genössen, und daß daher die Aufnahme der ganzen armenischen Nation in den russischen Untertanenverband ein erstrebenswertes Ziel sei. Nach den Angaben von ziemlich glaubwürdiger armenischer Seite hat Rußland im letzten Jahre nicht weniger als zweieinhalb Millionen Rubel für Propagandazwecke allein in Ostanatolien verausgabt. Die gesamte armenische Bevölkerung soll dort mit modernen Waffen versehen und jederzeit bereit sein, auf einen Wink Rußlands gegen die Türken loszuschlagen. Wenn man sich vergegenwärtigt, welche Schwierigkeiten der türkischen Regierung die Niederwerfung der im Jahre 1904 aus Rußland herübergekommenen armenischen Banden machte, so kann man ermessen, welche Gefahr dem Besitzstande des Reiches hier droht.

Die Armenier wissen zwar ganz genau, welchen Motiven die ihnen von Rußland gezeigten Aufmerksamkeiten entspringen. Was sie unter russischer Herrschaft erwartet, haben sie im Jahre 1903 gesehen, als die armenischen Kirchengüter eingezogen und durch die planmäßige Russifizierungsarbeit Pobjedonoszews die armenische Revolutionspartei ins Leben gerufen wurde. Der Armenier will ebensowenig Russe werden, wie er sich jahrhundertelang gewehrt hat, Byzantiner,

Araber, Perser oder Türke zu werden. Wenn er trotz der früheren schlechten Erfahrung dem russischen Lockruf gefolgt ist, so geschah das lediglich deshalb, weil die russische Regierung bisher die einzige ist, welche für ihn mehr übrig gehabt hat als rein platonische Ratschläge und Versprechungen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß der Armenier auf türkischem Boden gegen Willkür und Unterdrückung nicht genügend geschützt ist. Wer ihm diesen Schutz in Aussicht stellt, der ist heute sein Mann, ganz gleich, welche Nebenabsichten er außerdem verfolgt. (Ein Armenier verglich mir gegenüber die heutige Lage seines Volkes mit der eines Ertrinkenden. Dieser ergriffe unwillkürlich die Hand eines jeden, der ihm zu Hilfe komme, selbst wenn der Retter ihm nur in der Absicht beispringe, ihn nachher gefangen zu nehmen.)

Bei uns in Deutschland hat man sich daran gewöhnt, in den periodisch wiederkehrenden Armeniermassakers nur die natürliche Reaktion auf das Aussaugesystem der armenischen Geschäftsleute zu sehen. Man nannte die Armenier die Juden des Orients und vergaß darüber, daß es in Anatolien auch einen starken armenischen Bauernstamm gibt, der alle guten Eigenschaften einer gesunden Landbevölkerung besitzt, und dessen ganzes Unrecht darin besteht, daß er seine Religion, seine Sprache und seinen Besitz zähe gegen die ihn umgebenden Fremdvölker verteidigt.

Der Mangel an organisatorischem Talent, die Unfähigkeit zu einer wirklich durchgreifenden Reformarbeit im modernen Sinne ist bei den Türken in den letzten Monaten so klar zu Tage getreten, daß das Verhältnis zwischen Türken und Armeniern dadurch beeinflußt werden muß. Die Schaffung eines großen selbständigen Armenien bleibt natürlich auch unter den heutigen Verhältnissen eine Utopie. Das armenische Element verfügt fast nirgends über einheitlich geschlossene Sprachgebiete, sondern lebt der Mehrzahl nach zerstreut unter fremden Volksstämmen. Es würde also völlig unmöglich sein, auf ethnographischer oder historischer Basis die Grenzen für ein autonomes Armenien zu bestimmen. Sogar die Einrichtung einer lokalen Selbstverwaltung in Gebieten, wo das armenische Element überwiegt, würde heute auf Schwierigkeiten stoßen. Besonnene Armenier geben freimütig zu, daß es unter ihren Volksgenossen an einem Stamm verwaltungstechnisch geschulter Personen völlig mangelt, daß also die Gewährung der Selbstverwaltung an die Armenier nur zu einem unerwünschten Fiasko führen kann. Andererseits ist es aber undenkbar, daß die Türken in ihrem buntscheckigen Reich fortfahren können, die Rolle der kraft Erobererrecht allein herrschenden Nation zu spielen. Wie immer sich auch das Schicksal der Türkei nach dem Friedensschluß gestalten mag, so viel ist sicher, daß das numerisch starke und wirtschaftlich tüchtige armenische Element sich mehr und mehr emanzipieren wird. Jeder, der wirtschaftliche oder politische Ziele in

Anatolien verfolgt, wird nicht umhin können, mit dieser Tatsache zu rechnen.

Solche Erwägungen müssen uns dazu führen, unsere bisher den Armeniern gegenüber eingenommene Haltung zu ändern. Die radikalen Elemente, welche utopische Ziele verfolgen und mit nihilistischen Mitteln arbeiten, werden wir selbstverständlich nach wie vor von uns fernhalten müssen. Unser Ziel muß es vielmehr sein, das Vertrauen der armenischen Bauern und Kaufleute zu gewinnen, indem wir die erreichbaren Wünsche der ruhig denkenden armenischen Kreise — und dazu rechnet noch immer die große Mehrzahl des Volkes — fördern. Diese Wünsche kann man in zwei Punkten zusammenfassen:

1) Wirksame Garantien für die Sicherheit von Leben, Eigentum und Religion.

2) Anteil an der lokalen Verwaltung entsprechend der Kopfzahl und dem Bildungsgrade des armenischen Elements.

Das sind Forderungen, denen sich die Türkei nicht mehr wird entziehen können. Die jetzt am Ruder befindliche Regierung ist sich darüber auch vollkommen klar. Mahmud Schewket brachte neulich selbst das Gespräch auf die armenische Frage und sprach mir gegenüber den Wunsch aus, die deutsche Regierung möchte ihm bei der Lösung der hier bestehenden Schwierigkeiten behilflich sein. Dem Großwesir schwebt ohne Zweifel der Gedanke vor, durch eine Annäherung der Armenier an die loyalen deutschen Vertretungen der destruktiven russischen Propaganda das Wasser abzugraben und dadurch das armenische Element zur praktischen Mitarbeit am Wiederaufbau des zerrütteten Staates zu gewinnen. Ihm darin behilflich zu sein, ist meines Erachtens eine ebenso ehrenhafte wie unseren Interessen förderliche Aufgabe.

Die praktische Ausführung denke ich mir im einzelnen folgendermaßen:

1) Die türkische Regierung arbeitet — nötigenfalls unter Einholung unseres Rates — ein Reformprojekt aus, welches den oben angeführten Forderungen der Armenier entgegenkommt. Damit das Projekt nicht wie so viele seiner Vorgänger auf dem Papier stehen bleibt oder gar von übelwollenden und verständnislosen Unterbeamten in sein Gegenteil verkehrt wird, ergeht an alle deutschen Vertretungen in der Türkei die Anweisung, Interesse für die armenischen Angelegenheiten zu zeigen, nötigenfalls auf ein friedliches Zusammenleben zwischen Türken und Armeniern hinzuarbeiten und, wenn sie von offenbaren Verletzungen der Reformgesetze hören, die betreffenden Fälle zu untersuchen und über das Ergebnis an die Botschaft zu berichten, damit diese zwecks Abstellung der Mißstände intervenieren kann. Diese beratende Tätigkeit der Konsuln müßte natürlich in sehr taktvoller Form und in voller Übereinstimmung mit der türkischen Zentralregierung, aber doch mit so viel Nachdruck ausgeübt werden, daß die

Armenier die deutschen Behörden als unparteiische, im Notfall aber auch wirklich wirksame Beschützer kennen lernen.

2) Zur wirksamen Durchführung dieses Planes ist eine Vermehrung der deutschen Vertretungen in Anatolien anzustreben. Vielleicht läßt sich das ohne Vermehrung der deutschen Konsulate erreichen, wenn nämlich der Friedensschluß die wohl nicht zu umgehende Erweiterung der Finanzkontrolle bringt und es auf diesem Wege gelingt, einige geeignete deutsche Persönlichkeiten als Angestellte der türkischen Regierung nach Anatolien hereinzubringen. Sollte sich das nicht erreichen lassen, so möchte ich auf die Notwendigkeit hinweisen, wenigstens in Erserum eine deutsche Vertretung zu unterhalten, da diese Stadt als Beobachtungspunkt und handelspolitischer Vorposten gleich wichtig ist. Das nächste deutsche Konsulat in Trapezunt ist reichlich weit von Erzerum entfernt und außerdem während der Wintermonate fast völlig von der armenischen Hochebene abgeschlossen.

3) Uns wird mit Recht der Vorwurf gemacht, daß unser Schulwesen in Anatolien in keiner Weise mit der Entwickelung unserer dortigen Interessen Schritt gehalten hat. Vermutlich wird es uns bei unseren knappen Mitteln auch ferner nicht möglich sein, gegen die Franzosen in deren eigener Interessensphäre anzukämpfen. Dort aber, wo die Brennpunkte unserer eigenen Interessen liegen, müssen wir unbedingt künftig energischer vorgehen. Es ist ein großes Manko, daß noch immer keine deutsche Schule in Adana besteht. Mit Errichtung einer solchen würden wir zwei Zwecken zugleich dienen. Einmal brauchen wir deutsche Erziehungsanstalten im Bereich der Bagdadbahn, um das eingeborene Personal für unsere großen wirtschaftlichen Unternehmungen heranbilden zu können. Da ferner der Schwerpunkt des armenischen Volkes heute mehr in Adana als in Hocharmenien liegt und eine dort entstehende deutsche Schule auf zahlreichen Besuch seitens dieses bildungsfähigen und lerneifrigen Elements mit Sicherheit rechnen kann, so bekämen wir durch das Mittel einer deutschen Erziehungsanstalt Einfluß auf die maßgebenden armenischen Kreise oder, was dasselbe bedeutet, auf die Mehrzahl der dortigen Kaufleute und Gewerbetreibenden. Die Unkosten der Schule würden sich bald nicht nur durch das Wachsen des deutschen Prestiges, sondern auch durch eine Steigerung der deutschen Einfuhr bezahlt machen.

4) Die deutsche Presse müßte ihre bisherige ablehnende Haltung gegen alles Armenische aufgeben und durch maßvolle und verständnisvolle Stellungnahme ihr Interesse an den Wünschen der Armenier bekunden. Das würde einen großen Eindruck auf die zahlreichen europäisch gebildeten Armenier machen, die in Frankreich, England und Amerika leben und dort über eigene Preßorgane verfügen.

Die armenische Frage steht heute entschieden an einem Scheidewege. Stoßen die Armenier mit ihren berechtigten Wünschen auch künftig bei uns auf verschlossene Türen, so werden sie sich nolens

volens den Russen gänzlich in die Arme werfen. Geschieht das, so ist wenig Hoffnung für eine friedliche Lösung des kleinasiatischen Problems oder gar für eine Regeneration der Türkei vorhanden. Bekommen wir andererseits auf dem oben skizzierten Wege Einfluß auf die armenische Bewegung, so haben wir ein wirksames Mittel in der Hand, um unter Wahrung und Erweiterung unserer eigenen Interessen die Türken in ihrer Reformarbeit zu unterstützen und die im geheimen an der Zersetzung des osmanisches Reiches arbeitenden Kräfte lahmzulegen. Sollte es sich aber in Zukunft herausstellen, daß der Auflösungsprozeß der Türkei nicht mehr aufzuhalten ist, so wird es für uns von großem Werte sein, bei der Geltendmachung unserer Rechte in Kleinasien das einheimische armenische Element hinter uns zu haben.

Wangenheim

Nr. 15 288

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 75 Pera, den 13. März 1913

Kelikian Effendi, der Redakteur des „Sabah“, eine der führenden Persönlichkeiten der ottomanischen Armenier, suchte mich heute auf und sprach mir von der Lage seiner Stammesgenossen in Kleinasien.

Im Laufe der Unterhaltung klagte er über die fortgesetzte Wühlarbeit der russischen Agitatoren, die überall Unfrieden stiften, um armenische Unruhen zu veranlassen. Die Zahl dieser Agitatoren habe sich in letzter Zeit verdreifacht.

Die Reformaktion, so wie sie jetzt geplant sei, habe wenig Wert. Sie würde die Armenier nicht abhalten, in Rußland ihre einzige Rettung zu erblicken. Er selbst aber wie viele der einflußreichsten seiner Stammesgenossen hätten die Hoffnung nicht aufgegeben, daß Deutschland endlich zur Überzeugung käme, daß es die armenische Frage nicht zu einer russischen werden lassen könne.

Hinsichtlich des Reformprogramms von 1895 meinte Kelikian, dieses sei nichts weiter als ein russisches Aktionsprogramm. Es sollte nicht den armenischen Interessen, sondern der russischen Politik dienen. Unter den heutigen Verhältnissen könne die Kontrollkommission von 1895 nicht funktionieren. Wollte man ihre Unabhängigkeit sicherstellen und ihr Einfluß verschaffen, so müßten ihr unbedingt zwei Mitglieder der Dette Publique angehören.

Ich habe Kelikian im Sinne der von uns in letzter Zeit zur armenischen Frage eingenommenen Haltung geantwortet.

Ein einflußreiches Mitglied des armenischen Komitees, Aknounie, hat sich ferner einem Mitglied der Botschaft gegenüber folgendermaßen geäußert: Nach Einführung der Verfassung hätten die Führer der armenischen Organisation mit dem jungtürkischen Komitee ein Abkommen unterzeichnet, durch das sich beide Teile zur Aufgabe der Feindseligkeiten und zur gemeinsamen Mitarbeit verpflichteten. Von diesem Augenblicke an hätten die Armenier ihre Propaganda der Tat völlig aufgegeben. Zwar habe man auch nach diesem Bruch des Vertrages sich gescheut, zu terroristischen Mitteln zurückzukehren, wie denn überhaupt seine Landsleute ihrer großen Mehrzahl nach trotz aller Enttäuschungen für die Erhaltung des türkischen Reiches einträten. Dazu seien aber unbedingt wirksame Reformen nötig. Irgendeine Macht oder eine Gruppe von Mächten müsse dafür eintreten, daß die dauernden Ausschreitungen gegen die Armenier aufhörten. Mit Vorstellungen bei der Pforte sei es nicht getan, denn diese habe selbst nicht genügend Machtmittel, um ihre unruhigen Elemente in den entfernten Winkeln des Reiches im Zaum zu halten. Nur mit genügenden Machtmitteln ausgestattete europäische Beamte wären dazu imstande. Wenn es auch dieses Mal nicht zur Einführung solcher Reformen komme, so bleibe nur noch die Hilfe Rußlands übrig. Zwar habe die russische Regierung vor zirka zehn Jahren mit Abdul Hamid ein Abkommen zur gegenseitigen Unterstützung gegen die armenische Bewegung getroffen. Seitdem aber habe Rußland seinen Standpunkt völlig geändert und im Oktober v. Js. mit dem armenischen Katholikos in Etschmjadsin die „Befreiung“ Armeniens in aller Form verabredet. Vor kurzem sei der Katholikos dahin verständigt worden, daß die Befreiung noch nicht stattfinden könne, es würden aber Reformen in Armenien eingeführt werden. Die gleiche Versicherung habe die russische Regierung einer armenischen Deputation in Petersburg gegeben. In Paris sei diese Deputation auf die Zeit nach dem Frieden vertröstet worden; in Berlin habe man in ziemlich unbestimmter Form Inangriffnahme von Reformen im Einverständnis mit England in Aussicht gestellt.

Aknounie bestätigte dann meine schon früher gemachten Angaben über die russischen Umtriebe in Armenien, behauptete aber außerdem, daß Rußland neuerdings auch die Kurden zum Abfall von der Türkei aufreize und unter anderem kürzlich mehrere einflußreiche Kurdenhäuptlinge zu einer Besprechung nach Tiflis geladen habe.

Ferner meinte Aknounie, daß nach dem Friedensschluß Armeniermassakers im Wilajet Wan mit Sicherheit zu erwarten seien. Dort sei kürzlich ein Kurde Izzet Bey zum Wali ernannt worden. Auch habe man Briefe von einem auf dem Kriegsschauplatz befindlichen hochgestellten Kurden abgefangen, in denen ganz offen von Armeniermassakers nach Rückkehr in die Heimat gesprochen wurde.

Wangenheim

Nr. 15 289

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in London Fürsten von Lichnowsky

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 215 Berlin, den 6. April 1913

Chef der englischen Mittelmeerflotte hat Admiral Trummler geraten, Augenmerk auf Vorgänge in Syrien zu richten und Schiffe dorthin zu beordern *.

Wir wären bereit, nötigenfalls zwei weitere Kleine Kreuzer ins östliche Mittelmeer zu entsenden. Ew. pp. wollen jedoch Sir E. Grey zunächst vertraulich fragen, worauf sich englische Besorgnisse gründen.

Jagow

---

* Der Chef der englischen Mittelmeerflotte Admiral Sir Berkeley Milne, in dem die englischen Besorgnisse wegen französischer Absichten auf Syrien (vgl. Bd. XXXIV, Kap. CCLXVII) nachwirkten, mochte fürchten, daß die zunehmende Gärung in dem Libanongebiete, die durch die Reformfrage hervorgerufen wurde, den Franzosen Anlaß bieten könnte, zur Verwirklichung ihrer Absichten zu schreiten, und glaubte dieser Gefahr am ehesten durch einen Wink an die deutsche Adresse zu begegnen. So wandte er sich gelegentlich der Beisetzungsfeierlichkeiten für König Georg von Griechenland Anfang April an den Kommandanten von S. M. S. „Goeben“ und Chef der mit der Entsendung dieses Großen Kreuzers sowie des Kleinen Kreuzers S. M. S. „Breslau“ nach den türkischen Gewässern — Anfang November 1912 — gebildeten Mittelmeerdivision, Admiral Trummler. Näheres darüber bietet eine vom 4. April datierte Aufzeichnung Trummlers, die der zu den Beisetzungsfeierlichkeiten nach Athen entsandte Prinz Heinrich von Preußen nach erfolgter Rückkehr dem Kaiser am 7. April in Homburg v. d. H. übergab, und die von diesem abschriftlich dem Auswärtigen Amt zugestellt wurde. Sie lautet: „Am 1. April beim Dienstbesuch auf ‚Inflexible‘ sowie am 2. April während der Beisetzungsfeierlichkeiten in Athen hatte ich Gelegenheit, mich längere Zeit eingehend mit Admiral Sir Berkeley Milne zu unterhalten. —
Wir besprachen die bisherigen Ereignisse im nahen Osten sowie die gegenwärtige Lage, streiften auch die Aussichten für die Zukunft. —
Admiral Milne sprach über alles sehr offen mit mir und riet mir im Laufe der Unterhaltung wiederholt in eindringlichster Weise, dafür zu sorgen, daß wir Kriegsschiffe nach Alexandretta und Mersina schicken möchten. —
Da Admiral Milne an beiden Tagen wiederholt auf diese Frage zurückkam, suchte ich seine Gründe für diesen Wink zu erforschen, er wich jedoch geschickt aus, äußerte sich indessen dahin, daß nach seiner Meinung in nächster Zeit sich Dinge ereignen könnten, bei denen es für uns höchst wünschenswert sein müsse, an der syrischen Küste genügend vertreten zu sein. —
Dieser Vorgang hat mich angesichts der augenblicklichen Lage, die die Anwesenheit von Kriegsschiffen in der Adria und in Konstantinopel bedingt, veranlaßt, die Entsendung von zwei Kleinen Kreuzern in das Mittelmeer zu veranlassen.“

Nr. 15 290

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 208 Konstantinopel, den 9. April 1913

Antwort auf Telegramm Nr. 116*.

Nach Meldung der Konsuln hat sich die Lage in Syrien neuerdings eher gebessert. Separatistische Tendenzen treten nur in Palästina schärfer hervor. Beirut betont größere Zurückhaltung französischen Konsulats, macht aber darauf aufmerksam, daß Reformbewegung ernster werden könne, wenn Türkei weiter geschwächt wird. In Haifa ist Redakteur des „Temps" erschienen und vermehrter Verkehr zwischen den russischen Konsulaten bemerkbar.

Die Demarche des englischen Admirals**, über welche Seine Königliche Hoheit Prinz Heinrich wohl inzwischen Seiner Majestät dem Kaiser Vortrag gehalten hat, entspricht der unter dem Eindruck des slawischen Vorgehens hier sich kundgebenden Deutschfreundlichkeit der englischen Marine. Admiral hat Herrn Trummler in kameradschaftlicher Weise andeuten wollen, Deutschland möge rechtzeitig seine kleinasiatischen Ansprüche anmelden und äußerlich dokumentieren. Bezeichnend Hinweis auf Mersina und Alexandretta, was eher ein „hands off" bezüglich Syriens und Palästinas bedeuten könnte, wo englische Interessen mit französischen streiten.

Daß der englischen Anregung schleunigst und mit Nachdruck Folge gegeben wird, ist um so erwünschter, da nach Meldung des Konsulats Adana vom 4. d. Mts. plötzlich zwei französische Kreuzer in Mersina eingetroffen sind. Dauer ihres Aufenthalts unbekannt. Grund: angebliche Berichte französischen Konsuls über bevorstehende Unruhen.

Weniger opportun erscheint demonstratives Auftreten unserer Schiffe in den eigentlichen syrischen Häfen, was Reibungen mit Frankreich und falsche Vorstellungen bei uns und der Türkei erwecken könnte.

Nachdem Nachrichten aus Sofia über Angriff auf Tschataldja sich als unrichtig oder wenigstens verfrüht erwiesen***, genügt für hier zunächst ein Kreuzer. Ich darf mir vorbehalten, Verstärkung zu er-

---

* Durch Telegramm Nr. 116 vom 8. April war Freiherr von Wangenheim von der Absicht des Admiralstabes verständigt worden, von den beiden neu auszusendenden Kreuzern den einen nach Konstantinopel zu dirigieren, um S. M. S. „Goeben" abzulösen, die nach Syrien gehen sollte.

** Siehe Nr. 15 289.

*** Vgl. dazu Bd. XXXIV, Kap. CCLXIX.

bitten, falls Tschataldja bedroht ist. Auch für letztere Eventualität erwünscht, daß Geschwader in erreichbarer Nähe bleibt.

Wangenheim

Nr. 15 291

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 171 London, den 9. April 1913

Antwort auf Telegramm Nr. 215 *.

Sir E. Grey hatte über angebliche Vorgänge in Syrien nichts gehört, will sich aber erkundigen. Auf kürzliche Anfrage bei Herrn Lowther, ob er britische . . . .** an irgendeinem besonderen Punkt für gefährdet halte, hatte dieser auf Smyrna hingewiesen, wo Unruhen möglich schienen, von Syrien aber nichts erwähnt.

Lichnowsky

Nr. 15 292

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 174 London, den 12. April 1913

Im Anschluß an Telegramm Nr. 171 ***.

Sir E. Grey gab mir gestern Bericht der Admiralität über Schiffsbewegungen im Mittelmeer zu lesen. Danach soll eine Zeitlang ein verdächtiges Schiff mit etwa 300 Mann an Bord vor Alexandretta gelegen haben, angeblich im Dienst der armenischen Umsturzpartei. Die Aufmerksamkeit der Admiralität sei auf Umtriebe der Armenier in Syrien hingelenkt worden und auf etwa bevorstehende Unruhen in Beirut bei Einsetzung des neuen Walis. Diese Umstände schienen Admiral Milne vorgeschwebt zu haben, weil etwas anderes hier nicht in Erfahrung gebracht wurde. Ich unterließ, nochmals etwaige französische Absichten auf Syrien zu berühren, da Sir E. Grey mir hierüber erst vor kurzem bestimmte Erklärungen gegeben hatte, und um nicht den Anschein zu erwecken, als hätten wir Verdacht.

Lichnowsky

---

* Siehe Nr. 15 289.
** Zifferngruppe fehlt.
*** Siehe Nr. 15 291.

Nr. 15 293

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow

Privatbrief. Ausfertigung

Ganz geheim Pera, den 10. April 1913
[pr. 15. April]

Admiral Trummler ist nach seiner Begegnung mit dem Prinzen Heinrich und der Aussprache mit dem englischen Admiral, die zur Entsendung zweier weiterer Kreuzer nach der Levante Veranlassung gegeben hat, hierher mit weittragenden und nach meiner Ansicht recht gefährlichen Ideen zurückgekehrt. Er glaubt, daß es demnächst in Syrien losgehen werde, und daß er bei einer daraus sich entwickelnden größeren maritimen Aktion Deutschlands sich auszeichnen könne*.

---

* Am 26. April empfahl Admiral Trummler in einem „ganz geheimen" Immediatbericht, die jeweiligen Mittelmeerstreitkräfte, die zunächst nur vorübergehend zu einer Division vereinigt waren, ständig in einem Divisionskommando zu vereinigen. Kaiser Wilhelm nahm den Gedanken, die deutsche Flagge fortan ständig und in größerem Rahmen im Mittelmeer zu zeigen, eifrig auf. In einer Schlußbemerkung zu dem Trummlerschen Immediatbericht erklärte er sich am 8. Mai mit den Vorschlägen des Admirals vollkommen einverstanden: „Reichsmarineamt hat sich mit Herrn von Jagow in Verbindung zu setzen und das Auswärtige Amt zu veranlassen, in dieser Hinsicht beim Reichstag zu wirken, um für die Etatsvorbereitung im Herbst mir die nötigen Vorschläge zu machen. Wir müssen unbedingt den günstigen Umstand ausnutzen, daß eine deutsche Mittelmeerdivision, unbeanstandet, unbestritten, ja sogar gern gesehen, sechs Monate bereits dort anwesend ist, um diese Einrichtung zu einer ständigen werden zu lassen. Die Türkei wird darin eine Stärkung und Stütze für ihre Sanierung erblicken und das deutsche Element (Bagdadbahn pp.) wieder festes Vertrauen in die Zukunft fassen. Charakteristisch für die Verhältnisse ist es, daß die Formation der eigentlichen Division durch Hinaussendung der Verstärkung auf Anregung des englischen Admirals erfolgte, also von England gewünscht. Nun wir mal auf englische Anregung hin im Mittelmeer sind, bleiben wir auch dort. Dadurch wird auch Englands hypnotisches Stieren auf die Nordsee wesentlich eingeschränkt und ihre Aufmerksamkeit auf andere Gewässer abgelenkt. Selbstverständlich lehnt sich in ernsten Zeiten die Division an die Dreibundsmächteflotte an. Eine Kreuzerdivision im Mittelmeer muß nunmehr als zu den Imponderabilien unserer Marine wie unserer auswärtigen Orientpolitik gehören. Das Reichsmarineamt hat mir baldmöglichst darüber zu berichten." Am 15. Mai berichtete darauf Großadmiral von Tirpitz an den Kaiser: „Wenn Euere Majestät die Bildung einer ständigen Mittelmeerdivision allergnädigst befehlen wollen, dürfte diese meines alleruntertänigsten Erachtens am zweckmäßigsten dadurch erfolgen, daß die zurzeit bestehende Dislozierung einfach weiter bestehen bleibt, solange es Euerer Majestät wünschenswert erscheint. Besondere formelle Maßnahmen vorzunehmen, würde leicht zu Mißverständnissen und Mißdeutungen Anlaß geben können. Auch läßt es sich jetzt noch nicht übersehen, in welcher Weise die Herbstablösungen geregelt werden

Ich persönlich begrüße es mit Freuden, daß wir durch die Vermehrung unserer Schiffe ein erhöhtes Interesse an Kleinasien bekunden. Wenn wir uns bei der dereinstigen Aufteilung Kleinasiens beteiligen wollen, so ist es nützlich, wenn die Miterben schon jetzt erfahren, daß wir uns nicht beiseite schieben lassen. Nur müßten sich diese navalen Demonstrationen auf solche Punkte beschränken, die unzweifelhaft zu unserer zukünftigen Interessensphäre, wenn ich diesen verpönten Ausdruck gebrauchen darf, gehören. Niemand weiß zwar bis heute genau, was wir eigentlich von Kleinasien einmal beanspruchen sollen. Eine Ausnahme machen nur Alexandretta und Mersina, und dorthin vor allem sollte Herr Trummler mit seinen Schiffen gehen. Auch ein Besuch des Admirals in Adana und eine Anknüpfung mit dem dortigen armenischen Metropoliten scheint mir ganz opportun, vorausgesetzt, daß dabei nicht das türkische Gefühl verletzt wird. Ein Erscheinen des Geschwaders in Syrien, zum Beispiel in Beirut, wäre dagegen bedenklich. Höchstens könnte dorthin ein einzelnes Schiff gelegentlich geschickt werden. Ich habe dem Admiral meine Ansichten eingehend auseinandergesetzt, befürchte aber, daß derselbe eine zu weitgehende Unternehmungslust entwickelt, wenn ich ihn hier nicht mehr an der Leine habe. Es wäre daher dringend wünschenswert, wenn ihm auch von der ihm vorgesetzten Marinebehörde, in letzter Linie von Seiner Majestät dem Kaiser selbst, zur größten Vorsicht geraten und ihm nahegelegt würde, seine Bewegungen nicht ohne vorheriges Befragen der Botschaft vorzunehmen. Meines Erachtens sind in Syrien vorläufig keine Umwälzungen zu erwarten, wenn nicht Frankreich oder England eine Initiative dazu ergreifen. Der Rat des englischen Admirals bezieht sich wohl auch mehr auf die Zukunft und nicht auf aktuelle Notwendigkeiten. Er meint — und darin hat er recht —, daß wir mit der „Loreley“ allein von jetzt ab in der Levante nicht mehr auskommen werden, und daß unsere Mittelmeerstation verstärkt werden muß. Auch ich glaube, daß wir von jetzt ab mindestens einen zweiten Stationär (Kreuzer) in Konstantinopel brauchen, der gegebenenfalls in der Levante verwendet werden könnte. Die Behandlungen dieser und ähnlicher Fragen habe ich mir bis nach dem Friedensschluß aufgespart. pp. *

Wangenheim

---

können. Mit dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts werde ich nach dessen Rückkehr aus Wien über die Angelegenheit Rücksprache nehmen.“ Mit dieser Abschwächung seiner Wünsche erklärte sich der Monarch durch ein „ja!“ am Rande des Tirpitzschen Berichts einverstanden.

* Der Schluß des Briefes betrifft die Frage der türkischen Kriegsentschädigung und die der ägäischen Inseln. Vgl. dazu Bd. XXXIV, Kap. CCLXVIII.

Nr. 15 294

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 106 Pera, den 12. April 1913

Je mehr die Türkei durch das lange Hinziehen des Krieges in ihrem politischen Ansehen und ihrer Finanzkraft geschwächt wird, um so mehr regen sich die Kräfte, welche auf den Zerfall der asiatischen Türkei hinarbeiten. Hier und da ist der Ursprung dieser Bewegungen auf die Selbständigkeitsbestrebungen einzelner Nationalitäten zurückzuführen, in der Hauptsache aber wohl auf die Propaganda der am türkischen Erbe interessierten Mächte, welche geschickt die Unzufriedenheit der Bevölkerung ihren Zwecken dienstbar machen. Wie in ganz Asien ist es auch hier Rußland, das am offensten und am rücksichtslosesten zugreift. Bei dem Fehlen von konsularischen Vertretungen in der russischen Interessensphäre der Türkei ist es zwar außerordentlich schwer, wirklich zuverlässige Nachrichten zu erhalten oder die über die russische Propaganda umlaufenden Gerüchte auf ihre Glaubwürdigkeit zu prüfen. Immerhin steht aber so viel fest, daß dort dem Fortbestehen der Türkei eine schwere Gefahr erwächst. Über die Unterstützung, welche die armenische Bewegung von russischer Seite findet, habe ich bereits früher berichtet*. Neuerdings mehren sich nun die Zeichen, daß auch die Kurden für die russischen Pläne gewonnen worden sind. Von der praktisch zur russischen Provinz gewordenen persischen Landschaft Aserbeidjan aus können die Fühler leicht bis ins Herz von Türkisch-Kurdistan ausgestreckt werden. Die noch immer ungelöste türkisch-persische Grenzfrage bietet hier tausend Vorwände zum Einmischen in die Angelegenheiten der zwischen türkischem und persischem Gebiet hin und her ziehenden Kurden.

In den Gegenden südlich des Wansees bestand bisher ein Gegensatz zwischen zwei großen Häuptlingsfamilien, der Familie Beder Chan Sadehs, die stets antitürkische Tendenzen hatte, und der Familie des als Senator in Konstantinopel weilenden Abdul Kader. Letzterer gilt hier als eine Art Souverän der türkischen Kurden und genießt wegen seiner politischen Bedeutung und seiner angeblich loyalen Gesinnung eine bevorzugte Stellung. Neuerdings soll nun sein Neffe und Stellvertreter — wie man sagt, gegen den Willen seines Onkels — mit dem Vertreter der Familie Beder Chans Abdul Risak unter russischer Ägide ein Übereinkommen geschlossen haben, durch das die bestehenden Zwistigkeiten ausgeglichen und ein gemeinsames Zusammen-

---

* Vgl. Nr. 15 282.

arbeiten zur Lostrennung Kurdistans von der Türkei beschlossen wurde. Eine solche Lostrennung kann natürlich nur den Anschluß an Rußland bedeuten.

Andererseits sollen die russischen Agenten alle Annäherungsversuche zwischen Kurden und Armeniern zu verhindern suchen. Der Zweck ist, die Kurden zu Armeniermassakers zu veranlassen, damit ein Grund zum russischen Einschreiten gegeben wird. Ich kann, wie gesagt, nicht nachprüfen, was an diesen Nachrichten wahr, was übertrieben oder erfunden ist. Immerhin deuten die sich häufig wiederholenden — offenbar aus russischer Quelle stammenden — Gerüchte über Armeniermassakers darauf hin, daß bei den Urhebern dieser Gerüchte der Wunsch der Vater des Gedankens ist, und daß vielleicht über kurz oder lang das so oft vorher verkündete Ereignis mit seinen nicht übersehbaren Folgen eintreten wird.

Das stimmt zwar nicht ganz mit den friedlichen Versicherungen überein, die man uns in Petersburg gibt. In der Praxis kommt es aber auf dasselbe heraus, ob eine Maßregel von der russischen Regierung unternommen wird oder von ehrgeizigen Unterorganen, welche hoffen, die Regierung selbst gegen ihren Willen mit sich fortreißen zu können. Die schönen Erfolge, welche diese politischen Spekulanten stets in Russisch-Asien und zum Beispiel in letzter Zeit in Nordpersien erzielten, werden den Appetit auf weitere fette Bissen nicht gerade vermindert haben.

Ich habe nicht verfehlt, Mahmud Schewket gelegentlich auf die hier drohende Gefahr aufmerksam zu machen und ihm vorbeugende Maßregeln, besonders betreffs der Armeniermassakers, ans Herz zu legen. Der Großwesir gab mir zu, daß zurzeit eine militärische Expedition gegen Midijat (nordöstlich Mardin) im Gange wäre, wo eine im russischen Solde stehende Persönlichkeit im Verein mit Angehörigen der Familie Beder Chans Unruhen stiftet. Der Großwesir fügte hinzu, er wäre in der Lage, erforderlichenfalls auch mehr Truppen dorthin zu schicken. Er sei dort allen Eventualitäten gewachsen. Ich habe den Eindruck, daß Mahmud Schewket, wenn er auch bisher mir gegenüber stets offen gewesen ist, sich scheut, mir alle seine Sorgen zu enthüllen, und daher bemüht ist, die Lage an der Ostgrenze harmloser darzustellen, als sie tatsächlich ist. Mehr denn je endet heute die Macht der Türken an den kurdischen Bergen. Ob und wann dort das Pulverfaß auffliegt, das entzieht sich der Willensbestimmung der Konstantinopler Regierung.

Ich habe den Dragoman Holstein, welcher am 11. d. Mts. von hier nach Mosul abgereist ist, besonders angewiesen, unterwegs sorgfältige Beobachtungen über die Stimmung unter Kurden und Armeniern anzustellen und zu diesem Zweck auf der Strecke Aleppo—Mosul den etwas weiteren Weg über Diarbekr zu nehmen. Ich darf wohl auf Genehmigung der hieraus erwachsenden Mehrkosten rechnen. Ebenso

bitte ich um die Ermächtigung, Dragoman Holstein mit Beobachtungstouren innerhalb seines Bezirks beauftragen zu dürfen[1]. Diese ließen sich unauffällig mit der Reise nach dem Sommersitz des Konsulats in Wan verbinden. Ich hoffe, auf diese Weise wenigstens zum Teil die zwischen Trapezunt, Mosul und Täbris klaffende Beobachtungslücke schließen zu können.

Auf die politischen Strömungen in Westanatolien möchte ich hier nicht näher eingehen. Diese hängen eng mit der griechischen Frage zusammen, und ihre Weiterentwickelung wird wesentlich dadurch bestimmt werden, welche Lösung die Inselfrage beim Friedensschluß finden wird.

Unsere aufmerksame Beobachtung verdient dagegen die separatistische Bewegung in dem ganzen großen Gebiet, in welchem das arabische Element vorherrscht. Der Umfang und die Ziele der dortigen sich zum Teil widerstreitenden englischen und französischen Propaganda sind ja in ihren großen Linien zu bekannt, als daß ich hier besonders darauf eingehen müßte. Einige ergänzende Nachrichten sind mir in letzter Zeit aus anscheinend zuverlässiger Quelle zugegangen.

Danach könne man von den etwa 25 000 Maroniten sagen, daß sie unbeeinflußt Frankreich anhängen. Die nördlich Beirut lebenden 60 000 orthodoxen Griechen würden hauptsächlich für englische Interessen zu gewinnen gesucht; sie hielten viel weniger fest an den Franzosen als die Maroniten. Eine große Anzahl dieser Orthodoxen, namentlich südlich von Beirut, neige beeinflußt durch die Schulen des deutsch-katholischen Palästinavereins dazu, in Deutschland ihre Zukunft zu sehen.

Die Drusen (zirka 60 000) seien vollständig unter englischem Einfluß.

Die übrigen Christen (zirka 40 000) hätten keine bestimmte Richtung.

Die Mohammedaner, worunter die Metawile den größten Einfluß besitzen, seien in letzter Zeit durch englische Agenten ganz bedeutend beeinflußt worden.

Frankreich suche in letzter Zeit hauptsächlich Einfluß im südlichen Teil Syriens zu gewinnen und habe eine große Zahl der angesehensten Metawile der Provinz nach Beirut zu geheimen Besprechungen eingeladen. Der Zufall habe es gewollt, daß einige dieser Leute, die ganz besonders fanatisch seien und streng an den mohammedanischen Sitten festhielten, Zeugen von Auftritten auf der Straße von Beirut wurden, bei welchen Matrosen eines französischen Kriegsschiffes verschleierte mohammedanische Frauen angriffen und belästigten, nachdem sie ihnen die Schleier abgerissen hatten. Die Metawile sagten nun mit Recht: Wenn die Franzosen sich jetzt schon so benehmen, wie wird es erst werden, wenn wir ihnen die Tore

öffnen? und brachen alle Beziehungen zum französischen Konsulat ab. Auch erhoffen sie von den Engländern eine viel größere Gewähr für die freie Ausübung ihrer Religion. Der englische Konsul habe hieraus Nutzen gezogen und eine Anzahl der angesehensten Männer der mohammedanischen Bevölkerung der Provinz nach Beirut kommen lassen und verabredet, eine Bittschrift an die englische Regierung zu senden, in der die Okkupierung des Landes verlangt wird. Eine gleiche Eingabe soll ohne Wissen des englischen Konsuls nach Berlin gegangen sein.

Eine schärfere Note ist in letzter Zeit dadurch in die Bewegung hineingekommen, daß die Bevölkerung, welche sich früher wenig um politische Ideen kümmerte, immer weiter für die separatistische Bewegung gewonnen wird. Ein gewisses Licht auf die Leiter und die Ziele dieser Bewegung wirft der beiliegende Artikel, der auf speziellen Wunsch des Verfassers und mit der ausgesprochenen Absicht, die geheimen Drahtzieher zu kompromittieren, im „Osmanischen Lloyd" veröffentlicht wurde*. (Mohammed Farid Bey gehört zur Partei der ägyptischen Nationalisten. Diese betrachtet den Khediven wegen seiner Abhängigkeit von England als unwürdig des Kalifats und wünscht dem Hause Osman diese Würde zu erhalten.)

Die anliegenden Telegramme aus Beirut, Jerusalem, Haifa und Adana** geben ein ungefähres Bild über den jetzigen Stand und die Ausdehnung der Bewegung. Beirut ist danach als Zentrum der Agitation zu betrachten. Als praktisch greifbares Resultat ist dort bereits das Reformprogramm zutage gekommen, welches Euerer Exzellenz vom Konsulat Beirut in der Anlage des Berichts vom 20. v. Mts. zugegangen ist***.

Die Türkei befindet sich diesen von allen Seiten an sie herantretenden Forderungen gegenüber in einer schwierigen Lage. So weitgehende Konzessionen wie sie zum Beispiel das Reformprogramm fordert, kann sie nie bewilligen, ohne sich selbst aufzugeben. Andererseits ist sie gezwungen zu handeln und schnell zu handeln, will sie nicht allzuviele ihrer unzufriedenen Untertanen in das feindliche Lager treiben. Den ersten Schritt in dieser Richtung hat sie durch Erlaß des provisorischen Wilajetgesetzes getan. Dasselbe ist noch nicht vollständig zur Veröffentlichung gelangt, so daß ein abschließendes Urteil noch nicht gefällt werden kann. Es steht aber bereits jetzt fest, daß das

---

* „Osmanischer Lloyd" vom 9. April 1913: „Die Umtriebe des Scheichs Ali Jussuf", von Mohammed Farid Bey. Es ist darin von einem Geheimkomitee in Kairo die Rede, das angeblich den Zweck verfolge, Syrien und andere arabische Provinzen von der Türkei loszureißen und an Ägypten anzugliedern.

** Hier nicht abgedruckt.

*** Dem Bericht des Konsuls in Beirut von Mutius vom 20. März lag der von den Vertretungen der verschiedenen religiösen Gemeinden in Beirut verfaßte Entwurf eines Reformprojekts für das Wilajet Beirut bei, das wesentlich weiter ging als ein amtlicher Entwurf.

neue Gesetz die Erwartungen der Armenier sowohl wie der Araber schwer enttäuscht hat und eigentlich niemand befriedigt. Ein Vertreter des armenischen Komitees hat es einem Botschaftsmitglied gegenüber offen ausgesprochen, man wäre sehr unzufrieden über das Gesetz. Man habe die interessierten Kreise bei der Abfassung nicht, wie versprochen, zu Rate gezogen. Die türkischen Regierungskreise gäben jetzt schon selbst zu, daß sie damit einen Fehler begangen hätten, und stellten baldige Änderung in Aussicht.

Ich behalte mir einen weiteren Bericht in der Angelegenheit vor, sobald sich ein klares Bild gewinnen läßt. Mein Gesamteindruck ist jedenfalls, daß die Aussichten für die Konsolidierung der Türkei nach Friedensschluß keineswegs rosig sind, und daß jede weitere politische oder finanzielle Schwächung die Schwierigkeiten vergrößern wird.

W a n g e n h e i m

Randbemerkung Zimmermanns:
[1] Ja

Nr. 15 295

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 109 Pera, den 15. April 1913

Über die Beiruter Reformbewegung und die gegen das Reformkomitee vom Generalgouverneur getroffenen Maßregeln sprach sich der Minister des Innern * gestern einem Mitglied der Botschaft gegenüber eingehend und in durchaus zuversichtlicher Weise aus. Der Wali stehe bei seinem Vorgehen unbedingt auf dem Boden der Gesetzlichkeit, da das Reformkomitee sich den Vorschriften des Vereinsgesetzes nicht habe unterwerfen wollen. Der Minister glaubt nicht, daß die von der Regierung bewiesene Energie weitere Ruhestörungen zur Folge haben werde. Der über Beirut verhängte Belagerungszustand erleichtere die schnelle Verfolgung und Bestrafung aller Unruhestifter.

In diesem Zusammenhang ist nicht ohne Interesse, daß der englische Generalkonsul in Beirut ** bei Sir Gerard Lowther eine diplomatische Verwendung bei der Pforte angeregt hat, um eine mildere Behandlung des Reformkomitees zu erwirken. Ob Sir Gerard diesem Vorschlage Folge leisten und damit auch das wohlwollende Interesse Englands an den syrischen Sonderbestrebungen dokumentieren wird, bleibt noch abzuwarten.

---

* Talaat Bey.
** Cumberbatch.

Daß die Regierung aufs schärfste gegen eine Bewegung Front macht, die tatsächlich nur die Erlangung autonomer Verwaltung zum Ziele hat, erscheint verständlich. Worauf die „Reform" in Wirklichkeit hinausläuft, geht aus dem vom Kaiserlichen Konsul in Beirut* seinerzeit eingereichten „Projet de Réformes" klar hervor und wurde auch vom Minister des Innern im Laufe des erwähnten Gespräches nicht verkannt. Nach diesem Entwurf würde die Regierungsgewalt den Händen des Wali tatsächlich entzogen sein; der Provinziallandtag (Conseil Général) würde mit Befugnissen ausgestattet sein, die es ihm ermöglichen, seine Entscheidungen auch gegen den Willen des Wali zur Geltung zu bringen und diesen unter Umständen sogar abzusetzen[1]. Sein ausführendes Organ ist der aus den Landtagsmitgliedern hervorgehende ständige Ausschuß (Commission départementale), in dem bezeichnenderweise der dem Landtag beigegebene ausländische Berater von Rechts wegen den Vorsitz führen soll.

Der Minister hob in diesem Zusammenhang hervor, daß das neue provisorische Wilajetsgesetz vom 13./26. März d. Js. einen sehr erheblichen Fortschritt im Wege der Selbstverwaltung darstellt und allen Anforderungen genügen müßte, die man unter den heutigen Verhältnissen in der Türkei an eine gesunde Dezentralisationspolitik stellen darf.

So sieht in der Tat auch das neue Gesetz die Schaffung eines Provinziallandtages vor, dem ein aus dessen Mitte gewählter ständiger Ausschuß zur Seite stehen soll. Doch sind die Rechte der Regierung gegenüber der berufenen Vertretung der Provinzeingesessenen hier wirksam gewahrt. Der Wali hat die oberste Leitung und Aufsicht über die Geschäfte des Landtages und führt in den Sitzungen den Vorsitz. Die Beschlüsse bedürfen seiner Bestätigung; doch ist er gehalten, etwaigen Widerspruch binnen kurzer Frist zu formulieren, und diesbezügliche Streitfragen werden erforderlichenfalls der Entscheidung des Staatsrates unterworfen. Dem Wali steht das Recht, die Sitzungen des Landtages auf kurze Zeit zu vertagen, der Zentralregierung das Recht zur Auflösung zu. Der ständige Ausschuß, der im wesentlichen die Ausführung der Beschlüsse der letzten Sitzungsperiode zu überwachen und die Vorlagen für die kommende Sitzungsperiode vorzubereiten hat, arbeitet unter der unmittelbaren Leitung des Wali.

Das Gesetz stellt weiter ausführlich fest, daß die Wilajetsregierung als solche ein selbständiges Rechtssubjekt ist, als dessen Organe Wali, Landtag und Ausschuß gelten; die Exekutivgewalt steht ersterem allein zu. Mit der rechtlichen Unabhängigkeit erlangt die Provinz auch weitgehende Befugnisse in inneren Verwaltungsangelegenheiten. Sie führt ein besonderes Budget und darf innerhalb gewisser Grenzen Anleihen

---

* von Mutius.

aufnehmen. Sie hat unter gewissen Beschränkungen das Recht, Konzessionen zu erteilen.

Schon diese kurzen Andeutungen lassen erkennen, daß sich die heutige Komiteeregierung zu weitgehenden Zugeständnissen an die von der liberalen Partei so lebhaft verfochtene Dezentralisationspolitik entschlossen hat. Hiernach wird in Zukunft die wirtschaftliche Entwickelung des Landes in weit größerem Maße, als es bisher der Fall war, von der Initiative und der Tatkraft der einzelnen Generalgouverneure abhängen. Tüchtige Verwaltungsbeamte haben aber auch bisher, auch ohne ähnliche gesetzliche Befugnisse zu besitzen, oft immerhin Ersprießliches für ihre Provinz leisten können. Die Frage liegt daher nahe, ob mit Verwaltungsreformen allein der Erfolg schon gesichert sei. Auch darüber wird ein Zweifel gestattet sein, ob das ausländische Kapital, auf dessen Hilfe die Provinzen zur Verwirklichung der ihnen gestellten Aufgaben in erster Linie angewiesen sein werden, den Neuerungen das nötige Vertrauen ohne weiteres entgegenbringen wird. Allerdings besteht auch andererseits die Befürchtung, daß die wirtschaftliche Selbständigkeit der einzelnen Provinzen bei geschickt geleiteter Beteiligung des fremden Kapitals dazu ausgenutzt werden könnte, um noch intensivere wirtschaftliche Interessen einzelner Mächte zu schaffen und damit auch den auf die künftige Aufteilung der asiatischen Türkei gerichteten Bestrebungen die Wege zu ebnen.

Man wird unter diesen Umständen der Ansicht des Ministers nur beipflichten können, daß das neue Gesetz nach Lage der Dinge das Äußerste darstellt, was ohne Gefährdung höherer politischer Staatsinteressen zugestanden werden konnte.

Wangenheim

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] !
Schlußbemerkung des Kaisers:
Daher sind dort Schiffe nöthig

Nr. 15 296

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 224 Konstantinopel, den 17. April 1913

Konsul Adana telegraphiert:

„Ich erfahre, daß französischer[1] Dragoman, welcher kürzlich geschäftlich in London war, von Sir E. Grey empfangen wurde. Sir E. Grey soll abgelehnt haben, armenische Frage aufzurollen[2]. Die hier seit gestern bestehende Panik dürfte auf armenischen Einflüssen[3] basieren, welche Intervention Mächte herbeiführen wollen.

Auffallend ist, daß Demarche bei fremden Konsuln nicht vom Hauptinteressenten, gregorianischen Katholikos, sondern vom katholischen Bischof ausging."

Ich habe erwidert:

„Warnen Sie ohne Berufung auf Auftrag betreffende armenische Stelle vor Treibereien, die nur geeignet wären, Sache der Armenier zu schaden. Ihres Wissens bestände keine Möglichkeit, armenische Frage vor Friedensschluß zu behandeln. Unbedachte Schritte könnten nur die Mächte verstimmen, welche selbstloses Interesse an Sache der Armenier nähmen. Incidenter erwähnen Sie, daß demnächst ‚Goeben' in Mersina erscheinen wird."

Wangenheim

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

1 !

2 Ist also von Frankreich vorgeschl[a]gen hinter unserem Rücken! Daher die Warnung Milne's! *

3 von Russland und Frankreich angestiftet!

Nr. 15 297

Der Botschafter in Rom von Flotow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 108 — Rom, den 17. April 1913

Nach Meldung italienischen Botschafters in Konstantinopel ** hat Großwesir geäußert, bei Fortdauer der Unruhen in Syrien werde er gezwungen sein, Kriegsschiffe der Mächte im Mittelmeer herbeizurufen. Marquis di San Giuliano fürchtet, daß Frankreich dabei mit Rücksicht auf „bevorzugte Stellung" in Syrien Komplikationen hervorrufen könne.

Flotow

Nr. 15 298

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 229 — Konstantinopel, den 20. April 1913

Antwort auf Telegramm Nr. 134 ***.

Meldung Marquis Garronis in dieser Form unrichtig. Großwesir hatte nur vertraulich Wunsch geäußert, daß zur Kontrolle der Fran-

* Vgl. Nr. 15 289.

** Marquis Garroni.

*** Durch Telegramm Nr. 134 vom 18. April war das Telegramm aus Rom vom 17. April (siehe Nr. 15 297) nach Konstantinopel mitgeteilt worden.

zosen gelegentlich Schiff Dreibunds in Syrien erscheine. Verhalten Italiens verdient einige Aufmerksamkeit. Marquis Garroni hatte mir kürzlich gesagt, Italien müßte, um Kleinasien schützen zu können, sich irgendwo an der kleinasiatischen Küste solidere Interessen schaffen.

Wangenheim

Nr. 15 299

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Wangenheim

Konzept *

Nr. 369 Berlin, den 22. April 1913

Auf den Bericht Nr. 58 vom 24. Februar d. Js.**

Ew. pp. und dem Großwesir kann ich nur darin beipflichten, daß es nach dem Zusammenbruch der europäischen Türkei eine wichtige Aufgabe der türkischen Regierung sein wird, das armenische Element durch wirksame Reformen und Heranziehung zur lokalen Verwaltung für die praktische Mitarbeit am Wiederaufbau des Reiches in Asien zu gewinnen. Da uns die Erhaltung und Konsolidierung der asiatischen Türkei ebenso am Herzen liegt wie den Machthabern am Goldenen Horn, erheischt es unser eigenstes Interesse, der Pforte bei der Erfüllung dieser Aufgabe behilflich zu sein. Das Recht und die Pflicht hierzu gibt uns Artikel 61 des Berliner Vertrags, der die Pforte zur Einführung von Reformen in den armenischen Provinzen anhält und den Mächten ein Überwachungsrecht einräumt.

Getreu unserer bisherigen Politik werden wir es uns indessen versagen müssen, in der armenischen Frage die Führung zu ergreifen. Wir würden hierdurch das Mißtrauen der Ententemächte erregen und uns in Gegensatz zu Rußland bringen, ohne der armenischen Sache zu nützen. Gemeinsam mit den übrigen Mächten*** werden wir der türkischen Regierung bei der Ausarbeitung des

---

* Das Konzept beruhte auf einer bereits am 5. März niedergeschriebenen Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs Zimmermann.

** Siehe Nr. 15 287.

*** Man wäre deutscherseits gern bereit gewesen, in der armenischen Frage gerade auch mit Frankreich zusammenzugehen. Als Anfang April der Außenminister Pichon den Wunsch zu erkennen gab, mit Botschafter Freiherrn von Schoen über die Balkanfragen eingehend zu sprechen, wurde er bezüglich der armenischen Frage am 2. April durch Telegramm Nr. 98 dahin instruiert: „Sollte Herr Pichon armenische Frage anschneiden, bitte zu sagen, daß wir

Reformprojekts gern mit Rat und Tat zur Seite stehen, auf eine besondere Beraterrolle werden wir im allgemeinen besser verzichten.

Mit Ew. pp. halte ich es für erwünscht, daß die Kaiserlichen Vertretungen in der Türkei den armenischen Angelegenheiten dauernd ihre Aufmerksamkeit schenken und der Kaiserlichen Botschaft über alle Wahrnehmungen fortlaufend berichten. Dagegen würde es mir bedenklich erscheinen, unsere Konsuln mit der Wahrnehmung und dem Schutz armenischer Interessen zu betrauen. Denn die Übernahme eines derartigen Patronats birgt die Gefahr, daß wir uns zwischen zwei Stühle setzen und das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung erzielen: die Türkei würde sich versucht fühlen, uns für die Sünden der radikalen armenischen Elemente verantwortlich zu machen, während unsere Schutzbefohlenen geneigt sein würden, es uns entgelten zu lassen, wenn wir in Konstantinopel ihre oft utopischen Prätentionen nicht durchsetzen.

Auch bei der Beeinflussung unserer Presse zugunsten der armenischen Bewegung dürfte Vorsicht geboten sein.

Der Ausbau des deutschen Schulwesens in Anatolien und die Vermehrung unserer Konsulate daselbst erscheint dagegen auch mir erwünscht. Von meiner Bereitwilligkeit, der Gründung einer Schule in Adana näherzutreten, sind Ew. pp. anderweit unterrichtet. Vorschlägen über eventuelle weitere Schulgründungen werde ich gern entgegensehen. Hierbei wird bei der Beschränktheit unserer Mittel die Bedürfnis- und Kostenfrage natürlich eine sorgfältige Prüfung und Berücksichtigung erfordern. Mit der Einrichtung einer konsularischen Vertretung in Erserum bin ich grundsätzlich gleichfalls einverstanden. Auch wäre ich nicht abgeneigt, die Neuschaffung eines weiteren Konsulats in Anatolien ins Auge zu fassen. Wegen des dafür in Aussicht zu nehmenden Ortes darf ich einem baldgefälligen Vorschlage Euerer Exzellenz ergebenst entgegensehen.

Jagow

---

keine Interessen in Armenien hätten, eventuelles einseitiges Vorgehen Rußlands aber nicht dulden könnten, da hierdurch Frage der asiatischen Türkei aufgerollt werden könnte. Statut für Armenien dürfte nur international geregelt werden. — Wir hoffen, daß Frankreich ebenso wie wir allen Einfluß aufbietet, um asiatischen Bestand der Türkei zu erhalten, und sind auf Basis obiger Gesichtspunkte zu Zusammenwirken mit Pariser Kabinett stets gern bereit." Vgl. Bd. XXXIV, Kap. CCLXXI, Nr. 13 064. Nach Freiherrn von Schoens Antwort vom gleichen Tage (daselbst Nr. 13 072) war Pichon ebenso wie die deutsche Regierung gegen die Anschneidung der armenischen Frage. Pichons Vorgänger Jonnart hatte sich allerdings erst wenige Wochen vorher zu Iswolski im gegenteiligen Sinne geäußert: die Mächte müßten unbedingt, wenn sie gefährlichen Verwicklungen in Kleinasien zuvorkommen wollten, die augenblickliche Lage ausnutzen, um die Bestimmungen des Berliner Vertrags und die Pläne von 1895 zu verwirklichen. Iswolsky an Sasonow, 13. März 1913, Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 92.

Nr. 15 300

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 233 Konstantinopel, den 21. April 1913
[pr. 22. April]

Großwesir teilte mir streng vertraulich mit, daß er die englische Regierung um Überlassung von Gendarmerieoffizieren für Ostanatolien, von acht Beiräten für die demnächst einzurichtenden, aus verschiedenen Wilajets bestehenden Verwaltungsbezirke in Ost- und Nordanatolien ersucht habe. Aus der Antwort der englischen Regierung sei zu erkennen, daß diese geneigt sei, auf das türkische Anliegen einzugehen. Hauptsache ist, meinte der Großwesir, daß Rußland nichts erfährt.

Wangenheim

Nr. 15 301

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Wangenheim

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 138 Berlin, den 23. April 1913

Antwort auf Telegramm Nr. 233*.

Gegen englische Gendarmerieoffiziere und Beiräte in Ost- und Nordanatolien haben wir nichts einzuwenden. Für Fall Verwirklichung des Plans würden wir aber erwarten, daß uns in Westanatolien analoge Vertrauensstellung eingeräumt wird. Euerer Exzellenz stelle ich entsprechende Andeutung bei Großwesir anheim.

Jagow

Nr. 15 302

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 255 Konstantinopel, den 7. Mai 1913

Armenischer Patriarch ließ mir durch Beamten Dank aussprechen für Entsendung deutscher Kriegsschiffe nach Cilicien **, wodurch wahr-

---

* Siehe Nr. 15 300.

** Am 4. Mai war S. M. S. „Goeben“ mit dem Chef der Mittelmeerdivision Konteradmiral Trummler an Bord auf einer ihrer wiederholten Rundfahrten in

scheinlich ernstere Ruhestörungen in Adana verhütet worden seien. Er hoffe, daß auch späterhin recht häufig deutsche Schiffe in Mersina und Alexandretta erscheinen würden, und daß Deutschland in irgendeiner Weise an dem Reformwerk in Cilicien beteiligt werde.

Wangenheim

Nr. 15 303

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 269 Konstantinopel, den 17. Mai 1913
Vertraulich

Unter Bezugnahme auf Erlasse Nr. 437 und 438*.

Nachdem ich Großwesir die Entwicklung der Inselfrage und unseren Standpunkt dazu** auseinandergesetzt hatte, zeigte mir Mahmud Schewket ein vorgestriges Telegramm Nabi Beys*** etwa folgenden Wortlauts:

„Obwohl Marquis di San Giuliano mir fortwährend versichert, daß Italien mit seinen Bundesgenossen für das Verbleiben der Inseln bei der Türkei eintreten werde, fällt es mir auf, daß der Minister immer wieder betont, daß England die Inseln an Griechenland geben wolle. Aus anderen sicheren Quellen und von meinen Kollegen erfahre ich vertraulich, daß Italien die Inseln als Kompensation für eine Ausdehnung der albanischen Grenze nach Süden Griechenland überlassen will. Infolgedessen ist anzunehmen, daß der Dreibund seine türkenfreundliche Haltung in der Frage ändern wird oder schon geändert hat. England allein kann uns die Inseln noch retten."

Auf dieses Telegramm hin hat Großwesir Tewfik Pascha telegraphisch ersucht, unter Berufung auf den Zypernvertrag die englische Regierung um Instrukteure, wie sie bereits für Ost- und Nordanatolien von England bewilligt seien, auch für Westen und Süden zu bitten. Seinen Entschluß motivierte Mahmud Schewket folgendermaßen: England gebe als Grund seiner Abneigung gegen die Rückgabe der Inseln an die Türkei die Besorgnis . . . † daß die Türken an

---

Mersina angelangt, wo sie bis 10. Mai vor Anker ging. Zu gleicher Zeit weilten dort die beiden Kleinen Kreuzer S. M. S. „Straßburg" und S. M. S. „Geier".

* Erlaß Nr. 437 vom 12. Mai gab den Erlaß nach Rom Nr. 607 vom gleichen Tage (siehe Bd. XXXIV, Kap. CCLXXII, Nr. 13 293 nebst Fußnote *) nach Konstantinopel; den Erlaß Nr. 438 vom 12. Mai siehe Bd. XXXIV, Kap. CCLXXII, Nr. 13 294. Beide Erlasse betreffen das Schicksal der Ägäischen Inseln, die sogenannte Inselfrage.

** Vgl. dazu Bd. XXXIV, Kap. CCLXXII.

*** Türkischer Botschafter in Rom.

† Zifferngruppe fehlt.

den Insulanern Rache nehmen könnten. In Wirklichkeit aber rechne . . .* mit dem Untergang der asiatischen Türkei und wolle die Inseln unter griechischer Obhut wissen, damit sie nicht später von einer Großmacht reklamiert würden.

Die Inseln gehörten administrativ zu Anatolien. Wenn England dort überall und also auch auf den Inseln Verwaltungsbeamte und Gendarmen unterhalte, so könne es nicht nur Massakers verhindern, sondern werde sich auch sehr bald von der Ehrlichkeit der türkischen Reformbestrebungen überzeugen. Es werde dann den Untergang der Türkei aus seinen Berechnungen streichen und sich demgemäß auch mit der Fortdauer der türkischen Herrschaft auf den Inseln abfinden.

England soll also durch das Anerbieten einer Kontrolle über unser anatolisches Arbeitsfeld zu einer Schwenkung in der Inselfrage gebracht werden. Wenn der Großwesir auch hinzüfügte, daß die Engländer hauptsächlich dahin geschickt werden würden, wo Reibungen mit griechischen Armeniern zu erwarten seien, so bezeichnete er andererseits Konia, Adana und Mersina als solche bedrohten Örtlichkeiten.

Ich habe Mahmud Schewket erwidert, sein Ersuchen an England überrasche mich, nachdem ich ihm erst kürzlich mitgeteilt, die Kaiserliche Regierung erwarte, daß in Westanatolien Deutschland mit den Verwaltungsreformen betraut werde. Die Berufung von Engländern in das Gebiet der Bagdadbahn werde bei uns den allerschlechtesten Eindruck machen und als ein Sieg Englands über Deutschland gedeutet werden. Damit wäre der Ausgleich zwischen England und Deutschland, als dessen Vermittler er sich bisher bekannt und betätigt habe, in Frage gestellt, wenn nicht ganz vereitelt. Eine Verschärfung des deutsch-englischen Gegensatzes müsse, wie er ja selbst erkannt habe, die Türkei zugrunde richten. Ganz undenkbar sei es, die deutsche Bahnverwaltung in allen administrativen Fragen an englische Beamte zu verweisen.

Mahmud Schewket entgegnete, er halte an dem Gedanken fest, daß die Türkei nur durch ein harmonisches Zusammenarbeiten Englands, Deutschlands Erfolg . . .* könne. Er sei jetzt fest entschlossen, alle anderen Mächte von dem Reformwerk auszuschließen. Nur die französischen Reformer im Finanzministerium sollten bleiben. Uns sei die Reform der Armee unter der fast diktatorischen Oberleitung eines deutschen Generals zugedacht und ebenso die Reorganisation des gesamten Unterrichtswesens **. Der Einfluß, der uns dadurch eingeräumt werde, sei bedeutend größer als der etwaige englische. Er werde mit Detailanträgen an uns herantreten, sobald die Demobilisierung vollendet sei.

---

* Zifferngruppe fehlt.
** Vgl. dazu Kap. CCXC.

Großwesir sagte mir schließlich zu, daß das Resultat der Verhandlungen mit England über die Reformer nicht eher veröffentlicht werden würde als die Abmachung mit uns wegen Armee und Unterricht.

Euerer Exzellenz Entscheidung darf ich anheimstellen, ob ich gegen die Bevorzugung Englands zum Nachteil der Bagdadbahn hier formell Protest einlegen soll.

Mahmud Schewket bat mich, sich über die militärische Neutralisierung der Inseln erst nach Eintreffen der englischen Antwort äußern zu dürfen.

Wangenheim

Nr. 15 304

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Wangenheim

Telegramm. Konzept

Nr. 159 — Berlin, den 19. Mai 1913

Antwort auf Telegramm Nr. 269*.

Spekulation der Pforte auf englischen Beistand in Inselfrage erscheint illusorisch, da England nicht nur Ententefreunden, sondern auch Dreibund gegenüber bereits Absicht zu erkennen gegeben hat, sämtliche Inseln Griechenland zu überlassen. England würde Angebot wegen Instrukteuren wohl annehmen, Großwesir dagegen durch Berufung englischer Instrukteure auch für West- und Südanatolien schwerlich seinen Zweck in London erreichen, durch Maßnahme aber zweifellos Sturm der Entrüstung in Deutschland hervorrufen und uns Fortführung bisheriger türkenfreundlicher Politik unmöglich machen. Bitte Großwesir entsprechend verständigen und Antwort drahten.

Jagow

Nr. 15 305

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 274 — Konstantinopel, den 20. Mai 1913

Antwort auf Telegramm Nr. 159**.

Auf meine Vorhaltung erwiderte mir Großwesir, der Entschluß,

---

* Siehe Nr. 15 303.
** Siehe Nr. 15 304.

Engländer für Westen und Süden zu berufen, sei durch Inselfrage zwar aktuell geworden, beruhe aber auf einer allgemeinen Entscheidung, welche der Ministerrat aus Gründen der höheren Politik schon vor längerer Zeit gefaßt habe. Ursprünglich seien die Meinungen der Minister geteilt gewesen. Die einen hätten überhaupt keine fremden Reformer mehr haben wollen, während die anderen eine regionalistische Verteilung des Reformwerks an sämtliche Großmächte gewünscht hätten. Licht in die Frage sei erst durch einen Bericht Tewfik Paschas gebracht worden, der vor der Schaffung von Interessensphären gewarnt und den Grundsatz aufgestellt habe, daß das Reformwerk nur durch England und Deutschland geleitet werden dürfe. Diese Mächte seien die einzigen, welche an dem Fortbestehen der Türkei ein eigenes Interesse hätten. Durch die gemeinsame Arbeit würden England und Deutschland zusammengeführt, was die Türkei vor allen späteren Gefahren schützen werde. England müsse mit den Reformen des Zivildienstes, Deutschland mit denen des Heeres betraut werden. Er, der Großwesir, habe sich die Gedanken Tewfiks zu eigen gemacht und auch seine Kollegen dafür gewonnen. Letztere hätten sofort englische Instrukteure für die gesamte Türkei verlangt. Er habe aber nur langsam vorgehen wollen und deshalb zunächst nur für Ostanatolien Reformer beantragt. Die englische Regierung sei auf seinen Wunsch nur zögernd eingegangen. Zu dem jetzt gestellten Antrag wegen des Westens und des Südens habe Sir E. Grey sich dagegen sehr erfreut geäußert und bemerkt, das frühere Ersuchen habe ihn in Verlegenheit Rußland gegenüber versetzt. Die Ausdehnung des Mandats auf andere Gebiete Kleinasiens erleichtere ihm seine Aufgabe und beweise gleichzeitig, daß die Türkei nicht einen politischen Schachzug, sondern wirkliche Reformen beabsichtige. Großwesir glaubt nicht, daß die Engländer besonderen Wert auf die Kontrolle des Bagdadgebiets legen. Er habe nicht an die Möglichkeit geglaubt, daß die deutsche öffentliche Meinung über Zivilreformer sich aufregen könne, wenn überall an der Seite der Engländer Deutsche als Reformer erschienen. Nach türkischer Auffassung sei die Armee der ausschlaggebende Faktor im Staat. Er bedaure jetzt, mich nicht früher zu Rate gezogen zu haben. Er werde selbstverständlich unserem Bedenken so weit als nur irgend möglich Rechnung tragen und sofort an Tewfik telegraphieren, damit dieser anstatt für Angora, Konia und Adana Reformer für Smyrna, Brussa, Konstantinopel und Kastamuni beantrage, wo eine Kollision zwischen englischer Kontrolle und deutschen Interessen vollständig ausgeschlossen sei.

Die von mir geäußerte Besorgnis, daß er sich etwas zu weit mit den Engländern zum Nachteil Deutschlands eingelassen habe, wies Mahmud Schewket lebhaft von sich. Er werde immer mehr deutsch als englisch fühlen. Deutschland allein könne aber der Türkei ebensowenig helfen wie England allein.

Großwesir berührte im Gespräch die Inselfrage nur obenhin. Vielleicht ist ihm von London aus schon abgewinkt worden.

W a n g e n h e i m

Nr. 15 306

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 275 Konstantinopel, den 20. Mai 1913

Im Anschluß an Telegramm Nr. 274*.

Es werden im Osten zwei, im Westen eine Generalinspektion gebildet. Diesen sind je vier Inspektionen untergeordnet für Justiz, Gendarmerie, öffentliche Arbeiten und Inneres. Generalinspekteuren und Inspekteuren wird je ein englischer Berater beigegeben. Infolge unseres Einspruchs muß die Pforte es unterlassen, in gewisse Zentren der armenischen Bewegung zum Beispiel nach Adana, Reformer zu schicken, worüber Armenier sich beklagen werden. Nichtenglische Zivilreformer kann die Regierung nicht verwenden, weil sonst sofort Rußland für Ostanatolien und Frankreich für Syrien eigene Instrukteure beantragen würden.

W a n g e n h e i m

Nr. 15 307

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Wangenheim

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 163 Berlin, den 22. Mai 1913

Antwort auf Telegramme Nr. 274, 275**.

Zur Verwertung bei Großwesir.

Dadurch, daß unser Arbeitsfeld überhaupt keine Reformer erhält, ist weder deutschen noch türkischen Interessen gedient. Natürliche Lösung wäre, daß uns im Gebiet der Bagdadbahn gleiche Stellung eingeräumt wird wie Engländern in übrigen Wilajets. Erscheint dies Pforte nicht durchführbar, so müßten wir neben bereits zugesagter Mitwirkung in Armee und Unterrichtswesen mindestens noch Beteiligung bei öffentlichen Arbeiten verlangen. Dementsprechend würden

---

* Siehe Nr. 15 305.
** Siehe Nr. 15 305 und 15 306.

allen Inspektionen englische Berater für Justiz, Gendarmerie und Inneres, deutsche Berater für Armee, Unterricht und öffentliche Arbeiten beizugeben — also je drei — und Beraterstellen bei Generalinspektionen unter Deutschland und England zu teilen sein.

Jagow

Nr. 15308

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 157 Pera, den 20. Mai 1913
[pr. 23. Mai]

Euerer Exzellenz beehre ich mich in der Anlage ein Telegramm des Kaiserlichen Vizekonsulats in Mosul vorzulegen*.

Die darin angegebene Zahl von 150000 bewaffneten Kurden ist natürlich eine der üblichen, ins Vielfache gehenden orientalischen Übertreibungen.

Beachtung verdient die Nachricht aber doch, da frühere Erfahrungen lehren, daß die Kurdenhäuptlinge häufig sehr offen und naiv ihre Pläne ausplaudern. Wir müßten also damit rechnen, daß trotz der loyalen Versicherungen, welche uns aus Petersburg zugehen, die russischen Behörden im Kaukasus und Nordwestpersien planmäßig an einer Lostrennung Ostanatoliens von der Türkei arbeiten. Eine Bestätigung dieser Auffassung erhielt ich durch ein Mitglied des Verwaltungsrats des armenischen Patriarchats, welcher mir vor einigen Tagen mitteilte, Rußland arbeite in Ostanatolien an einer Versöhnung der Armenier und Kurden analog der unter russischer Ägide erfolgten Verständigung zwischen Griechen, Serben und Bulgaren über Mazedonien. Eine von Rußland protegierte Versöhnung zwischen Kurden und Armeniern könne natürlich nur gegen die Türkei gerichtet sein. Sobald sie zustande gekommen wäre, solle die Autonomie Ostanatoliens erklärt werden.

Die Kurden verständen die Sache aber vorläufig falsch und sähen in den russischen Bemühungen mehr eine Ermunterung zu Armeniermassakers, ohne die ihnen eine politische oder kriegerische Aktion undenkbar erscheine.

Wangenheim

---

* In dem Telegramm vom 17. Mai berichtete der Konsul Holstein über ein Gespräch mit Hassan Bey, einem einflußreichen Mitgliede der Familie Bederhan, wonach Rußland die Autonomiebestrebungen der Bederhans durch Waffenschmuggel und Geldmittel gegen Zusicherung wirtschaftlicher Vorteile in dem zu separierenden Gebiet unterstützt habe, so daß der Aufstand der Botan-Kurden in spätestens einem Monat ausbrechen könne.

Nr. 15 309

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 284 Konstantinopel, den 23. Mai 1913

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 163*.

Mandat an England beruht auf Zypernvertrag**. Eintreten Deutschlands in dieses Mandat würde dessen Charakter verändern und Forderung russischer und französischer Beteiligung zur Folge haben, wodurch Interessensphären entständen und Untergang der Türkei vorbereitet würde. Hier erscheint als möglicher Ausweg, daß Pforte sich an England und Deutschland als die auf Grund Zypernvertrags und militärischen Traditionen am meisten an dem Fortbestehen der Türkei interessierten Mächte mit der Bitte wendet, die Reformen gemeinschaftlich in die Hand zu nehmen und sich über die Teilung der Arbeiten zu verständigen.

Wangenheim

Nr. 15 310

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Wangenheim

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 168 Berlin, den 25. Mai 1913

Antwort auf Telegramm Nr. 284***.

Zypernvertrag hindert Pforte nicht, uns Armee und Unterricht, Frankreich Finanzwesen anzubieten. Prinzipiell dürfte daher Zuwendung öffentlicher Arbeiten an Deutschland nichts entgegenstehen. Wir wären jedoch mit von Ew. pp. angedeutetem Ausweg einverstanden, wenn Pforte entsprechende Anregung gibt.

Jagow

---

* Siehe Nr. 15 307.
** Der Zypernvertrag vom Jahre 1878 enthielt unter anderem die Bestimmung: „S. M. I. le Sultan promet à l'Angleterre d'introduire les réformes nécessaires (à être arrêtées plus tard par les deux Puissances) ayant trait à la bonne administration et à la protection des sujets chrétiens.“ Vgl. Nr. 15 318.
*** Siehe Nr. 15 309.

Nr. 15311

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 286 Konstantinopel, den 25. Mai 1913

Im Anschluß an Telegramm Nr. 284*.

Zu der Anregung in Telegramm Nr. 163** meinte Großwesir, aus der Tatsache, daß England wider alles Erwarten zur Entsendung von Instrukteuren nach Ostanatolien sich bereit erklärt habe, gehe hervor, daß die russisch-englische Entente sich nicht auf die Türkei erstrecke, und daß England noch heute auf dem Boden des Zypernvertrags stehe. Dies sei um so interessanter, als England nach wie vor mit Frankreich hier zusammengehen wolle. Sir E. Grey habe, als er Tewfik Pascha die Reformer zusagte, hinzugefügt, daß in jedem Falle die Anzahl der französischen Instrukteure im Finanzministerium um zwei bis drei vermehrt werden müsse. Wenn nunmehr die Pforte dem Foreign Office eine deutsche Beteiligung an der England übertragenen Aufgabe vorschlage, sei zu befürchten, daß England mißtrauisch werde und sich wieder zurückziehe, oder daß Rußland und Frankreich die gleiche Beteiligung verlangten wie Deutschland***.

---

* Siehe Nr. 15309.

** Siehe Nr. 15307.

*** Tatsächlich setzten eben damals Erörterungen und Verhandlungen unter den Ententemächten ein, die darauf abzielten, die Dreibundmächte von der Heranziehung zu der Reformtätigkeit auszuschließen. Zunächst verständigten sich Rußland und Frankreich darüber, daß die Ausarbeitung bestimmter Vorschläge zu Reformen in Kleinasien den Botschaftern von Rußland, Frankreich und England reserviert werden solle. Geheimtelegramm Iswolskys an Sasonow vom 22. Mai 1913, Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 160. Dann erhob Rußland, das sich schon durch den türkischen Vorschlag der Entsendung englischer Instrukteure nach dem kleinasiatischen Armenien in der von ihm beanspruchten Präponderanz beeinträchtigt fühlte, den Anspruch, bei den Reformen allein, mindestens aber in erster Linie unter den Mächten der Tripelentente berücksichtigt zu werden. In einem Telegramm Sasonows an Graf Benckendorff vom 25. Mai (a. a. O., III, 165 f.) hieß es: „Mit Rücksicht auf die Stimmung der Armenier stellen Reformen, von Rußland allein oder zusammen mit Frankreich gewährleistet, das einzige Mittel dar, diese Gegenden zu beruhigen und die Gefahr eines allgemeinen Aufstandes zu beschwören." Der von England aus geäußerten Besorgnis, daß die Türkei sich wegen der Reformen an Deutschland wenden könne, glaubte Sasonow durch einen gemeinsamen Schritt der Tripelententemächte bei der Pforte begegnen zu können: „Was die Besorgnis anbetrifft, die Türkei könne sich an Deutschland wenden, so scheint es uns, daß eine freimütige und herzliche Aussprache mit der Pforte ihr klarmachen sollte, daß sie nur die Wahl zwischen einer Zusammenarbeit mit uns auf Grund der Gemeinsamkeit der Interessen oder einem Rußland hätte, das frei jeglicher Verpflichtung und nur darauf bedacht wäre, seine Interessen in dem den Umständen angepaßten Maße zu wahren." Eine deutsche Beteiligung

Sein Ideal sei die englisch-deutsche Kooperation. Falls England und Deutschland sich über ein Reformprogramm verständigten, so werde er dasselbe freudig annehmen. Nur könne er aus den erwähnten Gründen keine Initiative nach dieser Richtung hin ergreifen. Im übrigen verstehe er, daß die deutsche öffentliche Meinung die Berufung der Engländer mißverstehen und die Bedeutung der Deutschland übertragenen . . .* unterschätzen könne. Um uns entgegenzukommen, schlage ich vor, vorläufig erstens, daß für die Gebiete der Bagdadbahn keine englischen Instrukteure für öffentliche Arbeiten berufen würden, und zweitens, daß an verschiedenen Orten mit Ausnahme der russischen Grenzgebiete deutsche Inspekteure für Schulwesen angestellt würden.

Aus den Ausführungen Mahmud Schewkets entnehme ich, daß Generalinspekteur und Inspekteure keinen türkischen Beamten neben sich haben werden und nur als Kontrolleure, nicht als Exekutivbeamte gedacht sind. Im ganzen sollen 17 Engländer kommen.

Wangenheim

Nr. 15 312

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 159 Pera, den 21. Mai 1913
[pr. 26. Mai]

Durch den Balkankrieg ist die orientalische Frage in zwei Teile zerlegt worden, einen europäischen und einen asiatischen. Für die bisherige europäische Türkei lautet die Frage jetzt: „Wie wird sich das Verhältnis zwischen den der Türkei substituierten Balkanstaaten gestalten, und welche Rückwirkungen wird dieses Verhältnis auf die Beziehungen der Balkanvölker zu den Großmächten und auf deren Beziehungen untereinander ausüben?“ Die orientalische Frage, soweit sie Kleinasien betrifft, läßt sich in die Worte kleiden: „Ist der übriggebliebene Teil der Türkei noch lebensfähig oder dem Untergange geweiht?“

---

an der Reformertätigkeit wollte Sasonow allenfalls nur „nach vorhergehender Übereinkunft mit Frankreich und England“ zulassen, um „Widerstände von deutscher Seite auszuschalten“. Geheimtelegramm Sasonows an Graf Benckendorff vom 28. Mai, a. a. O., III, 170. Diese Haltung Sasonows veranlaßte Sir E. Grey, die bereits ausgesprochene Bereitwilligkeit zur Entsendung englischer Instrukteure nach Ostanatolien wieder zurückzuziehen. Vgl. Nr. 15 314.

* Ziffergruppe unverständlich.

Die Welt war daran gewöhnt, die asiatische Türkei als ein Annex der europäischen Türkei zu betrachten. Da man die Existenz der letzteren durch den österreichisch-russischen Gegensatz als hinlänglich gesichert erachtete, so hielt man auch die asiatische Türkei für mehr oder weniger unangreifbar. Alle diese Theorien sind nun durch die Kriegsereignisse vollkommen über den Haufen geworfen worden. Die europäische Türkei ist verschwunden, und keine Macht wird den zerrissenen Berliner Vertrag wieder aus dem Papierkorbe hervorholen wollen, nur um behaupten zu können, daß der Status quo nun wenigstens für Kleinasien weiterbestehen müsse. Die kleinasiatische Frage erscheint daher als jungfräuliches Problem, das, losgelöst von den Traditionen und Dogmen der bisherigen Orientpolitik der Mächte, behandelt werden muß. Günstig für die neue Türkei ist es, daß sie nur von verhältnismäßig wenigen nach Befreiung von der osmanischen Herrschaft strebenden Angehörigen fremder Staaten bewohnt ist. Von den Balkanvölkern haben nur noch die Griechen ethnographische Interessen in Kleinasien. Dieselben liegen aber hauptsächlich an der Peripherie des Landes und bedrohen vielleicht nicht ganz so ernstlich, wie Mahmud Schewket es annimmt, die Existenz des türkischen Reiches, besonders da die auf den Besitz Konstantinopels gerichtete griechische Propaganda mit dem slawischen Widerstand zu rechnen hat. Als Vorwand für Eroberungsgelüste eines Staates dient aber heutzutage nicht nur das ethnographische Prinzip. Eine Intervention kann schon damit begründet werden, daß in dem fremden Lande Unruhen herrschen, welche die Ordnung im eigenen Lande affizieren, oder durch welche wirtschaftliche Werte, die von dem einen Lande in dem anderen investiert sind, gefährdet werden. Die Möglichkeit der Einmischung besteht für Rußland in Ostanatolien, für Frankreich in Syrien und für England im Gebiet des Persischen Golfes und in Arabien. Sie würde auch für uns theoretisch im Gebiete der Bagdadbahn bestehen. Tatsächlich sucht Rußland schon heute die Armenier und Kurden aufzuwiegeln, um sich den Vorwand für eine Intervention zu schaffen. In Südarabien benutzt England die Streitereien zwischen den einzelnen Stämmen, um seinen Einfluß langsam in der Richtung auf die heiligen Stätten vorzuschieben. Überall zeigen sich unter den von den Osmanen beherrschten Volksstämmen autonome und separatistische Tendenzen, die entweder von fremden Mächten ins Leben gerufen oder aus der Hoffnung der Eingeborenen entstanden sind, daß sich irgendeine fremde Macht ihrer annehmen möchte. Ja selbst unter den eigentlichen Türken gibt es heute schon viele, die an der Zukunft ihrer Rasse verzweifeln und eine fremde Okkupation herbeiwünschen. Von dem türkischen Volke ist der intelligentere Teil von tiefer Depression erfaßt, der andere in stumpfe Gleichgültigkeit versunken. Die Finanzen des Landes sind schwer erschüttert, die Steuerlasten unerträglich geworden. Die Armee ist demoralisiert, das Offi-

zierkorps in sich politisch gespalten. Eine Beamtenhierarchie gibt es nicht mehr. Seit der Einführung der Verfassung halten sich alle Beamten für gleichberechtigt und führen die Befehle der höheren Stellen nicht mehr aus. Es gibt keinen Padischah mehr, welchem die Armee und die Beamten blind gehorchten. Die Vorzüge des hamidischen Systems sind verschwunden, seine Nachteile dagegen geblieben und machen sich jetzt doppelt fühlbar. An der Spitze der Regierung befindet sich zwar gegenwärtig ein starker und intelligenter Mann. Hinter ihm steht das Komitee, die einzige Partei, welche sich seit Einführung der Verfassung einigermaßen regierungsfähig erwiesen hat. Das Komitee ist aber fast der einzige konservative Faktor, welchen man gegenüber den im ganzen Reiche tätigen zersetzenden Faktoren in Berechnung stellen könnte. Ein einfaches Subtraktionsexempel genügt, um das Urteil zu begründen: Die asiatische Türkei kann sich aus eigener Kraft nicht mehr erhalten.

Daß die Katastrophe dort wie in der europäischen Türkei einige Hunderte von Jahren auf sich warten lassen wird, ist kaum anzunehmen, nachdem die Balkanstaaten mit dem heiligen Dogma der Integrität der Türkei aufgeräumt haben. Die Dinge werden vielmehr, wenn keine Hilfe von außen kommt, in Kleinasien einen weit rascheren Lauf nehmen. Schon wenn Mahmud Schewket fallen sollte, dürfte in Konstantinopel eine vollkommene Anarchie eintreten, die in Kleinasien zur Auflösung führen würde. Mahmud Schewket aber kann leicht gestürzt werden, wenn ihm zugemutet werden sollte, eine Kriegsentschädigung oder den Verlust der Inseln vor dem Volke vertreten zu müssen.

Bürgerkriege und Anarchie in der Türkei werden unbedingt zu einer Intervention der Mächte und zur Aufrollung der Teilungsfrage Veranlassung geben. Nun liegt es aber, wie ich bereits in einem früheren Berichte ausführlich nachzuweisen versucht habe, durchaus nicht im deutschen Interesse, wenn das Teilungsproblem schon in der nächsten Zeit angeschnitten würde. Wir haben in der Türkei zwar immer nur wirtschaftliche Interessen verfolgt. Das deutsche Volk würde es aber nicht verstehen, wenn diese Interessen und die Werte, welche wir geschaffen haben, unter die Kontrolle anderer, uns feindlich gesinnter Mächte übergingen. Nicht das wirtschaftliche, sondern das politische Prestige Deutschlands steht bei einer Teilung Kleinasiens auf dem Spiele. Nun würden wir aber durch eine Festsetzung in Kleinasien zu einer Mittelmeermacht werden. Wir müßten, um unseren neuen Besitz an den Weltverkehr anzuschließen, einen Hafen erwerben, der mit der Zeit zu einem Flottenstützpunkte sich entwickeln würde. Bei der gegenwärtigen Weltlage wird England kaum bereit sein, uns die militärische Etablierung in der Nähe Ägyptens zu konzedieren. Die Teilung der Türkei könnte uns daher leicht in einen schweren

Konflikt mit England verwickeln, den wir unter für uns sehr ungünstigen Verhältnissen auszufechten hätten. Ferner sind wir bisher nicht im geringsten für eine Etablierung in Kleinasien vorbereitet. Wir wissen noch nicht einmal genau, wo wir uns eigentlich festsetzen sollten. Rußland, Frankreich und England haben ausgesprochene Interessensphären. Unsere Interessen laufen längs der Bagdadbahn und durchziehen ganz Kleinasien. Sie sind aber in Wirklichkeit mehr kapitalistischer als reeller Natur. Was wir an Schulen, Ordensniederlassungen etc. in der Türkei besitzen, kann sich nicht mit dem vergleichen, was Frankreich, Rußland und England im Laufe der Jahrhunderte sich hier an bodenständigen Werten geschaffen haben, und liegt außerdem in Gebieten, die zum großen Teil einmal anderen Ländern zufallen müssen. Unsererseits ist vieles nachzuholen, und dazu brauchen wir eine lange Zeit emsigster Arbeit. Das Ziel unserer Politik kann daher nur sein, die Auflösung der Türkei so lange als nur möglich, wenigstens aber vorläufig aufzuhalten.

Hierzu gibt es nur ein einziges Mittel, die Reorganisation der Türkei durch fremde Mächte, welche gleichzeitig eine Garantie für den kleinasiatischen Status quo für einen längeren Zeitraum, wenn nicht vertragsmäßig, so doch durch ihr Prestige übernehmen. Die bloße Berufung von Reformern mit beratender Stimme würde in keiner Weise ausreichen. Es handelt sich vielmehr um die Einführung einer wirklichen Kontrolle der staatlichen Funktionen durch fremde Beamte und Militärs, deren Anordnungen verbindlich sind für die nachstehenden Stellen und Personen. Je mehr sich ein solches Regime dem ägyptischen nähern würde, um so besser wäre es für die Türkei. Am durchgreifendsten würde die fremde Kontrolle sein, wenn sie von einer einzigen Macht ausgeübt würde. Es gibt hier eine ganze Gruppe von Leuten, welche die Türkei vollständig unter die Leitung deutscher Instrukteure mit weitgehendsten Machtbefugnissen stellen möchten. Ein großer Teil des Offizierkorps, einflußreiche Männer wie Munir Pascha* und angeblich auch der gegenwärtige Minister des Auswärtigen** sind für die Idee gewonnen. Dieselbe ist natürlich unausführbar, da die deutsche Reformtätigkeit auf den Widerstand sämtlicher anderen Mächte stoßen würde. Ebensowenig wie Deutschland würden Frankreich oder England allein die Reorganisation durch-

---

* Auf Munir Pascha, den ehemaligen türkischen Botschafter in Paris, wäre nach einem Bericht des österreich-ungarischen Militârattachés in Konstantinopel Oberst Pomiankowski vom 28. Januar (Feldmarschall Conrad, Aus meiner Dienstzeit, III, 40) der grundlegende Gedanke zurückzuführen, durch die Dreibundmächte eine Reorganisation des ganzen türkischen Staatswesens in die Hand nehmen zu lassen und speziell zur Reorganisation des Heerwesens einen deutschen Kommandierenden General mit entsprechendem Stab nach Konstantinopel zu berufen. Vgl. dazu Kap. CCXC, Nr. 15 435, Fußnote*.

** Said Halim Pascha.

führen können. Die Übertragung des Reformwerkes an sämtliche Mächte aber würde der Erneuerung des Berliner Vertrages gleichkommen. Unter dem Schutze der neuen Vereinbarung würde jede Macht ihren Sonderbestrebungen nachhängen und, wenn der geeignete Zeitpunkt gekommen ist, rücksichtslos das Prinzip der Integrität der Türkei zu ihren Gunsten umwerfen in dem sicheren Gefühle, daß der Bruch der internationalen Abmachungen nach modernen völkerrechtlichen Anschauungen die Mitkontrahenten keineswegs verpflichtet, ihrerseits zum Schwerte zu greifen. Eine Wiederbelebung des Berliner Vertrages würde aber nicht viel mehr bedeuten als die internationale Besiegelung der Überzeugung, daß die Türkei zum Untergange verurteilt ist. Das Reformwerk und damit die vorläufige Rettung der Türkei kann deshalb nur durch den ehrlichen Zusammenschluß derjenigen Mächte erfolgen, welche an dem Fortbestehen der Türkei ein wirkliches Interesse haben. Rußland scheidet von vornherein aus, da die Eroberung von Konstantinopel das Endziel seiner Politik ist. Frankreich bezeichnet sich selbst neuerdings als den Sachwalter Rußlands und kann seitdem kaum mehr als eine konservative Macht in der Türkei gelten. Österreich und Italien haben durch ihr Verhalten in der albanischen Frage * bewiesen, daß die Türkei nicht auf sie zählen kann. Als Reorganisatoren bleiben daher nur Deutschland und England übrig. England mag den Untergang der Türkei befürchten. Ihn wünschen kann es ebensowenig wie Deutschland. Denn die Teilung würde die Russen nach Konstantinopel und die Deutschen an die Küste des Mittelländischen Meeres führen. Es könnte der einen Macht kaum verbieten, was es der anderen gestattet. Die Aufteilung würde die strategische Lage Englands im Mittelmeer in jedem Falle schwächen und damit seine Weltstellung bedrohen. Wohl oder übel wird also England in der Frage der Zukunft Kleinasiens durch seine vitalen Interessen an die Seite Deutschlands geführt. Das hat auch Mahmud Schewket richtig erkannt, und seine kluge Politik ist deshalb darauf gerichtet, Deutschland und England in der Türkei zu versöhnen, damit diese beiden Länder die Stützen und Leiter der Wiederaufrichtung der Türkei werden können. Bei der Verfolgung seines Planes macht der Großwesir neuerdings Fehler, die ersten seit seinem Regierungsantritt. Ich hoffe, daß dieselben noch zu korrigieren sein werden. Es kommt darauf an, der Pforte die Überzeugung beizubringen, daß nicht die Inselfrage, sondern die Harmonie zwischen Deutschland und England die für die Zukunft der Türkei entscheidende Frage ist. Vom hiesigen deutschen Arbeitsfelde aus betrachtet, erscheint die englisch-deutsche Kooperation als die ideale, ja als die allein mögliche Lösung des kleinasiatischen Problems. Daß England nicht abgeneigt ist, sich der Türkei anzunehmen

---

* Vgl. dazu Bd. XXXIV, Kap. CCLXVIII u. ff.

und dabei sogar eine Verletzung russischer Interessen mit in den Kauf zu nehmen, geht schon daraus hervor, daß es die Entsendung englischer Instrukteure in die russische Interessensphäre im Osten zugestanden hat. Auch die Sprache der englischen Blätter gegen die französischen Bestrebungen in Syrien ist bezeichnend. England scheint tatsächlich gewillt, die Türkei zu halten, selbst auf die Gefahr eines Konfliktes mit denjenigen Mächten hin, welche die Aufteilung der Türkei auf ihr Programm geschrieben haben. Ob die politische Notwendigkeit, die Türkei zu erhalten, welche ebenso für Deutschland wie für England besteht, zu einer Verständigung über eine gemeinsame Reform der Türkei führen wird oder kann, ist von hier aus nicht zu beurteilen. Kommt es zu einem solchen prinzipiellen Einverständnis, so würde sofort die Inselfrage und auch die Frage der Kriegsentschädigung an Bedeutung für die Türkei verlieren. Der Türke würde dann ein so starkes Vertrauen in die Leistungsfähigkeit seiner Protektoren haben, daß er von diesen die Heilung aller Schäden, welche der Krieg der Türkei zugefügt hat, bestimmt erwarten würde. Überhaupt ist die Stimmung des türkischen Volkes jetzt eine derartige, daß England und Deutschland das Maß des Einflusses, welches sie hier gemeinsam auszuüben wünschen, selbst bestimmen könnten. Selbst eine Kontrolle, welche sich allmählich dem Vorbilde der englischen über Ägypten näherte, würde von der Bevölkerung hingenommen werden.

Der Gedanke an eine englisch-deutsche Zusammenarbeit auf türkischem Boden, die der Anfangspunkt einer definitiven Versöhnung werden könnte, darf für den praktischen Politiker selbstverständlich zunächst nicht mehr sein als eine Hoffnung und ein erstrebenswertes Ziel. Daß Frankreich und Rußland das Äußerste daran setzen werden, den Plan zu verhindern, geht schon aus der Nervosität hervor, welche auf den hiesigen Botschaften dieser Länder anläßlich der deutsch-englischen Verhandlungen über Bagdad herrscht. Der langsame, zähe und mißtrauische Engländer wird sich schwer aus den Maschen loslösen lassen, in welche ihn die langjährige Interessengemeinschaft mit Frankreich und Rußland verstrickt hat. Es wäre nun gewagt, unsere Politik auf den günstigsten Fall einzustellen. Wir müssen vielmehr damit rechnen, daß noch Jahre vergehen werden, bevor die Abneigung Englands gegen eine politische Geschäftsverbindung mit uns völlig geschwunden ist. Daraus folgt, daß wir uns vorläufig auf die schlimmste Eventualität vorbereiten müssen, das heißt auf die Teilung der Türkei, die unvermeidlich wird, wenn England und Deutschland noch lange getrennt marschieren.

Wir werden gezwungen sein zu prüfen, welche Gebiete innerhalb der kleinasiatischen Türkei eventuell als unsere Interessensphäre in Betracht kommen. Die nachfolgenden Ausführungen sollen einen ersten Versuch der Orientierung auf diesem Gebiete darstellen.

Unsere wirtschaftlichen Interessen dehnen sich zwar fast über

die gesamte asiatische Türkei aus. Als unsere eigentliche Interessensphäre können aber naturgemäß nur solche Gebiete in Betracht kommen, wo noch keine wichtigen Interessen maßgebender Konkurrenten bestehen. Nach dieser Formel scheidet für uns von vornherein aus

1) das Küstengebiet des Schwarzen und Marmara-Meeres, wo wir mit Rußland kollidieren würden,

2) das westliche Küstenland Anatoliens, soweit es hauptsächlich von Griechen bewohnt ist,

3) Syrien und Palästina, wo französischer Einfluß überwiegt,

4) das Gebiet, welches England mit Rücksicht auf seinen ägyptischen und indischen Besitz gegen fremde Einflüsse verschließt, also Arabien und die Umgebung des Persischen Golfes.

Nach Abzug dieser Gebiete bliebe für uns ein Landstreifen, welcher sich von der Linie Eski-Schehir—Adalia in ungefährer Breite von 400 Kilometern nach Osten bis zur persischen Grenze erstreckt, also ausschließlich solche Gegenden, welche durch Bahnbauten unter deutscher Führung erschlossen worden sind oder demnächst erschlossen werden. Sein Kernpunkt ist das nach dem Golf von Alexandretta gravitierende Gebiet. Hier haben wir schon so viel Kulturarbeit geleistet, so viele Werte investiert, daß unsere Interessen stellenweise wie in Cilicien und der Koniaebene schon einen monopolähnlichen Charakter annehmen. Nach Fertigstellung der Bagdadbahn könnte bei entsprechendem Unternehmungsgeist das ganze übrige Hinterland des Golfs von Alexandretta ebenso unter den deutschen Einfluß gebracht werden.

Die Grenzen dieses Hinterlandes sind offenbar dort zu suchen, wo der Warenaustausch seinen Weg nicht mehr über Alexandretta, sondern bequemer und billiger über einen anderen Seehafen nimmt. Diese politische Verkehrsscheide liegt im Nordwesten etwa bei Akschehir, im Südosten bei Kerkuk. Alles dazwischen liegende Gebiet in der Ausdehnung, wie es durch Zweiglinien der Bagdadbahn erschlossen werden wird, muß zum Hinterland von Alexandretta gerechnet werden. Soll der Zukunftshafen Alexandretta die seiner glänzenden geographischen Lage entsprechende Bedeutung erlangen, so darf dieses sein Hinterland nicht durch fremde Interessensphären eingeengt werden und muß daher uneingeschränkt dem deutschen politischen Einfluß vorbehalten werden. Die Ausdehnung dieses Gebietes ist auf der anliegenden Karte* durch rote Schraffierung kenntlich gemacht. An zwei Punkten streift es fremde Interessen: in Aleppo, wohin französische Einflüsse von Süden her vorgedrungen sind, und in der Gegend des Wansees, wo die Russen schwer abzugrenzende politische

* Hier nicht reproduziert.

Ansprüche geltend machen könnten. Aleppo kann aber für Frankreich nur sekundäres Interesse haben, da schon Damaskus und das als Kompensationsobjekt überaus wertvolle Haifa seiner Einflußzone zufallen. Für die Bagdadbahn ist dagegen Aleppo als der gegebene Zentralpunkt für die Verwaltung der ganzen mittleren Bahnstrecke unentbehrlich.

Ein möglichst weites Vorschieben unserer Interessensphäre nach Nordosten ist andererseits aus zwei Gründen geboten: In dem Gebirgsland nördlich der mesopotamischen Ebene befinden sich überaus reiche Erzlager. Bei Arghana nordöstlich Diarbekr sind Kupferlager gefunden worden, welche wahrscheinlich Rio Tinto und Katanga an Mächtigkeit und Gehalt übertreffen. Am Großen Zab und im persischen Randgebirge findet sich Petroleum und Holz, zwei Artikel, deren Beschaffung für die Bagdadbahn geradezu eine Lebensfrage ist.

Nach sorgfältiger Prüfung und genauer Besprechung mit sachverständigen Interessenten bin ich daher zu dem Resultat gekommen, daß das auf der Karte rot schraffierte Gebiet als unsere engere Interessensphäre behauptet werden und bei einer eventuellen Liquidation der Türkei uns zufallen muß.

Der Rest des Landstreifens — auf der Karte durch blaue Schraffierung kenntlich gemacht — kann als unsere weitere Interessensphäre bezeichnet werden. Diese umschließt zwei sehr wertvolle Gebiete: das für europäische Ansiedler geeignete westanatolische Hochland und das als Baumwolland einer glänzenden Zukunft entgegengehende mittlere Mesopotamien. Ob und wie weit wir unsere engere Interessensphäre einmal in diese Gegenden vorschieben können, wird von unserer wirtschaftlichen Expansionskraft und von unserer Stellung zu unseren Konkurrenten abhängen.

Endlich gibt es in Türkisch-Asien noch eine Zone, wo wir dank unseren Bahnbauten resp. Konzessionen zwar wesentliche wirtschaftliche Interessen besitzen, wo aber vitale fremde Interessen mit den unsrigen kollidieren, so daß die Ausdehnung unseres politischen Einflusses auf diese Gebiete unter den heutigen Umständen wohl als ausgeschlossen gelten muß (auf der Karte rot und blau punktiert). Ohne Zweifel bringen wir ein schweres Opfer, wenn wir uns sowohl für die Anfangs- wie für die Endstrecke der Bagdadbahn politisch desinteressieren. Wirksame Garantien gegen jede wirtschaftliche Benachteiligung und loyale Unterstützung unserer anderweitigen Ansprüche könnten allein als annehmbare Gegenleistung für diesen unseren Verzicht in Betracht kommen.

Wangenheim

Nr. 15 313

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 288 — Therapia, den 26. Mai 1913

Antwort auf Telegramm Nr. 168 vom 25. d. Mts.*

Da Pforte zu Wünschen Anregung aus den in Telegramm Nr. 286** entwickelten Gründen nicht geben wird, könnte in Frage kommen, ob unsererseits in London auf Notwendigkeit deutsch-englischen Zusammenwirkens hingewiesen werden kann.

Da England mit Rücksicht auf seine Verbündeten kaum zugeben wird, daß es eine durchgreifende Reorganisation der ganzen Türkei betreibt, und sich immer auf Spezialmandat nach Zypernvertrag berufen wird, so müßte zwischen uns und England wie zwischen Auguren verhandelt werden unter Zugrundelegung etwa folgenden Gedankenganges:

Verwaltung und Gendarmerie brauchen in hiesigen unentwickelten Verhältnissen unbedingt Rückhalt an Armee. Daher grundsätzliche deutsch-englische Verständigung über Reformwerk geboten.

Es ist von der Pforte in London bekanntgegeben worden, daß Reorganisation Armee und Unterricht an Deutschland fallen soll.

Englischer Botschaftsrat*** sagte mir vorgestern spontan: „Deutschland und England mögen wollen oder nicht, sie werden durch die Notwendigkeit, die Türkei zu erhalten, zusammengeführt.“

Wangenheim

Nr. 15 314

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 289 — Konstantinopel, den 26. Mai 1913

Im Anschluß an Telegramm Nr. 288 †.

Großwesir sagte mir heute, Hakki Pascha habe telegraphiert, daß Sir E. Grey seine Zusage bezüglich Entsendung von Reformern für Süd- bezw. Westanatolien gänzlich, für Osten und Norden teil-

---

* Siehe Nr. 15 310.
** Siehe Nr. 15 311.
*** C. M. Marling.
† Siehe Nr. 15 313.

weise zurückgezogen habe. England wolle nunmehr nur noch für die Wilajets im Osten und Norden je einen Gendarmerieoffizier sowie zwei Gendarmerieinspekteure und außerdem einen dem Minister des Innern zu unterstellenden Generalinspekteur zur Verfügung stellen, lehne aber die erbetene Entsendung von zwei Generalinspekteuren für Osten und Norden sowie von je zwei Inspekteuren für Justiz, öffentliche Arbeiten und Ackerbau ab. Seine veränderte Haltung motiviere Sir E. Grey mit der Rücksicht auf die Empfindlichkeit anderer Nationen, womit nach Mahmud Schewkets Ansicht Frankreich und Rußland gemeint sind*. Außerdem hat Sir E. Grey Hakki Pascha gesagt, daß mit den Reformen im kleineren und zunächst an den bedrohtesten Stellen angefangen werden müsse. Spätere Ausdehnung sei möglich.

Mahmud Schewket ist mit diesem Bescheid insofern nicht zufrieden, als er gehofft hatte, daß namhafte Persönlichkeiten zu Generalinspekteuren ernannt werden und als Kronzeugen gegen russische Verleumdungen der türkischen Verwaltung in den armenischen Gebieten dienen würden. Er hat nunmehr nochmals wenigstens um zwei Justizreformer gebeten. Andererseits verkennt Großwesir nicht, daß der englische Rückzug die deutschen Bedenken zum Teil hinfällig macht und uns für die Verständigung mit England einen größeren Zeit- und Spielraum läßt.

Wangenheim

Nr. 15 315

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in London Fürsten von Lichnowsky

Konzept

Nr. 950 — Berlin, den 27. Mai 1913
[abgegangen am 28. Mai]

Wie Euerer Durchlaucht bekannt, hatte die türkische Regierung Sir E. Grey kürzlich unter Berufung auf den Zypernvertrag um Instrukteure, wie sie von England für Ost- und Nordanatolien bereits bewilligt worden waren, auch für den Westen und Süden Anatoliens gebeten. Die Reform des gesamten Zivildienstes wurde auf diese Weise in die Hände Englands gelegt. Im Osten sollten zwei, im Westen eine Generalinspektion gebildet und den Generalinspektionen je vier Inspektionen für Justiz, Gendarmerie, öffentliche Arbeiten und Inneres untergeordnet werden. Den Generalinspekteuren und Inspekteuren, die keinen türkischen Beamten neben sich haben und

* Vgl. Nr. 15 311, Fußnote ***.

nur als Kontrolleure, nicht als Exekutivbeamte tätig sein sollten, wollte man je einen englischen Berater beigeben. Im ganzen war die Anstellung von siebzehn Engländern beabsichtigt.

Nachdem Sir E. Grey sich ursprünglich zur Annahme des türkischen Angebots bereit gezeigt hatte, hat er nach einer heute eingegangenen telegraphischen Meldung des Kaiserlichen Botschafters in Konstantinopel* nunmehr seine Zusagen wegen Entsendung von Reformern für Süd- und Westanatolien ganz, für den Osten und Norden Anatoliens teilweise zurückgezogen. Wie der Großwesir Baron Wangenheim mitteilt, will England jetzt nur noch für die Wilajets im Osten und Norden je einen Gendarmerieoffizier sowie zwei Gendarmerieinspekteure und außerdem einen dem Minister des Innern zu unterstellenden Generalinspekteur zur Verfügung stellen. Die Entsendung von zwei Generalinspekteuren für den Osten und Norden sowie von je zwei Inspekteuren für Justiz, öffentliche Arbeiten und Ackerbau lehnt das englische Kabinett ab. Sir E. Grey motiviert seine veränderte Haltung mit der Rücksicht auf die Empfindlichkeit anderer Nationen, womit in erster Linie wohl Frankreich und Rußland gemeint sind. Ferner hat Sir E. Grey Hakki Pascha gesagt, daß die Reformen in kleinerem Maßstabe und zunächst an den am meisten bedrohten Stellen in Angriff genommen werden müßten; später könnten sie dann ausgedehnt werden. Der Großwesir hat die englische Absage hingenommen und nur noch um die Überlassung von zwei Justizreformern gebeten.

Hiernach dürften sich die mit Euerer Durchlaucht hier mündlich verabredeten förmlichen Vorstellungen bei Sir E. Grey erübrigen. Ew. pp. wollen sich statt dessen dem englischen Minister gegenüber mehr akademisch etwa im nachstehenden Sinne aussprechen.

Wir hätten aus Konstantinopel gehört, daß die Pforte der englischen Regierung die Reform des Zivildienstes nicht nur in Nord- und Ostanatolien, sondern auch im Westen und Süden des Landes angeboten, und daß England, nachdem es anfänglich geneigt gewesen sei, auf dieses Angebot einzugehen, sich schließlich für Ablehnung entschlossen habe. Wir könnten diesen Entschluß nur dankbar begrüßen; denn nach den Vorschlägen der türkischen Regierung würde sich das englische Reformwerk auch auf solche Gebiete erstreckt haben, wo Deutschland auf Grund der von ihm geleisteten Kulturarbeit begründeten Anspruch auf eine ausschlaggebende Rolle bei den Reformen hätte erheben müssen. Wären diese Gebiete dem englischen Einfluß ohne genügende deutsche Beteiligung ausgeliefert worden, so würde im Volk und in der öffentlichen Meinung Deutschlands ein Sturm der Entrüstung entstanden sein, dem gegenüber die Regierung machtlos gewesen wäre. Eine derartige Entwicklung der Dinge würde die deutsch-englischen Beziehungen in fataler Weise beeinflußt und

* Vgl. Nr. 15 314.

die geplanten Abmachungen über Bagdad in Frage gestellt haben. Wir wüßten uns mit dem englischen Kabinett eins in dem Wunsche, den asiatischen Besitzstand der Türkei zu erhalten und zu seiner Konsolidierung nach Kräften beizutragen. Dieses Ziel könne aber nur durch ein enges und loyales Zusammenwirken Deutschlands und Englands erreicht werden. Hierzu gehöre, daß die beiden Mächte sich über die Natur der etwa erforderlichen Reformen und die Art und Weise ihrer Durchführung vorher verständigten und auf jedes Sondervorgehen verzichteten, das auch nur den Anschein eines Eingriffs in das Arbeitsfeld der anderen Macht erwecke.

König Georg hat Seiner Majestät dem Kaiser ebenfalls mitgeteilt*, daß die Türkei wegen Gestellung von Reformern sich an England gewandt und letzteres den türkischen Wünschen zwar nicht voll entsprochen, aber die Stellung von Gendarmerieoffizieren in Aussicht gestellt habe. Seine Majestät der Kaiser hat hierauf dem König gesagt, daß die Türkei von uns Armeereformer erbeten und allerhöchster dies zugesagt habe.

Jagow

Nr. 15 316

Der Geschäftsträger in London von Kühlmann an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 341 London, den 28. Mai 1913

Die Frage nach der Zukunft des türkischen Reiches, das von nun an seinen Schwerpunkt in Asien haben wird, wirft ihre Schatten schon in die schwebenden Besprechungen über den Friedensschluß. Von allen Gefahren, die der asiatischen Türkei drohen, ist die aus den armenischen Verhältnissen entspringende bei weitem die dringendste.

Die Armenier, ein hochbegabtes, aber unruhiges Volk, das nicht unähnlich den Juden handeltreibend sich über den größten Teil der bewohnten Erde ausgebreitet hat, lebten ursprünglich mit den kriegerischen und grausamen Kurden in einer Art Lehen- und Schutzverhältnis, bei dem relative Sicherheit für Leben und Eigentum durch ständige Abgaben erkauft wurde. Die rege, insbesondere von Amerikanern geleitete Missionstätigkeit, welche durch zahlreiche Schulen und Anstalten eine junge, mit westlichen Ideen und Bestrebungen erfüllte Jugend herangezogen hatte, ist sicher für die bedrohliche Unrast der heutigen Armenier mitverantwortlich, wenn auch nicht zu leugnen

* Gelegentlich der Anwesenheit des englischen Königspaares bei der Vermählung der Prinzessin Viktoria Luise von Preußen mit Herzog Ernst August zu Braunschweig und Lüneburg (24. Mai).

ist, daß die Armenier von den Kurden häufig schweres Ungemach zu erdulden haben. Die große Schwierigkeit des armenischen Problems liegt vor allem in der Geographie und der Verteilung des armenischen Volkes. Schon jetzt sind die Gebiete, die man als armenisch bezeichnen kann, zwischen drei Reichen geteilt: der Türkei, Persien und dem russischen Kaukasus. In der öffentlichen Diskussion wird immer nur von den türkischen Armeniern gesprochen. Es wäre aber durchaus falsch, daraus den Schluß zu ziehen, daß es mit den russischen Armeniern sehr glatt gehe. Jeder, der die Verhältnisse in den kaukasischen Gouvernements auch nur einigermaßen studiert hat, weiß, daß das armenische Element sich dort in ständiger Gärung befindet, die besten Kerntruppen zu allen räuberischen und revolutionären Unternehmungen liefert und nur mit eiserner Faust niedergehalten wird. Ein großer Teil der an der persischen Revolution beteiligten Freischärler waren solche kaukasischen Armenier.

All die unzähligen Pläne für die Verbesserung des Loses der türkischen Armenier scheitern daran, daß nirgends in Türkisch-Asien, selbst nicht in den gewöhnlich als armenisch bezeichneten Wilajets, sie auch nur annähernd die Mehrheit der Bevölkerung bilden. Als armenisch gelten gewöhnlich die Wilajets von Wan, Diarbekr, Bitlis und Mamuret. In diesen kommen in Wan auf 424 000 Muselmänner, Griechen und Christen 81 000 Armenier; sie bilden ein Fünftel der Bevölkerung. In Diarbekr bilden sie mit 79 000 unter 463 000 Angehörigen anderer Stämme ein Sechstel, in Bitlis mit 131 000 ein Drittel und in Mamuret mit 70 000 ein Achtel der nichtarmenischen Bevölkerung (diese Ziffern sind armenischen Quellen entnommen und sicher eher zu hoch als zu niedrig gegriffen). Auf die ungefähr 14 500 000 betragende Gesamteinwohnerzahl der kleinasiatischen und syrischen Wilajets kommen im ganzen etwa 1 200 000 Armenier. Es ergibt sich also, daß selbst da, wo sie am dichtesten wohnen, sie nicht ein Drittel der Bevölkerung ausmachen, in den anderen Bezirken aber nur eine relativ kleine Minderheit. Dies läßt den Ausblick für erhebliche Reformaktionen nicht sehr hoffnungsvoll erscheinen.

Herr Paul Cambon hat, als er noch Botschafter in Konstantinopel war, am 20. Februar 1894 einen noch immer in hohem Grade lesenswerten zusammenfassenden Bericht über die gesamte armenische Frage verfaßt, der zu der melancholischen Schlußfolgerung gelangt: es gibt keine Lösung der armenischen Frage (Gelbbuch: Affaires arméniennes 1893/97, Seite 11).

Was der armenischen Frage eine erhöhte internationale Bedeutung gibt, ist der Umstand, daß die Türkei für kleinasiatische Wilajets, vor allem die armenischen, englische Beamte und Reformer erbeten und — gutem Vernehmen nach — auch zugesagt erhalten hat. Die einzige Großmacht, die von Unruhen in Armenien unmittelbar Nutzen ziehen könnte, ist Rußland, und ein russischer Einmarsch in armenisches Gebiet

unter dem Vorwande gefährlicher Unruhen war eine Möglichkeit, mit der jederzeit gerechnet werden mußte. Niemand weiß dies besser als die durchschnittlich recht gut unterrichtete englische Regierung. Andererseits liegt es auf der Hand, daß mit der Entsendung englischer Reformatoren in großem Umfange England für die Erhaltung der asiatischen Türkei eine große moralische Verantwortung übernimmt, die seinerzeit auch die Möglichkeit von Konflikten mit Rußland in sich birgt. Die offizielle russische Politik setzt sich ja ebenso wie die englische für die Erhaltung des Status quo in der asiatischen Türkei ein, aber die gerade in der russischen Politik besonders häufigen mächtigen Unterströmungen werden sicher früher oder später eine Politik der Ausdehnung in Türkisch-Armenien befürworten. Englische Instruktoren, welche sich auch auf die etwa 70 000 Seelen betragenden, englisch-amerikanisch erzogenen armenischen Protestanten stützen können, bilden da einen starken Wall gegen russisches Vorgehen. Von diesem Gesichtspunkte aus hat die Entsendung englischer Reformer in die kleinasiatische Verwaltung der Türkei symptomatische Bedeutung. Es ist sehr gut denkbar, daß neben der nur zeitweise ruhenden persischen Frage auch die armenische zu einer englisch-russischen Reibungsfläche werden könnte. Die Zahl der Freunde der russischen Entente ist nicht im Zunehmen begriffen. Deshalb verdient jedes Symptom doppelte Beachtung, das darauf hindeutet, daß die Periode des bedingungslosen dauernden Zurückweichens vor Rußland in Asien sich vielleicht ihrem Ende nähert.

R. v. Kühlmann

Nr. 15 317

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in London Fürsten von Lichnowsky

Privatbrief. Konzept

Berlin, den 31. Mai 1913
[abgegangen am 1. Juni]

Ich erhalte eben den abschriftlich beigefügten Brief von Sir E. Goschen*. Ich werde, sobald ich Goschen sehe, ihm sagen, daß ein Mißverständnis vorliegen müsse, da wir eine derartige „impression“ keineswegs hätten. Denn, nachdem uns Grey im Januar versichert

---

* Der vom 31. Mai datierte Brief des englischen Botschafters lautete: „Sir Edward Grey tells me that he has been given to understand by Prince Lichnowsky that there is an impression in Berlin that England, Russia and France might have come to some secret agreement for the partition of Asia Minor. He has asked me to tell that there is no truth whatever in this rumour.“

hat, daß kein agreement über Asia Minor zwischen den Tripelententemächten bestände, können wir nicht gut an der Loyalität dieser Erklärung zweifeln. Ich tue es auch nicht, sondern bin überzeugt, daß ein solches agreement nicht besteht*.

Andererseits wäre es uns natürlich nicht unerwünscht, einmal mit England vertraulich über die Zukunft Kleinasiens etc. in einen Gedankenaustausch zu treten, mit der völlig loyalen und ohne reservatio verstandenen Absicht, die Türkei in ihrem jetzigen Bestande so lange als irgend möglich zu erhalten. Letzteres ist unser eigenstes Interesse, denn eine Liquidation der asiatischen Türkei würde uns nur in unserer Arbeit stören und große Verlegenheiten bereiten. Aber die Sache kann bei der Morschheit der türkischen Verhältnisse ohne unseren Willen anders kommen und der Zerfall schneller eintreten, als wir wünschen. Für diesen Fall wäre es gut zu wissen, woran wir mit England sind. Wir haben so große Interessen in Anatolien und Mesopotamien, daß wir dieselben nicht ohne weiteres anderen preisgeben können. Man mag über Marschalls Werk der Anatolischen und Bagdadbahn denken, wie man will, sie wird von unserer öffentlichen Meinung als das einzige Fazit unserer Politik der letzten Dezennien betrachtet. Ein Leerausgehen würde für uns ein zweites Marokko sein.

---

* Im gleichen Sinne hatte sich Fürst Lichnowsky schon am 30. gegenüber Sir E. Grey ausgelassen. In einem Berichte des Botschafters vom 30. Mai (Nr. 346) heißt es darüber: „Ich fand Gelegenheit, mich dahin auszusprechen, daß uns an der Erhaltung der asiatischen Türkei außerordentlich viel gelegen sei, und daß wir auch in dieser Hinsicht auf die britische Mitwirkung rechneten; auch seien wir davon überzeugt, daß über eine Einteilung in Interessensphären zwischen Großbritannien und der russischen und der französischen Regierung nicht verhandelt worden sei, da wir gegebenenfalls auch unsern Anteil in Anspruch nehmen müßten.
Sir Edward bestätigte vollkommen meine Auffassung und wiederholte mir, daß er bestrebt sei, die asiatische Türkei zu erhalten, und daß keinerlei geheime Abmachungen bestünden. Reformen müßten eingeführt werden, doch sei dies Sache aller Regierungen.
In ähnlichem Sinne hat sich der Minister übrigens gestern auch im House of Commons ausgesprochen, wo er sagte: ‚The question of reforms in Asiatic Turkey is a matter which concerns all the European Powers who have interests in Asiatic Turkey.‘ Von anderer Seite höre ich, daß die hiesige Regierung durch entsprechende Schritte in Konstantinopel, die von der Gesamtheit aller Mächte zu erfolgen hätten, sich die Einführung von Reformen für das gesamte Kleinasien und nicht nur für Armenien verspricht. Die Reform des türkischen Zivildienstes aber durch englische Beamte sei niemals beabsichtigt gewesen, und die britische Betätigung beschränke sich auf einige wenige Gendarmerieoffiziere, deren Entsendung man hier mit Rücksicht auf den Zypernvertrag nicht gut habe ablehnen können.
Ich bin nach wie vor davon überzeugt, daß Sir Edward auch in diesen Fragen vollkommen offen und aufrichtig mit uns verfahren wird, und daß wir keine unangenehmen Überraschungen zu gewärtigen haben.“

Ich schrieb Ihnen, daß Cambon mir angedeutet hat, er wünschte mit mir über die asiatischen Interessen zu „causer“, und daß ich ihn dilatorisch behandelt habe und weiter zu behandeln gedenke*. Ich habe dabei im besonderen das Gefühl, daß England wegen seiner ägyptischen Interessen nicht den Wunsch hat, Syrien und Palästina einmal an Frankreich zu überlassen. Ich möchte aber in der asiatischen Türkei mit und nicht ohne England arbeiten.

Ich möchte Sie bitten, von Cambons Anregung Grey gegenüber nichts zu verlautbaren; denn die Kerls sind doch zu intim, als daß Grey deswegen nicht in Paris anfragen sollte, und dann fände die Explikation voraussichtlich auf unsere Kosten statt.

Einstweilen haben sich Révoil und Helfferich in Paris über die Bagdadbahn unterhalten**; das Resultat werde ich von Helfferich am Montag erfahren. Eine Unterhaltung über diese Frage entspricht aber auch den Wünschen Greys, wie er neulich an Kühlmann gesagt hat. Und es ist ein großer Unterschied, ob wir mit Frankreich über die Bahn reden oder uns über „Interessensphären“ mit späteren Konsequenzen verständigen.

Jagow

Nr. 15 318

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 172 Therapia, den 29. Mai 1913
[pr. 1. Juni]

Euerer Exzellenz beehre ich mich über die türkischen Pläne einer Verwaltungsreform für die asiatischen Provinzen, wie sich die Frage nach meinen verschiedenen Besprechungen mit dem Großwesir darstellt, noch einmal im Zusammenhang folgendes zu berichten. Es wird hierbei von wenn auch nur noch retrospektivem Interesse sein, auf die Rolle, die hierbei England zugedacht war, näher einzugehen.

Zum richtigen Verständnis ist die auf den ersten Blick vielleicht überflüssig erscheinende Feststellung vorauszuschicken, daß es der türkischen Regierung bei ihrem Vorgehen in erster Linie darauf ankam, in den durch fortwährende innere Unruhen aufgewühlten und daher etwaigen Begehrlichkeiten gewisser Großmächte besonders leicht ausgesetzten Teilen des Reiches geordnete Verwaltungszustände zu schaffen und hierdurch allen unzufriedenen Elementen allen weiteren

* Vgl. Bd. XXXVII, Kap. CCLXXXVI, Nr. 14 917.
** Vgl. Bd. XXXVII, Kap. CCLXXXVIII.

Grund zur Beschwerde zu nehmen. Die Sorge um die sogenannten armenischen Wilajets stand hierbei obenan.

Was nach Ansicht der Regierung zur Herstellung besserer Verhältnisse in den von Kurden und Armeniern bewohnten ostanatolischen Provinzen aber vor allem not tut, ist

1) Regelung der sogenannten Agrarfrage und Versöhnung der hieraus zwischen Kurden und Armeniern entstandenen Gegensätze; im Zusammenhang damit stehen Sanierung und Hebung der Landwirtschaft im allgemeinen.

2) Bau guter Verkehrswege.

3) Schaffung einer ausreichenden, gut disziplinierten Gendarmerie.

4) Reform des Justizwesens.

Die Pforte begann ihre diesbezügliche Reformtätigkeit bekannntlich damit, daß sie den von früheren jungtürkischen Kabinetten ausgearbeiteten und der Kammer auch bereits zugegangenen Entwurf zu einem Wilajetsgesetz in Form eines provisorischen, also noch von der Genehmigung der künftigen Volksvertretung abhängigen Gesetzes in Kraft setzte. Über dessen Hauptbestimmungen, die der dezentralistischen Richtung nicht unbedeutende Konzessionen machen, habe ich unter dem 15. v. Mts. Nr. 109* kurz zu berichten die Ehre gehabt. Um bei dem Übergang aus dem System strenger Zentralisation in ein solches mit erweiterten Selbstverwaltungsrechten der einzelnen Provinzen alles Sprunghafte zu vermeiden, waren dem Wali und der Zentralregierung gegenüber dem Provinziallandtag noch wesentliche Rechte vorbehalten worden. Diese an sich durchaus gerechtfertigte Vorsicht konnte den Vertretern der radikalen Opposition und den auf eine versteckte Autonomie hinarbeitenden Wühlern nicht passen; die von der Regierungsmaßregel erwartete wohltuende Wirkung blieb daher aus. Weder die armenischen Gravamina noch die Bewegung an den beiden Unruhezentren Syrien und Basra wurden zum Schweigen gebracht. Die Armenier insbesondere, die wiederholt die Erfahrung hatten machen müssen, daß ihnen durch Staatsgesetze und internationale Verträge feierlich zugesicherte Reformen immer wieder toter Buchstabe blieben, brachten dem neuen Gesetze von vornherein wenig Vertrauen entgegen. Immer deutlicher erklang der Ruf nach einer wirksamen, das heißt europäischen Garantie für die tatsächliche Durchführung der versprochenen Wohltaten.

Unter diesen Umständen entschloß sich Mahmud Schewket Pascha, aus eigener Initiative zu demjenigen Mittel zu greifen, welchem er sich im weiteren Verlauf der Dinge auf ausländischen Druck hin vermutlich doch wohl hätte anbequemen müssen. Die Regierung faßte den Beschluß, an Stelle der anfangs geplanten Entsendung einer Spezialkommission unter Leitung eines Ministers, der nur eine vorüber-

---

* Siehe Nr. 15 295.

gehende Aufgabe zufallen konnte, eine Reihe ständiger Generalinspektionen mit bestimmt abgegrenzten Amtsbezirken ins Leben zu rufen und an die Spitze einiger dieser Aufsichtsbehörden ausländische Beamte zu berufen.

Es ist zweifellos, vom türkischen Standpunkt aus betrachtet, ein politisch kluger Schachzug gewesen, daß der Großwesir sich hierbei zunächst an England gewandt hat. Der Zypernvertrag bestimmt bekanntlich als Gegenleistung für die formelle Erklärung Englands, den türkischen Besitz in Ostanatolien unter Umständen mit Waffengewalt verteidigen zu wollen, daß „Sa Majesté Impériale le Sultan promet à l'Angleterre d'introduire les réformes nécessaires (à être arrêtées plus tard par les deux Puissances) ayant trait, à la bonne administration et à la protection des sujets chrétiens".

Die Anrufung dieses schon vor 35 Jahren geschaffenen casus foederis mußte England unbequem sein. Doch ging Sir E. Grey zunächst, wenn auch anscheinend widerwillig, auf den Vorschlag ein. Jede Form, die die englische Aktion ihrer alten antirussischen Tendenz entkleiden könnte, mußte aber der englischen Politik willkommen sein. Andererseits sprachen auf türkischer Seite gewisse Erwägungen dafür, die englische Mitwirkung bei der geplanten Reform nicht nur auf Nordostanatolien zu beschränken. Das von einer armenischen Bevölkerung gleichfalls reich durchsetzte Adana ließ sich schwer ausschließen, ohne dort tiefe Mißstimmung zu erregen. Gleichzeitig versprach sich der Großwesir wesentliche politische Vorteile von dem Gedanken, Englands Unterstützung für eine Regelung der Inselfrage möglichst nach türkischen Wünschen dadurch zu gewinnen, daß ihm die gleiche Reformtätigkeit auch für die westanatolischen Wilajets eingeräumt würde. Aus einer auf Grund des Zypernvertrages zunächst nur für Ostanatolien in Aussicht genommenen englischen Mitwirkung entwickelte sich daher erst im weiteren Verlauf der Plan, England ein allgemeines Mandat zu übertragen.

Ausschließlich war dieses England zugedachte Mandat jedoch insofern nicht, als nur ein Teil (drei) der zu gründenden sieben Generalinspektionen von englischen Beamten besetzt werden sollten. Was die Zahl und die Aufgaben der dem Generalinspekteur beigegebenen fremden Hilfsbeamten betrifft, so ergeben sie sich logisch aus dem für die armenischen Provinzen vorgezeichneten, oben angedeuteten Arbeitsprogramm; hierbei ist hervorzuheben, daß der für die innere Verwaltung zu berufende Inspekteur nach türkischer Auffassung vorzugsweise mit der Aufsicht über das Landwirtschaftswesen betraut werden sollte.

Der Entschluß, eine Großmacht, und zwar gerade England mit der Reformaufgabe zu betrauen, wird Mahmud Schewket sicher nicht leicht gefallen sein. Er ging hierbei von der meiner Ansicht nach richtigen Erwägung aus, daß die Einräumung entsprechender Rechte

an irgendeine zweite Macht sofort zur Kollektivaktion aller Großmächte führen müßte; hiermit wäre aber den an der türkischen Erbschaft in erster Linie interessierten Staaten allzu leicht eine Handhabe zur Schaffung besonderer Einflußsphären gegeben. Wohlerworbene Rechte sollten jedoch unangetastet bleiben; so verblieb die Armeeorganisation deutsches, das Gebiet der Finanzreform französisches Arbeitsfeld. Darüber hinaus war er noch bereit, uns mit der Reform des Unterrichtswesens zu betrauen und auch unseren Sonderwünschen hinsichtlich der Bagdadbahngebiete insofern entgegenzukommen, als dort von der Anstellung englischer Inspekteure für öffentliche Arbeiten abgesehen werden sollte. Das deutsche und französische Reformwerk auf den ihnen besonders zugewiesenen Gebieten sollte neben und unabhängig von der englischen Aktion einhergehen.

Durch die in letzter Stunde erfolgte englische Absage werden Mahmud Schewkets Pläne durchkreuzt. Welches die wahren Beweggründe für die unerwartete Schwenkung Sir E. Greys gewesen sind, vermag ich von hier aus nur zu vermuten. Es liegt meiner Ansicht nach in der jetzigen Situation die nicht zu unterschätzende Gefahr, daß das namentlich von armenischer Seite formulierte Verlangen nach einer europäischen Garantie für eine wirksame Inangriffnahme der Reformen schließlich doch noch den Vorwand abgeben wird, europäische Beamte, diesmal aber in neuer Form und unter Beteiligung anderer Großmächte, namentlich Rußlands, der Pforte aufzudrängen.

Mit der vorgeschlagenen Heranziehung englischer Reformer unter den angedeuteten Bedingungen hätten wir uns meines gehorsamsten Dafürhaltens zur Not abfinden können. Da, wie ich bereits in meinem Bericht Nr. 159 vom 21. d. Mts.* hervorhob, Deutschland für die England zugedacht gewesene Rolle nicht ernstlich in Betracht kommen konnte, erschien die von Mahmud Schewket gewählte Lösung immerhin als das geringere Übel. Sie bot jedenfalls den Vorteil, daß ähnlichen Bestrebungen anderer Mächte und in weiterer Linie auch den auf Beschleunigung des Zersetzungsprozesses hinarbeitenden Kräften tunlichst vorgebeugt wurde. Sie eröffnete uns außerdem Aussichten auf eine Verständigung mit England oder wenigstens die Möglichkeit zu einer gemeinsamen, auf die Erhaltung des türkischen Reiches gerichteten Arbeit. Andererseits hätte England, falls es sich einem solchen Zusammenwirken mit uns entziehen wollte, denjenigen Einfluß nicht ignorieren können, den wir durch unsere maßgebende Stellung in militärischen Dingen und auf dem Gebiete der Jugenderziehung erlangt hätten. Wir würden immer in der Lage gewesen sein, durch geschickte Verwendung der deutschen Militärreformer etwaige englische Sonderbestrebungen zu kontrollieren und zu paralysieren.

---

* Siehe Nr. 15 312.

Mahmud Schewket Pascha wird nunmehr darauf angewiesen sein, das von ihm geplante Reformwerk im wesentlichen ohne ausländische Beihilfe auszuführen. Türkische Beamte werden jetzt, wenn nicht noch Unvorhergesehenes eintrifft, auch die den englischen Instrukteuren zugewiesenen Aufgaben allein zu erfüllen haben. Nach den Absichten, die die türkische Regierung mit der Schaffung der gedachten Generalinspektionen verfolgt, und der Art und Weise zu urteilen, wie deren Tätigkeit sich zu entfalten haben wird, sollte man zunächst wohl zur Hoffnung berechtigt sein, daß auch der allein gelassenen Türkei wenigstens ein gewisser Erfolg nicht ganz versagt bleiben wird.

Die Regierung ist durch die Neuorganisation einen Schritt weiter auf dem Wege der Dezentralisation gegangen. Zwar nicht in dem von gegnerischer Seite angeregten Sinne, daß die Befugnisse der provinzialen Wahlkörperschaften eine Erweiterung erfahren, in dieser Hinsicht bleiben die Bestimmungen des Wilajetsgesetzes unberührt. Aber sie schafft zwischen Provinzialverwaltung und Zentralregierung eine Zwischeninstanz, der ein Teil der früher der Pforte allein zustehenden Regierungsgewalt übertragen wird. Der Generalinspekteur wird künftig an Ort und Stelle, ohne an zeitraubende Korrespondenz mit der Zentralinstanz unbedingt gebunden zu sein, auf Grund seiner Kenntnis der örtlichen Verhältnisse direkt eingreifen und entscheiden können. In der richtigen Erkenntnis, daß die verschiedenen Reichsteile nach ihrer nationalen Eigenart sowie nach ihrer ganzen kulturellen und politischen Entwickelung erhebliche Unterschiede aufweisen, hat die Regierung ferner die Absicht, die einzelnen Inspektionszonen in erster Linie nach obigen Gesichtspunkten abzugrenzen und die einzelnen Generalinspekteure je nach den Umständen mit weiteren oder geringeren Machtvollkommenheiten auszustatten.

Der Entschluß der Komiteepartei, den früher begangenen Weg zu verlassen und an Stelle der bisher beliebten Methode, sämtliche Bewohner des Reiches als gleichberechtigte „Osmanen“ nach gleichen Grundsätzen und Gesetzen regieren zu wollen, eine vernünftige Differenzierung der verschiedenartigen Bevölkerung eintreten zu lassen, ist ein wesentlicher Schritt zur Besserung auf Grund voraufgegangener trauriger Erfahrungen.

Trotzdem wird man der weiteren Entwickelung nicht ohne Besorgnis entgegensehen müssen. An Gesetzen und Reformprogrammen hat es der Türkei von jeher viel weniger gefehlt als an den Männern, die an richtiger Stelle das Richtige zu leisten imstande waren. Daß mit der Einrichtung einer Reihe von Inspektionsbehörden diesem Kardinalfehler ohne weiteres abgeholfen sein wird, daran glaubt im Ernste niemand. Von einigen hervorragenden Persönlichkeiten abgesehen — ich denke beispielsweise an Hussein Hilmi Pascha, der angeblich für das syrische Generalinspektorat gewonnen sein soll — dürften die türkischen Inspekteure mit dem neuen Amt schwerlich

auch diejenige Unabhängigkeit des Urteils, die Arbeitskraft und Entschlossenheit sowie dasjenige Verantwortlichkeitsgefühl verliehen erhalten, welche einen vollen Erfolg allein sichern könnten. Schlägt aber auch dieser Versuch einer Verwaltungsreform fehl, so sind die Folgen für die Türkei nicht abzusehen.

Wangenheim

Nr. 15 319

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow

Privatbrief. Ausfertigung

London, den 2. Juni 1913

Den Ausführungen Ihres Briefes vom 29. v. Mts.* vermag ich vollkommen zuzustimmen. Auch ich würde es für äußerst bedenklich halten, mit Cambon oder Pichon sich in Unterhaltungen einzulassen, die eine Einteilung Kleinasiens in Interessensphären zum Ziele hätten, oder bei denen wir gar durchblicken ließen, daß wir dem Gedanken einer späteren Aufteilung des türkischen Besitzstandes näher treten wollten. Daß die Franzosen Absichten auf Syrien haben, ist ebenso bekannt, als daß von englischer Seite diesen Absichten entgegengetreten worden ist. Wenn Kitchener von Ägypten aus versucht hat, englische Propaganda in Syrien zu machen und die dort vorhandenen starken britischen Sympathien zu beleben, so ist das sicherlich in Paris übel vermerkt worden. Aber auch von hier aus hat man ihm bedeutet, daß die britische Regierung derartigen Plänen ablehnend gegenübersteht und wünscht, wie ich wiederholt festgestellt habe, in Gemeinschaft mit uns an der Erhaltung der asiatischen Türkei zu arbeiten. Der Zerfall der letzteren würde den britischen Wünschen schon deshalb nicht entsprechen, weil sie unsere Festsetzung als Mittelmeermacht ungern sehen würde und es auch schon aus geographischen Gründen schwer fiele, ein für Großbritannien geeignetes Stück herauszuschälen. Nachdem wir nun immerfort hier betont haben, daß die Erhaltung des türkischen Besitzstandes in Kleinasien uns unbedingt erforderlich erscheint, würde es den allerungünstigsten Eindruck machen, wenn es bekannt würde, daß wir hinter dem Rücken der Engländer mit Frankreich in Unterhandlungen uns einlassen, die die Teilung Kleinasiens bezweckten. Bei dem Abhängigkeitsverhältnis, in dem Frankreich sich zu England befindet, ist, wie Sie auch sagen, kaum anzunehmen, daß derartige Be-

---

* Bei dem Briefe Staatssekretärs v. Jagow vom 29. Mai handelte es sich um eine Abschrift seines am gleichen Tage an den Botschafter in Paris Freiherrn von Schoen gerichteten Briefes. Siehe dessen Wortlaut in Bd. XXXVII, Kap. CCLXXXVI, Nr. 14 917.

sprechungen geheim bleiben. Grey ist gerade im Begriff, sich mit uns über die Bagdadbahnfrage zu verständigen und unseren Wünschen ein weitgehendes Entgegenkommen zu zeigen *, und würde es als unfair betrachten, wenn wir gleichzeitig geheime Unterhandlungen hinter seinem Rücken mit Frankreich führten.

Wenn wir also mit Frankreich in Besprechungen eintreten, so können dieselben nur allgemein wirtschaftliche Fragen, namentlich aber die Bagdadbahn und deren Finanzierung betreffen. Hier wünscht Grey, daß wir uns mit Paris einigen, und hat auch in diesem Sinne sich Cambon gegenüber ausgesprochen **. Jedenfalls dürfte der Augenblick hierfür sehr günstig sein, da die Franzosen wohl teils auf die englische Anregung hin, teils aber vielleicht auch aus Furcht, daß wir uns allein mit England verständigen, einer Einigung nicht abgeneigt zu sein scheinen. Was Sie aber auch tun mögen, vermeiden Sie vor allem, sich auf Dinge einzulassen, die angeblich hinter dem Rücken der Engländer verhandelt werden sollen. Damit würden wir bestimmt hereinfallen, denn es ist doch ganz klar, daß man in Paris, ganz abgesehen von der von Ihnen erwähnten Unzuverlässigkeit der dortigen Machthaber, nur auf eine Gelegenheit lauert, um wieder Mißtrauen zwischen uns und den Engländern zu säen. Greys Natur liegt die Intrige vollkommen fern, aber gerade deshalb würde er sie auch uns besonders verübeln.

Lichnowsky

Nachschrift

Eben kommt Ihr zweiter Brief ***. Ich habe Grey nur gesagt, die Franzosen scheinen sich mit uns seinen Wünschen entsprechend über Bagdadbahn und Finanzfragen verständigen zu wollen. Es liegt ihm dies sehr am Herzen.

Nr. 15 320

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Wangenheim

Telegramm. Konzept

Nr. 175 Berlin, den 4. Juni 1913

Zur schleunigen Verwertung:

Fürst Lichnowsky ist beauftragt †, in nächster Botschaftersitzung

* Vgl. dazu Bd. XXXVII, Kap. CCLXXXV.
** Vgl. dazu Bd. XXXVII, Kap. CCLXXXVI.
*** Hier handelt es sich um den Privatbrief Staatssekretärs v. Jagow vom 31. Mai; siehe Nr. 15 317.
† Es war durch Telegramm Nr. 314 vom 3. Juni geschehen, nachdem Fürst

zu beantragen, daß angesichts ihrer Dringlichkeit armenische Reformfrage auf Programm der Versammlung gesetzt wird. Wir haben uns zu diesem Schritt entschlossen, weil wir Grund zur Annahme haben, daß sonst andere, nicht türkenfreundliche Mächte armenische Frage in die Hand nehmen wollen *, und wir es im türkischen Interesse für notwendig halten, das Prävenire zu spielen. Wir hoffen, daß Großwesir einverstanden ist.

Jagow

Lichnowsky mittels Bericht Nr. 350 vom 31. Mai (siehe Bd. XXXIV, Kap. CCLXXII, Nr. 13 354), das weitere Programm der Botschafterreunion mitgeteilt hatte.

* Ursprünglich scheint Sir E. Grey selbst die Absicht gehabt zu haben, die armenische Frage auf der Londoner Botschafterreunion vorzubringen; er fügte sich aber dem Einspruch der russischen Regierung, die sich mehr von Besprechungen der Frage durch die Konstantinopeler Botschafter versprach. Vgl. das Geheimtelegramm Sasonows an Graf Benckendorff vom 25. Mai 1913, Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 166. Es heißt darin: „Wie wir hoffen, wird er — Sir E. Grey — verstehen, daß, obwohl wir gern seinem Wunsche nach der Wahl Londons als Ort der Besprechungen stattgeben möchten, Gründe politischer und praktischer Art uns zwingen, auf Konstantinopel zu bestehen, wo die Botschafter besser unterrichtet und in Fühlung mit der Pforte und den Armeniern eher in der Lage sind, die ihnen zu übertragende Aufgabe zu erledigen.“ Ein zweites Geheimtelegramm Sasonows an Benckendorff vom 28. Mai (a. a. O., III, 170) beweist, daß die russische Regierung gar nicht an allgemeine Botschafterbesprechungen, sondern an Besprechungen der Ententebotschafter unter Ausschluß vor allem Deutschlands dachte: „Bitte fragen Sie Grey, ob er keine Bedenken dagegen hat, daß unser Botschafter in Konstantinopel sich mit der Pforte in freundlichem, aber bestimmtem Ton ausspricht, ohne England zu nennen, indem er aber auf jede Macht Bezug nimmt, die von der Türkei unter Ausschluß von uns eingeladen werden könnte. Ein derartiger Schritt würde das beste Mittel sein, um der Gefahr der Einladung deutscher Offiziere durch die türkische Regierung vorzubeugen. Eine Auseinandersetzung mit dem Berliner Kabinett erscheint uns verfrüht. Denn es würde unmöglich sein, Deutschland an der Initiative, die wir den Dreiverbandsmächten vorbehalten möchten, nicht zu beteiligen.“ Tatsächlich traten in Konstantinopel zunächst die Botschafter der Tripelentente zu Vorbesprechungen zusammen. Am 7. Juni meldete Botschafter von Giers an Sasonow: „Mir wäre es sehr erwünscht, wenn vor der Erörterung der Frage auf einer Sitzung aller Botschafter zwischen uns dreien ein volles Einverständnis erzielt wäre, und zwar um so mehr, als ich einen starken Widerstand von seiten der Botschafter Österreichs und Italiens voraussehe, namentlich von seiten des ersteren, obwohl es keinerlei österreichische und italienische Interessen in Armenien gibt, aber weil beide der Türkei gefällig sein wollen.“ A. a. O., III, 172. Kurz darauf entschloß sich die russische Regierung wohl auf englisches Andringen doch, die Mächte zu Botschafterbesprechungen in Konstantinopel einzuladen. Vgl. Nr. 15 331.

Nr. 15 321

Der Botschafter in Rom von Flotow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 153 Rom, den 4. Juni 1913

Antwort auf Telegramm Nr. 193*.

Marquis di San Giuliano, lebhaft überrascht durch Absicht Kaiserlicher Regierung, armenische Reformfrage auf Programm Botschafterreunion zu setzen, bittet zunächst um einige Aufklärung über Motive. Anschneiden armenischer Reformfrage bedeute Aufrollen aller asiatischen Fragen und sei von unübersehbarer Tragweite.

Flotow

Nr. 15 322

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Rom von Flotow

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 194 Berlin, den 4. Juni 1913

Bitte Marquis di San Giuliano streng vertraulich mitteilen, daß wir uns der Gefahr des Anschneidens armenischer Reformfrage wohl bewußt sind, aber Grund zur Annahme haben, daß sonst Rußland Frage allein bezw. mit Entente ohne Dreibund zu lösen sucht, wir daher für besser halten, unverzüglich Prävenire zu spielen. Hiesiger türkischer Botschafter ist gleicher Ansicht. Bitte Marquis di San Giuliano, diese Motive geheimzuhalten.

Jagow

Nr. 15 323

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 139 Wien, den 4. Juni 1913

Antwort auf Telegramm Nr. 229**.

Graf Berchtold wird österreichisch-ungarischen Vertreter in London entsprechend instruieren.

Tschirschky

---

* Durch Telegramm Nr. 193 vom 3. Juni war Flotow von der Absicht in Kenntnis gesetzt, die armenische Reformfrage auf das Programm der Botschafterreunion zu setzen, und angewiesen, die italienische Regierung um Unterstützung dieses Vorhabens anzugehen. Ein Gleiches geschah durch Telegramm Nr. 229 nach Wien.

** Vgl. Nr. 15 321, Fußnote *.

Nr. 15 324

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 354 London, den 2. Juni 1913
[pr. 5. Juni]

Bei meinem heutigen Besuch bei Sir Edward Grey brachte ich die Sprache nochmals auf die Frage der anatolischen Reformen und hob dabei hervor, wie großen Wert wir darauf legten, in völliger Übereinstimmung mit der britischen Regierung vorzugehen, damit auch jeder Anschein vermieden werde, als wolle eine der Mächte der anderen gegenüber eine Vorzugsstellung einnehmen. Wir hätten es daher dankbar begrüßt, daß der Minister es abgelehnt habe, der Türkei ein zahlreiches Reformerpersonal zur Verfügung zu stellen, welches auch die Zivilverwaltung erhalten sollte. Eine derartige Ausdehnung des britischen Einflusses würde bei uns mißverstanden werden und könnte der öffentlichen Meinung Anlaß zu Beunruhigungen geben. Wir stünden nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die europäische* Türkei erhalten werden müsse, und ich hätte Euerer Exzellenz versichert, daß die britische Regierung dieselben Absichten verfolge und ihr jeder Plan einer Aufteilung Kleinasiens vollkommen fernläge. Solange auch Großbritannien diesen Gedanken verträte, würden wir die bisherige Zurückhaltung bewahren und uns auf unsere wirtschaftlichen Interessen beschränken, sollte aber jemals, was wir nicht wünschten, eine Teilung der Türkei eintreten, so würden auch wir unseren Anteil beanspruchen und könnten nicht leer ausgehen.

Was die Frage der Reformen beträfe, so seien auch wir von der Notwendigkeit derselben überzeugt; namentlich müsse etwas, und zwar möglichst schleunigst, in Armenien geschehen, da dort unhaltbare Zustände herrschten. Wir seien bereit, uns hierüber wie in der Frage der Allgemeinreformen mit Großbritannien zu verständigen. Auch hätten wir aus seiner Rede mit Genugtuung ersehen, daß er diese Frage als eine Angelegenheit aller Mächte betrachte, mithin keine Vorzugsstellung einer einzelnen anstrebe.

Sir Edward erwiderte, daß die Türkei ihn mit der Bitte um Gewährung eines zahlreichen Stabes von Beamten und Offizieren angegangen habe. Mit Rücksicht auf die Empfindlichkeit und die Rechte anderer Mächte, namentlich auch auf uns, habe er es abgelehnt, den türkischen Wünschen zu willfahren. Er habe sich darauf beschränkt, einige wenige Offiziere für die Gendarmerie in Aussicht zu stellen,

---

* Wohl verschrieben für „kleinasiatische".

die aber nur provisorisch hingeschickt werden sollten und vielleicht in den Rahmen eines späteren größeren Reformwerks hineingepaßt werden könnten. Auch sollten diese nicht für die ganze Türkei, sondern nur für einige Provinzen Verwendung finden. Er habe diese Bitte schon deshalb nicht ablehnen können, weil er sonst die Verantwortung für etwaige Massakers auf sich genommen hätte. Reformen müßten von den Mächten gemeinsam ausgehen und könnten vielleicht in Armenien ihren Anfang nehmen. Vielleicht ließe sich das armenische Statut nach den Vorschlägen der Botschafter des Jahres 1895 als Grundlage verwenden auch für die anderen Provinzen. Er frug mich, ob wir hinsichtlich der Reformen irgendwelche Vorschläge zu machen hätten. Ich verneinte dies und forderte ihn auf, seinerseits mit Anregungen hervorzutreten. Er wiederholte, daß er die Türkei erhalten wolle und keine Teilungspläne hege.

Sir Edward scheint sich noch nicht ganz im klaren zu sein, nach welchen Grundsätzen die Mächte zu Reformen ihre Hand bieten sollen, ob nach Verwaltungszweigen oder Interessensphären. Ich warnte vor letzterer Lösung und hob hervor, daß die Abgrenzung von Interessensphären auf erhebliche Schwierigkeiten stoßen und leicht zu unerwünschten Folgen führen könne. Jedenfalls beschäftigt ihn der Gedanke der Interessensphären und ist es auch bezeichnend für seinen guten Willen, daß er mit uns davon spricht, unter Umständen also bereit ist, unsere Interessensphären anzuerkennen.

Lichnowsky

Nr. 15 325

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 226 London, den 5. Juni 1913

Antwort auf Telegramm Nr. 317*.

Habe gestern Sir E. Grey, der hier speiste, vertraulich von unseren Wünschen in Kenntnis gesetzt. Der Minister schien Verhandlung armenischer oder anatolischer Reformen hier nicht zu wünschen, da sonst der ganze Sommer darüber hingehen werde. Er bezeichnete Botschafter in Konstantinopel als geeignetes Forum, wollte mich aber noch heute vor Sitzung darüber sprechen.

Lichnowsky

---

* Durch Telegramm Nr. 317 vom 4. Juni war Fürst Lichnowsky im Anschluß an Telegramm Nr. 314 (siehe Nr. 15 320, Fußnote †) angewiesen worden: „Bitte vor Anschneiden armenischer Reformfrage weitere Instruktion abwarten, da wir noch Antwort aus Konstantinopel erwarten.“

Nr. 15 326

Der Botschafter in Rom von Flotow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 154 Rom, den 5. Juni 1913

Antwort auf Telegramm Nr. 194*.

Sehr ungern und nach längerem Drängen hat Marquis di San Giuliano seinen Widerstand gegen Aufnahme armenischer Reformfrage in London fallen lassen. Er argwöhnte, daß Kaiserliche Regierung zu Vorgehen nur durch türkischen Botschafter Berlin bewogen worden sei. Aktion sei gefährlich und zweischneidig. Jedenfalls müsse man in London so vorgehen, daß Empfindlichkeit der Türkei geschont und Dinge so dargestellt würden, als handle es sich um Schutz der Türkei. Habe ihn darauf hingewiesen, daß unsere ganze Politik auf Erhaltung und Schutz der Türkei gehe. Minister meinte, nach seinen Informationen sei Lage in Armenien zurzeit weniger schlecht.

Flotow

Nr. 15 327

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 300 Therapia, den 5. Juni 1913

Antwort auf Telegramm Nr. 175**.

Großwesir erwiderte sichtlich betreten, nach seinen bisherigen Informationen läge bei anderen Mächten keine Absicht vor, Armenierfrage auf Programm Botschafterversammlung zu setzen. Er werde Tewfik Pascha telegraphisch um seine Ansicht bitten und morgen nachmittag mir näher Rede stehen.

Wenn unsere Anregung auch dringend geboten erscheint, sobald Anschneidung der Frage von türkenfeindlicher Seite feststeht — was ich Mahmud Schewket gegenüber vertreten habe —, so hängt ihr Erfolg doch ausschließlich von der Form ab, in welche sie von Fürst Lichnowsky gekleidet wird. Enthält sie eine Kritik der Türkei und eine Anerkennung der maßlos übertriebenen armenischen Ansprüche, so würde dies das Selbstgefühl der Armenier steigern und könnte leicht zu Provokationen führen, die, wie seinerzeit in Adana, mit Massakers enden würden. Die armenischen Provinzen sind gegenwärtig von Truppen fast gänzlich entblößt.

Wangenheim

---

* Siehe Nr. 15 322.
** Siehe Nr. 15 320.

Nr. 15 328

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Wangenheim

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 177 Berlin, den 6. Juni 1913

Unsere Anregung ausgeht nur von dem Wunsch, eine unvermeidliche Frage möglichst schonend für Türkei zu gestalten. Sir Edward Grey scheint wenig geneigt, Frage in London zu verhandeln, um Ausdehnung dortiger Konferenz zu vermeiden, und würde voraussichtlich Konstantinopel vorschlagen.

Falls dies Wünschen des Großwesirs entspricht, würden wir diesbezüglichen Antrag stellen. Bitte Großwesir nach seinen Wünschen betreffend Form fragen, da wir uns möglichst danach richten wollen.

Jagow

Nr. 15 329

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in London Fürsten von Lichnowsky

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 326 Berlin, den 7. Juni 1913

Im Anschluß an Telegramm Nr. 324 *.

Baron Wangenheim telegraphiert **:

„Großwesir sagte mir, er habe wegen Anregung der armenischen Frage durch uns mit verschiedenen politischen Freunden gesprochen. Letztere hätten übereinstimmend die Meinung geäußert, daß Deutschland sich von den Mohammedanern ab- und den Armeniern zuwende, worauf auch schon der Flottenbesuch in Mersina und Alexandretta *** hingedeutet hätte. Er persönlich wisse ja, daß es uns nur darauf ankomme, die Armenier nicht ganz unter russischen Einfluß fallen zu lassen. Die Feinheit einer solchen Politik könne er aber kaum einem Kollegen, geschweige denn dem Volk verständlich machen. Ihm schiene es mehr im deutschen und türkischen Interesse zu liegen, wenn die Frage von türkenfeindlicher Seite angeschnitten würde. In einem solchen Falle würde er sofort durch amtliche Kundgebung darauf hinweisen können, daß die armenischen Schwierigkeiten lediglich durch die Weigerung Rußlands hervorgerufen seien, Straßen und Eisenbahnen

---

* Durch Telegramm Nr. 324 waren das Konstantinopeler Telegramm Nr. 300 (siehe Nr. 15 327) und der Erlaß Jagows nach Konstantinopel Nr. 177 (siehe Nr. 15 328) dem Fürsten Lichnowsky mitgeteilt worden.

** Telegramm Nr. 302 vom 6. Juni.

*** Vgl. Nr. 15 289, 15 302. Vom 12. April ab war durch die Kreuzer „Straßburg“ und „Dresden“ ein regelmäßiger stationärer Dienst vor Alexandretta und Mersina aufgenommen worden.

in den bedrohten Gebieten bauen zu lassen. Zu einer deutschen Initiative müsse die Türkei schweigen. Welche Wirkung unser Vorgehen auf die Armenier ausüben werde, brauche er mir nicht zu sagen.“

Unter diesen Umständen bitte von Anregung der Frage auf Konferenz absehen, da wir wegen unserer vielfachen Interessen in der Türkei auf deren Wohlwollen angewiesen sind. Sollte Frage von anderer, das heißt Tripelentente-Seite angeregt werden, bitte zu erklären, daß armenische Reformen Mitwirkung aller Großmächte erfordern. Bitte ferner Sir Edward Grey vertraulich sagen, daß wir von Anregung armenischer Reformfrage auf dringende Warnung des Kaiserlichen Botschafters in Konstantinopel Abstand nähmen, der von solcher Anregung eine Ermutigung der Armenier zu erneuter Agitation und Verschlechterung der Zustände in Armenien, wo jetzt relative Ruhe herrsche, befürchtet. Sollte aber Anregung der Reformfrage von anderer Seite nicht zu vermeiden sein, so müßten wir selbstverständlich Teilnahme an Beratungen und Beschlüssen verlangen.

Jagow

Nr. 15 330

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Wangenheim

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 178 Berlin, den 7. Juni 1913

Auf Telegramm Nr. 302*.

Bitte Großwesir folgendes sagen: Obwohl wir glaubten, daß eine von uns ausgehende Anregung der armenischen Reformfrage für Türkei nur vorteilhaft gewesen wäre, wollten wir doch davon Abstand nehmen, um Wünschen des Großwesirs zu entsprechen.

Jagow

Nr. 15 331

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Wangenheim

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 182 Berlin, den 8. Juni 1913
[abgegangen am 9. Juni]

Russischer Botschafter mitteilte mir heute**, da Nachrichten über Zustände in armenischen Wilajets immer bedrohlicher lauteten, fordere

---

* Vgl. Nr. 15 329 nebst Fußnote **.

** Der mündlichen Mitteilung vom 8. Juni folgte am 11. die Übergabe eines schriftlichen Aide-mémoire. Bei dieser Gelegenheit hatte Staatssekretär von

Rußland, welches als Grenzstaat und wegen seiner eigenen armenischen Bevölkerung am meisten an Aufrechterhaltung der Ruhe interessiert sei, die Großmächte durch Zirkularnote auf, ihre Botschafter in Konstantinopel anzuweisen, daß sie in Beratungen über Reformen träten. Grundlage der Beratungen würde am zweckmäßigsten Statut von 1895 sein.

Da Reformwerk sonst zweifellos ohne uns nur seitens Tripelentente in Angriff genommen würde, habe ich zugesagt, Euerer Exzellenz entsprechende Weisungen zu erteilen, und hinzugefügt, daß ich als selbstverständlich annehme, daß Pforte zu Botschafterberatungen zugezogen wird.

Euere Exzellenz wollen mit Ihren Kollegen ins Benehmen treten und Großwesir vertraulich informieren.

Jagow

Nr. 15 332

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 307 Therapia, den 9. Juni 1913

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 178*.

Großwesir meinte, unsere Anregung sei durch das russische Vorgehen gegenstandslos geworden. Für die Türkei wäre die deutsche Initiative, deren gute Absicht er jetzt erst recht erkenne, vorteilhafter gewesen; der deutschen Stellung in der Türkei werde unsere Zurückhaltung nur nützlich sein.

Wangenheim

Jagow mit dem russischen Botschafter Sverwejew eine ernstliche Aussprache, bezüglich deren es in einem Telegramm Sverwejews an Sasonow vom 11. Juni (Russisches Orangebuch: Les Réformes en Arménie, p. 45 s., Mandelstam, Le Sort de l'Empire Ottoman, p. 215 s.) heißt: „Le secrétaire d'Etat était visiblement contrarié de ce que le gouvernement impérial, en prenant l'initiative dans cette question, avait devancé l'action que se proposait l'Allemagne . . . Cependant, M. von Jagow promit d'autoriser le Baron von Wangenheim à entrer en communications avec ses collègues, mais il fit observer en même temps, que l'aréopage des ambassadeurs ne devrait pas prendre vis-à-vis de la Porte la forme d'un tribunal sans appel, et que la Turquie devrait être appelée à prendre une certaine part à l'élaboration des réformes.“ Am 12. beantwortete Staatssekretär von Jagow das russische Aide-mémoire auch schriftlich: „Je vois que nos Alliés“ — gemeint war Italien — „ont ou vont ajouter à leur réponse qu'il faudra éviter tout ce qui pourrait porter préjudice à l'intégrité de l'Empire Ottoman et à la souveraineté du Sultan. — J'ai considéré cette réserve comme ‚selbstverständlich' — d'autant plus qu'elle me semble conforme à l'esprit de votre proposition —, je n'hésite toutefois pas à déclarer que nous partageons entièrement les points de vue de cette réserve.“

* Siehe Nr. 15 330.

Nr. 15 333

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow

Privatbrief. Ausfertigung

Therapia, den 7. Juni 1913
[pr. 11. Juni]

Nach Empfang Ihrer für mich hochinteressanten Zeilen vom 2. d. Mts.* habe ich sofort mein Urlaubsgesuch zurückgezogen. Ich verstehe vollkommen, daß Ihnen aus meiner auch nur kurzen Abwesenheit von hier Unbequemlichkeiten entstehen könnten, besonders angesichts der jetzt wieder schärfer einsetzenden alldeutschen Hetzereien. Andererseits hätte ich den dringenden Wunsch gehabt, Sie auch nur für eine Stunde zu sprechen. Ich bin hier gar nicht im Bilde unserer gegenwärtigen Stellung zu England, von der ja unsere Stellung zur Orientfrage gegenwärtig in erster Linie abhängt. Ferner fühle ich das dringende Bedürfnis, mit Ihnen die wirkliche Lage der Türkei zu besprechen. Ich glaube, daß wir dieselbe zu pessimistisch beurteilen und uns zu sehr mit dem Gedanken vertraut gemacht haben, daß die geschlagene Türkei ihren Gegnern gänzlich wehrlos gegenüberstehe. Ich weiß, daß Giers, Bompard und Lowther etwa in diesem Sinne berichten. Das muß auf die bei der Londoner Konferenz herrschende Stimmung abfärben. Ich befürchte, daß dort Beschlüsse gefaßt werden, die ohne Gewaltmaßregeln nicht durchzuführen sind. Sehr zweifelhaft ist es mir, ob mein Einfluß ausreichen wird, Mahmud Schewket zum Verzicht auf die Inseln zu bestimmen**. Ich fürchte immer, daß er schließlich der Sache müde wird und sein Amt niederlegt***. Dann kommt es hier zur Anarchie, und die Katastrophe ist da. Sind wir auf dieselbe vorbereitet und sicher, daß England uns eine zunächst administrative Festsetzung in Cilicien gestattet?

Ihnen steht gegenwärtig kein Berater zur Seite, der die Türkei aus eigener Anschauung wirklich kennt. Da ich diesen Mangel durch meine Berichterstattung nur unvollkommen und durch einen mündlichen Vortrag nicht ersetzen kann, so würde ich es mit Freuden begrüßen, wenn einer Ihrer Herrn wenigstens für ein paar Tage mich hier besuchen wollte, damit ich ihm an der lebenden Materie meine Auffassung erläutern könnte. Meine Frau bittet heute Mirbach †, meine Schwiegermutter hierher zu bringen. Vielleicht könnten Sie ihn oder irgendeinen anderen für kurze Zeit entbehren. Selbstverständlich würde der Betreffende hier mein Gast sein.

---

* Nicht bei den Akten.
** Vgl. dazu Bd. XXXV, Kap. CCLXXV.
*** Er wurde wenige Tage darauf (11. Juni) ermordet.
† Graf Mirbach, Vortragender Rat im Auswärtigen Amt.

Besonders erwünscht wäre mir die Rücksprache wegen der armenischen Frage. Ich durfte Ihnen schon schreiben, daß unsere Initiative mir geboten scheint, wenn dieselbe tatsächlich der gefährlicheren Initiative anderer Mächte zuvorkommt. Wir leisten dann der Türkei einen Dienst und beweisen gleichzeitig, daß wir in allen kleinasiatischen Fragen jetzt mitreden wollen. Ich vermutete, daß die Armenierangelegenheit auf der Botschafterkonferenz als eine unter vielen Fragen geprüft werden solle. Nunmehr will aber Sir E. Grey, wie es scheint, eine wirkliche Armenierkonferenz in Konstantinopel abhalten. Ich halte dies für einen außerordentlich gefährlichen Gedanken. Was Rußland und natürlich auch Frankreich bezüglich der Armenier anstreben, geht aus der Druckschrift (Programm der cilicischen Armenier*) hervor, die mir mit dem gestrigen Depeschenkasten zugegangen ist. Die Schrift ist auf dem hiesigen Patriarchat verfaßt, das von Rußland finanziell unterstützt wird. Was in der Schrift steht, sind also russische Wünsche. Rußland soll das Recht bekommen, die Ostprovinzen so lange zu annektieren, bis die Reform durchgeführt ist. Cilicien aber soll autonome Provinz werden, also nicht nur für jetzt, sondern auch im Hinblick auf spätere Eventualitäten unserm Einfluß gänzlich entzogen werden. Welche Stellung sollen wir nun einnehmen, wenn Rußland unterstützt von Frankreich auf der hiesigen Konferenz mit derartigen Gedanken hervortritt? Es muß dann zu einem Konflikt zwischen uns und dem Zweibund kommen, wobei England lau zur Seite stehen würde. Danach wäre es zu vermeiden, daß unsere Beratungen sich zu einer die ganze Türkei erschütternden Vorbereitung einer Intervention auswachsen. Ich würde meine Aufgabe darin erblicken müssen, von vorneherein das Niveau unseres Konsiliums herabzudrücken und die Verhandlungen auf ein ungefährliches Geleise zu schieben. Zunächst würde ich beantragen, daß den Botschaften zum gründlichen Studium der Frage einige Monate Zeit gelassen werde. Tatsächlich wissen wir ja nichts über Ostanatolien und müßten erst einmal einen Konsul dorthin schicken, damit er sich genau informiert. Dann würde ich beantragen, daß die Beratungen nicht zwischen den Botschaftern, sondern zwischen den Dragomans stattfinden. Im Plenum würde es sicher zu harten Zusammenstößen kommen, da ja Rußland von Straßen- und Wegebau nichts wissen will. In London, wo niemand außer Cambon sachverständig ist, würde es sich wahrscheinlich leichter verhandeln lassen. Hier ständen unsere Besprechungen unter dem Drucke der Armenier. Kommt dabei nichts heraus, so wird Rußland dafür sorgen, daß seine Forderungen durch Bomben und Massakers illustriert werden. Werden dagegen die Armenier befriedigt, so beginnen sofort die Syrier und Araber sich zu rühren. Die Konferenz kann also sehr leicht zu dem Kataklysmus führen, der durch unsere

---

* Näheres darüber bei A. Mandelstam, Le Sort de l'Empire Ottoman, p. 212 s.

Anregung gerade vermieden werden soll. Es dürfte demnach in unserem Interesse liegen, wenn das Programm von vorneherein auf das äußerste beschränkt wird. Vielleicht kommt dabei doch etwas für die Armenier heraus. Eine radikale Lösung der Frage ist ohne Zusammenbruch der Türkei ausgeschlossen.

Wangenheim

Nr. 15 334

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 182 Therapia, den 10. Juni 1913

Niemand wird behaupten können, daß es den Armeniern im türkischen Reiche besonders gut geht. Auf der anderen Seite aber wird kaum jemand zu beweisen vermögen, daß es den übrigen Bewohnern der Türkei und namentlich den Türken selbst besser geht als den Armeniern, oder daß die Lage der Armenier heute schlechter sei als zu irgendeinem früheren Zeitpunkte der türkischen Geschichte. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß die jetzige türkische Regierung von der Notwendigkeit, etwas für die Armenier zu tun, vollkommen überzeugt und gewillt ist, den armenischen Wünschen so weit entgegenzukommen, als dies ohne Sprengung des Zusammenhangs zwischen den einzelnen Teilen des Reiches überhaupt möglich ist. Die Armenier sind in der Türkei heute immer noch verhältnismäßig besser daran als die Juden, Polen und Finnen in Rußland. Trotzdem ist heute eine mit den radikalsten Mitteln arbeitende Propaganda damit beschäftigt, überall auf der Welt den Eindruck hervorzurufen, als ob die Leiden der Armenier sich von Tag zu Tag steigerten und jetzt einen Höhepunkt erreicht hätten, der das Eingreifen Europas nötig machte. Delegierte der Armenier bereisen wehklagend die europäischen Hauptstädte, und hier ist ein Bureau errichtet, in welchem die Beschwerden der Armenier aus allen türkischen Provinzen zusammenlaufen, um dann geschickt redigiert in Tausenden von Bulletins über die ganze Welt verbreitet zu werden. Der Kaiserlichen Botschaft gingen solche gedruckte Anklagen früher etwa einmal wöchentlich zu. Jetzt erhalte ich sie ein- bis zweimal täglich. Es ist deutlich eine systematische Steigerung der Agitation zu bemerken, ohne daß aus anderen als aus armenischen Quellen irgend etwas über eine Zunahme türkischer Ausschreitungen verlautete. Die Gründe der Hochspannung der armenischen Agitation liegen ziemlich klar zutage. Die christlichen

Stämme in der europäischen Türkei sind vom Türkenjoche befreit worden. Nunmehr wollen auch die kleinasiatischen Christen befreit werden. Speziell den Armeniern aber fehlt es an dem befreienden Bruderlande, das für sie zum Schwerte greifen könnte. Sie sind daher auf den guten Willen der Großmächte angewiesen. Nach ihrer Ansicht darf der Moment, wo die Kabinette sich mit der Liquidation der europäischen und mit der Zukunft der asiatischen Türkei beschäftigen, nicht unbenutzt vorübergehen. Wären die Armenier vernünftig, so wäre eine Einigung zwischen den Mächten und der Türkei über eine Verbesserung ihres Loses bei den heutigen Verhältnissen leicht erzielbar. Nun gehen aber die armenischen Forderungen weit über das Maß desjenigen hinaus, was die Türkei, ohne ihre eigene Existenz zu gefährden, gewähren kann. Die Macht, welche die Ansprüche der Armenier in die Höhe schraubt, ist Rußland. Mit Hilfe des Katholikos, des hiesigen armenischen Patriarchen und zahlloser Agenten in allen armenischen Gebieten sowie unter Aufwand bedeutender Geldmittel schürt Rußland seit Jahren die Unzufriedenheit der Armenier. Es verhindert, daß in Ostanatolien Wege und Eisenbahnen gebaut werden, ohne welche die türkische Regierung gar nicht in der Lage ist, zwischen Kurden und Armeniern Ruhe zu stiften. Ja, es unterstützt neben den Armeniern auch die Kurden mit Geld und Waffen, damit diese ihr Räuberleben auf Kosten der Armenier fortsetzen können. Auch das hiesige armenische Zentralkomitee empfängt Geld und Ratschläge von der russischen Botschaft. Die armenische Bewegung ist das Mittel, durch welches Rußland die asiatische Türkei in steter Aufregung und in einem Zustande erhält, welcher es Rußland in dem gegebenen Augenblicke gestattet, als interessierter Grenzstaat für sich das Recht der Intervention in Anspruch zu nehmen. Mit Hilfe der armenischen Frage will Rußland sich den Weg nach Konstantinopel offen halten. Sie ist der Schlüssel, der dereinst die Meerengen öffnen soll. Meerengen- und armenische Frage hängen für Rußland zusammen, und man kann mit Bestimmtheit annehmen, daß, sobald von St. Petersburg aus über die Not der Armenier geklagt wird, ein neuer russischer Vorstoß in der Richtung auf Konstantinopel bevorsteht. Ich vermag daher die Ansicht mehrerer meiner Kollegen nicht zu teilen, welche die jetzige Anregung Rußlands auf den Wunsch dieser Macht zurückführen, das, was ihr mit dem Scheitern des Balkanbundes an Prestige in Europa verloren gehen könne, in Kleinasien wieder zu erobern. Es handelt sich zweifellos nicht um eine spontane Regung der russischen Politik, sondern um die letzte Etappe einer sorgfältig vorbereiteten Aktion größten Stils. Die Armenier wurden von Rußland schon mit Hochdruck bearbeitet, als die Balkanvölker noch gemeinsame Siegesorgien feierten.

Russische Vorstöße auf Konstantinopel wiederholen sich neuerdings in immer rascherer Folge. Der letzte war derjenige des Herrn

Tscharykow, den wir mit Österreich zum Scheitern gebracht haben*. Herr Tscharykow ist daraufhin entlassen worden. Vestigia terrent. Herr von Giers hat den Plan seines Vorgängers in großzügigerer Form wieder aufgenommen und versucht nun auf dem Landwege, was vor zwei Jahren auf dem Wasserwege mißlungen war.

Die Anregung des Petersburger Kabinetts kann daher zweifellos gar nicht ernst genug aufgefaßt werden. Wird Rußland freier Lauf gelassen, so muß sich aus dem verhältnismäßig anodinen Programme, welches es für die Konferenz aufstellt, eine große Aktion entwickeln, die zur Auflösung der Türkei führen kann. In den Armeniern hat Herr von Giers ein starkes Druckmittel auf seine Kollegen in der Hand. Gehen die Verhandlungen nicht vorwärts, so werden auf russischen Wink in allen Gebieten Unruhen ausbrechen, die auf die Entscheidungen der Konferenz nicht ohne Einfluß bleiben würden. Das erste Massaker an der russischen Grenze könnte Rußland den Vorwand zum Einmarsch bieten.

Trotzdem teile ich nicht die Ansicht des Markgrafen Pallavicini, daß die Teilung der Türkei von der Tripelentente beschlossen sei, und daß der Vorhang über dem Schlußakte des türkischen Dramas sich demnächst heben werde. Daß Rußland und Frankreich mit der Türkei ein Ende machen möchten, ist hier allerdings ziemlich deutlich zu erkennen. Erst gestern wiederholte mir Herr von Giers die Bitte, ich möchte Euerer Exzellenz nahelegen, sich schleunigst mit der russischen Regierung über die Abgrenzung der beiderseitigen Interessenzonen zu verständigen. Es sei die höchste Zeit dazu. Auch Herr Bompard bezeichnete es mir kürzlich als wünschenswert, daß wir uns mit Frankreich über eine räumliche Scheidung unserer Interessen auseinandersetzten. Rußland und Frankreich möchten also Kleinasien teilen, ohne darüber mit uns in Händel zu geraten. Ob indes die dunklen Absichten dieser beiden Mächte zur Ausführung gelangen, und ob die Konferenz über die armenische Frage sich schließlich in ein Erbschaftsgericht umwandeln wird, das hängt nicht nur von Frankreich und Rußland, sondern in erster Linie von England ab. Geht die Tripelentente solidarisch vor, so steht Deutschland wie in der Inselfrage mit seinem Wunsche, die Türkei zu erhalten, so gut wie allein. Auf die Unterstützung seiner Verbündeten wird es nur in beschränktem Maße zählen können. Das scheint mir selbst die Ansicht meines österreichischen Kollegen zu sein. Allein kann Deutschland die Türkei nicht retten. Soweit ich nun aber von hier aus die englische Politik in den letzten Monaten zu beobachten Gelegenheit gehabt habe, möchte ich nicht glauben, daß England so ohne weiteres Rußland und Frankreich bezüglich der Türkei freie Hand lassen wird. England kann nach den Erfahrungen, die es in Persien gemacht hat, nicht

* Vgl. dazu Bd. XXX, Kap. CCXXXVI.

wünschen, mit Rußland ein Teilungsgeschäft zu machen, dessen Vorteile lediglich auf russischer Seite lägen. Es muß mit der Möglichkeit rechnen, daß Deutschland sich bei der Teilung nicht ausschließen läßt. Alles, was England in der letzten Zeit getan hat, läßt eher darauf schließen, daß es, „der Not gehorchend, nicht dem eignen Trieb", sich für die Erhaltung der Türkei einsetzen will und nur zu diesem Zwecke eine gewisse Annäherung an Deutschland gesucht hat. Es würde sich kaum entschlossen haben, der Türkei Reformer für Armenier in Aussicht zu stellen, wenn es mit dem Übergange Ostanatoliens in russischen Besitz ernsthaft rechnete.

Ich möchte daher, Euerer Exzellenz Einverständnis vorausgesetzt, meine Haltung bei der bevorstehenden Botschafterkonferenz nach diesem Gesichtspunkte einrichten. England wird voraussichtlich wünschen, daß Deutschland sich extremen russischen Wünschen widersetzt, damit dieses Geschäft nicht von England selbst besorgt werden muß. Es wäre nun zweifellos ein Fehler, wenn wir die Kastanien für England aus dem Feuer holen wollten. Ich möchte mich deshalb bei den Verhandlungen in Reservestellung hinter England halten, solange nicht feststeht, daß letztere Macht sich in dem Fahrwaser extremer russischer Wünsche befindet. Will England den Untergang der Türkei, dann bleibt uns allerdings nichts übrig, als unsere Erbschaftsansprüche offiziell anzumelden. Vorläufig dürfte die bisher befolgte Methode, durch konkludente Tatsachen unser Interesse an gewissen Teilen der Erbschaftsmasse zu bekunden, genügen, um England für die Erhaltung der Türkei zu interessieren.

Wangenheim

Nr. 15 335

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 178 St. Petersburg, den 12. Juni 1913

Bei meiner gestrigen Unterredung mit Herrn Sasonow wurde auch die armenische Frage berührt. Der Minister sprach seine Genugtuung darüber aus, daß die Kaiserliche Regierung sich bereit erklärt habe, an Schritten in Konstantinopel teilzunehmen, äußerte aber seine Bedenken gegen die von Euerer Exzellenz gewünschte Teilnahme der Pforte an den Beratungen über die einzuführenden Reformen.

Herr Sasonow betonte dabei, daß er die Reformaktion keineswegs gegen die Türkei durchgeführt sehen möchte, sondern im Gegenteil mit Zustimmung der türkischen Regierung und unter Mit-

wirkung derselben. Er fürchte aber nach den in ähnlichen Fällen gemachten Erfahrungen, daß die Teilnahme der Pforte an den Botschafterberatungen nur zu einer Verschleppung derselben führen und das Ergebnis derselben beeinträchtigen werde. Nach Ansicht des Ministers sollten zunächst die Mächte unter sich über die einzuführenden Reformen einig werden und dann das Resultat ihrer Beratungen der Pforte mitteilen. Es handele sich darum, wirksame Reformen und für die Durchführung derselben eine europäische Kontrolle einzuführen. Dies liege im eigenen Interesse der Türkei.

Herr Sasonow legte sichtlich Wert darauf, mich davon zu überzeugen, daß Rußland bei diesen Reformvorschlägen von keinerlei Hintergedanken geleitet werde. Die Armenier seien weder Slawen noch Glaubensgenossen der Russen, die sentimentale Seite der Frage, welche bei den Reformen in Mazedonien eine bedeutende Rolle gespielt habe, komme daher hier nicht in Betracht. Rußland habe nur als Grenzstaat und im Hinblick auf die große Zahl seiner eigenen armenischen Untertanen ein sehr reales Interesse daran, daß in den armenischen Wilajets Ruhe und Ordnung geschaffen werde. An irgendwelche Expansion in jenen Gegenden auf Kosten der Türkei denke Rußland nicht, es habe vielmehr den aufrichtigen Wunsch, daß die Türkei in ihrem jetzigen Besitzstande erhalten bleibe und sich konsolidiere.

F. Pourtalès

Nr. 15 336

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in London Fürsten von Lichnowsky

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 350 Berlin, den 23. Juni 1913

Herr Sasonow hat Graf Pourtalès gesagt, daß ihm Zuziehung der Türken zu Beratungen über armenische Reformen unmöglich erscheine*. Wir möchten vor allem alles vermeiden, was Autorität des Sultans und der türkischen Regierung mindern könnte, weil wir Zusammenbruch der Türkei unter allen Umständen zu vermeiden wünschen. Ich kann daher meinen Standpunkt vorderhand noch nicht aufgeben. Wie denkt Sir E. Grey über Frage?

---

* Vgl. Nr. 15 335. Nach einem Telegramm des russischen Botschafters in Berlin Sverwejew an das russische Außenministerium vom 21. Juni (Russisches Orangebuch: Les Réformes en Arménie, p. 69, Mandelstam, Le Sort de l'Empire Ottoman, p. 217) hätte Staatssekretär von Jagow an diesem Tage dem russischen Botschafter erklärt, daß Deutschland nicht weiter auf der Teilnahme eines türkischen Delegierten bei den Botschafterkonferenzen über die armenische Frage bestehe.

Aus einer Andeutung hiesigen russischen Botschafters glaube ich entnehmen zu können, daß Sir E. Grey Vorschläge betreffend armenische Reformen plant oder schon gemacht hat. Dieselben sind mir unbekannt. Es wäre mir erwünscht, Ansichten des englischen Ministers über armenische Frage und modus procedendi zu kennen.

Jagow

Nr. 15 337

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 337 Therapia, den 23. Juni 1913

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 182*.

Herr von Giers hat gestern meinem österreichischen Kollegen gesagt, er habe durch Herrn Mandelstam** ein Projekt ausarbeiten lassen, nach welchem die sechs östlichen Wilajets nach Vorbild des Libanon einem Generalgouverneur unterstellt werden sollten. Dieses Projekt werde er den Botschaftern als Verhandlungsbasis unterbreiten. Markgraf Pallavicini hat in seiner Antwort zu erkennen gegeben, daß er sich die Führung der Verhandlungen als Doyen nicht aus der Hand nehmen lassen und keinem Plan zustimmen werde, der in . . .*** Herr von Giers erwiderte hierauf verstimmt, dann werde wohl aus der ganzen Sache nichts werden.

Die Schaffung eines administrativ selbständigen Armeniergebiets unter russischer Kontrolle im Osten würde die unter direkter türkischer Herrschaft verbleibenden Christenstämme eifersüchtig machen und namentlich die separatistische Bewegung in Syrien fördern. Auch die längs der Bagdadbahn lebenden Armenier würden unruhig werden, was mit Verkehrs- und Geschäftsstörungen zum Nachteil unserer Interessen verbunden wäre. Letztere dürften es erheischen, daß die Reform auf sämtliche Armenier und besser noch auf die ganze Türkei ausgedehnt werde. Eine tatkräftige Unterstützung aller von

---

* Siehe Nr. 15 331.

** Erster Dragoman bei der russischen Botschaft in Konstantinopel. Siehe den Wortlaut des Mandelstamschen Projekts im Russischen Orangebuch: Les Réformes en Arménie, p. 52 ss. und bei Mandelstam, Le Sort de l'Empire Ottoman, p. 218 ss.; deutsche Übersetzung bei Djemal Pascha, Erinnerungen eines türkischen Staatsmannes, S. 340 ff. Eine eingehende Kritik des Mandelstamschen Projekts findet sich in Freiherrn von Wangenheims Bericht vom 3. Juli: siehe Nr. 15 347.

*** Zifferngruppen fehlen.

der Pforte begonnenen Reformen würde auch die Armenierfrage lösen helfen.

Wangenheim

Nr. 15 338

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 249 London, den 24. Juni 1913

Antwort auf Telegramm Nr. 350*.

Sir E. Grey hat für bevorstehende Botschafterberatungen in Konstantinopel über armenische Frage kein eignes Programm, möchte aber Beschlüsse der Botschafter vom Jahre 1895 als Grundlage betrachten. Da er außerdem in Erfahrung gebracht, daß die Pforte ihrerseits Reformplan ausgearbeitet, halte er es für wünschenswert, die Pforte aufzufordern, ihr Programm vorzulegen, damit es von Botschaftern mit in Betracht gezogen werde.

Sofortige Zuziehung türkischen Vertreters hält der Minister für unzweckmäßig, weil dadurch leicht ganze Frage der Verschleppung anheimfallen könnte. Er meint vielmehr, erst sollten Botschafter sich über Reformprogramm einigen und dann erst die Pforte auffordern, Vertreter zu entsenden, mit dem alsdann Verständigung zu erzielen wäre. Er halte diesen Mittelweg auch für geeignet, um türkische Empfindlichkeit zu schonen und Bedenken des Herrn Sasonow gerecht zu werden.

Lichnowsky

Nr. 15 339

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 193 St. Petersburg, den 26. Juni 1913

Zu dem mir unter Nr. 794 geneigtest mitgeteilten interessanten Bericht des Kaiserlichen Botschafters in Konstantinopel** wollen mir Euere Exzellenz gestatten nachstehendes auf Grund meiner hiesigen Beobachtungen anzuführen.

---

* Siehe Nr. 15 336.

** Es handelt sich um den unter Nr. 15 334 abgedruckten Bericht Freiherrn von Wangenheims vom 10. Juni, der unter Nr. 794 nach Petersburg übermittelt und auch den Botschaftern in London, Paris, Wien und Rom zur Kenntnis gebracht wurde.

Ich teile die Ansicht des Freiherrn von Wangenheim, daß Rußland sich der armenischen Frage bedient, um die asiatische Türkei in einem Zustande zu erhalten, welcher gegebenenfalls ein Einschreiten Rußlands als interessierter Grenzstaat rechtfertigen würde. Auch die Sätze, daß Rußland sich mit Hilfe der armenischen Frage den Weg nach Konstantinopel offen halten will, und daß diese Frage der Schlüssel ist, welcher dereinst die Meerengen öffnen soll, entspricht im allgemeinen meiner Auffassung. Die einzige dem russischen Interesse wirklich entsprechende Lösung der Meerengenfrage erscheint mir die, daß Rußland am Südufer des Schwarzen Meeres bis zum Bosporus vordringt und das Schwarze Meer auf diese Weise zu einem russischen Binnenmeer macht, bezüglich dessen es sich nur mit den anderen Uferstaaten Rumänien und Bulgarien zu verständigen braucht. Daß mit dem Augenblick, wo Rußland im Besitz des Ostufers des Bosporus wäre, der letzte Rest der türkischen Herrschaft in Europa ein Ende haben würde, bedarf kaum der Erwähnung. Die dereinstige Regelung der Meerengenfrage auf dem angedeuteten Wege ist daher auch nach meiner Überzeugung in großen Linien das der russischen Politik vorschwebende Ziel, und ich halte es für höchst wahrscheinlich, daß die Herstellung der Ordnung in den armenischen Wilajets die erste Etappe auf dem Wege sein wird, auf welchem die Erreichung dieses Zieles erstrebt werden wird.

Eine andere Frage aber erscheint mir die, ob Rußland jetzt schon den Augenblick für gekommen erachtet, um die Verwirklichung seiner Pläne in Kleinasien zur Ausführung zu bringen. Was Herr Sasonow bis jetzt getan hat, spricht dafür, daß er als besonnener Staatsmann im Gegensatz zu vielen seiner Landsleute der russischen Politik nicht zu viele Ziele auf einmal stecken will. Herr Sasonow ist nach meiner Überzeugung bona fide, wenn er es als seinen Wunsch und sein Ziel bezeichnet, Rußland zunächst eine Reihe von Jahren ruhiger und friedlicher Entwickelung zu verschaffen. Er geht von der Ansicht aus, daß es eine Anzahl wichtiger Fragen für Rußland gibt, die nicht überstürzt werden dürfen, und die Rußland ruhig heranreifen lassen kann, ohne etwas dabei zu verlieren. Daß der Minister zu diesen Fragen die Meerengenfrage rechnet, hat er mir wiederholt versichert. Ich möchte auch daran erinnern, mit welcher Energie der Minister vor zwei Jahren nach seiner Wiedergenesung von schwerer Krankheit von Paris aus den Machenschaften ein Ende machte, welche die Meerengenfrage aufzurollen bestrebt waren *.

Ich kann mich daher der Ansicht des Freiherrn von Wangenheim nicht anschließen, welcher glaubt, daß, weil von Petersburg aus neuerdings in erhöhtem Maße über die Not der Armenier geklagt wird, ein neuer russischer Vorstoß in der Richtung auf Konstantinopel bevor-

---

* Vgl. dazu Bd. XXX, Kap. CCXXXVI.

steht. An einen solchen Vorstoß in der nächsten Zeit glaube ich nicht. Ich möchte vielmehr annehmen, daß Rußland jetzt an seiner Grenze in Kleinasien Ruhe haben und aus diesem Grunde in jenen Gegenden Maßregeln getroffen sehen möchte, welche die Ruhe für eine Reihe von Jahren möglichst gewährleisten.

Den Hauptgrund, weswegen Rußland nach meinem Dafürhalten den Stein jetzt noch nicht ins Rollen bringen möchte, erblicke ich darin, daß, wie mein Konstantinopeler Kollege im weiteren Verlauf seines Berichts auch selbst hervorhebt, England, was Herrn Sasonow nicht verborgen sein dürfte, zurzeit einer Aufteilung des kleinasiatischen Besitzes der Türkei nicht geneigt ist.

Aber auch andere Gründe, die teils mit dem gegenwärtigen Stand der russischen Rüstungen zu Lande und zu Wasser, teils mit den inneren Zuständen im russischen Reich zusammenhängen, halten Herrn Sasonow im gegenwärtigen Augenblick davon ab, Fragen anzuschneiden, welche die russische Politik immerhin auf eine gefährliche Bahn bringen könnten.

Allerdings wird man auch bei der vorliegenden Frage die Rolle nicht außer acht lassen dürfen, welche inoffizielle Kreise erfahrungsgemäß in der russischen Politik spielen. Diese Kreise, welche überall das Tempo der russischen Expansionspolitik beschleunigt sehen möchten und kein Verständnis dafür besitzen, daß es vorteilhafter ist, die Früchte reif werden zu lassen, arbeiten zweifellos daran, Rußland zu einem Vorgehen in Kleinasien zu veranlassen. Daß es an amtlichen Organen der russischen Politik nicht fehlt, welche mit jenen Kreisen sympathisieren und ihnen mehr oder minder versteckt ihre Unterstützung zuteil werden lassen, beweist die Geschichte aller Balkankrisen der Neuzeit. Ich halte es daher für durchaus wahrscheinlich, daß russische Agenten, die mit amtlichen Stellen Fühlung haben, in den armenischen Wilajets wühlen, um womöglich ein Einschreiten Rußlands herbeizuführen. Daß aber diese Wühlereien auf einen bestimmten wohldurchdachten Plan der gegenwärtigen Leitung der auswärtigen russischen Politik zurückzuführen sind, vermag ich im gegenwärtigen Augenblick nicht zu glauben.

F. Pourtalès

Nr. 15 340

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 347 Therapia, den 28. Juni 1913

Auf Antrag Herrn von Giers wird Markgraf Pallavicini die Botschafter für 30. d. Mts. zu einer vorläufigen Besprechung einladen.

Englischer Botschafter hat gestern Instruktionen erhalten. Markgraf Pallavicini beabsichtigte schon Montag zu erklären, daß er Projekte wie das Mandelstamsche* a limine ablehnen müsse. Damit würde die Konferenz wahrscheinlich sofort gesprengt sein. Nach armenischen Erklärungen, die gestern auf der Botschaft abgegeben wurden, muß ich indessen befürchten, daß ein Scheitern der Konferenz Armenierunruhen zu unmittelbarer Folge haben würde. Ich habe deshalb meinen österreichischen Kollegen gebeten, nicht gleich anfangs zu schroff aufzutreten. Wir müßten wenigstens versuchen, ob nicht eine mit unseren Instruktionen vereinbare Verständigung zugunsten der Armenier zu erreichen sei. Markgraf Pallavicini wird demgemäß vorschlagen, das Projekt Mandelstam zusammen mit dem Material, welches die Pforte auf meinen vertraulichen Rat den Botschaftern noch heute zur Verfügung stellen wird (Reformprojekt, fremde Instrukteure etc.) zunächst einer Kommission von Delegierten der Botschaften zur Prüfung zu überweisen**.

Wangenheim

Nr. 15 341

Aide-mémoire

Reinschrift. Von der türkischen Botschaft in Berlin dem Auswärtigen Amt übersandt

Berlin, le 28 Juin 1913

L'Ambassade Impériale Ottomane a l'honneur d'exposer au Département Impérial des Affaires Etrangères pour son orientation les renseignements suivants au sujet des réformes qui ont été déjà mises en vigueur par le cabinet Mahmoud Chevket Pacha dont le programme sera aussi suivi par le cabinet actuel:

Le cabinet Mahmoud Chevket Pacha qui, ainsi que le Département Impérial des Affaires Etrangères le sait sans doute, avait assumé la responsabilité du pouvoir dans les circonstances très critiques que traversait le pays, s'était efforcé de donner aux opérations de guerre une tournure aussi favorable que possible.

En même temps, les réformes intérieures avaient fait l'objet de sa constante préoccupation.

C'est ainsi que conformément à la loi provisoire sur l'administration générale des vilayets, il avait été accordé au conseil général le droit de décision pour les affaires d'intérêt locaux, les budgets des vilayets

---

* Vgl. Nr. 15 337 nebst Fußnote** und Nr. 15 344.

** Durch Telegramm Nr. 210 vom 29. Juni sprach das Auswärtige Amt sein Einverständnis mit diesem Modus aus.

avaient été séparés, les attributions et les devoirs des fonctionnaires élargis et précisés; la loi sur les justices de paix ainsi que le principe des tribunaux avait été adoptée en vue de faciliter le jugement des procès de moindre importance qui surgissent fréquemment entre les habitants d'une même localité; des tribunaux judiciaires avaient été organisés dans 15 sandjaks en Anatolie et dans 100 cazas dans les provinces orientales; la cour d'appel des vilajets de Bagdad et de Beyrouth avait été divisée en deux; la nomination et la promotion des naïbs, des juges et des fonctionnaires judiciaires avaient été réglementées par la loi; par l'application des lois sur l'hypothèque et le transfert des immeubles et sur la suppression des „guedik", la circulation de la richesse immobilière avait été assurée; par l'application de la loi qui confère le droit de propriété aux personnes morales, la formation des sociétés qui pourront faire des transactions sur les immeubles, avait été autorisée; la loi élargissant le droit de propriété sur les immeubles avait rendu possible le payement des dettes sur les biens vakoufs et miri; par cette même loi un large crédit pour l'agriculture avait été institué, ce qui permettra l'adoption des mesures qui assureront la prospérité des villes et le développement de l'agriculture. En outre, des corps d'inspecteurs de gendarmerie sous la présidence de Boman Pacha avait été envoyés dans chaque vilayet à l'effet d'étudier sur place le nombre de gendarmes nécessaires à chaque vilayet pour y assurer l'ordre et la tranquillité; des gendarmes de Roumélie avaient été envoyés dans plusieurs endroits et d'autres seront bientôt envoyés pour compléter les cadres. En vue d'assurer la parfaite application des lois et réglements ci-haut mentionnés l'Empire avait été divisé en six secteurs d'inspection générale. Les secteurs importants comme ceux comprenant les vilayets orientaux devaient avoir à leur tête des inspecteurs généraux étrangers qui auraient sous leurs ordres des spécialistes étrangers et ottomans pour la gendarmerie, justice, travaux-publics et agriculture. Pour les Ministères, un conseiller et un inspecteur étranger devaient être engagés et pour certains départements des fonctionnaires étrangers seraient nommés. Le cabinet Mahmoud Chevket Pacha était en correspondance au sujet de l'engagement de tous ces fonctionnaires étrangers. Le cabinet actuel ayant adopté les mêmes principes, les pourparlers pour l'engagement des commandants de gendarmerie pour les sept régiments des vilayets orientaux et de deux inspecteurs de gendarmerie pour leur conférer secteurs comprenant ces vilayets étant terminés, ces fonctionnaires pourront bientôt prendre possession de leur fonction. Des démarches ont été faites en vue d'assurer l'engagement des inspecteurs généraux et des autres fonctionnaires étrangers. Le nombre des membres de la commission financière instituée au Ministère des Finances a été augmenté et ses attributions ont été étendues à l'élaboration du budget et à la surveillance de la stricte application des lois et réglements financiers.

Nr. 15 342

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow

Privatbrief. Ausfertigung

London, am 26. Juni 1913
[pr. 30. Juni]

Wie ich vertraulich erfahre, wird heute Sir Edward Grey dem Präsidenten Poincaré * sagen, daß man hier nicht willens ist, sich auf irgendwelche Teilungspläne für Kleinasien einzulassen und den türkischen Besitzstand in seiner heutigen Gestalt unversehrt zu erhalten wünscht. Man rechnet hierbei auf unsere Unterstützung und darauf, daß wir den gleichen Standpunkt einnehmen. Ich habe, wie Sie wissen, im Einverständnis mit Ihnen und dem Herrn Reichskanzler wiederholt Sir Edward Grey erklärt, daß wir, solange die britische Regierung in gleichem Sinne vorgeht, die Türkei als Ganzes erhalten wollen; daß wir aber, falls andere Mächte Ansprüche an die türkische Erbschaft stellen sollten, auch verlangen würden, unsere Interessen und Rechte zur Geltung zu bringen.

Leider scheint Herr von Gwinner während seines hiesigen Aufenthalts ** Äußerungen gemacht zu haben, die den Eindruck erweckten, als beabsichtigten wir schon jetzt, dem Gedanken der Teilung Kleinasiens näherzutreten. Diese Auslassungen haben hier Aufsehen erregt und zu Beunruhigung Anlaß gegeben. Ich bin seither von verschiedenen Seiten (nicht von Sir Edward Grey) auf diese Tatsache hingewiesen worden, und ich habe, schon um zu verhindern, daß Sir Edward Grey in seiner Aussprache mit den französischen Staatsmännern unter dem Einfluß der Meinung, daß unser Standpunkt sich verändert habe, den französischen Wünschen Vorschub leiste, von neuem erklärt, daß eine Wandlung unserer Anschauungen in keiner Weise Platz gegriffen habe.

Es ist von großer Wichtigkeit, daß hier nicht der Verdacht entsteht, als ob wir der britischen Regierung gegenüber es an der nötigen Aufrichtigkeit fehlen ließen. Meine Stellung zu Sir Edward Grey würde empfindlich darunter leiden, wenn er zu der Meinung käme, daß er sich nicht auf meine Erklärungen verlassen kann. Ich

---

* Am 23. Juni war der Präsident der französischen Republik Poincaré in Begleitung des Außenministers Pichon zu mehrtägigem offiziellen Besuch nach England gefahren. Über die Besprechungen zwischen den französischen und englischen Staatsmännern vgl. Nr. 15 343, ferner: Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Vorkriegsjahre, ed. B. v. Siebert, S. 804 f. und R. Poincaré, Au Service de la France, III, 253 ss.

** Der Direktor der Deutschen Bank A. von Gwinner hatte im Juni in London in Sachen der Bagdadbahn geweilt. Vgl. Kap. CCLXXXV.

möchte Sie daher bitten, Gwinner oder anderen Persönlichkeiten, die hier Fühlung haben, gelegentlich zu bedeuten, daß unsere Haltung sich in keiner Weise verändert hat, und daß es daher bedenklich wäre, entgegenstehende Auffassungen zu begünstigen.

Lichnowsky

Nachschrift

Ich werde zu verhindern suchen, daß man mit dem naval holiday* an uns herantritt, verhindern Sie aber, daß in Berlin über die Sache allzu viel geredet und geschimpft wird! L.

Nr. 15 343

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 388 London, den 27. Juni 1913
[pr. 30. Juni]

Sir Edward Grey ließ mich soeben zu sich bitten, um mit mir über die Ergebnisse seiner Besprechungen mit den französischen Staatsmännern zu reden. Er bezeichnete dieselben als durchaus befriedigend. Er habe feststellen können, daß auf französischer Seite das gleiche Bestreben bestehe wie hier nach Aufrechterhaltung des Friedens und gemeinschaftlicher Arbeit für möglichste Beschränkung des Krieges, falls dieser wiederum ausbrechen sollte. Alle Unterhaltungen hätten sich auf der Grundlage der bekannt gewordenen Tischreden bewegt und nichts enthalten, was die Mitwirkung anderer Mächte ausschlösse. Er wies hierbei namentlich auf die entsprechende Stelle der Rede des Herrn Poincaré in der Guildhall hin und deutete an, daß diese Äußerung in gemeinsamem Einverständnis erfolgt sei.

Die Besprechungen mit den französischen Staatsmännern hätten sich nicht auf das allgemeine Gebiet des Friedens beschränkt, sondern sich auch mit der Türkei und deren Zukunft, das heißt mit der kleinasiatischen Frage befaßt. Es seien hierbei zwei Wege als gangbar bezeichnet worden: Entweder die Mächte einigten sich, die Türkei wiederherzustellen, sie finanziell möglichst wenig zu belasten bezw. sie finanziell zu unterstützen und ihr bei der Neuordnung ihrer Verwaltung behilflich zu sein, oder aber sie verständigten sich über Interessensphären[1], was jedoch der Anfang vom Ende der Türkei überhaupt sein würde. Er sei mit Herrn Poincaré und Herrn Pichon übereingekommen, daß der erstere Weg der richtige sei, und daß man die

---

* Vgl. dazu Bd. XXXIX, Kap. CCXCII.

Türkei erhalten und wiederaufrichten müsse (rétablir). Von Syrien sei mit keinem Worte die Rede gewesen. Ich benutzte diesen Anlaß, um dem Minister zu versichern, daß auch wir diese Auffassung teilten und teilen würden, solange wir uns des Einvernehmens der britischen Regierung vergewissern könnten. Alle entgegenstehenden Meinungen entsprächen vielleicht privaten oder kaufmännischen Interessen, nicht aber den Auffassungen der maßgebenden Stellen. Die Nachrichten über die Stimmung in Arabien, Syrien und anderen nichttürkischen Landesteilen böten zwar keine überaus günstigen Aussichten, aber wir glaubten, daß es dem Zusammenwirken aller Mächte gelingen werde, das türkische Reich in seiner heutigen Gestalt am Leben zu erhalten. Bei dieser Gelegenheit wiederholte Sir Edward von neuem, daß unsere Interessen, falls es jemals zur Zerlegung Kleinasiens kommen sollte, jedenfalls Berücksichtigung finden müßten[2].

Lichnowsky

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] D[as] h[eißt] Auftheilen

[2] natürlich! werde schon dafür sorgen

Nr. 15 344

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 351 Therapia, den 30. Juni 1913

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 210*.

Bei heutiger Vereinigung der Botschafter erklärte Herr von Giers,

1) daß die Anregung zu der Konferenz von Rußland ausgeht,

2) daß Rußland in Ostanatolien und an der Armenierfrage mehr als andere Mächte interessiert sei und

3) daß die Verhandlungen mit möglichster Beschleunigung geführt werden müßten.

Sodann unterbreitete Herr von Giers das Projekt Mandelstam. Nach demselben sollen die sechs Wilajets unter einem vom Sultan zu ernennenden türkischen oder besser noch europäischen Generalgouverneur zu einer Provinz zusammengeschlossen werden. Diese Provinz wird vom türkischen Reich administrativ und militärisch so gut wie vollkommen abgetrennt. Beamte und Richter werden ausschließlich von Generalgouverneur ernannt. Truppen rekrutieren sich nur aus Armenien und dürfen in Friedenszeiten nur dort verwendet werden.

Das Projekt geht weit über das Programm von 1895 und selbst über Libanonstatut** hinaus. Seine Realisierung würde aus der Hälfte Anatoliens ein mit der Türkei nur noch lose durch die Souveränität des

---

* Vgl. Nr. 15 340, S. 82, Fußnote **.

** Vgl. dazu Nr. 15 295.

Sultans verbundenes Armenien schaffen, auf welches Rußland schon deshalb den ersten Anspruch hätte, weil die andere Hälfte der Armenier in Rußland lebt. Es wäre der Beginn der Aufteilung. Frankreich würde in Syrien folgen, und auch wir wären, falls wir nicht Kleinasien aufgeben wollen, genötigt, ein ähnliches Regime für unsere Interessensphäre zu verlangen. Das russische Projekt nimmt übrigens das teilweise zu unserer Zone gehörige Wilajet Diarbekr für Armenien in Anspruch *.

Auf Antrag Doyens wurde das Projekt einer Kommission von Delegierten der Botschaften zur Prüfung überwiesen. Ich beabsichtige, mich durch Dragoman Schönberg vertreten zu lassen. Markgraf Pallavicini und ich werden unsere Vertreter instruieren, sich auf keinerlei Diskussion der Prinzipfrage einzulassen, dagegen aber auf einer ganz ausführlichen Diskussion der einzelnen Punkte des russischen Programms und einer gründlichen Prüfung der türkischen Vorschläge ** zu bestehen. Es kommt zunächst darauf an, Zeit zu gewinnen, damit die auf dem Rückmarsch begriffenen Truppen wieder in Armenien eintreffen können, und damit ein Anhalt gewonnen wird über die Haltung Englands. Stimmt letzteres dem russischen Vorschlag zu, so ist damit bewiesen, daß es die Aufteilung zu verhindern nicht gewillt ist.

Wangenheim

Nr. 15 345

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Wangenheim

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Grafen Botho von Wedel

Nr. 675 Berlin, den 4. Juli 1913

Auf Grund Euerer Exzellenz Telegramm 351 *** hatte ich den Kaiserlichen Botschafter in Paris beauftragt †, Herrn Pichon vorsichtig auf die Gefahr des russischen Vorschlags hinzuweisen und zu sondieren.

* Telegramm Nr. 351 wurde mittels Telegrammen 164 bzw. 192 nach Petersburg und Paris mitgeteilt. Staatssekretär von Jagow bemerkte dabei in Telegramm Nr. 164: „Was Armenien eingeräumt wird, würde bald auch für andere türkische Gebietsteile verlangt und nicht abgeschlagen werden können. Damit würde de facto Aufteilung der Türkei eingeleitet, die wir absolut zu vermeiden wünschen. Bitte Herrn Sasonow auf diese Gefahr hinweisen und ihm unseren Wunsch mitteilen, daß auch türkische Vorschläge berücksichtigt werden.“ Fürst Lichnowsky erhielt durch Telegramm Nr. 362 analoge Weisung: „Bitte Sir E. Grey auf Gefahren dieses Vorgehens hinweisen und seine Ansicht erfragen. Gleiches Regime würde voraussichtlich bald für Syrien und andere türkische Gebietsteile verlangt werden. Damit würde de facto Aufteilung, die wir nicht wünschen, in die Wege geleitet.“

** Vgl. Nr. 15 341.

*** Siehe Nr. 15 344.

† Vgl. Nr. 15 344, S. 87, Fußnote *.

Herr von Schoen telegraphiert unter dem 2. d. Mts.*:

„Herr Pichon will über russischen Vorschlag noch nicht so erschöpfend unterrichtet sein, daß er Tragweite voll übersehen könne. Ziel müsse Ausarbeitung Reformprogramms sein, das auch für die übrige Türkei maßgebende Grundlage böte. An Grundsatz der Integrität asiatischer Türkei halte Frankreich fest.“

Zimmermann

Nr. 15 346

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 356 Konstantinopel, den 3. Juli 1913
[pr. 4. Juli]

In heutiger Sitzung der Botschaftsdelegierten ** beantragten Österreicher, unterstützt von Schönberg und Italiener, dem neuen Faktum des Pfortezirkulars *** Rechnung zu tragen und Diskussion mit Prüfung der soeben von der türkischen Regierung veröffentlichten Reformen zu beginnen. Russen, Engländer und Franzosen wollten dagegen von dem russischen Projekt ausgehen. Mangels Einigung wurde beschlossen, Sitzung zu vertagen und Streitfragen den Chefs zu unterbreiten.

Meines Erachtens verdient schon mit Rücksicht auf Autorität Sultans organische Weiterentwickelung des türkischen Reformplanes vor Aufoktroyierung des gefährlichen russischen Projekts den Vorzug. Die Lücken des ersteren könnten durch Rückgriff auf Beschlüsse und Dekret von 1895 sowie durch Benutzung russischen Projekts ausgefüllt werden. Großwesir ist hiermit einverstanden und erklärt, er werde selbst europäische Kontrollkommission für Armenien in annehmbarer Form akzeptieren. Auffallend ist, daß Haltung des englischen Delegierten Fitzmaurice mit den Erklärungen Sir E. Greys an Fürst Lichnowsky nicht harmoniert †.

* Telegramm Nr. 255.

** Mit der Sitzung der Botschaftsdelegierten vom 3. Juli begannen die offiziellen Beratungen der „Commission des Réformes Arméniennes“. Es fanden im ganzen acht Sitzungen, die letzte am 24. Juli statt. Die Protokolle der Kommissionssitzungen befinden sich — in französischeer Sprache — im Russischen Orangebuch: Les Réformes en Arménie, p. 190 ss.

*** Identisch mit Nr. 15 341.

† Am 4. Juli fügte Freiherr von Wangenheim zu diesem Punkte durch Telegramm Nr. 358 nach: „Englischer Geschäftsträger sagte mir zur Erklärung der englischen Haltung gestriger Konferenz, daß seine Instruktionen ihn nur ermächtigten, über das russische Projekt zu verhandeln, nicht aber über die türkischen Reformpläne.“

Bericht über russische und türkische Projekte abgeht Sonnabend mit Feldjäger*.

Wangenheim

Nr. 15 347

*Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg***

Ausfertigung

Nr. 208 Therapia, den 3. Juli 1913
[pr. 9. Juli]

Der Mandelstamsche Entwurf faßt in Artikel I § 1 die sechs Wilajets Erserum, Wan, Bitlis, Diarbekr, Charput und Siwas zu einer Verwaltungszone, einem Wilajet zusammen, von dem indessen die südlichen Partien, nämlich die Gegenden von Hakkiari (Wilajet Wan), die südlichen Teile der Distrikte Sert, Biredjik, Malatia sowie der nordwestliche Teil des Wilajets Siwas ausgeschlossen sein sollen.

Dieser Vorschlag führt in die Geschichte der armenischen Reformen in zweifacher Hinsicht ein Novum ein.

Zunächst hat bisher nie die Schaffung eines einzigen großen Verwaltungskomplexes in Armenien zur Erörterung gestanden. Das englisch-französisch-russische Memorandum vom März/April 1895 beschränkte sich in Artikel I darauf, die Verringerung der Zahl der genannten Provinzen anzuregen: „. . . il y aurait lieu d'étudier la question de la réduction du nombre de ces provinces.“ Als Grund wird angeführt, daß eine Neueinteilung der Wilajets

1) gewisse Ersparnisse in den allgemeinen Verwaltungsausgaben ermöglichen,

2) die Auswahl der Walis durch Verringerung ihrer Zahl erleichtern,

3) deren Autorität durch Verbesserung ihrer materiellen Lage stärken würde.

Die beiden letzten Gründe sind so vager Natur, daß ein näheres Eingehen darauf überflüssig erscheint. Hinsichtlich des ersten dürfte es zweifelhaft sein, ob die Ersparnis an Waligehältern nicht durch Entschädigung für die ausgedehnteren Dienstreisen des Walis oder seines Stellvertreters aufgewogen wird. Auf keinen Fall aber dürften die Ersparnisse so beträchtlich sein, daß sie allein schon als genügender Grund für eine so einschneidende Maßnahme wie die Zusammenlegung zweier oder mehrerer Provinzen gelten könnten.

---

* Siehe das folgende Schriftstück.
** Hier eingereiht des Zusammenhangs halber.

Dem gegenüber stehen zunächst die allgemeinen Bedenken gegen die Schaffung allzu großer Provinzen in Armenien; die außerordentlich geringe Zahl von Wegen würde namentlich im Winter, wo die telegraphischen Verbindungen fast stets unterbrochen und die meisten Gebirgsübergänge unpassierbar sind, mit Notwendigkeit dahin führen, daß ganze Regierungsbezirke Monate hindurch von der Verwaltungszentrale der Provinz abgeschnitten werden. Die unausbleibliche Folge wäre ein Stocken der Verwaltung, das gerade in Gebieten, in denen ein neuer Administrationsmodus in Einführung begriffen ist, und wo daher das dem Kontinuitätsgesetz entsprechende automatische Weiterlaufen der gewohnten Verwaltungsmaschinerie wegfällt, mit Sicherheit zum baldigen Chaos führen müßte.

Ein weiteres Argument gegen die Schaffung allzu großer Verwaltungseinheiten liegt in dem Umstande, daß zur Herstellung und Aufrechterhaltung der Ordnung in dem von Nationalitätenkämpfen durchwühlten Lande die dauernde Anwesenheit verhältnismäßig sehr starker militärischer Garnisonen erforderlich sein wird. Das würde zur Folge haben, daß in den wichtigsten Städten des Landes, die nicht der Sitz eines Walis wären, der Militärkommandant in höherem Range stände als der Chef der lokalen Zivilbehörde, ein Zustand, der das zur Beruhigung des Landes unerläßliche Zusammenarbeiten beider Faktoren wesentlich erschweren müßte.

Wenn diese Gründe schon die Zusammenlegung zweier armenischer Wilajets als ein bedenkliches Unternehmen erscheinen lassen, so wirken sie mit potenzierter Kraft gegenüber dem Mandelstamschen Vorschlage, alle sechs genannten Wilajets, das heißt etwa den siebenten Teil der ganzen Türkei, zu einer Verwaltungseinheit zusammenzufassen und so eine Provinz zu schaffen, die an Flächeninhalt etwa halb so groß wie Deutschland und ebenso groß wäre wie Rumänien und Bulgarien zusammengenommen. Berücksichtigt man, daß dieses Gebiet zum größten Teil aus schwer zugänglichem Hochgebirge besteht, von keiner Eisenbahn durchzogen wird und, von wenigen Verkehrsstraßen abgesehen, keine nennenswerten Kommunikationen besitzt, so wird ohne weiteres klar, daß in einem derartigen Länderkomplexe eine einheitliche, von einer einzigen Stelle ausgehende Provinzialverwaltung zu denjenigen Dingen gehört, deren Verwirklichung der praktischen Vernunft als unmöglich erscheinen muß. Ein Versuch in dieser Richtung würde binnen kurzem dahin führen, daß sich für die Sandschaks in praxi eine ähnliche Selbständigkeit herausbilden würde, wie sie jetzt für die Wilajets besteht, und daß, da die Sandschakzahl vermutlich größer als sechs sein wird, statt der beabsichtigten Verringerung eine Vermehrung der selbständigen Verwaltungsgebiete Platz greifen würde.

Das zweite Novum an der Mandelstamschen Begrenzung der Reformzone liegt darin, daß von dem durch die sechs Wilajets gegebenen

Gebiete der südliche und der nordwestliche Teil ausgeschlossen werden sollen. Aus dem Bestreben, die Lebensbedingungen der armenischen Nation zu erleichtern, dürfte sich ein plausibler Grund für die Beschneidung der Reformzone nicht herleiten lassen; denn in den ausgeschlossenen Gebieten sind Armenier gleichfalls in großer Zahl ansässig. Seit 1895 hat sogar ein Vordringen der von den im Norden wohnenden Kurden gedrängten armenischen Nation in südlicher und namentlich südwestlicher Richtung eingesetzt, und es ist heute eine nicht zu bestreitende Tatsache, daß das Wilajet Adana, die nördlichen Distrikte des Wilajets Aleppo sowie die Gegend von Malatia zu denjenigen Bezirken gehören, in denen das armenische Element am zahlreichsten und am dichtesten ansässig ist. Wäre es daher dem russischen Vorschlage wirklich nur um die Besserstellung der Armenier zu tun, so hätte er das Gebiet der bereits 1895 berücksichtigten Wilajets nicht verkleinern dürfen, sondern hätte ihm im Gegenteil noch große Teile der Wilajets Aleppo, Mosul, Adana und Angora hinzufügen müssen.

Für die in dem Mandelstamschen Entwurfe ausgeschlossenen Teile der sechs Wilajets ist charakteristisch, daß in ihnen neben dem armenischen auch das muhamedanische Element stark vertreten ist. Hieraus läßt sich unschwer erkennen, daß Rußland mit seinem Vorschlage auf die Schaffung eines Verwaltungsgebildes mit vorwiegend christlich-armenischer Bevölkerung abzielt, offenbar in der Erwartung, daß ein solches an dem schnell erreichbaren, mit ethnologisch und religiös verwandten Völkerschaften angrenzenden Rußland seinen natürlichen Rückhalt wird suchen müssen.

Hier ist nun der Punkt, an dem das deutsche Interesse dem russischen diametral zuwiderläuft. Wie ein Blick auf die meinem Bericht Nr. 159 vom 21. Mai* beigefügte Kartenskizze zeigt, liegt die ganze südliche Hälfte der von Rußland vorgeschlagenen Reformzone in dem Gebiete, das sich durch die vorgesehenen Zweiglinien der Bagdadbahn als unsere Interessensphäre charakterisiert. Würde nun der Zusammenhang dieses Teiles unserer Interessensphäre mit der übrigen Türkei gelockert, so würde sich nach Durchführung der Reformen innerhalb der von Rußland vorgeschlagenen Zone eine Differenzierung des dort belegenen Teils unserer Interessensphäre zu Ungunsten des übrigen größeren Teiles derselben ergeben. Die Folge davon wäre im ganzen Umfange unseres Interessengebietes für uns außerordentlich abträglich; denn die Einwohner des in der Reformzone belegenen Teiles würden sich für die Vorteile der reformierten Verwaltung nicht bei uns, sondern bei Rußland bedanken, das für die breiteste Bekanntgabe seiner Urheberschaft an dem Reformprojekte geflissentlich sorgen wird. Die Bewohner des übrigen Teiles unserer

---

* Siehe Nr. 15312.

Interessensphäre aber würden durch den Vergleich mit ihren besser gestellten Stammesgenossen einer stetig wachsenden Unzufriedenheit in die Arme getrieben werden und sehr bald der alsdann unkorrigierbaren Ansicht verfallen, daß Deutschland nicht imstande sei, ihr Los zu verbessern, und daß der russische Schutz ihnen eine größere Gewähr für die Zukunft biete.

Unser Interesse dürfte uns daher mit Notwendigkeit darauf hinweisen, die in dem russischen Reformprojekte enthaltene Beschränkung auf die darin vorgesehenen Gebiete abzulehnen.

Damit stehen wir vor der Frage, ob überhaupt eine Beschränkung der einzuführenden Reformen auf einen bestimmten Teil der Türkei im Interesse der Erhaltung desselben tunlich ist. Hier ist zunächst zu berücksichtigen, daß das türkische Reich nach Abtrennung der europäischen Wilajets eine hinsichtlich der Kulturstufe seiner Bevölkerung weit homogenere Masse darstellt als vordem. Die Besserstellung derjenigen Bevölkerungszone, die sich bisher durch ihre unruhige Haltung besonders hervorgetan hat, müßte den ruhigeren Volksteilen des türkischen Reiches als eine Prämie auf Unbotmäßigkeit gegen die Staatsgewalt erscheinen und könnte daher auf dieselben nicht anders als in hohem Grade aufreizend wirken. Die nächste Folge müßte sein, daß ähnliche Vorgänge wie in Armenien sich auch in Arabien, Mesopotamien, Syrien und im westlichen Kleinasien zeigen würden, so daß sich auch dort die Einführung ähnlicher Reformen auf die Dauer nicht umgehen ließe. Es kann kein Zweifel über die Wirkung bestehen, die sich aus einer derartig erzwungenen parzellierten Entwickelung der Reformfrage für den Bestand des türkischen Reiches ergeben müßte. Die Erhaltung der Türkei und die Einführung von Reformen lassen sich nur dann miteinander vereinbaren, wenn die letzteren auf das gesamte türkische Staatsgebiet ausgedehnt werden.

In richtiger Erkenntnis der aus jeder anderen Modalität drohenden Gefahr hat daher die türkische Regierung das Prävenire gespielt und sich zu durchgreifenden Reformen im ganzen Reiche entschlossen. Die Grundlage dazu war bereits durch das neue Wilajetsgesetz gelegt, über das an anderer Stelle berichtet worden ist, und das sich einer Reihe neuer Reformgesetze, insbesondere auf dem Gebiete des Immobiliarrechts, angliedert, die unstreitig geeignet sind, eine Reform des türkischen Wirtschaftslebens in die Wege zu leiten.

Die Pforte hat sich indessen auch der weiteren Erkenntnis nicht verschlossen, daß es ihr nie an guten Gesetzen, stets aber an Personen gefehlt hat, die imstande waren, diese sachgemäß anzuwenden. Um dem abzuhelfen, hat sie sich, wie aus dem abschriftlich anliegenden Zirkulartelegramme an die türkischen Botschafter* und den gleich-

---

* Wesentlich identisch mit Nr. 15 341. Die übrigen genannten Schriftstücke hier nicht abgedruckt.

falls anliegenden Zusatzartikeln zum neuen Wilajetsgesetz nebst den anliegenden Instruktionen über Befugnisse und Zuständigkeit der Generalinspektoren ersichtlich ist, entschlossen, die gesamte Türkei in sechs Generalinspektionen zu teilen und für die wichtigsten derselben, besonders die östlichen, fremde Generalinspektoren anzustellen und diesen fremde und türkische Spezialisten für Gendarmerie, Justiz, öffentliche Arbeiten und Landwirtschaft beizugeben. Auch sollen in den Ministerien ein Vortragender Rat und ein Inspektor Fremde sein und für gewisse Departements fremde Beamte ernannt werden.

Diese neue Reformaktion der Türkei geht insofern weit über das armenische Reformdekret vom 20. Oktober 1895 hinaus, als es sich, wie bemerkt, auf die ganze Türkei erstreckt und die Mitwirkung europäischer Kräfte nicht nur in beratender, sondern in leitender Stellung vorsieht. Dagegen ging das Dekret von 1895 insofern weiter, als es in Artikel 32 eine ständige Reformkommission schaffen wollte, die auf der Pforte tagend und zur Hälfte aus muhamedanischen, zur Hälfte aus nichtmuhamedanischen Mitgliedern bestehend die Durchführung der Reformen überwachen sollte. Zudem schrieb das Dekret in Artikel 1 bis 3 die Anstellung nichtmuhamedanischer Beamten für gewisse Stellen vor.

Die Mächte stehen nunmehr vor zwei Reformprojekten, dem russischen, das außer der räumlichen Begrenzung auch andere in einem späteren Berichte darzulegende Gefahren in sich birgt, und dessen Verwirklichung die Auflösung der Türkei beschleunigen muß, und dem türkischen, dessen Ausführung mit der Anwendung des Wilajetsgesetzes und der anderen Reformgesetze teilweise bereits zu einem fait accompli geworden ist.

Bei der Frage, welche Haltung wir angesichts dieser Situation beobachten müssen, wird davon auszugehen sein, daß wir entschlossen sind, den Zusammenbruch der Türkei möglichst lange aufzuhalten. Es kann daher keinem Zweifel unterliegen, daß das russische Projekt für uns unannehmbar ist, und wir werden nur darauf Bedacht zu nehmen haben, eine Form der Ablehnung zu finden, welche die russische Empfindlichkeit nach Möglichkeit schont. Wir könnten zu diesem Zwecke vielleicht darauf hinweisen, daß durch den jüngsten, erst nach Mitteilung des Mandelstamschen Projekts erfolgten Reformschritt der Pforte ein neues Faktum in die Frage hineingetragen sei, daß unter diesen Umständen der Türkei Zeit gelassen werden müsse, die von ihr beabsichtigte und bereits begonnene Reformaktion durchzuführen, und daß wir erst bei einem Fehlschlagen der letzteren in Erwägungen über weitergehende Reformvorschläge eintreten möchten.

Damit diese Eventualität nach Möglichkeit vermieden wird, werden wir der Pforte dringend raten müssen, ihre Reformaktion so durchgreifend und vollständig wie möglich zu gestalten. Oben ist bereits angedeutet worden, daß dieselbe hinter dem Reformplan von

1895 in einigen Punkten zurückbleibt. Wir werden daher der Pforte nahelegen müssen, ihr jetziges Projekt in dieser Richtung zu ergänzen und diejenigen Teile des Reformplanes von 1895 zu berücksichtigen, die nicht inzwischen durch die Weiterentwickelung der türkischen Gesetzgebung gegenstandslos geworden sind. Wir können uns meines Erachtens zu diesem Vorgehen um so leichter entschließen, als wir dabei England zur Seite haben, das nach einem anderweitigen Erlasse Euerer Exzellenz die Beschlüsse der Botschafter vom Jahre 1895 als Grundlage haben möchte.

Wenn ich empfehlen möchte, nicht von den Botschafterbeschlüssen, sondern von dem türkischen Reformdekret vom 20. Oktober 1895 auszugehen, so liegt darin nur eine geringfügige Abweichung von dem Standpunkte Sir E. Greys, da beide Schriftstücke im wesentlichen auf dasselbe hinauskommen und sich sogar in ihrem Texte vielfach decken. Für die Zugrundelegung des Dekretes spricht zunächst die Erwägung, daß es leichter sein wird, die Pforte zur Durchführung von Bestimmungen zu veranlassen, die einem vom Sultan durch Iradee sanktionierten, also bereits mit Gesetzeskraft versehenen Dekrete entnommen sind, als von solchen, die von den Botschaftern beschlossen sind. Der Hauptgrund indessen, der für die Berücksichtigung des Reformdekretes spricht, beruht auf einer anderen Überlegung:

Sowohl das deutsche wie das türkische Interesse erfordern meines Erachtens, daß die bereits oben erwähnte, nur in dem Dekret von 1895 vorgesehene ständige Kontrollkommission in erweiterter Form ins Leben gerufen wird.

Wir haben meines Erachtens das dringendste Interesse daran zu verhindern, daß Rußland sich nach dem Scheitern seines Reformprojektes der armenischen Nation gegenüber als den eifrig bemühten, wenn auch augenblicklich durch die Intrigen anderer Mächte erfolglosen Retter aus dem türkischen Joche aufspielt, eine Charakterrolle, deren Einstudierung ihm durch die Enttäuschung der Armenier über die ihnen erst vorgehaltene und dann im Augenblick des Zuschnappens weggezogene Extrawurst wesentlich erleichtert werden würde. Wir werden daher gut tun, für die armenischen Provinzen (nicht nur für die sechs ursprünglichen Wilajets, sondern auch die angrenzenden Teile von Adana, Angora, Aleppo und Mosul) eine Einrichtung vorzuschlagen, die, ohne den Bestand der Türkei ernstlich zu gefährden, den Armeniern doch zeigt, daß sie sich unseres ganz besonderen Interesses erfreuen. Hierzu eignet sich in hohem Maße eine auf der Pforte unter türkischem Vorsitz tagende, zur Hälfte aus Türken, zur Hälfte aus Delegierten der Großmächte bestehende ständige Kontrollkommission, deren Aufgabe es wäre, alle armenischen Beschwerden und Desiderata zu prüfen und den Walis bezw. Generalinspektoren entsprechende Informationen und Instruktionen zugehen zu lassen und sich durch Reisen in den armenischen Wilajets, die von Unterkommis-

sionen ausgeführt werden können, von der Durchführung der Reformen und den Zuständen in Armenien zu überzeugen.

Für die Türkei böte diese Einrichtung den außerordentlichen Vorteil, daß sie als Ventil am armenischen Dampfkessel wirken würde. Die Mächte würden nicht wie jetzt gezwungen sein, bei jedem Mord oder sonstigen an einem Armenier begangenen Verbrechen die ganze Klaviatur der erregten armenischen Volksseele und der erregteren armenischen Auslandskomitees über sich ergehen zu lassen, sondern könnten diese alsdann auf die allein zuständige internationale Kontrollkommission in Konstantinopel verweisen. Alle armenischen Bedürfnisse würden auf diese Weise auf voraussichtlich lange Zeit der diplomatischen Erörterung entzogen und in die kühlere Zone rein administrativer Behandlung hinübergeführt werden.

Wenn es außerdem gelänge, die Pforte zur Anstellung der im Reformdekret von 1895 vorgesehenen christlichen Muawins (Gehilfen für Wali, Mutessarif usw.) zu bewegen, so würde das türkische Reformprojekt sich meines Erachtens als erheblich brauchbarer erweisen als das russische und auch seine beruhigende Wirkung auf die armenische Frage nicht verfehlen können. Den russischen Wünschen könnte dabei dadurch entgegengekommen werden, daß der Pforte seitens der Mächte nahegelegt wird, diejenigen Bestimmungen des russischen Projekts zu berücksichtigen, die sich mit dem Dekret von 1895 vereinbaren lassen.

Ich darf bitten, mich nach Eingang dieses Berichts baldmöglichst telegraphisch verständigen zu wollen, ob die vorstehend angedeuteten Richtlinien den Intentionen Euerer Exzellenz entsprechen*. Ich werde es bis zum Eintreffen des Drahterlasses Euerer Exzellenz vermeiden, mich auf irgendwelche grundsätzlichen Fragen festzulegen, und habe daher den Dragoman Dr. Schönberg für die heutige erste Sitzung der Botschaftsdelegierten dahin instruiert, die Diskussion über das russische Projekt dilatorisch zu behandeln und zunächst nur auf die allgemeinen Bedenken hinzuweisen, die einer räumlichen Begrenzung der Reformaktion entgegenstehen. Doch werde ich in der heutigen Sitzung bereits erklären lassen, daß wir uns vorbehalten, der neuen Situation, die durch Zustellung des türkischen Reformprojektes geschaffen sei, Rechnung zu tragen. Ich werde ferner dahin wirken, daß die nächste Sitzung nicht vor Donnerstag, den 10. d. Mts., stattfindet, in der Annahme, daß ich mich bis dahin im Besitze der Instruktionen Euerer Exzellenz befinde.

Wangenheim

---

* Das Einverständnis des Auswärtigen Amts wurde durch Telegramm Nr. 224 vom 9. Juli ausgesprochen.

Nr. 15 348

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 359 Konstantinopel, den 4. Juli 1913

Im Anschluß an Telegramm Nr. 358*.

Herr von Giers ließ gestern durch russischen Botschaftsrat Markgrafen Pallavicini sagen, daß er über die Ergebnislosigkeit der ersten Beratung der Botschaftsdelegierten wenig erfreut sei. Die Botschafter müßten sofort zusammentreten. Markgraf Pallavicini erwiderte, Österreich und, wie er wisse, auch Deutschland und Italien seien durchaus reformfreundlich. Wegen des gestrigen Zwischenfalls brauche keine Konferenz der Botschafter stattzufinden. Einer gleichzeitigen Beratung der beiden Projekte stehe nichts im Wege.

Markgraf Pallavicini sprach dann von englischem Oberkommissar, worauf Botschaftsrat entgegnete, daß der Haut Commissaire doch wohl von Rußland zu geben sei. Ein geeigneter Mann sei der frühere hiesige Militärattaché General Holmsen.

Wangenheim

Nr. 15 349

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Entzifferung

Nr. 208 St. Petersburg, den 3. Juli 1913
[pr. 5. Juli]

Antwort auf Telegramm Nr. 164**.

Als ich gestern weisungsgemäß Herrn Sasonow auf die bedenklichen Seiten des russischen Reformprojekts für die armenischen Wilajets hinwies, vertrat der Minister den Standpunkt, daß das Programm von 1895 im Hinblick auf die Entwickelung, welche die Verhältnisse seit jener Zeit genommen hätten, nicht mehr ausreiche. Er habe bereits in seiner Zirkularnote*** über die Notwendigkeit von Reformen in Armenien angedeutet, daß die einzuführenden Reformen zwar von dem Programm von 1895 ausgehen, den jetzigen Verhältnissen aber angepaßt werden müßten. Als unbedingt erforderlich bezeichnete Herr

---

* Vgl. Nr. 15 346, Fußnote †.
** Vgl. Nr. 13 344, S. 87, Fußnote *.
*** Vgl. Nr. 15 331 nebst Fußnote **.

Sasonow die Ernennung eines christlichen, womöglich nichttürkischen Generalgouverneurs. Eine Berücksichtigung türkischer Vorschläge erschien ihm äußerst bedenklich, da es der Türkei mit ihrem Wunsch, Reformen in Armenien einzuführen, nicht Ernst sei. Man dürfe um keinen Preis halbe Maßregeln ergreifen, sondern [müsse] sich der in Mazedonien gemachten schlechten Erfahrungen erinnern und alles daransetzen, um ein wirksames Reformwerk durchzuführen. Meine Einwände, insbesondere auch der Hinweis darauf, daß andere Gebietsteile der Türkei die den Armeniern eingeräumten Zugeständnisse auch für sich beanspruchen würden, und daß damit die Aufteilung der Türkei beginnen werde, suchte der Minister zu entkräften. Dabei beteuerte er auf das feierlichste, daß auch er weit davon entfernt sei, die Aufteilung des türkischen Besitzes in Kleinasien anzustreben. Im Gegenteil wünsche er, daß gerade, um einer solchen Aufteilung vorzubeugen, ruhige und geordnete Verhältnisse in Armenien geschaffen würden. Den Weg hierzu erblicke er in dem russischen Programm, sei aber gern bereit, über die Einzelheiten desselben in Diskussion einzutreten.

Der Minister protestierte auf das nachdrücklichste gegen die hie und da in der Presse aufgetauchten Insinuationen, daß Rußland die armenischen Unruhen zu Expansionszwecken benutzen wolle. Rußland habe den Kaukasus und brauche nichts weiter. Auf eine mit Tausenden von Unterschriften bedeckte, vor kurzem von türkischen Armeniern an den Zaren gerichtete Bittschrift, in welcher die Annexion der armenischen Wilajets erbeten wurde, sei die sehr bestimmte Antwort ergangen, daß eine solche Annexion den Zielen der russischen Politik durchaus fernliege.

Rußland habe aber das größte Interesse daran, daß an seiner Grenze keine Revolution ausbreche, die sich auch auf die Armenier in Rußland ausdehnen würde. Daher müsse Rußland auf Einführung energischer Reformen bestehen, denn im Falle ernstlicherer Unruhen würde Rußland, allerdings sehr gegen seinen Wunsch, aus Gründen der Selbsterhaltung gezwungen sein, einzuschreiten. Dieser Notwendigkeit möchte Herr Sasonow, wie er sagte, um jeden Preis vorbeugen *.

Pourtalès

---

* Ähnlich äußerte sich Sasonow von neuem am 9. Juli unter Überlassung eines Aide-mémoires — siehe dasselbe in dem Russischen Orangebuch: Les Réformes en Arménie, p. 74 — gegenüber Graf Pourtalès, worüber dieser am 10. eingehend (Nr. 216) berichtete. Der deutsche Botschafter erwiderte bei dieser Gelegenheit dem russischen Minister, er wolle an der Aufrichtigkeit der Sasonowschen Politik in der Frage der armenischen Reformen nicht zweifeln, könne aber nicht verschweigen, daß in Deutschland vielfach die Ansicht verbreitet sei, die Unruhen würden von russischen Agenten angestiftet und geschürt. Er selbst, Pourtalès, wolle zwar gern glauben, daß die Agenten nicht im Auftrage der russischen Regierung handelten, immerhin scheine es in vielen Fällen, als ob sie mit amtlichen russischen Organen Fühlung hätten. Sasonow bestritt in seiner Antwort nicht, „daß in den armenischen

Nr. 15 350

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 365 Konstantinopel, den 5. Juli 1913

Großwesir schreibt mir soeben ganz vertraulich, daß die englische Regierung sich endlich entschlossen habe, die beiden für Ost- und Nordanatolien erbetenen Generalinspekteure zur Verfügung zu stellen.

Wangenheim

Nr. 15 351

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 369 Konstantinopel, den 7. Juli 1913

Im Anschluß an Telegramm Nr. 356 *.

In heutiger Sitzung beschloß Armenierkommission, russischen und türkischen Reformplan nebeneinander zu beraten. Allseits wurde anerkannt, daß die Delegierten nicht berufen sind, Beschlüsse zu fassen oder Regierungserklärungen abzugeben, sondern daß es sich lediglich um Gedankenaustausch handelt, dessen Ergebnis eventuell späteren Beschlüssen der Botschafter als Material dienen könnte.

Russe befürwortete alsdann Punkt I seines Entwurfs, Bildung einer einzigen armenischen Provinz. Österreicher wandte ein, daß dadurch eine privilegierte Zone geschaffen würde, wodurch auch andere Teile der Türkei zu Sonderbestrebungen ermutigt würden. Schönberg wies auf die in Bericht 208 ** erwähnten Schwierigkeiten hin, ein so großes Gebiet als Provinz zu verwalten, und fragte, warum nicht auch Cilicien in Reformzone einbegriffen sei ***. Engländer und Russen begründeten dies damit, daß Armenier in Cilicien von denen in den sechs

---

Wilajets Agenten tätig seien, und daß sich darunter auch russische Untertanen befänden. Dies seien aber selbst Armenier, welche allerdings ein Einrücken Rußlands in das türkische Grenzgebiet herbeiführen möchten. Daß russische Konsuln mit diesen Machenschaften etwas zu tun hätten, stellte der Minister auf das allerentschiedenste in Abrede".

* Siehe Nr. 15 346.

** Siehe Nr. 15 347.

*** Gegen diese Anregung sprach Staatssekretär von Jagow durch Telegramm Nr. 222 vom 8. Juli Bedenken aus. „Unsere öffentliche Meinung würde in der Leitung der Reformaktion in Cilicien durch Angehörige dritter Mächte zweifellos einen deutschen Echec erblicken."

Wilajets durch einen Gebietsstreifen mit nur schwacher armenischer Bevölkerung getrennt seien, was Schönberg in Abrede stellte. Italiener schloß sich allen deutschen, österreichischen Ausführungen an.

Engländer erklärte sich auffallenderweise für russischen Vorschlag einer einzigen Provinz, was mit Bewilligung der beiden englischen Generalinspektoren nicht in Einklang zu bringen ist. England dürfte mit Widerstand gegen russisches Projekt so lange zurückhalten, als es dieser Notwendigkeit durch Haltung der Dreibundmächte enthoben ist.

Wangenheim

Nr. 15 352

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 267 London, den 8. Juli 1913

Hatte Sir E. Grey auftragsgemäß (Telegramm 362 *) auf Gefahr zu weitgehender Vorschläge für künftige Gestaltung Armeniens hingewiesen. Der Minister hat hierauf nach Petersburg Anregung übermittelt, 95er Botschaftervorschläge zur Grundlage Armeniens Neugestaltung zu nehmen, wobei auch türkische und russische Vorschläge Berücksichtigung finden sollten. Für übrige Türkei könnten türkische Vorschläge als Grundlage dienen. Ich habe gleichzeitig Inhalt Erlasse 1219 und 1222 ** verwertet, worauf der Minister mir sagte, er habe seither erneute Weisungen nach Konstantinopel gesandt.

Lichnowsky

Nr. 15 353

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 374 Therapia, den 8. Juli 1913

Antwort auf Telegramm Nr. 222 ***.

Schönbergs Antrag hat nur taktische Bedeutung. An seine Annahme ist nicht zu denken, da die Tripelentente das russische Projekt

* Vgl. Nr. 15 344, S. 87, Fußnote *.
** Erlasse Nr. 1219 und 1222 (4. Juli) hatten die beiden Konstantinopeler Telegramme Nr. 356 und 358 (siehe Nr. 15 346 nebst Fußnote †) nach London mitgeteilt.
*** Vgl. Nr. 15 351, Fußnote ***.

als ein ensemble à laisser ou à prendre behandelt. Fällt der russische Antrag, so wird Pforte Reformwerk auf Grund ihrer Zoneneinteilung weiterführen. Für die cilicische Zone hatte schon Mahmud Schewket auf englische Reformer verzichtet (vgl. Telegramm Nr. 275 und 286*); ich glaube erreichen zu können, daß dort und für Syrien ein türkischer Generalinspekteur bestellt wird. Dagegen würde es nicht unbedenklich sein, deutsche Reformer gerade für dieses Gebiet zu verlangen, da die äußerlichen Kennzeichen der deutschen Interessensphäre entsprechende Forderungen Frankreichs für Syrien, Rußlands für Armenien und Englands für Golfgebiet etc. zur Folge haben würden. Pforte würde sich einer solchen administrativen Verteilung des Landes an die Interessenten auf das äußerste widersetzen. Die Anzahl der deutschen Reformer einschließlich Offiziere innerhalb des ganzen Reformgebiets dürfte in jedem Falle größer werden als die der Reformer irgendeines anderen Landes.

Es ist unmöglich, gleichzeitig die Schaffung einer russischen Interessensphäre zu bekämpfen und diejenige einer deutschen vorzubereiten**.

Wangenheim

Nr. 15 354

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 266 Paris, den 10. Juli 1913

Höre streng vertraulich von meinem englischen Kollegen***, daß seine Regierung unter keinen Umständen für russisches Reformprojekt Armeniens zu haben sein werde. Sie habe dies auch in Petersburg und hier deutlich zu erkennen gegeben.

Herr Pichon hat gestern meinem österreichisch-ungarischen Kollegen erklärt, er sei entschieden gegen Aufrollung der kleinasiatischen Frage.

Schoen

---

* Siehe Nr. 15 306 und 15 311.
** Auf das obige Telegramm antwortete Staatssekretär von Jagow am 9. Juli (Nr. 225): „An deutsche Reformer ist unsererseits gar nicht gedacht. Mit Türken einverstanden.“
*** Sir F. L. Bertie.

Nr. 15 355

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 375 Konstantinopel, den 9. Juli 1913
[pr. 11. Juli]

Im Anschluß an Telegramm Nr. 369 *.

In heutiger Sitzung der Armenierkommission befürworteten Russen Ernennung eines Generalgouverneurs auf fünf Jahre durch Sultan mit Zustimmung der Mächte. Österreicher treten ein für Beibehaltung der Wali, Ernennung der fremden Generalinspektoren ohne Zustimmung der Mächte und Kontrolle durch die Mächte in verstärkterer Form, als Reformdekret 1895 vorsah. Souveränität des Sultans werde durch Verwirklichung des russischen Projekts geschmälert, was unzulässig. Schönberg schloß sich diesen Ausführungen an und hinwies darauf, daß russischer Vorschlag aus Armenien eine autonome Provinz machen wolle, was nach allen bisherigen Erfahrungen territorialen Status quo der Türkei gefährden müsse. Man dürfe nicht Einrichtung des Libanon auf 80 mal größeres Gebiet übertragen. Engländer und Franzosen erklärten russischen Vorschlag für einfacher und den lokalen Bedürfnissen entsprechend. Italiener traten deutsch-österreichischen Ausführungen bei.

Wangenheim

Nr. 15 356

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 376 Therapia, den 9. Juli 1913
[pr. 11. Juli]

Im Anschluß an Telegramm Nr. 374 **.

Im Laufe eines Gesprächs, welches ich heute mit Großwesir hatte, führte ich folgendes aus: Mir lägen Nachrichten vor, nach welchen Pforte sich wegen Überlassung von Zivilreformern nicht nur an England, sondern auch an andere Mächte, zum Beispiel Belgien, gewandt habe. Wir seien bisher offiziell nicht angegangen worden. Nun habe aber gerade die deutsche Arbeit die Türkei mit wichtigen Wirtschaftsadern

---

* Siehe Nr. 15 351.
** Siehe Nr. 15 353.

durchzogen. Das deutsche Volk werde es nicht verstehen, wenn unsere Tätigkeit ausschließlich unter nichtdeutsche fremde Kontrolle gestellt werde. Namentlich gelte dies für Cilicien, wo der Brennpunkt unserer Tätigkeit liege, in zweiter Linie auch für Gebiete, welche anderer Reformzone zugeteilt seien, zum Beispiel für Diarbekr und Aleppo. Said Halim erwiderte, er wisse, daß ich ähnliche Bedenken schon Mahmud Schewket gegenüber geltend gemacht habe. Er sei durchaus geneigt, unserem Standpunkt Rechnung zu tragen, und werde die Verteilung der fremden Reformer nur im Einverständnis mit mir vornehmen. Vorläufig werde er nur die verschiedenen Regierungen um Überlassung von Reformern bitten, ohne deren hiesige Verwendung zu präzisieren. Solche Verhandlungen nähmen erfahrungsgemäß längere Zeit in Anspruch. Die Verteilung könne erst nach Friedensschluß vorgenommen werden.

Wangenheim

Nr. 15 357

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 377 — Therapia, den 9. Juli 1913
[pr. 11. Juli]

Im Anschluß an Telegramm Nr. 374*.

Der französische Geschäftsträger** erzählte mir, nach einem Telegramm Cambons sei diesem von dem Kaiserlichen Unterstaatssekretär gesagt worden, das russische Projekt werfe die Frage auf, ob geteilt werden solle oder nicht[1]. Ich erwiderte, ich sei vollkommen der Ansicht Herrn Zimmermanns. Die Abtretung der russischen Zone werde die übrigen Mächte zwingen, gleiches Regime für ihre Interessensphäre zu verlangen. Im übrigen sei das Projekt Mandelstam bei der Türkei nur durch eine gemeinsame Zwangsaktion aller Mächte durchzusetzen. Es sei doch viel einfacher, auf dem weiterzubauen, was die Türkei freiwillig geben wolle. Ich sei überzeugt, daß gegenwärtig bei den türkischen Staatsleitern der aufrichtige Wille besteht, unter fremder Mitwirkung und selbst Kontrolle Reformen durchzuführen. Erweise sich das türkische Projekt als unzulänglich, so sei immer noch Zeit, zu schärferen Mitteln zu greifen. Das russische Projekt könne als épouvantail im Hintergrund bleiben. Kontrolle der Mächte sei mit

---

* Siehe Nr. 15 353.
** Botschaftsrat A. Boppe.

Hilfe der 1895 vorgesehenen Kommission oder noch besser dadurch zu bewerkstelligen, daß der Generalinspekteur über nicht zu beseitigende Mißstände an die Botschafterkonferenz berichtete, die sich dann wegen Remedur an die Pforte wenden würde. Letzteres sei auch die Ansicht Markgraf Pallavicinis. Herr Boppe schien persönlich meiner Auffassung zuzuneigen. Wenigstens sagte er mir, die Anregung der Teilung sei gefährlich und jedenfalls verfrüht. Ob ich nicht einmal mit Herrn von Giers sprechen wollte? Ich sagte, daß ich keinen Grund hätte, meine Ansicht vor dem russischen Botschafter geheimzuhalten, daß ich mir aber von einer Aussprache mit ihm wenig verspreche.

Wangenheim

Randbemerkung Zimmermanns:
[1] Neue Phantasien Herrn Cambons!

Nr. 15 358

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 383 Konstantinopel, den 12. Juli 1913

Im Anschluß an Telegramm Nr. 375 *.

In heutiger Sitzung der Armenierkommission erklärte Österreicher für den grundsätzlich auch von ihm bekämpften Fall der Einsetzung eines Generalgouverneurs der vereinigten armenischen Provinzen sich damit einverstanden, daß diesem das Recht der Ernennung und Absetzung der Beamten gegeben werde. Schönberg widersprach dem Ernennungsrecht, durch welches Souveränität des Sultans geschmälert würde.

Für Verwaltungsrat erhofft Russe gleiche Zahl der wählbaren Mitglieder für Christen und Mohammedaner. Schönberg befürwortet Proportionalität. Desgleichen für Provinzialversammlung. Österreicher nahm das russische Prinzip an und bekämpft nur technische Einzelheiten. Italiener trat Österreicher bei.

Haltung österreichischen Vertreters beruht, wie nachträglich festgestellt, auf Instruktion des Markgrafen Pallavicini, der russischen Entwurf nach Ablehnung des Hauptpunktes als gefallen ansieht und in Nebenfragen Entgegenkommen zeigen möchte. Diese Taktik scheint bedenklich, da Österreich später jetzige Erklärungen entgegengehalten werden können, und da Anschein von Meinungsverschiedenheiten zwischen Dreibundvertretern vermieden werden sollte. Ich werde da-

* Siehe Nr. 15 355.

her bei österreichischem und italienischem Kollegen eingehende Verständigung unserer drei Delegierten vor jeder Sitzung anregen*.

Wangenheim

Nr. 15 359

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Petersburg Grafen von Pourtalès***

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Grafen Botho von Wedel

Nr. 923 Berlin, den 14. Juli 1913
[abgegangen am 18. Juli]

Euerer Exzellenz beehre ich mich im Anschluß an den Erlaß vom 9. d. Mts. — Nr. 895*** — zur Regelung Ihrer Sprache nachstehende Gesichtspunkte hinsichtlich unserer Auffassung über die armenische Reformfrage mitzuteilen.

Die russische Initiative betreffend die armenischen Reformen haben wir schon deshalb freudig begrüßt, weil auch wir selbst von der Notwendigkeit überzeugt waren, daß zur Erzielung geordneter Verhältnisse in dem seit Jahrzehnten von Unruhen heimgesuchten Gebiete etwas geschehen mußte. Diese Initiative hat auch bereits das glückliche Ergebnis gehabt, der Türkei die Notwendigkeit von Reformen vor Augen zu rücken und sie zur Ausarbeitung eines eigenen Reformprojektes zu veranlassen.

Das russische (Mandelstamsche) Reformprojekt gibt uns indessen zu den ernstesten Bedenken Anlaß.

Die Zusammenfassung der sechs türkischen Wilajets zu einem einheitlichen Armenien, welches überdies nicht einmal alle Armenier einschließen würde, wäre der erste Schritt zur ethnologisch-geographischen Aufteilung der Türkei, denn es würde kaum ausbleiben, daß

---

* Das obige Telegramm wurde mittels Erlaß Nr. 1060 bzw. 961 nach Wien und Rom mitgeteilt. Daran schloß sich die Bemerkung: „Derartigen Meinungsverschiedenheiten zwischen den Dreibundvertretern in der Armenierkommission muß unter allen Umständen für die Zukunft vorgebeugt werden. Ich habe mich daher mit der Schlußanregung des Kaiserlichen Botschafters telegraphisch einverstanden erklärt. — Euere Exzellenz bitte ich, sich dort in gleichem Sinne auszusprechen und auf entsprechende Instruktionen nach Konstantinopel hinzuwirken."

** Der gleiche Erlaß ging mutatis mutandis an die Botschafter in London (Nr. 1308), Paris (Nr. 1233), Wien (Nr. 1067) und Rom (Nr. 968).

*** Durch Erlaß Nr. 895 vom 9. Juli war dem Grafen Pourtalès der große Bericht Freiherrn von Wangenheims vom 3. Juli über das Mandelstamsche und das türkische Reformprojekt (siehe Nr. 15 347) mit dem Bemerken mitgeteilt worden, daß das Auswärtige Amt mit den von Freiherrn von Wangenheim angedeuteten Richtlinien einverstanden sei.

auch die übrigen Volksteile Kleinasiens, Syriens, Arabiens dieselben Vorteile einer eigenen zentralen Verwaltung für sich anstreben würden, was ja auch den Absichten Herrn Sasonows zuwiderläuft. Aus dieser Erwägung heraus und unter dem Gesichtspunkte, daß man schließlich die Selbstbestimmung in Verwaltungsangelegenheiten der Regierung eines Landes selbst überlassen soll, erscheint zunächst eine Prüfung des türkischen Reformprojektes und seine tunlichste Berücksichtigung und Anwendung empfehlenswert. Wir sind der Ansicht, daß man erst beim Fehlschlagen der türkischen Aktion auf Abänderungen bezw. auf der Einführung von Reformen nach einem von den Mächten auszuarbeitenden Projekte bestehen sollte. Gegenwärtig würden wir der Türkei nur die Ergänzung ihres eigenen Projektes gemäß dem türkischen Dekrete von 1895 empfehlen können. Diese Ergänzung würde sich unseres Erachtens vor allem auf Schaffung einer zur Hälfte aus Türken, zur Hälfte aus Delegierten der Großmächte bestehenden und unter türkischem Vorsitz tagenden Kontrollkommission zu richten haben. Eine solche Kontrollkommission, bei welcher armenische Beschwerden und Wünsche zu prüfen und Informationen sowie Instruktionen für die Verwaltungsorgane auszuarbeiten wären, würde gleichzeitig der Türkei die erwünschte Unterstützung gewähren und den Mächten Gelegenheit bieten, sich von der Art der Durchführung der geplanten Reformen dauernd zu überzeugen. Ein derartig erweitertes türkisches Reformprojekt, welches wenn möglich noch durch Einführung der im türkischen Dekret von 1895 bereits vorgesehenen christlichen Gehilfen für die oberen Verwaltungsorgane zu ergänzen wäre, scheint uns in jeder Weise vor dem russischen Mandelstamschen Projekte den Vorzug zu verdienen.

Ich habe in obigem Sinne bereits mit dem Botschafter Swerwejew vor seiner Abreise nach Petersburg gesprochen und ihn gebeten, meine Bedenken gegen das russische Projekt Herrn Sasonow mitzuteilen*. Dabei habe ich betont, daß ich von der ehrlichen Absicht Herrn Sasonows, die Integrität der Türkei zu erhalten, fest überzeugt sei**, es mir aber zweifelhaft erschiene, ob das russische Projekt das geeignete Mittel hierzu darstelle.

Jagow

---

* Bei dieser Gelegenheit war der deutsche Standpunkt bezüglich des Mandelstamschen Projekts auch schriftlich durch ein Aide-mémoire zum Ausdruck gebracht worden. Siehe dasselbe in dem Russischen Orangebuch: Les Réformes en Arménie, p. 75 s.

** Ob wirklich auf Seiten der russischen Staatsmänner die ehrliche Absicht bestand, die Integrität der Türkei zu erhalten, wird doch zweifelhaft, wenn man das Geheimtelegramm Nr. 543 des russischen Botschafters in Konstantinopel Giers vom 11. Juli (Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 201 f.) liest: „Ich bin mit Benckendorff völlig gleicher

Nr. 15 360

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den italienischen Botschafter in Berlin Bollati

Eigenhändiges Konzept

Très confidentielle Berlin, le 16 juillet 1913

Sur votre désir je viens vous répéter ce que j'ai dit à Monsieur le Marquis di San Giuliano l'autre jour à Kiel par rapport à nos intérêts en Asie Mineure.

Les constructions des chemins de fer d'Anatolie et de Bagdad et les différents travaux qui s'y rattachent (mines, irrigations, constructions de ports etc.), poursuivis depuis des années par le capital allemand, représentent un ensemble de concessions et d'intérêts qui s'étendent sur une certaine partie de la Turquie asiatique et y forment une zone de travail allemande. Cette zone de travail va aussi jusqu'à la côte méridionale de l'Asie Mineure où se trouvent précisément plusieurs entreprises des plus importantes. Vers l'Est cette zone s'étend à peu près jusqu'à Akra ou même jusqu'à Ladikije, tandis que à l'Ouest elle va jusqu'à Alaja. De là sa limite monte vers le Nord-Ouest et suit la ligne du Taurus en comprenant le lac de Kirili (Lacus Carolis) qui doit fournir l'eau pour l'irrigation de la planie de Konia. Plus loin, à l'Est et au Nord, la limite ne saurait être tracée avec précision, des intérêts français et russes pas encore fixés se trouvant en cause.

En appuyant une fois de plus sur le caractère strictement confidentiel de cette communication, je vous prie, mon cher Ambassadeur, de me croire votre sincèrement dévoué

Jagow

Meinung, daß jetzt unser Verhältnis zu den kleinasiatischen Fragen mit England und Frankreich geklärt werden muß. Die Aufrechterhaltung der Integrität der Türkei in Asien liegt in unserer Hand, und wenn der gänzliche Zerfall des ottomanischen Reiches auch noch ferne ist, so kann er doch schnell eintreten, und dafür sind wir nicht vorbereitet. Zwar gehen die armenischen Reformen nicht darauf aus, den Verfall zu verhindern, aber sie sind praktisch nicht durchführbar, wenn sie nicht die Beteiligung Europas durch die Ernennung eines Generalgouverneurs und seine Kontrolle über die Durchführung der Reformen gewährleisten." Es zeigt sich hier der grundlegende Unterschied in der deutschen und in der russischen Haltung in der armenischen Frage: Deutschland sah in den armenischen Reformen ein Mittel, die Integrität der Türkei zu erhalten, Rußland ein Mittel, den Stein ins Rollen zu bringen, um den Zerfall des türkischen Reiches, wenn nicht herbeizuführen, so doch zu russischen Zwecken auszunützen.

Nr. 15361

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow

Privatbrief. Ausfertigung

Therapia, den 15. Juli 1913
[pr. 17. Juli]

Ihre freundlichen Zeilen vom 8. d. Mts.* erhöhen mein Bedauern, nicht zu einer Rücksprache nach Berlin haben kommen zu dürfen. Es ist kaum möglich, während eines längeren Zeitraums die verwickelten hiesigen Verhältnisse schriftlich oder telegraphisch in einer Weise zu behandeln, die jede Unklarheit und jedes Mißverständnis ausschließt. Vieles, was hier natürlich und selbstverständlich ist, erscheint am anderen Ende des Kabels oder der Postverbindung seltsam und unerklärlich. Leider werden ja immer noch Wochen, wenn nicht Monate vergehen, bevor ich an einen Urlaub denken kann.

Quoad Armenien waren wir Dreibundkollegen der Meinung gewesen, daß diejenigen Mächte, welche das russische Projekt annähmen, damit gleichzeitig ihren Entschluß, das Ende der Türkei herbeizuführen, bekunden würden, und daß, wenn England dem Projekte zustimmte, jeder Versuch der übrigen Mächte, den Zusammenbruch aufzuhalten, vergeblich sein würde. Nachdem England die zwei Generalinspekteure für den Osten und Norden zugesagt hatte, hegten wir die Hoffnung, daß die englische Botschaft das Projekt Mandelstam um so lebhafter bekämpfen würde, je größere Zurückhaltung wir selbst üben würden. Diese Voraussicht hat sich nicht erfüllt. Wie ich jetzt weiß, hatte Sir G. Lowther seiner Regierung schon vor Beginn der Beratungen telegraphiert, daß die Dreibundmächte Bedenken gegen den russischen Antrag äußern würden. Fitzmaurice dürfte danach in die Verhandlungen mit der Instruktion eingetreten sein, in allen von uns bekämpften Punkten für Rußland zu stimmen und damit die Verantwortung für das Scheitern des Projekts auf den Dreibund abzuwälzen. Vielleicht wäre es taktisch richtiger gewesen, England, Frankreich und Rußland, welche schon 1895 ohne uns den Reformplan ausgearbeitet hatten, zunächst à trois ein neues Projekt aufstellen zu lassen unter Vorbehalt unserer späteren Stellungnahme dazu. Dann hätte England wahrscheinlich Farbe bekennen müssen. Wie die Dinge sich entwickelt haben, konnte von einem Vorschieben Englands durch den Dreibund keine Rede sein. Da wir an den Verhandlungen teilnahmen, konnten wir nicht schweigen, sondern mußten unsere abweichenden Ansichten äußern, wodurch England entlastet wurde. Ob England nach dem Falle des Projekts Mandelstam aus seinem Fuchsbau herauskommen wird?

---

* Nicht bei den Akten. Vgl. Nr. 15333.

Wenn es sich dann wenigstens auf den Standpunkt stellen wollte, daß bei der Unmöglichkeit, den russischen Reformplan durchzusetzen, das nächst schlechtere Projekt zur Sanierung Armeniens, das heißt das türkische Programm durchgeführt werden müsse. Daß Sir E. Grey an so etwas denkt, ist vielleicht aus seinem Entgegenkommen in der Frage der Generalinspekteure zu entnehmen, die ja durch das Projekt Mandelstam in Wegfall kommen würden. Auf diesem Wege könnten wir England freudig folgen und selbst weites Entgegenkommen in betreff der Kontrolle beweisen. Vorläufig sehe ich allerdings noch nicht, wie England sich dann mit Rußland auseinandersetzen würde. Unter Rußland verstehe ich nicht Herrn Sasonow, der mir ein verständiger und extremen Wendungen abgeneigter Mann zu sein scheint. Rußland im Sinne der Orientfrage ist die hiesige russische Botschaft. Diese betrachtet sich von jeher als ein Institut zur Verwirklichung des letzten Willens Peters des Großen und arbeitet als solches fast ganz unabhängig von St. Petersburg. Die Traditionen sind auf der russischen Botschaft immer stärker gewesen als die Einflüsse des jeweilig leitenden Botschafters. Die Traditionen verkörpern sich in der großen Anzahl der seit vielen Jahren hier tätigen Botschaftsbeamten und in den weltlichen und kirchlichen Organen, die von der Botschaft hier und in der übrigen Türkei ressortieren. So vollzieht sich das hiesige amtliche Treiben Rußlands in einer Atmosphäre von religiösem und politischem Fanatismus, über welchem eine Wolke von Mystizismus und gelegentlich auch von Alkohol schwebt. Es hat noch keinen russischen Botschafter — Sinoview vielleicht ausgenommen — gegeben, der in diesem Milieu nicht bald selbst zu einem Fanatiker geworden wäre. Jeder Botschafter fühlt sich nach einiger Zeit als Testamentsvollstrecker und betrachtet seine Mission als ein heiliges Kommissorium, in welches er sich nicht hineinreden läßt. Er macht also eigene Politik, deren Endzweck selbstverständlich nur der Sturz der türkischen Herrschaft sein kann. Auch Herr von Giers hat diese Wandlung durchgemacht. In Bukarest soll er noch ganz vernünftig gewesen sein. Jetzt geriert er sich als Apostel und wirkt auf Nichtrussen ebenso komisch wie die Petersburger Lebemänner, die während der Osternacht in der Isaakkirche verzückte Grimassen schneiden. Trotzdem ist er in seinem Wirken äußerst ernst zu nehmen. Kurz nach der Zeichnung des Londoner Präliminarfriedens hat er Markgraf Pallavicini halb ernst halb scherzend gesagt, daß nunmehr für Rußland der Weg nach Konstantinopel geöffnet sei. Das Projekt Mandelstam ist das Produkt dieser Überzeugung. Nach dem Bilde, welches mir von Herrn Sasonow entworfen worden ist, bezweifle ich, daß er sich von der Tragweite der Giersschen Pläne Rechenschaft ablegt. Ist er aber wie die meisten russischen Staatsmänner empfindlich, so wird er die Ablehnung des Projekts Mandelstam persönlich übelnehmen und sich vielleicht mit demselben identifizieren. Dann würde Giers Oberwasser bekommen und wahr-

scheinlich Massakers provozieren. Alles kommt daher darauf an, daß Sasonow uns rechtzeitig die Hand zu einem Ausgleich — türkischer Reformplan und weitgehende europäische Kontrolle — bietet*.

Schönberg hat nicht die Ausdehnung der Reformen auf Cilicien beantragt. Unter den Delegierten der Dreibundmächte war verabredet worden, Herrn Mandelstam recht gründlich ins Verhör zu nehmen und ihn auch zu fragen, welche Gründe ihn bewogen hätten, gewisse von Armeniern bewohnte Gebiete, darunter auch solche, welche zu den sechs Wilajets gehören, von den Reformen auszuschließen. Tatsächlich hat sich Mandelstam eine armenische Zone für spezifisch russische Zwecke zurechtgeschnitten. Nur Frankreich ist noch durch Einbegreifen von Charput-Diarbekr mit Bezug auf seine Eisenbahnpläne bedacht. Da wir die Einheitsprovinz schon vorher bekämpft hatten, so konnte in der Konferenz niemand auf den Gedanken kommen, daß wir ein Großarmenien annehmen würden, wenn Cilicien dazu käme. Außerdem ist vor Beginn der Verhandlungen ausdrücklich festgestellt worden, daß die Dragomans nur unverbindliche Unterhaltungen zur gegenseitigen Aufklärung führen sollten. Falls es zur Durchführung der türkischen Zonenpolitik kommt, so würde unsere Interessensphäre auf vier Zonen verteilt werden. Ohne fremde Instrukteure können diese Zonen nicht bleiben. Ich werde später bemüht sein zu erreichen, daß unserer öffentlichen Meinung durch Berufung einiger Deutschen Rechnung getragen wird. Eventuell können wir nach Adana einen deutschen Offizier als Kommandanten der dortigen Truppen schicken. Bleibt die jetzige Regierung, so wird kaum etwas ohne uns oder gegen uns geschehen.

Es wäre nützlich, wenn General Liman möglichst bald, zunächst inkognito auf Urlaub, hierher käme**, damit er bei der Aufstellung der Reformpläne und seines Kontrakts mitwirken und sich außerdem orientieren könnte.

Wangenheim

---

* Auf den obigen Brief Freiherrn von Wangenheims antwortete Staatssekretär von Jagow in einem vom 28. Juli datierten Privatbriefe, in dem es in bezug auf das Mandelstamsche Projekt hieß: „Was das Mandelstamsche Projekt betrifft, so hoffe ich, daß es schließlich doch zu einer Einigung darüber zwischen den Mächten kommen wird. Jedenfalls muß es unser Bestreben sein, mit allen Mitteln auf einen Ausgleich hinzuarbeiten. Denn, kommt das Mandelstamsche Projekt durch den Widerstand zu Fall, den wir und unsere Bundesgenossen demselben entgegensetzen, so ist mit Bestimmtheit zu erwarten, daß Rußland und die ihm affiliierten Mächte bemüht sein werden, ihrerseits eine von uns ausgehende Aktion zu Fall zu bringen. In unserem Interesse liegt es daher, eine schroffe Stellungnahme gegen die russischen Vorschläge zu vermeiden und nur den Versuch zu machen, im Kompromißwege den allerbedenklichsten Punkten die Spitze abzubrechen."

** Vgl. dazu Kap. CCXC.

Nr. 15 362

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 222 Therapia, den 18. Juli 1913

Wiederholt habe ich bereits auf die Gefahr des russischen Reformprojekts hingewiesen, als es bei ausschließlicher Bevorzugung der sechs Wilajets leicht sowohl bei der Bevölkerung anderer türkischer Gebietsteile separatistische Tendenzen auslösen wie in diesen eine Einmischung anderer fremder Mächte begründen könne. Daß letzteres Ziel speziell Frankreich nicht fernliegt, scheint mir aus der Äußerung des Herrn Pichon gegenüber Freiherrn von Schoen hervorzugehen, wenn er meint, daß das Reformprojekt eine auch für die übrige Türkei maßgebende Grundlage bieten müsse.

Wangenheim

Nr. 15 363

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Wangenheim

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 247 Berlin, den 24. Juli 1913

Zu Euerer Exzellenz vertraulicher Information.

Nach Mitteilung des hiesigen englischen Geschäftsträgers* hat Sir E. Grey in Petersburg mitteilen lassen, daß Projekt der Mächte betreffend armenische Reformen von türkischer Regierung ohne Zwangsmaßregeln angenommen werden sollte, und daß wünschenswert sei,

---

* Die am 18. Juli überreichte Mitteilung des englischen Geschäftsträgers Lord Granville lautete:
„Sir Edward Grey has impressed upon M. Sazonoff that two conditions are essential to the success of reforms:
1) Unanimity amongst the Powers;
2) Acceptance of their scheme by the Ottoman Government without coercion.
Sir E. Grey has urged that both schemes of reform, namely that proposed by Russia for the Armenian Vilayets and the general scheme proposed by Turkey, should be discursed by the Ambassadors. It may be admitted, in Sir E. Grey's opinion, that the reforms cannot be perfectly uniform for all provinces and that the adoption of reforms in the Armenian provinces is the most urgent consideration.
Sir Edward Grey hopes, that the necessary agreement to enable the discussion to begin may be reached on these lines.“

russisches **und** türkisches Projekt zu prüfen. Nach Greys Ansicht sei zuzugeben, daß Reformen nicht in allen Provinzen ganz gleichartig sein könnten und für Armenien am dringendsten seien.

Wien und Rom sind betreffs Reformen sachlich mit uns einverstanden, doch wünschen beide, bei Beratung des Projekts russische Empfindlichkeit möglichst zu schonen. Dies erscheint auch uns angezeigt.

Jagow

Nr. 15 364

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 404 — Konstantinopel, den 23. Juli 1913
[pr. 24. Juli]

In heutiger Sitzung der Armenierkommission herrschte Einigkeit darüber, daß Kontrolle der armenischen Reformen nicht durch ständige Kommission, sondern auf diplomatischem Wege, wie in Bericht 217 * dargelegt, ausgeübt werden müsse. Damit war Diskussion des russischen Projekts beendigt.

Dreibunddelegierte gaben alsdann gemeinsam Erklärung ab, daß es ratsamer sei, den armenischen Reformen die türkischen Reformgesetze zugrunde zu legen, die in mehreren von ihnen fixierten Punkten zu ergänzen wären. Russe will hierauf in morgiger Sitzung antworten.

Erklärung der Dreibunddelegierten abgeht mit nächster Post Sonnabend **.

Wangenheim

Nr. 15 365

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 405 — Therapia, den 24. Juli 1913

Im Anschluß an Telegramm Nr. 404 ***.

In heutiger Sitzung der Armenierkommission erklärten Delegierte der Tripelentente als Antwort auf die gemeldete Erklärung

---

* Bericht Freiherrn von Wangenheims Nr. 217 vom 14. Juli — hier nicht abgedruckt — unterzog die administrativen Bestimmungen des Mandelstamschen Projekts einer sehr eingehenden Kritik.

** Vgl. Nr. 15 369.

*** Siehe Nr. 15 364.

der Dreibunddelegierten, sie hätten an ihren während der Besprechung des russischen Projekts gegebenen Darlegungen nichts zu ändern.

Damit sind Vorbesprechungen beendigt.

W a n g e n h e i m

Nr. 15 366

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 227 St. Petersburg, den 24. Juli 1913

Die mir mitgeteilten Gesichtspunkte betreffend die armenische Reformfrage* habe ich in meinen Gesprächen mit Herrn Sasonow verwertet und ihm die Bedenken Euerer Exzellenz gegen das Mandelstamsche Reformprojekt vorgehalten. Der Minister suchte diese Bedenken dadurch zu entkräften, daß, wie er behauptete, das gedachte russische Reformprojekt keine wesentlichen Neuerungen gegenüber denjenigen Reformen enthalte, denen die türkische Regierung im Jahre 1895 im Prinzip bereits zugestimmt habe. Es gehe dies aus einer Note hervor, welche die Türkei damals an die Botschafter gerichtet habe.

Gestern berührte Herr Sasonow mir gegenüber von neuem die Frage der armenischen Reformen und erzählte mir, daß vor kurzem wieder einflußreiche Armenier, darunter auch ein Dumaabgeordneter, bei ihm gewesen seien, um ihm die Unhaltbarkeit der Zustände in den armenischen Wilajets zu schildern und ihm mitzuteilen, daß man dort nur auf einen Wink der russischen Regierung warte, um den Aufstand ausbrechen zu lassen. Der Minister will sehr ernst geantwortet haben, die russische Regierung denke gar nicht daran, einen solchen Wink zu erteilen, er würde es vielmehr für ein Verbrechen halten, die Armenier von hier aus zu hetzen.

Herr Sasonow bemerkte hierzu, ich könne daraus ersehen, in welch schwieriger Lage sich die russische Regierung der Lage in Armenien gegenüber befinde, und wie sie schließlich den Dingen nur ihren Lauf zu lassen brauche, falls sie nach einem Vorwande suchen wollte, um in türkisches Gebiet einzurücken.

Es verdient hervorgehoben zu werden, daß Herr Sasonow diese Äußerungen in demselben Gespräch tat, in welchem er kurz vorher von den Pressionsmitteln gesprochen hatte, die Rußland sich eventuell genötigt sehen werde selbständig anzuwenden, um die Türkei in der Frage der Grenze in Thrazien zum Nachgeben zu veranlassen**.

F. P o u r t a l è s

---

* Vgl. Nr. 15 359.
** Vgl. darüber Bd. XXXV, Kap. CCLXXIV, Nr. 13 569.

Nr. 15 367

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Wangenheim

Telegramm

Konzept von der Hand des Dirigenten der Politischen Abteilung Wilhelm von Stumm

Nr. 249 Berlin, den 27. Juli 1913

Auf Bericht Nr. 217 vom 14. d. Mts.*

Die Bedenken Ew. pp. gegen die russischerseits vorgeschlagene Ausgestaltung der Stellung des Generalgouverneurs erscheinen zutreffend, solange man nur Armenien im Auge hat. Gebe aber zu bedenken, ob bei Ausdehnung des Reformwerks auf ganz Kleinasien, wie wir sie erstreben müssen, nicht auch in unserer Arbeitszone der deutsche Einfluß in einer mit starken Machtbefugnissen ausgestatteten Zentralstelle wirksamer zum Ausdruck kommen würde als in einer größeren Zahl von untergeordneten Stellungen. Die Institution der Generalinspektoren, wie sie der türkische Entwurf vorsieht, dürfte hierfür kaum ausreichenden Ersatz bieten**.

Die Anwendung des Proportionalitätsprinzips bei Besetzung der Verwaltungsräte und Provinzialversammlungen erscheint mir mangels einer anerkannten Statistik und bei der Fluktuation des christlichen

---

* Vgl. Nr. 15 364, Fußnote *.

** Ausführlicher verbreitete sich Staatssekretär von Jagow über diesen Punkt noch in seinem Privatbriefe an Freiherrn von Wangenheim vom 28. Juli (vgl. Nr. 15 361, S. 109, Fußnote *). Es heißt da: „Die Frage der armenischen Reformen ist natürlich sehr schwer von hier aus zu beurteilen. Was den ‚Generalinspekteur oder -gouverneur' betrifft, so ist die Errichtung einer solchen Behörde — solange es sich nur um Armenien handelt — natürlich von mehr wie zweifelhaftem Werte, da die Sonderstellung Armeniens, gewissermaßen seine Loslösung vom Ganzen, dadurch schärfer akzentuiert würde. Will man aber mit den armenischen Reformen ein Schema auch für die anderen Teile der asiatischen Türkei finden, so frage ich mich doch, ob eine derartige Institution für die Zukunft nicht auch in unserem Interesse liegen kann. Kommt es zur Liquidation des türkischen Reiches, sei es aus innerem Zerfall oder infolge äußeren Anstoßes, so würde es gewiß wichtig für uns sein, in unseren Interessengebieten Organe zu finden, unter denen diese Teile ohne die Konstantinopeler Zentralgewalt fortbestehen könnten. Wir wären schwerlich imstande, große Gebiete einfach zu annektieren und sie mit preußischen Landräten und anderen Administrativorganen zu überschwemmen. Die Franzosen haben in Algier ein Haar darin gefunden und daher in Tunis den Bey und die lokale eingeborene Administration fortbestehen lassen; das ist praktischer und billiger. Das Ideal ist jedenfalls Ägypten mit dem Khedive. Bilden sich nun in den einzelnen Teilen der Türkei Behörden aus, die gewissermaßen als Vizekönige oder Generalgouverneure funktionieren, so wäre die Etablierung eines P r o t e k t o r a t e s, unter dem diese Vizefürsten weiterbestehen könnten, jedenfalls leichter. Es ist das ein Gedanke, den ich zur Erwägung gebe."

und mohammedanischen Elements sehr bedenklich und droht Quelle dauernder Reibungen zu werden. Fester Schlüssel, eventuell im Verhältnis 3:2, für Mohammedaner und Christen, empfehlenswerter.

Ausführungen Ew. pp. in Bericht Nr. 208* und 217** über Kontrollkommission widersprechen sich. Generell glaube ich, daß baldiges Zustandekommen eines Reformprojekts wünschenswert ist, um Rußland jeden Vorwand zum Eingreifen in Armenien zu nehmen.

Jagow

Nr. 15 368

*Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow****

Privatbrief. Ausfertigung

Therapia, den 22. Juli 1913
[pr. 29. Juli]

Zwischen unserer türkischen Politik und derjenigen der hiesigen russischen Botschaft gibt es keine Brücke. Der Gegensatz existiert, seitdem wir angefangen haben, uns eine „Arbeitszone“ in Kleinasien zu begründen. Er war schon unter Marschall so prononciert, daß kaum ein gesellschaftlicher Verkehr zwischen den beiden Botschaften möglich war. Bei Übernahme des Postens riet mir Marschall, meine Beziehungen zu Giers auf das äußerst Notwendige zu beschränken. Ich habe diesen Rat nicht befolgt, sondern versucht, mich wenigstens sozial Herrn von Giers zu nähern. Dieser wollte daraus sofort eine politische Annäherung machen mit dem erkennbaren Zwecke, mich von Pallavicini zu trennen. Der Balkankrieg hat dann einen Graben

---

* Siehe Nr. 15 347.

** Vgl. Nr. 15 364, Fußnote *.

*** Der obige Brief Freiherrn von Wangenheims war die Antwort auf einen Jagowschen Brief vom 14. Juli, der zur Kenntnis des Botschafters brachte, daß Sasonow sich gegenüber Graf Pourtalès bitter über seine, Wangenheims, „Russophobie“ beklagt und gebeten habe, diese Klage an den Staatssekretär gelangen zu lassen. Es hieß in dem Jagowschen Briefe: „Sasonow klagt darüber, daß Sie Ihrer Russophobie ganz offen in türkischen und diplomatischen Kreisen Ausdruck gäben. Wenn wir uns im Kriegszustande befänden, könnte ein deutscher Botschafter sich über Rußland kaum anders aussprechen. Da die russisch-deutschen Beziehungen jetzt gute seien, besser als seit langen Jahren, so könne man nicht umhin eine derartige Haltung befremdlich zu finden. In der armenischen Frage behaupteten Sie fortgesetzt, daß Rußland nur einen Vorwand suche, um die armenischen Wilajets zu annektieren, und warnten die Türkei fortgesetzt vor den russischen Plänen. Ich halte es für richtig, diese Äußerungen Sasonows, die Pourtalès mir in einem Privatbrief mitteilt, zu Ihrer vertraulichen Kenntnis zu bringen, da es für Sie wertvoll sein muß zu wissen, wie man Ihre Haltung beobachtet und beurteilt.“ Am Schlusse dieses Briefes sprach Jagow seine eigene Auffassung dahin aus: „Ich bin mit Pourtalès der Ansicht, daß Sasonow selbst und die offizielle russische Leitung bona

zwischen Giers und mir gezogen, der durch die Armenierfrage noch verbreitert worden ist. Giers schreibt sich ein Verdienst an der Begründung des Balkanbundes zu und an dem Zusammenbruch der europäischen Türkei. Jetzt benützt er die Armenierfrage, um den Untergang auch der kleinasiatischen Türkei vorzubereiten. Da wir letztere erhalten wollen, besteht zwischen mir und der russischen Botschaft ein Kriegszustand. Unterstützt von Bompard bemüht sich Giers, mir die Erfüllung meiner Aufgaben zu erschweren. Dafür bekämpfe ich ihn jetzt in der Armenierfrage. Die Türken wissen, daß ich in dieser Sache auf ihrer Seite stehe; daß sie dies bisweilen dem Russen gegenüber verwerten, ist selbstverständlich und unvermeidbar. Meine Dreibundkollegen suche ich fest an der Strippe zu halten. Die Italiener unterhalten hier immer einen geheimen Flirt mit den Russen. Ich bezweifle nicht, daß sie ihre Stellung zum Projekt Mandelstam mit dem Hinweis auf den deutschen „auch Italien verpflichtenden" Widerstand zu entschuldigen versuchen. Den direkten Anlaß zur Giersschen Beschwerde scheint mir aber die Haltung der Armenier selbst gegeben zu haben. In den letzten Wochen erhielt ich wiederholt Besuche von Führern der armenischen Bewegung, die mich dazu bewegen wollten, für das Mandelstamsche Projekt zu stimmen. Von einigen dieser Herren weiß ich sicher, daß sie vom russischen Botschafter zu mir geschickt waren. Ich habe die Abgesandten nicht darüber im Zweifel gelassen, daß ich das russische Projekt als eine Gefahr für die Türkei und deshalb als unannehmbar für eine an dem Fortbestande der Türkei interessierte Macht ansehe. Ich habe den Armeniern ferner gesagt, sie handelten töricht, wenn sie sich für eine wahrscheinlich unrealisierbare lex ferenda einsetzten, anstatt darauf zu

---

fide sind, wenn sie die Integrität der Türkei fürs erste erhalten zu wollen erklären." Ähnlich äußerte sich Jagow in einem Briefe vom 24. Juli an den preußischen Gesandten in Karlsruhe von Eisendecher, der angefragt hatte, ob ihm für seinen bevorstehenden Aufenthalt bei den Cowes-Regatten, wo er mit dem englischen König und englischen Staatsmännern zusammentreffe, irgendwelche Winke gegeben werden könnten: „Ich halte es für nützlich, wenn Euere Exzellenz dem König oder den englischen Politikern, denen Sie dort begegnen mögen, es aussprechen, mit welcher Befriedigung wir das vertrauensvolle Zusammenarbeiten mit der englischen Regierung in allen den äußeren Orient bezüglichen Fragen empfinden. Als allgemeine Richtlinien unserer Politik könnten Sie dabei auf die Notwendigkeit der Erhaltung der asiatischen Türkei in ihrem jetzigen Bestande hinweisen, ein Ziel, das auch Sir E. Grey wiederholt und bestimmt als die Grundlage der englischen Politik bezeichnet hat. Daß dem amtlichen Rußland zurzeit der Gedanke fernliegt, etwa durch vorzeitiges Aufrollen der armenischen Frage auch die Integrität des der Türkei in Asien verbleibenden Besitzstandes in Frage zu stellen, davon sind wir überzeugt. Es ist aber genugsam bekannt, wie leicht inoffizielle, chauvinistische Strömungen in Rußland die Oberhand gewinnen und dann die amtlichen Kreise mit fortreißen. Für diesen Fall auf England zählen zu können und sicher sein zu dürfen, daß es in einer solchen Eventualität mäßigend auf den Ententefreund wirken würde, würde uns von großem Werte sein."

dringen, daß die lex lata, das heißt die türkischen Reformen unter der Kontrolle der Mächte, so rasch wie möglich verwirklicht würde. Ein Sperling in der Hand sei besser als eine Taube auf dem Dache. Genau ebenso sind die Armenier von Pallavicini beschieden worden. Die Folge ist, daß jetzt im Lager der Armenier Zweifel entstanden sind, ob man durch Rußland in der Sache richtig geführt werde. Alles dies ist Herrn von Giers bekannt geworden. Er sieht seine Politik bedroht. Anstatt sich aber zu nähern, beschwert er sich bei seinem großen Bruder darüber, daß er Schläge bekommen hat. Ich hätte im vergangenen Jahre wiederholt Gelegenheit gehabt, die Haltung meines russischen Kollegen zu beanstanden. Zum Romanowfest* waren nur der englische und der französische Botschafter, nicht aber der Vertreter des verwandten deutschen Kaiserhauses eingeladen. Beim Regierungsjubiläum** haben alle Botschafter mir gratuliert mit Ausnahme des französischen und des russischen. Es widerspricht meinem Naturell, mich über derartige Dinge zu beschweren. Aber Herrn Sasonow könnte vielleicht mit Bezug auf Herrn von Giers doch gesagt werden, daß, wer im Glashaus sitzt, nicht mit Steinen zu werfen braucht. Im übrigen bin ich durchaus kein prinzipieller Russophobe. Daß wir gute Beziehungen zu Rußland und namentlich die dynastischen Beziehungen pflegen, halte ich für durchaus nützlich, wie ich es für wenig erwünscht ansehe, daß bei uns der germanisch-slawische Gegensatz publizistisch breitgetreten wird. Allerdings bin ich kein Anhänger einer intimeren Bindung an Rußland, weil dort der bündnisfähige Faktor fehlt, solange die Geschicke Rußlands weniger durch den Zaren und die Regierung als durch unberechenbare Volksströmungen bestimmt werden. Hier in der Türkei aber ist es ausgeschlossen, sich mit Rußland über andere als nebensächliche Fragen dauernd zu verständigen. Denn, wie ich Ihnen schon einmal schrieb, liegt die Leitung der russischen Orientpolitik in den Händen hiesiger Fanatiker, zwischen deren Zielen und den unsrigen sich eine Diagonale nicht finden läßt. Solang ich hier mit Giers um das Schicksal der Türkei mich raufen muß, werde ich meinem Kollegen immer ein Dorn im Auge sein. Nach dem Kriege, und wenn die Armeniersache gesettelt ist, werden die Gegensätze wieder unter der Oberfläche verschwinden. Vorläufig bitte ich um eine kleine Kriegszulage an Vertrauen und Geduld.

Quoad Armenier, werden wir demnächst vor die Frage gestellt werden, was geschehen soll, wenn das Projekt Mandelstam fällt, und falls Rußland dann boudiert. Pallavicini und ich sind der Meinung (Garroni*** wird uns ohne weiteres folgen), daß dann unsererseits etwas

* Am 5. März 1913 war das 300jährige Regierungsjubiläum der Romanows feierlich begangen worden.
** Gemeint ist das fünfundzwanzigjährige Regierungsjubiläum Kaiser Wilhelms II. (15. Juni 1913).
*** Marquis Garroni, italienischer Botschafter in Konstantinopel.

geschehen muß, damit keine Massakers stattfinden, und damit wir nicht die Verantwortung für das Scheitern der Reformen den Armeniern gegenüber zu tragen haben. Halten Sie es für opportun, daß dann der Dreibund die Sache in die Hand nimmt und dafür eintritt, daß die Pforte zur Durchführung der Reformen angehalten wird, und daß der Türkei die unerläßliche Unterstützung durch fremde Instrukteure gewährt wird? England könnte sich der Anregung wohl anschließen, nachdem es bisher so bundestreu für Mandelstam eingetreten ist. Die Aussicht, daß der Dreibund die Reformer stellen könnte, würde die Entente vielleicht dazu bringen, sich auf den Boden des türkischen Projekts zu stellen.

Wangenheim

Nr. 15 369

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 228 — Therapia, den 24. Juli 1913
[pr. 29. Juli]

Im Anschluß an meine anderweitige Meldung* beehre ich mich Euerer Exzellenz in der Anlage Abschrift der Erklärung** vorzulegen, welche die Delegierten der Dreibundbotschaften in der Sitzung vom 23. d. Mts. betreffend die armenischen Reformprojekte abgegeben haben.

Wangenheim

Anlage

Maintenant notre point de vue qu'il serait plus opportun de baser les réformes à introduire dans les Vilayets habités par les Arméniens sur les lois ottomanes existantes ainsi que sur les Instructions pour les Inspecteurs Généraux et la Circulaire de la Sublime Porte aux Ambassadeurs ottomans communiquées aux Ambassades par la Note du 1er juillet ct. nous estimons qu'il serait nécessaire de demander au Gouvernement Impérial de compléter les lois et règlements en vigueur par certaines dispositions supplémentaires.

Nous sommes d'avis qu'il faudrait demander à la Sublime Porte:

I. d'acquiescer à l'établissement d'un contrôle européen pour la stricte et juste application des lois et règlements existants et à introduire sur la proposition des Inspecteurs Généraux. Le contrôle aura de même

* Siehe Nr. 15 364.
** Siehe Anlage.

pour but de veiller à ce que suite soit donnée aux propositions des Inspecteurs Généraux. Quant à la forme du contrôle, nous nous référons à ce que nous avons eu l'occasion d'exposer lors de la discussion de l'article XXII de l'avant-projet russe*.

II. a) d'admettre les conseillers techniques assistants des chefs des départements du Vilayet au sein du Conseil administratif du Vilayet.

b) d'assurer, dans les Vilayets où les non-musulmans sont en nombre, à ceux-ci une représentation, parmi les membres électifs du Conseil administratif, correspondant à leur proportion dans la population du Vilayet.

III. a) d'assurer, dans tous les Vilayets où les non-musulmans se trouvent en nombre, à ces derniers dans les Conseils Généraux la représentation à laquelle ils peuvent prétendre.

Quant à la répartition des sièges entre les différentes populations, nous nous reportons aux déclarations faites lors de la discussion de l'article V de l'avant-projet russe.

b) d'obliger les Valis de convoquer le Conseil Général en session extraordinaire à la demande de deux tiers des membres.

c) de fixer la compétence législative et budgétaire du Conseil Général conformément aux articles 82—93 du projet élaboré en 1880 par la Commission Européenne.

IV. a) d'assurer, dans les Sandjacs et Kazas où les non-musulmans sont en nombre, à ceux-ci une représentation parmi les membres électifs du Conseil administratif, correspondant à leur proportion dans la population du Sandjac et Kaza respectivement.

b) de fixer la compétence des Conseils administratifs des Sandjacs et Kazas conformément aux articles 115, 116, 139 et 140 du projet élaboré en 1880 par la Commission Européenne.

V. a) de créer dans les Vilayets où les Arméniens habitent en masses compactes un corps de police et un corps de gendarmerie. Ces corps seront recrutés parmi les habitants musulmans et non-musulmans en tenant compte du principe de la proportionalité.

b) d'engager des spécialistes étrangers pour l'organisation de la police et de la gendarmerie.

VI. de licencier les régiments de la cavallerie légère kurde.

VII. a) d'adopter, dans les provinces où les Arméniens habitent en masses compactes, le système de la proportionalité dans les cadres des fonctionnaires et des juges.

b) de nommer des valis, mutessarifs et caïmacams appartenant à la religion de la majorité de la population des Vilayets, Sandjacs, Kazas respectivement, ainsi que de leur adjoindre des muavins appartenant à l'autre religion.

* Es ist dies das Mandelstamsche Reformprojekt.

Nous recommandons en outre de proposer à la Sublime Porte l'acceptation intégrale des dispositions contenues dans les articles XIV, XV, § 1, 2, 3, et 5 de l'article XVI et article XVIII de l'avant-projet russe.

En outre, il conviendrait à notre avis, de recommander à la Sublime Porte de donner une solution urgente à la question agraire dans les Vilayets de l'Anatolie Orientale.

Nr. 15 370

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 423 Therapia, den 30. Juli 1913

Unter Bezug auf Telegramme Nr. 247* und 249**.

Italienischer Botschafter mitteilte mir vertraulich Telegramm seiner Regierung vom 9. d. Mts., wonach Herr Pichon dem italienischen Botschafter in Paris gesagt hat, er halte das Projekt Mandelstam für unannehmbar. Herr Pichon habe sich ungefähr ebenso ausgesprochen wie Herr von Flotow und hinzugefügt, daß seine Ansicht auch von Sir E. Grey geteilt werde.

Hiesiger englischer Geschäftsträger sagte mir dagegen, er stehe vollkommen auf dem Standpunkt des russischen Vorschlags. Eine Beruhigung Armeniens sei die sicherste Gewähr gegen russische Eroberungsgelüste. Auch ein russischer Oberkommissar, der die nötige Qualifikation besitze, sei durchaus annehmbar. Herr Marling steht selbst nach Ansicht seiner eigenen Kolonie vollkommen unter dem Einfluß Fitzmaurices, dem es vor allem darauf ankommt, die jetzige Regierung mit Hilfe der armenischen Schwierigkeiten zu stürzen und durch eine Kiamil Paschasche zu ersetzen.

W a n g e n h e i m

Nr. 15 371

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 425 Konstantinopel, den 31. Juli 1913

Aus dem Telegramm Nr. 249*** ersehe ich, daß Euere Exzellenz eventuell geneigt wären, einen mit weitgehenden Machtbefugnissen

* Siehe Nr. 15 363.
** Siehe Nr. 15 367.
*** Siehe Nr. 15 367.

ausgestatteten Oberkommissar für Armenien unter der Voraussetzung zuzulassen, daß für unsere Arbeitszone ein deutschen Einflüssen . . .* Oberkommissar mit analogen Befugnissen ernannt wird. Hierzu wäre zunächst erforderlich, daß das auf fünf Zonen verteilte deutsche Arbeitsgebiet zu einer Provinz vereinigt würde. Dem würde sich die Pforte auf das äußerste widersetzen. Denn durch die türkische Zoneneinteilung soll gerade der Bildung von Interessensphären vorgebeugt werden. Auch liegt es in der Absicht der türkischen Regierung, in den einzelnen Zonen den Einfluß derjenigen Nationen möglichst auszuschalten, welche in diesen Gebieten besondere Interessen haben. Der türkische Widerstand würde nur mit demselben Mittel zu überwinden sein, welches zur Durchsetzung des Projekts Mandelstam angewendet werden muß, nämlich mittels einer Kollektiv-, wahrscheinlich sogar einer Zwangsaktion sämtlicher Mächte. Wir müßten also zunächst von den Ententemächten als Kompensation für unser Eintreten für das Projekt Mandelstam die Zusage extrahieren, ihrerseits für die Schaffung einer deutschen Zone sich einsetzen zu wollen. Mit dem Verlangen nach einer Interessensphäre würden wir uns aber denjenigen Mächten anschließen, welche zielbewußt auf die Aufteilung hinarbeiten. Die Zerlegung der Türkei in Interessensphären bedeutet den vorletzten Akt der Tragödie. Nun bin ich zwar der Meinung, daß die Türkei sich nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen halten lassen wird, und daß selbst diejenigen Mächte, welche die Türkei konservieren wollen, durch ihre Bemühungen, Rußland an das europäische Konzert zu fesseln, gezwungen sind, die zersetzende russische Orientpolitik teilweise mitzumachen wie England oder ihr wenigstens nur vorsichtig entgegenzutreten wie Deutschland. Ob aber gerade für uns der Zeitpunkt gekommen ist, die Situation mit Bezug auf die Zukunft der Türkei durch die Anregung von Interessensphären zu klären, möchte ich bezweifeln. Der Entschluß dazu würde einen entscheidenden Wendepunkt in unserer türkischen Politik bedeuten. Letztere war bisher auf die Erhaltung und Konsolidierung der asiatischen Türkei gerichtet und verfolgte dieses Ziel, indem sie für die Autorität der türkischen Regierung eintrat und Zwangsmaßregeln der europäischen Mächte tunlichst verhinderte. Lediglich auf diesem Zusammengehen mit der Türkei beruhte der deutsche Einfluß in Konstantinopel. Dieser Politik verdanken wir unsere politischen Erfolge. Ich bin dementsprechend auch in der Armenierfrage davon ausgegangen, daß ein Zwang der Pforte zu vermeiden und daß auf dem von der Pforte daselbst vorgelegten Reformprogramm weiterzubauen sei. Eine entgegengesetzte Politik birgt die Gefahr, daß wir von unseren Gegnern als die Aufteilungslustigen hingestellt werden, und daß unser Kredit bei der Türkei damit vorzeitig völlig untergraben wird. Es kommt hinzu, daß Österreich

* Zifferngruppe fehlt.

und Italien sich gegen eine Aufteilungspolitik, bei der sie zu kurz kommen müßten, lebhaft sträuben, und daß wir uns daher in dieser Frage von den anderen Mitgliedern des Dreibundes trennen müßten. Trotz der Haltung der hiesigen englischen Botschaft nehme ich nach den Äußerungen Sir E. Greys an, daß auch England im Grunde die Erhaltung der Türkei will. Wir würden daher durch Propagierung von Interessensphären nur russische Politik machen und uns zu den letzten Absichten der englischen Politik in Widerspruch setzen.

Aus allen diesen Erwägungen komme ich zu dem Schluß, daß wir unseren Widerstand gegen die gefährlichen Punkte des Projekts nicht aufgeben dürfen, dagegen aber mit Nachdruck für die Durchführung des türkischen Reformprogramms eintreten müssen, wobei wir Rußland dadurch entgegenkommen können, daß wir uns für eine möglichst unabhängige und starke Stellung der Generalinspekteure und eine Kontrolle der Reformen durch die Botschaften einsetzen. Auf diesem Wege können wir zu einer Verständigung mit der Pforte gelangen, während der andere Weg ins Ungewisse führt. Eine einseitige Unterstützung des russischen Programms scheint mir schon durch Rücksicht auf unsere öffentliche Meinung ausgeschlossen.

Die Gefahr, daß Rußland eines Tages in Armenien einrückt, besteht ganz unabhängig von der Armenierfrage, die doch nur als Vorwand dient. Wird Rußland den Mut haben, sich von dem europäischen Konzert zu trennen und damit die Gefahr eines europäischen Konflikts heraufzubeschwören? Ohne England wird Rußland den Schritt kaum wagen, und wenn England den Untergang der Türkei will, so können wir sie allein nicht retten. Nach meiner unmaßgeblichen Meinung gibt es für uns nur ein sicheres Mittel, die Türkei vorläufig zu retten, die offene Erklärung, daß wir uns bei der Teilung nicht ausschließen lassen. Letzteres war auch die Meinung Mahmud Schewkets.

Wangenheim

Nr. 15 372

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 239 Therapia, den 1. August 1913

Der Kaiserliche Botschafter in Petersburg hat unter dem 10. Juli über eine Unterredung berichtet*, die er mit Herrn Sasonow über die

* Vgl. Nr. 15 349, S. 97, Fußnote *. Der fragliche Bericht Graf Pourtalès' war durch Zirkularerlaß vom 15. Juli den Botschaften in Konstantinopel, London, Paris, Wien und Rom mitgeteilt worden.

armenische Frage gepflogen, und in welcher sich der russische Minister des Auswärtigen energisch dagegen verwahrt hat, daß die russische Politik irgendwelche Sonderbestrebungen in Armenien verfolge oder gar auf die Aufteilung der Türkei hinarbeite. Lediglich das Ziel, in dem benachbarten Armenien geordnete Verhältnisse einziehen zu sehen, bestimme die russische Regierung, die Frage der armenischen Reformen als dringlich zu betreiben.

Es liegt mir fern, die subjektive Aufrichtigkeit in den Erklärungen des Herrn Sasonow irgendwie anzuzweifeln. Herr Sasonow hat sich bisher als ein zuverlässiger und gewissen populären russischen Strömungen gegenüber bemerkenswert unabhängiger Staatsmann erwiesen. Ich glaube daher gern, daß ihm persönlich der Gedanke einer russischen Expansion in Armenien gegenwärtig fernliegt.

Aber ein anderes ist die Ansicht eines Ministers, der vielleicht bald von seinem Posten zurücktritt, ein anderes die säkulare Tradition der russischen Politik. Man hört oft von intelligenten Russen darüber klagen, daß Rußland durch die Nachbarschaft unzivilisierter Länder zu immer weiterer Ausbreitung genötigt und damit von seinen inneren Angelegenheiten abgelenkt werde. In Wahrheit liegt diese Ausbreitungstendenz tief im Wesen der noch halb theokratischen russischen Staatsidee, und der Russe müßte erst wirklich Europäer werden, das heißt seine alten Ideale aufgeben, damit eine europäisch nüchterne Politik auf die Dauer möglich würde.

So liegt auch die Sache mit Armenien und dem Bestand der Türkei. Es ist ja ohne weiteres zuzugeben, daß irgendein greifbares realpolitisches Interesse Rußland weder zum Erwerb von Armenien noch zur Zertrümmerung der Türkei treibt. Rußland ist schon heute eine sich selbst genügende Welt, die nur kulturell entwickelt zu werden brauchte, um zu einem Machtfaktor von erdrückender Größe anzuwachsen. Trotzdem wird sich keine russische Politik auf die Dauer von jenen halb religiös empfundenen Zielen lossagen können, welche man gemeinhin als das Testament Peters des Großen bezeichnet. Auch wenn einzelne Minister sich gegen diese Richtung sträuben, so lebt sie doch in der russischen öffentlichen Meinung, in Diplomaten, Konsuln, Militärs, Agenten aller Art fort, und selbst ein willensstarker Kaiser könnte ihr auf die Dauer nicht widerstehen.

Die Verhältnisse liegen heute in Armenien nicht schlechter als früher. Irgendein besonders dringlicher Anlaß, die armenische Frage jetzt anzuschneiden, ist nicht vorhanden. Lediglich der Wunsch Rußlands, aus der Schwäche der Türkei und der europäischen Konstellation zwecks Erweiterung seiner Einflußsphäre Vorteil zu ziehen, ist dafür maßgebend gewesen. Rußland will die Autonomie Armeniens, die Reformen sind der russischen Politik an sich gleichgültig. Die Autonomie Armeniens ist gedacht als ein Schritt auf dem Wege nach Konstantinopel.

Auch mein russischer Kollege beteuert mir immer wieder, daß Rußland selbstsüchtige Absichten in Armenien nicht verfolge. Als wir aber neulich einmal vor meinem Hause stehend auf den Bosporus blickten, sagte Herr von Giers zu mir: „Dies alles muß einmal unser werden.“ Es ist klar, daß, wer dies Ziel will, auch die Mittel dazu wollen muß. Ohne die Herrschaft über die Südküste des Schwarzen Meeres wäre auch der Besitz Konstantinopels für Rußland wertlos.

Ebensowenig wie die katholische Kirche ihren Weltherrschaftsanspruch oder Frankreich den Wunsch nach Wiedererlangung Elsaß-Lothringens aufgeben kann, wird auch die russische Politik von ihrem Traum loskommen, das Kreuz auf der Hagia Sofia neu zu errichten. Nüchterne russische Staatsmänner, welche sich von diesem Ziele abwenden, mögen das Tempo dieser Politik verlangsamen; die Richtung wird immer dieselbe bleiben, solange der Halbmond noch in Konstantinopel herrscht.

Wangenheim

Nr. 15 373

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 216 St. Petersburg, den 5. August 1913

Sasonow sagte mir heute, der russische Vorschlag, aus den sechs armenischen Wilajets eine administrative Einheit zu machen, greife auf eine von der Türkei selbst im Jahre 1895 gemachte Anregung zurück. Türkei könne daher gegen diesen Vorschlag nicht gut Einwendungen erheben. Da indessen Vereinigung der sechs Wilajets zu einem administrativen Ganzen bei uns auf Bedenken stoße, würde er auch nichts dagegen haben, wenn aus diesem Wilajet zwei Einheiten unter je einem christlichen vom Sultan mit Zustimmung der Mächte zu ernennenden Gouverneur gebildet würden. Minister würde es für das beste halten, daß Gouverneure nicht türkische Untertanen wären, da gegen Griechen, die voraussichtlich dann in Frage kämen, bei Armeniern Vorurteile beständen. Sasonow würde großen Wert darauf legen, daß Besprechungen unter Botschaftern in Konstantinopel über armenische Frage möglichst bald wieder aufgenommen würden. Er bemerkte dabei, daß unser Gegenvorschlag* mehrere Punkte enthalte, die ihm durchaus annehmbar erschienen.

Pourtalès

* Vgl. Nr. 15 369, Anlage.

Nr. 15 374

Aide-mémoire

Reinschrift
Von der österreich-ungarischen Botschaft in Berlin dem Auswärtigen Amt übersandt

Berlin, am 9. August 1913

Marquis di San Giuliano hat dem Wiener Kabinett den Vorschlag gemacht, vorläufig bloß die Durchführung der nachbenannten Punkte des von den Delegierten Österreich-Ungarns und Deutschlands in der armenischen Reformkommission vorgebrachten Resumés* zu versuchen:

1) Zustimmung der Pforte zur europäischen Kontrolle (Punkt 1 des Resumés),
2) Kreierung von Polizei und Gendarmerie in den armenischen Wilajets unter Heranziehung fremder Elemente (Punkt 5 des Resumés) und
3) Entlassung der Hamidjé-Regimenter (Punkt 6 des Resumés).

Nr. 15 375

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 241 — Therapia, den 4. August 1913
[pr. 10. August]

In dem der Kaiserlichen Botschaft in Petersburg überreichten Aide-mémoire** weist die russische Regierung darauf hin, daß die Reformen in Armenien äußerst dringlich seien, daß die Beruhigung des Landes nur möglich sei, wenn die Mächte die Ausführung derselben überwachen, und daß daher eine schnelle und möglichst vollständige Verständigung zwischen den Mächten über diese Frage allein imstande sei, der drohenden Gefahr von Unruhen in Armenien vorzubeugen.

Auch vom Standpunkt unserer Interessen erscheint eine möglichst baldige Verständigung der Mächte über die armenischen Reformen dringend geboten, schon um durch Verwirklichung eines gemeinsamen Reformplanes, dessen wichtigster Punkt die im Prinzip von allen Mächten gewünschte internationale Kontrolle wäre, eine Handhabe zu gewinnen zur Beobachtung und Bekämpfung der immer unver-

---

* Vgl. Nr. 15 369, Anlage.
** Vgl. Nr. 15 349, S. 97, Fußnote *.

hüllter zutage tretenden russischen Hetzarbeit unter der armenischen Bevölkerung.

Die Prüfung des russischen und des türkischen Reformplanes durch die Delegierten der hiesigen Botschaften hat dazu geführt, daß die Delegierten des Dreibundes, wie aus dem Protokoll der 7. Sitzung vom 23. v. Mts. ersichtlich ist, eine Reformaktion auf einer neuen Basis angeregt haben, die als Mittellinie zwischen dem zu weitgehenden russischen und dem ungenügenden türkischen Projekte angesehen werden kann*. Von dem Gedanken ausgehend, daß der von der Türkei in Aussicht genommene Reformplan eine Reihe sehr zweckmäßiger und zum Teil auch im russischen Entwurf enthaltener Maßnahmen vorsieht und daher schon mit Rücksicht auf die Empfindlichkeit der türkischen Regierung nicht einfach beiseite gesetzt werden kann, nimmt der Vorschlag der Dreibunddelegierten das türkische Projekt als Grundlage und ergänzt es durch eine Anzahl von Bestimmungen, die dem russischen Projekt entnommen sind, nämlich

1) Europäische Kontrolle der Reformaktion,

2) Zulassung der technischen Beiräte zum Verwaltungsrat des Wilajets,

3) Verpflichtung des Walis, die Provinzialversammlung auf Antrag einer Zweidrittelmehrheit einzuberufen,

4) Abgrenzung der Zuständigkeit der Provinzialversammlung und der Verwaltungsräte der Sandschaks und Kasas gemäß den entsprechenden Bestimmungen des 1880 von der europäischen Kommission ausgearbeiteten Entwurfs,

5) Organisierung eines Polizei- und eines Gendarmeriekorps durch fremde Spezialisten,

6) Auflösung der kurdischen Kavallerieregimenter,

7) Ausschließung der Nomaden vom aktiven und passiven Wahlrecht,

8) Gleichstellung der drei Hauptsprachen (türkisch, armenisch, kurdisch),

9) Freiheit der Schulgründung für alle Bevölkerungselemente,

10) Anerkennung der Rechte und Privilegien der armenischen Kultusgemeinschaft (Sahmanatrutiun von 1863),

11) Baldige Lösung der Agrarfrage.

Hierzu kommt als weiterer Vorschlag noch die Durchführung des Grundsatzes der Proportionalität bei der Anstellung der Beamten und der Zusammensetzung der die Bevölkerung vertretenden Körperschaften, ein Prinzip, das mir, wie ich in dem Berichte Nr. 236 vom 31. v.Mts.**

---

* Vgl. die Erklärung der Dreibunddelegierten vom 23. Juli in Nr. 15 369, Anlage.

** Der — nicht abgedruckte — Bericht Freiherrn von Wangenheims vom 31. Juli hatte in sehr detaillierter Weise das Thema behandelt, in welcher Art bei der Zusammensetzung des Beamtenkörpers sowie bei der Vertretung der Bevölkerung

auszuführen die Ehre hatte, vom Standpunkte unserer Interessen vor der von Rußland vorgeschlagenen absoluten Stimmengleichheit den Vorzug zu verdienen scheint.

Um zu der gewünschten Einigung mit Rußland zu gelangen, wird es sich nunmehr darum handeln, die russische Regierung zur Annahme dieses dem russischen Entwurfe, wie ersichtlich, in zahlreichen und wichtigen Punkten Rechnung tragenden Reformplanes zu veranlassen. Sollten wir hierbei auf Schwierigkeiten stoßen, so würde zur Beseitigung derselben viel gewonnen sein, wenn es gelänge, uns mit England über die Frage ins Einvernehmen zu setzen.

Sowohl die englische wie die französische Regierung haben nach Mitteilungen Euerer Exzellenz ihrer Abneigung gegen das russische Projekt Ausdruck gegeben*, was allerdings in der bisherigen Haltung ihrer hiesigen Botschaften noch keine Bestätigung gefunden. Ob diese Abneigung so weit geht, daß sie England und Frankreich bewegen könnten, sich in der Frage der armenischen Reformen von Rußland offen zu trennen und unserem Vorschlage zuzustimmen, läßt sich von hier aus nicht beurteilen.

Für den Fall, daß es uns nicht gelingt, die Regierungen des dreifachen Einvernehmens zu einem gemeinsamen Vorgehen mit denjenigen des Dreibundes zu veranlassen, käme als äußerstes Mittel in Betracht, der Pforte durch eine gemeinschaftliche Aktion der Dreibundvertreter die Durchführung des vorstehenden Reformplanes nahezulegen. Die Andeutung der Absicht eines derartigen Schrittes würde auf die russische Regierung voraussichtlich als starkes Stimulans wirken, sich unserem Vorgehen anzuschließen; denn sie dürfte sich nicht im unklaren sein, daß ein Beiseitestehen bei einem Druck auf die Pforte im Sinne armenischer Reformen Rußland die Sympathien der Armenier, auf die es neuerdings so großen Wert legt, gründlich entfremden müßte, und daß ihm dadurch für seine weiteren Pläne der Wind aus den Segeln genommen werden würde.

Auf jeden Fall scheint es mir dringend geboten, daß wir die Frage der armenischen Reformen diesmal nicht wieder im Sande verlaufen lassen, sondern zur Sicherung der Durchführung des von uns als praktisch anerkannten Reformplanes die Initiative ergreifen, schon um nicht bei den Armeniern die bei ihnen bereits im Entstehen begriffene Meinung zu verstärken, als sei es uns um die Reformen in Armenien nicht Ernst, und als stellten wir das Wohlwollen der türkischen Regierung höher als das Interesse für die Armenier. Daß unter den letzteren gewisse Kreise geneigt sind, einer derartigen Ansicht Raum

---

in den Provinzialversammlungen das Verhältnis der beiden Hauptreligionen des Landes, der mohammedanischen und der christlichen, zu berücksichtigen sei.

* Vgl. das Telegramm Freiherrn von Schoens Nr. 266 vom 10. Juli (siehe Nr. 15 354), das am 12. Juli nach Konstantinopel mitgeteilt war.

zu geben, habe ich aus verschiedenen Anzeichen ersehen können. Auch ist es nicht schwer, die trübe Quelle zu erkennen, aus welcher diese Meinung entsprungen ist: die hiesige russische Botschaft scheint bereits ausgiebig dafür gesorgt zu haben, daß die Vorbesprechungen der Botschaftsdelegierten bis in die Einzelheiten hinein in armenischen Kreisen bekannt wurden. Daß bei dieser Darstellung Rußland als der uneigennützige Befreier aus türkischem Joche erscheint, während wir dagegen als die allen Reformen, welche den überwiegenden türkischen Einfluß brechen könnten, feindlichen Freunde der im Grunde zentralistisch gesinnten Komiteepartei hingestellt werden, ist selbstverständlich.

Wir würden meines Erachtens gut daran tun, diese Legende zu zerstören, indem wir unsere Anhängerschaft an den Reformgedanken durch positives Eintreten dafür dartäten. Ein Sinken unserer Sympathien bei der Pforte wäre aus einem solchen Schritte kaum zu befürchten; denn wir könnten dieser gegenüber durchblicken lassen, daß wir uns für unseren Reformplan nur deswegen einsetzten, um Rußland zu verhindern, mit seinem viel weiter gehenden, den Bestand der Türkei gefährdenden Reformprojekt hervorzutreten.

Die hiesigen Botschaften von Österreich-Ungarn und Italien haben ihren Regierungen in ähnlichem Sinne berichtet.

W a n g e n h e i m

Nr. 15 376

*Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow**

Privatbrief. Ausfertigung

Therapia, den 8. August 1913
[pr. 10. August]

Jeder Fremde wird schon nach kurzem Aufenthalt in der Türkei zu der Überzeugung gelangen, daß unter den Völkerschaften, welche die heutige Türkei bewohnen, die Türken noch die besten sind. „Le Turc est le seul gentleman de l'Orient.“ Diesen Satz würden Sie hier ebenso unterschreiben, wie es mit mir meine sämtlichen Kollegen inklusive Giers und Bompard tun. Die verhältnismäßige Türkenfreundlichkeit, wie ich sie hier zum Ausdruck bringe, beruht indessen keineswegs auf Regungen des Herzens, sondern auf kühler politischer Erwägung. Die Türkei ist unserer direkten politischen Einwirkung

* Der sehr eingehende Privatbrief Wangenheims wird mit Ausnahme einiger Ausführungen über die Frage von Adrianopel und über das türkische Parteiwesen, die mit der armenischen bzw. Aufteilungsfrage nichts zu tun haben, zum Abdruck gebracht.

entzogen. Wir können ihr unseren Willen weder zu Lande noch von der See aus aufzwingen, wie es Rußland, England und Frankreich vermögen. Wir können unseren Einfluß nur geltend machen, wenn wir als die uneigennützigen Freunde der Türkei auftreten und uns dadurch ihr Vertrauen erwerben. Dem Vertrauen in die Uneigennützigkeit Deutschlands ganz allein verdankte Marschall seine Erfolge. Ohne dasselbe hätte er die Bagdadbahn nicht durchsetzen können. Es mag fraglich sein, ob es klug war, deutsche Kapitalien und deutsches Prestige in einem solchen Umfange in einem Lande zu investieren, das unserer politischen Einwirkung so gut wie gänzlich entzogen ist. Ich habe auf die tönernen Füße, auf denen unsere kleinasiatische Tätigkeit ruht, schon vor zehn Jahren als Geschäftsträger in einem längeren Berichte hingewiesen und die Vermutung ausgesprochen, daß wir einmal in Schwierigkeiten kommen müßten, wenn es sich darum handelte, das von uns Geschaffene zu verteidigen. Schon damals riet ich zu einer Vertiefung unserer geistigen Penetrationsarbeit, um die Mängel unserer geographischen Lage auszugleichen. Mein Bericht ist damals zu den Akten geschrieben worden. Die Verhältnisse aber, welche ich zu jener Zeit voraussah, sind inzwischen eingetreten. Unsere wirtschaftliche Arbeit ist gerade so weit gefördert, daß wir dieselbe ohne Einbuße an Ansehen nicht im Stiche lassen können. Aber vieles ist noch zu tun. Die Bagdadbahn mit ihren Zweiglinien muß erst noch fertig gebaut werden. Die Gebiete, welche wir für uns bei einer Teilung in Anspruch nehmen müssen, sind noch nicht in einer unsere Ansprüche begründenden Weise von unserem Einflusse durchzogen, wie es beispielsweise Syrien durch den französischen Einfluß ist. Die Aufgaben, welche wir noch zu erfüllen haben, sind nun aber nicht zu lösen, wenn wir dieselben gegen die Türkei durchführen wollen. Sobald wir uns auf die Plattform stellen, von welcher aus die Ententemächte ihre hiesige Politik betreiben, ist es mit unserem Einflusse aus. Wir sind dann plötzlich die schwächeren gegenüber den mit uns konkurrierenden Ländern. Frankreich würde dann, mit England zusammenarbeitend, imstande sein, die Weiterführung unserer Arbeiten überhaupt zu verhindern. Jedes Interesse Englands, sich mit uns über Kleinasien im weiteren zu verständigen, würde erlöschen. Was würde dann aus den Anatoliern in ihrem Kampfe mit den Franzosen werden? Was würde unsere öffentliche Meinung und Krupp dazu sagen, wenn die Instruktion der Armee plötzlich an Frankreich verloren ginge? Was unser Handel, der pari passu mit unserem Einfluß fortschreitet? Welche unendlichen Schwierigkeiten würden uns in allen Kapitulationsfragen entstehen, wo wir jetzt in den meisten Fällen mit unseren Wünschen durchdringen, ohne drohen zu müssen? Unser Einfluß auf die türkische Regierung ist ein sehr bedeutendes Aktivum, über welches wir bei dem Wettstreite der Nationen im Orient verfügen. Ich muß es als meine vornehmste Auf-

gabe hier betrachten, über dieses Aktivum zu wachen und zu verhüten, daß es sich in ein Passivum verwandelt. Letzteres würde geschehen, wenn wir mit einem Male anfingen, die Türkei zu bedrohen und an uns irre zu machen. Solange wir nicht ganz sicher sind, daß die Teilung unvermeidbar ist, daß die anderen Mächte unsere Niederlassung in Kleinasien zulassen, und daß wir als willkommene Nachfolger der Osmanen in unsere Arbeitszone einziehen können, scheint mir eine Fortsetzung unserer bisherigen türkenfreundlichen Haltung absolut geboten. Ich weiß, daß die Befürwortung einer solchen Politik mir bei manchen Stellen den Vorwurf eintragen wird, ich sei bereits ebenso vertürkt wie Marschall. Man müsse die Türken auf den Kopf schlagen, sie würden uns doch immer wieder kommen. Daß die Pforte in ihren Geldnöten uns immer wieder kommen wird, ebenso wie unseren Gegnern, ist selbstverständlich. Wir würden uns aber dann alles das, was wir jetzt an Konzessionen und sonstigen Vergünstigungen als freie Gabe erhalten, jedesmal durch eine Anleihe erkaufen müssen. Unseren Endzielen dagegen würden unüberwindliche Hindernisse nicht nur von der Pforte, sondern auch von den konkurrierenden Mächten entgegengestellt werden, die eine Trübung des deutsch-türkischen Vertrauensverhältnisses sofort für sich ausnutzen würden. Ich sehe die Ziele unserer Politik klar vor mir: Wir müssen die Türkei so lange wie möglich zu erhalten suchen und durch Beteiligung an dem Reformwerke der Türkei nicht nur ehrliche Hilfe leisten, sondern gleichzeitig auch unseren Einfluß in der gesamten Türkei zu stärken suchen. Gleichzeitig aber hätten wir uns auf den schlimmsten Fall, die Teilung, vorzubereiten, indem wir in unserer Arbeitszone durch Schulen, Krankenhäuser, Entsendung von Ärzten etc. die Bevölkerung an uns fesseln und gleichzeitig damit auch den Mächten gegenüber den festen Entschluß bekunden, die von uns markierten Gebiete keiner anderen Macht zu überlassen. Ich bin ganz entschieden dafür, daß wir den Mächten kein Hehl aus unseren Plänen machen, ja daß wir ihnen sogar klipp und klar sagen, was wir im Teilungsfalle beanspruchen würden, und daß wir den Teilungsprozeß als begonnen ansehen würden, wenn eine andere Macht türkische Gebiete Kleinasiens auch nur vorübergehend besetzt. Eine solche Kundgebung würde die Lage wahrscheinlich in sehr erfreulicher Weise klären. Die wahrscheinliche Folge wäre, daß die Länder, welche unsere Niederlassung am Mittelmeere nicht wünschen, gezwungen wären, für die Erhaltung der Türkei zu wirken. Den Türken würde eine derartige Kundgebung durchaus verständlich und willkommen sein. Mahmud Schewket, der ein sehr kluger Mann war, hat mich wiederholt und eindringlich gebeten, für eine öffentliche Feststellung der deutschen Ziele Sorge zu tragen. Voraussetzung einer Politik, wie ich sie skizziert habe, bleibt aber immer, daß wir uns das Vertrauen der Türkei erhalten. Ich möchte jedenfalls der Botschafter nicht sein,

unter dem hier die bewährte Basis unserer Politik verlassen wird, ohne daß dafür ein praktischer Gewinn eingeheimst wird. Die türkenfreundliche Richtung unserer Politik schließt übrigens keineswegs aus, daß wir den Türken gelegentlich auch deutlich werden. So kann ich hier in einzelnen Fragen, wo die Türken sich Unverschämtheiten erlauben, viel energischer auftreten als andere Botschafter, nur weil die Türken überzeugt sind, daß ich es gut mit ihnen meine. Aus demselben Grunde hat der Rat Deutschlands in politischen Dingen ein ganz anderes Gewicht als der anderer Länder. Wenn unser Einfluß einmal wie jetzt bei der Adrianopler Frage* versagt, so hat das darin seinen Grund, daß wir da einer dem Siedepunkt nahen Volksbewegung gegenüberstehen, deren Leitung der Regierung selbst entglitten ist. Wäre rechtzeitig eingegriffen worden, so wäre es dem deutschen Einfluß, aber auch nur diesem, gelungen, die Regierung auf die Bahn der Kompensationen zu leiten. pp.

Was die armenischen Reformen betrifft, so bin ich von Anfang an bemüht gewesen, vermittelnd zu wirken. Österreich und Italien wollten sich ja zuerst nicht einmal auf eine Diskussion des Projekts Mandelstam einlassen. Wir sind nunmehr bei den Besprechungen in so vielen Punkten zu einer Einigung gelangt, daß sich daraus wohl ein Vermittelungsprogramm konstruieren ließe. In den entscheidenden Punkten können wir freilich nicht nachgeben; aber selbst wenn wir es tun wollten, würden Österreich und Italien sich auf das schärfste widersetzen, da sie ja mangels genügenden Anspruchs auf Berücksichtigung bei der Teilung mehr als wir an der Erhaltung der Türkei interessiert sind. Andererseits sehe ich nicht, daß Rußland von seinem Projekte etwas ablassen will. Vorläufig läßt Giers in den armenischen Zeitungen Artikel veröffentlichen, die, auf genauer Kenntnis der Sitzungsprotokolle beruhend, die Schuld an dem Scheitern seiner edlen Absichten uns zuschreiben. Ich frage mich gelegentlich, ob Rußland es mit den Reformen überhaupt ernst meint. Seine Initiative steht im Widerspruch mit der russischen Tradition, die ja gerade eine Besserung der türkischen Zustände verhindern will, damit Rußland den Vorwand zur Einmischung behält. Da Rußland sein Verbot, in Armenien Eisenbahnen und Wege zu bauen, aufrecht erhält, so sind Zweifel an der Ehrlichkeit seiner Reformpläne wohl berechtigt, von denen Herr von Giers wissen mußte, daß sie auf den starken Widerstand anderer Mächte stoßen würden. Augenblicklich weilt hier Dr. Lepsius, der bekannte Armenierfreund. Er hat großen Einfluß auf die Armenier und versucht in diesem Augenblicke, die letzteren dahin zu bringen, daß sie sich angesichts der schweren Durchführbarkeit des russischen Projekts an die Botschaften mit der Bitte wenden, wenigstens für eine Durchführung und Verbesserung des türkischen Projekts Sorge zu

---

* Vgl. dazu Bd. XXXVI, Kap. CCLXXVII.

tragen. Eine solche armenische Demarche würde eine Erleichterung für die meisten Mächte bedeuten, auch für England. Behält Rußland die Armenier unter seiner Kontrolle, so wird es die Frage wohl vorläufig offen halten, um zu dem geeigneten Zeitpunkt aus der Situation seine Konsequenzen zu ziehen. Jedenfalls ist die Lage undurchsichtig und bedarf aufmerksamer Beobachtung. Bei aller Anerkennung Sasonows traue ich den hiesigen Russen nicht über den Weg. Augenblicklich spricht Giers nicht von den Armeniern, da er noch auf ein europäisches Mandat an Rußland spekuliert. pp.

Die Richtlinie, welche ich mir hier gezogen habe, kann ich in einem Satze zusammenfassen: „Die deutschen Sympathien gehören nicht politischen Parteien, sondern der gesamten Türkei.“ Nur auf einer derartigen Basis können wir als Großmacht hier operieren. Wir vermeiden dadurch den Fehler, den England begeht, indem es Botschaftsbeamte an Verschwörungen gegen eine ihr unsympathische Regierung sich beteiligen läßt. Andererseits werden wir in die Lage versetzt, leicht den Übergang von einem Regime zum andern finden zu können. Käme morgen Kiamil wieder ans Ruder, so würde ich mit ihm an demselben Punkte wieder anknüpfen können, wo unsere amtlichen Beziehungen aufgehört haben. Ich habe es in der Zwischenzeit strengstens vermieden, mich irgendwie in die inneren politischen Streitigkeiten einzumischen. Trotzdem habe ich mit den Jungtürken verhältnismäßig gute Geschäfte machen können. Letztere mögen den Mächten ihrer Halsstarrigkeit wegen unbequem sein. In London wird man gewünscht haben, daß die Türken sich weiter als die verfaulte und elende Gesellschaft erweisen würden, als welche sie sich bei Beginn des Krieges gezeigt haben. Daß die Türkei noch nicht fertig ist und nach zweijährigem Kriege noch eines Elans fähig ist, wie ihn der jetzige Vormarsch nach Norden beweist, ist natürlich ein schweres Hindernis für alle Friedensbemühungen der Mächte; und ich verstehe vollkommen, daß alle Kabinette wütend sind. Sie möchten nun endlich mit der Balkanschweinerei zu Ende kommen. Hier sieht die Sache aber etwas anders aus. Es zeigt sich, daß die Türkei eben doch noch ein lebender Körper und entschlossen ist, sich nicht wie ein Haufen von Lumpen behandeln zu lassen. Was Enver und Talaat jetzt tun, ist Europa unbequem und vielleicht auch für die Türkei verhängnisvoll, der sie möglicherweise nur einen schönen Opfertod vorbereiten. Wir werden die Führer der jetzigen Volks- und Armeebewegung und ihre Ziele nicht unterstützen können, da wir sonst uns von den Mächten trennen und die Kriegsgefahr näher rücken würden. Wenn aber die Jungtürken schließlich ohne unser Zutun doch Erfolge haben sollten, so würde ich dies im deutschen Interesse nur begrüßen können. Bleibt Adrianopel der Türkei erhalten, so werden die Unionisten für eine unabsehbare Zeit Herren der Lage in der Türkei. Sie sind die einzigen, von denen man eine Rettung der Türkei

erwarten kann, und mit deren Hilfe Deutschland seine Pläne hier durchsetzen könnte.

Wangenheim

Nr. 15 377

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 450 Therapia, den 10. August 1913

Dr. Lepsius hat hier mit dem armenischen Aktionskomitee verhandelt* und erreicht, daß armenischerseits das Projekt Mandelstam in seinen wesentlichen Punkten im Prinzip fallen gelassen, dagegen gefordert wird, daß die Mächte für die Durchführung des türkischen Programms mit den in der Dragomankommission einstimmig angenommenen Punkten des russischen Projekts und folgende Zusätze bei der Pforte eintreten:

1) Mitwirkung der Mächte bei der Auswahl der Generalinspekteure.

2) Parität statt Proportionalität.

3) Regionaler Militärdienst mit der Beschränkung, daß bei inneren Unruhen Truppen auch außerhalb Armeniens verwendet werden können.

4) Ansiedelung von Mohadschirs nur mit Einverständnis der Generalinspekteure.

Spezieller Verzicht Armenier auf neue Zoneneinteilung und Oberkommissar mit Recht der Beamtenernennung.

Verhandlungen werden fortgesetzt und dürften zu einer Aussprache zwischen . . .** und Armeniern führen. Meinerseits wird unter der Hand auf Entgegenkommen der Türkei hingearbeitet. Das verabredete Programm soll dann zunächst russischem Botschafter als armenisches Petitum unterbreitet werden. Damit wäre vielleicht ein Ausgleich gefunden, dem auch Dreibund schließlich zustimmen könnte.

Wangenheim

---

* Über diese Verhandlungen meldete Freiherr von Wangenheim am 31. August (Telegramm Nr. 496): „Seine Verhandlungen mit Armeniern haben mit Wissen Großwesirs stattgefunden. Um russisches Mißtrauen nicht zu erregen, hatte ich Lepsius mit Mandelstam zusammengeführt."

** Zifferngruppe fehlt.

Nr. 15 378

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 251 St. Petersburg, den 22. August 1913

Von dem mir unter Nr. 990 geneigtest mitgeteilten Bericht des Kaiserlichen Botschafters in Konstantinopel vom 1. d. Mts.* habe ich mit Interesse Kenntnis genommen. Jeder, der mit der russischen Geschichte und der russischen Politik der letzten zwei Jahrhunderte einigermaßen vertraut ist, wird den Betrachtungen des Freiherrn von Wangenheim über die traditionellen Ziele und Wünsche Rußlands ohne weiteres zustimmen können. Es ist eine allgemein bekannte Tatsache, daß der Drang nach Expansion eine in dem russischen Volkscharakter begründete Eigenschaft ist, welche auch in der russischen Politik immer wieder zum Ausdruck gelangt. Ein geistreicher russischer Staatsmann verglich einmal mir gegenüber die Tendenzen der traditionellen russischen Politik mit dem Bestreben des russischen Bauern, immer mehr Land zu bekommen, obgleich er schon das Land, das er besitze, nicht ordentlich bearbeite und bearbeiten könne. „Wir verstehen es eben nicht, intensiv zu wirtschaften. Anstatt die unermeßlichen Schätze zu heben, über welche Rußland in seinem Innern verfügt, ist unser Auge immer auf die Peripherie gerichtet."

Man wird aber billigerweise auch zugeben müssen, daß der Drang Rußlands nach dem offenen Meer und der Wunsch, in den Besitz eisfreier Häfen zu gelangen, der Berechtigung nicht ganz entbehren.

Ich darf gehorsamst daran erinnern, daß ich diese Gesichtspunkte in meiner Berichterstattung stets hervorgehoben habe. Auch im Verlaufe der jüngsten Krisis habe ich wiederholt die Überzeugung ausgesprochen, daß die russische Politik ihre alten Ideale keineswegs aufgegeben hat, daß vielmehr der Erwerb von Konstantinopel und die Besitzergreifung der Meerengen nach wie vor das Ziel bildet, dessen einstige Erreichung wohl die meisten Russen ihrem Vaterlande wünschen.

Zugleich aber habe ich mir wiederholt gestattet, die Ansicht zu äußern, welche ich auch heute in vollem Umfange aufrecht erhalte, daß Rußland jetzt die Meerengenfrage nicht aufzurollen beabsichtigt und auch nicht nach einem Vorwande sucht, um in die armenischen Wilajets einzurücken.

Ich glaube auch nicht, daß Herr Sasonow, der übrigens noch lange russischer Minister des Äußern bleiben kann, der einzige Vertreter dieser Ansicht ist. Gewiß ist es möglich, daß im Falle seines baldigen

---

* Siehe Nr. 15 372.

Rücktritts ein abenteuerlustiger Minister an seine Stelle tritt und dieser die traditionelle Expansionspolitik wieder aufnimmt. Die Wahrscheinlichkeit aber spricht im gegenwärtigen Augenblicke nicht dafür. Ich möchte viel eher glauben, daß von denjenigen Persönlichkeiten, welche in den nächsten Jahren Aussicht haben, hier in leitende Stellungen zu gelangen, die meisten die Ansichten des Herrn Sasonow teilen, daß nämlich Rußland aus militärischen und finanziellen Gründen sowie aus Gründen der inneren Politik eine längere Zeit der Ruhe dringend braucht.

Noch bei der letzten Unterredung, die ich mit Herrn Sasonow hatte, versicherte mir der Minister, daß bei allen maßgebenden hiesigen Kreisen sowohl aus militärischen wie aus innerpolitischen Gründen eine ausgesprochene Abneigung gegen die Annexion von Gebieten mit armenischer Bevölkerung bestehe.

F. Pourtalès

Nr. 15 379

Promemoria

Reinschrift

Vom russischen Geschäftsträger in Berlin Bronewsky am 30. August 1913 dem Dirigenten der Politischen Abteilung Wilhelm von Stumm überreicht

Berlin, 16/29 Août 1913

Il y a plus d'un mois que la Commission des Réformes Arméniennes, composée des Délégués des Ambassades des Grandes Puissances à Constantinople a achevé ses travaux.

Il est à regretter que les deux principaux articles de l'avant-projet russe — la formation d'une seule province arménienne et la nomination du Gouverneur Général avec l'assentiment des Grandes Puissances — n'aient pas réuni l'unanimité des Délégués; malgré les arguments tant historiques que pratiques mis en avant par le Délégué Russe et militant en faveur de la réunion des six vilayets arméniens en une seule province, les Délégués Allemand, Autrichien et Italien se sont rangés au projet turc, divisant le pays en six secteurs avec, à la tête, six valis soumis eux-mêmes à deux Inspecteurs, nommés sans le consentement des Puissances.

Le Gouvernement Impérial estime qu'écarter l'assentiment des Puissances à la nomination du Gouverneur Général équivaudrait à renoncer à l'œuvre même des réformes, car cet élément est, selon lui, essentiel comme la seule garantie efficace des réformes.

Quant à la formation d'une seule province arménienne, elle a été envisagée tant par le Traité de Berlin que par le décret de la Sublime Porte de 1895 et ne présente donc — comme principe — aucun caractère d'innovation dangereuse.

Nr. 15 380

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 262 Therapia, den 27. August 1913

Den Vorschlag, den Marquis di San Giuliano in der armenischen Reformfrage dem Wiener Kabinett gemacht hat*, vermag ich weder nach seinem Inhalte noch nach dem Zeitpunkt, der dafür gewählt ist, als glücklich zu bezeichnen.

Inhaltlich läßt er eine Reihe von Forderungen unberücksichtigt, welche, wie die Vorbesprechung der hiesigen Botschaftsdelegierten ergeben hat, von allen Mächten übereinstimmend als notwendig angesehen werden, und gegen die seitens der Pforte voraussichtlich keinerlei Widerstand erhoben werden dürfte, wie Gleichberechtigung der drei Hauptsprachen, Freiheit der Schulgründung, Versuch der Lösung der Agrarfrage usw. Das Fallenlassen dieser berechtigten und zum Teil leicht erfüllbaren Forderungen würde in allen armenischen Kreisen zweifellos eine gewaltige Enttäuschung hervorrufen und dieselben unfehlbar in die Arme Rußlands treiben als derjenigen Macht, von der sie die weitgehendste Vertretung ihrer Wünsche glauben erwarten zu dürfen.

Der Zeitpunkt der italienischen Anregung scheint mir deshalb schlecht gewählt, weil bisher noch nicht feststeht, ob der in der 7. Sitzung der Armenierkommission von deutscher und österreichischer Seite gemachte Vorschlag**, dem sich auch der italienische Delegierte angeschlossen hatte, von den übrigen Mächten angenommen werden wird oder nicht.

Auch aus allgemeinen Gesichtspunkten dürfte eine italienische Initiative in der armenischen Frage kaum in unserem Interesse liegen. Deutschland und Rußland sind die einzigen Mächte, die ein unmittelbares Interesse an der Beruhigung Armeniens haben. Die natürliche Entwickelung muß uns daher darauf hinweisen, uns in dieser Frage die Führung nicht durch andere, weniger interessierte Staaten aus der Hand nehmen zu lassen, sondern zu versuchen, mit Rußland möglichst zu einer Verständigung über ein gemeinsames Programm zu gelangen.

Von diesem Gedanken ausgehend, bin ich zurzeit bestrebt, im Anschluß an die stattgehabten Vorbesprechungen der Botschaftsdelegierten und unter Zugrundelegung der von diesen geltend gemachten Gesichtspunkte mit meinem hiesigen russischen Kollegen eine mittlere

---

* Vgl. Nr. 15 374.
** Vgl. Nr. 15 369, Anlage.

Linie zu finden zwischen dem ursprünglichen russischen Entwurfe und dem von den Dreibunddelegierten gemachten Gegenvorschlage.

Nach den bisherigen Besprechungen hat es den Anschein, als ob Rußland sich dazu verstehen würde, den Gedanken einer einzigen, ganz Armenien umfassenden Reformzone fallen zu lassen und in eine Teilung in einen nördlichen und einen südlichen Sektor zu willigen. Als Gegenleistung könnten wir dem russischen Standpunkte vielleicht in der Frage der proportionellen Volksvertretung bis zu einem gewissen Grade entgegenkommen.

Ich hoffe, auf diese Weise zu einem gemeinsamen deutsch-russischen Programm zu kommen, das voraussichtlich auch bei den übrigen Mächten gute Aufnahme finden würde. Sobald die Vorbesprechungen hierüber, die zunächst den Charakter eines rein persönlichen Gedankenaustausches tragen, beendet sind, werde ich nicht verfehlen, Euerer Exzellenz darüber zu berichten.

Wangenheim

Nr. 15 381

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 494 Therapia, den 30. August 1913

Sprache des russischen Botschafters und der Umstand, daß nach mehrwöchiger Pause den Botschaftern wieder täglich Bulletins des armenischen Patriarchats über angebliche türkische Grausamkeiten zugehen, weisen darauf hin, daß Rußland die armenische Frage mit erhöhtem Nachdruck betreiben will, um angesichts seiner voraussichtlichen Niederlage in der Adrianopelfrage * sich wenigstens einen Erfolg bezüglich Armeniens zu sichern.

Bei den unverbindlichen Besprechungen zwischen Schönberg und Mandelstam hat letzterer als einzige eventuelle Konzession einen Verzicht Rußlands auf ein einheitliches Armenien angeboten, besteht aber auf Beseitigung der Wilajets, auf Generalinspekteure, die mit Zustimmung der Mächte ernannt werden sollen, und auf Beamtenernennungsrecht der Generalinspekteure.

Diese drei Punkte bedeuten einen so starken Eingriff in die türkischen Souveränitätsrechte, daß auf eine Einigkeit der Mächte darüber nicht zu rechnen ist und noch weniger auf die türkische Zustimmung. Die russischen Forderungen sind nur erfüllbar, wenn alle Mächte entschlossen sind, diese Forderungen nötigenfalls unter Anwendung von Gewalt durchzusetzen. Würden wir uns an das russische Programm binden,

* Vgl. dazu Bd. XXXVI, Kap. CCLXXVII.

so wäre mit Sicherheit zu erwarten, daß andere Mächte, zum Beispiel Italien, vorher abschwenken und uns das Odium überlassen würden. Ein weiteres Eingehen auf die russischen Pläne würde daher nur unter der Voraussetzung erfolgen können, daß wir vorher die Mächte verständigten, wir würden uns an einem Druck gegen die Türkei nicht beteiligen.

Ich habe heute die Lage mit Großwesir besprochen und ihn auf die Forderungen aufmerksam gemacht, mit denen die Mächte eventuell an die Pforte herantreten könnten. Es liege im Interesse Türkei, dem Schritt der Mächte zuvorzukommen und aus eigener Initiative Reformen einzuführen, die in ihren Hauptlinien den Wünschen Europas entsprächen. Die Pforte könne dabei, ohne sich selbst etwas zu vergeben, sehr weit gehen, jedenfalls weiter als unter dem Druck der Mächte.

Großwesir erwiderte, er habe, meinen früheren Ratschlägen folgend, schon vor längerer Zeit Verhandlungen mit den Armeniern eröffnet und hoffe bestimmt, mit ihnen zu einer direkten Verständigung zu gelangen. Einem Versuch der Mächte, sich in die inneren . . .* der Türkei einzumischen, werde er den äußersten Widerstand entgegensetzen. Veränderung der Zoneneinteilung, von den Mächten bestellten Oberkommissar etc. werde er in jedem Falle auch einem geschlossenen Europa gegenüber ablehnen, da die Zulassung derartiger Eingriffe das Ende der Türkei bedeuten würde. Die Einrichtung der Reformen sei ausschließlich Sache der Türkei; das Recht der Mächte, die Ausführung der Reformen zu kontrollieren, erkenne er an und werde darüber mit sich reden lassen.

Wangenheim

Nr. 15 382

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Wangenheim

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 834 Berlin, den 1. September 1913

Auf den Bericht Nr. 262 vom 27. v. Mts.**

Der russische Geschäftsträger hat hier am 30. v. Mts. das in Abschrift anliegende Promemoria zur armenischen Frage*** überreicht und mündlich hinzugefügt, Herrn Sasonow schwebe als Kompromiß vor: Einteilung Armeniens in zwei Sektoren mit je einem von

---

* Zifferngruppe fehlt.
** Siehe Nr. 15 380.
*** Siehe Nr. 15 379.

der Pforte mit Zustimmung der Mächte einzusetzenden, mit dem Recht der Beamtenernennung auszurüstenden Generalgouverneur an der Spitze. Dabei müsse vermieden werden, daß die Türkei den beiden Sektoren vorwiegend von Mohammedanern bevölkerte Gebiete zuschlage, um die Armenier in die Minorität zu versetzen.

Ew. pp. bitte ich, sich zu dem russischen Vorschlag tunlichst umgehend telegraphisch äußern zu wollen.

Jagow

Nr. 15 383

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 515 Konstantinopel, den 8. September 1913

Antwort auf Telegramm Nr. 308*.

Die Verhandlungen zwischen Schönberg und Mandelstam sind vorläufig ins Stocken gekommen, weil Rußland nur in einem einzigen Punkt nachgegeben hat, indem es die Forderung einer einheitlichen armenischen Provinz fallen ließ. Mandelstam verlangt aber dagegen, daß die Terraineinteilung in eine nördliche und eine südliche Zone umgeworfen und daß statt dessen ein Ost- und Westsektor geschaffen würde. Die Grenze zwischen beiden soll eine Linie sein, die von der Küste des Schwarzen Meeres zwischen Kerasonda und Tireboli direkt nach Süden verläuft. Der leicht zu durchschauende . . .** Rußlands ist, zunächst einen östlichen, ausschließlich unter russischem Einfluß stehenden Sektor zu schaffen und damit uns aus dem Gebiet von Diarbekr auszuschließen. Da unser Interesse die Beibehaltung der türkischen Präfekturen erheischt, deren gemeinsame Grenzlinie ungefähr als die nördliche Grenze unserer Arbeitszone . . .** kann, hat Schönberg den Mandelstamschen Vorschlag nicht akzeptieren können.

Ursache*** der russischen Forderung, daß die zwei Generalgouverneure mit Zustimmung der Mächte ernannt werden, könnte zur Folge haben, daß beide Posten Russen oder von Rußland abhängigen Klein-

---

* Telegramm Nr. 308 vom 7. September brachte die Rückäußerung auf Erlaß Nr. 834 (siehe Nr. 15 382) in Erinnerung; weiterhin erbat es Nachricht darüber, welchen Erfolg die von Freiherrn von Wangenheim im Bericht vom 27. August — siehe Nr. 15 380 — gemeldeten Bemühungen gehabt hätten, gemeinsam mit dem russischen Botschafter eine mittlere Linie zwischen dem Mandelstamschen Projekte und dem Gegenprojekte der Dreibundmächte zu finden.

** Zifferngruppe fehlt.

*** Statt „Ursache“ ist wohl zu lesen „Ausführung“.

staatlern wie in Persien übertragen werden. Herr von Giers hat die hiesigen Verhandlungen mit der Erklärung eingeleitet, daß er vorzugsweise die Führung in der Angelegenheit für sich beanspruche. Dringt er mit seinem Programm durch, so wird ihm auch in der Personenfrage so leicht keine Macht entgegentreten.

Das Resultat wäre die Schaffung einer tatsächlichen Herrschaft Rußlands über Gebiete, die teilweise zu unserer Arbeitszone gehören. Unserer öffentlichen Meinung gegenüber wäre es kaum vertretbar, wenn wir unsere Kraft zur Kreierung einer russischen Interessensphäre einsetzten und damit zu einer einseitigen Lösung des Teilungsproblems beitrügen. Ein besonderes Regime für Cilicien, wie es Rußland anbietet, würde unsere Ansprüche nicht annähernd befriedigen.

Meinen früheren Ausführungen über das Beamtenernennungsrecht der Generalgouverneure habe ich nichts hinzuzufügen.

Von meinen Kollegen spricht sich der Österreicher entschieden gegen jede Konzession an das russische Programm aus. Italienischer Botschafter teilt vollkommen meine Auffassung. Herr Bompard bezeichnete mir gestern das ganze Projekt als absurd, fügte aber hinzu, daß seine Regierung durch Bündnisrücksichten gebunden sei und irgendeine Verständigung wünsche. Aus den Worten Bompards konnte ich die Befriedigung heraushören, daß Frankreich die Bekämpfung des Projekts durch andere Mächte abgenommen wird. Englischer Geschäftsträger ist für das russische Projekt, was nicht in Einklang zu bringen ist mit den hier bekannt gewordenen Äußerungen Sir E. Greys.

Soweit ich aus der Haltung meiner Kollegen schließen kann, wird sich weder eine Einigung der Mächte über das russische Projekt noch über etwaige Zwangsmaßregeln gegen die Türkei erzielen lassen. Ganz bestimmt und in jedem Falle wird der Vorschlag der Mächte von der Pforte abgelehnt werden. Großwesir hat darüber erst heute unzweideutige Erklärungen auch anderen Botschaftern abgegeben. Wenn wir uns also dem russischen Vorgehen anschließen, so müssen wir darauf gefaßt sein, das Projekt Mandelstam eventuell auch gegen unsere Bundesgenossen mit Gewalt hier vertreten oder wenigstens einem Einmarsch der Russen in Armenien zustimmen zu müssen.

Rußland sind von uns während der bisherigen Beratungen die weitgehendsten Konzessionen gemacht worden. Ich bin dabei im Interesse unserer Beziehungen zu Rußland so weit gegangen, als ich es mit den mir anvertrauten Interessen nur irgend vereinbaren konnte. Rußland hat aber an seinem ausschließlich russischen Interessen dienenden und die Türkei ebenso wie die deutsche Stellung hier schwer bedrohenden Programm keinen wesentlichen Punkt geändert. Meine Bemühungen, die Armenier und die Türken zusammenzuführen, werden dadurch erschwert, daß Herr von Giers den Armeniern ihr im Jahre 1908 mit Rußland geschlossenes Abkommen, welches die Regelung der armenischen Frage in die Hände Rußlands legt, ins Gedächtnis

gerufen hat und ihnen gedroht hat, Rußland werde sich für einen Abfall an den russischen Armeniern rächen.

Aus alledem habe ich den bestimmten Eindruck gewonnen, daß Rußland entweder die armenische Frage in spezifisch russischem Sinne lösen oder die Reformen zum Scheitern bringen will.

Gegenwärtig ist Rußland bemüht, uns vorzuschieben. Herr von Giers sagt mir, daß, wenn Deutschland und Rußland einig wären, die Bundesgenossen folgen müßten. — Ich halte aber eine entscheidende Erklärung Deutschlands, bevor die anderen Mächte gesprochen haben, für höchst bedenklich. Lehnen wir ab, so wird Rußland uns den Armeniern gegenüber als das Hindernis ihrer Bestrebungen hinstellen. Stimmen wir zu, so werden Herr von Giers und auch andere Kollegen schon am nächsten Tage in den türkischen Zeitungen verkündigen lassen, daß Deutschland sich von der Türkei abgewandt habe. Mir scheint es daher dringend geboten, die russische Anfrage in dem von mir vorgeschlagenen Sinne zu beantworten, mindestens aber über die Antwort und die daraus sich ergebenden weittragenden Konsequenzen mit unseren Bundesgenossen uns zu verständigen. Was Österreich und Italien, die an dem Fortbestehen der Türkei mehr interessiert sind als wir, annehmen, können auch wir akzeptieren.

Wangenheim

Nr. 15 384

Promemoria

Dem russischen Geschäftsträger in Berlin Bronewsky vom Auswärtigen Amt übersandt

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Berlin, le 10 septembre 1913

Dans un Promémoria en date du 29 août cr.*, l'Ambassade Impériale de Russie a constaté avec regret le résultat négatif des travaux de la Commission des Réformes Arméniennes réunie à Constantinople.

Le Gouvernement Impérial, d'accord avec le Gouvernement Impérial de Russie dans le désir de voir améliorer la situation en Arménie, est cependant d'avis que, malgré les divergences des vues qui se sont fait sentir, il devrait être possible de trouver une solution satisfaisante pour les Puissances et acceptable pour la Turquie.

Plusieurs points importants du projet russe peuvent déjà être considérés comme acquis. Si, sur d'autres points, non moins intéressants sans doute, mais dont l'acceptation, selon nous, ne devrait pas être considérée comme condition „sine qua non", une partie des

* Siehe Nr. 15 379.

délégués a cru devoir s'éloigner des propositions russes, la considération en a été responsable que ces propositions ne trouveraient pas le consentement de la Sublime Porte. D'après les informations arrivées de Constantinople, ce prognostic ne manque pas de fondement. Or, le Gouvernement Impérial ne voit pas de moyen et ne croit pas opportun d'imposer à la Turquie une solution qu'elle n'accepterait pas de bon gré.

Dans ces circonstances, le Gouvernement Impérial pense que la Commission devrait reprendre ses travaux sur la base du projet turc. Le Gouvernement Impérial croit savoir que le Gouvernement Ottoman, animé des meilleures dispositions, ne se refusera pas à introduire dans son projet des amendements, surtout ceux répondant aux propositions russes qui ont réuni l'unanimité de la Commission, et qu'il admettra le principe d'un contrôle efficace des réformes par les Puissances. Le Gouvernement Impérial ne doute pas qu'en adoptant le procédé, les Puissances ne réussissent à tomber d'accord avec la Turquie sur un ensemble de réformes répondant aux besoins du moment et qui, avec le temps, pourra être complété et perfectionné.

Nr. 15 385

*Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt von Rosenberg**

Reinschrift

Berlin, den 10. September 1913

Wir haben seinerzeit die russische Initiative in der armenischen Reformfrage schon deshalb freudig begrüßt, weil auch wir selbst von der Notwendigkeit überzeugt waren, daß zur Erzielung geordneter Verhältnisse in dem seit Jahrzehnten von Unruhen heimgesuchten Gebiet etwas geschehen müsse. Die russische Initiative hat auch bereits das glückliche Ergebnis gezeitigt, der Türkei die Notwendigkeit von Reformen vor Augen zu rücken und sie zur Ausarbeitung eines eigenen Reformprojekts zu veranlassen. Wir sind überzeugt, daß die Besprechungen in Konstantinopel bei Zugrundelegung des türkischen Projekts durchaus brauchbare Vorschläge zu Tage fördern werden. Man sollte sich jedoch davor hüten, einer vielleicht radikaleren, aber für den Augenblick bei der Pforte nicht durchzusetzenden Lösung zuliebe die schon jetzt erreichbaren Vorteile zu gefährden.

Was die Einzelheiten anlangt, so ist uns grundsätzlich jede Lösung recht, die den Armeniern hilft und gleichzeitig Aussicht hat, ohne An-

---

* Die Aufzeichnung war nach einer Notiz Rosenbergs zur mündlichen Verwertung gegenüber dem russischen Geschäftsträger gelegentlich der Besprechung des Promemorias vom 10. (siehe Nr. 15 384) bestimmt.

wendung anderer Mittel als gütlichen Zuredens von der Pforte angenommen zu werden. Ob der mündlich mitgeteilte Kompromißvorschlag des Herrn Sasonow die letztere Bedingung erfüllt, erscheint uns zweifelhaft. Die Pforte will sich in die Frage der Einteilung der asiatischen Verwaltungsbezirke nicht hineinreden lassen, da sie dies nicht mit Unrecht als einen Eingriff in ihre Souveränitätsrechte betrachtet. Uns scheint die Frage, ob zwei, drei oder noch mehr Verwaltungszonen geschaffen werden, gegenüber der Notwendigkeit, daß es überhaupt zu Reformen kommt, von untergeordneter Bedeutung. Ähnliches gilt für den Modus der Ernennung der Generalgouverneure. Die Hauptsache ist, daß von der Pforte geeignete Männer gewählt werden. Dies dürfte sich aber auch auf andere Weise erreichen lassen als dadurch, daß die Pforte in jedem Einzelfall an die Zustimmung der Mächte gebunden ist. Man könnte zum Beispiel der Pforte grundsätzlich und ein für allemal das Versprechen abnehmen, daß als Generalgouverneure nur Männer von bestimmten, vorher zu vereinbarenden Eigenschaften eingesetzt werden sollen. Uns scheint zum Beispiel erwünscht, daß nur solche türkische Staatsmänner gewählt werden, die sich zur christlichen Religion bekennen. Die den Generalgouverneuren von Rußland zugedachte Befugnis der Beamtenernennung wird von der Pforte deshalb perhorresziert, weil sie den Einfluß der Zentralregierung für jedermann erkennbar in einer mit der Souveränität der Pforte nicht zu vereinbarenden Weise lahmlegen würde. Der Hinweis auf das Libanonreglement, das den Gouverneur gleichfalls zur Ernennung von Beamten und Richtern ermächtigt, scheint uns nicht durchschlagend. Abgesehen davon, daß Armenien etwa achtzigmal größer ist als die Libanonprovinz, und daß die dort bestehenden Einrichtungen nicht ohne weiteres auf ein so viel größeres Gebiet übertragen werden können, scheinen uns die in Libanon gemachten Erfahrungen keineswegs zu einer Wiederholung des Experiments zu ermutigen. Jeder Gouverneurwechsel würde, wie dies im Libanon schon jetzt geschieht, ein allgemeines Revirement der Beamten und Richter nach sich ziehen und die in einem reformbedürftigen Gebiete doppelt unentbehrliche Kontinuität in Verwaltung und Rechtsprechung gefährden. Das einzig Wesentliche dürfte auch hier sein, daß geeignete Leute zu Beamten und Richtern ernannt werden. Dies sicherzustellen, sollte nach unserer Meinung auch dann möglich sein, wenn das Ernennungsrecht bei der Pforte verbleibt. Die Großmächte, die das Recht der Kontrolle für sich in Anspruch nehmen, werden schon auf Grund dieses Kontrollrechtes in der Lage sein, auf die Auswahl geeigneter Persönlichkeiten hinzuwirken.

Wir würden es im Interesse der armenischen Sache lebhaft bedauern, wenn Rußland aus seinen der Pforte nicht annehmbaren Spezialforderungen eine conditio sine qua non machen und so das unter seiner dankenswerten Initiative begonnene Werk zum Scheitern

bringen würde. Bisher haben in Konstantinopel nur die Delegierten der Botschafter verhandelt. Vielleicht würde es das Zustandekommen einer Einigung erleichtern, wenn nunmehr die Botschafter selbst die Angelegenheit in die Hand nähmen.

Rosenberg

Nr. 15 386

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 535 Therapia, den 15. September 1913

Im Anschluß an Telegramm 515*.

Herr von Giers hatte mich für heute um eine Zusammenkunft zur Besprechung der armenischen Frage gebeten.

Es wurde folgendes Kompromiß verabredet, für welches Herr von Giers zunächst die Genehmigung seiner Regierung nachsuchen wird:

1. Rußland akzeptiert äußerstenfalls die türkische Zoneneinteilung.

2. Es wird versucht, durch freundliche Verständigung mit dem Großwesir dessen Einverständnis damit zu erreichen, daß die Generalinspekteure après une entente . . .** amicale avec les Puissances vom Sultan ernannt werden.

3. Deutschland akzeptiert gleiche Vertretung der Nationalitäten anstatt Proportionalität.

4. Einrichtung einer besonderen Kontrolle ist unnötig, da eine solche auf Grund Artikels 61 ohne weiteres durch Botschaften und Konsulate ausgeübt werden kann.

5. . . .** Verhandlungen mit Großwesir werden zunächst getrennt durch Hern von Giers und mich geführt.

Falls Großwesir wegen Ernennung der Generalinspekteure nach Benehmen mit den Mächten Schwierigkeiten macht, beabsichtigen ich und Herr von Giers folgende Lösung zu probieren: Die Pforte wird die Mächte bitten, geeignete Generalgouverneure auszuwählen, vorbehalte sich aber ein Einspruchsrecht.

Da nach den Reformgesetzen die Türkei sowieso die Mächte um Generalinspekteure bitten kann und wollte, so kann sie schließlich, ohne sich etwas zu vergeben, sich statt an einzelne Mächte an die Gesamtheit derselben wenden.

---

* Siehe Nr. 15 383.
** Zifferngruppe unverständlich.

Auf meine Bemerkung, daß Frankreich mit dem Projekt Mandelstam nicht einverstanden sei, erwiderte Herr von Giers: „Gerade deshalb wende ich mich an Sie.“

W a n g e n h e i m

Nr. 15 387

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Wangenheim

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 319 Berlin, den 16. September 1913

Antwort auf Telegramm Nr. 535 *.

Einverstanden. In Frage Beamtenernennung wäre eintretendenfalls mittlere Lösung auf folgender Basis denkbar: Pforte ernennt höhere Beamten nach Anhörung, mittlere auf Vorschlag der Generalinspekteure, untere Beamte werden von Generalinspekteuren ernannt.

J a g o w

Nr. 15 388

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Wien von Tschirschky **

Konzept

Nr. 1357 Berlin, den 20. September 1913

Die russische Regierung, die in unserem Botschafter in Konstantinopel den Hauptgegner ihres armenischen Reformprojekts zu vermuten scheint, hat sich unter Hinweis auf ihr vorliegende beunruhigende Nachrichten aus Armenien mehrfach hierher gewandt, um einen Ausgleich der bei den Beratungen in Konstantinopel zwischen Dreibund und Dreiverband hervorgetretenen Gegensätze zu versuchen. Zu dem gleichen Zwecke ist kürzlich Herr von Giers mit Baron Wangenheim ins Benehmen getreten. Das Ergebnis ist aus dem abschriftlich anliegenden Telegramm unseres Botschafters vom 15. d. Mts. *** ersichtlich. Wir halten eine baldige Einigung mit dem Petersburger Kabinett für erwünscht, da dieses in der Lage ist, die Ereignisse in Armenien so zu beeinflussen, daß Rußland als Grenznachbar einen Vorwand zu selbständigem Vorgehen erhält und das Reformwerk

---

* Siehe Nr. 15 386.
** Der gleiche Erlaß ging unter Nr. 1190 nach Rom.
*** Vgl. Nr. 15 386.

den anderen Mächten aus der Hand genommen wird. Falls der von Baron Wangenheim und Herrn von Giers vereinbarte Kompromiß in Petersburg akzeptiert wird, dürfte eine Basis gewonnen sein, auf der sich eine für alle Beteiligten annehmbare Lösung finden läßt. Der Hauptforderung des Dreibunds, daß die türkische Einteilung Armeniens in Sektoren und Wilajets aufrechterhalten bleiben soll, trägt der Kompromiß Rechnung. Eine Mitwirkung der Mächte bei der Ernennung der Generalinspektoren erscheint an und für sich zweckmäßig, da auf diese Weise die Auswahl geeigneter Persönlichkeiten sichergestellt werden kann. Nur wird darauf Bedacht zu nehmen sein, daß diese Mitwirkung in eine Form gekleidet wird, welche die türkische Empfindlichkeit schont und die Souveränität der Pforte tunlichst unbeeinträchtigt läßt. Diesem Erfordernis dürfte der in dem Kompromiß vorgesehene modus procedendi entsprechen.

Ew. pp. bitte ich, vorstehendes bei der dortigen Regierung vertraulich zu verwerten und deren Ansicht festzustellen.

Jagow

Nr. 15 389

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 549 Therapia, den 22. September 1913
Geheim

Im Anschluß an unsere heutige Unterredung über die armenische Frage führte Herr von Giers aus, er hoffe, daß unser Zusammenarbeiten der Ausgang nicht nur einer deutsch-russischen Kooperation zum Zweck der Erhaltung der Türkei werden möge. Von allen Mächten sei Rußland am meisten an dem Fortbestand der Türkei interessiert (!), nächst ihm Deutschland, welches bei der Teilung vor schwieriges Problem gestellt werde. Ziel der deutsch-russischen Politik müsse also sein: Verhinderung der Teilung und Reform zur Verhütung von inneren Revolutionen. Ausschließlich letztere Ziele habe die armenische Politik Rußlands im Auge. Zur Konsolidierung der türkischen Herrschaft sei es erwünscht, daß die Kleinasien vorgelagerten Inseln türkisch blieben *. Leider habe man die Absicht der Mächte, die Inseln den Griechen zu belassen, zu früh in Athen bekannt gegeben. Der griechische Hochmut sei grenzenlos; die Katastrophe werde über Griechenland bestimmt einmal hereinbrechen, könne aber aufgehalten werden, wenn die Hauptinseln der Türkei verblieben. Die Wiedereroberung der In-

* Vgl. dazu Bd. XXXVI, Kap. CCLXXVIII.

seln sei das durchaus berechtigte Ziel der heutigen türkischen Politik, von dem keine türkische Regierung ablassen könne.

Herr von Giers beabsichtigt mit seiner Sprache zunächst mein Vertrauen für unsere gemeinsame Aktion zu gewinnen. Nebenbei spricht aus seinen Worten die russische Besorgnis vor deutscher Festsetzung in Kleinasien und vor der griechischen Konkurrenz mit Bezug auf den Besitz von Konstantinopel.

Wangenheim

Nr. 15 390

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 550 Therapia, den 22. September 1913

Ich habe mit Herrn von Giers in der Frage der armenischen Reformen als gemeinsames Endziel folgendes nähere Programm vereinbart:

„1. La Sublime Porte a décidé de s'adresser aux Puissances pour leur demander de lui recommander deux inspecteurs généraux pour les deux secteurs de l'Anatolie orientale: a) Erzeroum, Trébizonde, Sivas et b) Van, Bitlis, Carpoud, Diarbékir, avec lesquels elle pourrait conclure un contrat de cinq ans; la Sublime Porte manifeste en même temps sa résolution de s'adresser au concours des puissances toutes les fois où les contrats auraient pris fin.

2. La Sublime Porte reconnaît à ces deux inspecteurs le droit de présenter à la nomination du gouvernement de Sa Majesté le Sultan les fonctionnaires supérieurs et les juges, de nommer les autres fonctionnaires ainsi que de destituer librement sans exception aucune tous les fonctionnaires de leur secteur.

3. Il y aura dans chacun des deux secteurs une assemblée élective composée par la moitié de musulmans et de chrétiens.

4. Ce même principe d'égalité sera appliqué pour la répartition de toutes les fonctions dans les deux secteurs.

5. La Sublime Porte invite les Grandes Puissances à contrôler elles-mêmes l'application des réformes par l'entremise des ambassadeurs à Cospoli et de leurs consuls sur les lieux.

6. La Sublime Porte se propose de s'entendre avec les puissances sur les autres réformes à appliquer dans les deux secteurs de l'Anatolie orientale."

Hinsichtlich der taktischen Durchführung sind wir der Meinung, daß es nicht ratsam erscheint, der Pforte schon jetzt das ganze Pro-

gramm bekannt zu geben, sondern daß das Terrain dafür allmählich vorbereitet werden müsse.

Wir beabsichtigen daher zunächst, den Großwesir zu veranlassen, die Mächte mittels Note um Empfehlung zweier Generalinspekteure zu bitten. In der Antwortnote könnten dann der Pforte die übrigen Punkte des Programms als Wunsch der Mächte mitgeteilt werden. In der Zwischenzeit müßte Großwesir von uns entsprechend bearbeitet werden. Oberster, nunmehr auch von Herrn von Giers anerkannter Grundsatz muß bleiben, daß die Pforte zu Annahme des Programms ohne gewaltsamen Druck lediglich durch Überredung veranlaßt und daß nur auf Durchführung derjenigen Punkte bestanden wird, zu denen die Pforte ihre Zustimmung gibt.

Nur unter dieser Voraussetzung habe ich Punkt 3 des Programms angenommen, der gegenüber unserem bisherigen Reformplan eine wesentliche Neuerung enthält und von der Pforte voraussichtlich abgelehnt werden wird. Herr von Giers und ich sind übereingekommen, uns über das Ergebnis unserer künftigen Besprechungen mit Großwesir gegenseitig auf dem laufenden zu halten*.

Wangenheim

Nr. 15 391

Der Geschäftsträger in Wien Prinz zu Stolberg an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 292 Wien, den 24. September 1913

Auf Erlaß Nr. 1357 vom 20. d. Mts.**

Baron Macchio, bei dem ich den Inhalt des oben bezeichneten Erlasses verwertet habe, sagt mir, der österreichisch-ungarische Geschäftsträger in Berlin sei bereits angewiesen worden, sich über die Ansicht der hiesigen Regierung dahin auszusprechen, daß Österreich-Ungarn an sich kein direktes Interesse an der armenischen Frage habe, daß es aber eine Einigung zwischen Deutschland und Rußland über diesen Punkt im Interesse des allgemeinen Friedens lebhaft begrüßen und deshalb mit allem, was die Kabinette von Berlin und St. Petersburg hierüber vereinbaren, einverstanden sein würde. Sollte es sich bei dem Reformwerk auch um Berufung fremder Sachverständiger, Rat-

---

* Am 24. September wurde das obige Telegramm mittels Erlaß Nr. 1366 bzw. 1199 nach Wien bzw. Rom mit dem Bemerken mitgeteilt: „Wir sind geneigt, uns mit den in Konstantinopel vereinbarten Richtlinien einverstanden zu erklären, sofern unsere Verbündeten gleichfalls zustimmen.“

** Siehe Nr. 15 388.

geber oder Beamten handeln, so würde die österreichisch-ungarische Regierung Wert darauf legen, hierbei nicht übergangen zu werden.

W. Prz. Stolberg

Nr. 15 392

Der Geschäftsträger in Wien Prinz zu Stolberg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 205 Wien, den 28. September 1913

Unter Bezugnahme auf Erlaß vom 24. September Nr. 1366*.

Hiesige Regierung erhebt gegen das mitgeteilte Projekt keinen Einwand und ist auch bereit, dasselbe zu unterstützen.

Sie legt jedoch Gewicht darauf, daß im Falle der Berufung ausländischer Reformorgane für die beiden anatolischen Sektoren auch die Heranziehung eines Angehörigen der Monarchie in Betracht gezogen werde. Sollte für die Generalinspektorsstellen kein Angehöriger der Monarchie gewählt werden, so müßte sie darauf bestehen, daß ein solcher für die gleichen Funktionen in einem der anderen Teile des ottomanischen Reiches bestimmt werde.

Stolberg

Nr. 15 393

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 1390 Berlin, den 30. September 1913

Angehörige der Großmächte werden als Generalinspekteure für die beiden anatolischen Sektoren voraussichtlich nicht in Frage kommen. England hatte sich bekanntlich im Frühjahr d. Js. auf Wunsch der Pforte zur Entsendung von Generalinspekteuren für Nord- und Ostanatolien bereit erklärt, mußte dann aber seine Zusage wegen russischer und französischer Empfindlichkeiten zurückziehen. Da wohl die Kandidatur jeder anderen Großmacht gleichfalls bei einem oder mehreren Mitgliedern des Mächtekonzerts auf Widerstand stoßen würde**, dürfte die Wahl schließlich auf Angehörige kleinerer neutraler Staaten fallen.

---

* Vgl. Nr. 15 390, S. 147, Fußnote*.

** Vgl. dazu das Telegramm des russischen Geschäftsträgers in Paris Sewastopulo an Neratow vom 27. September (Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis,

Für die vier nichtanatolischen Sektoren hat die Pforte unseres Wissens nicht europäische, sondern türkische Generalinspektoren in Aussicht genommen.

Was die unteren Reformorgane für Anatolien anlangt, so fragt es sich, ob nicht auch diese sich aus Angehörigen neutraler Staaten rekrutieren werden. Sollten Angehörige der Großmächte hierfür in Betracht kommen, so werden wir gern für Berücksichtigung Österreichs eintreten.

Ew. pp. ersuche ich ergebenst, vorstehendes bei Graf Berchtold vertraulich zu verwerten.

Jagow

Nr. 15 394

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 575 Therapia, den 29. September 1913
[pr. 30. September]

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 550*.

Großwesir hat erste vorsichtige Sondierung nicht ungünstig aufgenommen und namentlich Punkt 1 als diskutabel bezeichnet. Bei zweiter Besprechung äußerte er, er hoffte, eine alle Balkanstaaten befriedigende Formel zu finden.

Dagegen sagte mir Dschawid, er glaube nicht, daß seine Partei eine dauernde Mitwirkung der Mächte bei der Einsetzung der Generalinspekteure akzeptieren werde.

Herr Bompard bat mich gestern um nähere Auskunft über die gemeinschaftliche russisch-deutsche Aktion, die ihm zu mißfallen schien. Er betont Frankreichs Interesse an der Armenierfrage. Ich bezeichnete meinem Kollegen die Erklärungen, die ihm bereits von Herrn von Giers über den Charakter der gemeinsamen Demarche abgegeben waren, als zutreffend.

Wangenheim

1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 291), wonach es im französischen Außenministerium als sehr lästig betrachtet wurde, wenn für das südliche Gebiet Kleinasiens ein Deutscher zum Generalinspektor ernannt werden sollte, da Frankreich gerade dort bedeutende Eisenbahninteressen habe.

* Siehe Nr. 15 390.

Nr. 15 395

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 579 Therapia, den 29. September 1913
[pr. 30. September]

Im Anschluß an Telegramm Nr. 575 *.

Herr Bompard hat heute Großwesir wegen der armenischen Frage in derselben Weise sondiert wie Herr von Giers und ich. Said Halim war leicht erstaunt über diesen unerwarteten Schritt, welchen er auf französische Eifersucht zurückführt.

Wangenheim

Nr. 15 396

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 601 Konstantinopel, den 14. Oktober 1913

Im Anschluß an Telegramm Nr. 579 **.

Bezüglich des deutsch-russischen Projekts, welches dem Großwesir kürzlich überreicht worden war, sagte mir dieser heute, daß auch nach diesem Vorschlag die Generalinspektoren als Delegierte der Mächte erschienen, an welche die Türkei gewisse Souveränitätsrechte abzutreten habe. Es solle eine rein politische, nicht aber die administrative Frage, um die es sich bei den Reformen ausschließlich handle, aufgeworfen werden. Bei einem Konflikt zwischen Generalinspektor und Pforte würden sich die Mächte oder einzelne derselben hinter den Generalinspektor stellen. Europa wolle sich also auf Umwegen das Recht der Intervention sichern. Speziell Rußland beabsichtige, im Schafpelz in Armenien einzuziehen, um später dort als Wolf hausen zu können. Da die Privilegierung Armeniens ähnliche Ansprüche anderer Provinzen zur Folge haben würde, so bedeute sie den Anfang der Aufteilung. Nach der Auffassung der Pforte und seiner Partei müßten die Generalinspektoren türkische Beamte bleiben und im Falle eines Konflikts von der Pforte abgesetzt werden können. Die Reformen seien eine rein türkische Angelegenheit. Die Mächte seien befugt, die Reformen zu kontrollieren, nicht aber sie kraft eigenen

* Siehe Nr. 15 394.
** Siehe Nr. 15 395.

Rechts einzuführen. Zum erstenmal, seitdem das türkische Reich bestehe, habe die Pforte den ehrlichen Willen zu erkennen gegeben, mit europäischer Hilfe zu reformieren. Anstatt aber die während des Balkankriegs feierlich zugesagte Hilfe zu leisten, hätten die Mächte aus gegenseitiger Eifersucht bisher nicht erlaubt, daß fremde Beamte als Reformer angestellt würden. An politischen Gründen solle also das Reformwerk scheitern, damit Rußland unter der Eskorte der übrigen Mächte in Armenien festen Fuß fassen könne. Falls die Mächte unter den türkischen Bedingungen keine Reformer stellen wollten, so werde er sich bemühen, unter Umgehung der Regierungen Reformer zu engagieren, und falls auch dieser Versuch mißlinge, türkische Generalinspektoren ernennen. Während der Schneezeit werde in Armenien sowieso keine Revolution ausbrechen. Bis zum Frühjahr hoffe er die Reformen bereits so weit gefördert zu haben, daß in Armenien Ruhe eintrete.

Ich habe dem Großwesir erwidert, es berühre mich peinlich, daß sein anfängliches Entgegenkommen sich nunmehr in das Gegenteil verwandelt zu haben schiene. Wenn ich auch nicht bestreiten wolle, daß die Ernennung selbständiger Generalinspektoren der Pforte gewisse innere Schwierigkeiten bereiten könne, so erschienen mir doch die Gefahren aus einer rein negativen Haltung die größeren. Durch Deutschlands Vermittlung und Eingreifen sei das Projekt Mandelstam auf ein Minimum reduziert worden. Auf letzteres hätten sich aber sämtliche Mächte geeinigt, so daß die Türkei jetzt dem geschlossenen Europa gegenüberstehe. Rußland selbst habe sich überraschend konziliant erwiesen. Aus diesem Entgegenkommen und der türkischen Intransigenz könne es im Falle von Unruhen in Armenien leicht die moralische Berechtigung herleiten, dort Ordnung zu stiften. Außerdem verhandele die Pforte gegenwärtig mit den Mächten wegen der vierprozentigen Zollerhöhung. Es sei zu befürchten, daß eine oder die andere Macht ihre Zustimmung dazu von der vorherigen Regelung der armenischen Frage abhängig mache. Ohne Zollerhöhung sei aber keine Anleihe und ohne Anleihe keine Reformaktion möglich.

Auf meine schließliche Frage, ob ich die Äußerungen des Großwesirs als eine definitive Ablehnung unseres Vorschlags aufzufassen hätte, erwiderte mir Großwesir: „Non! Nous nous trouvons dans la première phase des discussions. J'ai seulement voulu vous répéter ce que j'ai dit hier à Monsieur de Giers*."

Wangenheim

---

* Auf das obige Telegramm erhielt Freiherr von Wangenheim durch Telegramm Nr. 344 vom 15. Oktober zur Antwort: „Mit Euerer Exzellenz Sprache einverstanden. Bitte weiterhin betonen, daß ablehnende Haltung eigensten Interessen der Pforte direkt zuwiderläuft."

Nr. 15 397

Der Geschäftsträger in London von Kühlmann an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 570 London, den 16. Oktober 1913

Die vertraulichen Besprechungen in Konstantinopel zwischen dem Freiherrn von Wangenheim und dem dortigen russischen Botschafter werden von der russischen Diplomatie mit großer Aufmerksamkeit verfolgt, und man verspricht sich im Falle des Gelingens von diesem Gedankenaustausch die günstigste Rückwirkung auf das deutsch-russische Verhältnis im allgemeinen.

Eine mit den Anschauungen der leitenden russischen Kreise wohlvertraute Persönlichkeit betonte, daß Rußland ebenso sehr wie England und Deutschland von der Notwendigkeit durchdrungen sei, alles für die Erhaltung der asiatischen Türkei zu tun. Über diesen grundlegenden Punkt herrsche vollkommene Übereinstimmung. Kein verantwortlicher Mann in Rußland sei so töricht, die Angliederung türkischen Gebietes zu wünschen, das nichts anderes bedeuten könne als Vermehrung des armenischen Elements in Rußland. Die Armenier hätten sich in noch weit höherem Grade als die Juden als Elemente der Zersetzung erwiesen und überall der Revolution die gefährlichsten Kämpfer gestellt. Der Kaukasus befinde sich trotz leidlicher äußerlicher Ruhe dauernd im Zustande der Gärung, und gerade das armenische Element zwinge die russischen Behörden zur strengsten Wachsamkeit. Diese Zustände ließen jeden Gedanken einer Vergrößerung auf Kosten der asiatischen Türkei unsinnig erscheinen, erklärten aber andererseits auch, warum Rußland darauf dringen müsse, daß im türkischen Grenzgebiet Ruhe und Ordnung herrsche, da sonst ein Übergreifen der Bewegung auf den Kaukasus zu befürchten sei.

R. v. Kühlmann

Nr. 15 398

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Wangenheim

Telegramm. Konzept von der Hand des Dirigenten der Politischen Abteilung Wilhelm von Stumm

Nr. 352 Berlin, den 22. Oktober 1913

Herr Sasonow hat sich bei hiesigem Aufenthalt* auf das bestimmteste dahin ausgesprochen, daß Rußland Absichten auf Türkisch-

* Über den Aufenthalt des russischen Außenministers in Berlin am 22. Oktober und seine Besprechungen mit den deutschen Staatsmännern vgl. Bd. XXXVI,

Armenien durchaus fernlägen. Die russische Regierung könne Vermehrung dieser revolutionären Elemente nicht wünschen, müsse aber mit Rücksicht auf eigene Armenier Wert auf Einführung von Reformen legen. Er begrüßt Euerer Exzellenz Zusammengehen mit Herrn von Giers und wird letzteren anweisen, Ew. pp. die Führung zu überlassen bei den Versuchen, der Pforte die vereinbarten Vorschläge schmackhaft zu machen.

Zimmermann

Nr. 15 399

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 613 Konstantinopel, den 23. Oktober 1913

Antwort auf Telegramm Nr. 352*.

Herr Sasonow hat in Berlin schon über die letzten Unterredungen Herrn von Giers' mit dem Großwesir und Dschawid unterrichtet sein müssen, nach welchen die Türkei es nunmehr kategorisch ablehnt, sich irgendwelcher Souveränsrechte zugunsten von mit der Zustimmung der Mächte ernannten Generalinspekteuren zu entäußern. Rußlands Absicht könnte wo möglich sein, uns für die so gut wie verlorene Sache vorzuschieben, deren Odium wir dann gleichzeitig Russen, Türken und Armeniern gegenüber zu tragen hätten. Ich gedenke daher, die mir zugedachte Führung erst dann zu übernehmen, wenn Großwesir seine Ablehnung Herrn von Giers und mir gegenüber schriftlich begründet hat. Was wir dann später noch etwa von der Pforte erreichen würden, hätten Rußland und Armenier ausschließlich uns zu danken. Meine Hoffnung auf Einlenken der Pforte schwindet indes täglich mehr. — Die Schwierigkeit liegt darin, daß wir nicht mit Sultan oder einer Persönlichkeit von überragendem Prestige wie Mahmud Schewket zu verhandeln haben, sondern mit dem Komitee, das heißt einer Gruppe, in welcher Ideen, aber keine Persönlichkeiten regieren. Der leitende Gedanke im Komitee ist gegenwärtig, die Türkei lieber zugrunde gehen

---

Kap. CCLXXX, Nr. 14 193. In seinem Bericht an den Zaren vom 6. November über seinen Aufenthalt in Berlin (Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911 bis 1914, ed. Fr. Stieve, III, 330) äußert sich Sasonow über das Gespräch mit Bethmann Hollweg bezüglich der Frage der armenischen Reformen: „Über unser Einverständnis, die Frage der Reformen in den armenischen Wilajets des osmanischen Reiches mit Deutschland zu erörtern, drückte der Reichskanzler mir seine höchste Befriedigung aus. Er versprach mir, sein Möglichstes zu tun, um unsere beiderseitigen Ansichten über diese Frage in den wesentlichsten Punkten in Einklang zu bringen, und bat mich nur, die Mittel zur Verwirklichung der Reformen möchten derart sein, daß sie den Stolz der Türkei so wenig wie möglich verletzen."

* Siehe Nr. 15 398.

zu lassen, als sie noch weiter unter der politischen Kontrolle der Mächte zu belassen. Selbst der versöhnliche, besonnene und von seinen Parteigenossen geschätzte Großwesir hat sich der herrschenden Strömung schließlich allmählich unterwerfen müssen, obwohl er die Gefahr der türkischen Intransigenz vollkommen erkennt. Erschwerend für die Verhandlungen wirkt die Niederlage des europäischen Konzerts in der Frage von Adrianopel, die Annäherung an Bulgarien, der Triumph der türkischen Zähigkeit in den Verhandlungen mit Griechenland und der Umstand*, daß mehrere Mächte, darunter Rußland, gegenwärtig mit der Türkei Spezialabkommen treffen und deshalb es mit ihr nicht verderben wollen. Selbst Herrn von Giers' Haltung ist von Tag zu Tage versöhnlicher geworden. Neuerdings will er sogar türkische Generalinspekteure und Mitwirkung der Pforte bei Absetzung der Generalinspekteure konzedieren. — Ich habe öfters den Eindruck, als ob Rußland nur nach einem Wege suchte, um aus der Sache herauszukommen. Auch Frankreich ist neuerdings viel weniger empressiert, während England schweigt, Italien und Österreich aber erkennen zu geben scheinen, daß sie nicht mehr verlangen, als die Türkei selbst konzedieren würde**. — Aus alledem muß die Pforte die Überzeugung gewinnen, daß sie auch in diesem Falle nicht viel riskiert, wenn sie sich dem angeblich einigen Europa widersetzt.

Wangenheim

Nr. 15 400

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Wangenheim

Konzept

Nr. 984 Berlin, den 24. Oktober 1913
[abgegangen am 25. Oktober]

Antwort auf Telegramm Nr. 613***.

Nach hiesigen Eindrücken liegt es keinenfalls in Rußlands Absicht, uns in der armenischen Frage vorzuschieben, um das Odium eines etwaigen Scheiterns der Reformen auf uns abzuwälzen. Herr Sa-

* Vgl. zu allem diesem Bd. XXXVI, Kap. CCLXXVII und CCLXXVIII.

** In ähnlichem Sinne hatte Freiherr von Wangenheim schon am 20. Oktober privatim an Unterstaatssekretär Zimmermann geschrieben: „Ich muß unbedingt vermeiden, daß Rußland gegen uns mißtrauisch wird und den türkischen Widerstand auf eine geheime deutsche Einwirkung zurückführt. Dieser Punkt ist wichtiger als das ganze armenische Programm. Giers selbst ist gegenwärtig nicht sehr pressiert, da er vor allen Dingen seinen Akkord durchbringen möchte. Außer Rußland machen gegenwärtig auch Frankreich, Österreich und Italien der Türkei stark den Hof. Nur England ist wie in einer Versenkung verschwunden."

*** Siehe Nr. 15 399.

sonow zeigte sich ehrlich erfreut über die vertrauensvolle Kooperation Euerer Exzellenz mit Herrn von Giers und wollte an dieser gemeinsamen Arbeit nichts ändern. Er stimmte aber unserer Ansicht zu, daß man die Pforte zur Annahme des vereinbarten Programms mit möglichster Schonung bewegen müsse, und versprach in diesem Zusammenhang, Herrn von Giers anzuweisen, daß er nicht schärfer vorgehen solle als sein deutscher Kollege: bei den Versuchen, der Pforte die verabredeten Vorschläge schmackhaft zu machen, sollten Euer pp. das Maß der Dringlichkeit der Einwirkung bestimmen. Nur in diesem Sinne sollte Ihnen die Führung zufallen, im übrigen aber sollte die Angelegenheit selbstverständlich auch dem Großwesir gegenüber weiter von Ihnen und Herrn von Giers gemeinsam betrieben werden.

Wie Euer pp. telegraphisch mitgeteilt ist, stellte Herr Sasonow auf das bestimmteste und in durchaus überzeugender Weise in Abrede, daß Rußland auf Türkisch-Armenien Absichten hätte. Die Schwierigkeiten, die den russischen Behörden von den bereits zu Rußland gehörigen Armeniern gemacht werden, ließen dem Petersburger Kabinett eine Vermehrung dieses revolutionären Elements nur unerwünscht erscheinen. Dagegen müßte Rußland allerdings sowohl mit Rücksicht auf seine armenische Bevölkerung wie im eigenen Interesse der Türkei auf Reformen in den armenischen Wilajets Wert legen. Das Beispiel Mazedoniens zeigte, daß zur erfolgreichen Durchführung des Reformwerks eine gewisse Mitwirkung der Mächte bei der Bestellung der Generalinspekteure unerläßlich sei. Das Fehlen einer solchen Mitwirkung wäre nach Herrn Sasonows Ansicht in erster Linie für das Scheitern der mazedonischen Reformen verantwortlich. Der Minister bezeichnete das von Euer pp. mit dem russischen Botschafter ausgearbeitete Reformprogramm als geeignete Basis und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Pforte bei ruhiger Weiterarbeit unserer beiden Vertreter schließlich für die Annahme wenigstens der wesentlichen Forderungen des Programms zu gewinnen sein werde.

Euer pp. darf ich hiernach bitten, in der armenischen Frage weiter möglichst vertrauensvoll mit Ihrem russischen Kollegen zusammenzugehen. Die in letzter Zeit zutage tretende versöhnlichere Haltung des Herrn von Giers dürfte der Kooperation nur zugute kommen. Denn diese wurde anfangs hauptsächlich dadurch erschwert, daß Rußland für die von uns beobachteten Rücksichten auf die Empfindlichkeit und Eigenliebe der Türkei nicht genügendes Verständnis zeigte. Im armenischen Interesse schärfere Forderungen zu stellen oder größeres Empressement an den Tag zu legen als Rußland, haben wir keinen Anlaß.

Mit der Absicht Euer pp., vom Großwesir zunächst eine schriftliche Rückäußerung zu verlangen, sind wir vollkommen einverstanden.

Zimmermann

Nr. 15 401

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 616 Konstantinopel, den 28. Oktober 1913

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 613*.

Die Herrn von Giers und mir vom Großwesir in Aussicht gestellte Erklärung über die Stellung der türkischen Regierung zu armenischen Reformen lautet:

„Le Gouvernement Impérial étant résolu d'entreprendre les réformes dont le besoin se fait sentir de façon la plus pressante dans tout l'empire appliquera incessamment les lois et règlements qu'il a élaborés à cet effet et dont la mise en vigueur complète fut retardée jusqu'ici par les événements balkaniques.

Afin de mettre rapidement à bonne fin les réformes désirées il compte profiter dans la mesure la plus large de l'aide morale et matérielle que les Grandes Puissances ont bien voulue lui promettre à maintes reprises et leur demandera de lui procurer les personnes dont il désire s'assurer le concours qu'il considère indispensable pour son œuvre de relèvement.

Le Gouvernement de Sa Majesté Impériale le Sultan est décidé à faire tout ce qui sera nécessaire pour rendre ce précieux concours le plus efficace et le plus productif possible tout en veillant avec un soin jaloux à ce qu'en aucun cas et sous aucun prétexte il soit porté la moindre atteinte aux droits souverains de Sa Majesté Impériale le Sultan et à l'indépendance du pays."

Großwesir bemerkt hierzu, daß er nach der Verweigerung englischer Reformer aus innerpolitischen Gründen zwar außerstande wäre, andere als türkische Generalinspekteure einzusetzen; es läge in seiner Hand, hierzu gefügige Persönlichkeiten zu ernennen, so daß eigentliche Leitung der Reformen dem jedem Generalinspekteur beizugebenden europäischen Gehilfen und dessen technischen Unterorganen (gleichfalls Europäer) zufallen müsse. Erfolg läge dann ausschließlich in den Händen der Reformer, deren Mithilfe er lebhaft begrüßen würde.

Großwesir wies hin auf Reform des Zollwesens durch Crawford als beweiskräftiges Analogon. Crawford habe sich geweigert, oberste Leitung zu übernehmen, da seine Arbeit nur unter Deckmantel türkischer Oberleitung Erfolg verspräche.

Vorschlag von Gehilfen als Substitute der Generalinspekteure ist neu und erscheint mir diskutabel. Derselbe ist vorläufig nur mir als ganz vertraulich unterbreitet worden.

Wangenheim

---

* Siehe Nr. 15 399.

Nr. 15 402

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 622 Konstantinopel, den 29. Oktober 1913

Antwort auf Erlaß Nr. 984*.

Herr von Giers sagte mir, er habe aus einer Unterredung mit Großwesir den bestimmten Eindruck gewonnen, daß Said Halim, obwohl persönlich entgegenkommend, unter dem chauvinistischen Druck des Komitees steht und unser Programm deshalb nicht annehmen könne und werde. Ein zwischen Herrn von Giers und mir verabredeter weiterer Vermittelungsvorschlag — Pforte wählt Generalinspektoren aus je drei von den Mächten bezeichneten Kandidaten — wurde vom Großwesir kategorisch abgelehnt. Letzterer will nur zugestehen — dies ist überhaupt das erste Zugeständnis, welches die Türkei amtlich vindiziert —,

1. daß den Generalinspekteuren je ein europäischer Berater beigegeben wird, und daß die Pforte sich verpflichtet, diese Berater von derjenigen Macht zu erbitten, welche ihr von der Gesamtheit der Mächte empfohlen wird,

2. daß die Generalinspekteure sich den Ratschlägen der Berater unterzuordnen haben, und

3. daß das Mandat der Berater fünf Jahre währt und einmal, höchstens zweimal, erneuert wird.

Herr von Giers meint, dieser Vorschlag, den wir vorläufig natürlich bekämpfen müßten, und der wahrscheinlich auch Herrn Sasonow mißfallen werde, sei schließlich als äußerstes Minimum akzeptierbar, wenn die Berater nicht von einer, sondern von allen Mächten vorgeschlagen würden.

Wangenheim

Nr. 15 403

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in Petersburg Grafen von Pourtalès

Telegramm. Konzept

Nr. 215 Berlin, den 4. November 1913

Der Kaiserliche Botschafter in Konstantinopel meldet**:

„Großwesir sagte mir, daß er aus heutiger Unterhaltung mit Herrn von Giers den Eindruck gewonnen habe, daß Rußland die Einsetzung

---

* Siehe Nr. 15 400.

** Telegramm Nr. 633 vom 3. November.

von Generalinspekteuren unter Garantie der Mächte fallen lasse. Herr von Giers habe ihn um eine schriftliche Fixierung der Gerechtsame ersucht, welche den den Generalinspekteuren beizugebenden europäischen Beamten zugedacht seien. Großwesir glaubt, daß wir uns der Lösung der Frage nähern."

Ew. pp. wollen sich ohne besonderes Empressement bei geeigneter Gelegenheit für Annahme des türkischen Vorschlags aussprechen. Der gleiche Standpunkt wird hier Herrn Sverwejew gegenüber vertreten.

Zimmermann

Nr. 15 404

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 641 Konstantinopel, den 7. November 1913

Im Anschluß an Telegramm Nr. 633*.

Von Giers und ich sind über folgenden weiteren Vermittelungsvorschlag übereingekommen und haben ihn unter Hinweis auf den rein persönlichen Charakter unseres Schrittes sondierend mit dem Großwesir besprochen:

„1) La Sublime Porte a décidé de s'adresser aux Puissances pour leur demander de lui recommander deux conseillers qui devront assister les deux inspecteurs généraux que le Gouvernement Impérial Ottoman a placés à la tête des deux secteurs de l'Anatolie Orientale: a) Erzeroum, Trébizonde, Sivas et b) Van, Bitlis, Carpoud, Diarbékir.

La Sublime Porte déclare vouloir conclure avec ces conseillers un contrat et manifeste en même temps de sa résolution de s'adresser dans l'espace de dix ans au concours des Puissances toutes les fois où ces contrats auraient pris fin.

2) La Sublime Porte reconnaît aux deux inspecteurs généraux et à leurs conseillers le droit de nommer et de destituer conjointement tous les fonctionnaires et tous les juges de leurs secteurs.

3) Les instructions à donner aux inspecteurs généraux seront élaborées par la Sublime Porte après entente avec les ambassades.

4) Tous les pouvoirs conférés aux inspecteurs généraux par leurs instructions seront exercés par eux de concert avec les conseillers. Aucun acte émanant de l'inspecteur général ne sera valable s'il est pris sans accord avec le conseiller. En cas de divergence entre l'inspecteur général et le conseiller, la question sera portée par devant la Sublime Porte qui statuera après entente avec les ambassades.

---

* Vgl. Nr. 15 403 nebst Fußnote.

5) Il y aura dans chacun des deux secteurs de l'Anatolie Orientale une assemblée élective composée par la moitié de musulmans et de chrétiens.

6) Ce même principe d'égalité sera appliqué pour la répartition de toutes les fonctions dans les deux secteurs."

Punkt 1 ist von Said Halim so gut wie angenommen. In den übrigen Punkten werden wir noch verschiedenes nachlassen müssen.

Wangenheim

Nr. 15 405

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 333 Pera, den 19. November 1913

In den Verhandlungen, welche Herr von Giers und ich mit dem Großwesir wegen der armenischen Reformen führen, ist wiederum ein nicht unwichtiger Fortschritt zu verzeichnen.

Auf unseren Wunsch hatte der Großwesir uns eine Aufzeichnung seiner Ansichten über die den Generalinspekteuren beizugebenden europäischen Berater und deren Gerechtsame zugehen lassen. Das Memoire, von welchem ich Abschrift beifüge*, trägt den Charakter eines Gegenprojektes zu unserem letzten Vermittelungsvorschlage. Um dem Großwesir entgegenzukommen, haben wir die Verhandlungen zunächst auf Grund seiner Denkschrift aufgenommen. Herrn von Giers ist es dabei gelungen, Said Halim zu folgenden Zugeständnissen zu bringen, die Seine Hoheit persönlich mit Bleistift in ein jetzt im Besitze des russischen Botschafters befindliches Exemplar der Denkschrift eingetragen hat. Dem Artikel 1 wurde hinzugefügt: „La Sublime Porte s'adressera aux Grandes Puissances pour leur demander de lui recommander ce conseiller." Dagegen erhielt der Artikel 5 nach „Grand Vézirat" den Zusatz: „qui lui donnera la suite qu'elle comporte. L'inspecteur général ne prendra pas de disposition administrative sans accord préalable avec le conseiller. En cas de divergence entre l'inspecteur général et le conseiller, si dans un délai d'un mois le différend n'est pas tranché, c'est l'avis du conseiller qui prévaudra."

Hiernach besteht heute schon ein Einverständnis zwischen der Pforte und uns darüber,

1) daß die türkische Souveränität nach außen hin vollkommen gewahrt bleiben soll. Die Generalinspekteure werden Türken sein und von der Pforte ein- und abgesetzt werden.

---

* Siehe Anlage.

2) daß die eigentliche Verwaltung Armeniens in die Hände zweier von den Mächten bestellter „Berater" gelegt werden soll.

Die Hauptschwierigkeit des Problems dürfte damit überwunden sein, und ich glaube, daß es nunmehr hauptsächlich darauf ankommt zu verhindern, daß bei den Diskussionen über die weiteren Punkte unseres Programms uns der Großwesir wieder ausbricht. Ich wirke in diesem Sinne auf Herrn von Giers ein, der eine gewisse Neigung für Paragraphen und Formeln hat. Ich glaube, daß wir weiter kommen, wenn wir die Frage mehr politisch als administrativ behandeln, nicht nur den Türken gegenüber, sondern auch im Hinblick auf die spätere Verwaltung Armeniens. Es erscheint mir bedenklich, die zukünftige Verwaltung allzu eng an ein bestimmtes Programm zu binden, zu dessen Abänderung dann doch wieder der schwerfällige Apparat des Meinungsaustausches zwischen den Mächten in Bewegung gesetzt werden müßte. Nützlicher wäre es, die europäischen Berater zunächst — etwa ein Jahr — praktische Erfahrungen sammeln zu lassen und dann ihre Vorschläge anzuhören. Namentlich gilt dies in der Frage der „assemblées électives" und von deren Zusammensetzung. Niemand kann heute mit Bestimmtheit sagen, ob es praktischer wäre, derartige beratende Körperschaften in den Sektoren oder in den einzelnen Wilajets zusammentreten zu lassen. Auch ob und wo die Proportionalität oder die Gleichheit bezüglich der christlichen und mohammedanischen Vertretung in den elektiven Körpern und bei der Verteilung der administrativen Funktionen vorzuziehen ist, wird sich nur auf Grund längerer Erfahrungen an Ort und Stelle feststellen lassen. Fraglich ist es auch, ob wir absolut auf dem Rechte der Generalinspekteure und ihrer Adjoints, die Beamten zu ernennen und abzusetzen, bestehen sollen. Nach der Stellung, welche die Pforte den fremden Beratern einräumen will, wären diese ohne weiteres in der Lage, einen ungeeigneten Beamten zu suspendieren und seine Stelle vorläufig zu besetzen. Der Pforte würde nichts übrig bleiben, als eine derartige Handlung später zu sanktionieren. Würden wir jetzt der Pforte zumuten, den Generalinspekteuren das Recht der Ernennung und Absetzung feierlich zuzuerkennen, so würden wir dabei wahrscheinlich auf einen nicht zü überwindenden Widerstand stoßen, an welchem schließlich die ganze Reform scheitern könnte. Meine Taktik geht daher dahin, einerseits den Türken zu raten, unseren Vorschlägen weitmöglichst entgegenzukommen, andererseits aber Herrn von Giers nahezulegen, das bereits Erreichte nicht nun durch zu scharfes Bestehen auf rein formalistischen Forderungen zu kompromittieren und uns lieber das Recht zu reservieren, nach einem Jahre auf Grund praktischer Vorschläge der Generalinspektionen auf die Sache zurückzukommen.

Alles kommt darauf an, daß so schnell wie möglich die Generalinspektionen eingerichtet werden. Ich bin überzeugt, daß die gegenwärtige türkische Regierung alles daran setzen wird, um dem neuen

Regime in Armenien zu einem Erfolge zu verhelfen. Denn sie kennt zu gut die Gefahren, welche die Türkei bei einem Mißlingen der Reformen bedrohen würden. Durch rasches, praktisches Angreifen wird das armenische Problem leichter gelöst werden als durch langwierige Diskussionen über Prinzipienfragen.

Wangenheim

Anlage

Des conseillers étrangers qui seront adjoints aux inspecteurs généraux.

Article 1

A chaque inspecteur général il sera adjoint pour un délai de dix ans un conseiller étranger ayant des connaissances spéciales.

Article 2

Le conseiller a pour attributions de seconder l'inspecteur général dans les inspections et réformes générales de la compétence de l'inspecteur général. Il est l'autorité immédiate des inspecteurs en chef des sections administratives de la circonscription inspectorale et préside la commission d'inspection et de réformes composée par ces inspecteurs.

Article 3

Le conseiller examine les rapports d'inspection dressés par ces inspecteurs, et les transmet à l'inspecteur général soit directement soit après en avoir fait discuter par la commission d'inspection les parties qu'il jugerait nécessaires d'y référer. Le conseiller ajoutera son avis personnel sur les questions faisant l'objet de ces rapports.

Article 4

L'inspecteur général mettra en application les décisions de ladite commission ou les rapports d'inspection qui lui sont directement transmis par le conseiller, en tant que leur objet serait de sa compétence. Il s'en référera aux Départements intéressés pour les questions nécessitant des instructions.

Article 5

En cas de divergence de vue entre l'inspecteur général et le conseiller, sur des questions se rapportant aux inspections et aux rapports, la question en litige sera soumise au Grand Vézirat accompagné d'un exposé de motifs. C'est le Conseil des Ministres qui examine et décide la solution à y apporter.

Nr. 15406

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 335 Pera, den 21. November 1913

Oberst Dschemal Bey, der Referent und die ausschlaggebende Persönlichkeit des Komitees „Union et Progrès“ in allen armenischen Fragen, dinierte gestern auf der Kaiserlichen Botschaft. Nach Tische redete er mich auf das Reformprojekt an. Seine Auslassungen waren schwer mit der bisherigen versöhnlichen Haltung des Großwesirs in Einklang zu bringen. Dschemal meinte, daß seine Partei die europäische Intervention, auch wenn sie nur in versteckter Form wie bei der Bestellung von Beratern der Generalinspekteure durch die Mächte zum Ausdruck komme, entschieden ablehne. Dagegen sei das Komitee durchaus bereit, europäischen Generalinspekteuren, welche die Türkei selbst gewählt habe, eine vollkommene administrative Unabhängigkeit zu konzedieren und dieselben mit allen Gerechtsamen auszustatten, welche die Mächte jetzt für die europäischen Berater verlangten. In ihr souveränes Recht, ihre Beamten selbst zu ernennen, werde sie sich aber durch keine Macht, auch nicht durch die Gesamtheit der Mächte hineinreden lassen. Außerdem würde ein Generalinspekteur oder Berater, welcher als Organ der Mächte erschiene, sofort die gesamte muselmanische Bevölkerung gegen sich haben, woran das ganze Reformwerk Schiffbruch leiden würde*.

Auf meine Bemerkung, daß er sich früher viel weniger intransigent gezeigt habe, erwiderte Dschemal, daß sich inzwischen die Lage bedeutend verändert habe. Die Erwartungen, welche die Bevölkerung an die Leistungen des Komitees knüpfe, seien nach den diplomatischen Erfolgen der Türkei bei den letzten Friedensschlüssen bedeutend gestiegen. Die Enttäuschung dieser Hoffnungen würde sich bei den bevorstehenden Wahlen geltend machen und das Komitee vielleicht in die Minorität bringen. Dann sei seine Partei vor die Alternative gestellt, entweder eine Gewaltherrschaft einzurichten oder das Land einer vollkommenen Anarchie zu überlassen, da eine andere regierungsfähige Partei nicht vorhanden sei. Bis vor kurzem habe das Komitee noch an die Ehrlichkeit Rußlands in der armenischen Frage deshalb geglaubt, weil Deutschland sich an Rußlands Seite gestellt habe. Inzwischen seien aber seiner Partei über die wahren Absichten Rußlands die Augen aufgegangen. Nach dem Attentat gegen Mahmud Schewket habe er außer den kompromittierten Ententisten auch einige Leute

* Vgl. dazu auch das spätere Urteil Dschemal Paschas in seinen „Erinnerungen eines türkischen Staatsmannes“, S. 67 ff.

seiner Partei nach Sinope verbannt, die dort Spionendienste geleistet hätten. Von einem dieser Vertrauensleute sei ihm nun vor einigen Wochen gemeldet worden, daß er nebst fünf anderen Verbannten mit dem russischen Konsul eine Zusammenkunft gehabt habe. Von dem Konsul sei ihnen eröffnet worden, daß Herr von Giers ihn beauftragt habe, die Korrespondenz der Verbannten mit ihren auswärtigen Freunden zu vermitteln. Die Antworten der letzteren müßten in Kuverten, die durch besondere Buchstaben gekennzeichnet seien, an das Konsulat adressiert werden. Durch die Spione sei ein Teil der auf die geschilderte Weise entstandenen Korrespondenz in seinen Besitz gelangt. Darunter befänden sich verschiedene Briefe, welche der bekannte, zum Tode verurteilte Agitator Scherif Pascha von Paris nach Sinope gerichtet habe. Vor einigen Tagen sei es dem Konsul sogar gelungen, einem der Exilierten zur Flucht zu verhelfen. Wegen aller dieser Vorgänge habe er Herrn Mandelstam zur Rede gestellt, von welchem die Schuld auf den Konsul abgewälzt worden sei. Selbstverständlich werde er sich damit nicht zufrieden geben, sondern zu dem geeigneten Momente die Berichte seiner Vertrauensleute und die beschlagnahmten Dokumente in der Presse veröffentlichen. Jedenfalls stände es nach dem Vorgefallenen für seine Partei fest, daß die freundliche Haltung, welche Herr von Giers gegenwärtig seiner Partei gegenüber zur Schau trage, nichts als Heuchelei sei. Rußland betrachte das Komitee als seinen Gegner und arbeite mit verwerflichen Mitteln an seinem Sturz. Es sei deshalb begreiflich, wenn das Komitee den russischen Reformvorschlägen nunmehr mit dem äußersten Mißtrauen gegenüberstehe.

Bei den Verhandlungen mit dem Großwesir, die morgen fortgesetzt werden sollen, wird es sich bald herausstellen, ob die Besorgnisse Dschemals sich inzwischen auch der Regierung mitgeteilt haben. Einige erregte Äußerungen des Großwesirs zu Markgraf Pallavicini lassen dies befürchten.

Soeben berichtet mir Herr von Tyszka* über Äußerungen, welche der Direktor der Politischen Abteilung im Ministerium des Äußern Salih Bey ihm gegenüber in einer vertraulichen Unterredung über Dschemal Bey getan hat:

„Die Militärdiktatur ist schon da. Dschemal Bey ordnet an, und die anderen gehorchen. Dschemal ist sehr fähig und wie Talaat außerordentlich energisch. Aber nicht Talaat ist der Diktator, sondern Dschemal Bey.

Die Kiamil Pascha und Gabriel Noradunghian, der zitternd zu den Botschaftern lief und um Schiffe bat, da die Bulgaren in Konstantinopel einrücken würden, wären nie zum Vormarsch der Armee entschlossen gewesen, wie es Dschemal und Talaat waren. Wenn auch Not am Mann ist, so weit darf ein Minister des Äußern nie gehen. Ein solches Dementi darf er sich nie geben . . .

---

* Deutscher Journalist in Konstantinopel.

Die Furcht, die früher war, nur ja keinem Christen ein Haar krümmen, lieber alle Türken opfern, gibt es jetzt nicht mehr. Die Zeit ist jetzt vorbei. Dschemal und Talaat wollen und handeln auch. Ich bewundere sie doch.“ —

Tyszka fügt dem hinzu:

„Dieses letzte Geständnis trotz aller Ausstellungen eines so vortrefflichen, ehrlichen Mannes wie Salih Bey ist sehr bezeichnend. Das System wird verurteilt, die Erfolge werden aber bewundert.“ —

Wangenheim

Nr. 15 407

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Wangenheim

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 1113 Berlin, den 30. November 1913

Ew. pp. beehre ich mich zu benachrichtigen, daß ich die in dem gefälligen Bericht Nr. 333 vom 19. d. Mts.* entwickelten Ansichten über die armenische Reformfrage teile und den Kaiserlichen Geschäftsträger in St. Petersburg angewiesen habe, Sie bei den weiteren Verhandlungen durch entsprechende Einwirkung auf die russische Regierung nach Möglichkeit zu unterstützen.

Jagow

Nr. 15 408

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 339 Pera, den 26. November 1913
[pr. 30. November]

In der armenischen Frage waren meine Bemühungen in den letzten Tagen hauptsächlich darauf gerichtet, das plötzlich neu erwachte türkische Mißtrauen gegen Rußland und die Zweifel zu bekämpfen, die infolge unseres Zusammengehens mit Rußland an der Aufrichtigkeit der deutschen Armenierpolitik entstanden waren. Bei einer längeren vertraulichen Aussprache mit dem Großwesir führte ich aus, daß der Pforte bei der Beurteilung des Vorgehens der Mächte wegen Armeniens der wichtigste Punkt bisher vollkommen entgangen sei. Bisher

* Siehe Nr. 15 405.

und besonders seit 1908 sei die armenische Angelegenheit eine zwischen Rußland und der Türkei schwebende Spezialfrage gewesen, aus der Rußland jederzeit einen Vorwand zu bewaffnetem Einschreiten hätte herleiten können. Mit der Vorlegung des Projekts Mandelstam hätte Rußland seinen bisherigen Standpunkt aufgegeben und die Frage zu einer internationalen gemacht. Diese Wendung bedeute einen Glücks-zufall für die Türkei und sei als solcher von allen wirklichen Freunden der Türkei und deshalb auch von der Kaiserlichen Regierung begrüßt worden. Nachdem Rußland anerkannt habe, daß in Armenien alle Mächte ein Wort mitzusprechen hätten, sei es für Rußland gänzlich ausgeschlossen, ohne Verständigung mit den übrigen Mächten Gewaltmaßnahmen wegen armenischer Vorgänge gegen die Türkei zu ergreifen. Die zuständige politische Stelle bezüglich Armeniens sei nunmehr das europäische Konzert, in welchem die Freunde der Türkei zu Worte kommen würden. Daß die Pforte mit der Gesamtheit der Mächte sich eher abzufinden weiß als mit einzelnen Mächten, habe der türkische Erfolg in der Adrianopler Frage bewiesen.

Der Großwesir stimmte meinen Ausführungen schließlich bei, bemerkte aber, daß seine Parteifreunde und das türkische Volk noch nicht aufgeklärt genug seien, um den von mir geschilderten Zusammenhang der Dinge zu verstehen. Das Volk glaube, daß die Mächte sich zu einem Vorstoß gegen die türkische Souveränität zusammengetan hätten, um damit das Demembrement des Reiches vorzubereiten. Er selbst stehe auf dem Standpunkte, daß seine Verhandlungen mit Herrn von Giers und mir unbedingt zu einem praktischen Resultat führen müßten. Unannehmbar für ihn seien geschriebene Programme, wie sie ihm wiederholt von Herrn von Giers vorgelegt worden seien, und in denen die Ingerenz der Mächte in einer das türkische Gefühl verletzenden Weise zum Ausdruck gebracht werde. Derartige Programme könne er nicht einmal dem Komitee gegenüber, geschweige denn in der Kammer, die das letzte Wort in der Sache zu sprechen habe, vertreten. Es müßte eine Formel gefunden werden, welche unseren Ansprüchen gerecht werde, ohne das türkische Selbstgefühl zu verletzen.

Die Bemerkung des Großwesirs über die wiederholte Vorlegung von Programmen bezieht sich auf den in Abschrift beigefügten Vorschlag*, welchen Herr von Giers, ohne sich vorher mit mir zu verständigen, dem Großwesir unterbreitet hat, und in welchem nach seiner (Giers') Ansicht der türkische Standpunkt in der Frage zum Ausdruck gebracht worden ist. Die genaue Präzisierung unserer Forderungen in diesem Projekte macht letzteres für die Pforte von vornherein unannehmbar.

Wangenheim

---

* Siehe Anlage.

Anlage

Article I

La Sublime Porte a décidé de s'adresser aux Puissances pour leur demander de lui recommander deux Conseillers qui seront adjoints aux deux Inspecteurs Généraux que le Gouvernement Impérial Ottoman a placés à la tête des deux secteurs de l'Anatolie Orientale: a) Erzeroum, Trébizonde, Sivas et b) Van, Bitlis, Carpoud, Diarbékir.

La Sublime Porte déclare vouloir conclure avec ces Conseillers des contrats et manifeste en même temps de sa résolution d'avoir recours dans l'espace de dix ans à la recommandation des Puissances toutes les fois où ces contrats auraient pris fin.

Article II

Toutes les mesures ordonnées d'un commun accord par l'Inspecteur Général et le Conseiller dans les questions administratives, financières ou judiciaires sont définitives et devront être exécutées par les autorités civiles et militaires de qui dépend leur exécution.

Article III

Les Inspecteurs Généraux exercent le droit de révoquer tous les fonctionnaires de leurs secteurs, droit qui leur a été accordé par les instructions annexées à la Note Circulaire de la Sublime Porte en date du 1er juillet 1913, conjointement avec les Conseillers.

Ils auront également le droit de nommer conjointement tous les fonctionnaires et juges dont la nomination n'a pas besoin d'un Iradé Impérial. Quant aux fonctionnaires et juges dont la nomination exige la sanction souveraine, ils auront le droit de présenter leurs candidats à l'approbation de Sa Majesté le Sultan.

Article IV

Les „Instructions relatives aux devoirs et attributions des Inspecteurs Généraux" annexées à la Note Circulaire de la Sublime Porte du 1er juillet 1913 sub No 34 233—75 seront revues et mises en concordance avec les intentions de la Sublime Porte dans la présente Note.

Article V

Le Conseiller est l'autorité immédiate de laquelle dépend le service d'inspection du secteur. Il préside la Commission d'inspection formée par les Inspecteurs en chef toutes les fois qu'il juge à propos de les convoquer.

Article VI

Le Conseiller vérifiera, soit en personne soit par les Inspecteurs placés sous ses ordres, la situation des vilayets de son secteur, de même

qu'il vérifiera tous les incidents et les questions administratives, financières ou judiciaires d'ordre général ou de caractère particulier ou privé qui pourraient surgir. Le Conseiller examinera les rapports dressés par les Inspecteurs et les transmettra à l'Inspecteur Général, soit directement, soit après avoir fait discuter, par la Commission d'Inspection, les parties qu'il jugerait nécessaire d'y référer. Le Conseiller ajoutera toujours son avis personnel sur les questions faisant l'objet de ces rapports.

Article VII

L'Inspecteur Général mettra en exécution les rapports d'inspection et les décisions de la Commission approuvés par le Conseiller et soumis par lui.

Article VIII

L'Inspecteur Général ne prendra aucune mesure d'ordre administratif, financier ou judiciaire sans accord préalable avec le Conseiller. En cas de divergence entre l'Inspecteur Général et le Conseiller, la question en litige sera soumise au Grand Vézirat qui lui donnera la suite qu'elle comporte (après entente avec les Ambassades). Si le différend n'est pas tranché dans le délai d'un mois, c'est l'avis du Conseiller qui prévaudra.

Article IX

En ce qui concerne les décisions prises par le Conseiller relativement aux questions 1) touchant à l'application des lois ou 2) n'ayant pas un caractère général ou 3) présentant un caractère d'urgence, elles seront exécutées sans délai et sans recours au Grand Vézirat.

Article X

Les membres élus aux Assemblées Générales et aux Conseils Administratifs seront par moitié musulmans et non-musulmans.

Ce même principe d'égalité sera appliqué pour la répartition de toutes les fonctions publiques dans les deux secteurs.

Article XI

La compétence législative et budgétaire des Assemblées Générales sera étendue dans la mesure prévue par le projet de loi de 1880.

Article XII

Les recrues domiciliées dans chaque secteur y feront, en temps de paix, leur service militaire. Les régiments Hamidié seront licenciés.

Article XIII

Les lois, décrets et avis officiels seront publiés dans chaque secteur dans les langues locales. Chaque particulier aura le droit devant les tribunaux et devant l'administration de faire usage de sa langue. Les

jugements des tribunaux seront libellés en turc et accompagnés, si possible, d'une traduction dans la langue des parties.

Article XIV

Chaque nation a le droit de créer des taxes spéciales pour pourvoir aux besoins de ses écoles. La perception aura lieu sous forme de centimes additionnels.

Article XV

Le Conseiller présidera la Commission qui sera chargée de trancher les conflits agraires et de restituer aux Arméniens les terres dont ils ont été dépossédés.

Article XVI

La justice sera réorganisée.

Nr. 15 409

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 351 Pera, den 3. Dezember 1913

Der Großwesir hatte mich kürzlich gebeten, ihm als seinem persönlichen Freunde* einen Rat zu erteilen, wie er aus dem schwierigen Dilemma, in welchem er sich in der Armenierfrage gegenüber seiner Partei und den Mächten befinde, herauskommen könne, ohne sich etwas zu vergeben. Ich hatte dem Großwesir darauf als meine ganz persönliche Ansicht folgendes ausgeführt: Der Pforte sei seinerzeit von den Mächten aktive Unterstützung bei der Konsolidierung der kleinasiatischen Verhältnisse nach Friedensschluß versprochen worden. Andererseits habe die Pforte bereits weitgehende Reformpläne ausgearbeitet und teilweise zu Gesetzen erhoben, nach welchen fremde Instrukteure zur Unterstützung der türkischen Stellen bei dem Reorganisationswerke berufen werden sollten. Es wäre daher ganz natürlich und könne die türkische Eigenliebe in keiner Weise verletzen, wenn die Pforte sich nunmehr gleichzeitig an sämtliche Kabinette mit der Bitte wende, die Mächte möchten ihre gegebene Zusage nunmehr erfüllen und der Pforte für jeden der armenischen Sektoren je eine oder mehrere Persönlichkeiten bezeichnen, welche nach Ansicht der Regierungen geeignet seien, den türkischen Generalinspekteuren als Berater zur Seite zu stehen. In dem Schreiben an die Kabinette möge die Pforte dann im einzelnen die Rechte aufführen, welche den Generalinspektoren und den Beratern zustehen sollten. Bei der Privilegierung dieser Beamten könne die Pforte leicht bis an die Grenze dessen gehen, was Herr von Giers

* sic!

und ich verlangten. Denn sie handle ja aus eigener Initiative und behalte sich die Anstellung der fremden Berater als türkische Beamte ausdrücklich vor. Die Mächte würden dann vielleicht dem Antrage der Pforte mit der Erklärung entsprechen, daß sie von den Zusicherungen Akt nähmen, welche die Pforte bezüglich der Stellung der Berater gegeben habe.

Wie mir Prinz Said Halim gestern sagte, hat er Herrn von Giers in dem von mir suggerierten Sinne sondiert. Der Botschafter sei sichtlich erfreut gewesen und habe die Anregung als ein Entgegenkommen der Türkei aufgefaßt, jedoch darauf bestanden, daß bei Meinungsverschiedenheiten zwischen Generalinspekteur und Berater der Großwesir nach Anhörung der Botschafter zu entscheiden habe. Die direkte Intervention der Botschafter könne er — der Großwesir — nicht akzeptieren. Dagegen wolle er ausdrücklich anerkennen, daß der Paragraph 61 des Berliner Vertrags den Mächten das Kontrollrecht eingeräumt habe. Bemerkungen, die ihm von den Botschaftern bezüglich des Ganges der Reformen gemacht würden, müsse er Rechnung tragen. Nur hätten sich die Botschafter an ihn zu wenden, nicht aber er sich selbst an die Botschafter.

Herr von Giers hat sich dem englischen und dem österreichischen Botschafter gegenüber sehr befriedigt über seine Unterhaltung mit dem Großwesir geäußert und der Hoffnung Ausdruck verliehen, daß eine Verständigung sich nunmehr erzielen lassen werde. Mit mir hat Herr von Giers noch nicht gesprochen. Er boudiert noch wegen der Armeereform.

Wangenheim

Nr. 15 410

Der Geschäftsträger in London von Kühlmann an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 691 London, den 9. Dezember 1913

Sir Edward Grey sagte mir heute im Laufe eines längeren Gesprächs, es sei sein dringender Wunsch, die armenischen Reformen angenommen zu sehen, da er überzeugt sei, daß dies in hohem Maße zur Konsolidierung der asiatischen Türkei beitragen werde. Es sei ihm von gewisser Seite zugemutet worden, die vierprozentige Zollerhöhung mit der Annahme des armenischen Reformprogramms zu verquicken. Er habe dies aber abgelehnt. Seit langer Zeit sei der Türkei englischerseits gesagt worden, daß die Zollerhöhung bewilligt würde, sobald die Bagdadbahn und die damit zusammenhängenden Fragen in Ordnung seien, und daran halte er fest. Zeitungsnachrichten hätten davon ge-

sprochen, daß die Türkei geneigt wäre, das Reformprogramm anzunehmen, falls man den Titel der europäischen Generalinspektoren abändere. Er sei sehr dafür, den Türken in allen formalen Fragen möglichst entgegenzukommen, wenn nur das Prinzip einer wirksamen europäischen Kontrolle, unter welchem Namen auch immer, gewahrt bleibe.

R. v. Kühlmann

Nr. 15 411

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 697 Konstantinopel, den 20. Dezember 1913

Heute und morgen finden die entscheidenden Beratungen des Ministerrats statt über die Antwort auf die deutsch-russischen Vorschläge zur Armenierfrage. Großwesir wird dort mit seinem Rat zu Entgegenkommen auf den Widerstand seiner jüngeren Kollegen stoßen, die durch die russischen Drohungen wegen der Militärmission * schwer gereizt sind. Ich habe vorgestern Talaat, Halil und Kriegsminister und heute noch den Großwesir nachdrücklich auf den Zusammenhang zwischen Armenierfrage und der Frage der deutschen Mission aufmerksam gemacht. Ein deutsch-russisch-türkischer Akkord betreffs Armeniens werde vermutlich auch dem Zwist wegen der Mission seine Schärfe nehmen. Weise die Pforte die deutsch-russischen Anträge zurück, so werde Rußland die armenische Frage als Vorwand benutzen, um sich an der Türkei wegen der Berufung des Generals Liman zu rächen. Deutschland könne dann der Türkei nicht beispringen, da es ja in der Armenierfrage an Rußland gebunden sei.

Wangenheim

Nr. 15 412

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 704 Konstantinopel, den 25. Dezember 1913

Auf meine Anregung begaben sich Herr von Giers und ich heute auf die Pforte, um mit Großwesir gemeinsam die armenische Frage zu besprechen. Es wurde ein prinzipielles Einverständnis auf der im Bericht 351 ** dargelegten Basis erzielt. Großwesir wird sich mündlich

* Vgl. dazu Kap. CCXC.
** Siehe Nr. 15 409.

oder schriftlich an sämtliche Botschafter mit der Bitte wenden, für jeden der armenischen Sektoren je zwei europäische Generalinspekteure oder Berater zu bezeichnen. Großwesir zieht jetzt Generalinspekteure vor, damit die Frage, was bei Konflikten zwischen Generalinspekteur und Berater zu geschehen habe, nicht besonders geregelt zu werden braucht. Bei Stellung des Antrags wird Großwesir die Privilegien mitteilen, mit welchen die Pforte die Generalinspekteure bezw. Berater auszustatten beabsichtigt. Sobald die Mächte die betreffenden Persönlichkeiten bezeichnet haben, wird die Pforte den Botschaftern eröffnen, daß sie bereit sei, mit den von ihr ausgewählten Personen Verträge auf zehn Jahre abzuschließen, indem sie sich gleichzeitig verpflichtet, bei innerhalb dieser zehn Jahre eintretenden Vakanzen „de s'adresser à nouveau au concours bienveillant des Puissances".

Herr von Giers bestand zunächst darauf, daß die 16 Punkte seines letzten Programms (vgl. Bericht 339*) in den Erklärungen der Pforte aufgenommen würden. Großwesir erwiderte, daß er in einigen Punkten vielleicht sogar noch über unsere Forderungen hinausgehen werde. Wir möchten es ihm überlassen, entsprechende Vorschläge zu machen. Dies wurde unsererseits konzediert.

Heutige Beratung dürfte entscheidend gewesen sein. Herr von Giers wird die gefundene Lösung in Petersburg befürworten[1]. Großwesir glaubt, daß er mit dem jetzigen Programm den Widerstand im Ministerrate beseitigen wird. Deutscherseits könnten noch bei der Feststellung der Attributionen . . .** entstehen. Aber auch diese dürften zu überwinden sein.

Wangenheim

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II. auf einer modifizierten Abschrift der Entzifferung:
[1] Der Temps u[nd] Wremja werden traurig sein
Schlußbemerkung des Kaisers:
Sehr erfreulich. Wangenheim hat seine Sache gut gemacht
Meine Zufriedenheit telegraphieren W.

Nr. 15 413

Der Geschäftsträger in Konstantinopel von Mutius an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 709 Konstantinopel, den 29. Dezember 1913

Großwesir hat heute Herrn von Giers und mir mitgeteilt, daß der Ministerrat ihn ermächtigt habe, in der im Telegramm Nr. 704*** skizzierten Weise vorzugehen.

* Siehe Nr. 15 408, Anlage.
** Zifferngruppe fehlt.
*** Siehe Nr. 15 412.

Er würde sich danach mündlich und offiziös an die hiesigen Botschafter mit der Bitte wenden, für jeden der armenischen Sektoren europäische Inspekteure vorzuschlagen. Gleichzeitig wird er in offiziöser Form die den Inspekteuren von der Pforte zu gewährenden Befugnisse mitteilen. Wenn die Mächte dann ihre Vorschläge gemacht haben werden, wird die Pforte schriftlich mitteilen, wen sie zum Generalinspekteur mit den erwähnten Befugnissen ernannt habe.

Herr von Giers ist mit den Vorschlägen des Großwesirs einverstanden und hofft auch, daß über die den Inspekteuren zu erteilenden Vollmachten eine Einigung zu erzielen sein wird.

Ein Punkt, auf den er noch entscheidenden Wert legt, ist sein Verlangen, daß es für den Fall einer innerhalb 10 Jahren eintretenden Vakanz heißen soll: „de s'adresser au même concours des Puissances"; nur dann könne man den Armeniern sagen, daß sie für zehn Jahre Ruhe hätten.

Ich habe Herrn von Giers zugesagt, für diese letztere Fassung beim Großwesir einzutreten, im übrigen aber ihm nahegelegt, nicht durch zu viel Handeln um einzelne Positionen die beinahe schon erzielte Einigung in Frage zu stellen. Die Hauptsache sei, daß europäische Inspekteure zunächst einmal nach Armenien kämen.

Mutius

Nr. 15 414

Der Geschäftsträger in Konstantinopel von Mutius an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 10 Pera, den 5. Januar 1914

Im Anschluß an Telegramm Nr. 709*.

Ich fand den Großwesir heute sehr erregt über die letzten Vorschläge des Herrn von Giers in der Armenierfrage. Nachdem in den letzten Tagen auch zwischen Herrn von Giers und mir immer nur davon die Rede gewesen war, daß die Pforte in der nach Abschluß der offiziellen Verhandlungen an die Mächte zu richtenden Note die Bestellung der beiden Generalinspekteure und ihre Befugnisse mitteilen solle, hat Herr von Giers gestern dem Großwesir den Entwurf einer solchen Note vorgelegt, in der auch noch gewisse Prinzipien, nach denen die Inspekteure regieren sollen, festgelegt werden (Mitglieder der Selbstverwaltungskörper zur Hälfte Muselmanen und Nichtmuselmanen. Die Budget- und Gesetzgebungsfunktionen der Generalversammlungen sollen im Sinne des Gesetzentwurfs von 1880 ausgedehnt werden, die ausgehobenen Soldaten sollen in Friedenszeit innerhalb des Sektors, aus dem sie stammen, dienen. Gebrauch der Landessprache für Gesetze,

---

* Siehe Nr. 15 413.

Dekrete und vor Gericht, Recht der Bevölkerung, besondere Abgaben für ihre Schulen zu erheben). Diese Forderungen entsprechen dem früheren Programm des Herrn von Giers (Bericht 339*). Großwesir erklärt mir heute, diese Prinzipien enthalten völlig unannehmbare Eingriffe in innere türkische Gesetzgebung.

Ich habe Herrn von Giers dringend geraten, durch Überspannung seiner Forderungen nicht im letzten Augenblick das ganze Reformwerk scheitern zu lassen.

Mutius

Nr. 15 415

Der Geschäftsträger in Konstantinopel von Mutius an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 11 Konstantinopel, den 6. Januar 1914

Im Anschluß an Telegramm Nr. 10**.

Auf meine nachdrücklichen Vorstellungen hin, die auch durch Markgraf Pallavicini unterstützt wurden, hat Herr von Giers heute dem Großwesir gegenüber ganz wesentlich in seinen Forderungen nachgelassen (Selbstverwaltungskörper sollen nur bis zu der von den Generalinspektoren vorzunehmenden Volkszählung halb aus Muselmanen, halb aus Nichtmuselmanen bestehen; die budgetären und gesetzgeberischen Funktionen der Generalversammlungen sollen auf die Basis des Wilajetgesetzes gestellt werden; der Passus über den Dienst der ausgehobenen Soldaten in Friedenszeiten ist ganz gestrichen. Nur die Hamidije-Regimenter sollen entlassen werden. Großwesir hält persönlich die so gefundene Basis für annehmbar, muß aber noch Ministerrat befragen.

Mutius

Nr. 15 416

Der Geschäftsträger in Konstantinopel von Mutius an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 18 Konstantinopel, den 9. Januar 1914

Im Anschluß an Telegramm Nr. 11***.

Nachdem in den letzten Tagen mit meiner Unterstützung sich eine

---

* Siehe Nr. 15 408 nebst Anlage.
** Siehe Nr. 15 414.
*** Siehe Nr. 15 415.

weitere Annäherung zwischen der Pforte und dem russischen Botschafter in der Armenierfrage vollzogen hatte, so daß Herr von Giers hoffte, vor seiner auf den 11. festgesetzten Urlaubsreise die Verhandlungen zu Ende führen zu können, sind heute so scharfe Instruktionen aus Petersburg eingetroffen, daß die ganze bisherige Arbeit in Frage gestellt scheint.

Mutius

Nr. 15 417

Der Geschäftsträger in Konstantinopel von Mutius an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 22 Konstantinopel, den 10. Januar 1914

Im Anschluß an Telegramm Nr. 18*.

Herr von Giers teilt mir mit, daß seine gestrigen Petersburger Instruktionen fordern:

1. Vorschlagsrecht der Generalinspekteure für die vom Sultan zu ernennenden Beamten.

2. Das Verhältnis halb muselmanisch halb nichtmuselmanisch in den Selbstverwaltungskörpern soll nicht nur vorübergehend, sondern auch für die Zukunft festgelegt werden.

3. Ausgehobene Soldaten sollen in Friedenszeiten innerhalb ihrer Sektoren dienen.

4. Justizreform.

Punkt 1 und 4 sind gegenüber den letzten Verhandlungen neue Forderungen. Punkt 2 und 3 werden sicher von der Pforte abgelehnt.

Markgraf Pallavicini ist der Meinung, daß Petersburg eine Einigung in der Armenierfrage mit Rücksicht auf politische Lage (Militärmission **, Enver Pascha ***) nicht wünscht.

Mutius

---

* Siehe Nr. 15 416.
** Vgl. darüber Kap. CCXC.
*** Oberst Enver Bey war Anfang Januar 1914 zum türkischen Kriegsminister ernannt worden, was in Rußland sehr übeln Eindruck hervorrief. Vgl. dazu Kap. CCXC.

Nr. 15418

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 5 St. Petersburg, den 11. Januar 1914

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 5*.

Ich habe den Eindruck, daß sich in der Behandlung der armenischen Reformfrage durch die russische Regierung die gegenwärtig hier gegen uns und die Türkei herrschende üble Laune widerspiegelt. Noch vor etwa vierzehn Tagen zeigte sich Herr Sasonow sehr entgegenkommend und erklärte, es komme ihm nur auf die Wahrung des Prinzips der europäischen Kontrolle in Armenien an. Als ich ihn vorgestern auf die Bedenken gegen eine Verschärfung des zwischen unsern beiderseitigen Vertretern und dem Großwesir mühsam erreichten Kompromisses hinwies, fand ich seine Sprache ganz verändert. Mit einer Regierung wie der türkischen müsse man äußerst vorsichtig sein und ihr jede Möglichkeit nehmen, Ausflüchte zu finden, um sich ihren eingegangenen Verpflichtungen zu entziehen. Auf bona fides sei bei den heutigen Machthabern in Konstantinopel, zu denen jetzt auch der „Mörder“ Enver Pascha getreten sei, nicht zu rechnen. Minister bestritt, daß letzte russische Forderungen Verschärfung der früheren bedeuteten. Sie bildeten nur durchaus notwendige Ergänzung derselben. Er habe diese Forderungen jetzt in fünf Punkte zusammengefaßt, die auch Herrn von Sverwejew mitgeteilt worden seien, und die das Mindestmaß dessen darstellten, was Rußland verlangen müsse. Herr Sasonow erwähnte, daß Herr von Giers sich über die geringe Unterstützung deutschen Geschäftsträgers beklage. Ich drückte mein lebhaftes Erstaunen über diese Bemerkung aus, da vollständiges Einvernehmen zwischen unseren beiden Vertretungen bereits erzielt gewesen sei. Ich glaubte aber, daß wir neueste Schwenkung Rußlands um so weniger mitmachen könnten, als uns durch die russischerseits verlangte Verschärfung ganze Reformaktion in äußerster Weise gefährdet erscheine.

Pourtalès

---

* Durch Telegramm Nr. 5 vom 10. Januar war das Konstantinopeler Telegramm Nr. 18 (siehe Nr. 15416) nach Petersburg mitgeteilt worden.

Nr. 15 419

Der Geschäftsträger in Konstantinopel von Mutius an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 26 Pera, den 11. Januar 1914

Im Anschluß an Telegramm Nr. 22*.

In Armenierfrage hat sich zwischen Herrn von Giers, der seinen Urlaubsantritt erneut verschoben hat, und dem Großwesir wieder eine Annäherung vollzogen. Von beiden Seiten ist wieder etwas nachgegeben worden, und die Verhandlungen dauern fort.

Mutius

Nr. 15 420

Der Geschäftsträger in Konstantinopel von Mutius an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 34 Konstantinopel, den 16. Januar 1914

In der Frage der Armenierreformen scheint Einigung zwischen Pforte und Herrn von Giers auf allen bis auf einen Punkt so gut wie erreicht. Dieser Punkt ist die russische Forderung, daß bis zur nächsten Volkszählung die Selbstverwaltungskörper halb aus Muselmanen, halb aus Nichtmuselmanen bestehen sollen.

Pforte ist bereit, dies für die Wilajets Wan und Bitlis zuzugestehen, wo Verhältnis der Bevölkerung dem annähernd entsprechen würde, weigert sich aber bestimmt, dies auf die anderen Wilajets auszudehnen. Herr von Giers ist nur geneigt, das Wilajet Trapezunt, wo nur wenig Armenier, von seiner Forderung auszunehmen.

Mutius

Nr. 15 421

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Petersburg Grafen von Pourtalès

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 13 Berlin, den 17. Januar 1914

Russischer Botschafter hatte hier angeblich ernste Nachrichten aus Erserum über Erregung dortiger Armenier gegen Reformprojekt und

---

* Siehe Nr. 15 417.

bevorstehende Massakers mitgeteilt, eine Warnung der Pforte durch russischen Botschafter angekündigt und um Unterstützung dieses Schrittes gebeten. Ich hatte Geschäftsträger Konstantinopel hierzu ermächtigt, gleichzeitig aber zum Bericht über Tatbestand aufgefordert. Herr von Mutius antwortet hierauf*:

„Kaiserlicher Vizekonsul Erserum drahtet:

‚Petersburger Nachrichten sehr übertrieben. Jungtürkischer Sportklub veranstaltet heute Revolverpreisschießen. Unwissende armenische Bevölkerung erblickt hierin Vorübung für Massakers. Daß muhamedanische Bevölkerung infolge Haltung türkischer Presse gegen Kontrolle agitiert, ist natürlich. Erachte bis Entscheidung über Reformprojekt Lage als vollkommen ruhig.'"

Jagow

Nr. 15 422

Der Geschäftsträger in Konstantinopel von Mutius an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 21 Pera, den 20. Januar 1914

Herr von Giers hat vorgestern Konstantinopel mit Urlaub nach Paris und Petersburg verlassen, ohne vorher die Frage der Armenierreformen zum formellen Abschluß gebracht zu haben. Immerhin äußerte sich der Großwesir mir gegenüber, wie wenn er dieselbe materiell so gut wie beendigt betrachte. Er betonte, jetzt komme es vor allem auf die Wahl geeigneter Persönlichkeiten für die Posten der Generalinspekteure an.

Daß die hiesige russische Botschaft die Verhandlungen nun auch bald zu Ende bringen möchte, entnehme ich der ganzen Haltung des russischen Botschafters und des Geschäftsträgers**.

Zweifelhaft bleibt mir aber, ob sie gegenüber der schrofferen Haltung des Petersburger Kabinetts durchdringen werden. Herr von Giers hat telegraphisch dringend zum Abschluß geraten. Trotzdem sind wieder ziemlich bestimmt lautende Instruktionen aus Petersburg eingetroffen, ja, wie mir Herr Gulkewitsch ganz vertraulich erzählt, ist die Abreise des Herrn von Giers nur dadurch möglich geworden, daß ein Telegramm, welches sein weiteres Verbleiben hier wünschte, verstümmelt und undechiffrierbar eintraf. Bei dieser Sachlage wird man sich vorläufig noch vor einem zu weitgehenden Optimismus hüten müssen.

Mutius

---

* Telegramm Nr. 36 vom 17. Januar.
** Gulkewitsch.

Nr. 15 423

Der Geschäftsträger in Konstantinopel von Mutius an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 47 Konstantinopel, den 26. Januar 1914

Russischer Geschäftsträger hat zunächst rein persönlich der Pforte über die noch streitigen Punkte nachstehenden Vermittelungsvorschlag gemacht:

„En attendant qu'un recensement définitif auquel il sera procédé sous la surveillance des inspecteurs généraux dans le plus bref délai, lequel, autant que possible, ne dépasserait pas un an, établisse la proportion exacte des différentes religions, nationalités et langues, les membres élus aux assemblées générales seront dans les Vilayets Erzéroum, Van et Bitlis par moitié musulmans et non-musulmans et dans ceux de Sivas, Carpout et Diarbékir par deux tiers musulmans et par un tiers non-musulmans. Les membres élus aux conseils administratifs seront comme par le passé dans tous les sept Vilayets par moitié musulmans et non-musulmans. Le principe d'égalité entre musulmans et non-musulmans sera appliqué strictement pour le recrutement de la police et de la gendarmerie et, autant que possible, pour la répartition de toutes les autres fonctions publiques dans les deux secteurs."

Pforte will das fanatische muselmanische Wilajet Erserum anders als Wan und Bitlis behandeln und die Gleichheit in der Vertretung der Muselmanen und Nichtmuselmanen in den Generalversammlungen für Erserum nur zugestehen, wenn die dort innerhalb Jahresfrist vorzunehmende Volkszählung noch nicht stattgefunden habe. Hiermit würde russischer Geschäftsträger vorbehaltlich Petersburger Zustimmung sich allenfalls einverstanden erklären. Er beabsichtigt ferner der Pforte Zustimmung zum letzten Absatz betreffend Polizei- und Gendarmerieposten durch Einschiebung des Satzes „A la mesure que les places deviendront vacantes" zu erleichtern.

Auf beiden Punkten scheint Einigung wahrscheinlich. Jedoch will Pforte für Siwas, Karput, Diarbekr aus grundsätzlichen Bedenken auch das Verhältnis 2 zu 1 nicht zugestehen.

Vielleicht wäre in Petersburg nachgiebigere Stimmung durch folgende Erwägungen zu erreichen: Pforte befinde sich zweifellos in schwieriger Lage. Einmal müsse sie Zustimmung Parlaments zu Abmachungen erwirken, andererseits würde sie sich jeder Autorität über muselmanische Bevölkerung in Ostanatolien begeben. Ferner bestände Gefahr, daß Pforte bei weiterem russischen Druck sich wieder an alle sechs Mächte wende. In diesem Falle, auf den österreichischer und italienischer Botschafter bereits seit einiger Zeit hinwiesen, würde Ruß-

land aber, falls es nicht vorziehe, dann aus dem Konzert der Mächte auszuscheiden, weniger erreichen als bei gegenwärtigen Verhandlungen.

Mutius

Nr. 15 424

Der Geschäftsträger in Konstantinopel von Mutius an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 60 Konstantinopel, den 2. Februar 1914

Russischer Geschäftsträger, der vor einigen Tagen mit der Pforte Einigung über Armenierreform erzielt hatte, ist mit seiner Auffassung in Petersburg nicht durchgedrungen. Petersburg besteht darauf, daß in Wan, Bitlis, Erserum Generalversammlungen halb aus Muselmanen, halb aus Nichtmuselmanen bestehen sollen, während für Siwas, Karput, Diarbekr Festlegung des Verhältnisses 2 zu 1 gefordert wird.

Russischer Geschäftsträger beabsichtigt, wie er mir streng vertraulich sagt, für seine Auffassung weiter in Petersburg nachdrücklich einzutreten.

Mutius

Nr. 15 425

*Der Geschäftsträger in Konstantinopel von Mutius an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg**

Ausfertigung

Nr. 58 Pera, den 9. Februar 1914

Gestern ist endlich durch Nachgeben der Petersburger Regierung eine Einigung zwischen Rußland und der Pforte über die in Ostanatolien einzuführenden Reformen erreicht worden. Der Großwesir wird nunmehr offiziös die Mächte bitten, ihm Generalinspekteure vorzuschlagen. Wenn die Pforte dann unter den vorgeschlagenen Männern ihre Wahl getroffen haben wird, so wird der Großwesir deren Ernennung durch die im Entwurf beigefügte Note**, welche mir mein russischer Kollege übermittelt hat, zur Kenntnis der Mächte bringen.

Um den Text dieser Note, in der nun schließlich doch alle Punkte zusammengefaßt worden sind, ist in den letzten Wochen in wahrhaft

* Hier eingereiht des Zusammenhangs wegen.

** Hier nicht abgedruckt; siehe den Wortlaut im Russischen Orangebuch: Les Réformes en Arménie, p. 158 ss.; A. Mandelstam, Le Sort de l'Empire Ottoman, p. 236 ss.; deutsche Übersetzung in Djemal Pascha, Erinnerungen eines türkischen Staatsmannes, S. 349 ff.

orientalischem Geiste von beiden Seiten verhandelt worden. Rußland hatte ebensowenig ein klares Minimalprogramm wie die Pforte; die Verhandelnden wechselten immer wieder ihren Standpunkt und servierten sich tropfenweise gegenseitig ihre Wünsche und Bedenken. Es war das richtige bazarlik. Mit Herrn von Giers ständen wir gewiß noch lange nicht am Ende der Verhandlungen. Es ist meines Erachtens wesentlich der viel gewandteren und biegsameren Art des russischen Geschäftsträgers Gulkewitsch den Türken gegenüber und seiner viel bestimmteren Sprache nach Petersburg hin zu danken, wenn heute die Einigung erreicht ist.

Das Dokument, welches als die Frucht dieser Bemühungen erscheint, hat indessen meines Erachtens keine so große praktische Bedeutung, wie man nach den beiderseitigen Anstrengungen annehmen sollte.

Es enthält vielfach auch in der Form bloße Wünsche, nicht bindende Verpflichtungen. Ob alles, was darin steht, ausführbar sein wird, kann man zudem bezweifeln. Das praktisch Wesentliche war erreicht, als die Pforte sich zur Bestellung zweier europäischer Generalinspekteure mit ernsthaften Kontroll- und Verwaltungsbefugnissen entschlossen hatte. Rußlands Bestreben nach allerhand Detailbestimmungen erklärt sich einerseits wohl daraus, daß man den Armeniern eine möglichst große Liste erreichter Vorteile präsentieren, andererseits Stoff zu Armenierkonversationen mit der Pforte auch nach der Bestellung der Generalinspekteure sich vorbehalten wollte*. Es ist den türkischen Unterhändlern indessen doch gelungen, die schärfsten Widerhaken zu entfernen oder wenigstens abzuschleifen.

Der Großwesir legt, wie er mir neulich aussprach, mit Recht nunmehr den größten Wert auf die Wahl der Personen, welche Generalinspekteure werden sollen. Er hoffe, daß ihm fähige und charakterfeste Männer vorgeschlagen würden, welche sich zu keinerlei politischen Intrigen hergeben würden.

Wenn man die Stärke des fordernden Rußland mit der gegenwärtigen Schwäche der Türkei und andererseits das Mandelstamsche Projekt mit dem erreichten Resultat vergleicht, so muß man sagen, daß die Pforte einen bemerkenswerten diplomatischen Erfolg davongetragen hat, der geeignet ist, dem gegenwärtigen Regime überall in Europa Kredit zu verschaffen. Fast noch höher als die feste Hal-

* Die Absicht der russischen Regierung war wohl noch weitausschauender, als Legationsrat von Mutius hier voraussetzt: mit dem armenischen Abkommen sicherte sich Rußland einen Hebel, um mittels der armenischen Frage jederzeit eine Auseinandersetzung mit der Türkei und damit die Erreichung seiner „historischen Ziele“ in Angriff nehmen zu können. Vgl. die Äußerungen Sasonows zu dem Herausgeber der „Grenzboten“ G. Cleinow vom 8. April: Rußland könne eventuell gezwungen werden, in Armenien einzumarschieren, und dann sei es schwierig, wieder herauszukommen (Kap. CCXC, Nr. 15 531 nebst Anlage).

tung Rußland gegenüber ist die Selbstüberwindung zu bewerten, die die Pforte in dieser Frage an den Tag gelegt hat. Bei dem unausrottbaren Mißtrauen Rußland gegenüber und bei der bedrohten Stellung der Regierung im Innern muß es als eine wirkliche Tat angesehen werden, daß es gelungen ist, einen so versöhnlichen Abschluß der Verhandlungen zu erzielen.

Alles dies wäre nicht erfolgt ohne die Vermittelung Deutschlands. Die Vertrauensstellung, welche sich Freiherr von Wangenheim bei der Pforte, speziell bei dem Großwesir, erworben hat, hat es ihm ermöglicht, die türkische Politik in dieser Frage in eine Richtung zu lenken, welche gleichzeitig dem wohlverstandenen Interesse der Türkei, Deutschlands und den deutsch-russischen Beziehungen förderlich sein muß. Die Türkei ist mit einem gewissen politisch-moralischen Erfolg aus ihrer Bedrängnis hervorgegangen. Andererseits ist auch für die in unserer Arbeitszone so wichtigen Armenier eine Besserung ihrer Existenzbedingungen erreicht. Schließlich kann es mit Rücksicht auf die ungewisse Zukunft der Türkei doch nur als ein erfreuliches Symptom und als erwünschter Präzedenzfall angesehen werden, daß ein deutsch-russisches Zusammenarbeiten in einer wichtigen Frage der Orientpolitik zu einem positiven Resultat geführt hat.

Ob man von russischer Seite unserer Mitarbeit den verdienten Dank entgegenbringen wird, erscheint mir allerdings zweifelhaft. Aber immerhin läßt sich auch vom russischen Standpunkt die Einigung mit der Türkei als ein Erfolg buchen. — Bei guten Geschäften können eben alle Teile ihren Vorteil finden*.

Mutius

---

* Zu diesen Bemerkungen des deutschen Geschäftsträgers vergleiche den Schlußbericht seines russischen Kollegen Gulkewitsch vom 9. Februar 1914 (Russisches Orangebuch: Les Réformes en Arménie, p. 170 ss.; A. Mandelstam, Le Sort de l'Empire Ottoman, p. 236 ss.; deutsche Übersetzung im Auszuge bei Djemal Pascha, Erinnerungen eines türkischen Staatsmannes, S. 351 f.). Die Auslassungen Gulkewitschs, der den russischen Erfolg sehr hoch einschätzt, geben zugleich schon die Antwort auf die zweifelnde Frage Mutius', ob man von russischer Seite Deutschland wohl Dank für dessen Mitwirkung wissen werde, die tatsächlich erst den russischen Erfolg möglich gemacht hatte. Es heißt in dem Bericht Gulkewitschs u. a.: „Die führende Rolle Rußlands in der armenischen Frage ist nun in aller Form unterstrichen und Artikel 16 des Vertrages von San Stefano gewissermaßen bestätigt. Dieser Umstand wird sicherlich nicht verfehlen, die günstigste Rückwirkung auf das internationale Ansehen Rußlands zu haben, und seinen Monarchen in den Augen der Christen des nahen Orients mit einem neuen Glorienschein zu umgeben." Sehr unfreundlich lauten die Äußerungen Gulkewitschs über die deutsche Mitwirkung bei dem Zustandekommen des Abkommens: „Was Deutschland anbetrifft, so verfolgte die Verständigung mit uns einen doppelten Zweck; erstlich den, die Pforte glauben zu machen, daß durch die Einwilligung in diese gemäßigten, für sie weniger bedrohlichen Reformen Deutschland die türkische Regierung vor weitgehenderen Reformen bewahrt habe; zweitens den, die Sympathien der Armenier zu gewinnen, an denen ihnen wegen Cilicien, das sie als zu ihrer Ein-

Nr. 15 426

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in London Fürsten von Lichnowsky

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 238 Berlin, den 14. Februar 1914

Der Kaiserliche Geschäftsträger in Pera meldet*:

„Großwesir hat mündlich mich ebenso wie die anderen Botschaften der Großmächte nunmehr um Namhaftmachung von je zwei, also im ganzen vier Kandidaten für die Stellen als Generalinspekteure in den beiden östlichen anatolischen Sektoren ersucht. Er hat weder mir noch, soviel mir bekannt, anderen Mächten Wunsch bezüglich deren Nationalität geäußert, aber um Beschleunigung gebeten. Nach früheren gelegentlichen Äußerungen nehme ich an, daß ihm Angehörige kleinerer Staaten vorschweben.“

Wir würden Angehörige der Niederlande oder der Schweiz für am besten geeignet halten. Bitte festzustellen, wie die dortige Regierung über die Angelegenheit denkt, und ob sie bereits bestimmte Kandidaten im Auge hat**.

Jagow

---

flußsphäre gehörend ansehen, viel liegt.“ Wenn so ein russischer Diplomat dachte, der unmittelbar Zeuge der aufrichtigen Bestrebungen Deutschlands zu einem Zusammenwirken mit Rußland gewesen war, so konnte freilich von einer günstigen Rückwirkung des in gemeinsamem deutsch-russischen Zusammenwirken erzielten armenischen Abkommens auf die Beziehungen beider Länder kaum eine Rede sein. Allerdings entwickelte der russische Botschafter in Konstantinopel von Giers seinem deutschen Kollegen bald nach dem Abschluß des armenischen Abkommens den Gedanken einer harmonischen Zusammenarbeit Deutschlands und Rußlands bei der Wiedererhebung der Türkei. In gleichem Atem aber sagte Giers zu Wangenheim: Deutschland sei Rußland als Nachbar in Kleinasien durchaus nicht willkommen! Bericht Freiherrn von Wangenheims Nr. 102 vom 26. März 1914; Bd. XXXIX, Kap. CCIC, Nr. 15 856. Über die wirkliche Gestaltung der deutsch-russischen Beziehungen in den letzten Monaten vor Ausbruch des Weltkrieges vgl. Bd. XXXIX.

* Telegramm Nr. 75 vom 12. Februar.

** Am 16. Februar telegraphierte Fürst Lichnowsky zurück: „Hiesige Regierung hat keine Kandidaten; es ist ihr auch ganz gleichgültig, welcher Nationalität sie entstammen, solange es sich um Kleinstaat handelt. Mit Niederländern schien man besonders einverstanden, doch will man uns und Rußland hierin den Vortritt lassen.“ Am 28. Februar wurde darauf Graf Pourtalès durch Erlaß Nr. 186 angewiesen, die russische Stellungnahme zu erkunden. Die deutsche Auffassung wurde dahin präzisiert: „Unseres Erachtens würde es sich empfehlen, je einen Holländer, Schweizer, Belgier und einen Norweger oder Schweden namhaft zu machen.“ Die russische Regierung brachte dagegen unter der Hand zunächst den belgischen General Deguise und den Vizegouverneur des Kongostaats Henry, demnächst noch zwei Holländer, den Chef der Provinzialverwaltung in Niederländisch-Indien Westenenk und den Generalsekretär im holländischen Kriegsministerium Doormann in Vorschlag. Türkischerseits bestanden aber Be-

Nr. 15 427

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 53 St. Petersburg, den 14. Februar 1914

Als ich neulich Herrn Sasonow meine Freude darüber ausdrückte, daß es gelungen sei, die Verhandlungen über die armenischen Reformen zu einem befriedigenden Abschluß zu bringen, erwiderte der Minister, befriedigt sei er nicht ganz; denn er habe in dem letzten Stadium der Verhandlungen schließlich nur nachgegeben, weil die Armenier selbst ihn hätten darum bitten lassen. Sie hätten nämlich befürchtet, daß sie sonst Schwierigkeiten haben würden, bei den Wahlen ihre Kandidaten für die Kammer durchzubringen.

Aus der Haltung, die Herr Sasonow bei den gedachten Verhandlungen besonders in der letzten Zeit eingenommen hat, geht von neuem der Haß und das Mißtrauen hervor, von dem der Minister gegen die Türkei und besonders gegen das jungtürkische Regime beseelt ist.

Er erklärte mir neulich, er sei durchaus damit einverstanden, daß die Türkei in ihrem jetzigen Bestande belassen werde, man dürfe die Türken aber nicht zu sanft anfassen. „On aura toujours la Turquie qu'on voudra avoir.“ Wenn man die Türkei zu freundlich behandele, werde sie immer Mittel finden, sich in allen Fragen dem Willen der Mächte zu entziehen.

Bei dieser Gelegenheit klagte Herr Sasonow, daß die Mächte sich nicht schon jetzt zu dem Entschluß aufraffen könnten, der Pforte mit einer Flottendemonstration zu drohen für den Fall, daß sie sich dem Willen der Mächte in der Inselfrage * nicht fügen wolle. Das Verhalten der Mächte sei „une dégradation de l'Europe“. Ich bemerkte, wenn von einer solchen „dégradation“ überhaupt die Rede sein könne, so scheine mir dieselbe doch wohl mit dem Augenblicke begonnen zu haben, als Europa der berühmten Formel des Status quo untreu geworden sei. Herr Sasonow erwiderte, die Status quo-Formel habe im

---

denken gegen die „von Frankreich abhängigen Belgier“, insbesondere gegen frühere Beamte des Kongostaats. Die deutsche Regierung verwandte sich nun für die Wahl eines Schweizers, von der aber wieder Sasonow nichts wissen wollte. Schließlich einigte man sich unter den Mächten, der Pforte fünf Kandidaten, neben den beiden Holländern und Belgiern noch einen Norweger, Major Hoff, zu präsentieren. Die Wahl der Pforte fiel am 15. April auf den Holländer Westenenk und den Norweger Hoff. Vgl. auch die folgenden Schriftstücke.

* Vgl. dazu Bd. XXXVI, Kap. CCLXXXI.

gegebenen Moment ihre Schuldigkeit getan. Diese Formel, deren Autor er und Herr Poincaré gewesen seien, habe nur beim Ausbruch des Balkankrieges die Mächte unter einem Losungsworte vereinigen und eventuell verhindern sollen, daß im Falle eines Sieges der Türken die Türkei sich auf Kosten der christlichen Balkanstaaten vergrößere.

F. Pourtalès

Nr. 15 428

*Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt**

Telegramm. Entzifferung

Nr. 100 Konstantinopel, den 27. Februar 1914

Minister des Innern Halil Bey suchte mich soeben auf, um mir zu sagen, daß nach amtlichen Meldungen aus Armenien russische Agenten dort eine intensive Tätigkeit entfalten, um die türkische Bevölkerung gegen die Reformen aufzuhetzen. Die Bezeichnung der Generalinspekteure verzögere sich offenbar, weil Rußland ein Designierungsrecht für sich in Anspruch nehme und über die Regierungen gewisser Kleinstaaten mit Persönlichkeiten verhandele, die Garantien böten, daß sie als Generalinspekteure in spezifisch russischem Sinne arbeiten würden. Die Türkei wolle sich nicht dirigieren lassen. Sie verlangt für die beiden wichtigsten Posten tätige und unparteiische Männer, die auch in ihren Ländern sich des allgemeinen Vertrauens erfreuten. Gelängen Rußland seine dunkeln Pläne, so werde es bald in Armenien zu einer Katastrophe kommen. Die Pforte nehme an, daß die ihr befreundeten Mächte die Wichtigkeit der Sache bereits erkannt hätten und entschlossen seien, Rußland nicht die ausschließliche Designierung zu überlassen.

Auch Markgraf Pallavicini und Marquis Garroni besorgen russische Intrigen und sind mit mir der Meinung, daß es für die Dreibundmächte schwierig sein würde, etwa von Rußland vorgeschlagene und von Frankreich und England akzeptierte Kandidaten** zu refüsieren.

Uns erscheint als die praktischste Lösung, wenn mit den Verhandlungen eine Botschafterreunion betraut würde, die nach Ausscheidung

---

* Das Telegramm Freiherrn von Wangenheims wurde durch Zirkularerlaß vom 28. Februar nach Wien, Rom, London, Paris und Petersburg mit dem Bemerken mitgeteilt, daß die von dem Botschafter am Schlusse des Telegramms empfohlene Lösung auch dem Auswärtigen Amt zweckmäßig erscheine.

** Tatsächlich erhielten der französische und der englische Botschafter in Konstantinopel die Weisung, sich für die russischen Kandidaten einzusetzen. Geheimtelegramm Iswolskys an von Giers vom 23. März. Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, IV, 77.

von zwei der fünf in Betracht kommenden Kleinstaaten durch das Los sich an die Vertreter der Kleinstaaten mit der Bitte um Designierung wenden würden.

Wangenheim

Nr. 15 429

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 114 London, den 3. März 1914

Bei meinem heutigen Besuche bei Sir Edward Grey brachte ich auch die Angelegenheit der armenischen Generalinspekteure zur Sprache und meinte, daß auf türkischer Seite die Befürchtung bestände, daß Rußland bestebt sei, durch die Ernennung russisch gesinnter Anwärter für diese Posten vermehrten Einfluß in Ostanatolien zu gewinnen. Es würde sich daher empfehlen, eine Botschaftervereinigung mit der Aufgabe zu betrauen, sich an die in Betracht kommenden fünf Kleinstaaten mit der Bitte zu wenden, geeignete Persönlichkeiten namhaft zu machen. Sir Edward entgegnete, daß er sich über diese Frage näher unterrichten müsse, da er bisher der Meinung gewesen sei, daß man sich auf Holland als geeigneten Kleinstaat geeinigt habe und er kaum annehmen könne, daß holländische Beamte vorzugsweise in russischem Sinne tätig sein würden. Im übrigen sei er vollkommen damit einverstanden, daß eine Botschafterversammlung nötigenfalls mit dieser Aufgabe betraut werde, nur möchte er nicht die hiesige, sondern die in Konstantinopel als hierfür geeignet betrachten.

Lichnowsky

Nr. 15 430

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 50 London, den 14. März 1914

Im Anschluß an Bericht Nr. 114*.

Sir E. Grey sagte mir gestern abend, daß, falls, wie er annehme, in der Angelegenheit der armenischen Generalinspekteure die Wahl auf Holland falle, es ihm am geeignetsten erschiene, die dortigen Gesandten mit der Aufgabe zu betrauen, mit der holländischen Regierung in Verbindung zu treten. Unter diesen Umständen schien ihm

* Siehe Nr. 15 429.

die Befassung der Konstantinopeler Botschafter mit dieser Frage überflüssig zu sein.

Zu meinem russischen Kollegen hat der Minister sich ähnlich ausgesprochen.

Lichnowsky

Nr. 15 431

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Entzifferung

Nr. 91 St. Petersburg, den 18. März 1914

Antwort auf Erlaß Nr. 225 *.

Sasonow ist mit dem italienischen Vorschlag, die Missionen in Konstantinopel mit den Verhandlungen über die der Türkei bezüglich der Generalinspekteure in Armenien zu machenden Vorschläge zu betrauen, nicht einverstanden. Er findet, daß die Kabinette sich zunächst unter sich über die der Pforte vorzulegende Kandidatenliste verständigen sollten, erst in letzter Instanz, das heißt, wenn es sich darum handeln werde, die Kandidaten der Pforte namhaft zu machen, sollten nach seiner Ansicht die Botschafter in Konstantinopel mit der Angelegenheit befaßt werden.

Der Minister beruft sich auf sein Zirkular an die Mächte, in welchem er den modus procedendi, wie er sich ihn denke, vorgeschlagen hat, und gegen welchen von keiner Seite Einwendungen erhoben worden sind. Diesem Vorschlag entsprechend wird Sasonow demnächst den Kabinetten wahrscheinlich fünf Kandidaten, die ihm geeignet erscheinen, nämlich zwei Belgier und drei Holländer vorschlagen.

Pourtalès

Nr. 15 432

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Wangenheim

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 83 Berlin, den 22. März 1914

Vertraulich

Rußland hat zwei Belgier und zwei Holländer als Kandidaten für Armenien vorgeschlagen und wünscht Übereinstimmung der Mächte, bevor Kandidaten der Pforte präsentiert werden.

---

* Durch Erlaß Nr. 225 vom 12. März war der Bericht aus London Nr. 114 (siehe Nr. 15 429) nach Petersburg mitgeteilt worden.

Es bittet uns um schleunige Zustimmung*, da angeblich Pforte auf schnelle Entscheidung dränge. Ist letzteres richtig?

Jagow

Nr. 15 433

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 132 Konstantinopel, den 24. März 1914

Antwort auf Telegramm Nr. 83**.

Großwesir bestreitet energisch, irgend jemand um beschleunigte Nominierung der Kandidaten gebeten zu haben. Dazu habe er schon deshalb keine Veranlassung gehabt, weil in Armenien vollkommene Ruhe herrsche. Wenn er gelegentlich einzelne Botschafter an die Sache erinnert habe, so sei dies nur geschehen, um russischen Intrigen vorzubeugen. Trotzdem sei es Rußland gelungen, sich der Führung in der Sache zu bemächtigen. Rußland habe in enger Fühlung mit Nubar*** die Kandidaten ausgewählt und wolle sie nunmehr den Mächten und der Türkei oktroyieren. Das russische Vorgehen sei hier bekannt. Bei den Türken in Armenien bestände schon jetzt das größte Mißtrauen gegen die russischen armenischen Kandidaturen. Besonders verstimmt sei er wegen der Nominierung von Belgiern, nachdem er schon vor Monaten zum Ausdruck gebracht habe, daß er keinenfalls Belgier und am allerwenigsten frühere Beamte des Kongostaates wolle. Die Aufstellung der belgischen Kandidaturen beschränke daher die Pforte in ihrer freien Wahl und zwinge sie geradezu die Holländer zu wählen. Ob es nicht möglich sei, zwei oder einen Schweizer vorzuschlagen? Er werde sich dann für einen Holländer und einen Schweizer entscheiden.

Rußland hat sich über den Wunsch des Dreibunds, daß die Frage als eine alle Mächte gleichmäßig interessierende Angelegenheit von der hiesigen Botschafterkonferenz behandelt werde, ebenso hinweggesetzt wie über die Tatsache, daß das armenische Reformprogramm ein Produkt deutsch-russischer Kooperation ist. Unterwerfen sich die Mächte jetzt der russischen Initiative, so erkennen sie damit auch für spätere Zeit an, daß Rußland in den armenischen Angelegenheiten die Führung zusteht. Da in unserer Arbeitszone zahlreiche Armenier

---

* Es war am 20. März durch den russischen Botschafter Sverwejew geschehen.
** Siehe Nr. 15 432.
*** Vgl. über ihn Nr. 15 286, ferner den Diplomatischen Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, IV, 11, 49, 61 f., aus dem die enge Fühlung Nubar Paschas mit Rußland klar hervorgeht.

wohnen, können wir beanspruchen, daß nächst der russischen auch unsere Stimme gehört wird. Ich möchte daher anheimstellen, für den Ersatz der Kandidatur Henry durch eine schweizerische Kandidatur einzutreten *.

Wangenheim

Nr. 15 434

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 152 Konstantinopel, den 6. April 1914

Halil Bey, Präsident des Staatsrats und gegenwärtig das einflußreichste Mitglied des Kabinetts in auswärtigen Angelegenheiten, sagte mir nach einem Diner bei Enver Pascha, der Dreibund habe es nicht zu verhindern gewußt, daß für die Generalinspektion in Ostanatolien nur russisch-armenische Kandidaten vorgeschlagen würden. Ich begegnete diesem Vorwurf mit dem Hinweis auf den hinzugekommenen Norweger. Kurz darauf sagte Halil meinem österreichischen Kollegen, die Pforte sei durch die neuesten Vorgänge über zwei Dinge belehrt worden: 1. daß die Tripelentente und namentlich Rußland stärker und willenskräftiger sei als der Dreibund, und 2. daß die Türkei von dem Dreibund nicht gegen Rußland geschützt werden würde. Daraus ergebe sich für die Türkei die Notwendigkeit, mit Rußland und seinen Verbündeten [sich] zu verständigen.

Markgraf Pallavicini hält ein russisch-türkisches Geheimabkommen ebenso für bevorstehend wie den Abfall Rumäniens **. Ich schloß aus

* In der Tat hat die deutsche Regierung sich ernstlich bemüht, einer schweizerischen Kandidatur den Boden zu ebnen, da aber Sasonow einerseits an seinem Widerstreben gegen die Nominierung eines Schweizer Kandidaten festhielt, andererseits doch ein gewisses Entgegenkommen bezeigte, indem er durch Einbeziehung eines norwegischen Kandidaten der Pforte einen etwas größeren Spielraum für die Auswahl einräumte, so insistierte die deutsche Regierung nicht weiter, sondern akzeptierte die im wesentlichen doch von Sasonow ausgegangene, nur infolge der deutschen Bemühungen etwas erweiterte Liste. Die deutsche Nachgiebigkeit entsprang vor allem dem Wunsch, endlich die volle Einigkeit der Mächte in der dornigen armenischen Frage herzustellen, hinterließ jedoch bei den türkischen Staatsmännern einen Stachel, der sich in dem mehrfach lautwerdenden Vorwurf kundgab, daß der Dreibund es nicht vermocht habe, die Türkei gegen Rußland zu schützen. Siehe auch das folgende Schriftstück.

** Wesentlich skeptischer urteilte in dieser Beziehung der deutsche Botschafter. In einem Bericht vom 26. März 1914 (siehe Bd. XXXIX, Kap. CCIC, Nr. 15 856) hieß es: „Daß die Bemühungen der russischen Botschaft [für die Bes-

den Äußerungen Halil Beys zunächst nur auf Bemühungen unserer Gegner, die deutsche Zurückhaltung in der Inspektionsfrage in gleicher Weise gegen uns auszunutzen wie unsere Griechenfreundlichkeit.

Wangenheim

---

serung der russisch-türkischen Beziehungen] in absehbarer Zeit zu einem praktischen Ziele führen werden, glaube ich nicht. Dazu ist das türkische Mißtrauen gegen Rußland viel zu tief eingewurzelt. Sollte Rußland Geduld haben, so könnte allerdings im Laufe der Jahre ein Wechsel eintreten, dem wir von unserem Standpunkte aus nur mit Sorge entgegensehen könnten. . . . Ein so nervöses und in sich selbst so wenig gefestigtes Land wie Rußland wird aber kaum imstande sein, eine zielbewußte Politik der Selbstverleugnung jahrelang durchzuhalten. Es wird vielmehr zu früh anfangen, die Früchte seiner Bemühungen um die Türkei einheimsen zu wollen.“ Betreffs des Abfalls Rumäniens vgl. Bd. XXXIX, Kap. CCXCVIII.

Kapitel CCXC

Die Liman Sanders-Affäre
Januar 1913 bis Juni 1914

Nr. 15 435

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 3 Konstantinopel, den 2. Januar 1913

Noradunghian bat streng vertraulich, ihm so schnell wie möglich Kenntnis von den Bedingungen zu verschaffen, unter denen der General Eydoux* engagiert sei, und von der Stellung, welche der General dienst-

---

* General Eydoux stand seit Anfang Februar 1911 an der Spitze der französischen Militärmission in Athen. Wie Freiherr von Wangenheim am 5. Januar (Nr. 9) dem obigen Telegramm ergänzend hinzufügte, wünschte die Pforte Auskunft über die Kompetenzen des Generals Eydoux, „weil sie erwägt, deutschen General als Oberkommandierenden im Frieden zu erbitten, hauptsächlich um die Armee außerhalb der Politik zu stellen". Über die Beweggründe, aus denen der türkische Wunsch entsprang, im kommenden Frieden einen Deutschen mit der Reorganisation des türkischen Heerwesens zu betrauen, heißt es in einem Berichte Freiherrn von Wangenheims vom 21. Januar 1913 (Nr. 24): „Glücklicherweise bricht sich neuerdings überall unter den Türken selbst die Überzeugung Bahn, daß die Türkei sich nicht aus eigenen Mitteln zu erheben und zu reorganisieren vermag. In allen Verwaltungsbranchen, ebenso wie in der Armee und der Marine erschallt jetzt der Ruf nach fremden Reorganisatoren und zwar nicht mehr nach solchen, die den türkischen Stellen als Ratgeber zur Seite stehen, sondern solchen, die mit den weitgehendsten Befugnissen ausgestattet an die Spitze der einzelnen Ressorts gestellt werden sollen. Einer der einsichtsvollsten Leute der heutigen Türkei, der jetzige Scheich-ul-Islam Dschemaleddin Bey, ein Alttürke besten Gepräges, der früher ein ausgesprochener Fremdenhasser war, hat sich seinen Freunden gegenüber kürzlich bereit erklärt, das Großwesirat unter der Bedingung zu übernehmen, daß Verwaltung und Heer unter die Leitung von Ausländern gestellt werden. Er selbst wolle ‚mit dem Turban auf dem Kopfe' den Muselmanen gegenüber die Ingerenz von Christen in die inneren Angelegenheiten des Reiches vertreten. Ähnliche Anschauungen herrschen gegenwärtig auch in den Kreisen der Unionisten, die bald wieder zur Herrschaft gelangen werden. Dem Bedürfnis nach fremder Hilfe bei dem Werke der Aufrichtung könnte nun vielleicht der Dreibund entgegenkommen. . . . Im großen ganzen ist die türkische Stimmung heute dem Dreibund günstig, wenn auch der auf dem Aussterbeetat stehende Kiamil noch weiter mit England kokettieren möchte. Frankreich und Rußland haben wohl für lange Zeit das

lich der griechischen Armee gegenüber einnehme. Anheimstelle, falls keine Bedenken, Graf von Quadt zu direkter Mitteilung gewünschter Information an mich zu veranlassen.

Wangenheim

Vertrauen der Türken verloren. An erster Stelle in den türkischen Sympathien steht heute ohne Zweifel Deutschland, das einzige Land, welches bei der Abwickelung mit den Balkanstaaten eine Initiative zugunsten des türkischen Standpunktes ergriffen hat. Man erwartet daher auch von uns, daß wir der Türkei auf dem wichtigsten Gebiete des Reformwerkes, bei der Reorganisation der Armee, zur Seite stehen. Man hofft, daß Seine Majestät der Kaiser sich bereit finden lassen werde, der Türkei einen besonders befähigten General zur Verfügung zu stellen, damit dieser, von jeder Verantwortlichkeit gegenüber dem Ministerium entbunden, als Oberkommandierender an die Spitze der Armee trete und dieselbe mit Hilfe von deutschen Offizieren von Grund aus reorganisiere und namentlich auch das Offizierkorps den politischen Einflüssen entziehe. In welchen Branchen Österreicher und Italiener verwendet werden sollen, steht noch nicht fest. Die Flotte möchte man am liebsten auch einem deutschen Admiral unterstellen. Hier könnte es aber zu einem Konflikte mit England kommen, der absolut zu vermeiden wäre." Die später mehrfach auftauchende, auch von Liman von Sanders (Fünf Jahre Türkei, S. 12, 25) übernommene Version, Wangenheim habe selbst der Pforte den Gedanken souffliert, die türkische Armee mittels einer deutschen Militärmission nach dem Muster der Mission Eydoux' zu reorganisieren, findet in den deutschen Akten keine Grundlage. Vgl. dazu den Bericht des k. und k. Militärattachés in Konstantinopel Pomiankowski vom 28. Januar 1913 (Feldmarschall Conrad, Aus meiner Dienstzeit, III, 40): „Wie ich nun aus sicherer türkischer Quelle erfahre, stammt dieser Reorganisationsplan nicht von Baron Wangenheim, sondern vom ehemaligen türkischen Botschafter in Paris Münir Pascha. Der letztere hat seine Ansichten in einem Memoire niedergelegt und dasselbe sowohl seinen Freunden als auch Mahmud Schewket Pascha zur sofortigen Annahme empfohlen. Wie mir Münir mitteilt, haben sich sowohl Enver als auch Talaat Bey mit dem Plane einverstanden erklärt; auch der Ministerrat hat denselben im Prinzip angenommen, will jedoch dessen Ausführung erst nach dem Friedensschluß beginnen." Ausdrücklich bestätigt auch Dschemal Pascha in seinen Memoiren (Erinnerungen eines türkischen Staatsmannes, S. 67 ff.), daß die Initiative zu der Berufung der deutschen Militärmission von türkischer Seite selbst, und zwar von Mahmud Schewket Pascha, nicht dagegen von Enver Bey, der ebenfalls oft als der Inspirator des Plans hingestellt worden ist, ausgegangen sei. In aller Ausführlichkeit gibt Dschemal Pascha die Gründe wieder, die Mahmud Schewket in einem Gespräch mit ihm, Dschemal, für die Berufung einer deutschen Militärmission nach dem Muster der französischen in Griechenland ins Feld geführt habe: „Was unsere Armee betrifft, so glaube ich, daß wir uns den Methoden der Deutschen nicht mehr verschließen können. Seit mehr als dreißig Jahren haben wir in unserer Armee deutsche Instruktoren, unser Offizierkorps ist durchaus nach den deutschen militärischen Methoden erzogen worden, unsere Armee ist mit dem Geiste deutscher Erziehung und deutscher Instruktion auf das engste vertraut. Dies jetzt zu ändern, ist ein Ding der Unmöglichkeit. Ich habe daher die Absicht, eine deutsche Militärmission großen Stils kommen zu lassen und selbst, falls dies notwendig sein sollte, das Kommando eines türkischen Armeekorps einem deutschen General anzuvertrauen, an die Spitze einer jeden Einheit desselben deutsche Stabs- und Subalternoffiziere zu stellen und auf

Nr. 15 436

Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter von Treutler, z. Z. in Homburg v. d. H., an das Auswärtige Amt

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 7 Homburg, den 2. April 1913
Vertraulich

Der Großwesir hat Seine Majestät durch Herrn von Strempel* bitten lassen, der Türkei gleich nach dem Friedensschluß einen geeigneten preußischen Offizier zur Verfügung zu stellen, der die Neubefestigung von Konstantinopel ins Werk zu setzen hätte. Seine Majestät haben mir befohlen, Euere Exzellenz davon in Kenntnis zu setzen, mit dem Hinzufügen, daß allerhöchstderselbe geneigt ist, diesen Wunsch zu erfüllen. Es würde dadurch am besten dokumentiert, wie die Türken über das ihnen von den deutschen Militärs Geleistete dächten; auch würde dieser Offizier in der Lage sein, bedeutende Bestellungen nach Deutschland zu leiten. Außerdem aber würde ganz Europa ein großer Dienst erwiesen, wenn die beabsichtigte Befestigung Konstantinopels so gut wie denkbar ausgeführt werde. Da die Entsendung des Offiziers erst für nach dem Frieden in Aussicht genommen ist, so erscheint der Fall an sich nicht dringend. Seine Majestät haben aber bereits Befehl gegeben, daß der morgen hier eintreffende General Mudra** geeignete Persönlichkeiten vorschlagen soll. Ich habe die beteiligten Herren gebeten, die Angelegenheit sehr diskret zu behandeln, und werde morgen den gleichen Schritt bei General Mudra tun.

Treutler

---

diese Art ein Musterarmeekorps zu bilden. In ihm hätten die Stabs- und Subalternoffiziere der anderen Korps eine bestimmte Zeit lang Dienst zu tun, um ihre Ausbildung zu erweitern und zu vervollkommnen. Auch will ich mit dieser Mission viele Spezialisten kommen lassen, die die Aufgabe hätten, die verschiedenen Abteilungen des Kriegsministeriums, den Generalstab, die Militärschulen und Militärfabriken zu reorganisieren. Ich glaube übrigens, daß wir für lange Zeit keine Veranlassung zu einem Kriege haben werden. Ich werde daher durch möglichste Verringerung der Kaders der Armee und Wiederzurückführung auf den Friedensstand eine Ersparnis erzielen, die es mir erlauben wird, die Kosten für die Organisationsmission zu decken. Ich werde dem türkischen Reiche eine Armee geben, die zwar klein, aber gut organisiert und wohl ausgebildet sein wird. Im Kriegsfalle wird es nicht schwer sein, diese Armee durch Erweiterung der Kaders auf die größtmöglichste Stärke zu bringen. Ich bin somit im Begriffe, die Deutschen zu fragen, unter welchen Bedingungen sie bereit wären, uns eine solche Mission zu schicken, und halte es für angebracht, ihnen selbst die Wahl der Bedingungen zu überlassen.“

* Militärattaché in Konstantinopel.

** General der Infanterie Mudra war als Chef des Ingenieur- und Pionier-Korps, sowie als Generalinspekteur der Festungen die gegebene Persönlichkeit, um geeignete Vorschläge im Hinblick auf die Befestigung Konstantinopels zu machen.

Nr. 15 437

Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter von Treutler z. Z. in Homburg v. d. H., an das Auswärtige Amt

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 13 Homburg v. d. H., den 4. April 1913

Im Anschluß an Telegramm Nr. 7*.

Seine Majestät erwartet schon jetzt eine prinzipielle Äußerung, ob Euere Exzellenz mit der Entsendung eines Offiziers für die Befestigung Konstantinopels nach Friedensschluß einverstanden sind.

Ich darf um hochgeneigte Weisung bitten.

Treutler

Nr. 15 438

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandten von Treutler, z. Z. in Homburg v. d. H.

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 7 Berlin, den 5. April 1913

Antwort auf Telegramm Nr. 13**.

Gegen Entsendung eines Offiziers nach Friedensschluß ist diesseits nichts einzuwenden.

Jagow

Nr. 15 439

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 125 Pera, den 26. April 1913

Die neue Ära jungtürkischer Herrschaft nach dem Sturze Kiamil Paschas*** hat zunächst mit dem Mißtrauen sämtlicher Großmächte zu kämpfen gehabt. Überall in Europa bestanden nicht unbegründete

---

* Siehe Nr. 15 436.

** Siehe Nr. 15 437.

*** Der Sturz Großwesir Kiamil Paschas war am 23. Januar 1913 erfolgt; sein Nachfolger Mahmud Schewket blieb am Ruder, bis er am 11. Juni 1913 ermordet wurde.

Zweifel, ob Mahmud Schewket den Schwierigkeiten der inneren und äußeren Lage der Türkei auch nur einigermaßen gewachsen sein würde. Mein russischer Kollege brachte die damalige Stimmung mit den Worten zum Ausdruck: „Mahmud Schewket wird alles in Stücke schlagen. Seine Regierung kann höchstens acht Tage dauern.“ Seitdem sind drei Monate vergangen, und jeder unbefangene Beobachter wird zugeben müssen, daß die allgemeine Situation der Türkei sich in dieser Zeit nicht verschlechtert, sondern wesentlich gebessert hat. Das gilt zunächst von der militärischen Lage. Jánnina, Adrianopel und Skutari haben zwar inzwischen kapituliert. Ihr zäher Widerstand spricht aber mindestens ebensosehr für die Verteidiger als für die an Zahl weit überlegenen Belagerer[1]. Abgesehen von der Eroberung der genannten Plätze haben die Alliierten seit Monaten nicht einen einzigen nennenswerten Erfolg auf ihr Konto zu schreiben vermocht. In Tschataldja und Bulair halten die Türken Stand, und ihre Flotte brauchte nur die Kommandanten zu wechseln, um den Kampf gegen die griechische Flotte mit Aussicht auf Sieg wiederaufnehmen zu können. Niemand, der die hier garnisonierenden jungen Truppen bei der Arbeit sieht, wird den Eindruck bekommen, daß die Türkei ein militärisch erschöpftes Land sei[2]. Auch die finanzielle Lage der Türkei ist heute eine andere als vor drei Monaten. Damals drohte die Pforte in ihrer Verzweiflung mit Gewaltstreichen auf die verpfändeten Einnahmen. Heute hört man überhaupt nicht mehr über Geldbedürfnisse sprechen. Nachdem der Ring, welchen Frankreich zum Zwecke der finanziellen Isolierung der Türkei um diese gezogen hatte, gesprengt worden ist, fließen der Pforte unter der Hand von überall her genügende Mittel zu, um den Krieg fortsetzen zu können. Die Schuldenlast des Landes vermehrt sich dabei. Die Geldgeber müssen aber doch wohl heute ein größeres Vertrauen in die Zahlungsfähigkeit der späteren Türkei setzen als früher unter Kiamil. Auch die innere Lage erscheint heute weniger beunruhigend wie im Anfang dieses Jahres. Wenn sich auch in Kleinasien hie und da separatistische Bewegungen geltend machen, so sind doch nirgends die von Frankreich und Rußland angekündigten größeren Ruhestörungen eingetreten, und ebensowenig sind die auf den Sturz des Kabinetts gerichteten Bestrebungen in der Hauptstadt von irgendeinem Erfolge begleitet gewesen. Alle diese Momente haben zusammengewirkt, um das schwer erschütterte Ansehen der Türkei in Europa einigermaßen zu rehabilitieren und wieder ein gewisses Interesse für die Türkei zu erregen, wie dies ja auch bei den Londoner Verhandlungen * mehr und mehr zum Ausdruck gekommen ist.

Den geschilderten Umschwung zum Besseren hat die Türkei hauptsächlich Mahmud Schewket zu danken. In einem früheren Berichte durfte ich bereits hervorheben, in welch geschickter Weise der Groß-

---

* Siehe dazu Bd. XXXIV.

wesir die türkische Friedensstimmung zu fördern verstanden hat, ohne es dabei mit den kriegslustigen Offizieren in der Front zu verderben. Ebenso erfolgreich ist sein Bestreben gewesen, sich mit den hiesigen Vertretern der Großmächte auf einen guten Fuß zu stellen. Augenscheinlich wird ihm heute von allen Kabinetten ein gewisses Wohlwollen entgegengebracht, wenn sich dasselbe bisher auch nur auf seine Person erstreckt und noch nicht auf die Partei, welcher er angehört*. Manche meiner Kollegen erklären Mahmud Schewket bereits für den ersten wirklichen Staatsmann der Türkei im europäischen Sinne. Zweifellos ist, daß er die Grenzen der ihm gegebenen Möglichkeiten mit kühlem Verstande zu erkunden sucht, dann aber innerhalb dieser Grenzen seine Ziele mit rücksichtsloser Energie, ja Kühnheit verfolgt.

Bleiben die Jungtürken am Ruder, so wird die türkische Politik bis auf weiteres diejenige Mahmud Schewkets sein. Wie sich derselbe die weitere innere und äußere Entwickelung der Türkei denkt, hat er mir kürzlich in einem längeren Vortrag wie folgt auseinandergesetzt:

„Bisher haben die türkischen Politiker immer davon geredet, daß die Türkei sich dieser oder jener Mächtegruppe anschließen müsse. Die Leute vergessen, daß die Türkei in einer Weise verelendet ist, welche die Bundesgenossenschaft zu einer Last für ihre Alliierten machen würde. Wir brauchen vorläufig keine Allianzen, sondern das Gegenteil von solchen, das heißt, daß wir von allen Großmächten für mindestens zehn Jahre vollkommen in Ruhe gelassen werden, damit wir uns reorganisieren können. Ich werde daher bemüht sein, die Reibungsflächen, die zwischen der Türkei und anderen Mächten bestehen, möglichst zu beseitigen. Mit Rußland und England haben wir eine Reihe von Grenzregulierungen zu erledigen. Dabei handelt es sich meistens um Punkte, die für uns an und für sich bedeutungslos, die aber von der Pforte zu großen Fragen aufgebauscht worden sind. Ganze Archive sind durch diese Verhandlungen entstanden. Ich werde jetzt die Papiere einfach verbrennen lassen. Den berechtigten Wünschen Englands bezüglich des Golfs, den russischen bezüglich Armeniens und den französischen wegen Syriens werde ich nachzukommen suchen. Im Geheimen werde ich mich aber stets von dem Gedanken leiten lassen, daß die Türkei ihre Resurrektion nur durchzuführen vermag, wenn sie auf Deutschland und England zählen kann [3]. Daß sich diese beiden Länder bisher bekämpft haben, ist die Hauptursache unseres Unglücks geworden. Ich muß dafür sorgen, daß die Türkei der Boden wird, auf dem die deutsch-englische Verständigung zusammenkommt. Schon jetzt widerstehe ich England überall da, wo es in deutsche Interessen einzugreifen versucht, und weise auf die Notwendigkeit einer Auseinandersetzung mit Deutschland hin.

Bezüglich der inneren Politik stehe ich vor schwierigen Problemen.

---

* Mahmud Schewket war einer der Führer der Partei „Union et Progrès“.

Es hat sich herausgestellt, daß die heutige Verfassung durchaus nicht den Bedürfnissen des Landes und dem intellektuellen Niveau der Bevölkerung entspricht[4]. Die Stellung des Sultans muß erhöht, die Bedeutung der Kammer herabgesetzt werden[5]. Mit dem jetzigen System läßt sich überhaupt nicht regieren. Meine Absicht ist daher, eine konstituierende Kammer einzuberufen, die sich ausschließlich mit der Verfassungsrevision beschäftigen wird. Diese Arbeit wird sie mehrere Jahre in Anspruch nehmen. Inzwischen gewinne ich die Zeit, um unabhängig von der Kammer die wichtigsten administrativen Reformen durchzuführen. Durch die bitteren Erfahrungen der letzten Jahre bin ich ein Anhänger der dezentralistischen Regierungsmethode geworden[6]. Es war falsch, die Angehörigen der verschiedenen Nationalitäten in der Türkei zuerst gewaltsam zu Ottomanen machen und sie danach erst zufriedenstellen zu wollen. Der umgekehrte Weg ist der richtige. Das jetzt erlassene Wilajetsgesetz läßt bereits den Weg erkennen, den ich mir vorgezeichnet habe. Die Provinzen sollen sich im wesentlichen selbst regieren, später auch die Gemeinden[7]. Gesetze allein werden freilich nicht genügen. Es kommt darauf an, die Männer zu finden, welche die Gesetze richtig anwenden[8]. An solchen Persönlichkeiten fehlt es bei uns so gut wie gänzlich. Wir verfügen über keinen geschulten und integren Beamtenstand. Hier muß das Ausland helfen. Ich werde mich daher an die verschiedenen Kabinette mit der Bitte um Überlassung von Reformern wenden. Für die Reorganisation der Armee rechne ich bestimmt auf Deutschland. Dies ist der wichtigste Punkt meines Programms. Die Armee muß von Grund aus reformiert, der politische Geist dem Offizierskorps ausgetrieben werden. Dazu wird die Tätigkeit von Instruktionsoffizieren, wie sie jetzt hier und da als bloße Ratgeber in unsere Organisation eingeschoben sind, nicht genügen. Auch für die Reform des Unterrichtswesens rechne ich auf die Unterstützung der deutschen Regierung. Italien werde ich um Gendarmerieoffiziere für Syrien bitten, Frankreich um Reorganisatoren für die Finanzen und für das Ressort der Posten und Telegraphen. Auf Österreichs Hilfe möchte ich am liebsten verzichten. Dagegen brauche ich Engländer bei den einzelnen Verwaltungszweigen in den ost- und nordanatolischen Provinzen. Die englische Regierung hat bereits im Prinzip sieben Regimentskommandeure für die Gendarmerie und je zwei Beamte als Justizreformer und für das Ressort der öffentlichen Arbeiten in Armenien bewilligt[9] *. Auch die Flotte wird weiter

---

* Näheres darüber in Kap. CCLXXXIX. Nach einem Telegramm Freiherrn von Wangenheims vom 17. Mai (siehe daselbst Nr. 15 303) gedachte Mahmud Schewket auch in West- und Südanatolien englische Reformer anzustellen. Dem Einwand des Botschafters, daß Deutschland, das dort durch die Bagdadbahn interessiert sei, die Anwesenheit englischer Beamte nicht angenehm empfinden könne, suchte Mahmud Schewket mit dem Hinweis zu begegnen: „Uns sei die Reform der Armee unter der fast diktatorischen Oberleitung eines deutschen

von England reformiert werden. Die Schiffe werden auf Grund eines Vorschlages des Admirals Limpus inaktive englische Offiziere als Kommandanten erhalten[10]."

England wird von Mahmud Schewket etwas reichlich[11] bedacht und wird, wenn die Ideen des Großwesirs sich realisieren sollten, einen sehr weitgehenden Einfluß in der Türkei auszuüben vermögen. Da derselbe sich aber in der Hauptsache auf Armenien erstreckt und wohl oder übel gegen Rußland sich entfalten muß, so können wir uns wohl damit abfinden[12], um so mehr, als wir den entscheidenden Einfluß in der Armee erhalten sollen[13]. Die Macht, welche die Armee kontrolliert, wird in der Türkei immer die stärkste sein. Es wird keiner deutschfeindlichen Regierung möglich sein, sich am Ruder zu halten, wenn die Armee von uns kontrolliert ist. Diese Erwägung mag auch Mahmud Schewket vorschweben. Er scheint damit zu rechnen, daß die von uns beeinflußte Armee zu einer Stärke der jungtürkischen Herrschaft[14] wird. Auch die Betrauung Deutschlands mit der Reform des Unterrichtswesens eröffnet uns vorläufig noch gar nicht absehbare Möglichkeiten, das türkische Volk mit deutschem Geiste zu durchdringen und mittels der türkischen Staatsmaschine Aufgaben zu erfüllen, für welche wir bisher unsere Schulen in der Türkei mit Reichsmitteln haben ausstatten müssen.

Im großen ganzen scheint es mir daher im deutschen Interesse zu liegen, daß Mahmud Schewket die Zügel der Regierung möglichst lange in seiner Hand behält und sein Programm zur Ausführung bringt.

Der Großwesir spricht so, als ob er die Stellung des jungtürkischen Kabinetts für lange Zeit hinaus als gesichert ansähe. Wiederholt erklärte er mir, daß seine Partei nicht noch einmal den Fehler begehen werde, sich durch Putsche und Straßendemonstrationen beiseiteschieben zu lassen. Auch ich sehe augenblicklich nirgends eine Gefahr für Mahmud Schewket. Gegen den Dolch eines Verschwörers ist er natürlich nicht gesichert. Seine politischen Gegner, die Ententisten, dürften vorläufig ausgespielt haben, trotz aller englischen Intrigen. Der Anhang Kiamils rekrutierte sich hauptsächlich aus den europäischen Provinzen, die verloren gegangen sind. Ein Imponderabile bleibt nur Enver Bey, von dem ich aber annehme, daß er bald wieder nach Afrika zurückkehren wird[15].

Ob die Jungtürken sich halten können, wird weniger von inneren Fragen als davon abhängen, ob die Türkei in Kleinasien sich zu konsolidieren vermag. Andererseits hängt die Zukunft Kleinasiens wesentlich davon ab, ob die Jungtürken am Ruder bleiben. Deutschland, welches die Türkei erhalten will, hat daher nach meiner unmaßgeblichen

---

Generals zugedacht, und ebenso die Reorganisation des gesamten Unterrichtswesens; der Einfluß, der uns dadurch eingeräumt werde, sei bedeutend größer als der etwaige englische."

Ansicht ein hervorragendes Interesse daran, die Reformbestrebungen Mahmud Schewkets tatkräftig zu unterstützen.

Wangenheim

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
1 ?
2 Die haben keine Offiziere mehr!
3 geht nicht an!
entweder oder!
4 umwerfen!
5 richtig! bei uns auch!
6 nur bis zu einem gewissen Grade!
7 na na!?!
8 giebts nicht!
9 !!
10 sehr bedauerlich und unpraktisch
11 übermäßig!
12 ?!
13 der wird auch gegen uns, Bagdadbahn pp. benutzt werden
14 hoffentlich nicht
15 Nein! der soll demnächst hängen!
Schlußbemerkung des Kaisers:
Viel guter Wille, aber viel Phantasterei!
In Wirklichkeit ist diese Zuweisung von verschiedenen Europ[äischen] Nationen für inner-Türk[ische] Aufgaben, eine großartige Brücke für gegenseitige Intriguen und für eine Auftheilung der Türkei! So einfach lassen sich die Mächte nicht abgrenzen und auf ihre Aufgabe beschränken! Zumal die Briten nicht.

Nr. 15 440

*Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt**

Telegramm. Entzifferung

Nr. 282 Konstantinopel, den 22. Mai 1913

Aus der Überzeugung, daß Deutschlands Politik aufrichtig und ernst auf die Konsolidierung der asiatischen Türkei gerichtet ist, daß aber nur durch eine gründliche Reorganisation der türkischen Armee dieses Ziel sichergestellt werden kann, ersucht mich der Großwesir, Seiner Majestät dem Kaiser die Bitte um einen leitenden deutschen General für die türkische Armee zu unterbreiten.

Einzelheiten noch nicht festgelegt. Gedacht ist diese Stellung aber, ungefähr ähnlich der des französischen Generals Eydoux in Griechenland, als die einer mit weitgehenden Befugnissen ausgestatteten Autorität in allen militärtechnischen Fragen. General müßte an der Spitze aller anderen deutschen Reformer stehen und wäre für die gleich-

---

* Im wesentlichen bereits veröffentlicht bei Liman von Sanders, Fünf Jahre Türkei, S. 9 f.

mäßige und zweckentsprechende Durchführung der Reform in der türkischen Armee verantwortlich. Seine Vorschläge müßten Grundlage abgeben für die Mobilmachungsarbeiten und Operationen in einem späteren Kriege. — Für eine solche Stellung käme naturgemäß nur eine allererste militärische Kraft in Frage, die namentlich über große Erfahrung im Truppengeneralstab verfügt. Da Generalität und Generalstab im letzten Kriege besonders versagt haben, wäre seine Hauptaufgabe, diesen Mißständen durch gründliche und praktische Ausbildung des Generalstabes abzuhelfen. Dafür wäre namentlich Voraussetzung, daß der betreffende General als Chef des Generalstabes eines Armeekorps selbständig mit besonderem Erfolg Generalstabsreisen geleitet hat. Im übrigen muß er ein fester Charakter sein, der sich durchzusetzen versteht. Sprach- und Landkenntnis nicht unbedingt erforderlich, da in der Person des Majors von Strempel eine in den lokalen Verhältnissen voll erfahrene Hilfskraft ihm zur Seite gestellt werden könnte.

Meines Erachtens würde die Berufung eines deutschen Generals alle Stimmen, welche die deutschen Reformer für die türkischen Niederlagen verantwortlich machen, zum Schweigen bringen. — Außerdem würde sie das beste Gegengewicht gegen den durch Berufung englischer Verwaltungsreformer vordringenden englischen Einfluß bilden. Im Falle einer Ablehnung ist zu befürchten, daß die Pforte, welche mit dem bisherigen ungenügenden Militärreformsystem zu brechen entschlossen ist, sich an andere Mächte wenden würde. Höre streng vertraulich, daß seitens des österreichischen Militärattachés* für die Berufung österreichischer Reformer Propaganda gemacht wird. Geheimhaltung vorläufig dringend erbeten.

Wangenheim

Nr. 15 441

Der Chef des Militärkabinetts General Freiherr von Lyncker an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Vertraulich — Berlin, den 30. Juni 1913

Euerer Exzellenz beehre ich mich unter Bezugnahme auf das Telegramm des deutschen Botschafters in Konstantinopel vom 22. Mai d. Js. — dortige Nr. A 10443** — und auf den Militärbericht Nr. 714 des Militärattachés in der Türkei vom 21. Mai d. Js. — dortige Nr.

* Oberst von Pomiankowski.
** Siehe Nr. 15 440.

A 10 697* — sehr ergebenst mitzuteilen, daß Seine Majestät der Kaiser und König der darin zum Ausdruck gebrachten Bitte der türkischen Regierung um Entsendung eines Generals als Missionschef nach der Türkei entsprechen wollen.

Wenn auch nicht ohne Schwierigkeit, so ist es aber dennoch gelungen, einen General ausfindig zu machen, der seine Bereitwilligkeit erklärt hat, sich dieser Aufgabe zu unterziehen. Es ist dies der Generalleutnant Liman von Sanders, Kommandeur der 22. Division in Kassel, ein vorzüglicher Divisionskommandeur, der sich für diese Stellung nach jeder Richtung hin besonders eignen würde.

General Liman von Sanders ist eine elegante militärische Erscheinung, von gewandten Formen und militärisch vielseitig gebildet. Er gehörte lange Jahre dem Generalstabe an und ist in den verschiedensten Stellungen der Armee mit bestem Erfolge tätig gewesen.

Euerer Exzellenz beehre ich mich von dieser Sachlage sehr ergebenst Kenntnis zu geben. Sowohl das zuständige Generalkommando als auch der General Liman von Sanders sind auf strengste Geheimhaltung hingewiesen und ist ihnen mitgeteilt worden, zunächst keine weiteren Schritte zu unternehmen, bis Nachricht von mir eintrifft.

Freiherr von Lyncker

Nr. 15 442

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 223 Therapia, den 18. Juli 1913

Von dem Inhalte des von Euerer Exzellenz mir mitgeteilten Schreibens des Herrn Chefs des Militärkabinetts vom 30. v. Mts.** habe ich dem Großwesir zunächst mündlich vertraulich Kenntnis gegeben, auf seine Bitte dann aber ihm auch eine schriftliche Mitteilung gemacht. Said Halim Pascha wünschte, daß durch letztere eine für die Türkei bindende Abmachung geschaffen würde.

Bei dieser Gelegenheit bat mich Said Halim, Euerer Exzellenz seinen Wunsch zu übermitteln, General Liman von Sanders möchte nicht vor Vertragsabschluß herkommen. Er würde dann leicht mit allerlei Persönlichkeiten in Berührung kommen, deren Beziehungen ihm später vielleicht nicht erwünscht sein würden. Um den Eindruck seines Erscheinens auf dem Felde seiner hiesigen Tätigkeit nicht ab-

---

* Nicht bei den Akten.

** Siehe Nr. 15 441.

zuschwächen, würde er es vielmehr für nützlich halten, wenn der General bei seiner Ankunft gleich in seiner vollen Würde und mit ganzer Autorität hier auftreten würde.

Wangenheim

Nr. 15 443

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Wangenheim

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 290 Berlin, den 24. August 1913

Seine Majestät wünschen, daß Verhandlungen wegen Übernahme General Liman und Oberst Weber beschleunigt werden. Natürlich kann Übertritt erst nach Erledigung türkisch-bulgarischer Differenz erfolgen. Bis dahin müssen Verhandlungen geheim bleiben, da Bekanntwerden uns Vorwurf Parteinahme zuziehen und politische Schwierigkeiten bereiten würde. Im Interesse Geheimhaltung scheint uns erwünscht, daß Verhandlungen verläufig dort und nicht durch hiesigen türkischen Botschafter geführt werden.

Ew. pp. wollen Besprechungen mit Großwesir eröffnen und insbesondere Vorschläge erbitten über Gehalt, Kommandostellung, Machtbefugnisse und Zahl der Offiziere, die unsere Herren mitbringen. Drahtbericht.

Jagow

Nr. 15 444

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Rominten

Telegramm. Entzifferung

Nr. 259 Berlin, den 20. September 1913

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät Botschafter in Konstantinopel meldet*:

„Ganz geheim.

Nach langen Verhandlungen ist folgendes Projekt über die deutsche Militärreorganisationskommission zustandegekommen.

---

* Telegramm Nr. 543 vom 19. September 1913.

Um die bisher immer vergeblich angestrebte Einheitlichkeit des deutschen Reorganisationswerks zu erreichen, wird General Liman direkter Vorgesetzter aller deutschen Offiziere in türkischen Diensten [1]. Ihm wird das Recht verliehen, überall in der Türkei Besichtigungen vorzunehmen. Ohne ihn darf kein ausländischer Offizier für die türkische Armee engagiert werden.

Ihm wird das ganze Militärerziehungs- und Bildungswesen — einschließlich Schießschule, Übungslager und Lehrtruppen — unmittelbar unterstellt, was für die Zukunft der Türkei und die Verbreitung deutscher Art und Sprache ganz besonders wichtig ist.

General Liman wird Mitglied des Obersten Kriegsrats. Sein Einfluß auf die Beförderungen türkischer Offiziere, namentlich zu Generalen, wird festgelegt. Er erhält die Strafbefugnis eines kommandierenden Generals.

Dadurch, daß schließlich — im Gegensatz zu bisherigen hiesigen englischen Marinemissionen — der Vertrag auf fünf Jahre statt auf zwei abgeschlossen werden soll, und daß Versetzungen und Verabschiedungen höherer türkischer Offiziere innerhalb von sechs Monaten nach Kabinetts- bezw. Kriegsministerwechsel nur mit Einwilligung des deutschen Generals stattfinden dürfen, wird die erforderliche Kontinuität der militärischen Arbeit gewährleistet und das unerschütterte Vertrauen in Seine Majestät den Kaiser und die deutschen militärischen Grundsätze bewiesen [2]. Das Fehlen von Kontinuität verschuldete bekanntlich die Katastrophen im Anfang des Krieges.

Für die Ausbildung der Generale, die theoretische Fortbildung aller Generalstabsoffiziere, Abhaltung von Generalstabsreisen und ähnliche Bedürfnisse wird General Liman eine Pauschalsumme von annähernd einer Million Mark im Jahre zur freien Verfügung gestellt, während alle deutschen Offiziere zusammen bisher mit weniger als 30 000 Mark haushalten mußten.

Alles Weitere empfehle ich in Deutschland bei den zuständigen Behörden und bei General Liman durch den Militärattaché regeln zu lassen, damit die ganze Angelegenheit in kürzester Zeit erledigt wird. Major von Strempel könnte 26. in Berlin sein [3]."

Euerer Majestät Militärkabinett habe ich Abschrift des Telegramms zugehen lassen.

Alleruntertänigst

Jagow

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Habe ich von vornherein als Bedingung aufgestellt!

[2] heiliger „Matin"!

[3] ja

Nr. 15 445

Der Geschäftsträger in Petersburg Freiherr von Lucius an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 285 St. Petersburg, den 7. November 1913

Herr Neratow ließ mich zu sich bitten und sagte mir sichtlich beunruhigt folgendes:

Er habe aus türkischer guter Quelle die Nachricht, daß eine ungewöhnlich große Anzahl deutscher Generalstabs- und anderer Offiziere, darunter Generäle, zur Reorganisation der türkischen Armee und zwar besonders der Garnison von Konstantinopel in türkischen Dienst demnächst treten werden. In Konstantinopel solle eine Art Musterdivision ganz nach deutschem Vorbilde und unter dem Kommando eines deutschen Generals errichtet werden. Die Ausbildung von türkischen Provinzialtruppen im üblichen Rahmen würde ihn nicht beunruhigt haben, hier handele es sich aber um eine Maßnahme, welche Rußland nicht anders als gegen sich gerichtet auffassen könne. Alles, was sich in Konstantinopel und an der Meerenge ereigne, sei für Rußland von der höchsten Bedeutung. Ministergehilfe hob noch hervor, daß nach seinen Informationen der deutsche Militärattaché in Konstantinopel morgen Sonnabend in Berlin eintreffen solle, um die Zustimmung der Kaiserlichen Regierung zu dem „arrangement" einzuholen.

Wenn diese Nachrichten Herrn Sasonow in Livadia bekannt würden und unwidersprochen blieben, befürchte er eine starke Verstimmung. Herr Neratow bat mich, Euerer Exzellenz von vorstehendem sofort Meldung zu erstatten.

Lucius

Nr. 15 446

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Geschäftsträger in Petersburg Freiherrn von Lucius

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 217 Berlin, den 8. November 1913

Auf Telegramm Nr. 285*.

Die Türkei hat uns um Militärmission gebeten. An der Spitze soll ein General stehen.

---

* Siehe Nr. 15 445.

Daß wir andauernd die türkische Armee zu reformieren versucht haben, Erfolg aber recht problematisch gewesen, ist bekannt. Man hat Deutschland sogar für türkische Mißerfolge in letzten Kriegen verantwortlich gemacht! Wenn wir trotz dieser Erfahrungen zum Eingehen auf neues türkisches Ansuchen geneigt sind, so geschieht dies aus verständlicher Erwägung, daß die Türkei durch Ablehnung nur verstimmt werden und sofort anderswo Erfüllung ihres Wunsches suchen und zweifellos auch finden würde.

Wo Mission arbeiten soll, werden wir lediglich türkischem Ermessen überlassen. Die russischen Bedenken hinsichtlich Konstantinopel sind uns gänzlich unverständlich. Wir haben eine zu hohe Meinung von der russischen Armee, als daß wir annehmen könnten, daß selbst „eine Art Musterdivision in Konstantinopel" für Rußland auch nur im entferntesten bedrohlich werden könnte. Herr Neratow kennt die türkischen Verhältnisse und wird daher unseren Skeptizismus gegenüber dem Erfolg der neuen Reformarbeit begreifen. Daß andererseits die Türkei jemals auf den Gedanken eines aggressiven Vorgehens gegen Rußland verfallen könnte, glaubt wohl auch Herr Neratow schwerlich. Die Pforte wird glücklich sein, wenn ihre Balkannachbarn ihr das Leben lassen, und offenbar lediglich zu tunlichster Sicherung ihrer eigenen Existenz sucht sie ihre Armee aufzubessern. An Erhaltung der Türkei in ihrem ohnehin recht bescheidenen europäischen Umfang und in ihrem asiatischen Besitz haben aber alle Mächte ein Interesse. Insbesondere nehmen wir bestimmt an, daß Rußland diesen unseren Standpunkt teilt. Wir glauben daher, daß auch Rußland die uns gegenüber etwa hervortretenden türkischen Wünsche nach Stationierung der Militärmission gerade in Konstantinopel nur begrüßen könnte.

Bitte diese Gesichtspunkte Herrn Neratow gegenüber nachdrücklich verwerten und ihm die unverständliche Nervosität ausreden.

Zimmermann

Nr. 15 447

Der Geschäftsträger in Petersburg Freiherr von Lucius an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 289 St. Petersburg, den 11. November 1913

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 217*.

Glaube Herrn Neratow etwas beruhigt zu haben.

Immerhin hob Ministergehilfe wieder hervor, daß Stationierung

* Siehe Nr. 15 446.

der Militärmission in Konstantinopel, Erhöhung Kriegsbereitschaft der Türkei in den Dardanellen zur Folge haben würde. Wenn er auch keine Bedenken gegen Tätigkeit der Mission nach der Balkanfront hin habe, so könne es Rußland nicht gleichgültig sein, wenn beispielsweise die Dardanellen stark befestigt würden und Geschütze, die 20 Kilometer das Schwarze Meer bestreichen könnten, am Eingang hierzu aufgestellt würden. Derartige Befestigungen auf Ratschlag deutscher Offiziere aufgeführt, könnten doch bloß gegen Rußland gerichtet sein.

Ich machte Ministergehilfen unter anderem darauf aufmerksam, daß Zeitungsnachrichten zufolge auch England Erweiterung seiner Marinemission beabsichtige. Herr Neratow wollte Herrn Sasonow unsere Gesichtspunkte vortragen, sobald er zurück sei, und bat mich, dieselben dem Minister gegenüber seinerzeit zu wiederholen; vielleicht sei Herr Sasonow weniger beunruhigt wie er über die Angelegenheit. Nach Livadia wollte er dem Minister nicht darüber telegraphieren.

Lucius

Nr. 15 448

Der Geschäftsträger in Petersburg Freiherr von Lucius an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 292 St. Petersburg, den 17. November 1913

Sasonow empfing mich heute gleich nach seiner Rückkehr und bat mich, Euerer Exzellenz zu melden, daß ihn die Angelegenheit unserer türkischen Militärmisson trotz unserer Erklärungen peinlich berührt. Auch ein heutiges Telegramm des Herrn von Sverwejew, nach einem Gespräch mit dem Herrn Unterstaatssekretär, bezeichnete der Minister als „peu satisfaisant“. Es handle sich doch jetzt nicht um ein Nachgeben unsererseits auf Grund einer russischen Pression, sondern „il s'agit simplement d'une déférence à nos voeux“. Die Angelegenheit sei keine militärische, sondern politische Frage von hoher Bedeutung für Rußland. Unsere Beziehungen seien nie besser und vertrauensvoller gewesen als jetzt, daher könnten wir seiner Ansicht nach den Türken nach Erfüllung ihres Wunsches sehr wohl sagen, daß wir, „um unsere Freunde — die Russen — nicht zu verletzen“, bäten, davon abzusehen, dem deutschen General Truppenteile in Konstantinopel zu unterstellen. Nach seinen Nachrichten solle das erste türkische Armeekorps diesem Generale unterstellt werden. Der russische Botschafter in Konstantinopel würde also sozusagen von einem deutschen Armeekorps beschützt. Die Türkei sei seit Jahrhunderten der Gegner Rußlands, das viele Kriege gegen die Osmanen

geführt habe. Es wäre für Rußland nie angenehm gewesen, daß deutsche Offiziere die türkische Armee reorganisierten. Der Zar habe Seiner Majestät dem Kaiser und Könige über diese Verhältnisse offen gesprochen. Der Minister hatte dem Kaiser Nikolaus berichtet, welch ausgezeichneten Eindruck er von seinen vertrauensvollen Unterredungen mit Euerer Exzellenz und dem Herrn Unterstaatssekretär* gehabt habe. Seine Majestät wäre äußerst befriedigt darüber gewesen. Um so überraschender sei die Nachricht aus Konstantinopel gekommen. Der Kaiser habe ihm vorwurfsvoll gesagt: „et vos impressions de Berlin!“ Sasonow bedauerte, daß man ihm in Berlin nicht über Militärmission in Konstantinopel gesprochen hätte. Er wäre Euerer Exzellenz besonders dankbar für eine genauere Information darüber, ob tatsächlich die Absicht bestände, das erste türkische Armeekorps oder einen Teil desselben dem General zu unterstellen? Uns würde es auch sicherlich nicht gleichgültig sein, wenn zum Beispiel ein belgisches oder ein holländisches Armeekorps unter einen französischen General gestellt würde. Als ich Minister sagte, es sei doch völlig ausgeschlossen, daß die Türkei aggressive Absichten gegen Rußland habe, erwiderte Herr Sasonow: Von den Jungtürken, in die er keinerlei Vertrauen hätte, könne man jeden coup de tête erwarten; es handle sich darum, den türkischen „Größenwahn“ nicht noch zu stärken. Unsere Offiziere könnten doch, wie früher, in der Provinz arbeiten. Die Stationierung der Mission in Konstantinopel sei aber, ebenso wie die ständige Anwesenheit des Generals ein völliges Novum. Er bat mich, das heutige Gespräch Euerer Exzellenz ausführlich zu melden. Es läge ihm alles daran, mit uns freundschaftlich zu stehen, diese Angelegenheit mache ihm aber seine Aufgabe sehr schwer.

Lucius

Nr. 15 449

Aufzeichnung des Militärattachés in Konstantinopel Majors von Strempel, z. Z. in Berlin

Eigenhändig

Berlin, den 18. November 1913

Klagen des Herrn Sasonow**:

1. Stärkung des türkischen Größenwahns.
2. Die deutschen Offiziere sollten wie früher in der Provinz arbei-

* Über die Anwesenheit Sasonows in Berlin am 22. Oktober und die bei dieser Gelegenheit mit den deutschen Staatsmännern gepflogenen Besprechungen über die Balkanfrage vgl. Bd. XXXVI, Kap. CCLXXX Nr. 14 193.
** Nr. 15 448.

ten, ihre Stationierung in Konstantinopel sowie die dauernde Anwesenheit des Generals dort sei ein völliges Novum.

3. Der russische Botschafter in Konstantinopel würde sozusagen von einem deutschen Armeekorps beschützt.

4. Verdächtigung der Jungtürken bezüglich aggressiver Absichten.

ad 1. Der türkische Größenwahn hat durch die letzten Kriege einen schweren Stoß erlitten. Bei den leitenden militärischen Kreisen hatte er auch vor dem Kriege nur in bescheidenen Grenzen bestanden; daß er jetzt nicht mehr existiert, ist dadurch erwiesen, daß die Türken um eine Militärmission bitten. Den jungen Elementen haftet der Größenwahn weiter an. Sie sollen aber viel Wasser in ihren Wein schütten, daher die Militärmission!

Hätten wir Deutschen dagegen jetzt unsere Offiziere zurückgezogen, so hätten die jungen Offiziere das so aufgefaßt, wie wenn sie jetzt Fremde nicht mehr nötig hätten; ihr Größenwahn wäre üppig ins Kraut geschossen.

ad 2. Die deutschen Offiziere hätten früher in der Provinz gearbeitet, das Umgekehrte sei ein Novum, ein völliges Novum.

In dieser Beziehung hat sich eigentlich garnichts geändert, soweit die 26 Offiziere in Betracht kommen, die seit vier Jahren in Konstantinopel sind.

Bis dahin war es so, daß alle Offiziere gerade in der Hauptstadt waren, und keiner in der Provinz. Der Chef der Militärmission Exzellenz von der Goltz lebte zwölf Jahre hintereinander in Konstantinopel. Zeitweise hatten wir zwei Marschälle und fünf Generäle gleichzeitig dort. Auch jetzt haben wir dort einen General und hatten meist zirka 14 Offiziere in der Hauptstadt.

In den letzten drei Jahren waren von 26 Herren drei in Saloniki, drei in Adrianopel und drei in Ersingjan. Früher hielten die Russen sich darüber, daß sie in Ersingjan waren, viel mehr auf! (Vielleicht kommen dorthin auch wieder drei).

ad 3. Der russische Botschafter würde sozusagen von einem deutschen Armeekorps bewacht!

Das ist eigentlich ein starkes Stück!

Der englische Admiral, der die Flotte (was wir Hochseeflotte nennen) ganz und gar befehligt, hat keine Bedenken hervorgerufen?

Und die ganze Gendarmerie des Reichs stand unter einem Italiener, jetzt Franzosen! Die Gendarmerie dient viel eher politischer Überwachung als ein „Musterarmeekorps", von dem vielleicht nur vier bis sechs Regimenter in der Hauptstadt stehen werden. Wäre der deutsche General, wie zum Beispiel General Eydoux in Athen Generalinspekteur, so hätte er viel mehr zu sagen als nur als Missionschef und Kommandierender General eines Korps.

Im Kriege standen drei mobile Divisionen unter deutschem Befehl! Jetzt sind die Lehrtruppenteile, die auch bisher zum Teil in der Hauptstadt standen, in ein Armeekorps zusammenzufassen, da mit einzelnen Lehrtruppenteilen wegen der sehr schwachen Friedensstärke Übungen fast unmöglich waren. Das ganze Korps soll nur Lehrzwecken dienen. Daß dem General das Armeekorps in der Hauptstadt unterstellt werden soll, hat keine politische Vorgeschichte. Es kommen auch andere Orte in Betracht. Doch ist Konstantinopel einzig richtig, weil dort die Militärschulen sind, und diese davon mitprofitieren sollen. Sonst hätten wir noch einen General mehr schicken müssen.

Der Titel „Militärmission“ ist von türkischer Seite tatsächlich gewählt, um den Größenwahn der jungen Elemente zu mildern; von deutscher lediglich, weil wir gesehen haben, daß loses Nebeneinanderarbeiten verschiedener deutscher Offiziere keinen Wert oder wenig hat. Das hat der Balkankrieg wahrhaftig bewiesen. Er hat aber auch zu Punkt 4 bewiesen, daß die Türken an aggressive Kriege nicht zu denken wagen dürfen. Das weiß auch Herr Sasonow, denn er kennt die inneren Schwierigkeiten der Türkei, und die militärischen Bäume in ihr werden sicher nie in den Himmel wachsen. Es bedarf schon einer großen Zahl sehr befähigter deutscher Offiziere, wenn wir diese Bäume am Leben halten und stärken wollen. —

Die russischen Klagen sind wohl nicht ganz aufrichtig, sonst hätte man stichhaltigere Argumente gefunden. Sollten hier nicht mit französische Kastanien aus dem Feuer geholt werden?

Erstlich hatten sich die Franzosen große Hoffnungen gemacht, uns jetzt am Goldenen Horn abzulösen, und zweitens wittert Schneider-Creuzot Verrat. —

Behandelt und verhandelt ist die ganze Militärmissionsfrage in Konstantinopel im vollsten Einverständnisse mit dem Herrn Botschafter. Politische Befürchtungen sind nicht aufgestiegen, denn einmal sagte der Herr von Giers zum Überdrusse oft, daß die Russen die Türkei innerlich stärken möchten, und mehr kann doch nicht durch die Mission erreicht werden! Und andererseits kann sich bei den auch von Herrn Sasonow „als nie besser und vertrauensvoller als jetzt“ bezeichneten deutsch-russischen Beziehungen am Goldenen Horn ein deutscher General mit Kommandogewalt neben dem englischen Hochseeflottenkommodore und dem französischen General Bauman mit seinem ganzen Gendarmerienetze, die alle an der Erstarkung der Türkei arbeiten, nicht ganz schlecht ausnehmen.

von Strempel

Nr. 15 450

*Aufzeichnung des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg**

Eigenhändig

Berlin, den 18. November 1913

Herr Kokowzow** brachte heute im Auftrage des Herrn Sasonow unsere Militärmission in Konstantinopel bei mir zur Sprache. Herr Sasonow sei beunruhigt, daß ein deutscher General in Konstantinopel ein türkisches Armeekorps befehligen solle. Eine nähere Begründung für diese Beunruhigung wurde nicht gegeben.

Ich habe Herrn Kokowzow folgendes erklärt:

Im Anfang dieses Sommers habe sich die Türkei mit der Bitte um eine Militärmission an uns gewandt. Ich hätte damals die Sache vom politischen Standpunkte aus geprüft und, da keine Bedenken vorgelegen hätten, die Erfüllung der Bitte zugesagt. Danach sei die Angelegenheit lediglich von den militärischen Stellen bearbeitet worden***. So sei es

---

* Die Aufzeichnung wurde mit Erlaß Nr. 1327 vom 19. November dem Geschäftsträger in Petersburg Freiherrn von Lucius zur Information und entsprechenden Verwertung übersandt.

** Der russische Ministerpräsident Kokowzow weilte, von Paris kommend, wo er mit der französischen Regierung über die Unterbringung russischer Eisenbahnobligationen auf dem Pariser Markt gegen die Verpflichtung zum beschleunigten Bau strategischer Eisenbahnen in Rußland verhandelt hatte, vom 17. bis 20. November in Berlin. Hier hatte er am 18. und 19. eingehende Aussprachen mit dem Reichskanzler, am 19. auch eine Audienz beim Kaiser. In seinem großen Immediatbericht vom 2. Dezember 1913 über seine Auslandsreise hat Kokowzow eine eingehende Darstellung von seinen Gesprächen mit dem Reichskanzler und dem Kaiser gegeben, die die obige Darstellung Bethmann Hollwegs in erwünschter Weise ergänzt (Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 415 ff.). Gegenüber den Behauptungen des französischen Botschafters Delcassé, Kokowzow habe aus Berlin nach Petersburg telegraphiert, daß er durch seine Vorstellungen ein wesentliches Nachgeben Deutschlands erzielt habe („Des renseignements généraux qu'il a fait télégraphier de Berlin, il resulte que ses représentations auraient amené l'Allemagne à ne pas réclamer pour son général le corps d'armée de Constantinople et à consentir à une diminution des pouvoirs qui devaient primitivement lui être attribués." Telegramm Delcassés an Pichon vom 21. November 1913; Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, III, 83), ist von Wichtigkeit die Feststellung des Kokowzowschen Immediatberichts: „Ich will Eurer Majestät nicht verheimlichen, daß meine Auseinandersetzungen in Berlin bei mir einen unbefriedigenden Eindruck hinterlassen haben und mir Grund geben zu der Vermutung, daß die deutsche Regierung die von ihr gewählte Haltung nicht leicht aufgeben wird, wenn sie sie überhaupt aufgibt." Vgl. zu den Berliner Besprechungen Kokowzows auch noch den vertraulichen Brief des russischen Botschafters in Berlin Sverwejew an Sasonow vom 21. November (Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre, ed. B. v. Siebert, S. 639 f.), und den Bericht Botschafter Jules Cambons vom 20. November (Französisches Gelbbuch, a. a. O., III, 82 s.).

*** Auch Kokowzow hebt in seinem Immediatbericht an den Zaren vom 2. Dezember (Stieve, a. a. O., III, 415 f.) hervor, daß der Reichskanzler wohl kaum über

gekommen, daß mir die Sache während des Hierseins des Herrn Sasonow gar nicht mehr vorgeschwebt, und daß ich sie nicht zum Gegenstande der Unterhaltung mit ihm gemacht hätte. Die Erfüllung der

---

den beabsichtigten Schritt unterrichtet gewesen sei. „Er wußte nur, daß die türkische Regierung Deutschland vorgeschlagen hatte, die Instrukteure für die türkische Armee zu stellen; daß der deutsche Kaiser diese Frage Eurer Kaiserlichen Majestät gegenüber während Ihres Aufenthaltes in Berlin im Mai d. Js. in einer persönlichen Unterredung berührt hatte; daß Eure Majestät keine sachlichen Einwendungen erhoben hatten, da die Lehrtätigkeit der deutschen Offiziere in der türkischen Armee mehr als 20 Jahre stattgefunden hatte; daß aber später die ganze weitere Entwicklung dieser Frage im Sinne der Bildung eines Musterkorps unter deutschem Kommando und der Stationierung dieses Korps in der türkischen Hauptstadt H. von Bethmann Hollweg überhaupt unbekannt war, und daß sich nur die militärischen Stellen des Deutschen Reiches hiermit befaßt hatten.“ Die auf Bethmann Hollweg zurückgehenden Angaben Kokowzows werden durch den Befund der deutschen Akten vollinhaltlich bestätigt. Über die in Konstantinopel zwischen dem Marineminister Mahmud Pascha als Stellvertreter des Kriegsministers und dem Militärattaché von Strempel geführten Verhandlungen, die am 28. Oktober bzw. 27. November zum Abschluß von Verträgen zwischen Mahmud und General von Liman führten (vgl. Nr. 15 465), ist dem Auswärtigen Amt nichts weiter bekannt geworden, als was das Telegramm Freiherrn von Wangenheims vom 20. September (siehe Nr. 15 444), in dem von der Bildung eines Musterkorps in Konstantinopel unter deutschem Kommando noch gar keine Rede war, meldete. Wenn General Liman von Sanders in seinem Erinnerungsbuche „Fünf Jahre Türkei“ (S. 10 f.) anführt, der Kontrakt sei den höchsten deutschen Behörden zur Prüfung vorgelegt, so gilt das nur für die militärischen Behörden. Das Auswärtige Amt hat von dem Inhalt des abgeschlossenen Vertrages erst am 8. Januar 1914 durch das Preußische Kriegsministerium Kenntnis erhalten (Schreiben des Kriegsministeriums vom 29. Dezember 1913, eingegangen am 8. Januar 1914). Nach Angabe Kaiser Wilhelms II. zu Kokowzow wäre der Gedanke, dem Führer der deutschen Militärmission das Kommando eines Armeekorps in Konstantinopel zu übertragen, an dem man in Petersburg so heftigen Anstoß nahm, nicht einmal von Deutschland ausgegangen, sondern wäre von der Türkei selbst geäußert worden, was von Dschemal Pascha (Erinnerungen eines türkischen Staatsmannes, S. 69) bestätigt wird. Der russische Botschafter in Berlin Sverwejew wollte freilich, wie Delcassé am 29. November nach Paris zu melden wußte (Französisches Gelbbuch, a. a. O., III, 91), das Gegenteil behaupten: die Türkei habe sich auf die Bestimmung nur widerstrebend eingelassen. Auch der französische Botschafter in London Paul Cambon wußte zu erzählen, das „deutsche Projekt“ sei in Berliner militärischen Kreisen entstanden, die eine Wiederholung der unzureichenden Stellung, die von der Goltz Pascha innegehabt habe, für unmöglich hielten (Telegramm Graf Benckendorffs an Sasonow vom 9. Dezember, v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 646 f.). Daran mag so viel richtig sein, daß auch die deutschen Militärs und namentlich General von Liman, die damit aber doch nur auf die türkischen Intentionen eingingen, für die Übertragung des I. Armeekorps an den Führer der Militärmission eingetreten sind. Vgl. Liman v. Sanders, Fünf Jahre Türkei, S. 14. Aus der späteren Angabe Freiherrn von Wangenheims (siehe Nr. 15 493), daß er von vornherein gegen die Übertragung des Korpskommandos auf den Führer der Militärmission gewesen sei, daß aber die jungtürkischen Führer aus innerpolitischen Gründen darauf bestanden hätten, ergibt sich unbedingt, daß Kaiser Wilhelm mit seiner Behauptung im Rechte war und nicht die Sverwejew, Delcassé und P. Cambon mit der ihrigen.

Bitte der Türkei hätte sich für uns von selbst ergeben und sei eine zwingende gewesen. Seit Jahrzehnten seien deutsche Militärs die Instruktoren der türkischen Armee gewesen, darunter Generale von der Bedeutung eines Hobe Pascha und eines von der Goltz. Es würde eine völlige Umkehr unserer langjährigen gegenüber der Türkei befolgten Politik bedeutet haben, wenn wir den Wunsch der Türkei nach Erneuerung und Ausgestaltung der alten Einrichtung abgewiesen hätten. In Vertretung unserer großen wirtschaftlichen Interessen in der Türkei, und insonderheit in der kleinasiatischen Türkei, mußten wir den größten Wert darauf legen, daß die Türkei in dem Bestande, der ihr nach dem Kriege verblieben sei, intakt erhalten werde. Wenn jemals die kleinasiatische Frage aufgerollt werden müßte, so wünschten wir diesen Zeitpunkt in möglichste Ferne gerückt zu sehen. Eine Konsolidierung der Türkei sei aber nur möglich, wenn ihre Armee gut organisiert werde. Deshalb sei die Entsendung einer Militärmission nach Konstantinopel ein unmittelbares deutsches Interesse, und lediglich in Wahrnehmung dieses Interesses hätten wir gehandelt. Hätten wir abgelehnt, so hätten wir uns selbst nicht nur unmittelbar geschadet, sondern hätten auch mittelbar einen großen Echec vor der Welt erlitten. Denn die Türkei hätte sich im Falle unserer Ablehnung unzweifelhaft an eine andere Großmacht gewendet und von dieser erhalten, was wir ihr versagt hätten. Mir sei es durchaus nicht unwahrscheinlich, daß zum Beispiel Frankreich sehr gern an unsere Stelle getreten sein würde. Es sei bekannt, daß der französische Chauvinismus die türkischen Niederlagen als deutsche Niederlagen gefeiert hätte, und wenn jetzt Deutschland die Rolle, die es lange Jahre in der Türkei gespielt habe, aufgegeben hätte, und wenn irgendeine andere Macht an unsere Stelle getreten wäre, dann hätte das in den Augen aller uns mißgünstigen Nationen eine neue und schwere Niederlage bedeutet.

Der Gedanke, daß Rußland an unserer Militärmission Anstoß nehmen könne, sei mir nie gekommen und sei mir auch jetzt völlig unverständlich. Rußland teile, wie ich das aus dem Gange der gesamten russischen Politik schließen könne, und wie es mir Herr Sasonow ausdrücklich und wiederholt erklärt habe, durchaus unsere Ansicht, daß die Türkei intakt erhalten bleiben müsse. Deshalb könne ich auch nur annehmen, daß Rußland eine straffe Organisation der türkischen Armee erwünscht sein müsse. Daß die türkische Armee zu aggressiven Aktionen irgendwelcher Art nicht imstande sei, habe der Krieg zur Genüge bewiesen. Eine türkische Aktion gegen Rußland vollends sei ein absoluter Widersinn. Wenn Herr Sasonow es bemängele, daß die Militärmission gerade in Konstantinopel stationiert werden solle, so sei dies absolut kein Novum. Der Feldmarschall von der Goltz habe zwölf Jahre lang von Konstantinopel aus die Reorganisation der gesamten türkischen Armee geleitet. Jetzt solle gewissermaßen zu Lehrzwecken ein türkisches Armeekorps zusammengestellt werden, und wenn

unsere dabei tätige Militärmission in Konstantinopel stationiert werden solle, so sei dies das Nächstliegende und Natürliche, da die türkische Armeeverwaltung mit den militärischen Bildungsanstalten usw. eben in Konstantinopel ihr Zentrum habe. Läge überhaupt die Möglichkeit vor, in unserer Militärmission einen unfreundlichen Akt gegen Rußland zu erblicken, was ich mit aller Entschiedenheit bestreiten müsse, dann würde man sehr viel eher davon haben sprechen können, wenn die Militärmission in irgend einem kleinasiatischen Armeekorps tätig werden sollte. Dann könnte, aber auch nur theoretisch, von einer Spitze gegen Rußland gesprochen werden, von der in Konstantinopel absolut keine Rede sein könne. Es müsse in Rußland bekannt sein, daß meine Politik darauf gerichtet sei, ein möglichst freundschaftliches und vertrauensvolles Verhältnis zu Rußland herzustellen und aufrecht zu erhalten. Ich sei dankbar dafür, daß dieses mein Bestreben in Rußland Entgegenkommen finde. Man dürfe mir nicht zutrauen, daß ich gewissermaßen hinten herum durch die Militärmission meiner eigenen Politik entgegenwirken wolle.

Unsere Militärmission sei nicht nur lediglich die Fortsetzung einer alten Einrichtung, an der Rußland niemals Anstoß genommen habe, sondern doch auch sonst keine ganz abnorme Sache. Die gesamte türkische Flotte stehe unter der Leitung eines englischen Admirals in Konstantinopel, die Gendarmerie unter der Leitung eines französischen Generals. Mir sei nicht bekannt, daß Rußland hiergegen Einspruch erhebe. In Griechenland beherrsche England die Marine und Frankreich die Armee.

In der armenischen Reformfrage* arbeiteten wir Hand in Hand mit Rußland. Wir hätten uns schon dadurch eine lebhafte Verstimmung der Türkei zugezogen. Wir würden uns in unser eigen Fleisch und Blut schneiden, wenn wir in der Frage der Militärmission eine Haltung einnehmen wollten, die unseren eigenen Interessen diametral entgegengesetzt sei, und die die türkische Verstimmung zu unserem Schaden und lediglich zum Nutzen irgend einer anderen Großmacht nur steigern würde.

Herr Kokowzow hörte mir aufmerksam zu und erklärte, daß ihm meine Ausführungen in jeder Weise verständlich seien. Er bedauere nur, daß die Angelegenheit nicht mit Herrn Sasonow besprochen worden sei, dann wäre sie sofort abgetan gewesen. Er werde meine Ausführungen genau schriftlich niederlegen und sie nicht nur Herrn Sasonow sondern auch dem Zaren vortragen. Daß Herr Sasonow etwa eine französische Militärmission wünsche, glaube er unter allen Umständen verneinen zu können. England käme natürlich als reine Seemacht für die Armee nicht in Frage, und eine deutsche Militärmission sei ihm jedenfalls sehr viel lieber als etwa eine österreichische. Insonderheit betonte

* Vgl. dazu Kap. CCLXXXIX.

auch er, und zwar sua sponte, daß der Sitz der Mission außerhalb Konstantinopels, etwa in Kleinasien viel eher unfreundlich gedeutet werden könnte.

Einen „Größenwahn“ der Türken — ich hatte ihm von dieser Phrase Sasonows gesprochen, — besorge er persönlich nicht. Auch nicht einen aggressiven Akt der Türkei gegen Rußland. Dazu sei die Türkei allein nicht fähig. Anders würde die Sache vielleicht liegen, wenn sich die Türkei anderen Mächten anschlösse.

Ohne daß Herr Kokowzow es ausdrücklich ausgesprochen hätte, ging aus seinen Äußerungen klar hervor, daß er volles Verständnis dafür hat, daß wir so handeln mußten, wie wir gehandelt haben. Mit keiner Silbe hat er den Wunsch ausgesprochen oder auch nur angedeutet, daß wir unsere Entscheidung irgendwie modifizieren möchten.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 15 451

Aufzeichnung des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg

Eigenhändig

Berlin, den 19. November 1913

Herr Kokowzow teilte mir heute über seine Unterredung mit Seiner Majestät folgendes mit:

Seine Majestät habe ihm davon erzählt, daß in seinen Unterredungen in diesem Sommer mit dem Zaren und dem König von England * Einigkeit darüber bestanden habe, daß die Türkei in dem ihr nach dem Kriege verbliebenen Bestande und insonderheit die asiatische Türkei intakt erhalten und zu diesem Behufe in allen Beziehungen gestärkt werden müsse. Konstantinopel müsse unter allen Umständen türkisch bleiben. Der König von England habe den Vorschlag abgelehnt, bei der Reorganisation der Verwaltung durch englische Beamte behilflich zu sein, wohl aber habe er die Reorganisation der Flotte durch englische Seeoffiziere in Aussicht genommen. Die Organisation der Armee sei in Anknüpfung an die bestehenden Zustände für Deutschland ins Auge gefaßt worden. Auch die Reorganisation der Gendarmerie sei besprochen worden. So sei die deutsche Militärmission, und zwar in russischem und englischem Einverständnis entstanden.

Er, Kokowzow, habe daraufhin die Bedenken Herrn Sasonows

* Die Unterredungen hatten stattgefunden gelegentlich der Vermählung der Prinzessin Viktoria Luise von Preußen mit dem Herzog Ernst August zu Braunschweig und Lüneburg (24. Mai 1913), zu der auch Kaiser Nikolaus II. und König Georg V. als Gäste erschienen waren. Vgl. Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 418.

wegen der Kommandogewalt des deutschen Generals und wegen seines Sitzes in Konstantinopel vorgetragen. Seine Majestät habe erwidert, der Sitz in Konstantinopel beruhe auf einem Vorschlage der Türkei, die Kommandogewalt aber sei erforderlich, weil die Erfahrung bewiesen habe, daß eine Inspektionsgewalt nicht imstande sei, eine straffe Organisation und Disziplin herzustellen und die Politik von der Armee fernzuhalten. Daraufhin habe er, Kokowzow, angeregt, ob, wenn an der Kommandogewalt nichts geändert werden könne, es nicht möglich wäre, den Sitz von Konstantinopel nach Adrianopel zu verlegen. Seine Majestät habe erwidert, er wolle sich das überlegen. Herr Kokowzow schlug mir die Alternative vor:

1. Modifizierung der Kommandogewalt mit Sitz in Konstantinopel, oder aber, was ihm lieber wäre,

2. nicht modifizierte Kommandogewalt, aber in Adrianopel.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 15 452

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Berlin, den 23. November 1913

Euerer Majestät Geschäftsträger in St. Petersburg meldet*: „Ich habe Herrn Sasonow Euerer Exzellenz Standpunkt hinsichtlich der Militärmission dargelegt. Der Minister hatte von Herrn von Sverwejew

* Telegramm Freiherrn von Lucius' Nr. 295 vom 22. November 1913. Über die Unterredung Freiherrn von Lucius' mit Sasonow vom 22. November vgl. auch den charakteristischen Bericht Delcassés an Pichon vom 23. November. Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, III, 85 s. Nach Delcassé hätte Freiherr von Lucius dem russischen Minister bei dieser Gelegenheit ein Berliner Telegramm vom 18. November vorgelesen, in dem die deutsche Regierung erkläre „qu'il ne pouvait décliner ce que la Porte lui a offert; qu'en tout cas revenir en arrière aujourd'hui ce serait perdre la face à Constantinople, ce serait ruiner le prestige de l'Allemagne et son influence économique dans l'Empire ottoman. Il ne saurait à son grand regret porter à l'intérêt allemand un coup aussi désatreux". Bei diesem „Telegramm" — in einer weiteren Meldung vom 27. November spricht Delcassé von einer „note verbale lue par M. de Lucius à M. Sazonoff", a. a. O., III, 90 — kann es sich nur um die Aufzeichnung des Reichskanzlers vom 18. November über seine Unterredung mit Kokowzow gehandelt haben, die Freiherrn von Lucius mit Erlaß Nr. 1327 vom 19. November, also nicht auf telegraphischem Wege zugegangen war. Nach Delcassé hätten die Mitteilungen, die Freiherr von Lucius am 22. auf Grund der Bethmann Hollwegschen Aufzeichnung dem russischen Außenminister machte, auf diesen einen sehr ungünstigen Eindruck gemacht, weil er aus einem neuerlichen Telegramm Botschafter Sverwejews über eine letzte Unterredung zwischen Bethmann Hollweg und Kokowzow vom 20. November die

eine spätere Mitteilung über ein Gespräch Euerer Exzellenz mit dem Botschafter. Herr Sasonow hofft, daß wir wenigstens russischen Wünschen so weit Rechnung tragen würden, daß General nicht gerade in Konstantinopel residiere[1]. Er zweifle nicht daran, daß auch England[2] und Frankreich dies unangenehm empfinden würden. Minister wollte das bereits hierüber Gesagte nicht wiederholen; er müsse aber bei seiner Ansicht stehenbleiben und erblickt in unserem Vorgehen, wenn wir garnicht auf seinen Wunsch eingingen, „un acte peu amical[3]“. Der General könne doch ebensogut in Adrianopel oder Smyrna residieren[4]. Er könne für jedes unserer Argumente eine Antwort finden. Die Reformarbeit sei überall nötig[5]. Kleinasien sei groß; natürlich denke er nicht daran, daß wir gerade ein an der russischen oder persischen Grenze[6] stehendes türkisches Armeekorps unserem General unterstellen würden. Er ersuche mich nochmals, Euere Exzellenz, von deren freundlicher Gesinnung für Rußland er fest überzeugt sei, dringend zu bitten, den General nicht in Konstantinopel residieren zu lassen[7]. Herr Kokowzow habe Seiner Majestät gegenüber auch über die Angelegenheit gesprochen.“

---

ausdrückliche Zusage des Reichskanzlers entnommen haben wollte „de chercher à nous donner satisfaction“. Tatsächlich hatte Bethmann Hollweg (vgl. Nr. 15 454) dem russischen Ministerpräsidenten nur gesagt, er wolle überlegen, ob seine Wünsche erfüllbar seien, wobei er jedoch ausdrücklich betonte, daß die Bereitwilligkeit zur Überlegung noch nicht bedeute, daß er an Erfüllbarkeit glaube. Ein „Versprechen“ des Reichskanzlers bedeutete das keineswegs; es lag lediglich ein Trugschluß Sasonows, gestützt vielleicht auf nicht ganz klare telegraphische Meldungen Kokowzows (vgl. Delcassés Telegramm an Pichon vom 21. November; Französisches Gelbbuch a. a. O., III, 83 s.), vor. Gerade deshalb mochte seine Enttäuschung und sein Ärger um so größer sein. Nach Delcassé hätte Sasonow sich jedenfalls in der bittersten und mißtrauischsten Weise über das deutsche Verhalten, in dem er einen Beweis für ein hegemonistisches Streben Deutschlands sehen wollte, ausgelassen: „M. Sazonoff a convenu qu'il y a à Berlin deux politiques: celle du Chancelier et celle de la Cour et du monde militaire. C'est cette dernière qui prévaut. Il se dessine d'ailleurs un mouvement combiné de main-mise sur la Turquie par les Puissances de la Triplice, à quoi la Triple-Entente ne saurait sans péril fermer les yeux. — L'Allemagne s'est déjà créé en Asie Mineure un faisceau d'intérêts qu'elle appelle économiques et elle s'y construit un réseau de chemins de fer qui mesurera plus de 5000 kilomètres. — Depuis plusieurs mois elle entretient dans la Méditerranée orientale un noyau d'escadre qui réclamera forcément une base navale, un port de stationnement, de ravitaillement et de réparation. Nous pouvons à tout moment recevoir à ce sujet une nouvelle désagréable; aujourd'hui elle vise l'armée et reçoit le commandement du corps d'armée de la capitale,“ a. a. O., III, 86. Vgl. dagegen den Immediatbericht Kokowzows vom 2. Dezember (Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 419), der ausdrücklich hervorhebt: „Ich halte es für meine Pflicht, gerechterweise noch einmal vor Eurer Kaiserlichen Majestät zu bezeugen, daß ich während aller meiner Unterredungen keine Anzeichen bemerkt habe, die uns veranlassen könnten, dem deutschen Reichskanzler Mangel an Wohlwollen oder Aufrichtigkeit uns gegenüber vorzuwerfen.“

Euere Kaiserliche und Königliche Majestät wage ich alleruntertänigst um die Ermächtigung zu bitten, Herrn Sasonow hierauf etwa folgende Antwort zukommen zu lassen: Die Verhandlungen mit der Türkei seien bereits so weit abgeschlossen, daß eine Änderung der Bedingungen zurzeit nicht mehr möglich sei[8]. Doch werde der als Chef der Mission ausersehene General ermächtigt werden, an Ort und Stelle die Frage nochmals eingehend zu prüfen, ob eine Verlegung seiner Residenz nach Adrianopel oder Smyrna sich ermöglichen lasse. Nach bisheriger Prüfung scheine es allerdings aus technischen Gründen nicht tunlich, die Reformtätigkeit anderswo als in der Hauptstadt aufzunehmen, da in letzterer sämtliche Militärbildungsanstalten sich befänden[9]. Einen „acte peu amical" gegen Rußland in unserem Vorgehen zu erblicken, liege keinerlei Grund vor, um so weniger, als Euere Majestät bereits bei dem Besuch Seiner Majestät des Kaisers Nikolaus diesem von dem Vorhaben Kenntnis gegeben hätten[10] und die Anwesenheit eines englischen Admirals in Konstantinopel auch niemals und von keiner Macht beanstandet worden wäre[9].

Jagow

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Einverstanden! 23/XI/13 W.*

Randbemerkungen des Kaisers:
1 Aber ein Engl[ischer] Admiral darf es! Ein französ[ischer] oder Englischer General dürfte es auch!
2 Blech! Der König ist seinerzeit auch von mir informirt worden!
3 Unverschämtheit
4 jawohl! gegen Bulgarien! oder Frankreich ärgern
5 am Zentrum am ersten!
6 da auch nicht. Ich wollte gerade Erzerum vorschlagen
7 Blödsinn! Golz hat dort Jahre lang residirt ohne daß je dagegen remonstrirt wurde!
8 gut
9 richtig
10 ja

Bemerkung des Kaisers am Schlusse des Schriftstücks:
Gut!
Russland fürchtet Stärkung der Türkei durch uns und Erhöhung ihrer Milit[ärischen] Widerstandskraft bez. Verwendbarkeit für uns gegen es, wenn Russland uns seinerzeit angreifen wird! Es will die Türkei sterbend erhalten und Stambul als jederzeit leichte Beute behalten! Das will England bestimmt nicht! Rußland in seiner Landgier steckt Mandschurei, Mongolei Nordpersien ein ohne, daß wir mit der Wimper zucken. Wenn wir aber Offiziere nach der Türkei senden dann ist die Russ[ische] „öffentliche Meinung" erregt!! Gingen wir auf Russ[ische] Wünsche ein, wäre es mit unserem Prestige in der Mohammed[anischen] Welt einfach aus!

Wilhelm
I. R.

---

* Nach Eingang der kaiserlichen Genehmigung ging die oben skizzierte Antwort für Sasonow am 26. November als Telegramm Nr. 223 nach Petersburg.

Nr. 15 453

Der Geschäftsträger in Petersburg Freiherr von Lucius an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 299 St. Petersburg, den 24. November 1913

Herr Kokowzow ersucht mich mit Bezug auf seine Berliner Unterredungen Euere Exzellenz nochmals dringend zu bitten, daß General nicht in Konstantinopel, sondern anderwärts, am besten in Adrianopel residiere. Ministerpräsdient fügte hinzu, er führe Ende der Woche nach Livadia und würde glücklich sein, dem Zaren von unserem Entgegenkommen in dieser wichtigen Frage Meldung erstatten zu können. Sein Bestreben, die guten Beziehungen mit uns zu pflegen, würde ihm hierdurch wesentlich erleichtert werden.

Herr Kokowzow sprach sich im übrigen sehr befriedigt über seinen Berliner Aufenthalt aus.

Lucius

Nr. 15 454

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in Petersburg Grafen von Pourtalès

Telegramm. Konzept von der Hand des Staatssekretärs von Jagow

Nr. 224 Berlin, den 26. November 1913

Auf Telegramm Nr. 299*.

Bei hiesigen Unterredungen hatte ich Herrn Kokowzow gesagt, daß ich überlegen wolle, ob seine Wünsche erfüllbar seien, dabei jedoch ausdrücklich betont, daß ich bitten müsse, aus Bereitwilligkeit zur Überlegung nicht bereits Schluß zu ziehen, daß ich Wünsche für erfüllbar hielte.

Bitte Herrn Kokowzow mitteilen, daß ich bestrebt gewesen bin, russischem Desideratum Rechnung zu tragen. Reifliche Prüfung hat dies zu meinem Bedauern jedoch als untunlich erwiesen. Verhandlungen seien bereits soweit abgeschlossen, daß Änderung der sorgsam abgewogenen Bedingungen nicht mehr möglich. Kommandogewalt ist nötig, um Reform wirksam zu machen, Sitz Konstantinopel deshalb kaum zu umgehen, weil sich dort alle Militärbildungsanstalten befinden. Bitte auf meine Ausführungen hinweisen, die ich Herrn Kokowzow über Gesamtheit der Gründe gemacht habe, welche zur Einrichtung der Militärmission geführt hätten.

---

* Siehe Nr. 15 453.

General wird angewiesen, an Ort und Stelle nochmals zu prüfen, ob Verlegung seiner Residenz nach anderer Stadt tunlich, doch habe ich aus angeführten Gründen Zweifel über Möglichkeit einer Änderung.

Werde Herrn Kokowzow noch persönlich schreiben*. Brief folgt mit Depeschenkasten morgen.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 15 455

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den russischen Ministerpräsidenten Kokowzow

Privatbrief. Konzept

Berlin, den 27. November 1913

Nach Ihrer Abreise habe ich es mir angelegen sein lassen, der Ihnen erteilten Zusage zu entsprechen und die Wünsche, die Sie bei unserer längeren Unterhaltung über die in türkische Dienste tretenden deutschen Offiziere äußerten, — Fallenlassen der Kommandogewalt oder Verlegung des Amtssitzes des Generals von Konstantinopel — nochmals einer eingehenden Prüfung zu unterwerfen.

Zu meinem Bedauern muß ich Ihnen jedoch mitteilen, daß das Ergebnis derselben ein negatives gewesen ist.

Wenn einerseits die Verhandlungen mit der Pforte schon soweit abgeschlossen sind, daß sich jetzt schwer eine Änderung der Bedingungen vornehmen ließe**, so stellen sich der Realisierung Ihrer

---

* Siehe das folgende Schriftstück.

** Gerade am 27. November fand die Unterzeichnung und der Austausch des Vertrages zwischen General Liman von Sanders und der türkischen Regierung statt. In dem Vertrage, der erst am 8. Januar 1914 zur Kenntnis des Auswärtigen Amtes gelangte (vgl. Nr. 15 450, Fußnote ***), lautete die maßgebende Bestimmung: „Der Königlich Preußische Generalleutnant Liman von Sanders, Exzellenz, wird für die Kaiserlich Ottomanische Armee auf die Dauer von fünf Jahren mit dem Dienstgrade als General der Kavallerie und mit dem Titel wie mit den Rechten und Pflichten als Chef der Militärmission angestellt und für die genannte Zeit außerdem das Kommando über das erste Armeekorps ausüben. Genannter ist Mitglied des Obersten Kriegsrates. Dementsprechend wird vornehmlich bei Beratung über nachstehende Fragen seine Stimme beachtet werden, wenngleich Entscheidungen der Stimmenmehrheit bedürfen: Allgemeines über Disziplin; Beförderungswesen; Belohnungen und Strafwesen; Organisation, Reorganisation, Übungen und Ausbildung; Bewaffnung, Ausrüstung, Bekleidung; Intendantur- und Verpflegungswesen; Medizinal-, Veterinär- und Remontewesen; Aushebungs- und Auslosungswesen; Mobilmachungsvorarbeiten und Befestigungswesen; Statistiken; Eisenbahnlinienwesen, Fernsprecher und Telegraphie; Verkehrs- (Train-), Flugzeug- und Ballonwesen. — Außerdem ist genannter General direkter Vorgesetzter aller Militärschulen, Militärschüler-Truppenteile, Lehrregimenter und Übungslager, sowie aller im Kaiserlich Ottomanischen Heeresdienste befindlichen ausländischen Offiziere.“ — In dem Vertrag befindet sich

Wünsche auch die schwerwiegendsten Gründe, insbesondere technischer Natur, hindernd in den Weg. Ich hatte mir erlaubt, Ihnen die Genesis und Entwickelung des von türkischer Seite ausgegangenen Planes, deutsche Offiziere zur Reorganisation der türkischen Armee nach Konstantinopel zu berufen, ausführlicher darzulegen, und mich auch über die Erwägungen zu ergehen, die für unser Eingehen auf den Antrag der Pforte maßgebend waren*. Zu meiner lebhaften Genugtuung habe ich mich bei meiner freundschaftlichen und rückhaltlosen Aussprache mit Euerer Exzellenz auch in dem Wunsche begegnet, den durch die Ereignisse des letzten Jahres schwer verletzten türkischen Staatskörper vor weiteren, seine Existenz gefährdenden Erschütterungen möglichst zu schützen und, soweit es für die außerhalb der türkischen Grenze stehenden Freunde angängig ist, an einer Wiederkräftigung des ganzen Organismus mitzuwirken. Die von mir gleichzeitig verfolgte Absicht, uns in der Türkei neben den befreundeten Großmächten, unter die ich auch das benachbarte Rußland rechnen darf, wirtschaftlich zu betätigen und unserer ökonomischen Arbeit in jenen Landen eine festere Grundlage, als bisher, zu verschaffen, läßt sich nur dann in die Tat umsetzen, wenn der ganze Organismus allmählich konsolidiert wird. Diesem Zweck allein, nicht etwa politischen Hintergedanken und Velleitäten sollen die Offiziere dienen. Die ihnen innerhalb eines begrenzten Arbeitsgebietes zugefallene Aufgabe würde sich nach diesseitigem Erachten an einem anderen Orte als Konstantinopel kaum lösen lassen. Ich habe nach Erteilung der prinzipiellen Zustimmung zur Übernahme deutscher Offiziere in die türkische Armee die Ausarbeitung und Erledigung der Einzelheiten den beteiligten Militärs überlassen, da es sich um rein technische Fragen handelte, auf die ich, als nicht politisch, mit voller Absichtlichkeit keinerlei Ingerenz ausüben wollte. Ich möchte es daher auch jetzt vermeiden, sie mit dem Schein einer hochpolitischen Angelegenheit zu umgeben. Ich verharre hierbei auf dem Standpunkt, den ich eingenommen habe, als einem englischen Admiral in Konstantinopel die Reorganisation bezw. Neubildung der türkischen Flotte

---

kein Passus, der auf die Dardanellen, die Befestigungen in der Hauptstadt und die Sicherung der Ordnung in dieser Bezug hatte; es sei denn, daß man die allgemeine Bestimmung (Artikel 7), wonach General Liman das Recht zustand, unter Benachrichtigung des türkischen Kriegsministers „in der Türkei Truppenteile, Befestigungen, Eisenbahnen und andere Transportmittel, Garnisonen und anderes zu besichtigen", dahin auffassen will. Hiernach bestätigt sich die Angabe, die Großwesir Said Halim Pascha am 15. Dezember zu den Vertretern der Tripelentente machte: „Die Meerengen, die Befestigungen und die Sicherung der Ordnung in der Hauptstadt gehören nicht zur Kompetenz des Generals." Telegramm des russischen Botschafters in Konstantinopel v. Giers an Sasonow vom 15. Dezember 1913; v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 654. Vgl. auch Nr. 15 481, 15 484.

* Vgl. Nr. 15 450, 15 451.

mit weit größeren Machtbefugnissen übertragen wurde, als sie jetzt dem mit der Reorganisation eines Bruchteils der türkischen Armee beauftragten General eingeräumt werden. — Die letzterem anvertraute Lehrtätigkeit zwingt ihn zu einer ständigen persönlichen Fühlungnahme mit den Zentralbehörden, die von entlegeneren Orten aus nur schwer erreichbar wären, und zur Benutzung der militärischen Lehranstalten, die sich sämtlich in Konstantinopel befinden. Adrianopel würde sich schon deswegen wenig eignen, weil es gewissermaßen das Bollwerk gegen eventuelle weitere Angriffe der Balkanvölker darstellt und seine Wahl zur Garnison für ein von deutschen Offizieren befehligtes Reformkorps einen fast tendenziösen Charakter haben würde* Herr Sasonow hat neuerdings auch Smyrna genannt; der Wahl des Wohnsitzes auf der kleinasiatischen Seite aber würden Bedenken, die Euere Exzellenz ebenfalls teilen, entgegenstehen. So erscheint mir gerade Konstantinopel als das anodinste.

Den zu entsendenden General mit Kommandogewalt zu versehen, erschien deswegen unabweislich, weil ohne eine diesbezügliche Kompetenz die Reformarbeit von vornherein gelähmt sein und die früheren Mißstände und ungenügenden Resultate sich nur wiederholen würden.

Bei einer objektiven Würdigung aller einschlägigen Fragen erschien die Lösung der dem General Liman von Sanders auferlegten Aufgaben — und selbst dann auch nur unter erschwerenden Umständen — zurzeit nur in Konstantinopel und auch nur in Verbindung mit einer Kommandogewalt möglich.

Um jedoch Ihren Wünschen im weitesten Maße Rechnung zu tragen, soll General Liman beauftragt werden, an Ort und Stelle nochmals eingehend zu prüfen, ob eine Verlegung des Amtssitzes von Konstantinopel tunlich erscheint, ohne daß dadurch die Aussichten auf ein Gelingen der Reformtätigkeit vereitelt würden. Wegen des oben ausgeführten Grundes kann ich mich allerdings dem Zweifel nicht verschließen, ob dies möglich sein wird.

Vorstehende Darlegungen werden Ihnen, mein sehr verehrter Freund, erneut beweisen, wie sehr es mir am Herzen gelegen hat, mich mit Ihnen loyal und offen über die Frage auszusprechen. Ich darf hoffen, daß die genaue Kenntnis unseres Standpunktes und die Würdigung unserer Gründe dazu führen wird, die Bedenken zu zerstreuen, die Sie zu Beginn unserer Gespräche hier zu haben schienen.

---

* Darauf hatte auch Botschafter von Sverwejew den russischen Ministerpräsidenten bei dessen Anwesenheit in Berlin hingewiesen. Vgl. Sverwejew an Sasonow, 21. November 1913: „Als Staatssekretär Kokowzow erwähnte, daß die deutsche Militärmission sich vielleicht in Adrianopel niederlassen könne, erlaubte ich mir, ihn darauf hinzuweisen, daß dieses wahrscheinlich große Erregung in Bulgarien hervorrufen und uns dieses Land noch mehr entfremden würde; deshalb wäre Smyrna oder irgendeine andere Stadt in Kleinasien in einer gewissen Entfernung von der armenischen Grenze ein passender Aufenthaltsort für die deutschen Offiziere.“ v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 640.

Ich gebe wiederholt meiner besonderen Freude darüber Ausdruck, daß es mir bei Ihrem Hiersein vergönnt war, die persönlichen Beziehungen, die uns seit Baltischport verbinden, vertrauensvoll weiter zu pflegen.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 15 456

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 663 Konstantinopel, den 28. November 1913

Großwesir * sagte mir, der Widerstand gegen die deutsche Militärmission gehe von Rußland, speziell von von Giers, aus. Rußland habe zunächst Frankreich vorgeschickt. Rifaat Pascha sei von Pichon nahegelegt worden, dafür einzutreten, daß die Mission sich in Adrianopel anstatt in Konstantinopel etabliere **. Ein gleiches Verlangen sei kurz darauf von Sasonow an Turkhan Pascha gestellt worden. Er, der Großwesir, habe die Botschafter umgehend angewiesen, zu erklären, daß die Pforte sich eine Einmischung in die inneren türkischen Angelegenheiten energisch verbitte. Die Mitglieder der Mission trügen türkische Uniform und seien türkische Offiziere.

Wangenheim

---

* Prinz Said Halim Pascha.

** Das wird bestätigt durch Iswolskys Geheimtelegramm Nr. 555 an Sasonow vom 26. November (Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 354 f.; v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 641 f.). Es heißt darin: „H. Pichon bestätigte mir, er teile ganz Ihre Meinung, daß es unzulässig sei, deutschen Offizieren den Befehl über die Truppen in Konstantinopel zu übertragen; er habe sich bereits mit Nachdruck in diesem Sinne sowohl dem hiesigen türkischen Botschafter gegenüber als auch durch Vermittlung Bompards ausgesprochen. Rifaat Pascha habe er gesagt, wenn die Pforte auf die Verwirklichung dieses Planes nicht verzichte, werde Frankreich für sich außerordentliche Entschädigungen moralischer und politischer Art verlangen. In seiner Unterredung mit mir äußerte Pichon abermals nachdrücklich, Frankreich könne es nicht zulassen, daß Deutsche in Smyrna oder Beirut befehligten; er habe der Pforte gegenüber auf Adrianopel hingewiesen.“ Vgl. auch Pichons Telegramm an Botschafter Paul Cambon vom 22. November, worin der französische Außenminister über seine Unterredung mit Rifaat Pascha sagt: „Je lui ai montré les graves inconvénients d’une telle mesure, l’impossibilité où seraient les Puissances de la Triple Entente de la considérer comme acceptable et la nécessité où nous serions nous-mêmes de réclamer une importante compensation d’ordre moral et politique dans le cas où le caractère de la mission allemande en Turquie serait modifié au profit du Gouvernement de Berlin.“ Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, III, 84.

Nr. 15 457

Der Geschäftsträger in Petersburg Freiherr von Lucius an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 300 St. Petersburg, den 28. November 1913

Antwort auf Telegramm Nr. 223* und 224**.

Herr Sasonow bittet Euere Exzellenz dringend darum, Entscheidung über die eminent politische Frage der Residenz des Generals nicht diesem selbst zu überlassen, sondern dieselbe mit Seiner Majestät zu treffen. Er könne nur wiederholen, daß es viele Wege gebe, um auf die berechtigten russischen Wünsche einigermaßen einzugehen „et de ne pas nous blesser sérieusement". Rußland würde eventuell gezwungen werden, seine Beziehungen mit der Türkei gründlich zu revidieren. Die Tatsache, daß der General in Konstantinopel ein Armeekorps kommandiere, mache ihn bei jeder Gelegenheit zum Herrn der Situation „qui devient ainsi intolérable". Die Franzosen seien ganz seiner Ansicht***, von London habe er noch keine Antwort †. Graf Benckendorff, der augenblicklich hier ist, wäre jeden-

* Vgl. Nr. 15 452, S. 219, Fußnote.

** Siehe Nr. 15 454.

*** Vgl. Nr. 15 456, Fußnote **.

† Immerhin lag Sasonow bereits ein Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London von Etter vom 26. November (v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 641) vor, nach dem Unterstaatssekretär Sir A. Nicolson sich ebenfalls auf den Standpunkt stellte, daß die Unterstellung der Konstantinopeler Garnison unter einen deutschen General nicht wünschenswert sei. Am 27. telegraphierte dann Sir E. Grey an den englischen Geschäftsträger in Petersburg O'Beirne, er teile Sasonows Ansicht, daß Rußland die Unterstellung der Konstantinopeler Garnison unter einen deutschen General nicht zulassen könne, rate aber, die freundschaftlichen Verhandlungen mit Deutschland fortzusetzen, um es zu einer Änderung des ursprünglichen Plans zu bewegen, z. B. einem deutschen Offizier die Leitung der Kriegsschule zu übertragen. In einem Kommando außerhalb Konstantinopels, z. B. in Adrianopel, wollte Sir E. Grey keinen Ausweg sehen; auch von Kompensationen, auf die nach dem Vorgehen Pichons (vgl. Nr. 15 456, Fußnote **) auch Sasonow sein Augenmerk richtete (vgl. sein Telegramm an Baron von Etter vom 25. November, v. Siebert, a. a. O., S. 641), riet er ab, da es schwer sein dürfte, derartige Kompensationen, die überdies den ersten Schritt zu einer Aufteilung der Türkei bilden dürften, zu finden. Geheimtelegramm von Etters an Sasonow Nr. 795 vom 28. November 1913, Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 359 f. Nach Etter hätte auch der französische Botschafter in London Paul Cambon die Unzweckmäßigkeit von Kompensationsforderungen anerkannt. Das hinderte Cambon keineswegs, in der Angelegenheit im Einverständnis mit Sir A. Nicolson, der sich bereits am 27. November auf den Standpunkt stellte, „que la main-mise d'un commandant allemand sur le premier corps équivaut à une sorte de dictature de l'Allemagne",

falls vollkommen überrascht gewesen. Der Minister gab noch nicht alle Hoffnung auf, daß Euere Exzellenz auf seine dringenden Bitten eingehen würde. Wenn dem General die Entscheidung überlassen würde, sei es gar nicht zweifelhaft, daß sich derselbe aus Bequemlichkeits- und anderen Rücksichten für Konstantinopel aussprechen würde. Ob uns denn so wenig an der Freundschaft Rußlands läge, das auch als Absatzgebiet für uns viel wichtiger sei als die ganze Türkei. Es handele sich doch für uns hierbei nicht um eine Prestigefrage. Er erinnere daran, daß England der Türkei seinerzeit für Armenien die Entsendung von Gendarmen versprochen habe. Rußland habe gebeten, dies zu unterlassen, da ihm die Anwesenheit derselben in Armenien nicht angenehm ist. England habe dem russischen Wunsche dann entsprochen, ohne daß sein Prestige im geringsten gelitten habe. Von uns erbitte er viel weniger. Adrianopel sei nur einige Stunden von Konstantinopel entfernt usw. In der Presse* und Duma würde die Sache immer lebhafter besprochen. Er wisse nicht mehr, was er auf Anfragen antworten solle.

---

als Scharfmacher aufzutreten. Am selben Tage lieferte er Pichon die Stichworte für eine möglichst schroffe diplomatische Behandlung des Gegenstandes: „A première vue, il me semble possible d'insister sur le fait que l'adhésion de la Sublime Porte aux exigences de l'Allemagne, c'est la fin de la Turquie, c'est pour le Sultan et ses Ministres une menace perpétuelle, une mise en état de vasselage.“ Telegramm P. Cambons an Pichon vom 27. November 1913, Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, III, 90.

* In Angriffen auf Deutschland tat sich vor allem die „Nowoje Wremja“ hervor. In einem Artikel vom 26. November hieß es z. B., es handele sich bei der neuen deutschen Militärmission nicht um die Überlassung militärischer Lehrmeister, sondern um die formelle Unterordnung der türkischen Armee unter deutsches Kommando, derart, daß die türkische Armee ihre nationale Existenz völlig einbüße und ein „koloniales Hilfskorps der deutschen Armee“ werde. Deutschland sei schon Herr der Bagdadbahn und der wichtigsten türkischen Häfen an der Küste des Mittelmeers und habe die ganze wirtschaftliche Zukunft des ottomanischen Reiches in seine Hand genommen; jetzt mache es sich zum tatsächlichen Herrn von Konstantinopel und bemächtige sich der politischen Gewalt über das ganze türkische Reich. „Sollte der Präsident des russischen Ministerrats wirklich seine Zustimmung dazu gegeben haben?“ In einem Bericht vom 26. November (Nr. 341) bemerkte Freiherr von Lucius zu diesen Auslassungen: „Ich habe Grund, anzunehmen, daß die jetzt einsetzende Kampagne gegen unsere Militärmission auf Inspirationen von der Sängerbrücke zurückzuführen ist. Denn Herr Sasonow sagte mir schon vor einiger Zeit, daß sich die Presse bisher bloß aus dem Grunde mit der Angelegenheit nicht beschäftigt habe, weil sie durch den Beilis-Prozeß (vgl. darüber Schultheß' Europäischer Geschichtskalender Jg. 1913, S. 621 f.) und den Dumaboykott hypnotisiert gewesen sei.“ Ähnlicher Auffassung scheint man in London gewesen zu sein; wenigstens berichtete Botschaftsrat von Etter am 28. November warnend: „Hier befürchtet man, daß der feindselige Ton der russischen Presse, z. B. der ‚Nowoje Wremja‘, zum entgegengesetzten Ergebnis führen müsse, da Kaiser Wilhelm sich verletzt fühlen könne.“ Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 360.

Werde Kokowzow das Schreiben* Euerer Exzellenz morgen übergeben und auch mit ihm auftragsgemäß sprechen.

Lucius

Randvermerk Zimmermanns:
Die Türken haben bereits die direkte russische Vorstellung als Einmischung in eine innere Angelegenheit abgelehnt**. Wir können uns, wenn wir nicht unsere Position in Konstantinopel gänzlich zugunsten Rußlands aufgeben wollen, auf nichts mehr einlassen als auf freundliche ausweichende Antworten.

Nr. 15 458

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Geschäftsträger in Petersburg Freiherrn von Lucius

Telegramm. Konzept von der Hand des Staatssekretärs von Jagow

Nr. 225 Berlin, den 29. November 1913

Auf das Telegramm Nr. 300*** zur Verwertung.

So hoch erfreulich es mir war, mich mit Herrn Kokowzow freundschaftlich und offen über Angelegenheit auszusprechen, so schwierig ist Situation für uns durch Indiskretion des „Temps“ † über unsere Unterredung geworden. Wenn Parlament und öffentlicher Meinung gegenüber nach vertraulicher Konversation mit russischem Minister für uns eine Änderung an sich möglich gewesen wäre, so ist durch Eingreifen französischer Preßstimmen Situation vollständig verschoben. Auch unsere Presse hat die Frage des „russischen Protestes“ aufgegriffen, und die Parteiführer fragen wiederholt nach Stand der Angelegenheit. Für uns waren bisher lediglich technische Gründe für Wahl der Residenz und Kommandogewalt maßgebend; dadurch daß sie an Öffentlichkeit gezogen wurde, ist Angelegenheit eine politische geworden. Augenblicklich würde jede Konzession als ein Zurückweichen vor französischer und russischer Drohung einen Sturm der Entrüstung heraufbeschwören. In gleicher Weise scheint sich öffentliche Meinung in Türkei zu erregen. Ich halte trotzdem an Zusage fest, daß nochmalige Prüfung an Ort und Stelle, ob Änderung tunlich erscheint, erfolgen soll. Die alsdann erfolgende Entscheidung bleibt selbstverständlich Seiner Majestät dem Kaiser auf meinen Vortrag vorbehalten ††.

v. Bethmann Hollweg

---

* Siehe Nr. 15 455.
** Vgl. Nr. 15 456.
*** Siehe Nr. 15 457.
† Der „Temps“ hatte behauptet, Ministerpräsident Kokowzow habe gelegentlich seines Berliner Besuchs gegen die Unterbringung der deutschen Militärmission in Konstantinopel Protest eingelegt und beim Kaiser persönlich Vorstellungen erhoben.
†† Der letzte Satz ist ein Zusatz von der Hand des Reichskanzlers. Eine Notiz Bethmann Hollwegs dazu besagt: „Sind Sie mit dem Zusatz, den ich für nötig

Nr. 15 459

Der Geschäftsträger in Petersburg Freiherr von Lucius an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 302 St. Petersburg, den 30. November 1913

Herr Kokowzow, dem ich gestern abend Schreiben Euerer Exzellenz* überreichte, war dankbar für Erklärungen und betrachtete Angelegenheit ruhiger als Sasonow. Ministerpräsident versicherte mir wiederholt, daß er unbedingtes Vertrauen in Euere Exzellenz hätte; er habe in seiner für Zaren bestimmten Aufzeichnung diesem Vertrauen deutlich Ausdruck gegeben. Als ich Herrn Kokowzow im Laufe der Unterhaltung anheimstellte, auch Schreiben Euerer Exzellenz Seiner Majestät vorzulegen, ging Ministerpräsident lebhaft darauf ein. Es schien Herrn Kokowzow sogar angenehm zu sein, Darlegung Euerer Exzellenz in Livadia verwerten zu können. Ministerpräsident ließ seine für Zaren bestimmte Aufzeichnung kommen und las mir längeren Passus daraus vor, in welchem von Berliner Äußerungen Euerer Exzellenz über die hundertjährige traditionelle Freundschaft Deutschlands und Rußlands sowie die von Anfang der Amtsführung Euerer Exzellenz an Rußland gegenüber beobachtete freundliche Politik die Rede ist. Ministerpräsident reist heute abend Livadia.

Lucius.

Nr. 15 460

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 232 Wien, den 2. Dezember 1913

Hilmi Pascha** teilt mir mit, er habe soeben französischem Botschafter Dumaine — der behauptet habe, Deutschland habe Anregung zur Militärmission gegeben, und der Kompensationen für Rußland als notwendig bezeichnet habe — gesagt, Initiative sei ausschließlich von türkischer Seite erfolgt. Die Türkei habe die Mission nicht nur vorgeschlagen, sondern inständig darum gebeten. Von Kompensationen für andere Mächte könne keine Rede sein. Wenn Deutschland die

---

halte, einverstanden? Wenn auch nicht jetzt unmittelbar, sollten wir doch demnächst meo voto nach irgendeinem Weg suchen, wie wir den Russen, wenn auch in gemäßigter Weise, entgegenkommen können.“

* Siehe Nr. 15 455.

** Türkischer Botschafter in Wien.

Mission senden werde, so würde sie in der Türkei mit offenen Armen empfangen werden; man habe sie in erster Linie deshalb erbeten, um endlich die Politik aus der türkischen Armee verschwinden zu lassen. Rußland und alle Mächte, die so oft beteuert hätten, sie wünschten eine Reorganisation und Konsolidierung der Türkei, könnten diesen ersten Schritt in dieser Richtung nur mit Genugtung begrüßen.

Tschirschky

Nr. 15 461

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 666 Konstantinopel, den 3. Dezember 1913

Großwesir sagte mir, daß bisher kein Botschafter die Frage der deutschen Militärmission amtlich bei ihm zur Sprache gebracht habe *.

* Tatsächlich hatte der französische Außenminister Pichon am 29. November durch P. Cambon bei der englischen Regierung eine gemeinsame Demarche Englands und Frankreichs in Konstantinopel anregen lassen, um der Pforte die „unerträglichen Folgen“ der Unterstellung des Konstantinopeler Armeekorps unter einen deutschen General klarzumachen. In dem diesbezüglichen Telegramm bediente sich Pichon der Stichworte, die ihm P. Cambon am 27. November (vgl. Nr. 15 457, Fußnote †) souffliert hatte: „Ce serait mettre, en somme, le corps diplomatique, qui réside dans la capitale de la Turquie, sous la garde de l'Allemagne; ce serait à peu près livrer à cette Puissance la clé des Détroits; ce serait rendre possible, pour le général allemand des interventions militaires susceptibles de porter une atteinte directe à la souveraineté du sultan; ce serait rompre l'équilibre des Puissances, qui est la garantie d'existence de l'Empire ottoman; ce serait mettre éventuellement ces Puissances en antagonisme sinon même en conflit avec la mission militaire allemande, au cas où elles auraient à exercer quelque action ou démonstration à Constantinople“ (Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, III, 92). Nach einem Telegramm Pichons an Botschafter Bompard in Konstantinopel vom 3. Dezember (Französisches Gelbbuch, a. a. O., III, 96) hätte die englische Regierung in der Tat Instruktionen in diesem schroffen Sinne nach Konstantinopel gesandt. Das wird aber sehr zweifelhaft gemacht durch das Telegramm des russischen Geschäftsträgers von Etter an Sasonow vom 2. Dezember: „Die Verhandlungen zwischen den Kabinetten von London und Paris haben dahin geführt, daß beide Regierungen beschlossen haben, ihre Vertreter in Konstantinopel zu beauftragen, bei der Pforte offiziell anzufragen, ob tatsächlich die Absicht besteht, das Kommando über die türkischen Truppen in Konstantinopel deutschen Offizieren zu übertragen. Alles weitere wird von der Antwort der Pforte abhängen.“ v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 643. Allerdings hat auch Sasonow am 12. Dezember behauptet, daß ein Telegramm Sir E. Greys an Sir G. Buchanan ein sehr scharfes Vorgehen in Konstantinopel annonciert habe (v. Siebert, a. a. O., S. 650 f.). Die uneinheitliche Haltung der Ententemächte verhinderte jedenfalls zunächst die Durchführung der geplanten Kollektivdemarche. Vgl. Nr. 15 474. Auch der am 2. Dezember in Paris eingetretene Sturz des Kabinetts Barthou und

Nur Herr Bompard[1] habe unter ausdrücklicher Betonung, daß er ohne Auftrag spreche, ihn auf die Erregung aufmerksam gemacht, welche in Rußland anläßlich der Berufung General Limans herrsche. Die Angelegenheit berühre nach Bompards Ansicht die Meerengenfrage[2]. Den an letzterer interessierten Mächten könne es nicht gleichgültig sein, wenn ein deutscher General am Bosporus ein Armeekorps kommandiert[2]. Großwesir hat dem französischen Botschafter kurz geantwortet, daß Herr von Liman nicht als deutscher, sondern als türkischer Offizier sein Kommando führen werde.

Aus Äußerungen von Mitgliedern der französischen und russischen Botschaft hervorgeht, daß zwischen den beiden Botschaftern geprüft wird, auf welche Weise ein Zusammenhang zwischen deutscher Mission und Meerengenfrage konstruiert werden könne *. Englischer Botschafter beteiligte sich nicht an diesen Besprechungen, wohl weil englischer Admiral die türkische Hochseeflotte innerhalb und außerhalb der Meerengen kommandiert, und weil heute erst Armstrongvertrag durch Sultan sanktioniert ist, wonach bei Ismid unter englischer Leitung eine base navale für die türkische Flotte errichtet werden soll.

---

der Ersatz Pichons durch den neuen Kabinettschef Doumergue dürfte verzögernd gewirkt haben.

* Ein solcher Zusammenhang ergab sich am ersten aus der Aufrollung der Kompensationsfrage, die dann auch trotz der Warnungen Sir E. Greys und P. Cambons (vgl. Nr. 15 457, Fußnote †) auf der Tagesordnung blieb. Nach einem Telegramm des russischen Geschäftsträgers von Etter an Sasonow vom 2. Dezember (v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 643) gaben England und Frankreich für den Fall, daß gemeinschaftliche Vorstellungen der Ententemächte in Konstantinopel gegen die deutsche Militärmission keinen Erfolg haben sollten, „die Notwendigkeit von Garantien für alle Mächte, ganz besonders für Rußland, hinsichtlich der Dardanellen, der Einfahrt und der Ausfahrt in den Bosporus" zu. Am 7. Dezember gab Sasonow darauf die Parole aus: „Was die Kompensationen anbelangt, so wollen wir sie erst anläßlich weiterer Schritte erwähnen, nachdem wir uns über deren Natur geeinigt haben werden" (v. Siebert, a. a. O., S. 644). Tags darauf überreichte Sasonow dem Zaren einen umfänglichen Bericht über die „historische Frage der Meerengen und der Bedeutung ihres Wertes für uns in politischer Beziehung" (Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 374 ff.). Der Sasonowsche Immediatbericht bringt zwar die Meerengenfrage nicht ausdrücklich in Zusammenhang mit der Frage der deutschen Militärmission, scheint seine Spitze sogar in erster Linie gegen Bulgarien zu richten, aber er nimmt doch bereits in Aussicht, daß die Meerengenfrage schwerlich anders als auf dem Wege über europäische Verwicklungen einen Schritt vorwärts kommen werde. „Diese Verwicklungen würden uns, nach den gegenwärtigen Verhältnissen zu urteilen, im Bunde mit Frankreich und möglicherweise, aber nicht ganz sicher, auch mit England finden oder mindestens gegenüber einer wohlwollenden Neutralität des letzteren. Im Falle von europäischen Verwicklungen würden wir auf dem Balkan auf Serbien und vielleicht auch auf Rumänien zählen können." Es ist immerhin auffällig, daß Sasonow diese weitausschauenden und zur Erreichung der historischen Ziele Rußlands sogar vor der Perspektive eines Weltkrieges nicht zurückschreckenden Betrachtungen in einem Momente dem Zaren vorgetragen hat, wo die Liman Sanders-Affäre die Situation beherrschte.

Auch französischer Militärattaché* äußerte sich zu Dschemal** verständig über die Mission, gegen die vom französischen Standpunkt nichts einzuwenden sei, vorausgesetzt, daß Frankreich von den militärischen Lieferungen nicht ganz ausgeschlossen werde.

Großwesir legte mir nahe, zu veranlassen, daß der für Ende des Monats angekündigte Besuch S. M. S. „Goeben" verschoben werde, bis die russische Aufregung sich gelegt habe. Auch bat er mich, Konstantinopel nicht zu verlassen, bis General Liman sich ohne meine Begleitung dem Sultan, auf der Pforte und den Botschaftern vorgestellt habe.

---

* Oberstleutnant Maucorps.

** Militärgouverneur von Konstantinopel. Vgl. die ausführlichen Mitteilungen Ahmed Dschemal Paschas (Erinnerungen eines türkischen Staatsmannes, S. 71 ff.), der hier freilich den französischen Militärattaché als einen derjenigen Franzosen und Engländer nennt, „die in dieser Frage sozusagen noch mehr Lärm machten als die Russen": „Ich kann die Qualen nicht beschreiben, die ich bei den Unterredungen mit dem französischen Militärattaché Maucorps, dem französischen Botschafter Bompard, dem Botschaftsrat Boppe, dem Gendarmerieinspektor General Baumann und dem Major Sarrou zu ertragen hatte. Schließlich sagte ich ihnen eines Tages: ‚Meine Herren! Sehen Sie, wie wenig wohlwollend Sie sind! Über die Lage sind Sie doch vollständig im Bilde. Sie selbst sind ebenso überzeugt wie wir, daß wir das Recht haben, eine deutsche Reorganisationsmission kommen zu lassen. Was die Frage anbelangt, ob die deutschen Offiziere fähig sind, eine Armee zu organisieren oder nicht, so könnte sie zwar diskutiert werden, aber sie kann hier nicht in Betracht kommen, da wir nun einmal von der Fähigkeit jener überzeugt sind und unsere Wahl auf sie gefallen ist. Ein Land hat übrigens drei Arten der bewaffneten Macht: erstens die Armee, zweitens die Marine, drittens die Gendarmerie. Von diesen haben wir die Organisation der ersten den Deutschen, die der zweiten den Engländern und die der dritten den Franzosen anvertraut. Wozu also der Streit? Wollen Sie, daß wir den Russen die Reorganisation unserer Armee übertragen? Und dann erwägen Sie doch, was die Russen sagen: Wenn die deutschen Offiziere das Kommando des ersten Armeekorps übernehmen, so würde die Defensivmacht der Meerengen gestärkt werden. Dies bedeutet, daß, wenn wir dieselbe Mission unter denselben Bedingungen den Franzosen oder Engländern anvertrauen würden, die Russen denselben Einwand machen müßten, denn ich kann nicht annehmen, daß die französischen oder englischen Offiziere mit der Übernahme des Kommandos des ersten Armeekorps den Zweck verbinden würden, nötigenfalls die Meerengen den Russen zu öffnen. Sie erwecken mithin durch Ihre Proteste in uns notwendigerweise den Glauben, daß Sie uns gegenüber keine günstigen Absichten hegen.' Da sie sich der Logik dieser Worte nicht verschließen konnten und nicht wußten, was sie antworten sollten, sagten mir diese Herren immer wieder, indem sie damit eingestanden, daß sie sich im Unrecht befanden: ‚Was wollen Sie? Erstens sind die Russen unsere Verbündeten, und wir sind daher gezwungen, alle ihre Forderungen zu unterstützen, und zweitens sind die Deutschen unsere Feinde, und wir sind gezwungen, an die Gefahren für uns zu denken, die allen ihren Unternehmungen innewohnen. Und selbst wenn gar keine Gefahr vorhanden wäre, so erachten wir es für unsere patriotische Pflicht, uns zu sagen: Da es sich um etwas handelt, was die Deutschen für sich in Anspruch nehmen, müssen wir dem widersprechen'."

Herr von Giers erhob mir besonders zwei Bedenken gegen die Mission: Er könne nicht als Botschafter auf der Pforte erscheinen, solange diese unter dem Schutz einer von einem deutschen Offizier befehligten Truppe stehe[3]. Außerdem sei es nicht angängig, daß die Forts am Bosporus zum Machtbereich der Mission gehörten. Inzwischen habe ich festgestellt, daß die Truppen auf diesen Forts nicht zum ersten Armeekorps gehören. Die Bewachung der Pforte könnte durch Truppen geschehen, die vom ersten Korps an eine neu einzurichtende selbständige Kommandantur abgegeben werden.

Über sonstige dem russischen Standpunkt zu machende Konzessionen werde ich mich mit General Liman beraten; doch wird es kaum möglich sein, die Russen zu befriedigen, welche die Mission nur deshalb beanstanden, weil diese eine Stabilisierung der Lage in Konstantinopel zur Folge haben und deshalb die auf innere Unruhen und den Sturz der Jungtürken gerichteten russischen Bestrebungen fast aussichtslos machen wird.

Wangenheim

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. auf einer verkürzten Abschrift des Schriftstücks:

1 Der Russe hat ihn vorgeschoben

2 !

3 !!

Bemerkungen des Kaisers am Schluß des Schriftstücks:

Die Russen und Franzosen werden einfach frech und unverschämt W.

Ich habe S. M. dem Zaren anläßlich seiner Anwesenheit in Berlin im Juni Mittheilung von der Bitte der Türkei, um eine deutsche Offiziersmission, in Gegenwart S. M. des Königs von England gemacht. Derselbe sowie König Georg waren völlig einverstanden. Der König sagte: It is quite natural that they should turn to you for officers to reorganize their Army. We are asked to send people to reorganize their Police & Gendarmerie, which we shall do. Der Zar sagte noch, daß es nöthig sei, die Tschataldscha-Linie sehr stark zu befestigen, damit die Bulgaren nicht hineinkönnten. W.

Nr. 15 462

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Geschäftsträger in London von Kühlmann

Konzept von der Hand des Dirigenten der Politischen Abteilung Wilhelm von Stumm

Nr. 2066 Berlin, den 4. Dezember 1913

Bezugnehmend auf die Ew. pp. anderweitig zugegangenen Weisungen lasse ich Ihnen anbei Abschrift eines auf den Bau des Docks in Ismid bezüglichen Berichts des Kaiserlichen Botschafters in Konstantinopel vom 3. d. Mts.* ergebenst zugehen, der meine veränderte Stellungnahme in der Angelegenheit veranlaßt hat.

---

* Es hieß in dem Telegramm Freiherrn von Wangenheims vom 3. Dezember (Nr. 668) über die von der Türkei durch den Armstrong-Vertrag (vgl. Nr. 15 461)

Gewisse Anzeichen sprechen dafür, daß die Klagen der russischen Regierung über unser Verhalten in der Frage der Militärmission nicht ohne Eindruck auf Sir E. Grey geblieben sind. Wenn man den Meldungen der russischen und französischen Presse Glauben schenken darf, wird jetzt im Schoße der Tripelentente der Gedanke erwogen, an die Pforte mit dem Verlangen nach Kompensationen für die uns angeblich zugestandene Sonderstellung heranzutreten*. Ich habe Ew. pp. bereits mit dem nötigen Material versehen, um das Unbegründete des russischen Standpunktes nachzuweisen. Die Ausführungen des Kaiserlichen Botschafters in Konstantinopel, denen ich mich nur anschließen kann, werden Ihnen eine weitere Handhabe bieten, Sir E. Grey durch Hinweis auf die Analogie des deutschen und englischen Vorgehens und die Identität der deutsch-englischen Interessen in der Frage von einer Stellungnahme abzuhalten, die, wie ich Sie bitte, dem Minister gegebenenfalls nicht zu verschweigen, hier peinlich empfunden werden würde.

Dem Takt Ew. pp. muß ich es überlassen, wie Sie die Unterredung einleiten und ob Sie etwa die vorstehend erwähnten Preßnachrichten zum Ausgangspunkt Ihrer Darlegungen machen wollen. Wir müssen es natürlich vermeiden, Mißtrauen gegen die englische Politik an den Tag zu legen. Es darf uns das aber nicht von dem Versuch abhalten, Rückfällen Englands in eine einseitige Ententepolitik, die in ihren Folgewirkungen die Entwicklung des deutsch-englischen Annäherungsprozesses stören könnte, rechtzeitig vorzubeugen.

Einem Bericht über das Veranlaßte werde ich mit Interesse entgegensehen.

Jagow

Nr. 15 463

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Wangenheim

Telegramm. Konzept von der Hand des Unterstaatssekretärs Zimmermann

Nr. 396 Berlin, den 4. Dezember 1913

Rußland beharrt in freundschaftlichen Vorstellungen wegen Militärmission. Hauptargument für Residenz deutschen Generals in Kon-

---

eingegangene Verpflichtung, die in Konstantinopel zu bauenden Schiffe in dem Dock zu Ismid auf Stapel zu legen und die dazugehörigen Panzerplatten, Artillerie usw. in England zu bestellen: „Es handelt sich um eine Parallelaktion zu der Armeereform durch uns. Deutschland und England finden sich zusammen in ihren Bestrebungen, die Türkei zu kräftigen und damit zu erhalten. Der Dockvertrag bedeutet demnach einen harten Schlag für Rußland und erleichtert uns die Vertretung der Mission Liman gegenüber der Tripelentente."

* Vgl. Nr. 14 456, Fußnote **, Nr. 14 457, Fußnote †.

stantinopel erscheint Analogie mit englischem Admiral. Bitte genaue Angabe über dessen Residenz und Kompetenz. Hat er Kommandogewalt wie unser General oder sind Engländer nur Instrukteure? Drahtantwort.

J a g o w

Nr. 15 464

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 670 Konstantinopel, den 4. Dezember 1913

Iradé für Ernennung General Limans ist erteilt. Der das I. Armeekorps betreffende Passus hat Zusatz erhalten, „dessen Generalkommando in Konstantinopel liegt und dessen Truppenteile in Konstantinopel und Umgebung garnisonieren“. Wortlaut Iradés folgt telegraphisch.

5000 Pfund Türkisch stehen bei türkischer Botschaft Berlin zur Verfügung General Limans. Ich habe festgestellt, daß Überweisung durch Deutsche Bank erfolgt ist. Anheimstelle sofortige telegraphische Benachrichtigung General Limans.

Großwesir erneuerte mir Bitte, Mission möge möglichst bald eintreffen, damit jeder weiteren Diskussion Spitze abgebrochen werde*.

W a n g e n h e i m

Nr. 15 465

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 671 Konstantinopel, den 5. Dezember 1913

Im Anschluß an Telegramm Nr. 670**.

Wortlaut des Iradé nach Diktat Kriegsministers*** an Herrn von Strempel:

---

* Die Ankunft General Limans in Konstantinopel erfolgte am 14. Dezember.
** Siehe Nr. 15 464.
*** Izzet Pascha.

„Der Königlich Preußische Generalleutnant Liman von Sanders wird mit dem Dienstgrad als Divisionsgeneral erster Klasse für eine Zeit von fünf Jahren unter Aufnahme in die türkische Armee zum Vorsitzenden der Reformkommission, zum Kommandeur des ersten Armeekorps, dessen Generalkommando sich in Konstantinopel befindet und dessen Truppen in Konstantinopel und Umgebung garnisonieren, und ferner zum Mitglied des Kriegsrats ernannt.

Der zwischen dem Marineminister Mahmud Pascha als stellvertretendem Kriegsminister und dem genannten General am 15./28. Oktober und am 14./27. November d. Js. unterzeichnete und ausgetauschte Vertrag wird gemäß Beschlußfassung des Ministerrats durch dieses Iradé in allen Punkten bestätigt.

Mit der Ausführung dieses kaiserlichen Iradés wird der Kriegsminister beauftragt.“

Wangenheim

Nr. 15 466

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandten von Treutler, z. Z. in Stuttgart

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 128 Berlin, den 5. Dezember 1913

Zum Vortrag.

Der Kaiserliche Botschafter in Petersburg telegraphiert:

„Ich fand heute Herrn Sasonow, der mich schon wenige Stunden nach meiner Rückkehr zu sich bitten ließ, in der Frage der deutschen Militärmission in Konstantinopel äußerst nervös. Trotz eingehender Verwertung der mir an die Hand gegebenen Argumente gelang es mir nicht, ihn davon zu überzeugen, daß die Anwesenheit deutschen Generals in der türkischen Hauptstadt der politischen Bedeutung, die er ihr beilege, vollkommen entbehre. Minister blieb dabei, daß Besetzung der höheren Kommandostellen des in Konstantinopel stehenden Armeekorps die dortige Garnison tatsächlich zu einer deutschen mache, auf welche gestützt deutscher Botschafter ein für die anderen Mächte, besonders für Rußland unerträgliches politisches Übergewicht erlange.

Herr Sasonow erklärte, die ihm gewordene Mitteilung, daß das letzte Wort in der Angelegenheit nicht allein von militärischer Seite gesprochen werden würde, sondern daß nach nochmaliger Prüfung durch den General Seine Majestät der Kaiser nach Vortrag Euerer Exzellenz die definitive Entscheidung treffen werde*, habe ihn sehr beruhigt, da er nicht annehmen könne,

* Vgl. Nr. 15 458.

daß diese Entscheidung in einem für Rußland unfreundlichen Sinne ausfallen werde. Würde aber schließlich der deutsche General wirklich das Kommando über das Korps in Konstantinopel erhalten, so wäre dies ein Schlag für die Freundschaft Rußlands und Deutschlands, und unser in neuerer Zeit in so erfreulicher Weise angebahntes Freundschaftsverhältnis werde sich von diesem Schlag nicht leicht erholen. Denn Deutschland würde dadurch zeigen, daß ihm die türkische Freundschaft höher stünde als die russische. Minister wollte nicht zugeben, daß in diesen Worten starke Übertreibung der Bedeutung der ganzen Frage liege. Er bemerkte weiter, daß er bis jetzt in Konstantinopel noch keinerlei Schritte getan habe und sie auch nicht tun werde, solange nicht das letzte Wort gesprochen sei. Falls aber seine Vorstellungen in Berlin kein Gehör fänden, werde Rußland und wahrscheinlich auch Frankreich und England nicht umhin können, von der Türkei Kompensationen zu verlangen. Wenn dann die Kabinette der Tripelentente beanspruchen würden, daß ebenso wie eines der türkischen Armeekorps deutsch andere russisch, französisch und englisch würden, so würde damit tatsächlich Aufteilung der Türkei beginnen. Ich wies Herrn Sasonow unter anderem darauf hin, daß Eingehen auf russische Wünsche der Kaiserlichen Regierung jetzt angesichts der jüngsten Indiskretionen französischer und englischer Presse nahezu unmöglich gemacht sei. Minister bat Euerer Exzellenz zu versichern, daß er diese Indiskretionen auf des lebhafteste bedauere und selbst keine Schuld daran trage. Er knüpfte daran die dringende Bitte, Euere Exzellenz möchten sich durch diese Preßtreibereien nicht davon abhalten lassen, auf die ‚durchaus berechtigten' russischen Wünsche Rücksicht zu nehmen. Gegen die Übertragung des Kommandos in Adrianopel, welche Rußland ebenfalls nicht angenehm sein könne, wolle er ‚aus Freundschaft für Deutschland' nichts einwenden, es sei aber für Rußland von ‚eminent politischer Bedeutung', daß deutscher General nicht in Konstantinopel kommandiere."

Russischer Botschafter las mir gestern Instruktionen etwa folgenden Inhalts vor: Rußland wünsche Angelegenheit der Militärmission mit uns wie bisher vollständig freundschaftlich zu behandeln. Da wir als Grund für nicht mehr mögliche Abänderung auch angegeben hätten, daß Verhandlungen mit Türkei bereits zu weit vorgeschritten seien, werde Rußland in Konstantinopel darauf hinwirken, daß Pforte Kommando nach Adrianopel verlege.

Halte nicht für ausgeschlossen, daß Rußland durch die ihm zur Verfügung stehenden starken Druckmittel, zum Beispiel Versagung der Zustimmung zur Zollerhöhung, bei Pforte mit seinem Wunsch schließlich durchdringt. Möchte daher anheimstellen, daß, falls Pforte nachgibt, auch wir uns mit Adrianopel abfinden, da dies schließlich innere türkische Angelegenheit ist.

Jagow

Nr. 15 467

Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter von Treutler, z. Z. in Stuttgart, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 139 Stuttgart, den 6. Dezember 1913

Antwort auf Telegramm Nr. 128*.

Seine Majestät befehlen, daß wir zunächst auf unserem Standpunkt stehenbleiben und uns nur dann mit Adrianopel begnügen, wenn uns die Türken sagen, daß sie nicht anders könnten.

Euere Exzellenz möchten aber angesichts dieser von Seiner Majestät sehr scharf beurteilten „russischen Unverschämtheit“ dem russischen Botschafter gegenüber recht kühle Sprache führen. Für Gefälligkeiten Rußland gegenüber seien Seine Majestät vorläufig nun nicht mehr zu haben.

Treutler

Nr. 15 468

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 672 Konstantinopel, den 5. Dezember 1913
[pr. 6. Dezember]

Antwort auf Telegramm Nr. 396**.

Admiral Limpus befehligt laut türkischen Staatsgesetzes vom 6. Juni 1912, veröffentlicht in dem hiesigen offiziell herausgegebenen und daher auch den Russen bekannten Gesetzblatt „Takwimiwekai“, die ganze türkische Kriegsflotte. Daß der Admiral effektive Kommandogewalt ausübt, geht außerdem einwandfrei aus dem mir vertraulich vorliegenden Vertrag zwischen ihm und dem türkischen Marineminister hervor.

In das veröffentlichte Staatsgesetz ist aus verständlicher Rücksichtnahme auf die öffentliche Meinung, die wegen der großen Gerechtsamen des Engländers von einem „Nebensultan für die Marine“ sprach, der verschleiernde Zusatz „als Instrukteur“ aufgenommen. De facto wird diese Einschränkung aber schon in demselben Satz durch die Worte „das effektive Kommando“ ausgeglichen. Der veröffentlichte Text konstatiert auch das Recht des Admirals — unter Wahrung des Budgets und des Reglements — den Chefs aller Marine-

---

* Siehe Nr. 15 466.
** Siehe Nr. 15 463.

etablissements und den Kommandanten aller Kriegsschiffe in jeder Hinsicht direkte Befehle erteilen zu können. Trotz dieser im Verhältnis zu General Liman viel größeren Vorrechte des englischen Admirals ist von russischen Bedenken und russischem Presselärm hier diesmal nichts bekannt geworden.

Residenz des Admirals war bisher Kandili am mittleren Bosporus, während er jetzt das Haus in Pera gemietet hat, welches für General Liman in Aussicht genommen war.

Von hier aus läßt sich nicht recht beurteilen, ob der russische Einfluß auf das Foreign Office eventuell stark genug wäre, eine Verlegung der Residenz des Admirals nach den Dardanellen zu erreichen. — Damit wäre allerdings die englische Mission ebenso kaltgestellt, wie die unserige in Adrianopel wäre, da eine Reformarbeit losgelöst von den Zentralstellen und den hauptsächlichsten Lehrinstituten undenkbar ist.

W a n g e n h e i m

Nr. 15 469

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Petersburg Grafen von Pourtalès

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 228 Berlin, den 6. Dezember 1913

Nach Bericht des Kaiserlichen Botschafters in Cospoli* befehligt englischer Admiral laut veröffentlichtem türkischen Staatsgesetz vom 6. Juni 1912 ganze türkische Kriegsflotte. In Gesetz ist mit Rücksicht auf öffentliche Meinung in Türkei, die wegen großer Rechte des Engländers von „Nebensultan für Marine“ sprach, der verschleiernde Zusatz „als Instrukteur“ aufgenommen. In demselben Satz wird Einschränkung auch bereits durch Worte „effektives Kommando“ aufgehoben. Nach dem uns bekannten Vertrag hat Admiral Kommandogewalt. Auch nach veröffentlichtem Gesetz hat Engländer Recht, den Chefs der Marineetablissements und Kommandanten aller Kriegsschiffe Befehle zu geben.

Für die von Rußland angeführten Interessen in Bosporus und Meerengen ist Stellung des Engländers viel einschneidender als die des deutschen Generals, dessen Kompetenzen sich zudem nur über e i n Armeekorps, nicht ganze Armeen, erstrecken. Mit Seeherrschaft über Bosporus beherrscht Admiral eventuell auch Konstantinopel.

Herr Sasonow nennt unser Vorgehen „peu amical und coup de pioche à notre amitié“. Uns erscheint sein Mißtrauen gegen unsere

* Siehe Nr. 15 468.

Mission und differentielle Beurteilung mit englischem Admiral und französischem Gendarmeriekommandanten nicht von dem freundschaftlichen Geiste getragen, auf welchen er sich beruft.

Jagow

Nr. 15 470

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 308 St. Petersburg, den 6. Dezember 1913

Die heute hier bekannt gewordene Veröffentlichung des Iradé betreffend Ernennung Generals Liman von Sanders zum Kommandierenden des Armeekorps in Konstantinopel* hat Herrn Sasonow in große Erregung versetzt. Minister fragte mich, wie es möglich sei, daß, nachdem ich ihm erst vorgestern gesagt hätte, die Frage solle noch an Ort und Stelle geprüft werden, schon heute eine vollendete Tatsache geschaffen werden konnte. Ich erwiderte, daß ich ohne neue Informationen sei. Daran knüpfte sich wieder nahezu zweistündige Unterredung, bei welcher von beiden Seiten die bekannten Argumente geltend gemacht wurden, ohne daß es gelang, Annäherung zwischen beiderseitigen Standpunkten herbeizuführen. Minister ist nicht davon abzubringen, daß Ausübung der Kommandogewalt durch deutschen General in der türkischen Hauptstadt einen für Rußland unerträglichen Zustand schaffe, und daß er, falls es bei der Ernennung bleibe, genötigt sein werde, eventuell mit Frankreich und England, in Konstantinopel sehr ernsten Ton anzuschlagen. Herr Sasonow behauptet, die „deutsche Garnison" werde den Hochmut und Größenwahn der Jungtürken derart steigern, daß sie ganz „intraitables" werden würden. Schon jetzt sei eine deutliche Änderung in ihrer Haltung wahrzunehmen. Offenbar infolge des bei uns erhofften Rückhalts fange ihre Sprache an, geradezu herausfordernd gegen Rußland zu werden. Minister widerholte immer wieder sein Bedauern, daß wir die eminent politische Bedeutung der Frage, die unmöglich ohne Einfluß auf russisch-deutsche Beziehungen bleiben könne, anscheinend nicht einsehen wollten.

Pourtalès

---

* Siehe Nr. 15 465.

Nr. 15 471

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Petersburg Grafen von Pourtalès

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 229 Berlin, den 7. Dezember 1913

Auf Telegramm Nr. 308*.

Russischer Botschafter sprach mir gestern in ähnlichem Sinne. Habe geantwortet, daß unser Standpunkt von Anfang an der gleiche geblieben. Wir haben bereits Herrn Kokowzow erklärt, daß Verhandlungen zu weit vorgeschritten, um jetzt Änderung vorzunehmen. Aber General solle, wenn er in Konstantinopel sei, nochmals prüfen, ob Änderung beziehungsweise Verlegung nach Adrianopel mit militärischer Zweckmäßigkeit, welche allein bestimmend gewesen, vereinbar sei. Wir haben aber Bedenken, ob es möglich sein würde, nie verhehlt. Diesen Standpunkt innehalten wir auch jetzt noch.

Natürlich wäre gegebenenfalls auch Zustimmung der Türkei erforderlich.

Russischer Botschafter hat mir bereits vor drei Tagen mitgeteilt, daß Rußland auch Schritte in Konstantinopel tun würde.

Jagow

Nr. 15 472

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Geschäftsträger in London von Kühlmann

Telegramm

Konzept von der Hand des Dirigenten der Politischen Abteilung Wilhelm von Stumm

Nr. 482 Berlin, den 7. Dezember 1913

Indem ich hervorhebe, daß russischer Widerstand sich gegen Kommando deutschen Generals in Konstantinopel richtet, bemerke ich, daß Sir E. Grey nach hier vorliegenden ganz vertraulichen Nachrichten Standpunkt vertritt, daß deutsches Kommando Konstantinopel souveräne Rechte Sultans bedrohe, Gleichgewicht störe und Freiheit der Meerengen bedrohen könne.

Ew. pp. wollen nunmehr, ohne erkennen zu lassen, daß Ihnen englische Auffassung bereits bekannt, Erlaß Nr. 2066 vom 4.

---

* Siehe Nr. 15 470.

d. Mts.* unter Verwertung von Erlaß Nr. 2081** vom 6. d. Mts. unverzüglich ausführen. Sie wollen aber unter allen Umständen vermeiden, den Eindruck zu erwecken, als ob wir uns entschuldigen wollten, vielmehr betonen, daß uns die russische Stellungnahme völlig unverständlich und befremdlich erscheine.

Jagow

Nr. 15 473

Der Geschäftsträger in Paris von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 434 Paris, den 7. Dezember 1913

Bei gesprächsweiser Berührung unserer Militärmission durch Paléologue verwertete ich die in Aufzeichnung des Reichskanzlers*** niedergelegten Gesichtspunkte. Paléologue gab Hoffnung Ausdruck, daß Verhandlungen zwischen Deutschland und Rußland befriedigende Lösung herbeiführen würden, verhehlte aber nicht seine Besorgnis, daß bei resultatlosem Verlauf Rußland von Türkei Kompensationen, zum Beispiel Armeekommando in Erserum, verlangen könnte, wogegen wir dann schwerlich protestieren könnten [1]. Auf diese Weise könne leicht asiatische Frage vorzeitig aufgerollt werden, da in diesem Falle auch andere Nationen [2] mit Kompensationsforderungen hervortreten könnten. In London sei man über Möglichkeit durch Militärmission hervorgerufener russischer Forderungen auch sehr besorgt [3].

Paléologue betonte, daß französische Regierung in dieser Angelegenheit sich neutral verhalten und dafür gesorgt habe, daß Presse sie objektiv behandele.

Radowitz

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. auf einer gekürzten Abschrift des Telegramms:

[1] Die Russen sind verrückt Als Goltz hinging und dort wirkte fanden sie nichts dabei!

[2] Frankreich! Syrien!

[3] Ich bleibe bei meinem Standpunkt

---

* Siehe Nr. 15 462.

** Durch Erlaß Nr. 2081 vom 6. Dezember war das Konstantinopeler Telegramm Nr. 672 (siehe Nr. 15 468) nach London mitgeteilt worden.

*** Vgl. Nr. 15 450.

Nr. 15 474

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 674 Pera, den 7. Dezember 1913
Geheim

Vertrauensmann * meldet:

„Graf Nani ** zeigte mir soeben eine Drahtinstruktion aus Rom, in Angelegenheit der deutschen Mission sich des Desinteressements zu befleißigen, falls jedoch der deutsche Botschafter es für erwünscht hält, den deutschen Standpunkt bei der Hohen Pforte zu unterstützen.

Bezüglich der jüngsten Vorgänge kann ich Euerer Exzellenz durchaus verläßlich folgendes melden: Am letzten Dienstag empfing Herr Mallet *** Instruktion des Foreign Office, den schriftlichen russischen Protest gegen die deutsche Mission, soweit sie das Kommando des I. Armeekorps durch General Liman betrifft, ebenfalls schriftlich zu unterstützen †.

Gleichlautende Instruktion erhielt Herr Bompard, jedoch mit der Nuance Verbalunterstützung.

---

* Es handelt sich um den Korrespondenten der „Frankfurter Zeitung" Weitz.

** Italienischer Geschäftsträger in Konstantinopel. Nach einem weiteren Telegramm Freiherrn von Wangenheims vom 8. Dezember (Nr. 675) beruhten die Angaben Graf Nanis auf Mitteilungen des russischen Botschaftsrats Gulkewitsch.

*** Englischer Botschafter in Konstantinopel.

† Nach einem Telegramm Freiherrn von Wangenheims vom 8. Dezember (Nr. 676) wollte Weitz inzwischen Kenntnis von einem Telegramm erhalten haben, das Graf Nani am 3. Dezember nach Rom gerichtet hätte. Das Telegramm hätte folgendes besagt: „Gelegentlich einer Frühstückseinladung beim russischen Botschafter teilte dieser mit, daß heute früh englischer Botschafter Sir Mallet ihn besucht und ihm Kopie des schriftlichen Protestes Englands in Sachen der deutschen Militärmission übergab." Dieser englische „Protest" kann sich aber doch nur (vgl. Nr. 15 461, Fußnote) in die Form einer einfachen Anfrage bei der Pforte gekleidet haben, während der Protest, zu dem der französische Botschafter beauftragt war, sehr viel schärfer gehalten war, allerdings in der Voraussetzung, daß der englische Protest auf den gleichen Ton gestimmt sei. Da dies nicht der Fall war, so hat offenbar der französische Botschafter sich veranlaßt gesehen, vor der Abgabe des Protestes eine Rückfrage bei seiner Regierung zu stellen, um so mehr, als inzwischen in Paris ein Kabinettswechsel eingetreten war. Ob nach der Installierung des neuen Kabinetts Doumergue dieses wirklich in London für eine veränderte Instruierung der beiderseitigen Botschafter in Konstantinopel eingetreten ist, wie nach den Mitteilungen Graf Nanis an Weitz (siehe oben) anzunehmen wäre, läßt sich nicht nachprüfen, da das französische Gelbbuch eine klaffende Lücke vom 3. bis 14. Dezember (vgl. Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, III, 96) aufweist.

Da Herr von Giers aber auf gleiche Form nichtsdestoweniger großen Wert legte, veranlaßte er Herrn Bompard, nochmalige Instruktion in Paris einzuholen.

Dies tat Herr Bompard, unterrichtete aber zur selben Zeit die Pariser Regierung von der hier herrschenden sehr gereizten Stimmung der Pforte gegen Rußland und auch von den sonstigen Gefahren, welche ein solcher Protest laufe.

Die Folge war, daß der Quai d'Orsay auch die Verbalunterstützung zurückzog und in London seinen Einfluß zur Geltung brachte, so daß auch Herr Mallet im selben Sinne instruiert wurde.

Dies erfolgte gestern früh.

Herr von Giers ist in hohem Maße gegen Herrn Bompard aufgebracht, weil er Konzept der Tripelentente verdarb. Nach dem Trara, den man vorher in allen Lagern mit dem beabsichtigten Protest der Entente schlug, glaubt selbst Herr von Giers nicht mehr, daß eine isolierte Aktion Rußlands irgendeinen Erfolg haben würde."

Herrn von Giers, der anderen gegenüber in den letzten Tagen sich in schärfster Weise über das deutsche Vorgehen geäußert und eine Kollektivnote der Tripelentente und russische Kompensationsforderungen in Aussicht gestellt hatte, sprach mir heute in weit versöhnlicherem Ton über die Angelegenheit. Letztere sei nur durch ein persönliches Moment verschärft worden. Man habe Herrn Sasonow, der sehr empfindlich sei, in Berlin nichts von der Mission gesagt und ihn dadurch mißtrauisch gemacht. Ich erwiderte Herrn von Giers, daß ich den Zwischenfall um so mehr bedauerte, als ich wüßte, daß die Kaiserliche Regierung auf das durch unsere persönlichen Beziehungen angebahnte Zusammengehen in der türkischen Frage den größten Wert legte. Nicht im entferntesten sei mir je der Gedanke gekommen, daß er an der Mission Anstoß nehmen könne, die doch mit geringeren Machtbefugnissen ausgestattet sein werde als die englische Marinemission. Sobald der Vertrag perfekt gewesen, hätte ich ihm als Erstem die Details mitgeteilt und sei bestürzt gewesen über seine Auffassung, die mir ganz unbegreiflich erschienen wäre. Bestimmt sei sodann in Berlin nur deswegen nicht über die Sache gesprochen worden, weil man bei uns die Entsendung des Generals als etwas Selbstverständliches und Rußland gar nicht Interessierendes angesehen habe.

Herr von Giers bat zum Schluß um weitere Unterstützung in der armenischen Angelegenheit*, damit er Ende des Monats auf Urlaub gehen könne.

Wangenheim

---

* Vgl. dazu Kap. CCLXXXIX.

Nr. 15 475

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 309 St. Petersburg, den 7. Dezember 1913

Antwort auf Telegramm Nr. 228*. Im Anschluß an Telegramm Nr. 308**.

An der Hand neuerdings durch Presse bekanntgewordener Einzelheiten über Stellung englischen Admirals in Konstantinopel wies ich schon bei gestriger Unterredung Herrn Sasonow gerade auf dieses Moment besonders hin und hob hervor, daß Seeherrschaft über Bosporus für türkische Hauptstadt und Meerenge viel bedrohlicher sei, als das Kommando über das Korps in Konstantinopel. Minister hatte darauf nur die Antwort, daß das Kommando über türkische Flotte bedeutungslos sei, da es eine solche überhaupt nicht gebe und auf Jahrzehnte hinaus nicht geben werde***. Ebensowenig wollte Herr Sasonow zugeben, daß ein Franzose, der das Kommando über die türkische Gendarmerie habe, (wovon übrigens der Minister nichts zu wissen behauptete) in der Lage sei, mindestens denselben politischen Einfluß auszuüben als ein deutscher Korpskommandeur, der sich überdies verpflichtet habe, sich und seine Offiziere von Politik fern zu halten.

Das gänzlich ablehnende Verhalten des Herrn Sasonow gegenüber diesen Argumenten nötigte mich ihm zu sagen, daß, wenn er Tatsachen einfach leugne, mir ein weiteres Diskutieren überflüssig erscheine, daß ich aber unter solchen Umständen zu meinem Schmerz selbst anfangen müsse, an der Möglichkeit dauernder freundschaftlicher Beziehungen Deutschlands zu Rußland zu zweifeln. Denn ein Freundschaftsverhältnis, bei dem wir allein der gebende Teil sein sollten, und uns verwehrt werden solle, was den Mitgliedern der Tripelentente gestattet werde, sei für uns schlechterdings unannehmbar[1]. Wenn auch unsere gestrige Unterredung wiederholt zu recht scharfen Auseinandersetzungen führte, schlug Herr Sasonow doch am Schluß versöhnlichen Ton an. Er betonte den großen Wert, den er auf deutsche Freundschaft lege, und beschwor mich, Euere Exzellenz zu bitten, Ausweg

---

* Siehe Nr. 15 469.

** Siehe Nr. 15 470.

*** Vgl. dazu Sasonows Immediatbericht vom 8. Dezember, in dem die völlig entgegengesetzte Auffassung zum Ausdruck gelangt: „Nach den zu verschiedenen Zeiten beim Außenministerium eingelaufenen Nachrichten müssen wir zu dem Schluß kommen, daß in den Jahren 1914—1916 die türkische Kriegsflotte im Schwarzen Meer der unsrigen an Güte der Schiffe und Stärke ihrer Artillerie überlegen sein wird.“ Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 379.

zu finden, damit die für Rußland hochwichtige Frage eine Lösung finde, die zu keiner Trübung unserer Beziehungen führe[2].

Pourtalès

Randbemerkungen Zimmermanns:
[1] Endlich
[2] Die Russen müssen endlich einlenken.

Nr. 15 476

*Der Geschäftsträger in London von Kühlmann an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg**

Ausfertigung

Nr. 692 London, den 9. Dezember 1913

Ein Gespräch über die Zustände in der Türkei nach dem Kriege bot natürliche Gelegenheit, die Frage unserer Militärmission in Konstantinopel den erhaltenen Weisungen gemäß zur Sprache zu bringen. Sir Edward Grey sagte, er sei von russischer Seite auf die Sache angesprochen worden. Die Russen schienen durch die Frage sehr beunruhigt und hätten sie ja wohl auch in Berlin angeregt. Graf Benckendorff sei eben vom Urlaub zurückgekommen und werde die Angelegenheit wohl aufs neue berühren. Auf dem Papier sehe es ja sehr formidabel aus, wenn man sagen könne, Deutschland beherrsche das Armeekorps in Konstantinopel, und dieses Armeekorps sei hinwiederum der Träger der Staatsgewalt in der Türkei. Von gewisser Seite sei der Vergleich mit dem Einfluß gebraucht worden, den Rußland durch die

---

* Zu dem Bericht Kühlmanns über seine Unterredung mit Sir E. Grey vgl. auch dessen Angaben zu Graf Benckendorff. Telegramm Benckendorffs an Sasonow vom 9. Dezember 1913. v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 645 f. Am 10. Dezember teilte der englische Geschäftsträger O'Beirne Sasonow einen englischen Gegenentwurf für die in Konstantinopel abzugebende Kollektiverklärung mit, der aber in Petersburg als „nichtssagend" keineswegs befriedigte, da Sir E. Grey darauf bestand, zunächst in Konstantinopel nur eine Anfrage vorzubringen, „dazu bestimmt, den Kontakt zwischen der türkischen Regierung und dem deutschen General kennenzulernen, damit die drei Mächte sich auf diese Weise Rechenschaft geben können, welches der Unterschied der Stellung dieses Generals in der türkischen Armee und der früheren Stellung von der Goltz Paschas sein werde" (Telegramm Graf Benckendorffs an Sasonow vom 11. Dezember; v. Siebert, a. a. O., S. 648). So blieb Sasonow nichts übrig, als sich grollend der englischen Auffassung zu fügen und am 12. Dezember dem Botschafter von Giers in Konstantinopel entsprechenden Auftrag zu geben. Telegramme Sasonows an Graf Benckendorff vom 10. und 12. Dezember; Telegramm an Botschafter von Giers vom 12. Dezember, a. a. O., S. 648 ff. Über die Ausführung der Demarche der Ententebotschafter bei der Pforte vgl. Nr. 15 481.

Kosakenbrigade auf die persische Regierung in Teheran auszuüben vermöge[1].

Ich erwiderte dem Minister, dieser Vergleich sei total falsch, denn einmal dürfe man die Türkei doch keinesfalls mit dem morschen Persien vergleichen, dann sei auch die Kosakenbrigade vollkommen in Händen des russischen Kommandeurs, der Rekruten anwerbe, Sold auszahle und dergleichen. Von all dem könne in Konstantinopel keine Rede sein. Die Jungtürken hätten sich als überaus eifersüchtig gegen jede Einmischung des Auslands erwiesen. Die Idee, daß sie einem ausländischen General maßgebenden politischen Einfluß einräumen würden, sei nicht ernstlich diskutierbar.

Der Minister gab dies zu und sagte, er wolle sich jedenfalls über die ganze Angelegenheit informieren, um sich selbst ein Urteil zu bilden. Er beabsichtige, bei den Türken anzufragen, wie sie den Vertrag mit dem Führer der deutschen Militärmission auslegten*. Auf meine längeren Darlegungen über die Stellung des englischen Admirals in der türkischen Flotte erwiderte Sir E. Grey, die Einzelheiten dieses Kontraktes seien ihm unbekannt[2]; er werde aber gleich Befehl geben, daß ihm das nötige Material vorgelegt werde.

Der einzige Gesichtspunkt, den er seinerzeit geltend gemacht habe, sei der, daß englische Instrukteure unter keinen Umständen an kriegerischen Aktionen beteiligt sein dürften. Er nehme an, daß dies auch für unsere Instrukteure gelte[3].

Zum Schluß der langen Unterredung äußerte der Minister, er sei erfreut, daß ich die Frage, welche immerhin zu Mißverständnissen hätte führen können, direkt mit ihm besprochen hätte.

Er war während des ganzen Gesprächs sehr aufgeknöpft und heiter, und ich hatte den Eindruck, daß er kaum etwas tun wird, um uns in dieser Angelegenheit wirklich Schwierigkeiten zu machen.

---

* Inzwischen hatte Sasonow, nachdem die für den 3. Dezember geplant gewesene Protestaktion der Tripelentente in Konstantinopel nicht zustande gekommen war, am 7. Dezember erneut die Übergabe einer identischen Protestnote angeregt. Der Entwurf einer solchen, den er in London und Paris überreichen ließ (vgl. v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 644 f.), fand aber bei Sir E. Grey wegen seiner drohenden Sprache keine Billigung, während die französische Regierung bereit war, ihn pure anzunehmen (vgl. Telegramm Nr. 804 Graf Benckendorffs an Sasonow vom 9. Dezember 1913; a. a. O., S. 646 f.). Der englische Staatssekretär sprach sich dafür aus, auf das erste Projekt einer bloßen Anfrage nach dem Inhalt des Iradés zurückzukommen und bei dessen Realisierung durch die Konstantinopeler Botschafter „ernstliche Erwägungen hinsichtlich der Erhaltung der Souveränität des Sultans, des Regimes der Meerengen und der ganzen Lage in Konstantinopel hinzufügen“ zu lassen; doch so, daß „die Möglichkeit weiterer Verhandlungen offen bleibe“. Geheimtelegramm Graf Benckendorffs Nr. 802 vom 9. Dezember 1913. Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 383f.

Falls der Wortlaut des Dienstvertrages des englischen Admirals hierher mitgeteilt werden könnte, würde dies die Argumentation, falls Sir E. Grey nochmals auf die Frage zurückkommt, erleichtern.

R. v. Kühlmann

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] !
[2] !!
[3] nein!

Nr. 15 477

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Entzifferung

Nr. 350 St. Petersburg, den 10. Dezember 1913

Mit Bezug auf den mir mit Erlaß Nr. 1391 mitgeteilten Bericht des Kaiserlichen Botschafters in Konstantinopel vom 7. d. Mts.*:

Die dem hiesigen italienischen Geschäftsträger zugegangenen Informationen bestätigen, daß Frankreich, welches anfangs in der Frage der Militärmissionen, wohl in der Hoffnung, bei dieser Gelegenheit womöglich einen Keil in unser freundschaftliches Verhältnis zu Rußland zu treiben, hier stark gehetzt hat, neuerdings aus Besorgnis vor Zuspitzung russisch-türkischen Gegensatzes eher abwiegelt und zu versönlicherem Tone bei Behandlung der Angelegenheit rät. Ob mein französischer Kollege, der beinahe täglich mit Herrn Sasonow lange Unterredungen hat, sich tatsächlich in diesem Sinne hier äußert, ist schwer zu kontrollieren. Die bisherige Haltung des Herrn Sasonow läßt jedenfalls nicht auf eine mildere Auffassung des Ministers infolge französischer Einwirkung schließen.

Meinem türkischen Kollegen gegenüber ist bis jetzt im hiesigen Ministerium die Frage mit keinem Wort berührt worden.

Pourtalès

Nr. 15 478

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 312 St. Petersburg, den 12. Dezember 1913

Herr Kokowzow, der erst seit wenigen Tagen aus Livadia zurückgekehrt ist, empfing mich heute. Ich fand ihn in deprimierter Stim-

---

* Siehe Nr. 15 474.

mung, er erklärte mir, daß ihn die Wendung in unseren Beziehungen, auf die er, wie er es wiederholt gezeigt habe, den größten Wert lege, mit „tiefer Trauer“ erfülle. Auch Seine Majestät der Kaiser Nikolaus sei „sehr schmerzlich davon berührt“, daß Kaiserliche Regierung es nicht für möglich gehalten habe, berechtigten russischen Wünschen[1] entgegenzukommen, und daß dadurch „eine bedauerliche Trübung in dem Verhältnis zwischen Deutschland und Rußland entstanden sei[2]“. Es ist Herrn Sasonow offenbar gelungen, den Ministerpräsidenten ganz zu seinem Standpunkte zu bekehren und ihn zu veranlassen, diesen Standpunkt auch in Livadia geltend zu machen. Herr Kokowzow versicherte allerdings, auch unsere Auffassung seinem allergnädigsten Herrn vorgetragen und Seiner Majestät von dem Inhalt Euerer Exzellenz Privatbriefs sowie der ihm durch Herrn von Lucius auftragsgemäß gemachten Eröffnungen Kenntnis gegeben zu haben.

Der von Herrn Kokowzow entwickelte Gedankengang ist folgender:

Rußland hat sich dafür eingesetzt, daß Konstantinopel türkisch bliebe. Es vertritt den Standpunkt und hat die gleiche Auffassung bei den anderen Mächten vorausgesetzt, daß keine Macht in der türkischen Hauptstadt einen überwiegenden Einfluß ausüben solle. Deutschland habe sich nunmehr unter Nichtachtung dieses Standpunkts de facto zum Herrn der Situation in Konstantinopel gemacht[3], habe Rußland in dieser Beziehung vor eine vollendete Tatsache gestellt und dann in freundschaftlicher Weise erhobene Einwendungen unberücksichtigt gelassen.

Ich habe in eingehender Darlegung diese Auffassung zu widerlegen versucht. Herr Kokowzow antwortete darauf mit den Argumenten des Herrn Sasonow. Nur der Hinweis auf das aktive Kommando der türkischen Flotte durch englischen Admiral schien nicht ohne Eindruck auf ihn zu bleiben. Als ich ihm sagte, daß wir uns jedenfalls keine differentielle Behandlung gefallen lassen könnten[4], und ihn fragte, ob er denn glaube, daß ein englischer Admiral, der die türkische Flotte und sämtliche Marineeinrichtungen in seiner Hand habe, sich nicht ebenso zum Herrn über Konstantinopel machen könne als deutscher Korpskommandeur, stutzte er[5] und erklärte, daß er von den von mir erwähnten Tatsachen nichts gewußt habe und zunächst Erkundigungen darüber einziehen wolle. Dabei entfuhr ihm der Ausruf: „Dann gestaltet sich also die Lage noch ungünstiger für uns[6], denn dann steht Konstantinopel ganz unter englischem und deutschem Einfluß.“

Pourtalès

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. auf einer verkürzten Abschrift des Telegramms:

[1] Donnerwetter! Starker Tobak!

[2] gut, daß es mal endlich gesagt wird

[3] !

[4] gut
[5] natürlich zumal über die Einfahrt zum Bosporus, wo die Russen doch hineinwollen!
[6] Das stimmt
Bemerkung des Kaisers am Schluß des Telegramms:
Rußland sollte uns doch dankbar sein daß wir am Land aufpassen, daß England nicht zu Rußlands Ungunsten zu sehr in Stambul der Herr wird!

Nr. 15 479

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 682 Konstantinopel, den 13. Dezember 1913

Großwesir erzählte mir streng vertraulich, Admiral Limpus habe sich als türkischer Offizier verpfichtet gefühlt, ihn über eine Unterhaltung mit Herrn Mallet zu unterrichten. — Der Admiral sei vom Botschafter gefragt worden, wie er seine Stellung zur türkischen Marine auffasse. Der Admiral habe erwidert, er sei der Oberstkommandierende der türkischen Flotte und als solcher mit Gerechtsamen ausgestattet, die weitergingen, als diejenigen des deutschen Generals. — Er verstehe deshalb nicht, wie gerade England an der deutschen Mission Anstoß nehmen könne. Der Botschafter habe zu dieser Erklärung geschwiegen.

Großwesir sagte mir ferner, daß, wenn die Ententemächte ihn offiziell um eine Auskunft über die Aufgaben der deutschen Mission ersuchen sollten, er diese Auskunft unter Hinweis auf die Souveränität der Türkei kategorisch verweigern werde. Zu einer persönlichen und vertraulichen Aussprache werde er bereit sein.

Wangenheim

Nr. 15 480

Der Geschäftsträger in London von Kühlmann an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 706 London, den 12. Dezember 1913
[pr. 14. Dezember]

Vielfach hatte hier der Eindruck bestanden, daß für die Stellungnahme Sir Edward Greys zur Frage der Stellung der deutschen Militärmission in Konstantinopel die Berichterstattung des neuen Botschafters in Konstantinopel Sir Louis Mallet maßgebend gewesen sei, der hier stets als Verfechter der Idee der Tripelentente aufgetreten war. Wie ich aber ganz vertraulich und unter der Hand feststellen konnte, war die

Stellungnahme Sir Louis Mallets, soweit sie in seiner Berichterstattung zutage trat, eine durchaus gemäßigte und nicht geeignet, Sir Edward Grey für eine Beteiligung an etwaigen Schritten in Konstantinopel zu entscheiden *.

Hingegen ist von russischer Seite anscheinend ein außerordentlich starker Druck ausgeübt worden [1]**. Die russische Regierung soll so weit gegangen sein, Sir Edward Grey zu sagen, daß sie sein Verhalten in dieser Frage zum Prüfstein für die Gesinnungen der englischen Politik gegen Rußland überhaupt machen müsse [2]. Da Sir Edward seiner Politik gemäß einen Bruch mit Rußland vermeiden will [3], habe er sich entschlossen, formell sich an einer Erkundigung in der Sache zu beteiligen, ohne aber der Frage selbst starkes Interesse entgegenzubringen [4].

R. v. Kühlmann

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Hallunken!
[2] aha
[3] Esel! verräth die eigenen Interessen seines Landes
[4] dann kann ja der Großwesir ruhig grob werden

Nr. 15 481

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in München

Telegramm. Entzifferung

Nr. 272 Berlin, den 15. Dezember 1913

Euerer Majestät Botschafter in Konstantinopel meldet***:

„Die Demarche der Ententemächte bei der Pforte in Sachen der deutschen Militärmission hat gestern den 13. in später Nachmittags-

---

* Vgl. auch Nr. 15 492.

** Das wird bestätigt durch den bei v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 647 ff. mitgeteilten Schriftwechsel zwischen Petersburg und London. In dem Telegramm Sasonows an Graf Benckendorff vom 12. Dezember wird geradezu von schwerer Erschütterung des russischen Vertrauens auf die englische Unterstützung gesprochen: „Dieser Mangel an Zusammengehörigkeit und Solidarität zwischen den drei Mächten der Entente erregt unsere ernstliche Besorgnis, denn er bildet einen organischen Fehler der Tripelentente, welcher uns dem festen Blocke des Dreibundes gegenüber stets in Nachteil versetzen wird. Eine derartige Sachlage kann gegebenenfalls schwerwiegende Folgen nach sich ziehen und vitale Interessen einer jeden Macht der Tripelentente aufs ernstlichste gefährden“ (S. 651). Vgl. auch Sir G. Buchanan, My Mission to Russia, I, 149 f.

*** Telegramm Nr. 683 vom 14. Dezember 1912. Zum Vergleich ist das Telegramm des russischen Botschafters in Konstantinopel von Giers vom 15. Dezember über die ihm von dem Großwesir gegebene Antwort (v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 653 f.) heranzuziehen.

stunde stattgefunden. Die Botschafter Rußlands, Frankreichs und Großbritanniens fanden sich gleichzeitig auf der Pforte ein. Herr von Giers verlas eine Reihe von Fragen (un questionnaire), die von den beiden anderen Botschaftern, die nach ihm empfangen wurden, ohne schriftliche Unterlagen wiederholt wurden. Die beiden wesentlichsten Fragen waren, ‚si l'indépendance de l'Empire était sauvegardée dans le contrat concernant l'engagement des officiers allemands', sowie ob dieses Engagement ‚portait atteinte à l'état actuel des Dardanelles[1]'. Der Großwesir erwiderte, daß es Sache der Türkei sei, ihre Unabhängigkeit zu wahren, und fragte, mit welchem Recht sich fremde Mächte da einmischten[2]? Er lehne es ausdrücklich ab, die ihm gestellten Fragen offiziell zu beantworten[3] und würde auch, falls bei dem morgigen Empfang der Botschafter die Sache wieder angeregt werden sollte, lediglich offiziös bezw. à titre privé Erklärungen abgeben.

Der Großwesir ersuchte den russischen Botschafter, ihm Abschrift des vorgelesenen Schriftstücks zu hinterlassen[4], was dieser ablehnte[5]. Ferner verlangten die Botschafter Einsicht in den mit der deutschen Militärmission abgeschlossenen Vertrag[6]. Der Großwesir lehnte dieses Ansinnen bestimmt ab. Dem englischen Botschafter gegenüber machte der Großwesir noch darauf aufmerksam, daß die von der Pforte angestellten englischen Marineoffiziere Gamble und Limpus weitergehende Befugnisse erhalten hätten, als die jetzt engagierte deutsche Militärmission[7]. Als der Großwesir heute vormittag dem diesseitigen Dragoman die vorstehenden Mitteilungen machte, zeigte er noch unter dem frischen Eindruck seiner Unterredung mit den drei Botschaftern eine gewisse Erregung, ließ aber seine Entschlossenheit erkennen, die Würde der Pforte gegenüber dem in dieser Form ausgeübten Druck fest zu wahren.

Die Meldung des heutigen ‚Osmanischen Lloyd', daß die Angelegenheit heute dem Ministerrat zur Beschlußfassung über die den Ententemächten zu erteilende Antwort vorgelegt werden sollte, bezeichnete der Großwesir als unrichtig. Wangenheim".

Zimmermann

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Unerhörte Unverschämtheit
[2] bravo!
[3] Das haben die Herren wohl kaum erwartet, aber verdient!
[4] gut
[5] aha!
[6] Schul- und Revisions Commission über die Türkei!!
[7] au!

Nr. 15 482

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in London Fürsten von Lichnowsky

Telegramm
Konzept von der Hand des Dirigenten der Politischen Abteilung Wilhelm von Stumm

Nr. 486 Berlin, den 15. Dezember 1913

Der Kaiserliche Botschafter in Konstantinopel telegraphiert*:
„Die Demarche der Ententemächte wegen Militärmission hat am 13. stattgefunden. Die Botschafter Rußlands, Frankreichs und Großbritannies fanden sich gleichzeitig auf der Pforte ein. Herr von Giers verlas eine Reihe von Fragen. Wesentlichste Fragen waren, „si l'indépendance de l'Empire était sauvegardée dans le contrat concernant l'engagement des officiers allemands", sowie ob dieses Engagement „portait atteinte à l'état actuel des Dardanelles". Der Großwesir erwiderte, daß es Sache der Türkei sei, ihre Unabhängigkeit zu wahren, und lehnte ausdrücklich ab, die Fragen offiziell zu beantworten. Er wird lediglich offiziös bzw. à titre privé Erklärungen abgeben. Den englischen Botschafter machte der Großwesir darauf aufmerksam, daß die englischen Marineoffiziere Gamble und Limpus weitergehende Befugnisse erhalten hätten als die deutsche Militärmission."

Nach hier vorliegenden Nachrichten hat Umstand, daß Herr von Kühlmann Ankündigung bevorstehender Demarche durch Sir E. Grey** anscheinend widerspruchslos entgegengenommen, bei Entente Eindruck hervorgerufen, daß wir mit Demarche einverstanden seien.

Bitte bei Sir E. Grey dieser Anschauung entgegenzutreten und peinlichen Eindruck hervorheben, den von vornherein ohne Fühlungnahme mit uns erfolgtes englisches Vorgehen hier hervorgerufen.

Es wird darauf ankommen, durch geeignete Einwirkung auf Sir E. Grey zu erreichen, daß es bei der jetzigen einstweilen lediglich informatorischen Demarche der Entente verbleibt, und er nicht weiter Einwirkungen Rußlands unterliegt, das Angelegenheit als Vorwand zur Aufrollung politischer Fragen, wie Dardanellenfrage, benützen möchte.

Zimmermann

---

* Vgl. das vorhergehende Schriftstück.
** Vgl. Nr. 15 476, 15 480.

Nr. 15 483

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 359 St. Petersburg, den 13. Dezember 1913
[pr. 15. Dezember]

Wenn die französische Presse behauptet, daß in Rußland große Erregung über die Ernennung eines deutschen Generals zum Kommandierenden eines türkischen Armeekorps herrsche, so ist das eine direkte Unwahrheit. Die Erregung beschränkt sich auf einen sehr kleinen Kreis und die öffentliche Meinung steht der Angelegenheit im allgemeinen kühl und gleichgültig gegenüber[1]. Daß die „Nowoje Wremja", die in diesem Falle zweifellos von der Sängerbrücke aus inspiriert wird, und einige geistesverwandte Blätter diese willkommene Gelegenheit zur Hetze gegen Deutschland benutzen, ist natürlich; die meisten liberalen Blätter aber enthalten sich überhaupt der Besprechung der Frage oder erörtern sie in maßvollem, sachlichem Tone, Besonders bemerkenswert ist in dieser Hinsicht der von mir anderweitig eingereichte Artikel des viel gelesenen „Russkoje Slowo", der so weit geht, das Verhalten der russischen Regierung als unberechtigt hinzustellen.

Ich darf aber auch bei dieser Gelegenheit daran erinnern, daß die Bedeutung der hiesigen sogenannten öffentlichen Meinung nicht überschätzt werden darf. Wichtiger erscheint mir, daß der Zwischenfall unserer Militärmission in der Türkei, oder richtiger gesagt der Bedingungen, unter denen dieselbe zu wirken berufen ist, in den maßgebenden hiesigen Kreisen eine wenn auch noch so unberechtigte, so doch immerhin starke Verstimmung gegen uns hervorgerufen hat. Nach meinen, seit meiner Rückkehr hierher gewonnenen Eindrücken ist diese von verschiedenen Seiten aus durchsichtigen Gründen geschürte Verstimmung eine größere, als ich erwartet hatte, und eine zu tiefgehende, als daß auf ein baldiges Schwinden derselben zu zählen wäre. Besonders fiel mir gestern der gänzlich veränderte elegische Ton des Ministerpräsidenten auf, der zwar wiederholte, daß er gegen die Militärmission an sich gar nichts habe, aber hinzufügte, daß ihn die Ausübung des aktiven Kommandos durch General von Liman mit ernsten Sorgen erfülle[2]. Herr Kokowzow, welchem vom Herrn Sasonow bei unserer neulichen Unterredung das richtige politische Verständnis für die Frage abgesprochen wurde, und der inzwischen offenbar vom Minister des Äußeren stark bearbeitet worden ist, betonte, daß er unser ablehnendes Verhalten gegen die russischen Wünsche besonders darum tief beklage, weil er stets für freundschaftliche Annäherung[3] zwischen Rußland und Deutschland gewirkt habe, es ihn daher mit um so größerem Schmerze

erfülle, durch einen Zwischenfall wie den vorliegenden seine Arbeit von Jahren zerstört zu sehen[4].

Ich darf davon absehen, die eingehenden Darlegungen zu wiederholen, welche ich dem Standpunkte der Herren Kokowzow und Sasonow entgegengehalten habe, muß aber zu meinem Bedauern bekennen, daß ich mit diesen Darlegungen keinen großen Eindruck hervorgerufen zu haben das Gefühl habe[5]. Der Refrain der Ausführungen der russischen Staatsmänner, von denen sie nicht abzubringen sind, bleibt immer derselbe: „Jeder, welcher die Geschichte Rußlands in den vergangenen zwei Jahrhunderten nur oberflächlich kennt, muß wissen, welche Rolle in derselben die Beziehungen Rußlands zu der Türkei und insbesondere Konstantinopel sowie die Meerengen gespielt haben und noch spielen. Nachdem Rußland während der letzten Balkankrisis in erster Linie dazu beigetragen hat, der Türkei ihren europäischen Besitz und insbesondere Konstantinopel zu erhalten, hat es gezeigt, daß es selbst keine egoistischen Absichten hat[2], sondern nur dem europäischen Gleichgewicht und dem Frieden hat dienen wollen. Welchen Eindruck muß es unter diesen Umständen hier machen, wenn jetzt eine Macht, welche versichert, für Rußland freundschaftliche Gefühle zu hegen, hinter dem Rücken Rußlands[6] durch einen Vertrag über Besetzung der wichtigsten militärischen Stellen in der türkischen Hauptstadt sich dort einen Einfluß verschafft, der das gerade dort so überaus wichtige Gleichgewicht der Mächte mit einem Schlage über den Haufen wirft[4]!“

Alle Hinweise auf die unrichtigen Voraussetzungen, von denen diese Deduktionen ausgehen, bleiben wirkungslos. Nur die Feststellung, daß die dem englischen General eingeräumten Rechte Rußland die gleichen Besorgnisse einflößen müßten, schien gestern, wie ich schon zu melden die Ehre hatte*, auf Herrn Kokowzow einigen Eindruck zu machen. Der Ministerpräsident stellte mir die merkwürdige Frage, ob, falls der Vertrag mit den Engländern annulliert würde**, wir bezüglich

* Vgl. Nr. 15 478.

** Tatsächlich hat Sasonow am 11. Dezember auf Grund einer Anregung Botschafter von Giers' einen Fühler in dieser Richtung nach London ausgestreckt, „England könnte eine Lösung dieser Frage erleichtern, indem es in Berlin erklärt, daß es bereit sei, seinen Admiral aus Konstantinopel nach Ismid überzuführen, wenn Deutschland seinerseits einwilligt, General Sanders nach Adrianopel zu berufen. Damit würde der Eigenliebe Deutschlands Genüge geleistet. Ich bitte Sie, diese Frage mit Grey zu besprechen.“ Telegramm an Graf Benckendorff Nr. 3346 vom 11. Dezember 1913, v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 650. Am 17. Dezember kam Sasonow auf die bisher nicht beantwortete Frage zurück. Am gleichen Tage meldete Graf Benckendorff: „Man denkt hier natürlich daran, die Stellung des englischen Admirals zu modifizieren, um diesen Umstand bei den Verhandlungen in Berlin benutzen zu können,“ a. a. O., S. 656. Die Frage scheint indessen nicht weiter verfolgt zu sein, da Deutschland abwiegelte (vgl. Nr. 15 496) und sich auch bald die Möglichkeit einer anderweitigen Lösung der Schwierigkeiten ergab.

der Stellung des Generals Liman von Sanders uns den russischen Wünschen entgegenkommender zeigen würden[7]. Ich entgegnete, dieser Fall schiene mir höchst unwahrscheinlich, und ich könne natürlich nicht sagen, welche Stellung meine Regierung bei dieser Eventualität einnehmen würde. Ich könnte nur meine persönliche Ansicht dahin aussprechen, daß sich in diesem Falle die Situation allerdings einigermaßen ändern würde[7].

Ich habe wie neulich Herrn Sasonow so auch gestern dem Ministerpräsidenten nicht verschwiegen, daß der freundliche Gedankenaustausch über die vorliegende Frage in sehr unliebsamer Weise durch die Indiskretionen der französischen und englischen Presse gestört worden sei. Herr Kokowzow versicherte darauf in feierlicher Form, daß weder er noch Herr Sasonow an diesen Indiskretionen die Schuld trügen[8]. Der Ministerpräsident knüpfte daran eine recht bittere und scharfe Bemerkung über die in Paris fortwährend vorkommenden Indiskretionen, während Herr Sasonow sich darauf beschränkt hatte, Herrn Iswolsky, dessen Name von mir gar nicht genannt worden war, gegen den Verdacht, daß er die Indiskretionen verschuldet haben könnte, in Schutz zu nehmen[9].

Es dürfte keinem Zweifel unterliegen, daß bei dieser Gelegenheit auch von dritter Seite stark gehetzt worden ist. Bei mehreren meiner hiesigen Kollegen begegne ich der festen Überzeugung, daß vor allem Herr Delcassé in den Anfangsstadien der Frage viel Öl ins Feuer gegossen hat[10]. Bei dem großen Einfluß, den mein französischer Kollege auf Hern Sasonow zu gewinnen verstanden hat, erscheint mir dies nicht unwahrscheinlich. Es würde dies auch die Indiskretionen des „Temps“ erklären. Was die Veröffentlichungen des Petersburger Korrespondenten der „Times“ betrifft, so habe ich nicht den geringsten Zweifel, daß dieselben auf den hiesigen englischen Geschäftsträger zurückzuführen sind. Mr. O'Beirne, ein Irländer und unversöhnlicher Feind Deutschlands, ist ein getreuer Schüler seines ehemaligen Chefs Sir Arthur Nicolson. Es fiel mir auf, daß er mich, obgleich ich wie gewöhnlich eine politische Konservation mit ihm vermied, auf die Frage des Generals von Liman selbst anredete und dabei genau dieselben Argumente vorbrachte wie Herr Sasonow.

F. Pourtalès

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
1 Um so fester muß die Türkei bleiben
2 !
3 die war nur Schein!
4 Blech!
5 schadet nichts
6 gelogen! Sie wissen es seit 6 Monaten
7 nein!
8 wer so dumm ist und das glaubt!

[9] aha!
[10] Schurke!
Schlußbemerkung des Kaisers:
Es handelt sich um unser Ansehen in der Welt gegen das von allen Seiten gehetzt wird! also Nacken steif und Hand ans Schwerdt!

Nr. 15 484

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 690 Konstantinopel, den 16. Dezember 1913

Im Anschluß an Telegramm Nr. 683*.

Bei dem heutigen diplomatischen Empfang hat Großwesir den Ententebotschaftern erklärt, er lehne es nochmals ab, auf die Frage, ob durch die deutsche Militärmission türkische Souveränitätsrechte berührt würden, offiziell zu antworten[1]. Persönlich könne er nur bemerken, „que la question qu'on a posée au Gouvernement turc porte tout autrement atteinte à la souveraineté ottomane que la mission allemande".

Herrn von Giers hat Großwesir gesagt, aus der Tatsache, daß Rußland die Entsendung englischer Generalinspekteure nach Armenien verhindert habe und jetzt auch der deutschen Militärmission Schwierigkeiten bereite, müsse das türkische Volk den Schluß ziehen, daß Rußland überhaupt keine Reformen in der Türkei wolle[2]. Aus den Unterhaltungen mit Herrn Bompard und Mallet hatte Großwesir den Eindruck, daß beide Botschafter, namentlich der englische, die Demarche nur ungern mitmachten. Auch mir sprach Sir Mallet ziemlich verlegen über die englische Haltung und schien zum Ausdruck bringen zu wollen, daß er nur seiner Ententepflicht genügen wolle. Ich konnte mir nicht versagen, meinen Kollegen darauf aufmerksam zu machen, daß die Frage, ob die deutsche Mission die Dardanellen gefährde, im Munde eines englischen Botschafters etwas eigentümlich klinge[3]. Denn die Dardanellen gehörten ja gar nicht zum Machtbereich des Generals Liman. Wohl aber seien dort die von Admiral Limpus[4] kommandierten Schiffe stationiert. Sir Louis gab dies lächelnd zu.

Wangenheim

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Gut
[2] das stimmt
[3] stimmt
[4] vielleicht wird der auch noch durch die Russen hinausgeärgert!

---

* Vgl. Nr. 15 482, Fußnote ***.

Nr. 15 485

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 375 London, den 15. Dezember 1913
[pr. 16. Dezember]

Sir E. Grey empfing mich heute, indem er seine Genugtuung über die auswärtige Rede Euerer Exzellenz* zum Ausdruck brachte. Er habe sich über die Ausführungen, die England beträfen, besonders gefreut, und entsprächen diese Gesinnungen auch vollkommen den seinigen.

Im Laufe einer längeren Unterhaltung, während welcher ich mich davon überzeugen konnte, daß der Minister sich in der denkbar besten Stimmung befindet, kam Sir E. Grey auch auf die Angelegenheit der deutschen Offiziere in Konstantinopel zu sprechen. Die Frage schien ihn sehr zu beschäftigen, und er sagte, er freue sich, mit mir hierüber sich aussprechen zu können. Noch nie habe er die russische Regierung über eine Frage derart erregt gefunden. Infolge wiederholter und dringender Vorstellungen, die von Petersburg aus hier erhoben wurden, habe er sich bereit erklärt, in Konstantinopel mündlich und vertraulich Erkundigungen über die den deutschen Offizieren einzuräumenden Befugnisse einzuziehen. Es schien ihm vor allem darauf anzukommen, ob die General Liman eingeräumte Stellung mit der früher von General Freiherrn von der Goltz innegehabten übereinstimme oder ob in dieser Hinsicht ein Novum eingetreten sei. Ihm persönlich würde auch dies gleichgültig sein. Er müsse aber befürchten, daß, falls die den jetzigen Offizieren erteilten Befugnisse eine wesentliche Erweiterung in der Exekutive darstellten, von russischer Seite in Konstantinopel Entschädigungen verlangt werden könnten[1], die etwa in Übertragung eines Kommandos in Armenien gipfelten. Eine solche Lösung scheine ihm, dem Minister, höchst bedenklich, da dies der Anfang vom Ende, der Beginn der Aufteilung der asiatischen Türkei bedeute. Er werde alles tun, um eine solche Wendung zu verhindern, doch könne er angesichts der erregten Stimmung, die in Petersburg herrsche, den Erfolg seiner Schritte nicht verbürgen.

Vorläufig versprach der Minister, nichts tun zu wollen, als die gedachten mündlichen und vertraulichen Erkundigungen, die gesondert und nicht in corpore[2] erfolgen würden, einzuziehen. Über das Ergebnis

---

* In seiner Reichstagsrede vom 9. Dezember 1913, in der er die außenpolitische Lage eingehend darlegte, gedachte der Reichskanzler mit besonderer Betonung der „Gleichartigkeit in dem Grundgedanken der deutschen und englischen Politik rücksichtlich der weiteren Entwicklung der Türkei" und der „in so erfreulicher Weise fortschreitenden Besserung unseres Verhältnisses zu England".

wolle er mit mir Rücksprache nehmen, ehe er irgend etwas weiter unternehme.

Auf meine Entgegnung, daß die Stellung des britischen Admirals, der die gesamte türkische Flotte zu befehligen berufen sei, noch weit über die des Generals Liman hinausginge, entgegnete der Minister, daß Admiral Limpus genau dieselbe Stellung einnehme[3], die früher seine Vorgänger[4] gehabt hätten, eine Veränderung der Lage durch seine Berufung also nicht eingetreten sei, während anscheinend General Freiherr von der Goltz keinen eigentlichen Oberbefehl gehabt hätte. Auch sei man in Rußland hinsichtlich der Flotte viel weniger empfindlich[5] als gerade wegen Konstantinopel. Hätte der deutsche General das Korps in Adrianopel erhalten, so würde man sich viel eher beruhigt haben. Aber gerade Konstantinopel sei für Rußland die empfindlichste Stelle und die englisch-russische Verständigung sei auf der Grundlage erfolgt, daß Konstantinopel den Türken bleiben solle und keine andere Macht dort einen überwiegenden Einfluß erhalte. Es sei nun schwer für ihn, an dieser für das beiderseitige Einvernehmen so wichtigen Verständigung zu rütteln und einer anderen Macht indirekt behilflich zu sein, dort einen entscheidenden Einfluß zu gewinnen.

Ich suchte dem Minister klar zu machen, wie wenig Wert die ganze Offiziersendung für uns besitze und wie unwahrscheinlich es sei, daß einige Offiziere auf den Gang der auswärtigen Politik in Konstantinopel Einfluß gewännen. Wir hätten uns lediglich aus Gefälligkeit und mit Rücksicht auf die Überlieferung dazu verstanden, der türkischen Regierung einige Offiziere namhaft zu machen. Alles übrige sei zwischen ihr und den betreffenden Herren ohne unser Dazutun abgemacht worden. Die in Petersburg anscheinend bestehende Erregung könne ich mir daher nur aus einer gewissen Ängstlichkeit der russischen Machthaber gegenüber den nationalistischen russischen Blättern erklären.

Die Unterredung fand, wie gesagt, in einer durchaus verbindlichen und freundschaftlichen Form statt, und hatte ich den Eindruck, daß die ganze Angelegenheit dem Minister sehr unangenehm war, und daß er nicht recht weiß, wie er sich den, wie er wiederholt betonte, drängenden und erregten Vorstellungen des Petersburger Kabinetts entziehen soll[6], ohne seine dortige Stellung auf das Spiel zu setzen[7].

Lichnowsky

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Warum nicht wegen der Englischen Offiziere?

[2] doch!

[3] falsch

[4] waren gar keine

[5] na na??

[6] einfach ignoriren!

[7] kommt nicht in Frage aber wendet er sich gegen uns, dann ist es aus! Das dulde ich nicht!

Nr. 15 486

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in London Fürsten von Lichnowsky

Telegramm

Konzept von der Hand des Dirigenten der Politischen Abteilung Wilhelm von Stumm

Nr. 2147 Berlin, den 16. Dezember 1913

Der Verlauf der Unterredung Ew. pp. mit Sir E. Grey in der Frage der deutschen Militärmission in Konstantinopel hat hier sehr befriedigt. Auch die abschriftlich ergebenst beigefügten Meldungen des Kaiserlichen Botschafters in Konstantinopel* lassen erkennen, daß England und Frankreich der russischen Regierung in der Frage nur zögernd und widerstrebend Gefolgschaft leisten. Um so mehr dürfen wir hoffen, daß es uns gelingt, auf dem Wege über London die russische Regierung zu einer ruhigeren und besonneren Auffassung der Angelegenheit zurückzuführen. Es wird das allerdings wesentlich davon abhängen, ob der Minister in Zukunft auf ein Vorgehen ohne vorherige Fühlungnahme mit uns verzichten wird. Ich werde Sir E. Goschen mein lebhaftes Bedauern über das bisherige einseitige Vorgehen der englischen Regierung in der Frage aussprechen, das unsere öffentliche Meinung als ein Dementi der jüngsten Erklärungen des Herrn Reichskanzlers im Reichstage über das zwischen uns und England bestehende Vertrauensverhältnis auffassen muß.

Was die Stellung des englischen Admirals in Konstantinopel betrifft, so habe ich Freiherrn von Wangenheim ersucht, wenn möglich, den Wortlaut des betreffenden Anstellungsvertrages zu beschaffen. Nicht darum handelt es sich, ob Admiral Limpus dieselbe Stellung einnimmt wie früher, und ob die Befugnisse des Generals von Liman weitergehen als diejenigen, die Freiherr von der Goltz gehabt hat, sondern darum, ob die Befugnisse des deutschen Generals und des englischen Admirals zurzeit identische sind oder nicht.

Zimmermann

Nr. 15 487

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 691 Pera, den 16. Dezember 1913

General Liman hat nach Rücksprache mit mir heute dem Kriegsminister erklärt, daß, wenn die türkische Regierung wegen der der

* Vgl. Nr. 15 484.

deutschen Mission eingeräumten Position etwa in Schwierigkeiten dritten Mächten gegenüber geraten sollte, er — der General — keineswegs auf den Wortlaut seines Kontrakts bestehen würde. Ihm käme es nur darauf an, daß die zur praktischen Ausbildung der Kriegsschüler und Generalstabsoffiziere nötigen Truppenteile des hiesigen Korps ihm jederzeit und unbedingt zur Verfügung ständen. Unter letzterer Voraussetzung ließe sich das Modellkorps vielleicht in Adrianopel einrichten. Die Lösung würde dann sein, daß er anstatt zum Kommandierenden General des I. Korps zum Inspekteur der in der europäischen Türkei dislozierten Truppen ernannt würde. Izzet Pascha hat, wie mir General Liman sagt, die Anregung anscheinend dankbar aufgenommen und baldige Entscheidung in Aussicht genommen.

W a n g e n h e i m

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
Nachdem die Sache schon solchen Umfang gewonnen, ist es fraglich, ob das jetzt noch geht, ohne als Zurückweichen vor Russland und der Tripelentente auszusehen *

Nr. 15 488

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 692 Konstantinopel, den 16. Dezember 1913

Großwesir bat, Seiner Majestät dem Kaiser und Euerer Exzellenz den wärmsten Dank des Großwesirs und der Pforte dafür zu übermitteln, daß Deutschland trotz entstandener Schwierigkeiten mit der Entsendung der Militärmission nicht gezögert habe. Die Türkei werde diesen Freundschaftsdienst nimmer vergessen. Deutschlands Haltung hebe sich vorteilhaft von der Englands ab, das die Reformer für Armenien wieder zurückzieht und damit das armenische Problem so

---

* Das Auswärtige Amt teilte die Bedenken des Kaisers nicht. Noch am 16. telegraphierte Staatssekretär von Jagow, der anscheinend schon vorher privatim an Freiherrn von Wangenheim im Sinne eines deutschen Einlenkens gegenüber den russischen Wünschen geschrieben (vgl. Nr. 15 493, Fußnote) und dadurch vielleicht die sonst nicht recht verständliche entgegenkommende Haltung des Botschafters und des durch ihn beeinflußten Generals von Liman veranlaßt hat, nach Konstantinopel (Nr. 407): „Mit Erklärung General Limans einverstanden. Die Türkei muß vor ‚Kompensationsforderung' namentlich Rußlands bewahrt bleiben. Zweckmäßig wäre s c h l e u n i g e Ernennung Limans zum Inspekteur, damit dort zu erwartende englische Erkundigungen nach seinen Befugnissen bereits entsprechend beantwortet werden können. Sir E. Grey hat gestern Fürst Lichnowsky mitgeteilt (vgl. Nr. 15 485), daß er auf dringende russische Vorstellung sich zu entsprechenden mündlichen und vertraulichen Erkundigungen in Konstantinopel entschlossen habe."

schwierig gestaltet habe*. Er — der Großwesir — gebe mir die feierliche Versicherung, daß wir uns, wenn etwa noch weitere Verwickelungen aus der Missionsfrage entstehen sollten, fest auf die Türkei verlassen könnten, für die Türkei eine Pflicht nicht nur des Anstands, sondern auch der Dankbarkeit. Falls England auf russisches Drängen seine Mission abberufen sollte, so werde er sofort um einen deutschen Admiral bitten.

W a n g e n h e i m

Nr. 15489

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 694 Konstantinopel, den 18. Dezember 1913

Da Izzet Pascha auf die Anregung des Generals Liman nicht geantwortet hatte, ist letzterer von mir veranlaßt worden, durch Major von Strempel nochmals beim Kriegsminister wegen Verlegung des Modellkorps nach Adrianopel etc. vorstellig zu werden und dabei vertraulich auf die Gefahren aufmerksam zu machen, welche der Türkei aus einem starren Festhalten an dem mit General Liman geschlossenen Vertrage erwachsen könnten. Izzet Pascha hat daraufhin mit dem Großwesir verhandelt und soeben dessen Antwort mitgeteilt. Danach lehnte die Pforte es entschieden ab, irgendwelche Änderungen eintreten zu lassen[1]. Prinz Said Halim ist durch seine Gespräche mit den Ententebotschaftern und durch die Meldungen der türkischen Vertreter in Paris, London und Petersburg zu der Überzeugung gelangt, daß weitere und ernstere Schritte Rußlands[2] und seiner Verbündeten in der Angelegenheit nicht bevorstehen[3]**. Hier seien alle Vorbereitungen für die Übergabe des Kommandos an General Liman bereits getroffen und durch die Presse bekanntgegeben. Dschemal habe durch eine öffentliche Proklamation feierlich von dem I. Armeekorps sich verabschiedet und dasselbe dem deutschen General ans Herz

---

* Vgl. dazu Kap. CCLXXXIX.

** Daß Rußland am 17. Dezember an die Pforte folgende neue Forderungen gestellt habe: 1. das Kommando der Gendarmerie in den armenischen Provinzen solle russischen Offizieren übergeben werden; 2. die Festungswerke der Meerengen sollten nicht weiter befestigt, sondern im gegenwärtigen Zustande belassen werden; 3. die in Armenien zu bauenden Bahnlinien sollten in der Breite der russisch-kaukasischen Bahnlinien ausgeführt werden, wie in Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1913, S. 642 angeführt und daraus in andere Darstellungen übernommen ist, trifft nicht zu. Weder in den Akten noch bei Siebert, dem Schriftwechsel Iswolskys usw. ist von einem solchen Schritt der russischen Regierung die Rede.

gelegt. Unter diesen Umständen würde das geringste Zurückweichen unheilvolle Konsequenzen für die Stellung der türkischen Regierung nach außen und innen und noch mehr für das Prestige Deutschlands und der Militärmission haben. Er bestehe darauf, daß General Liman das Kommando noch in dieser Woche antrete[4].

Diese Sachlage schließt vorläufig eine Intervention meinerseits beim Großwesir aus. Ich beabsichtige aber, Herrn von Giers zu sagen, daß Liman und ich die spätere Verlegung des Modellkorps nach Adrianopel nicht für ausgeschlossen hielten und versuchen würden, die Türken allmählich mit diesem Gedanken zu befreunden[5 6*]. Überhaupt könne er überzeugt sein, daß unsererseits alles geschehen würde, um das Verhältnis der Mission zur türkischen Armee, soweit es die militärischen Verhältnisse nur irgend erlaubten, den russischen Wünschen entsprechend zu regeln[7]. Bei der gegenwärtigen Lage und der Stimmung der Türken sei ein Verzicht General Limans auf das hiesige Generalkommando undenkbar. Herr von Giers möge seinen Militärattaché anweisen, mit dem ihm befreundeten Herrn von Strempel enge Fühlung zu nehmen, damit beide Herren gemeinsam[8] die spätere Lösung vorbereiten könnten[9].

Wangenheim

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. auf einem Auszug des Telegramms:
[1] Gut
[2] es kann nicht!
[3] richtig
[4] bravo! Der Großvezir muß eine Dekoration kriegen
[5] beileibe nicht; das geht jetzt unter gar keinen Umständen! Und wäre eine Desavouierung des Großvezirs!
[6**] man solle sich Russ[ischer] Seits gedulden, wir würden schon allmählich dafür sorgen, daß Russ[ische] Besorgniße zerstreut, und erfüllbare, mit dem Prestige der Türkei vereinbare Wünsche Rußlands, seitens der Türkei berücksichtigt würden. Daß augenblicklich nicht mehr geschehen könne, liege an der unglaublichen Form, in der die Wünsche in Stambul unter Nichtachtung des Selbstgefühls der Türken vorgetragen worden seien. Das habe man sich selbst zuzuschreiben.

---

* In der Tat hat sich Freiherr von Wangenheim am 19., noch ehe ihm die Berliner Antwort auf sein obiges Telegramm (siehe Nr. 15 491) zugegangen war, gegenüber seinem russischen Kollegen im Sinne einer Verlegung des von einem Deutschen zu befehligenden Modellkorps von Konstantinopel nach Adrianopel geäußert; doch betonte er, daß ein solcher Wechsel erst in einiger Zeit vorgenommen werden könne, damit die öffentliche Meinung in Deutschland und der Türkei darauf vorbereitet werden könne. Telegramm von Giers' an Sasonow vom 20. Dezember 1913, v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 657 f. Mit Unrecht wollte Giers die Mitteilung Wangenheims bezweifeln, daß er den Türken zweimal vergeblich einen dahingehenden Kompromiß vorgeschlagen habe.

** Randbemerkung 6 stellt eine Einschaltung vor, die der Kaiser an Stelle der von ihm im Text eingeklammerten Worte „und versuchen würden, die Türken allmählich mit diesem Gedanken zu befreunden" vornahm.

[7] unmöglich!!!
[8] nein! bestimmt nicht! Das ist unsere Sache allein; ausgeschlossen!
[9] geht jetzt nicht! wäre ja eine direkte Ingerenz Rußlands in die Türkische Armee, und bei der augenblicklichen Haltung des Großvezirs ausgeschlossen

Nr. 15490

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in Petersburg Grafen von Pourtalès

Telegramm

Konzept von der Hand des Dirigenten der Politischen Abteilung Wilhelm von Stumm

Nr. 234 Berlin, den 18. Dezember 1913

Ich habe vorgestern Herrn Sverwejew lebhaftes Bedauern über auf Betreiben Rußlands erfolgte Demarche der Entente in Konstantinopel ausgesprochen. Ich könne es meinerseits nur als peu amical bezeichnen, wenn die russische Regierung diesen Schritt getan habe, ohne das Ergebnis der ihr von dem Herrn Reichskanzler in Aussicht gestellten Prüfung der Frage durch General Liman an Ort und Stelle abzuwarten.

Nach Meldung des Freiherrn von Wangenheim lehnt die Pforte entschieden ab, Änderungen eintreten zu lassen. Prinz Said Halim ist zu der Überzeugung gelangt, daß weitere und ernstere Schritte Rußlands und seiner Verbündeten in der Angelegenheit nicht bevorstehen. Es seien alle Vorbereitungen für die Übergabe des Kommandos an General Liman bereits getroffen und durch die Presse bekanntgegeben. Unter diesen Umständen würde das geringste Zurückweichen unheilvolle Konsequenzen für die Stellung der türkischen Regierung nach außen und innen haben. Er bestehe darauf, daß General Liman das Kommando noch in dieser Woche antrete.

Ew. pp. wollen Herrn Sasonow sagen, daß bei dieser Sachlage und infolge des russischen Vorgehens es zurzeit für uns unmöglich sei, weitere Schritte in der Sache zu tun. Er möge aber überzeugt sein, daß die ernsten Beschwerden, zu denen uns die Stellung der russischen Regierung im vorliegenden Falle Anlaß gäben, uns nicht abhalten würden, alles zu tun, um das Verhältnis der Mission zur türkischen Armee, soweit es die militärischen Verhältnisse nur irgend erlaubten, den russischen Wünschen entsprechend zu regeln. Ich bäte ihn zu diesem Zweck Herrn von Giers anzuweisen, den russischen Militärattaché in Konstantinopel zu enger Fühlungnahme mit dem ihm befreundeten Herrn von Strempel anzuhalten, damit beide Herren gemeinsam eine spätere Lösung vorbereiten könnten.

Zimmermann

Nr. 15 491

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Wangenheim

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 410 Berlin, den 19. Dezember 1913

Auf Telegramm Nr. 694*.

Seine Majestät sind mit Mitteilung an Herrn von Giers einverstanden, daß Liman und Sie die spätere Verlegung des Modellkorps nach Adrianopel nicht für ausgeschlossen hielten. Mit Rücksicht auf feste Haltung des Großwesirs hält Seine Majestät übrigens folgende Sprache für angezeigt**.

„Man solle sich russischerseits nur gedulden, wir würden schon allmählich dafür sorgen, daß russische Besorgnisse zerstreut und erfüllbare, mit dem Prestige der Türkei vereinbare Wünsche Rußlands seitens der Türkei berücksichtigt würden. Daß augenblicklich nicht mehr geschehen könne, liege an der unglaublichen Form, in der die Wünsche in Stambul unter Nichtachtung des Selbstgefühls der Türken vorgetragen worden seien. Das habe man sich selbst zuzuschreiben."

Zimmermann

Nr. 15 492

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 696 Konstantinopel, den 19 Dezember 113

Aus sicherer Quelle höre ich, daß Herr Mallet seiner Regierung dringend von einer Teilnahme an der Demarche der Ententemächte wegen der Militärmission abgeraten hatte, unter Hinweis auf die Stellung des Admirals Limpus[1] und auf die Gefahr, daß eine Situation ähnlich derjenigen entstehen könnte, die 1870 aus der französischen Forderung eines Verzichts auf die Hohenzollernkandidatur in Spanien sich ergeben hatte. Sir E. Grey habe auf der englischen Beteiligung hauptsächlich deswegen bestanden, weil er Rußland wegen der base

---

* Siehe Nr. 15 489.

** Vgl. Randbemerkung 6 des Kaisers zu Nr. 15 489.

naval in Ismid[2], worüber man in Petersburg sehr erregt gewesen sei, habe beruhigen wollen[3]. Dem italienischen Botschafter sagte Mallet vertraulich, England habe die Demarche mitgemacht, damit Rußland nicht allein bleibe[4] und irgend eine Unvorsichtigkeit[5] begehe.

Mir sagte mein englischer Kollege, dessen Deutschfreundlichkeit immer mehr hervortritt, gestern, daß, so sehr er auch wünsche, daß Deutschland den russischen Wünschen etwas entgegenkomme, er doch vollkommen begreife, daß Deutschland, solange ein russischer Druck ausgeübt werde, seines Prestiges wegen nicht nachgeben und jedenfalls jetzt nicht auf das hiesige Generalkommando verzichten könne[6]. Die Ansicht hiesiger russischer Kreise ist: „Alexander III. hätte mobil gemacht. Der jetzige Zar wird auch diesmal klein beigeben.“

Wangenheim

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. auf einer modifizierten Abschrift des Telegramms:

1 Sehr richtig.

2 Ich weiß nichts davon, was ist damit?

3 das scheint ja an der Tagesordnung dort zu sein! — Auf unsere Kosten!! Dafür sind wir Grey immer gut genug um auf unsere Kosten Rußland neue kleine Freude[n] zu machen! Ich bedanke mich aber so mißbraucht zu werden.

4 faule Ausrede

5 denkt nicht daran

6 richtig

Schlußbemerkung des Kaisers:

Grey hat sich louche benommen! Wie lange will er noch auf beiden Seiten hinken? Ist's Russland, so gehe er offen mit ihm; sind wir es so gehe er offen mit uns!

Nr. 15 493

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow

Privatbrief. Ausfertigung

Pera, den 17. Dezember 1913
[pr. 21. Dezember]

Mit Ihnen habe ich volles Verständnis für die russische Aufregung über die deutsche Militärmission*. Letztere kränkt das russische Nationalempfinden, welches Stambul als den zukünftigen Besitz Rußlands ansieht. Die Etablierung eines deutschen Generals mit Kom-

---

* Dem Privatbriefe Freiherrn von Wangenheims ist offenbar ein solcher des Staatssekretärs von Jagow an den Botschafter voraufgegangen, der diesem nahelegte, wenn möglich einen Vorschlag zu einer Beilegung der Affäre mittels eines das deutsche Prestige wahrenden Auskunftsmittels zu machen. Bei den Akten liegt ein solcher Brief nicht.

mandogewalt in der türkischen Hauptstadt konterkariert die Pläne der russischen Politik. Trotz aller Versicherungen des Zaren, Sasonows und Kokowzows glaube ich nicht an die ehrliche Absicht Rußlands, die Türkei sich erholen lassen zu wollen. Für denjenigen, der hier hinter die Kulissen der russischen Politik zu schauen vermag, kann auch nicht der geringste Zweifel bestehen, daß Rußland seine finsteren Pläne gegen das türkische Reich zwar aufgeschoben, nicht aber aufgegeben hat. Der Bock soll nur geschont werden, um später abgeschossen zu werden. Rußland fürchtet, daß unsere Mission zu einer militärischen Erstarkung der Türkei führen könnte. Es befürchtet ferner, daß, wenn aus der türkischen Armee die Politik verschwindet, und wenn speziell in der Hauptstadt den Offizieren jede Beschäftigung mit der Politik unmöglich gemacht wird, die Jungtürkenherrschaft mit ihren dreibundfreundlichen Tendenzen sich dauernd festsetzt. Selbst Giers ist der Meinung, daß, wenn überhaupt eine leichte Hoffnung auf Gesundung der Türkei besteht, diese nur durch die Jungtürken realisiert werden kann. Die russische Opposition richtet sich daher gegen die deutsche Mission im allgemeinen. Wäre Liman nicht zum Kommandierenden General des hiesigen Korps ernannt worden, so hätten die Russen einen anderen Punkt unseres Programms herausgegriffen, um daran ihren Protest anzusetzen. Es ist nun ein glücklicher Umstand, daß das effektive Kommando in Konstantinopel gerade derjenige Punkt ist, auf welchen wir am leichtesten verzichten können. Ich war von vornherein gegen das Kommando, weil es mir schien, daß der General mit seinem Eintritt in die Reihe der türkischen Korpskommandanten sich etwas an seiner Stellung vergeben, und daß ein Teil seiner Arbeitskraft durch eine nebensächliche Aufgabe verbraucht werden würde. Meine Meinung wird noch heute von sämtlichen bisherigen Reformern geteilt. Die Türken wollten aber dem General keine höhere Kommandogewalt als die über ein Korps einräumen, und dann mußte selbstverständlich das hiesige Korps gewählt werden. Ohne effektive Kommandogewalt kann der General überhaupt nicht arbeiten. Es könnte ihm sonst passieren, daß Truppen, welche er zur Ausbildung seiner Schüler braucht, überhaupt nicht auf dem Manöverfelde erscheinen. Mein Plan geht nun dahin, zu erreichen, daß Liman an die Spitze einer Armeeinspektion gestellt wird, zu welcher sowohl das hiesige als das Adrianopler Korps gehört. Letzteres erhält Bronsart. Hier wird ein Türke Kommandierender General. Derselbe muß aber der Mission insoweit unterstellt werden, als er verpflichtet wird, für Manöver jeglicher Art sich jederzeit zur Verfügung des deutschen Generals zu halten. Die Neuordnung würde eine Hebung der Limanschen Stellung bedeuten, jedenfalls aber keinen Rückzug vor Rußland, das seinerseits den Verzicht Limans auf das hiesige Oberkommando sich als Erfolg anrechnen könnte. Damit kämen wir aus dem akuten Stadium der Krisis heraus, freilich ohne damit die prinzipielle

Gegnerschaft Rußlands definitiv beseitigt zu haben. Jedenfalls würden wir unseren guten Willen bekunden und den Alliierten Rußlands einen Vorwand geliefert haben, sich aus der Sache zurückzuziehen.

Ob es gelingen wird, die geschilderte Modifizierung der Limanschen Stellung zu erreichen, kann ich heute noch nicht sagen. Ich habe mit zwei Widerständen zu kämpfen. Erstens ist General Liman ein sehr leidenschaftlicher Herr, der an seine Aufgabe mit großem Ernst, aber gleichzeitig mit Enthusiasmus und einem auf Nichtkenntnis der Türkei beruhenden Idealismus herantritt und jedenfalls nicht geneigt ist, sehr weitgehende Konzessionen zu machen. Als ihm gestern von Ihren Wünschen vertraulich Kenntnis gegeben wurde, geriet er in große Aufregung, sprach vom Umfallen des Auswärtigen Amts etc. Nur schwer ließ er sich überzeugen, daß da keine Beschneidung, sondern nur eine Erhöhung seiner Stellung beabsichtigt sei. Ich habe den Eindruck, daß Liman wohl schließlich das Inspektorat an Stelle des Korpskommandos akzeptieren würde, daß er aber keinesfalls deswegen bei Izzet Pascha in einer Weise insistieren wird, die den Charakter eines deutschen Zurückweichens tragen würde. Ob die Türkei den Izzet Pascha gemachten Vorschlag annehmen wird, ist bis zur Stunde ungewiß. Izzet hat sich noch nicht geäußert. Liman hat auf Zureden meinerseits sich schließlich bereit erklärt, seine Anfrage noch einmal zu stellen. Lehnt die Türkei ab, so kann ich nachträglich nicht nochmals beim Großwesir auf die Sache zurückkommen, ohne den Eindruck „que nous canons“ zu erwecken. Aller Augen sind hier auf meine Haltung gerichtet. Ich muß also vorsichtig sein. Auch wenn die Türken schließlich den General zum Inspekteur ernennen, würde ich dafür sein, daß Liman zunächst und mindestens noch für ein bis zwei Monate das hiesige Korps übernimmt und erst dann in die höhere Stellung aufrückt. Giers deutete mir neulich selbst an, er sähe ein, daß ein sofortiger Verzicht auf das Kommando sich mit unserem Prestige kaum vereinbaren lassen würde, er hoffe nur, daß nach einiger Zeit das Regime geändert werde.

Das Fragezeichen in der ganzen Sache bleibt vorläufig die Pforte. Die Jungtürken haben die Mission hauptsächlich deshalb gerade hier und mit direkter Unterstellung des Generalkommandos etablieren wollen, weil sie in der Mission und in ihrem Einflusse auf die Armee die Hauptstütze ihrer Herrschaft gegenüber den Intrigen der Ententisten und der fremden Mächte erblicken. Ferner ist zu beachten, daß die Türken ganz gewiß nicht zurückweichen werden, wenn sie den Verdacht bekommen, daß es sich um einen Rückzug gegenüber Rußland handelt. Die Losung der Jungtürken lautet: „durchhalten gegenüber den Mächten! Lieber anständig untergehen, als noch weiter Einmischung in die inneren Verhältnisse des Landes zulassen.“ Ich bekämpfe diese gefährliche Tendenz nach Kräften. Leider aber sehe ich, daß die intransigente Strömung täglich an Boden gewinnt. Der Ein-

tritt des radikalen Dschemal Bey in das Ministerium* ist in dieser Hinsicht bezeichnend. Wir müssen also darauf gefaßt sein, daß die Pforte uns erklärt, sie bestände auf ihrem Vertrage mit Liman. An einem solchen Entschluß würde eine englische Anfrage oder gar eine russische Drohung nicht das geringste ändern. In London und St. Petersburg muß man sehr schlecht unterrichtet sein über die gegenwärtige Stimmung der Pforte. Die Zeit der Drohungen und Ratschläge ist für die Tripelentente vorbei.

Für alle Fälle müssen wir also darauf vorbereitet sein, daß die Türkei an Liman als kommandierendem General festhält und das Modellkorps in Adrianopel verwirft. Die Besorgnisse, daß dann Rußland feindlich gegen uns und die Türkei wird, sind natürlich berechtigt. Ich finde mich aber mit folgender Erwägung ab: Rußland hat wegen Adrianopels, wegen der Armenier und wegen anderer Fragen in den letzten Monaten so oft erklärt, daß es die Entwickelung der Dinge nicht ruhig hinnehmen, sondern seine eigenen Wege gehen werde, daß derartige Drohungen an Bedeutung eingebüßt haben. Für die hiesige Beobachtung geht aus der russischen Haltung zweierlei hervor, einmal daß Rußland sich nicht stark genug fühlt, die Hauptfrage, das heißt die Aufteilung der Türkei anzuschneiden, und daß es kein Vertrauen auf die Unterstützung durch seine Verbündeten hat. Wenn Rußland entschlossen wäre, ganze Arbeit zu machen, so hätte es dazu bereits die Armenierfrage oder irgend eine Gelegenheit während des Balkankrieges ausgenutzt. Daraus schließe ich, daß Rußland auch dieses Mal sich zu guter Letzt beruhigen, und daß die Kooperation seiner Verbündeten das diplomatische Terrain nicht verlassen wird. Wir müssen das Äußerste versuchen, um Rußland eine fiche de consolation zu verschaffen. Gelingt es nicht, so können wir das Weitere ohne allzu große Beklemmungen abwarten. Das meiste wird dann auf das taktvolle Auftreten Limans und seiner Herren ankommen.

W a n g e n h e i m

---

* Er war zum Bautenminister ernannt worden. Über seine Stellungnahme zu der Frage eines Verzichts General Limans auf das Korpskommando belehrt ein Telegramm Freiherrn von Wangenheims vom 24. Dezember (Nr. 703): „Der Bautenminister Dschemal Bey sagte mir, er habe gehört, daß über den Verzicht des Generals Liman auf das Kommando des ersten Korps verhandelt werde. Er und seine näheren Freunde würden sich einem derartigen recul vor Rußland auf das äußerste widersetzen und keinen in dieser Frage nachgiebigen Kriegsminister dulden. Eine Reform sei unmöglich, wenn das hiesige Korps dem direkten Einfluß des Reformators entzogen werde. Hier vollziehe sich die Reform vor den Augen der leitenden türkischen Kreise und Europas. Gelinge sie, so werde sie das Prestige der Mission derart erhöhen, daß die Armee in den Provinzen von selbst sich den Anordnungen Limans unterwerfen würde. Von Adrianopel aus sei ein derartig befruchtender Einfluß ausgeschlossen."

Nr. 15 494

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 365 St. Petersburg, den 20. Dezember 1913

Bei einer Unterredung, die ich eben mit Herrn Sasonow hatte, habe ich mich entsprechend den letzten mir von Euerer Exzellenz in betreff der Stellung unserer Militärmission in der Türkei erteilten Weisungen* dem Minister gegenüber geäußert. Obgleich ich nicht unterließ zu betonen, daß wir den auf Betreiben Rußlands in Konstantinopel erfolgten Schritt der Tripelentente als einen wenig freundschaftlichen Akt betrachteten, der uns ernsten Anlaß zur Beschwerde gebe, nahm der Minister meine Mitteilungen im allgemeinen freundlich auf und bemerkte, er sehe dieselben als freundschaftliche an. Herr Sasonow ersuchte mich ausdrücklich Euerer Exzellenz für diese Mitteilung zu danken und erklärte, er werde sofort nach Konstantinopel telegraphieren und den dortigen russischen Militärattaché durch Herrn von Giers anweisen lassen, sich in der von Euerer Exzellenz vorgeschlagenen Weise mit Herrn von Strempel in Verbindung zu setzen.

Der Minister sprach dann die Hoffnung aus, daß die eventuell den russischen Wünschen entsprechende Regelung der militärischen Verhältnisse unserer Mission zur türkischen Armee nicht zu lange auf sich warten ließen. Ich erwiderte darauf, es würde jedenfalls, bevor etwaige Änderungen eingeführt würden, noch einige Zeit gewartet werden müssen, um den Gemütern in Konstantinopel Zeit zu geben, sich zu beruhigen.

Herr Sasonow bemerkte ferner, es würde ihm außerordentlich angenehm sein, etwa in der „Rossija" irgend etwas zur Beruhigung der hiesigen öffentlichen Meinung veröffentlichen zu können. Die Wahl der „Formel" würde er uns ganz überlassen. Nur mit Mühe habe er eine Interpellation in der Duma in der Frage verhindert, er würde es daher für nützlich halten, wenn in irgendeiner Art gesagt werden könnte, daß der freundschaftliche Gedankenaustausch zwischen der russischen und der deutschen Regierung in der Frage der Militärmission fortdauere und die Hoffnung, eine beide Teile befriedigende Lösung zu finden, noch nicht aufgegeben sei. Ich erwiderte dem Minister, daß ich seinen Wunsch Euerer Exzellenz übermitteln würde, ich müsse aber schon jetzt darauf aufmerksam machen, daß auch wir auf unsere öffentliche Meinung Rücksicht nehmen müßten, bei welcher alles, was als Anzeichen des Einlenkens von unserer Seite aus-

---

* Vgl. Nr. 15 490.

gelegt werden könnte, auf lebhaften Widerspruch stoßen würde. Ich fügte hinzu, daß wenn in beiden Ländern die Frage die Gemüter erregt hätte, die unerfreulichen Diskretionen, die nicht von uns ausgegangen wären, hieran Schuld trügen.

F. Pourtalès

Nr. 15 495

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in Petersburg Grafen von Pourtalès

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 236 Berlin, den 22. Dezember 1913

Auf Bericht Nr. 365*.

Mit Euerer Exzellenz Sprache einverstanden. Der Herr Reichskanzler hat Sverwejew ebenfalls nachdrücklich darauf hingewiesen, daß uns die Erfüllung unseres Wunsches, Rußland entgegenzukommen, schon durch die Indiskretionen der französischen Presse sehr erschwert wurde. Die gemeinsame Demarche der Ententemächte in Konstantinopel habe unsere Lage noch verschlechtert, da der Schritt von unserer öffentlichen Meinung als direkt feindliche Stellungnahme der Tripelentente gegen Deutschland aufgefaßt werde.

Die von Sasonow gewünschte beruhigende Erklärung in der Presse würde daher zurzeit die gegenteilige Wirkung, das heißt einen Sturm der Entrüstung bei uns hervorrufen, was schon mit Rücksicht auf die durch die bekannten inneren Schwierigkeiten** sehr prekäre Lage der Reichsregierung vermieden werden muß. Auf unseren guten Willen kann Rußland sich verlassen, uns wird indes selbst beim besten Willen ein Entgegenkommen unmöglich gemacht, wenn Rußland die bisherige Praxis fortsetzt.

Zimmermann

Nr. 15 496

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in London Fürsten von Lichnowsky

Telegramm

Konzept von der Hand des Dirigenten der Politischen Abteilung Wilhelm von Stumm

Nr. 493 Berlin, den 22. Dezember 1913

Russischerseits besteht anscheinend Absicht England zu veranlassen, daß es uns eine den russischen Wünschen entsprechende Abänderung

---

* Siehe Nr. 15 494.

** Die innerpolitische Lage war durch den „Zabern-Fall“, der zu langen Auseinandersetzungen im Reichstage Veranlassung gab, kompliziert.

der Verträge des englischen Admirals und deutschen Generals in Konstantinopel vorschlägt*. Wie wir wissen, hat insbesondere englischer Ismidkontrakt in Petersburg sehr verstimmt. Unserem politischen Interesse würde daher vorgeschlagene Lösung nicht entsprechen, abgesehen davon, daß Vorgehen der Entente Diskussion irgendwelcher Vorschläge für uns zurzeit überhaupt ausschließt.

Nach unseren Nachrichten aus Konstantinopel hat sich das türkische Selbstgefühl so gehoben, daß ein Rückzug in der Frage der Militärinstrukteure für das Ansehen Deutschlands wie Englands in der ganzen mohammedanischen Welt gleich verhängnisvoll sein würde. England würde im Hinblick auf Indien dadurch noch mehr betroffen werden als wir. Es wird Ew. pp. nicht schwer fallen können, Sir E. Grey, den ich bitte unter Bezugnahme auf entsprechende Zeitungsnachrichten unverzüglich auf die Frage anzureden, davon zu überzeugen, daß ein Eingehen auf die russischen Wünsche, das als weitere Konsequenz auch Verzicht auf den Ismider Dockvertrag zur Folge haben müßte, dem englischen Interesse direkt zuwiderlaufen würde. Auch bitte ich, gegebenenfalls, als Ihre persönliche Überzeugung auszusprechen, daß unsere Haltung durch etwaige englische Nachgiebigkeit nicht beeinflußt werden würde.

Zimmermann

Nr. 15 497

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 380 London, den 23. Dezember 1913

Antwort auf Telegramm Nr. 493**.

Sir E. Grey verreist, zurückkehrt keinesfalls vor Feiertagen. Halte es auch für besser abzuwarten, daß er mit Vorschlägen an mich herantritt, und nicht durch vorzeitige Ablehnung aller noch ungeborenen Projekte den Anschein der Schroffheit und schlechten Willens zu erwecken. Er käme auch dadurch in die Lage, unbequeme Anregungen von russischer Seite unter ausschließlicher Verwertung unserer Haltung zu beantworten.

Da ihm die ganze Sache höchst peinlich ist, schon weil sie geeignet erscheint, das Einvernehmen zwischen den Mächten zu stören, so wird er versuchen, eine Lösung zu finden oder aber den Streit allmählich versumpfen zu lassen. Übrigens ist auch Graf Benckendorff auf vierzehn Tage nach Neapel gefahren. Vor seiner Abreise sagte er mir,

---

* Vgl. Nr. 15 483, S. 254, Fußnote **.
** Siehe Nr. 15 496.

er hoffe, es werde uns h i e r gelingen, irgendeinen Ausweg zu finden, da die Unterhaltung zwischen Berlin und Petersburg abgebrochen sei. Welchen wisse er selbst nicht. Kaiser Nikolaus fühle sich persönlich verletzt und sei sehr verstimmt.

L i c h n o w s k y

Nr. 15 498

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 702 Konstantinopel, den 23. Dezember 1913

Neuerdings hat Herr Bompard in der Frage der Militärmission eine schärfere Sprache geführt als zu Anfang*.

Ich habe Herrn von Giers auf diese Erscheinung aufmerksam gemacht und dabei durchblicken lassen, daß meine hiesigen Dreibundskollegen mich auch zur Festigkeit ermahnten. — Zu dieser Beobachtung habe ich bemerkt, daß unsere beiderseitigen Verbündeten ein Interesse daran haben könnten, den deutsch-russischen Gegensatz in dieser Frage zu verschärfen, um ihr eigenes politisches Gewicht innerhalb und außerhalb der Allianzen zu steigern, während es sowohl das Interesse Deutschlands wie Rußlands erheische, bei aller Bundestreue eine gewisse Bewegungsfreiheit zu behalten.

W a n g e n h e i m

Nr. 15 499

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 701 Konstantinopel, den 23. Dezember 1913

Im Anschluß an Telegramm Nr. 694**.

Großwesir sagte mir gestern, er könne nicht umhin, die wenig freundliche Haltung der Tripelentente in den Fragen der Inseln und

---

* Die Stellungnahme Botschafter Bompards wird dadurch charakterisiert, daß er, Ende Dezember 1913 in Paris weilend, der französischen Regierung den Vorschlag machte, Rußland möge, wenn es nicht auf friedlichem Wege in der Frage der Militärmission zu seinem Ziele gelange, sich vom Sultan einen Ferman zur Durchfahrt eines der Panzerschiffe der Schwarzmeerflotte durch die Meerengen erbitten, dieses Panzerschiff in den Bosporus einlaufen lassen und dann erklären, es würde nur nach einer Änderung des Vertrages des Generals Liman und seiner Offiziere abdampfen. Iswolsky an Sasonow, 1. Januar 1914. Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, IV, 10.

** Siehe Nr. 15 489.

der Anleihe auf die deutsche Militärmission zurückzuführen. Ich erwiderte, mir scheine eine rasche Beruhigung Rußlands bezüglich der Militärmission im türkischen Interesse zu liegen. Ich persönlich sei, wie er wisse, niemals für die direkte Unterstellung des Konstantinopeler Armeekorps unter General Liman eingenommen gewesen, weil die Einreihung des Generals unter die Korpskommandeure dessen Stellung als Reformator der gesamten türkischen Armee beeinträchtige, und weil bei etwaigen politischen Unruhen in der Hauptstadt der General in eine schiefe Lage kommen könnte. Die Stellung Limans werde stärker und unangreifbarer werden, wenn derselbe nach einiger Zeit das Kommando des Korps niederlege und sich ausschließlich der Reorganisationsaufgabe widme. Ob die Mission reüssiere, hänge nicht von bestimmten dem General erteilten Gewalten und geschriebenem Kontrakt sondern ausschließlich von der Harmonie ab, welche zwischen dem Kriegsminister und General Liman bestehe. Seien diese beiden Stellen sich einig, so könne Liman seine Pläne durchsetzen, ohne daß irgendeine Macht sich einmischen könne. Beständen dagegen Meinungsverschiedenheiten zwischen Kriegsminister und General, so könne die Pforte trotz aller Kontrakte die Lage binnen weniger Tage so gestalten, daß der General die Türkei verlassen müsse. Der Großwesir erkannte schließlich meine Ausführungen als zutreffend an. Abends sagte er mir, der Kriegsminister sei auch meiner Meinung und damit einverstanden, daß Liman das Korps nach einigen Monaten wieder abgebe, und daß dann ein Modellkorps in einer anderen türkischen Stadt, etwa Adrianopel oder Smyrna, eingerichtet werde.

Auf Grund der Erklärung des Großwesirs habe ich vorsichtig und unverbindlich Verhandlungen mit Herrn von Giers weitergeführt *. Der Botschafter sagte mir, Rußland käme es ausschließlich darauf an, daß der General das Kommando über die Garnison der Hauptstadt nicht dauernd beibehalte. Der Kommandowechsel müsse sobald als möglich erfolgen, das heißt in etwa zehn Tagen, weil die russische Regierung sonst von der durch Frankreich aufgehetzten öffentlichen Meinung debordiert werden würde. Ich sagte Herrn von Giers Entgegenkommen in der prinzipiellen Frage zu, erklärte aber auf das allerbestimmteste, daß an ein Niederlegen des Kommandos vor einigen Monaten gar nicht zu denken sei. Der Rücktritt des Generals vom Korps müsse aus der natürlichen Entwickelung der Dinge und als freier Entschluß desselben und der türkischen Regierung erscheinen. Tatsächlich wolle der General ja durch die direkten Beziehungen zu den Truppen nur wertvolle Erfahrungen über den türkischen Dienstbetrieb sammeln, um dieselben später bei seinen größeren Aufgaben verwerten zu können. Die öffent-

---

* Vgl. das Telegramm von Giers' an Sasonow Nr. 1072 vom 20. Dezember und die Antwort Sasonows vom 21. Dezember, v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 658 ff.

liche Meinung könne vielleicht dadurch beruhigt werden, daß von irgendeiner amtlichen Stelle öffentlich auf den provisorischen Charakter des Kommandos hingewiesen werde. Das könne in der offiziösen russischen und deutschen Presse nach vorhergegangener Verständigung zwischen den beiden Kabinetten, vielleicht besser aber noch durch eine Erklärung des Großwesirs an den russischen Botschafter geschehen. Herr von Giers und ich kamen überein, diesen Gedanken zunächst vertraulich unseren Regierungen zu unterbreiten. Inzwischen finden vertrauliche Besprechungen zwischen den beiden Militärattachés statt.

Wangenheim

Nr. 15 500

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Wangenheim

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 416 — Berlin, den 24. Dezember 1913

Streng vertraulich

Auf Telegramm Nr. 701 *. Selbstverständlich muß jede Änderung als freier Entschluß der Türkei erscheinen, der aus natürlicher Entwicklung hervorgeht. Anschein eines „Zurückweichens“ von uns vor Rußland ist absolut zu vermeiden. Halte deshalb offiziöse Verlautbarung über künftige eventuelle Änderung im jetzigen Moment für verfrüht und unangebracht.

Halte für angezeigt, daß Änderung mit voller Zustimmung des Generals Liman erfolgt und er selbst von Zweckmäßigkeit überzeugt wird.

Jagow

Nr. 15 501

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 428 — Paris, den 23. Dezember 1913
[pr. 24. Dezember]

Es unterliegt keinem Zweifel, daß Frankreich den weiteren Schritten, welche Rußland wegen der den deutschen Offizieren eingeräumten Stellung in Konstantinopel unternehmen dürfte, sich anschließen wird **.

---

* Siehe Nr. 15 499.

** Vgl. dazu das Geheimtelegramm Iswolskys Nr. 591 vom 18. Dezember: „Der Außenminister versichert mich seiner vollkommenen Solidarität und erklärt

Die Regierung geht zwar nicht so weit wie ein großer Teil der hiesigen Presse, der von Verwandlung der Türkei in eine deutsche Provinz, von einem deutschen Ägypten und Ähnlichem spricht, aber sie teilt doch die russische Auffassung, daß mit der Übertragung des Kommandos des Konstantinopeler Armeekorps an einen preußischen General dem deutschen Einfluß ein für das russische Prestige abträgliches Übergewicht gesichert werde.

Der politische Direktor am Quay d'Orsay, Herr Paléologue, meinte in einem vertraulichen Gespräch, das er gelegentlich mit mir anknüpfte, er wolle nicht gerade sagen, daß deutsche Offiziere den Schlüssel der Meerengen in die Hand bekämen, aber es sei doch nicht zu verkennen, daß sie mit dem ersten Armeekorps in ungewöhnlichen Zeiten eine ausschlaggebende Haltung einzunehmen und damit den Verlauf der Dinge mehr oder weniger nach deutschen Gesichtspunkten zu beeinflussen vermöchten.

Meinem Einwurf, daß es sich jetzt nicht mehr um deutsche sondern um türkische Offiziere handle, die ihrer deutschen Erziehung getreu sich nicht um Politik sondern lediglich um militärische Ausbildung kümmern würden, sowie meinem Hinweis, daß die englische Oberleitung der türkischen Flotte weit eher als eine Beherrschung Kon-

---

sich bereit, uns mit allem Nachdruck zu unterstützen." Ferner den Brief Iswolskys an Sasonow vom gleichen Tage: „In der brennendsten und für uns wichtigsten Frage, derjenigen der deutschen Militärinstrukteure, folgt uns H. Doumergue bisher ohne Schwanken, und bei jedem Zusammentreffen mit mir erklärt er seine völlige Übereinstimmung mit uns sowie seine Bereitwilligkeit, uns die tatkräftigste Unterstützung angedeihen zu lassen." Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 425, 430. Am 30. Dezember engagierte sich Doumergue gegenüber Iswolsky auch schriftlich dahin, daß „die Regierung der Republik fest entschlossen ist, allen Schritten der Kaiserlichen Regierung in der Angelegenheit der Mission des Generals von Sanders in Konstantinopel sich anzuschließen" (a. a. O., III, 437). Die feste Haltung Doumergues, dessen radikales Kabinett nach Iswolsky „sehr wenig geneigt und geeignet" war, eine tatkräftige auswärtige Politik zu führen, erklärt sich aus der fortgesetzten Ingerenz des Präsidenten der Republik Poincaré. Wie Iswolsky am 5. Januar nach Petersburg meldete, unterstrich Poincaré ihm gegenüber „auf das allerbestimmteste" die Erklärung Doumergues vom 30. Dezember, daß Frankreich fest entschlossen sei, mit Rußland in der Liman Sanders-Affäre bis zum Ende zusammenzugehen: „Aus den Worten Poincarés habe ich schließen können, daß die Ausdrücke der genannten Antwort von ihm selbst und seinen Ministern auf das sorgfältigste erwogen worden sind, und daß trotz der aufrichtigen Friedensliebe Frankreichs in diesen Worten mit vollem Vorbedacht die ruhige Entschlossenheit ausgedrückt wird, sich unter den obwaltenden Verhältnissen nicht den Verpflichtungen zu entziehen, die ihm das Bündnis mit uns auferlegt," a. a. O., IV, 17 f. Auch Paléologue erklärte Iswolsky, jedes Wort der — von ihm verfaßten — Erklärung vom 30. Dezember sei sorgsam abgewogen, und die französische Regierung gebe sich durchaus Rechenschaft darüber, daß bei einer weiteren Entwicklung des vorliegenden Zwischenfalls die Frage des casus foederis entstehen könne. Vertraulicher Brief Iswolskys an Sasonow vom 15. Januar 1914, a. a. O., IV, 26.

stantinopels und der Wasserstraßen betrachtet werden könne, wußte Herr Paléologue nichts Stichhaltiges zu entgegnen. Er äußerte schließlich, wenn Frankreich den russischen Versuch, eine Änderung der Stellung der deutschen Offiziere herbeizuführen, unterstütze, so geschehe es wesentlich deshalb, um den Verbündeten von der Forderung von Kompensationen, etwa der Zulassung russischer Offiziere in Armenien, abzuhalten *. Denn das würde die Aufrollung der armenischen Frage und damit die Zerstückelung der Türkei bedeuten, eine Wendung, die hintanzuhalten alle Mächte, die an der Erhaltung der Türkei wesentliches Interesse haben, eifrig bemüht sein müßten.

Der Frage, welche weiteren Druckmittel gegen die Türkei in Frage kommen dürften, wich Herr Paléologue mit der Bemerkung aus, es sei zu hoffen, daß die Türken rechtzeitig zu besserer Einsicht gelangen würden.

In der Presse wird vielfach der Gedanke eines finanziellen Boykotts gegen die Türkei erörtert. Dabei fehlt es nicht an Stimmen, die darauf hinweisen, daß dies gerade für Frankreich, das im Besitz türkischer Werte an erster Stelle steht, ein recht zweischneidiges Mittel sein und die Türkei noch mehr in die Arme des Dreibundes treiben würde. Nachdem das hiesige Bankhaus Périer kürzlich den Türken durch Auflegung von 100 Millionen Schatzscheinen zu Hilfe gekommen, hat die Regierung, um die russische Verstimmung zu mildern, nicht umhin gekonnt, durch ein Rundschreiben an die Geldinstitute daran zu erinnern, daß auswärtige Anleihen, in welcher Gestalt auch immer, nicht ohne Einvernehmen mit der Regierung gemacht werden sollten.

Schoen

Nr. 15 502

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Paris Freiherrn von Schoen

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 2102 Berlin, den 26. Dezember 1913
[abgegangen am 30. Dezember]

Nach dem Euerer Exzellenz mit Erlaß Nr. 2084 mitgeteilten Berichte des Grafen Pourtalès vom 13. d. Mts. ** ist man in St. Petersburg davon

* Dabei war der Gedanke an Kompensationen gerade von Frankreich in die Wagschale geworfen worden. Vgl. Nr. 15 456, Fußnote **. Allerdings war dies noch von Pichon geschehen. Bei seinem Nachfolger Doumergue machten sich doch Bedenken geltend, ob nicht die Geltendmachung russischer Entschädigungsforderungen zur Aufteilung der asiatischen Türkei und folglich auch zu einem europäischen Kriege führen könnten. Brief Iswolskys an Sasonow vom 18. Dezember 1913, Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 430.

** Siehe Nr. 15 483.

überzeugt, daß in der Angelegenheit der deutschen Militärmission für die Türkei besonders stark von Herrn Delcassé gehetzt worden ist. Wie Baron Wangenheim unterm 23. d. Mts. meldet *, wird neuerdings in dieser Frage auch von Herrn Bompard eine schärfere Sprache geführt. Die französische Presse hat das ihrige dazu beigetragen, um durch Hetzartikel und entstellende Nachrichten über die in Rußland angeblich herrschende große Erregung weiter Öl ins Feuer zu gießen.

Diese Tatsachen stehen im Widerspruch zu der Sprache des Herrn Paléologue, der dem Kaiserlichen Geschäftsträger Anfang Dezember versichert hat, die französische Regierung verhalte sich in Sachen der Militärmission neutral und habe für objektive Behandlung der Angelegenheit in der Presse gesorgt **, und der auch kürzlich Euerer Exzellenz gegenüber bemüht gewesen ist, die Unterstützung der russischen Schritte durch Frankreich lediglich mit der Bündnispflicht und der Sorge um die Zukunft der Türkei zu erklären ***.

Euerer Exzellenz darf ich anheimstellen, gelegentlich in geeignet erscheinender Weise auf diesen Widerspruch hinzuweisen.

Jagow

Nr. 15 503

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 705 Konstantinopel, den 25. Dezember 1913
[pr. 26. Dezember]

Antwort auf Telegramm Nr. 416 †.

Ich habe heute Herrn von Giers gesagt „que les dispositions conciliantes et amicales continuent à Berlin." Andererseits sei die Angelegenheit so delikater Natur, daß eine Präjudizierung derselben durch eine verfrühte offiziöse Verlautbarung bedenklich sei. Alles Weitere werde sich aus der natürlichen Entwickelung der Frage ergeben.

Herr von Giers war über meine Mitteilung eher niedergeschlagen als erregt ††.

---

* Vgl. Nr. 15 498 nebst Fußnote.

** Vgl. Nr. 15 473.

*** Vgl. Nr. 15 501.

† Siehe Nr. 15 500.

†† Leider fehlen bei v. Siebert seit dem 20. Dezember die Berichte bzw. Telegramme des Botschafters von Giers, insbesondere das Telegramm Nr. 1092, das Sasonow Veranlassung gab, am 27. Dezember in Paris und London eine neue „freundschaftliche" Demarche der Tripelentente in Berlin vorzuschlagen. Es heißt darüber in dem Geheimtelegramm Sasonows Nr. 3467 vom 27. Dezember:

Großwesir erklärte mir, daß er einer Änderung der Stellung Limans nur dann nähertreten werde, wenn der General gemeinschaftlich mit dem Kriegsminister eine Modifizierung vorschlagen sollte.

Wangenheim

„Uns erscheint es richtig, daß Rußland, Frankreich und England bei der gegenwärtigen Gestaltung der Angelegenheit beim Berliner Kabinett freundschaftlich anzufragen haben, welche weitere Entwicklung dieser Angelegenheit seiner Meinung nach zu geben sei, wobei darauf hinzuweisen wäre, daß Deutschland selbst die Initiative zu Verhandlungen mit Rußland durch Vermittlung der Vertreter in Konstantinopel ergriffen habe. Eine unklare oder ausweichende Antwort könnte uns in eine schwierige Lage versetzen und einen neuen, ernsteren Schritt der drei Großmächte in Konstantinopel erforderlich erscheinen lassen." (Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 434.) Eine „freundschaftliche" Demarche wäre es nun freilich keineswegs gewesen, mitten in die durch das Entgegenkommen Deutschlands herbeigeführten Pourparlers zwischen Berlin und Petersburg mit einer Demarche der Tripelentente in Berlin bzw. Konstantinopel hineinzuplatzen. Das fühlte man sowohl in Paris trotz der gleichzeitig bekundeten Entschlossenheit, sich allen russischen Schritten anzuschließen (vgl. Nr. 15 501, Fußnote **), wie in London. Vgl. das Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London von Etter vom 29. Dezember (v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 660 f.) und das Telegramm Iswolskys vom 30. Dezember (Stieve, a. a. O., III, 437). Danach wiesen die englische und die französische Regierung auf die Notwendigkeit hin, einmal vor einer Kollektivdemarche das Resultat der Anwesenheit Freiherrn von Wangenheims in Berlin abzuwarten, sodann aber sich erst klar darüber zu werden, welche Forderungen man in Berlin bzw. Konstantinopel stellen und zu welchen Mitteln man gegebenenfalls greifen wolle, um in Berlin oder Konstantinopel durchzudringen. Doumergue ersuchte in aller Form und schriftlich Iswolsky, ihm mitzuteilen, „wie die Kaiserliche Regierung über die Intervention, um die es sich handelt, denkt, auf welche genau bestimmten Punkte sich die Beschwerde der drei Mächte beziehen soll, und endlich, welche Entscheidung Rußland Frankreich und England vorschlagen zu müssen glaubt, falls ihre gemeinsame Aktion in Berlin und Konstantinopel nicht den gewünschten versöhnlichen Erfolg haben sollte". Darauf wurde im russischen Außenministerium eine große Denkschrift entworfen, die, vom 5. Januar 1914 datiert, an Iswolsky mitgeteilt und der berühmten „Sonderkonferenz" vom 13. Januar (vgl. M. Pokrowski, Drei Konferenzen, S. 32 ff.) zugrunde gelegt wurde. Aus Iswolskys Brief an Sasonow vom 15. Januar (Stieve, a. a. O., IV, 26 f.) ersieht man, daß in der Denkschrift gegen die Türkei als Zwangsmittel in Aussicht genommen wurden 1. der folgerichtig durchzuführende Finanzboykott, 2. die Abberufung der Botschafter der Tripelentente, 3. die Besetzung von Trapezunt und Bajasid durch die Russen, sowie Smyrnas und Beiruts durch die Franzosen bzw. Engländer. Vor solchen radikalen Mitteln schreckte sogar Iswolsky zurück, der vorhersah, daß jedes derselben in Paris und London auf Bedenken stoßen werde, und der statt dessen auf die von dem französischen Botschafter Bompard angeregte Fahrt eines russischen Kriegsschiffes durch die Meerengen in den Bosporus (vgl. Nr. 15 498, Fußnote) zurückgriff. Inzwischen hatte Sasonow in London den Entschluß angekündigt, das Projekt eines formellen Schrittes der drei Ententemächte in Berlin um eine Woche — d. h. wohl bis nach der geplanten Sonderkonferenz — aufzuschieben. Zu deren Beratungen vgl. auch Nr. 15 522, Fußnote **.

Nr. 15 504

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 706 Konstantinopel, den 27. Dezember 1913

Im Anschluß an Telegramme Nr. 694 * und 705 **.

Besprechungen von Strempels mit dem russischen Militärattaché bisher ohne Ergebnis. Daß die Konstantinopeler Division, welche Garnison- und Sicherheitsdienst wahrnimmt, einem Türken unterstellt, die Musterdivision unter General Bronsart von Schellendorff in Skutari unter Verlegung der Bureaux von hier dorthin untergebracht ist, genügt den Russen nicht. Er hält Abgabe des Korpskommandos binnen vierzehn Tagen für nötig und bemerkte dabei, „die englischen Marineoffiziere säßen bereits auf ihren gepackten Koffern".

Bei Verabschiedung von Herrn von Giers bat letzterer dringend, in Berlin hervorzuheben, wie sehr Rußland wünsche, mit uns bezüglich der Türkei zu einer dauernden Verständigung zu kommen. Rußland wolle die Türkei ebenso wie wir erhalten. Gegen die Reform der Armee durch uns beständen keinerlei Bedenken. Er wisse auch, daß die Abgabe des Korpskommandos die Aktionskraft der Mission nur verstärken könne. Der General habe sowieso das Recht der Inspektion und könne über alle türkischen Truppen verfügen, solange seine Beziehungen zum Kriegsministerium normal seien. Was Rußland wünsche, sei nur die Wahrung des Scheins. Die Lage des Zaren und der russischen Regierung gegenüber der Erregung öffentlicher Meinung sei zu schwierig. Russischer Marineattaché *** sagte unserem Vertrauensmann, Herr von Giers kämpfe nur noch um die Wahrung seiner eigenen Fassade.

Wangenheim

Nr. 15 505

Der Geschäftsträger in Konstantinopel von Mutius an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 708 Pera, den 28. Dezember 1913

Herr von Giers redete mich heute von neuem auf unsere Militärmission an. Er versuchte nachzuweisen, daß es nicht nur im deutschen

---

* Siehe Nr. 15 489.
** Siehe Nr. 15 503.
*** Fregattenkapitän Schtscheglow.

und russischen, sondern auch im türkischen Interesse läge, wenn eine Einigung erzielt würde. Deutschland und Rußland würden durch ihre Verbündeten in einen Konflikt getrieben, den beide Länder allen Anlaß hätten zu vermeiden. Auch der Reformeifer der Türkei könne die Erfahrung nur fördern, daß die beiden Großmächte sich nicht gegen einander ausspielen ließen. Herr von Giers befürchtet, daß durch die herrschende Ungewißheit die Lage noch schwieriger werden würde. Er empfiehlt daher, daß Deutschland sich schon jetzt grundsätzlich mit Rußland darüber einigen möge, daß General Liman unter Beibehaltung seines Wohnsitzes in Konstantinopel und unter Einräumung weitgehender Machtbefugnisse als Inspekteur das Kommando über das I. Armeekorps in Konstantinopel an einem festzusetzenden späteren Zeitpunkt abgeben werde. Damit würde sich die öffentliche Meinung in Rußland zufriedengeben können. Die deutsche Militärmission hingegen werde in ihrer Wirksamkeit dadurch nicht im geringsten beeinträchtigt. Einer deutsch-russischen Einigung über diesen Punkt würden die Türken keinen Widerstand entgegensetzen.

Ich habe mich wesentlich zuhörend verhalten, ohne indessen meine persönlichen Zweifel und Bedenken zu unterdrücken.

Mutius

Nr. 15 506

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in London Fürsten von Lichnowsky

Telegramm

Konzept von der Hand des Dirigenten der Politischen Abteilung Wilhelm von Stumm

Nr. 501 Berlin, den 29. Dezember 1913

Auf Telegramm 380*.

Das bisherige Ergebnis der Besprechungen zwischen dem russischen Militärattaché in Konstantinopel und Major von Strempel über eine den russischen Wünschen entgegenkommende künftige Lösung der Militärmissionsfrage hat Herrn Sasonow nicht befriedigt. Er drängt erneut in London und Paris auf Einwirkung in Berlin**. Sollte Sir E. Grey Ew. pp. auf Frage anreden, so bitte ich, eventuell unter Verwertung der Gesichtspunkte in Telegramm 493***, dem Minister nahezulegen, in Petersburg zu beruhigen und dort vor allem vor Demarchen der

* Siehe Nr. 15 497.

** Vgl. dazu das Telegramm Baron von Etters an Sasonow Nr. 833 vom 29. Dezember (v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 660), sowie das Telegramm Iswolskys Nr. 607 vom 30. Dezember (Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 437).

*** Siehe Nr. 15 496.

Entente zu warnen, die weiteres deutsches Entgegenkommen unmöglich machen würde.

Jagow

Nr. 15 507

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 372 St. Petersburg, den 28. Dezember 1913
[pr. 30. Dezember]

Ich fand Herrn Sasonow, der mich eben zu sich bitten ließ, sehr unter dem Eindruck eines Telegramms des russischen Botschafters in Konstantinopel, welches mir der Minister zu lesen gab. Herr von Giers meldet darin, seine Unterredungen mit seinem deutschen Kollegen, der im Begriff gewesen sei, auf Urlaub nach Berlin zu reisen, hätten bis jetzt in Sachen der Militärmission zu keinem Ergebnis geführt, weil Baron Wangenheim „ohne Instruktion seiner Regierung gewesen sei". Baron Wangenheim habe sich selbst sehr entgegenkommend gezeigt und geäußert, er persönlich wünsche „möglichst baldige Liquidierung der Angelegenheit". Herr von Giers bemerkt in seinem Telegramm, er habe den Eindruck, als wolle die Kaiserliche Regierung die Änderung in der Stellung des Generals von Liman hinausschieben. Besonders unangenehm war Herr Sasonow von dem Schluß des Telegramms berührt, wonach auch die Besprechungen zwischen dem russischen Militärattaché* und Major von Strempel ergebnislos verlaufen seien, und letzterer erklärt habe, nur zu einer „Prüfung der Bedingungen des Kommandos des Generals von Liman" ermächtigt zu sein.

Ich erwiderte dem Minister, daß ich keine neuen Weisungen in der Angelegenheit erhalten hätte, daß ich aber in den Meldungen des Herrn von Giers einen Widerspruch mit den letzten, von mir hier auftragsgemäß gemachten Mitteilungen nicht erblicken könne. Das entgegenkommende Verhalten des Barons Wangenheim beweise, daß die Kaiserliche Regierung die Angelegenheit in versöhnlichem Geiste zu behandeln wünsche. Ich hätte nie erwartet, daß die Besprechungen der beiden Botschafter beziehungsweise des russischen Militärattachés mit Major von Strempel sofort eine Lösung der Schwierigkeiten herbeiführen werden. Es habe sich vielmehr vorläufig nur um Besprechungen gehandelt zum Zwecke der Vorbereitung einer eventuellen späteren Lösung. Von unserem guten Willen könne der Minister überzeugt sein, ich müsse ihn aber bitten, sich zu gedulden, denn es scheine mir, daß nach all dem Lärm, der um die Angelegenheit gemacht worden

---

* Generalmajor Leontjew.

sei, zuerst eine Beruhigung der Gemüter hier, in der Türkei und in Deutschland abgewartet werden müsse, bevor an eine etwaige Änderung in der Stellung des Generals von Liman gedacht werden könne.

Herr Sasonow bemerkte darauf, er habe aus Konstantinopel gehört, es werde dort der Gedanke erwogen, daß ein anderer deutscher General das Kommando über das Korps in Adrianopel erhalten, General von Liman dagegen an die Spitze der militärischen Bildungsanstalten gestellt werden solle. Der Minister fügte hinzu, daß er diese Lösung für annehmbar halten würde. Ich erwiderte, daß mir über eine solche Lösung nichts bekannt sei.

Herr Sasonow bat mich schließlich, Euerer Exzellenz über den Inhalt des Telegramms des Herrn von Giers Bericht zu erstatten. Er sprach dabei die Hoffnung aus, daß Euere Exzellenz ihm mit Bezug auf diese ihn etwas enttäuschenden Nachrichten des Botschafters eine beruhigende Mitteilung würden zukommen lassen.

F. Pourtalès

Nr. 15 508

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 411 Wien, den 29. Dezember 1913

Im Laufe eines längeren Gesprächs mit Sir M. de Bunsen äußerte dieser, nach seinen letzten Nachrichten von Sir E. Grey sei das Verhältnis Englands zu Rußland infolge der Frage der deutschen Militärmission in Konstantinopel sehr schwierig geworden. Sir E. Grey habe gemeint, er habe eine so tiefgehende Aufregung wie infolge dieser Sache in Petersburg noch nie erlebt. Trotzdem habe man in London den russischen weitgehenden Forderungen bezüglich eines energischen Druckes auf die Türkei nicht nachgegeben, sondern schließlich seine Zustimmung nur zu einer ganz harmlosen Anfrage in Konstantinopel gegeben. Herr Kokowzow habe dem englischen Geschäftsträger gegenüber eine sehr scharfe Sprache geführt und habe mit Gewaltmaßregeln in Armenien gedroht. Mein englischer Kollege fragte mich, was ich von diesen Drohungen Rußlands hielte. Ich entgegnete, daß man es sich in Rußland wohl noch sehr überlegen würde, diese Drohungen wahr zu machen. Die inneren Verhältnisse des russischen Reiches und die oft bewiesene Friedensliebe des Kaisers Nikolaus ließen mir einen kriegerischen Entschluß der russischen Staatsleitung für im höchsten Grade unwahrscheinlich erscheinen. Dazu komme, daß, wie man in Petersburg wisse, ein Einmarsch Rußlands in Armenien die Aufrollung der großen kleinasiatischen Frage be-

deuten würde, die nicht allein zwischen Rußland und der Türkei zu lösen sein würde. Sir Maurice de Bunsen erschien sichtlich erleichtert infolge meiner Beurteilung der russischen Drohungen. Er führte dann weiter aus, daß um so weniger Grund für England vorliege, in dieser Sache scharfe Stellung zu nehmen, als ja bekanntlich die türkische Flotte an ihrer Spitze einen englischen Admiral habe. Hierbei machte der Botschafter die charakteristische Bemerkung, daß Sir E. Grey anfangs gleichfalls durch die deutsche Mission sehr erregt gewesen sei, weil er nicht gewußt habe, daß der englische Admiral auch das tatsächliche Kommando über die türkische Flotte habe. Sir E. Grey habe neulich dem Fürsten Lichnowsky ausdrücklich versprochen, er werde in dieser Frage nichts tun, ohne vorher mit Berlin Fühlung zu nehmen. pp. *

von Tschirschky

Nr. 15 509

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Berlin, den 31. Dezember 1913

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät melde ich alleruntertänigst, daß Staatssekretär von Jagow mit dem auf der Durchreise hier eingetroffenen Botschafter Euerer Majestät in Konstantinopel über die dortige Militärmission gesprochen hat. Baron Wangenheim ist der Ansicht, daß General von Liman in absehbarer Zeit einen höheren Rang erhalten muß, da in der Türkei die Stellung eines Kommandierenden Generals nicht der eines solchen in Preußen und nicht einmal der eines Generalleutnants entspricht. Das Konstantinopeler Korps war zum Beispiel bisher durch einen Obersten kommandiert. Das Kommando des Korps würde hierdurch von selbst frei werden und müßte sowieso anderweitig besetzt werden, so daß General von Liman sich alsdann ausschließlich seiner höheren Aufgabe, der Reorganisation der gesamten türkischen Armee, widmen könnte, was sein Prestige in der Türkei unzweifelhaft nur erhöhen würde. Vor der Hand erscheint allerdings eine Beibehaltung des Korpskommandos noch so lange erforderlich, bis General von Liman sich durch direkte Berührung mit der Truppe über alle Details des türkischen Militärbetriebs und seine Schäden gründlich informiert haben wird. Ein Termin hierfür läßt sich jetzt noch nicht festsetzen. Doch würde durch die zu erwartende Rangerhöhung des Generals die Frage des Kommandos in Konstantinopel ihre natürliche Lösung finden.

---

* Der Schluß des Berichts betrifft die Inselfrage.

Euerer Majestät Botschafter glaubt, daß die Pforte momentan zwar jedem Druck fremder Mächte standzuhalten gewillt ist. Wie lange sie dies aber bei ihrer schlechten Finanz- und Gesamtlage zu tun imstande sein wird, ist eine andere Frage. Wir würden dann in die Zwangslage geraten, die Türkei gegen jeden Druck stützen zu müssen und damit Probleme aufzurollen, welche wir in unserem Interesse noch aufzuschieben wünschen.

Durch die oben bezeichnete Lösung würde einerseits das Prestige der Militärmission nur gehoben, andererseits die Türkei aber vor kritischen Situationen bewahrt bleiben. Auch würde damit selbst der Anschein eines Zurückweichens der Türkei oder von uns vermieden werden.

Euerer Majestät Allerhöchster Entscheidung darf ich die obige Lösung unterbreiten.

Baron Wangenheim hat gestern auch mit dem hiesigen russischen Botschafter über die Militärmission, allerdings nur in akademischer Form, gesprochen* und diesen sehr ruhig und konziliant gefunden.

v. Bethmann Hollweg

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Ja 31/XII 13 W.

Nr. 15 510

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Geschäftsträger in Konstantinopel von Mutius

Telegramm. Konzept

Nr. 2 Berlin, den 3. Januar 1914

Erregung in Rußland wegen Militärmission dauert an und könnte schließlich sogar Sasonow gefährden. Auch drängt Petersburg in London und Paris zu einer Demarche. Wir haben gute Beziehungen zu Petersburg und speziell zu Sasonow bisher zum Nutzen der Türkei verwertet (Armenische Reformen). Wirkungen eines Systemwechsels in Petersburg dürften von Pforte nicht nur in Reform- und Missionsfrage nachteilig empfunden werden. Gemeinsames deutsch-türkisches Interesse erfordert daher, es Herrn Sasonow zu erleichtern, Missionsfrage gegenüber öffentlicher Meinung zu vertreten.

---

* Vgl. dazu das Telegramm Botschafter Sverwejews an Sasonow Nr. 308 vom 30. Dezember 1913: „Der deutsche Botschafter, welchen ich friedliebend und nachgiebig fand, sagte mir, daß das Berliner Kabinett aufrichtig wünsche, mit uns zu einem annehmbaren Kompromiß zu kommen und ein hierzu geeignetes Mittel suche. Er selbst, Wangenheim, sei immer bereit, in diesem Sinne in Konstantinopel zu arbeiten. Rußland müsse aber Deutschland seine Aufgabe erleichtern, indem es ihm kein Ultimatum stelle und nicht die Festsetzung irgendwelcher Fristen verlange." v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 662 f.

Rußland hat sich mit Mission als solcher und mit Kommandogewalt jetzt abgefunden, beanstandet nur Kommando über I. Armeekorps, das russischen Traditionen widerspricht. Gegen dauernde Beibehaltung dieses Kommandos hegen auch wir Bedenken, da Stellung Korpskommandeurs, die in Türkei nicht gleiche Bedeutung besitzt wie bei uns und in Konstantinopel zum Beispiel bisher von Oberst wahrgenommen wurde, für preußischen Generalleutnant und Reformator der ganzen Armee auf die Dauer nicht hoch genug ist. Auch könnte deutscher General bei Unruhen in Konstantinopel in mißliche Lage geraten. Obgleich uns hiernach Änderung in Stellung Limans sachlich nicht nur unbedenklich, sondern sogar erwünscht erscheint, ist sie aus Prestigegründen wegen Behandlung der Angelegenheit in Presse und Demarche Dreiverbands in Konstantinopel für Pforte vorläufig ausgeschlossen.

Andere Frage ist, ob nicht Pforte russischer Regierung schon jetzt für späteren Zeitpunkt Änderung in Aussicht stellen und hierdurch Herrn Sasonow beruhigende Erklärung gegenüber russischer Öffentlichkeit ermöglichen soll. Dies könnte etwa in folgender Form geschehen:

Liman habe Korpskommando übernommen, um sich durch direkte Berührung mit Truppe über alle Details türkischen Militärbetriebs gründlich zu informieren. Sobald dies geschehen, werde er sich ausschließlich seiner höheren Aufgabe, der Reorganisation der gesamten türkischen Armee widmen. Er werde dann erhöhten Rang erhalten, wodurch Kommando in Konstantinopel sowieso frei würde und anderweit besetzt werden müßte. Der Zeitpunkt für diesen Wechsel werde ausschließlich von militärischer Zweckmäßigkeit abhängen, könne daher jetzt noch nicht festgesetzt werden.

Vorstehende Lösung würde Türkei vor kritischen Situationen bewahren und Prestige der Militärmission nur heben; auch würde selbst Anschein Zurückweichens der Pforte oder Deutschlands vor Rußland vermieden werden.

Euer pp. wollen Angelegenheit in obigem Sinne streng vertraulich im Anschluß an Unterredung des Kaiserlichen Botschafters mit Großwesir besprechen. Bitte dabei betonen, daß wir freien Entschließungen der Pforte auch weiterhin nicht vorgreifen wollen, sondern nur wünschen, unsererseits zur Verhütung von Komplikationen beizutragen, die Missionsfrage für Türkei haben könnte.

Ebenso wollen Euer pp. Herrn von Liman für Lösung zu gewinnen suchen. Wir wollten seine Stellung keineswegs beeinträchtigen, sondern sogar heben und Gefahr vorbeugen, daß Entwicklung der Dinge ihn schließlich zum vorzeitigen Ausscheiden zwingen könnte. Lösung hat Zustimmung Seiner Majestät gefunden. Zeitpunkt Abgabe Korpskommandos würde selbstverständlich von General im Einvernehmen mit türkischem Kriegsminister selbständig zu bestimmen sein.

Nur für Ew. pp. bestimmt: Angelegenheit darf keine europäische Prestigefrage werden, bei welcher wir schließlich Türkei weiter stützen müßten als unsere Interessen erlauben.

Jagow

Nr. 15 511

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 2 Paris, den 3. Januar 1914

Ich habe Gelegenheit gehabt, dem politischen Direktor, Herrn Paléologue, zu bemerken*, die Haltung einzelner französischer Botschafter, wie der Herren Delcassé und Bompard, in der Frage der deutschen Militärmission in Konstantinopel sei nach den Euerer Exzellenz zugegangenen Nachrichten keineswegs so neutral gewesen, wie es nach den hier gegebenen Versicherungen habe erwartet werden können. Auch die französische Presse sei recht betriebsam in aufhetzendem Sinne gewesen.

Herr Paléologue versicherte erneut, daß man hier bemüht gewesen sei, beruhigend zu wirken; im großen ganzen sei dies auch gelungen; es habe doch an namhaften Stimmen nicht gefehlt, die sich in sehr maßvoller Weise vernehmen ließen und dazu rieten, nicht alle russischen Empfindlichkeiten zu eigenen zu machen.

Herr Paléologue äußerte bei diesem Anlaß ferner vertraulich, die Verstimmung zwischen St. Petersburg und Berlin scheine leider noch nicht auf dem Wege der Beseitigung zu sein. Soviel er gehört, sei Herr Kokowzow seinerzeit von Berlin mit dem Eindruck abgereist, daß etwas geschehen werde, um den russischen Bedenken einigermaßen Rechnung zu tragen. Das Ausbleiben irgendeines entgegenkommenden Schrittes von Berlin habe in Petersburg eine merkbare Verstimmung ausgelöst, nicht nur bei den Herren Kokowzow und Sasonow sondern auch bei Seiner Majestät dem Kaiser. Es sei dann der Versuch gemacht worden, zwischen dem Kaiserlichen und dem russischen Botschafter in Konstantinopel, sowie den beiderseitigen Militärattachés einen gangbaren Ausweg zu finden, doch schiene leider nichts Positives erreicht worden zu sein. Er wolle nicht so weit gehen, der somit verbleibenden Unstimmigkeit zwischen Petersburg und Berlin das Gewicht einer bedrohlichen Lage beizumessen, aber sie bilde immerhin ein Moment des Unbehagens.

Ich habe Herrn Paléologue erneut die Argumente entgegengehalten, die uns die russische Erregung als unbegründet und unverständ-

---

* Vgl. Nr. 15 502.

lich erscheinen lassen müssen. Wolle man sich in Petersburg und anderswo entschließen, uns nicht Hintergedanken anzudichten, die uns tatsächlich gänzlich fremd sind, so würde der Beunruhigung der Boden entzogen werden. Durch Aufbauschen der Sache würde deren Erledigung am wenigsten gefördert.

v. Schoen

Nr. 15 512

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Petersburg Grafen von Pourtalès**

Eigenhändiges Konzept

Nr. 14 Berlin, den 6. Januar 1914

Zu Euerer Exzellenz vertraulichen Information.

Nach Ansicht des Kaiserlichen Botschafters in Konstantinopel, welcher vor einigen Tagen auf Urlaub hier war und bei dieser Gelegenheit auch mit Herrn Sverwejew Rücksprache genommen hat**, glauben wir, daß eine Lösung der Frage der Militärmission in Konstantinopel in folgender Form möglich wäre:

Die Stellung eines Korpskommandeurs in der Türkei entspricht eigentlich nicht dem Rang eines preußischen Generalleutnants; der Vorgänger General von Limans war zum Beispiel nur Oberst. Es würde daher auch von unserem Standpunkte durchaus angezeigt erscheinen, daß General Liman mit der Zeit eine Rangerhöhung erhielte, wonach der General das Kommando über das Korps sowieso abgeben müßte und sich seiner höheren und eigentlichen Aufgabe, der Reorganisation der türkischen Gesamtarmee, widmen könnte. Zunächst ist es jedoch erforderlich, daß General von Liman durch die Führung des Korps eine gewisse Zeit lang in direkte Berührung mit der Truppe tritt und so alle Details des türkischen Militärbetriebes sowie dessen Schäden aus eigener Anschauung kennen lernt. Ein Termin, zu welchem die oben erwähnte Änderung einzutreten hätte, läßt sich daher zurzeit nicht angeben.

Um jedoch Herrn Sasonow die Vertretung der Angelegenheit vor der öffentlichen Meinung in Rußland zu erleichtern, würde vielleicht eine diesbezügliche Verlautbarung in der russischen Presse möglich sein. Herr Sverwejew hat nach Rücksprache mit Herrn von Wangenheim und mir einen Entwurf von ungefähr folgendem Wortlaut ausgearbeitet:

---

* Bereits veröffentlicht im deutschen „Weißbuch betreffend die Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges", S. 146 f.
** Vgl. Nr. 15 509.

„Nous apprenons de Constantinople qu'on n'a jamais voulu donner un caractère politique à la mission allemande. Ceci résulte déjà du fait que la division commandée par un colonel allemand se trouve en garnison sur la côte asiatique, à Skutari et Ismid, et que la division à Constantinople est commandée par un général turc qui est aussi à la tête de toute la police et du service de sûreté. Il est évident que l'instructeur qui assume une tâche aussi grande que celle de la réorganisation de toute l'armée ottomane, doit, pour sa propre information, rester pendant quelque temps en contact direct avec la troupe. Mais quand il se sera suffisamment renseigné, le commandement du corps d'armée passera à un général turc et le général von Liman se vouera à sa tâche plus importante, c'est à dire la réorganisation de l'armée entière. Le commandement du corps d'armée ne forme donc qu'une étape dans l'œuvre de la réorganisation de l'armée ottomane."

Ich habe diesen Text nur nach dem Gedächtnis wiedergegeben und kann mich daher nicht für jeden einzelnen Ausdruck und Wendung verbürgen. Ich habe Herrn Sverwejew gesagt, daß eine derartige Publikation natürlich erst möglich sei, wenn die Pforte mit der vorgeschlagenen Änderung des Kommandos sich einverstanden erklärt hätte. Auch müsse die Pforte ihre Zustimmung zu der Veröffentlichung geben, da dieselbe natürlich nicht als mit uns vereinbart, sondern als auf Mitteilung aus Konstantinopel beruhend in der russischen Presse erscheinen müsse. Denn nachdem der Kontrakt zwischen der Pforte und den deutschen Offizieren abgeschlossen sei, wäre die Änderung natürlich auch eine türkische Angelegenheit.

Der Kaiserliche Geschäftsträger ist angewiesen, die Angelegenheit mit dem Großwesir und dem General Liman in obigem Sinne zu besprechen und sie für die Lösung zu gewinnen zu suchen*. Wie Herr von Mutius telegraphiert, befindet sich General von Liman bis zum 9. Januar auf einer Inspektionsreise, und der Geschäftsträger hält es für angezeigt, bis zu seiner Rückkehr mit Anknüpfung der Verhandlungen zu warten. Denn, wie ich zu Euerer Exzellenz ganz persönlicher Information hinzufüge, ist Baron Wangenheim, als er vor seiner Abreise nach Rücksprache mit dem Großwesir auch beim General von Liman eine derartige Lösung angeregt hat, bei letzterem auf Schwierigkeiten gestoßen. Doch nehme ich an, daß es Herrn von Mutius gelingen wird, den General von der Zweckmäßigkeit der Lösung zu überzeugen, und es ist zu hoffen, daß auch die türkische Regierung sich nicht zu intransigent verhalten und einsehen wird, daß die vorgeschlagene Lösung im eigensten Interesse der Türkei liegt.

Wir haben bisher bewiesen, daß wir von dem besten Willen beseelt sind, den russischen Wünschen entgegenzukommen, doch darf

---

* Vgl. Nr. 15 510.

dieses Entgegenkommen nicht den Anschein eines Zurückweichens vor einer Forderung Rußlands annehmen. Herr Sasonow muß uns daher Zeit lassen und namentlich alles vermeiden, was die Angelegenheit zu einer europäischen Frage aufzubauschen geeignet ist. Letzteren Charakter drohte sie bereits durch die Zeitungsindiskretionen, sowie durch den gemeinsamen Schritt der Tripelententemächte in Konstantinopel anzunehmen. Herr Sasonow hatte mir seinerzeit durch Herrn Sverwejew sagen lassen, daß er auch in Konstantinopel Vorstellungen gegen die Kommandogewalt in der Hauptstadt zu erheben gedächte. Da die Sache in erster Linie eine türkische innere Angelegenheit ist und auch von der Pforte als solche aufgefaßt wird, hatte ich keinerlei Anlaß, gegen diese Absicht Herrn Sasonows Einwendungen zu machen. Etwas anderes aber ist es, ob der russische Botschafter bei der Pforte Vorstellungen erhebt, oder ob die Tripelentente eine gemeinsame Demarche gegen unsere Mission macht und dies nachher von der Presse besprochen wird. Ich habe daher Herrn Sverwejew auch meine Verwunderung über dieses Vorgehen der Tripelententemächte seinerzeit nicht verhehlt, und ich hoffe Herr Sasonow wird sich der Einsicht nicht verschließen, daß er durch etwa erneute gemeinsame Schritte der drei Mächte eine für ihn selbst befriedigende Lösung der Angelegenheit nur erschweren würde.

Jagow

Nr. 15513

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Petersburg Grafen von Pourtalès

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 4 Berlin, den 8. Januar 1914

Im Anschluß an Erlaß Nr. 14*.

Zu Euerer Exzellenz Information. Russischer Botschafter hat mir mitgeteilt, daß Fassung der eventuellen Veröffentlichung in Petersburg nicht als genügend erachtet werde. Habe Botschafter geantwortet, daß zunächst Ergebnis der Verhandlungen in Konstantinopel abzuwarten sei.

Jagow

---

* Siehe Nr. 15512.

Nr. 15 514

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Geschäftsträger in Konstantinopel von Mutius

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 5 Berlin, den 8. Januar 1914

Ernennung Envers* scheint bei allen Mächten sehr ungünstige Aufnahme zu finden. Mißtrauen gegen türkische Zustände dürfte zunehmen. Falsche Beurteilung unserer Militärmission erhält dadurch neue Nahrung. Russischer Widerstand gegen Oberkommando Konstantinopel dauert fort. Es wäre daher sehr wünschenswert, wenn vorgeschlagene Lösung bald Annahme fände, schon um Verschärfung russischer Forderungen vorzubeugen.

Jagow

Nr. 15 515

Der Geschäftsträger in Konstantinopel von Mutius an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 15 Konstantinopel, den 8. Januar 1914

General Liman ist vollständig dafür gewonnen, das Kommando des I. Armeekorps abzugeben. Er fürchtet in dieser Stellung Reibungen mit Enver**. Er verlangt als Kompensation höheren Rang und eventuell Armeeinspektion.

Habe General Liman auch noch ausdrücklich auf die durch Ernennung Envers und dessen diktatorische Allüren sehr zugespitzte innere Lage hingewiesen.

Mutius

---

* Anfang Januar 1914 war die Ernennung Enver Beys zum türkischen Kriegsminister an Stelle Izzet Paschas erfolgt.

** Schon am 8. Januar schrieb General Liman von Sanders an den Chef des Militärkabinetts General von Lyncker: „Euer Exzellenz halte ich mich verpflichtet zu melden, daß durch die Ernennung des bisherigen Oberst Enver Bey zum Kriegsminister die Verhältnisse für mich als Chef der Militärmission derart schwierig und verwickelt geworden sind, daß ich den weiteren Ausgang zurzeit nicht voraussagen kann. — Während meiner dienstlichen Abwesenheit in Kirkkilisse und Adrianopel hat der neue Kriegsminister den Königlich Bayrischen Oberstleutnant (türkischen Oberst) von Lossow zu sich rufen lassen und ihm die Stellung als Sous-Chef des türkischen Generalstabes (Chef ist der Kriegsminister selbst) angeboten. Auf die Erwiderung des Oberst von Lossow, daß er sich darüber nur mit meinem Einverständnis entscheiden könne, hat der Kriegsminister dies von der Hand gewiesen. Oberst von Lossow hat mir das heute bei meiner Rückkehr gemeldet. — Oberst von Lossow, der nach Deutschland zurückgeht, hat

Nr. 15 516

Der Geschäftsträger in Konstantinopel von Mutius an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 17 Pera, den 9. Januar 1914

Mit Beziehung auf Privatbrief an Unterstaatssekretär Zimmermann vom 3. Januar* und Antwort auf Telegramm Nr. 5**.

Es erscheint mir nicht schwierig, Großwesir persönlich für Abgabe des Kommandos des ersten Armeekorps durch General Liman zu gewinnen, aber sein Einfluß wird schwerlich gegenüber Männern wie Talaat Bey, Enver, Dschemal durchdringen.

Beabsichtige daher zunächst durch General Liman und von Strempel Enver Pascha dafür gewinnen zu lassen. Falls sich dabei Widerstände ergeben, möchte ich empfehlen, die Verleihung des Charakters als General der Kavallerie an General Liman zu Kaisers Geburtstag an allerhöchster Stelle in Vorschlag zu bringen. — Auf Grund dieser Rangerhöhung würden wir dann Ernennung General Limans zum türkischen Marschall beanspruchen. Das Ausscheiden des Generals aus dem Kommando des ersten Armeekorps würde die Konsequenz sein.

Da Türken manchmal unberechenbar schnell zugreifen, wäre möglichst umgehend festzustellen, ob Seine Majestät der Kaiser eventuell geneigt wäre, um die Lösung zu erleichtern, die Charaktererhöhung früher eintreten zu lassen.

Mutius

Nr. 15 517

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 6 London, den 7. Januar 1914
[pr. 10. Januar]

Sir Edward Grey, der gestern hier eintraf und heute abend wieder abreist, um erst am 19. zurückzukehren, ließ mich soeben kommen, um mit mir nochmals die Frage der Konstantinopeler Militärmission zu

---

abgelehnt. — Ich habe den Kriegsminister um Aufklärung ersuchen lassen. Zugleich mache ich den Kriegsminister auf genaue Innehaltung des Kontraktes aufmerksam.“ Vgl. dazu Liman v. Sanders, Fünf Jahre Türkei, S. 16 ff., und Feldmarschall Conrad, Aus meiner Dienstzeit, III, 564 f.

* Schon durch einen Privatbrief an Unterstaatssekretär Zimmermann vom 3. Januar hatte Mutius die Beförderung Limans, der nach der Rangliste ziemlich dicht vor dem Kommandierenden General stehe, angeregt: „So würde vielleicht ein Anlaß gegeben sein, ihm auch in der türkischen Armee eine Rangerhöhung zuteil werden zu lassen und damit ein Grund zur Abgabe des Armeekorps geschaffen werden.“

** Siehe Nr. 15 514.

besprechen. Er sagte mir, die russische Regierung habe sich keineswegs beruhigt und werde außerdem von der öffentlichen Meinung zu weiteren Schritten gedrängt. Er, Sir Edward Grey, habe bisher alles getan, um in Petersburg zu mäßigen, und werde auch fortfahren, in diesem Sinne zu wirken, besonders da er den Eindruck habe, daß wir bestrebt seien, den russischen Wünschen einigermaßen entgegenzukommen und eine für alle Beteiligten annehmbare Lösung zu finden. Sollte dies jedoch nicht gelingen, so könne er sich der Befürchtung nicht entschlagen, daß Rußland eigenmächtig vorgehe und von der Türkei eine Gegenleistung verlange. Ein derartiger Schritt werde natürlich sehr unerwünschte Folgen haben.

Auf meine Frage, welche Maßnahmen russischerseits seiner Ansicht nach wohl in Frage stünden, entgegnete Sir Edward, er halte es nicht für unmöglich, daß Rußland das Verlangen stelle, ein russischer General solle das Kommando in Armenien erhalten unter der Mitwirkung einer entsprechenden Anzahl russischer Offiziere, auch sei es nicht ausgeschlossen, daß Rußland unter Umständen zur Besetzung türkischen Gebietes schreite, um mehr Nachdruck auf die ottomanische Regierung ausüben zu können. Konstantinopel sei nun einmal der heikelste Punkt für das russische Empfinden, und er glaube nicht, daß man sich in Petersburg beruhigen werde, falls nicht unsererseits ein Ausweg gefunden werde.

Ich entgegnete unter Verwertung der mir übermittelten Gesichtspunkte, daß ich nicht daran zweifele, daß die Kaiserliche Regierung gerne bereit sein würde, den russischen Wünschen etwas entgegenzukommen, obwohl ich die Berechtigung des russischen Standpunktes keineswegs anzuerkennen vermöge, daß aber die unerläßliche Voraussetzung hierfür sei, daß alle ferneren amtlichen Schritte seitens des Dreiverbandes in Konstantinopel unterblieben. Einem formellen Druck gegenüber würde es unmöglich sein, nachzugeben beziehungsweise auch nur das geringste Zugeständnis zu machen.

Sir Edward versprach mir wiederum, vorläufig nichts zu unternehmen. Er hoffe aber, daß bis zu seiner Rückkehr am 19. zwischen uns und Rußland eine Verständigung erreicht werde. Bis dahin sei auch Graf Benckendorff zurück, und es würde sonst schwer fallen, die russische Regierung noch weiter hinzuhalten und zu beruhigen.

Vorläufig also scheint die hiesige Regierung nichts unternehmen und weiter abwarten zu wollen. Auch die Zurückziehung der britischen Seeoffiziere scheint nicht beabsichtigt zu sein, da Sir Edward nichts davon erwähnte, und sich auf die Bemerkung beschränkte, russischerseits werde immer darauf hingewiesen, daß die Gegenüberstellung der britischen Marine- und der deutschen Militärmission deshalb unzutreffend sei, weil es nur ein türkisches Heer, aber keine türkische Flotte gebe, eine Bemerkung, die ich durch den Hinweis auf den eben erst angekauften „Rio de Janeiro“ zu entkräften suchte.

Meine Eindrücke möchte ich abermals dahin zusammenfassen, daß Sir Edward, der übrigens durchaus nicht aufgeregt war, und in heiterster Stimmung die Angelegenheit mit mir besprochen hat, nur sehr ungern sich an irgendwelchen erneuten Schritten beteiligen würde, daß er aber fürchtet, durch die Haltung Rußlands in eine Zwangslage versetzt zu werden, und es unter Umständen nicht wagen würde, die Russen in dieser Frage vollkommen im Stiche zu lassen.

Lichnowsky

Nr. 15 518

Der Geschäftsträger in Konstantinopel von Mutius an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 20 Konstantinopel, den 10. Januar 1914

Im Anschluß an Telegramm Nr. 17*.

Enver Pascha hat sich Herrn von Strempel gegenüber damit einverstanden erklärt, daß, wenn gar nichts mehr von irgendeinem politischen Druck unserer Nachbarn verlautet und General von Liman den 27. bei uns zum General der Kavallerie befördert wird, er hier unmittelbar darauf zum Marschall vorgeschlagen werden und das Kommando des 1. Armeekorps dadurch verlieren wird.

Enver sagte zu Herrn von Strempel, wenn er auf Grund politischen Druckes spräche, so würde er auf nichts eingehen können. Herr von Strempel erwiderte, er habe von einem politischen Druck nichts mehr gehört. Ich hatte Herrn von Strempel nahegelegt, Enver auch die politischen Vorteile eines solchen Schrittes vorzuhalten. Unter diesen dürfte der Gesichtspunkt der Krediterleichterung ihm am meisten eingeleuchtet haben. — Glaube unter vorliegenden Verhältnissen Angelegenheit Großwesir gegenüber besser gar nicht mehr berühren zu sollen.

Mutius

Nr. 15 519

*Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg***

Ausfertigung

Nr. 4 St. Petersburg, den 10. Januar 1914

Gegen meine sonstige Gewohnheit habe ich, da ich in der letzten Zeit keine besonders eiligen Aufträge für Herrn Sasonow hatte, über

---

* Siehe Nr. 15 516.

** Bereits veröffentlicht im deutschen „Weißbuch betreffend die Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges", S. 148 ff.

eine Woche vergehen lassen, ohne den Minister zu besuchen. Ich wollte ihm dadurch zeigen, daß ich nicht gewillt sei, der „Nowoje Wremja“ von neuem Stoff zu allerlei Indiskretionen zu liefern. Als ich nun gestern zur Besprechung einiger anderen Angelegenheiten Herrn Sasonow aufsuchte, vermied ich es, von mir aus die Frage der deutschen Militärmission zu berühren. Nach Erledigung einiger anderer Gegenstände fing jedoch Herr Sasonow sehr bald von selbst an, über das Thema zu sprechen, und es knüpfte sich daran wieder eine längere Diskussion.

Der Minister klagte darüber, „daß die Angelegenheit keinen befriedigenden Fortgang nehme“. Ich konnte nicht umhin, über diese Bemerkung mein Erstaunen auszusprechen, da nach den mir zugegangenen Informationen in den freundschaftlichen und jedenfalls von großem Entgegenkommen deutscherseits zeugenden Unterredungen des Herrn Staatssekretärs mit Herrn Sverwejew in großen Zügen eine Basis gefunden worden sei, auf der, wie mir schiene, die Angelegenheit sich in befriedigender Weise regeln ließe.

Herr Sasonow erklärte darauf, die Form der in Aussicht genommenen Veröffentlichung könne ihn unmöglich befriedigen, da sie hier zur Beruhigung der Gemüter nicht beitragen werde. Vor allem beanstandete der Minister, daß die Nachricht über die bevorstehende Änderung in der Stellung des Generals von Liman aus Konstantinopel kommen solle. Eine von der türkischen Regierung ausgehende Veröffentlichung dieser Art werde hier nicht den geringsten Eindruck machen. Der Minister bemerkte ferner, daß, wenn in der gedachten Veröffentlichung nicht ein Termin, und zwar ein einigermaßen naher genannt würde, die Veröffentlichung für ihn wenig Wert habe. Übrigens scheine es die Kaiserliche Regierung auch mit den in Aussicht genommenen Veränderungen in Konstantinopel nicht eilig zu haben, da der Herr Staatssekretär dem russischen Botschafter in Berlin gegengegenüber geäußert hätte, die Veränderungen würden eventuell „im Laufe des Jahres“, was so viele heiße als vielleicht erst Ende Dezember d. Js., eintreten.

Ich versuchte dem Minister zu beweisen, daß nach Lage der Dinge die fragliche Nachricht nur aus Konstantinopel gebracht werden könne, da nur die türkische Regierung über Veränderungen in den Verhältnissen von Offizieren, die in türkische Dienste getreten seien, endgültig zu entscheiden habe. Im übrigen zweifelte ich nicht daran, daß die Nachricht alsbald von der deutschen Presse in einer Form übernommen werden würde, die keinen Zweifel darüber lasse, daß die in Aussicht genommene Verwendung des Generals von Liman in einer höheren Stellung im Einverständnis mit der Kaiserlichen Regierung erfolge.

Herr Sasonow wiederholte nun in längeren Auseinandersetzungen seinen bekannten Standpunkt und sein Erstaunen, daß er bei uns so wenig Verständnis für die berechtigte Erregung finde, welche die An-

gelegenheit hier hervorrufen müsse. Ich erklärte dem Minister, daß uns dieses Verständnis allerdings fehle, da nach unserer Auffassung es einfach unlogisch sei, gegen eine deutsche Militärmission in der Türkei an sich keine Einwendungen zu erheben, sich aber über die Art, wie diese Mission ihre Aufgabe zu erfüllen für angezeigt halte, zu erregen.

Der Minister warf nun die Frage auf, wie sich die Militärmission verhalten würde, falls die Türkei mit irgendeiner Macht in kriegerische Verwickelungen geraten sollte. Ich erwiderte, man möge sich in dieser Beziehung hier nicht weiter beunruhigen. Es scheine mir wenig wahrscheinlich, daß die Türkei in absehbarer Zeit an kriegerische Unternehmungen dächte, und die Eventualität, daß General von Liman an der Spitze seines türkischen Korps gegen Rußland zu Felde ziehe, verdiene nach meiner Überzeugung bei unseren Besprechungen nicht ernstlich ins Auge gefaßt zu werden.

Ich bemerkte dann, wenn der Minister uns Mangel an Verständnis für den russischen Standpunkt vorwerfe, so könne ich ihm diesen Vorwurf nur zurückgeben. Man werde bei uns nie und nimmermehr verstehen, wieso das aktive Kommando des Generals von Liman über das Armeekorps von Konstantinopel einen unfreundlichen Akt gegen Rußland darstellen solle, während über die Stellung der türkischen Flotte sowie sämtlicher türkischer Marineanstalten unter englisches Kommando und den Ankauf eines der größten Dreadnoughts der Welt für die Türkei, noch dazu mit französischem Gelde, kein Wort verloren werde*. Der Minister versuchte wie schon neulich nach echt russischer Art über dieses ihm unbequeme Argument mit einigen abfälligen Bemerkungen über die türkische Marine hinwegzugehen. Die Türkei besitze überhaupt keine Flotte und werde nie eine besitzen**, da ihr das geeignete Material zur Bemannung von Schiffen fehle. Ich wies demgegenüber auf die Tätigkeit des türkischen Kreuzers „Hamidije“ während des letztes Krieges hin, welche beweise, daß selbst ein verhältnismäßig kleines Kriegsschiff mit türkischer Bemannung, wenn es nur gut geführt werde, durchaus keine quantité négligeable sei.

Übrigens werde hier immer von der Frage des Prestige in Konstantinopel gesprochen. Niemand in Deutschland und kein unparteiisch Urteilender werde aber zugeben können, daß die Ausübung des aktiven Kommandos über ein türkisches Korps durch einen deutschen

---

* Ende Dezember 1913 wurde bekannt, daß die Pforte ihren Botschafter in London beauftragt hatte, Verhandlungen zwecks Ankaufs des brasilianischen Überdreadnougths „Rio de Janeiro“ einzuleiten, der in Elswick gebaut wurde. Sasonow hatte übrigens allerdings, charakteristischerweise nicht in London, sondern in Paris Vorstellungen deswegen erhoben: „Wir halten es für höchst erwünscht, in Zukunft die weitere Erwerbung von Panzerschiffen durch die Türkei zu verhindern.“ Geheimtelegramme Sasonows Nr. 3513 und 3515 vom 2. Januar 1914 an Iswolsky. Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911 bis 1914, ed. Fr. Stieve, IV, 10f., 14.

** Vgl. dazu Nr. 15 475, Fußnote ***.

General dem deutschen Vertreter am Goldenen Horn ein größeres Ansehen gebe, als es der englische Botschafter, welcher die türkische Flotte hinter sich habe, besitze.

Ich wies dann darauf hin, daß trotz des von mir zugegebenen mangelnden Verständnisses für den russischen Standpunkt, Euere Exzellenz sich dennoch im Interesse der guten Beziehungen zu Rußland sofort bereit erklärt hätten, in Konstantinopel die Frage prüfen zu lassen, was etwa zur Beruhigung der hier aufgetauchten Besorgnisse geschehen könne. Unseren guten Willen müsse Herr Sasonow hieraus ersehen. Ich bäte ihn aber inständig, in der Frage nicht zu drängen und nicht auf der Festsetzung eines bestimmten nahen Termines für die Änderung in dem Verhältnis des Generals von Liman zu bestehen. Durch ein solches Drängen werde er der Sache nur schaden. Ich hielte es für ausgeschlossen, daß meine Regierung sich auf die Festlegung eines solchen Termins einlasse. Wenn der Herr Staatssekretär vom Verlaufe des Jahres gesprochen habe, so sollte dies hier genügen. Schließlich mache es keinen Unterschied, ob General von Liman sein Kommando im April oder im Dezember niederlege. Die Hauptsache sei, daß im Prinzip dem russischen Bedenken Rechnung getragen werde.

Der Minister möge nicht vergessen, in welch schwierige Lage das russische Vorgehen die Kaiserliche Regierung gebracht habe. Wären die Verhandlungen im Rahmen eines vertraulichen und freundschaftlichen Gedankenaustausches zwischen dem Berliner und Petersburger Kabinett geblieben, so würde es viel leichter gewesen sein, dem russischen Standpunkt einige Konzessionen zu machen. Seitdem aber die hiesige und französische Presse die Angelegenheit in einer unerhörten Weise aufgebauscht habe, und besonders nach dem Schritt der Tripelentente in Konstantinopel sei die Frage ganz unnötigerweise zu einer Prestigefrage geworden. Bei dieser Sachlage sei es für die Kaiserliche Regierung, wie Herr Sasonow selbst einsehen müsse, unmöglich, einen Schritt zu tun, der den Anschein erwecken könnte, als wiche Deutschland vor einem Druck der Tripelentente und vor der Pressekampagne zurück. Ein solches Zurückweichen würde kein Leiter der deutschen Politik vor Seiner Majestät dem Kaiser verantworten oder vor der deutschen öffentlichen Meinung vertreten können. Die einzig mögliche Lösung sei daher die vom Herrn Staatssekretär in Aussicht genommene, bei welcher es nicht darauf ankomme, ob sie einige Monate früher oder später praktisch werde.

Gegen Ende der Unterhaltung verfiel Herr Sasonow wieder in etwas versöhnlicheren Ton. Er schilderte mir die Schwierigkeiten seiner Lage und bat, auf dieselbe Rücksicht zu nehmen. Die von ihm bisher befolgte Politik werde von „sehr hoher und einflußreicher Seite" bekämpft. Man halte ihm vor, daß die deutsche Militärmission der Dank für den Besuch des Kaisers Nikolaus an unserem Hofe, sowie für seinen und des Herrn Kokowzow Besuche in Berlin sei, und daß seine deutsch-

freundliche Politik Rußland von einer diplomatischen Niederlage zur anderen führe.

Diese Äußerungen scheinen mir besonders bemerkenswert, weil sie meine an anderer Stelle geäußerte Vermutung bestätigen, daß Herr Sasonow in seiner Haltung in der Frage der Militärmission durch die hiesigen deutschfeindlichen Kreise stark beeinflußt wird. Wen der Minister mit der sehr hohen und einflußreichen Seite meinte, weiß ich nicht, denn es ist mir bis jetzt noch nicht gelungen, festzustellen, ob etwa der Großfürst Nikolai Nikolajewitsch, der bekanntlich in diesem Winter ziemlich in Ungnade gefallen war, sich beim Zaren wieder Einfluß zu verschaffen gewußt hat. Möglicherweise hatte Herr Sasonow bei seiner Äußerung einflußreiche Reichsratkreise im Auge. Für die in diesen Kreisen anscheinend vielfach vertretene Auffassung scheint mir eine Äußerung, die der Graf Witte neulich getan hat, bezeichnend: „Den Deutschen könne er ihr Vorgehen nicht verdenken, sie hätten mit der Militärmission wieder einen genialen Coup ausgeführt. Für Rußland bedeute aber die Mission des Generals von Liman eine neue ernste Schlappe, die es seiner unfähigen Diplomatie zu verdanken habe."

Schließlich kam der Minister wieder darauf zurück, wie wertvoll es für ihn sein würde, ein offiziöses Communiqué hier veröffentlichen zu können und darin etwa zu sagen, die Frage der Militärmission besäße keineswegs die Schärfe, die ihr vielfach beigelegt würde. Sie bilde den Gegenstand freundschaftlicher Verhandlungen zwischen beiden Kabinetten, von denen man hoffen dürfe, daß sie bald zu einem befriedigenden Ergebnis führen würden *.

Ich sagte dem Minister, ich wüßte nicht, ob Euere Exzellenz eine solche Veröffentlichung in dem gegenwärtigen Stadium der Angelegenheit für wünschenswert halten würde, auch könnte ich nicht umhin zu bezweifeln, daß dieselbe den hiesigen Hetzern genügen und sie beruhigen würde.

F. Pourtalès

Bemerkung von Bethmann Hollwegs am Schluß des Schriftstücks:
Ich sehe nicht ein, warum wir gegen ein solches Communiqué Widerspruch erheben sollten. Es entspricht den Tatsachen, und wird nicht Lügen gestraft

---

* Vgl. dazu auch den Bericht Delcassés vom 13. Januar (Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, III, 105), der das Sasonowsche Verlangen nach einem entgegenkommenden deutschen Communiqué in wesentlich schroffere Formen kleidet: „Il demande donc au Cabinet de Berlin ‚de l'aviser du terme approximatif qu'il trouve nécessaire de fixer'. — Si le Gouvernement allemand adhère à ce point de vue, une communication pourra être faite à la presse, portant que les deux gouvernements espèrent arriver à bref délai à une solution satisfaisant leurs intérêts reciproques et répondant d'autre part aux liens d'amitié unissant les deux Empires. — M. Sasonoff exprime le désir d'être informé le plus tôt possible de la résolution du Gouvernement allemand."

werden, nachdem die Beförderung des Generals Liman zum General der Kavallerie gesichert ist. Außerdem erleichtert es uns unsere eigene Stellung, indem es den Rücktritt des Generals Liman von dem Kommando des 1. Armeekorps nicht als eine Folge der Demarchen der Tripelentente, sondern als Folge unserer freundschaftlichen Pourparlers mit Rußland erscheinen läßt.

B. H. 14/1.

Nr. 15 520

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 5 St. Petersburg, den 10. Januar 1914

Ich gewinne mehr und mehr den Eindruck, daß bei der Hetze gegen die deutsche Militärmission in der Türkei von Anfang an diejenigen hiesigen und auswärtigen Kreise ihre Hand im Spiel gehabt haben, welche die guten Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland zu stören bestrebt sind, und daß die ganze Hetze auf diese Kreise in erster Linie zurückzuführen ist. Es läßt sich zwar nicht beweisen, aber viele Anzeichen sprechen dafür, daß die Erregung über die Militärmission von Personen ausgegangen und geschürt worden, die während des Aufenthalts des Kaisers Nikolaus in Livadia auf den Monarchen Einfluß auszuüben Gelegenheit hatten. Jedenfalls fiel mir gleich bei den ersten Unterredungen, die ich mit Herrn Sasonow über die Angelegenheit hatte, auf, daß der Minister wiederholt bemerkte, er sei „in Livadia" mit der Nachricht von der Ausübung des aktiven Kommandos durch General von Liman „überrascht" worden. Ebenso war eine sehr bemerkenswerte Änderung in der Haltung und Sprache des Ministerpräsidenten Kokowzow zu bemerken, als er nach seiner Rückkehr aus dem Auslande zum Immediatvortrag bei seinem kaiserlichen Herrn in Livadia gewesen war*. Die äußerst nervöse Stimmung, in der beide Minister vom kaiserlichen Hoflager hierher zurückgekehrt sind, in Verbindung mit dem Umstand, daß besonders Herr Sasonow zu Anfang vorwiegend militärische Momente anführte, um die russischen Besorgnisse wegen der Militärmission zu begründen, scheinen auf militärische Einflüsse hinzudeuten, welche in Livadia die miltärische Lage Rußlands als durch die deutsche Militärmission in der Türkei bedroht hingestellt haben. Es war bezeichnend, daß Herr Sasonow im weiteren Verlauf der Unterredungen die militärischen Gesichtspunkte ganz zurücktreten ließ, um dann desto stärker das politische Moment: die angebliche Störung des Gleichgewichts der Mächte in Konstan-

* Vgl. Nr. 15 478.

tinopel hervorzuheben. Es unterliegt für mich keinem Zweifel, daß sich die Hetze anfangs gegen unsere Militärmission überhaupt richtete und daß man sich auf die Bedenken gegen das „aktive Kommando“ zurückzog, als man sich erinnerte, daß die Frage der Militärmission bereits im Frühjahr zwischen unseren beiden Monarchen besprochen worden war.

Trifft meine Vermutung zu, daß es ursprünglich militärische Einflüsse gewesen sind, von denen die Hetze gegen die Militärmission ausgegangen ist*, so liegt es nahe, zunächst an die dem Großfürsten

---

* Das scheint bestätigt zu werden durch einen Bericht des Militärattachés in Petersburg Majors von Eggeling vom 3. Januar (Nr. 1), in dem er eingehende Mitteilungen über ein Gespräch mit russischen Generalstabsoffizieren bezüglich der Stellung Rußlands zur deutschen Militärmission in Konstantinopel machte. Es heißt in dem Bericht unter anderem:
„Man führte mir mit der größten Offenheit etwa folgendes aus: Eines Tages werden wir mit der Türkei abrechnen. Dann wünschen wir sie schwach zu finden. Sie wird militärisch erstarken durch die deutsche Reformtätigkeit in der jetzt gewählten Form. Darum hätten wir nichts eingewendet gegen eine vorwiegend beratende Tätigkeit der deutschen Offiziere, die ebensowenig durchgreifend hätte wirken können wie früher. Jetzt hat man aber eine Organisation gewählt, die Erfolg verspricht. Darum wollen wir nicht diese unmittelbare Kommandogewalt der deutschen Generale. . . . Des weiteren sprach man sich im Generalstab mit gleicher Offenheit dahin aus, die russische Diplomatie habe sich in der ganzen Frage der Militärmission an die falsche Adresse gewandt. Sie hätte Deutschland überhaupt auslassen und sich mit der kategorischen Forderung an die Türkei wenden sollen, die betreffs der Militärmission getroffenen Vereinbarungen rückgängig zu machen. Mein Einwurf, daß die Türkei doch bis jetzt noch ein souveräner Staat sei, erfuhr die Erwiderung, ein solches Vorgehen Rußlands sei nur das gleiche, wie es Österreich gegen Serbien in der Adriafrage mit Erfolg angewendet habe. Einer eigentümlichen Auffassung begegnete ich auch bezüglich der Reformtätigkeit englischer Offiziere in der türkischen Marine. Die in dieser Frage auffallend ruhige Haltung, die erst letzthin in der russischen Presse gelegentlich eine etwas erregtere Besprechung gefunden hat, erklärt man mit der operativen Bedeutungslosigkeit der türkischen Flotte selbst nach einer durchgreifenden Reform. Ein Kampf um die Dardanellen werde stets zu Lande ausgetragen werden! Der Bedeutung einer unbestrittenen Seeherrschaft der Russen im Schwarzen Meere bei einem Kampf in Armenien — ganz abgesehen von einem solchen um die Dardanellen — ist man sich augenscheinlich nicht bewußt. Auch wurde mit besonderem Nachdruck das politische Verhältnis der beteiligten Staaten betont. Man stehe nun einmal mit England in der Entente, mit Deutschland aber in keinerlei Bundesverhältnis. Darum verdiene eine von Deutschen ausgebildete türkische Armee eine andere Bewertung als eine von Engländern reformierte türkische Flotte. Das kommt also auf die höchst eigenartige Auffassung heraus, als ob man es bei einem Kriege gegen die Türkei mit einer deutschen Armee, aber nicht mit einer englischen Flotte zu tun habe. Sie begründet sich augenscheinlich auf eine völlige Verblendung in der Beurteilung des englisch-russischen Ententeverhältnisses. In ausführlicher Weise wurde mir dargelegt, wie alle Reibungsflächen zwischen den beiden Mächten geschwunden seien, seit man sich in Persien geeinigt und alle verständigen Leute angebliche Aspirationen Rußlands auf Indien als eine Utopie anerkannt hätten. Damit sei ja alle Rivalität und auch jeder Einwand Englands gegen die

Nikolai Nikolajewitsch nahestehenden Kreise zu denken, deren Hetzarbeit während der Krisis des vorigen Winters wiederholt zutage trat, und die auch jetzt wieder in deutschfeindlichem Sinne tätig gewesen sein mögen. Man wird aber auch gewiß in der Annahme nicht fehlgehen, daß von den höheren Militärs und Marineoffizieren von Odessa und Sewastopol, welche in Livadia Gelegenheit hatten, sich dem Zaren zu nähern, und deren Augenmerk naturgemäß in erster Linie auf die Meerengen und die Türkei gerichtet sind, mancher sich denjenigen angeschlossen hat, welche wegen unserer Militärmission Alarm zu schlagen für nötig gefunden haben. Würde Herr Sasonow nicht von einer Seite gehetzt worden sein, die auch die Anschauungsweise des Kaisers Nikolaus zu beeinflussen gewußt hat, so würde der Minister, wie ich ihn zu kennen glaube, die ganze Angelegenheit nicht so leidenschaftlich aufgegriffen haben, wie er es gleich bei den ersten Unterredungen mit Herrn von Lucius getan hat. In den meisten Fällen, in denen er während der vorigjährigen Krisis sich zu unüberlegten heftigen Äußerungen und Schritten hinreißen ließ, konnten ähnliche Einflüsse, die auf ihn eingewirkt hatten, festgestellt werden.

Die erregte Stimmung, in welcher der Minister aus Livadia hierher zurückkehrte, führte dazu, daß er, wahrscheinlich auch von unseren Gegnern in seinem eigenen Ministerium gedrängt, um uns einzuschüchtern, sofort die Tripelentente mobil zu machen suchte und auch sonst im ersten Unmut manche Geister rief, die er bald darauf gewiß gern wieder los geworden wäre.

Ich möchte bezweifeln, daß die hiesige Presse die Angelegenheit in der Weise aufgebauscht hätte, wie es geschehen ist, wenn nicht vom Ministerium des Äußern aus in das Feuer geblasen worden wäre. Es mußte aber auch sofort auffallen, daß die Zeitungen und ganz besonders die „Nowoje Wremja" sich bei ihren Angriffen gegen uns beinahe wörtlich derselben Argumente bedienten, die Herr Sasonow mir gegenüber verwertete. Daß in dieser Preßkampagne auch die Unterstützung der „Nowoje Wremja" mit in Anspruch genommen worden ist, sollte eigentlich nur mit Einwilligung des Herrn Sasonow

---

Freigabe der Dardanellen und das Erscheinen russischer Kriegsschiffe im Mittelmeer geschwunden."

Zu diesen Darlegungen aus russischen Generalstabskreisen gibt Major von Eggeling noch folgenden Kommentar: „Diese Auffassungen und Anschauungen scheinen mir insofern eine gewisse Beachtung zu verdienen, als sie offenbar diejenigen der leitenden militärischen Kreise widerspiegeln. Ihre im Grunde genommen selbstverständlich offensive Tendenz wird zeitweilig gemildert durch die im Interesse des Heeres liegende und klar erkannte Notwendigkeit einer mehrjährigen Ruhe. Für diese Frist dürfte also eine friedfertige Politik Rußlands voraussichtlich eine Stütze in den Ratschlägen der maßgebenden Militärs finden, falls nicht unerwartete Komplikationen eintreten."

geschehen sein. Bei den Zuständen, die im hiesigen Ministerium herrschen, ist es aber keineswegs ausgeschlossen, daß die Gegner einer deutschfreundlichen Politik auf eigene Hand vorgegangen sind. Die überraschenden Indiskretionen, die in der vorigen Woche in der „Nowoje Wremja" erschienen, dürften auf diese Kreise zurückzuführen sein. Daß Herr Sasonow dieselben veranlaßt hat, möchte ich bis auf weiteres nicht annehmen.

Daß die Hetzereien der „Nowoje Wremja" sich sehr bald gegen den Minister selbst wenden würden, mußte er nach den Erfahrungen des vorigen Winters selbst voraussehen. In der Tat wird dem Minister auch bereits vorgeworfen, daß nur seine schwächliche Politik diesen neuen deutschen Sieg herbeigeführt habe, und es wird auf das heftigste gegen das „faule Kompromiß" zu Felde gezogen, welches er jetzt mit uns zu vereinbaren bemüht ist.

So ist denn nicht zu leugnen, daß Herr Sasonow sich augenblicklich in einer recht schwierigen Lage befindet, an der er allerdings zum Teil selbst die Schuld trägt. Man wird ihm nach meiner Überzeugung vollen Glauben schenken können, wenn er versichert, daß er jetzt von allen Seiten bedrängt wird, und daß es für ihn von größtem Wert wäre, etwas zur Beruhigung der Gemüter veröffentlichen zu können. Es wäre aber zu der Erregung der öffentlichen Meinung, wie sie jetzt allerdings allmählich entstanden ist, nicht gekommen, wenn diese Erregung nicht künstlich erzeugt worden wäre. Man muß sich dabei immer vor Augen halten, daß, wenn auch die „Nowoje Wremja" in letzter Zeit an Bedeutung verloren hat, weite hiesige Kreise, insbesondere die nationalistischen Dumaabgeordneten und der größte Teil der Beamtenwelt, sich in ihren Ansichten über auswärtige Politik vorwiegend von der „Nowoje Wremja" beeinflussen lassen.

So können denn die Hetzer, welche sich zur Aufgabe gestellt haben, die guten Wirkungen des Zarenbesuchs bei unserem allerhöchsten Hofe sowie der Besuche der Herren Kokowzow und Sasonow in Berlin zu stören, auf einen vollen Erfolg blicken. Ich bin überzeugt, daß die Herren Kokowzow und Sasonow an dem Wunsche, freundliche Beziehungen mit uns zu pflegen, festhalten und diese Wendung aufrichtig bedauern, man wird aber beide Herren nicht von dem Vorwurf freisprechen können, daß sie die unnötige Aufbauschung einer Frage zugelassen haben, die auf dem Wege eines freundschaftlichen und vertraulichen Gedankenaustausches zwischen beiden Kabinetten zur beiderseitigen Zufriedenheit hätte geregelt werden können. Ich habe mich in diesem Sinne Herrn Sasonow gegenüber sehr offen ausgesprochen und ihm gegenüber besonders nach den Indiskretionen der „Nowoje Wremja" eine etwas kühle Zurückhaltung beobachtet.

F. Pourtalès

Nr. 15 521

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in Petersburg Grafen von Pourtalès

Telegramm. Konzept von der Hand des Staatssekretärs von Jagow

Nr. 9 Berlin, den 15. Januar 1914

Seine Majestät der Kaiser haben dem General von Liman Charakter eines Generals der Kavallerie verliehen. Pforte wird nunmehr seine Ernennung zum Marschall veranlassen, womit Kommando über Armeekorps von selbst wegfällt. Wir betrachten hiermit Angelegenheit als im Sinne der Herrn Kokowzow gegebenen Zusicherungen erledigt.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 15 522

*Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an das Auswärtige Amt**

Telegramm. Entzifferung

Nr. 9 St. Petersburg, den 15. Januar 1914

Bei gestrigem Neujahrsempfang erwähnte Seine Majestät der Kaiser Nikolaus kurz Angelegenheit des Generals von Liman und bemerkte, es sei guter Jahresanfang, daß dieselbe „applaniert“ sei. Herr Sasonow bemerkte, daß er offizielle Bestätigung über Änderung in Stellung des Generals noch nicht erhalten habe. Ich erwiderte, nach Zeitungsnachrichten scheine mir hierüber kein Zweifel zu bestehen**. Wäre dankbar für Mitteilung über Stand der Angelegenheit.

Pourtalès

---

* Bereits veröffentlicht im deutschen „Weißbuch betreffend die Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges“, S. 151.

** Schon am 12. Januar hatten, wie Baron von Etter an diesem Tage an Sasonow telegraphierte (v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke,a. a. O., S. 670), die Agenturtelegramme berichtet, daß General Liman das Kommando über das Armeekorps abgebe und nur Inspekteur der Armee und Direktor der Militärschule bleibe. Am 13. Januar hatte dann Sasonow selbst bei Botschafter von Giers in Konstantinopel angefragt, ob die Ernennung Limans zum Inspekteur der Armee bedeute, daß ihm die allgemeine Inspektion des türkischen Heeres übertragen werde, oder daß er die Inspektion über den 1. Militärbezirk erhalte und damit faktisch das Kommando über die Konstantinopeler Truppen in Händen behalte. Dieser Punkt spielte auch eine große Rolle bei der „Sonderkonferenz“, die unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Kokowzow und unter Teilnahme des Kriegsministers Suchomlinow, des Marineministers Gregorowitsch, des Außenministers Sasonow und des Generalstabschefs Shilinski am 13. Januar zu einer Erörterung der Frage zusammentrat, welche „Nötigungsmaßregeln“ zur Durchsetzung der russischen Forderungen in Aussicht genom-

Nr. 15 523

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 15 St. Petersburg, den 18. Januar 1914

Ministerpräsident Kokowzow, den ich gestern sah, und dem ich von dem Inhalt Euerer Exzellenz Mitteilung betreffend die Rangerhöhung des Generals Liman von Sanders Kenntnis gab, sprach mir in sehr herzlichen und warmen Worten seine Freude über die Erledigung der Angelegenheit aus. Er nehme an, daß General von Liman nunmehr eine ähnliche Stellung in Konstantinopel bekleiden werde, wie sie Goltz Pascha innegehabt habe, und halte die Lösung für eine befriedigende. Der Ministerpräsident bemerkte, Seine Majestät der Kaiser Nikolaus sei unserem allergnädigsten Herrn sehr dankbar für das in der Frage bewiesene Entgegenkommen und das Bestreben, einen Weg zu finden, um den russischen Wünschen Rechnung zu tragen. Sein kaiserlicher Herr und er selbst legten den aller-

---

men werden müßten (M. Pokrowski, Drei Konferenzen, S. 32 ff.). In der Versammlung bestand volles Einvernehmen darüber, daß eine Lösung der Frage, die irgendeine Kommandogewalt in den Händen Limans belasse, gleichwohl ob in Konstantinopel oder anderwärts, nicht akzeptiert werden könne. Als „Nötigungsmaßnahme" wurde von der Sonderkonferenz die Besetzung irgendeines Punkts in Kleinasien, beispielsweise Trapezunts oder Bajasids, ins Auge gefaßt, die von der Erklärung begleitet sein sollte, daß Rußland dort bis zur Durchsetzung seiner Forderungen verbleiben werde. Natürlich waren sich die Teilnehmer der Sonderkonferenz durchaus dessen bewußt, daß man damit die Gefahr eines europäischen Krieges heraufbeschwöre; eben deshalb sollte zu dem Mittel nur dann gegriffen werden, wenn man sich durch Verhandlungen in Paris und London die Gewißheit verschafft haben werde, daß die beiden Ententegenossen für die gemeinsamen Interessen bis zu Ende eintreten würden. Frankreichs glaubte man ja durchaus sicher zu sein, da Delcassé Sasonow im Namen des französischen Außenministers versichert hatte, daß Frankreich unter allen Umständen so weit gehen würde, wie Rußland es wünsche. Weniger sicher fühlte man sich der aktiven Teilnahme Englands, die aber allseitig für unumgänglich nötig erachtet wurde. Schließlich einigte sich die Konferenz dahin, daß man zu Druckmitteln, die einen Krieg mit Deutschland zur Folge haben könnten, nur dann greifen dürfe, wenn die aktive Beteiligung sowohl Frankreichs als auch Englands an den gemeinsamen Schritten absolut gesichert sei. Bemerkenswert ist, daß, während in der ganzen Liman Sanders-Krise nach Ausweis der Akten auf deutscher Seite der Kriegsfall nicht ein einziges Mal in Betracht gezogen wurde, Ministerpräsident Kokowzow, selbst zwar Gegner eines Krieges mit Deutschland, in der Sonderkonferenz vom 13. Januar mit aller Präzision die Frage stellte: „Ist der Krieg mit Deutschland erwünscht und kann Rußland ihn führen?", und daß der Kriegsminister wie der Chef des Generalstabes daraufhin „kategorisch die volle Bereitschaft Rußlands zum Zweikampf mit Deutschland, von einem Zweikampf mit Österreich schon gar nicht zu reden," erklärten (Pokrowski, a. a. O., S. 42).

größten Wert auf ein freundschaftliches und vertrauensvolles Verhältnis zu Deutschland und hätten besonders aus diesem Grunde das nunmehr glücklich beigelegte Mißverständnis bedauert. Herr Kokowzow gab bei dieser Gelegenheit der großen Verehrung, die er für Seine Majestät unseren Kaiser hege, Ausdruck und betonte dann, wie sehr ihm daran liege, die mit Euerer Exzellenz angeknüpften persönlichen vertrauensvollen Beziehungen zu pflegen. Er fügte hinzu, daß auch Kaiser Nikolaus stets in den gnädigsten Ausdrücken über Euere Exzellenz spreche. Die Worte des Ministerpräsidenten klangen sehr herzlich und machten einen aufrichtigen Eindruck.

Im weiteren Verlaufe der Unterredung bemerkte Herr Kokowzow, auch wir würden, wie er annehme, mit der von der russischen Regierung in der Angelegenheit beobachteten Haltung zufrieden sein. Trotz der für Rußland sehr großen Bedeutung der Frage sei hier von vornherein auch auf den deutschen Standpunkt Rücksicht genommen worden.

Auf diese Bemerkung konnte ich nicht umhin zu erwidern, daß es uns von hier aus nicht gerade leicht gemacht worden sei, Rußland, wie es von vornherein der Wunsch Euerer Exzellenz gewesen sei, in der Frage entgegenzukommen. Ich wies dabei auf den Schritt der Tripelentente in Konstantinopel und auf die Indiskretionen in der Presse hin. Herr Kokowzow ging auf meine Bemerkung über den Schritt der Tripelentente nicht näher ein, sprach über die Indiskretionen in der Presse sein lebhaftes Bedauern aus. Er machte direkt das französische Ministerium des Äußeren für diese Indiskretionen verantwortlich. Er selbst sei jetzt so vorsichtig geworden, daß er vor einigen Tagen sogar abgelehnt habe, einen ihm von Herrn Sasonow empfohlenen Korrespondenten des „Temps“ zu empfangen, um mit gutem Gewissen sagen zu können, daß er keinen französischen Journalisten in der letzten Zeit gesehen habe.

Herr Sasonow, den ich nach Herrn Kokowzow sah, äußerte sich zwar auch dankbar über das Entgegenkommen Euerer Exzellenz, er beschränkte sich aber darauf, „die Hoffnung“ auszudrücken, daß der Zwischenfall nunmehr erledigt sei. Er sprach sich im übrigen viel zurückhaltender und kühler aus als der Ministerpräsident. Ich habe Hern Sasonow sehr bestimmt erklärt, daß ich nach den mir von Euerer Exzellenz zugegangenen Informationen, und nachdem mir Seine Majestät der Kaiser Nikolaus selbst die Angelegenheit als „applanie“ bezeichnet habe, dieselbe als endgültig erledigt ansehe.

F. Pourtalès

Nr. 15 524

Der Geschäftsträger in Konstantinopel von Mutius an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 19 Pera, den 20. Januar 1914

Die Ernennung General Liman von Sanders' zum türkischen Marschall und die Beschränkung seiner Funktionen auf die ihm aus seinem Kontrakt zustehenden allgemeinen Inspektionsrechte dürften sowohl im deutschen wie auch im türkischen Interesse liegen. Rußland gegenüber mag immer darauf hingewiesen werden, daß General Liman auf ein wichtiges, ihm kontraktlich zugesichertes Recht, das Kommando über das I. Armeekorps, verzichtet hat, in Wirklichkeit gewinnt der Generalinspekteur, was der kommandierende General verliert. Bei dem Tempo, mit dem gegenwärtig im türkischen Kriegsministerium gearbeitet wird, wären beide Funktionen für einen Mann auf die Dauer zu viel gewesen. General Liman ist denn auch von seiner neuen Stellung äußerst befriedigt. Dies ist die militärisch-technische Seite der Angelegenheit. In politischer Beziehung bietet die eingetretene Änderung zunächst den großen Vorteil, daß General Liman aus allen etwaigen innerpolitischen Verwickelungen der Türkei ausscheidet, was für ihn als Kommandeur des I. Armeekorps schwer, unter Umständen unmöglich gewesen wäre.

Unter dem Gesichtspunkt der auswärtigen Politik war es für die Türkei ebenso wünschenswert, durch ein Entgegenkommen sich von dem russischen Druck etwas zu entlasten, als es unserem Interesse entsprach, Rußland, welches sich in eine Sackgasse verrannt hatte, in guter Form herauszuhelfen [1].

Die akute Phase, in welche die Frage der Militärmission getreten war, dürfte damit überwunden sein. Man wird sich indessen meines Erachtens kaum einer Täuschung darüber hingeben dürfen, daß die Wirksamkeit der deutschen Militärmission auch weiterhin sowohl die türkisch-russischen, wie die deutsch-russischen Beziehungen beeinflussen wird [2]. Je effektiver sich die Reformarbeit gestaltet, um so fühlbarer wird dies werden. Das gleiche gilt vielleicht in noch höherem Grade von der Reorganisation der Flotte, die in englischen Händen liegt. Mit einigen wirklich leistungs- und manövrierfähigen türkischen Dreadnoughts wäre die ganze Stellung Rußlands im Schwarzen Meere verschoben [3]. Nur sind eben die englisch-russischen Beziehungen so delikater Art, daß man mit Worten tunlichst an diese Dinge nicht rühren wird [4].

Mutius

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Na! Von der habe ich verdeibelt wenig gemerkt!!
[2] ja
[3] wird sie auch
[4] richtig

Nr. 15 525

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 28 St. Petersburg, den 31. Januar 1914

Obgleich Herr Sasonow jetzt nicht umhin kann anzuerkennen, daß die Angelegenheit der deutschen Militärmission in der Türkei in einer für Rußland befriedigenden Weise erledigt ist, hat er es doch im Gegensatz zu Herrn Kokowzow, wie mir scheint absichtlich, vermieden, seinem Dank für das von der Kaiserlichen Regierung bewiesene weitgehende Entgegenkommen einen besonders warmen Ausdruck zu geben [1]. Der Minister gibt offenbar nicht gern zu, daß von deutscher Seite ein freundlicher Akt vorliegt, der uns etwa berechtigen könnte, bei sich bietender Gelegenheit von Rußland eine Gegenleistung zu verlangen [2]. Herr Sasonow möchte es anscheinend gern so hinstellen, als habe Deutschland nichts weiter getan, als berechtigten Bedenken Rußlands Rechnung zu tragen oder gar ein gegen Rußland begangenes Unrecht wieder gutzumachen [3].

Auf diese Auffassung des Ministers dürfte es auch zurückzuführen sein, daß Seine Majestät der Kaiser Nikolaus, höchstwelcher sich beim Frühstück am 27. Januar während der ganzen Dauer der Tafel sehr gnädig mit mir unterhielt, die Erledigung der Angelegenheit des Generals von Liman mit keinem Worte erwähnte und es gegen seine sonstige Gewohnheit überhaupt vermied, politische Themata mit mir zu berühren [4]. Ich nehme an, daß Herr Sasonow, der unmittelbar vor dem Frühstück zum Immediatvortrag empfangen worden war, seinen kaiserlichen Herrn entsprechend beraten hatte. Auf der Rückfahrt von Zarskoje Selo sagte mir der Minister, Seine Majestät habe ihm vor der Tafel gesagt, „je suppose que je n'ai que des sourires aimables à adresser à l'Allemagne [5]".

Vielleicht hat Herr Sasonow sich einiger Unterredungen mit mir aus der letzten Zeit erinnert und befürchtet, ich könnte auch Seiner Majestät gegenüber dem Bedauern darüber Ausdruck geben, daß die Angelegenheit von Anfang an nicht, wie es den von unseren beiden Monarchen gewünschten vertrauensvollen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland entsprochen hätte, im Rahmen eines freundschaftlichen und vertraulichen Gedankenaustausches zwischen beiden Regierungen geblieben ist. Ich hatte mir allerdings vorgenommen,

wenn sich Gelegenheit dazu böte, Seiner Majestät nicht zu verschweigen, daß die Indiskretionen der französischen Presse sowie die Art, wie die Frage bedauerlicherweise zu einer Angelegenheit der Tripelentente aufgebauscht worden sei, bei uns einen ungünstigen Eindruck gemacht [6] und das von unserem allergnädigsten Herrn und der Kaiserlichen Regierung bewiesene Entgegenkommen nicht erleichtert habe.

Dem Botschaftsrat von Lucius gegenüber, welchen der Zar nach Aufhebung der Tafel ins Gespräch zog, hat Seine Majestät die Rangerhöhung des Generals von Liman mit einer scherzenden Bemerkung [7] berührt. Herr von Lucius hat erwidert, man habe in Deutschland gar nicht begreifen können, wie das dem General Liman von Sanders türkischerseits übertragene Kommando hier eine solche Beunruhigung habe hervorrufen können. Seine Majestät hat darauf bemerkt, er habe in der Tat auch gehört, daß man durch die hier entstandene Erregung bei uns überrascht worden sei. Der Kaiser hat dann zugegeben, daß ihm der Plan, eine deutsche Militärmission nach der Türkei zu senden, schon von Seiner Majestät dem Kaiser und König gelegentlich der Vermählungsfeierlichkeiten in Berlin im vorigen Frühjahr mitgeteilt worden sei [8]. Seine Majestät hat ferner erwähnt, der deutsche Standpunkt sei ihm aus dem Brief des Herrn Reichskanzlers an Herrn Kokowzow *, den ihm dieser in Livadia vorgelegt habe, bekannt [9]. Seine Majestät hat schließlich zugegeben, daß die Angelegenheit von unserer Seite [10] eine rasche Erledigung gefunden hat.

Ich kann nicht umhin, nachdem die Angelegenheit nunmehr zwischen beiden Regierungen abgeschlossen ist, hervorzuheben, daß Herr Kokowzow in der ganzen Frage freundschaftlichere Gesinnungen gegen Deutschland gezeigt hat als Herr Sasonow [11]. Als der Ministerpräsident mir nach seiner Rückkehr von Livadia in sehr deprimiertem Tone über die durch den Zwischenfall Liman erfolgte Störung in unseren Beziehungen sprach **, hatte ich den Eindruck, daß sein Bedauern über diese Störung ein aufrichtiges war, und zwar auch besonders aus dem Grunde, weil er auf diese Beziehungen Wert legt. Einen ebenso aufrichtigen Eindruck machte aber auch seine sichtliche und in sehr warmen Worten zum Ausdruck gebrachte Freude und Dankbarkeit über die Erledigung des Zwischenfalles.

Von Herrn Sasonow habe ich vom ersten Augenblick an den Eindruck gehabt, daß er von einer uns feindlichen Seite, die uns mit Rußland zu entzweien wünscht, geschoben wurde [12]. Man kann nicht umhin, dabei auch an Herrn Delcassé zu denken, der, wie ich mir wiederholt erlaubt habe zu berichten, es verstanden hat, in der kurzen Zeit seines Hierseins auf den Minister einen sehr großen persönlichen Einfluß zu gewinnen [13].

F. Pourtalès

---

* Siehe Nr. 15 455.
** Vgl. Nr. 15 478.

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
1 Wir haben es nicht aus Entgegenkommen für Rußland gemacht!
2 Das wird geschehen!
3 unerhört!
4 von Sazonow dahin instruirt!
5 genügt nicht mehr! Damit hat er uns immer nur abgespeist!
6 ja
7 !
8 ja, na also!
9 na, was will man noch mehr!
10 türkischer!
11 ?
12 er ist eben Stockrusse und Slave, was Kokowzow nicht so ist!
13 richtig

Nr. 15 526

*Der Geschäftsträger in Konstantinopel von Mutius an das Auswärtige Amt**

Telegramm. Entzifferung

Nr. 65 Konstantinopel, den 8. Februar 1914
Streng vertraulich

Als mich vor etwa drei Wochen der mir persönlich befreundete russische Geschäftsträger, wie er sagte privatim, darauf anredete, ob es wahr sei, daß die Skutaridivision nicht mehr durch einen deutschen General befehligt werde, habe ich diese Frage verneint und ihm ziemlich bestimmt bedeutet, daß ich jede amtliche Konversation über das Thema Militärmission ablehnte.

Heute erfährt Vertrauensmann aus bester russischer Quelle, daß die russische Regierung die hiesige Botschaft anwies, Schritte bei Pforte zu unternehmen zwecks Aufklärung über das Divisionskommando, welches Oberst Nikolai in Skutari aktiv führt. Sowohl russischer Geschäftsträger wie General Leontiew rieten in Petersburg von neuem Schritt unter dem Hinweis ab, daß Kommando vermutlich nur provisorischen Charakter trage. Petersburg habe indessen Auffassung hiesiger Botschaft ziemlich schroff zurückgewiesen und auf Demarche bestanden.

Mutius

---

* Die gütliche Erledigung der Liman Sanders-Affäre dank des deutschen Entgegenkommens hinderte nicht, daß diese im Februar 1914 ein Nachspiel fand. Die „Skutariaffäre“ zeigt, wie wenig stichhaltig die frühere russische Behauptung war, daß man sich bei der ersteren Affäre einzig und allein an dem Kommando des Generals Liman von Sanders über das Konstantinopeler Armeekorps stoße.

Nr. 15 527

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in Petersburg Grafen von Pourtalès

Telegramm. Konzept

Nr. 23 Berlin, den 10. Februar 1914

Zur Verwertung bei Herrn Sasonow, nach Euerer Exzellenz Ermessen eventuell auch bei Herrn Kokowzow.

Nach offenbar zuverlässigen vertraulichen Nachrichten beabsichtigt Rußland wegen Divisionskommando deutschen Reformoffiziers im asiatischen (!) Skutari von Pforte Aufklärung zu verlangen. Nachdem wir russischen Wünschen wegen Korpskommandos General von Liman Rechnung getragen und uns hierdurch in unserer öffentlichen Meinung Vorwurf übertriebener Nachgiebigkeit gegen Rußland zugezogen haben, würden wir neue Vorstöße gegen Militärkommission als bewußte Unfreundlichkeit gegen Deutschland betrachten müssen. Wenn dortige Regierung, wie wir bis auf weiteres annehmen möchten, auf Fortbestand freundschaftlicher Beziehungen zu uns Wert legt, können wir von angeblich geplanter Demarche nur dringend abraten. Verantwortung für Folgen derartigen Vorgehens, das von öffentlicher Meinung in Deutschland als Provokation empfunden werden würde, fiele ausschließlich Rußland zur Last.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 15 528

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 29 St. Petersburg, den 11. Februar 1914

Antwort auf Telegramm Nr. 23*.

Habe eben Angelegenheit mit Herrn Sasonow im vorgeschriebenen Sinne besprochen. Minister erklärte, es sei ihm von Divisionskommando deutschen Reformoffiziers in Skutari nichts bekannt [1]. Er habe daher nicht beabsichtigt, deswegen irgendwelchen Schritt bei der Pforte zu tun. Da nach Meldung russischer Botschaft in Konstantinopel früherer Kommandeur fraglicher Division Bronsart von Schellendorff schon vor einigen Wochen seines Kommandos enthoben und zum Ge-

---

* Siehe Nr. 15 527.

neralstabschef ernannt worden sei, habe er sich dabei beruhigt und sich von Herzen gefreut, ganze Angelegenheit der Militärmission als erledigt betrachten zu können. Er hofft dringend, daß nicht neuerdings von Übertragung fraglichen Kommandos an deutschen Offizier die Rede, oder diese Maßnahme etwa schon erfolgt sei. Denn er fürchte, daß eine solche neue Aufrollung der Frage der Militärmission hier große Erregung hervorrufen und auf seinen kaiserlichen Herrn, der sich über Beilegung der Angelegenheit ebenfalls aufrichtig gefreut habe, äußerst peinlichen Eindruck machen werde. Ich erwiderte, daß von neuer Aufrollung der Frage nur dann die Rede sein könne, wenn hier und in Paris wieder angefangen würde, Lärm zu schlagen. Herr Sasonow ersuchte mich, Euerer Exzellenz seine dringende Bitte zu übermitteln, Euere Exzellenz möchten, wenn irgend tunlich, dahin wirken, daß fragliche Maßnahme unterbliebe. Minister erklärte, er könne sich nicht verpflichten, eventuell seine Bedenken in Konstantinopel zu verschweigen. Er halte sich zu Schritt bei der Pforte um so mehr für berechtigt, als Staatssekretär Herrn von Sverwejew, als dieser vor einigen Wochen Frage Divisionskommandeurs in Skutari zur Sprache brachte, zu verstehen gegeben habe, die Einzelheiten der Verwendung der in den türkischen Dienst getretenen deutschen Offiziere gehe Deutschland nichts an, „que l'Allemagne s'en lave les mains". Herr von Jagow habe damals geäußert, wenn Rußland etwas wolle, möge es sich an die Türkei wenden.

Ich erwiderte, wir könnten natürlich Rußland nicht verbieten, Schritt in Konstantinopel zu tun, ich müsse aber in ernster Weise auf sehr übelen Eindruck hinweisen, den jeder neue Vorstoß gegen unsere Militärmission bei uns hervorrufen würde. Minister wies demgegenüber auf Eindruck hin, den Übertragung Divisionskommandos in Skutari an deutschen . . .* hier machen würde. Im Interesse der ihm sehr am Herzen liegenden guten Beziehungen sprach er immer wieder Hoffnung aus, daß leidige Angelegenheit nicht zu neuer Meinungsverschiedenheit zwischen uns führen möge.

Sprache Ministers war versöhnlich, sein Wunsch, wenn irgend möglich neue Differenzen vermieden zu sehen, schien aufrichtig.

Pourtalès

Randbemerkung Zimmermanns:

[1] Grob gelogen! Zunächst Pera zwecks Feststellung, daß Maßnahme definitiv. Dann nochmals Petersburg. Scharfer erneuter Protest gegen russische Treibereien.

---

* Zifferngruppe fehlt.

Nr. 15 529

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in Petersburg Grafen von Pourtalès

Konzept

Nr. 157 Berlin, den 19. Februar 1914

Wie der Kaiserliche Geschäftsträger in Konstantinopel meldet, ist der frühere Kommandeur der Skutaridivision Oberst Bronsart von Schellendorff vor etwa vier Wochen zum Souschef im Generalstab ernannt und schon damals Oberst Nikolai endgültig mit seiner Nachfolge im Divisionskommando betraut worden. Das Kommando in Skutari ist hiernach seit dem Beginn der Tätigkeit der Militärmission ohne Unterbrechung in Händen deutscher Offiziere gewesen. Was stattgefunden hat, ist lediglich ein Wechsel in der Person des Kommandeurs, der schwerlich als Wiederaufrollung der Militärmissionsfrage hingestellt und in Rußland als Anlaß zu neuer Erregung aufgefaßt werden kann. Die Bedenken, die hier im ersten Stadium der Angelegenheit von der russischen Regierung vorgebracht wurden, richteten sich ausschließlich gegen die Führung des Armeekorps in Konstantinopel durch General von Liman. Von Einwendungen gegen die Befehlsgewalt deutscher Offiziere an anderen türkischen Plätzen war bisher nicht die Rede. Umgekehrt ließ die russische Regierung erkennen, daß sie an und für sich auch gegen Kommandobefugnisse des Generals von Liman nichts zu sagen habe, wenn sie nur nicht gerade in Konstantinopel ausgeübt würden. Herr Kokowzow formulierte mir die russischen Wünsche ausdrücklich dahin, daß General Liman entweder seine Kommandobefugnisse verlöre, wenn er in Konstantinopel verbleibe, oder aber an einem anderen Orte als Konstantinopel stationiert werde, wenn er Kommandobefugnisse behalte*.

Trotz der Schwierigkeit unserer Position gegenüber der öffentlichen Meinung in Deutschland haben wir den russischen Bedenken gegen die Stellung des Generals von Liman Rechnung getragen. Wir sind aber damit an der äußersten Grenze unseres Entgegenkommens angelangt und müssen erwarten, daß Rußland die Missionsfrage nunmehr ein für allemal als erledigt betrachtet. Um jede Trübung unseres Verhältnisses zu Rußland zu vermeiden, haben wir uns bisher bemüht, die Militärmission als eine innere Angelegenheit der Türkei anzusehen und zu behandeln. Die russische Regierung muß sich darüber klar sein, daß weitere Treibereien gegen die Militärmission es uns unmöglich machen würden, an diesem Standpunkt festzuhalten.

Ew. pp. bitte ich vorstehendes nachdrücklich bei Herrn Sasonow zu verwerten.

v. Bethmann Hollweg

---

* Vgl. Nr. 15 451.

Nr. 15 530

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 72 St. Petersburg, den 28. Februar 1914

Euerer Exzellenz hohen Erlaß Nr. 157 vom 19. d. Mts.*, betreffend das Kommando der Division in Skutari, habe ich bei Herrn Sasonow eingehend verwertet. Der Hinweis darauf, daß das Kommando in Skutari seit dem Beginn der Tätigkeit der Militärmission ohne Unterbrechung in Händen deutscher Offiziere gewesen sei, machte auf den Minister den meisten Eindruck. Er erklärte, daß er dies nicht gewußt habe, als er wegen des Korpskommandos in Konstantinopel Bedenken erhoben habe. Er müsse zugeben, daß es nicht recht angängig sei, jetzt nachträglich in dieser Frage Schritte zu tun, nachdem er seinerzeit wegen des Divisionskommandos nichts gesagt habe.

Ich wies den Minister von neuem auf den sehr üblen Eindruck hin, den solche Schritte, auch wenn sie in Konstantinopel erfolgten, bei uns machen würden. Ich verließ Herrn Sasonow mit dem Gefühl, daß, wenn er nicht wieder umgestimmt wird, er die Angelegenheit nunmehr auf sich beruhen lassen wird**.

F. Pourtalès

---

* Siehe Nr. 15 529.

** Tatsächlich blieb die Angelegenheit der Militärmission nunmehr auf sich beruhen. Daß indessen bei Sasonow, obwohl er sich scheinbar zufrieden gab und gegenüber dem deutschen Botschafter wiederholt, so noch in einer Unterredung vom 28. April (siehe das Telegramm Nr. 96 des Grafen Pourtalès von diesem Tage in Bd. XXXIX, Kap. CCIC, Nr. 15 859) die versöhnliche Haltung Deutschlands in der Liman Sanders-Affäre anerkannte, der Groll nachwirkte, lehren die folgenden Schriftstücke (Nr. 15 531, 15 532). Auch ergibt das Protokoll über die Sonderkonferenz vom 21. Februar (M. Pokrowski, Drei Konferenzen, S. 46 ff.; Fr. Stieve, Iswolski und der Weltkrieg, S. 247 ff.), daß Rußland trotz der Beilegung der Liman Sanders-Affäre konsequent in der mit dem Sasonowschen Immediatbericht vom 8. Dezember 1913 und der Sonderkonferenz vom 13. Januar 1914 (vgl. Nr. 15 522, Fußnote **) inaugurierten neuen und letzten Phase seiner Meerengenpolitik vorschritt, die ungeachtet der Erkenntnis, „daß der Kampf um Konstantinopel kaum ohne einen allgemeinen europäischen Krieg möglich wäre", die Eroberung der türkischen Hauptstadt als Ziel ins Auge faßte. Rußland dachte, wie aus dem Geheimtelegramm Paléologues vom 18. April (Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, IV, 90) hervorgeht, sogar dann schon zu den Waffen zu greifen, wenn die Türkei im Falle des Ausbruchs neuer Feindseligkeiten mit Griechenland die Meerengen schließen würde, auf die Gefahr hin, daß Deutschland auf die Seite der Türkei treten würde, und daß es darüber zum Weltkrieg komme.

Nr. 15 531

Der Geschäftsträger in Petersburg Freiherr von Lucius an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 120 St. Petersburg, den 11. April 1914
Ganz vertraulich

Euerer Exzellenz beehre ich mich in der Anlage * Abschrift einer Aufzeichnung des augenblicklich hier weilenden Herausgebers der „Grenzboten", Herrn G. Cleinow, über seine Unterredung mit Herrn Sasonow gehorsamst vorzulegen.

Von besonderem Interesse erscheint mir die vielsagende Bemerkung des Ministers über Armenien: Rußland könne eventuell gezwungen werden, in Armenien einzumarschieren, und dann sei es schwierig „wieder herauszugehen" **.

Ich teile die Ansicht des Herrn Cleinow vollkommen, daß Herr Sasonow die Mission des Generals Liman nicht verwunden hat, und daß hier die Hauptquelle seiner latenten Verstimmung zu suchen ist, die bei jeder Gelegenheit zutage tritt und Unfreundlichkeiten gegen uns auf den verschiedensten Gebieten mindestens zuläßt.

Der Minister sprach sich mir gegenüber sehr befriedigt über Herrn Cleinows Besuch aus und betonte wiederholt, daß er sich ihm gegenüber absichtlich sehr offen ausgesprochen habe. Ich hatte den Eindruck, daß Herr Sasonow wieder über sein Lieblingsthema, die Mission Liman, sprechen wollte, bin aber hierauf nicht eingegangen und lenkte das Gespräch auf die Presse und anderes. Herr Sasonow hoffte, daß „die Zeit die unerfreulichen Ereignisse der letzten Monate vergessen machen würde". Ich brachte daraufhin die Klagen deutscher Industrieller über unfreundliche Behandlung in Rußland zur Sprache, worüber ich Euerer Exzellenz besonders zu berichten mich beehrte.

Lucius

Anlage

Aufzeichnung des Herausgebers der „Grenzboten" G. Cleinow

Abschrift

Meine Unterredung mit dem russischen Minister der Auswärtigen Angelegenheiten, Herrn Sasonow, am Mittwoch, den 8. April/26. März 1914 zu St. Petersburg.

---

* Siehe Anlage.
** Vgl. dazu Kap. CCLXXXIX, Nr. 15 425, S. 181, Fußnote *.

Durch den deutschen Botschafter Herrn Grafen Pourtalès mündlich empfohlen, wurde ich von Herrn Sasonow um $5\frac{1}{2}$ Uhr nachmittags empfangen und blieb bei ihm in angeregtem Gespräch bis $6\frac{1}{4}$.

Gleich in medias res gehend sagte ich, daß ich nach Petersburg gekommen sei, um mich darüber bei den Russen selbst zu informieren, ob sie uns wirklich verspeisen wollten und um zu erfahren, wie maßgebliche und verantwortliche Politiker über die deutsch-russischen Beziehungen dächten, wobei ich auf die mehr oder weniger ständig vorhandenen „incidents" und diplomatischen Reibereien gar kein Gewicht lege. Sasonow erkundigte sich dann nach meinen persönlichen Beziehungen zu Rußland; meine Angabe, daß ich mich vorwiegend für die innerrussische Politik interessiere, und daß ich bereits von 1900 bis 1902 und von 1904 bis 1908 in Rußland gelebt und studiert habe, unterstrich er mit einem „Aha, also gerade während der Krisen". Auf seine Frage, ob ich über die Unterredung in der Zeitung schreiben würde, antwortete ich: „Besonders nicht, sondern lediglich im Zusammenhang mit den gesamten Eindrücken, dagegen hätte ich die Absicht, Herrn von Jagow von dem Gespräch zu erzählen," womit Sasonow einverstanden war.

Dann sprudelte er in seiner lebhaften Art los; er treibe prinzipiell eine offene Politik, eine Politik der Aufrichtigkeit; einmal sei es eine Dummheit zu lügen, wo nach 48 Stunden die Wahrheit doch ans Licht käme, und zweitens sei ihm persönlich die Unaufrichtigkeit zuwider.

Ich flocht hier ein, Herr von Jagow habe eine entsprechende gute Meinung von ihm und habe mir noch vor einigen Wochen auf meine Bedenken wegen der amtlichen Politik Rußlands ausdrücklich gesagt: „Ich habe positive Beweise für Herrn Sasonows Aufrichtigkeit und diplomatischen Anstand." Worauf Sasonow auf seine freundschaftlichen Beziehungen zu Herrn von Jagow in Rom hinwies und fortfuhr, wie er sich gefreut habe, auch in Herrn von Bethmann eine gleichgesinnte Auffassung von der Behandlung der Politik zu finden. „Nun aber denken Sie sich meine Lage," fuhr er fort, „ich komme im vorigen Herbst (Oktober 1913) nach Berlin, werde von Herrn von Bethmann mit der größten Wärme und Herzlichkeit empfangen, wir verabreden uns, alle Fragen der internationalen Politik mit vollkommener Offenheit zu erörtern. Von Bethmann greift den Vorschlag freudig auf (Jagow war nicht anwesend). Ich erzählte ihm von der Stimmung in Frankreich, daß dort kein ernsthafter Mensch an Krieg gegen Deutschland und Revanche denke, was ihn sehr beruhigte. Dann kamen wir auf die türkischen Angelegenheiten. Wir sprachen über alle möglichen Details; machen aus, in der Türkei sollte keine Partei ein Sonderrecht gegenüber den anderen erhalten, beschließen wegen der Reformen in Armenien, sind mit einem Wort scheinbar einig und in allem offen gegen einander gewesen. Nun reise ich nach der Krim, halte dem Kaiser Vortrag in Livadia; er ist sehr zufrieden. Da kommt aus g e h e i m e r Quelle in

Konstantinopel die Meldung, Deutschland entsende nicht nur eine Militärmission nach Konstantinopel, nein, deutsche Offiziere übernähmen das Kommando über die Armee. Ich telegraphiere an den Botschafter nach Konstantinopel und erhalte die Bestätigung, daß die ganze Sache schon seit dem Mai abgemacht sei; denken Sie sich: Konstantinopel eine preußische Garnison! und mir sagt man nichts davon. Der Kaiser wollte zunächst nichts davon glauben. Sie wissen, wie man mich dann angegriffen hat."

Ich: „Sieht man aber von dem persönlichen Gekränktsein ab, so verstehe ich nicht, wie Exzellenz sich über die Sache selbst aufregen können. Die zwei Dutzend preußischen Offiziere in Konstantinopel können doch nicht ernstlich beunruhigen."

„64 [oder 54]!" fiel Sasonow ein; „Sie wissen, welches Interesse wir am Bosporus haben, wie empfindlich wir an dieser Stelle sind. Ganz Südrußland hängt davon ab, und nun setzen Sie uns eine preußische Garnison vor die Nase!"

Ich: „Ja, wenn Sie das britische Flottenkommando fürchteten, dann würde ich das verstehen, mit einem Kahn ist die Durchfahrt gesperrt."

„Die türkische Flotte fürchten wir nicht; die Türken werden niemals eine ernst zu nehmende Flotte bekommen. Die Türkei ist fertig."

„Nun also. Dasselbe müßten Sie doch auch von der Armee denken."

„Nein, das ist etwas anderes. Dort hat Deutschland eine Macht." Dann sprachen wir über die inneren Verhältnisse der Türkei, wobei Sasonow den Standpunkt vertrat, daß die Türkei fertig abgewirtschaftet sei, und daß keine Jungtürken in der Lage sein würden, den Staat wieder so weit aufzurichten, daß er politisch etwas aus sich darstellen könne. „Und in diesem schwachen Gebilde ergreift Deutschland die Macht über die Armee!"

„Da widersprechen Sie sich selbst und ich möchte fast glauben, daß die persönlich empfundene Kränkung Euere Exzellenz viel mehr beeinflußt als die Sache."

„Wenn die Türkei stark wäre, wäre die Sache nicht so schlimm."

Herr Sasonow fuhr dann fort: Armenien sei für Rußland höchst wichtig. Die Türkei müsse dort Reformen einführen. Vorgänge wie 1909 (?) dürften sich angesichts der Tatsache, daß in Transkaukasien eine Million Armenier als russische Untertanen lebten, nicht wiederholen. Rußland könne womöglich gezwungen werden, in Armenien einzurücken, und einmal darin, könnte es ihm schwer fallen, den Weg wieder heraus zu finden. Die Liman Sanders-Affäre habe hier diese Verstimmung in allen Kreisen erzeugt.

Ich: „Das verstehe ich gar nicht."

Sasonow: „Dann wissen Sie nicht Bescheid in Rußland. Dann kennen Sie die Stimmung nicht. Lassen Sie es sich von Ihrem Botschafter bestätigen."

Ich: „So gibt die Presse, besonders ‚Russkoje Slowo', doch die wahre Stimmung auch der Regierungskreise wieder und Sie nehmen das Mißverständnis aus dem Herbst immer noch zum Ausgangspunkt Ihrer Haltung gegen uns?"

Hier wich mir der Minister aus, meinte, „Russkoje Slowo" orientiere sich zwar öfter in seinem Ministerium, aber für alles könne er nicht einstehen. Das Blatt markiere manchmal Opposition, es seien ihm sogar schon Artikel zurückgewiesen worden. Schließlich aber gab er zu, daß die Liman Sanders-Sache für i h n noch nicht erledigt sei, sie beschäftige die öffentliche Meinung zu sehr. Natürlich würde es deswegen nicht zum Kriege kommen.

Dann begann Herr Sasonow vom Handelsvertrag* zu sprechen und meinte, verschiedene Positionen müßten geändert werden. Diese beunruhigten die Gemüter im steigenden Maße. Ich meinte, bei uns sähe man den kommenden Dingen ziemlich gelassen entgegen, da man die Überzeugung habe, daß die beiderseitigen realen Interessen gleich groß seien, und daß sich daher auch ein Modus finden würde, die Angelegenheit friedlich zu regeln.

Schließlich ging das Gespräch auf innerrussische Zustände über, auf Religion, Gräfin Ignatjew, Sozialismus. Der Minister führte mich noch ins Vorzimmer, wo ich mich, von ihm eingeladen, noch einmal vorzusprechen, nach einigen Worten verabschiedete.

Ziehe ich das Fazit aus der Unterhaltung, so möchte ich das Gehörte dahin zusammenfassen:

Sasonow und mit ihm ein wichtiger Teil der Gesellschaft, vielleicht auch der Zar, ist durch die Verschweigung der Liman Sanders-Mission im Herbst 1913 persönlich gekränkt, die russischen Militärs und Slawophilen, die sich den Grund des Schweigens unserer Regierung 1913 nicht erklären können, wittern tatsächlich irgendeine militärische Gefahr, die ihnen durch die „preußische Garnison in Konstantinopel" droht. Sasonow, dessen Stellung nach Bekanntwerden der Liman Sanders-Mission in Petersburg vorübergehend gefährdet gewesen zu sein scheint, benutzt nun die Stimmung, um um so „kräftiger" gegen Deutschland aufzutreten; wenn man ihn auch p e r s ö n l i c h nicht

---

* Der im Jahre 1904 abgeschlossene deutsch-russische Handelsvertrag, der in weiten russischen Kreisen als eine starke Übervorteilung empfunden wurde und so viel zu der Feindseligkeit der russischen öffentlichen Meinung beitrug (vgl. dazu Bd. XXXIX, Kap. CCIC, Nr. 15 858, S. 580, Fußnote**), lief zwar noch bis 1916, doch waren schon seit 1911 in Deutschland wie in Rußland Vorarbeiten im Hinblick auf die spätere Erneuerung im Gange. Im Frühjahr 1914 wandte sich das Interesse der russischen öffentlichen Meinung dem Gegenstand mit auffälliger Leidenschaftlichkeit zu.

wird für alle gegen Deutschland und den Dreibund gerichteten Artikel verantwortlich machen dürfen, so tut er auch schwerlich etwas, um die öffentliche Meinung und besonders die Stimmung in den maßgebenden Kreisen zu beruhigen. Jedenfalls tut man Herrn Sasonow sicher kein Unrecht, wenn man seine persönliche Haltung als den Ausgangspunkt der Preßkampagne bezeichnet, die in Rußland gegen Deutschland geführt wird. Innerpolitische Stimmungen, über die in einigen Tagen ausführlich berichtet werden soll, dürften in derselben Richtung gewirkt haben. Bei dieser Kampagne sind dann Vorkommnisse wie Poljakow * und Berliner ** sicher nicht unwillkommen.

(gez.) Cleinow

Nr. 15 532

Der Gesandte in Bukarest von Waldthausen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 181 Bukarest, den 16. Juni 1914

Bei der Audienz des Militärattachés Major Bronsart von Schellendorff in Konstanza hat Seine Majestät der König auch das Verhältnis zwischen Deutschland und Rußland berührt. Höchstderselbe erklärte, Herr Sasonow *** habe ihm jetzt folgendes erzählt: er habe sich sehr gekränkt gefühlt dadurch, daß ihm während seines Aufenthaltes in Berlin im Herbst v. Js. die beabsichtigte Entsendung einer deutschen Militärmission nach der Türkei nicht mitgeteilt worden sei [1]. Seine Majestät der Kaiser habe damals zu ihm gesagt, er halte offene Aussprache über alle politischen Fragen für das Beste; damit komme man am weitesten, und es würden Mißverständnisse vermieden. Er, Sasonow, habe geantwortet, er glaube Seiner Majestät versichern zu können, daß seine Regierung die Ansicht Seiner Majestät voll und ganz teile [2]. In Petersburg angekommen, sei er dann durch die Nachricht überrascht worden, daß General Liman von Sanders an der Spitze einer großen Militärmission nach Konstantinopel gehen solle. Dies habe, besonders nach den erwähnten Worten Seiner Majestät

* Im März 1914 war der russische Kapitän Poljakow in Köln unter dem Verdacht des Diebstahls verhaftet worden, der sich jedoch nicht bestätigte. Eine Note der deutschen Regierung von Ende März sprach der russischen Regierung das Bedauern über den Mißgriff der Polizei aus.

** Bei der Affäre Berliner handelte es sich um die schon im Februar 1914 erfolgte Verhaftung der deutschen Luftschiffer Berliner, Haase und Nikolai, die trotz der Bemühungen der Berliner Amtsstellen aufrechterhalten wurde.

*** Sasonow hatte den Zaren bei seinen Besuche in Konstanza (14. Juni 1914) begleitet. Vgl. dazu Bd. XXXIX, Kap. CCXCVIII.

des Kaisers, ihn und die russische Regierung sehr verstimmt und gewissermaßen den Anfang zu der Verschlechterung der Beziehungen zwischen den beiderseitigen Regierungen gebildet[3].

Waldthausen

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Der alte Lügner! Ich hatte es im Frühjahr persönlich dem Zaren gesagt * wenn der es nicht Sazonow mittheilt ist das nicht meine Sache!

[2] aber niemals ausführt

[3] Blödsinn!

Schlußbemerkungen des Kaisers:

[1] Blagueur!

[2] Lauter Flausen, Ausreden und Lügen um seine uns gegenüber verfolgte unqualifizirbare Politik der Verläumdung und Verlogenheit zu bemänteln! Wenn der Zar ihm nichts davon erzählt hat, hat er die Sache für nicht der Erwähnung wichtig gehalten und für ganz natürlich!

---

* Vgl. Nr. 15 450, Fußnote ***.

Kapitel CCXCI

Rußland, die Vereinigung Serbiens und Montenegros und die Großserbische Agitation Januar bis Juli 1914

Nr. 15 533

Der Geschäftsträger in Belgrad von Scharfenberg an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 10 Belgrad, den 30. Januar 1914

Während in der hiesigen Öffentlichkeit die Reise des Kronprinzen Alexander nach St. Petersburg genügend motiviert erschien mit der Vertretung seines Vaters bei den dortigen Tauffeierlichkeiten *, hat es allgemein überrascht, daß auch Ministerpräsident Paschitsch sich nach Rußland begeben hat. Man führt seine Reise auf politische Beweggründe zurück und findet diese in dem Bedürfnis des greisen Staatsmanns, sich über die in letzter Zeit von neuem auf dem Balkan eingetretene Ungewißheit der Lage, die auch auf Serbien schwer lastet, mit den leitenden Kreisen an der Newa, sowie mit den dort weilenden Vertretern der Balkanstaaten näher auszusprechen und wenn möglich eine Klärung herbeizuführen. Die serbische Regierungspresse hat bereits wiederholt als besonders beunruhigende Symptome bezeichnet: die Weigerung der Türkei, den Friedensvertrag mit Serbien, der vor Wochen bereits so gut wie perfekt schien, definitiv zum Abschluß zu bringen **; die Zusammenkünfte und Verabredungen von jungtürkischen Komiteemitgliedern mit Delegierten der mazedo-bulgarischen revolutionären Organisation sowie die Einsetzung ständiger Ausschüsse in Sofia und Konstantinopel behufs gemeinsamer, auf Herstellung eines autonomen Mazedoniens gerichteter Bandenaktion; die türkischen Wühlereien in Albanien und endlich die Berufung des türkischen Gesandten in Sofia *** nach Konstantinopel, sowie diejenige des bulgarischen Gesandten in Konstantinopel † nach Sofia zu spezieller Berichterstattung. Daß angesichts dieser Situation den Serben an einem möglichst engen Anschluß an Griechenland und Rumänien gelegen

* Es handelte sich um die Taufe des im Januar geborenen Sohnes der Prinzessin Helene Konstantinowitsch von Rußland, Tochter König Peters I. von Serbien.
** Der Abschluß des serbisch-türkischen Friedens erfolgte erst am 14. März 1914.
*** Fethi Bey.
† A. Toschew.

sein muß, liegt auf der Hand. Von Griechenland dürften in dieser Beziehung kaum Schwierigkeiten zu erwarten sein. Das Mißliche ist nur, daß seine militärische Leistungsfähigkeit in Serbien nicht besonders hoch bewertet wird. Die serbischen Offiziere weisen in intimeren Gesprächen immer wieder darauf hin, wie im letzten Kriege 25 000 Bulgaren über 80 000 griechische Soldaten in Schach gehalten hätten. Es bliebe also als Hauptfrage die Haltung Rumäniens bei künftigen Verwickelungen. Bisher hat Rumänien trotz aller Geneigtheit, für die Aufrechterhaltung des Friedens auf dem Balkan zu wirken, sich dort sorgfältig vor jeder vertragsmäßigen Bindung nach irgendeiner Seite hin gehütet. Ob es jetzt den Serben und Griechen unter russischer Ägide gelingen wird, Rumänien aus seiner Reserve herauszulocken und zu Erklärungen zu bewegen, durch die es sich an eine der beiden europäischen Mächtegruppen entschieden anschließen würde, dürfte zweifelhaft sein.

Vielfach hört man hier indessen auch die Ansicht äußern, daß es sich in Petersburg noch um eine andere Kombination handele, die für Rußland wie für Serbien von großem Wert wäre, nämlich um die Wiederaufrichtung des alten Balkanbundes oder mit anderen Worten, um die Herstellung eines guten Verhältnisses zwischen Serbien und Bulgarien. Daß eine Annäherung beider Länder für Serbien von außerordentlicher Wichtigkeit wäre, ist ohne weiteres klar, da hiermit die Hauptursache seiner jetzigen Beunruhigung beseitigt würde. Ist man doch in Serbien über die Hinzögerung des Friedensschlusses mit der Türkei hauptsächlich deshalb so verstimmt, weil man argwöhnt, daß Bulgarien dahinter stecke, ebenso wie man neue Verwickelungen in der Türkei, Albanien und Mazedonien deshalb fürchtet, weil Bulgarien dieselben ausnützen könnte zum Nachteile Serbiens. Daß Herrn Paschitsch ein Zusammengehen mit Bulgarien sehr am Herzen liegt, beweist schon die Mühe, welche er sich sowohl während als nach den Bukarester Friedensverhandlungen gegeben hat, um den Bulgaren Entgegenkommen zu zeigen! Für Rußland andererseits ist diese Idee des alten Balkanbundes außerordentlich sympathisch, weil es in ihm zu jeder Zeit einen Sturmbock gegen die österreichisch-ungarische Monarchie in Bereitschaft hat oder zu haben glaubt*. Rußland sucht

* Auch amtliche französische Kreise suchten aus austrophoben Motiven die Idee einer Wiederherstellung des Balkanbundes zu fördern. In einem Berichte des Botschafters in Wien von Tschirschky vom 9. Dezember 1913 (Nr. 387) heißt es über dahingehende Bemühungen des französischen Botschafters Dumaine: „Dem serbischen Gesandten Herrn Jowanowitsch, mit dem Herr Dumaine in engster Fühlung steht, und den er auch mir gegenüber neulich als ‚völlig loyal' bezeichnete, hat der französische Botschafter geraten, Serbien solle sich sobald als möglich mit Bulgarien verständigen. Die Basis einer Verständigung würde leicht gefunden werden können. Serbien solle Bulgarien die Bezirke von Istip und Kotschana gegen das Versprechen zusichern, daß Bulgarien Serbien bei der Erwerbung der serbischen Gebietsteile Österreich-Ungarns unterstütze."

daher auch mit allen Kräften jetzt seinen vollen Einfluß in Bulgarien wiederzugewinnen und die Mitteilung meines englischen Kollegen, daß der hiesige russische Gesandte im Verein mit den Panslawisten auf den Sturz des Königs Ferdinand und seine Ersetzung durch einen Rußland unbedingt ergebenen Fürsten hinarbeite, erscheint mir daher nicht unglaubhaft. Solange aber die jetzige Stimmung in Bulgarien andauert, wird es schwer halten, es für einen Bund mit Serbien zu gewinnen. Mit kleinen Zugeständnissen Serbiens ist es nicht getan, und großen würden sich, selbst wenn die hiesige Regierung dazu geneigt wäre, die serbischen Militärkreise mit aller Energie widersetzen. Das gilt in erster Reihe für Gebietsabtretungen, dann aber auch für Konzessionen gegenüber den bulgarischen Kirchen und Schulen in Mazedonien. Haben doch die Militärkreise es der Regierung schon vor Monaten außerordentlich verdacht, daß sie nicht ohne weiteres die Militärdiktatur in den neuen Provinzen eingeführt hat, um jeden Versuch einer bulgarischen Propaganda im Keime zu ersticken. Unter diesen Umständen hält man hier die Aussichten auf eine baldige Verständigung zwischen Serbien und Bulgarien für sehr geringe.

Scharfenberg

Nr. 15 534

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Entzifferung

Nr. 41 Wien, den 11. Februar 1914

In einer Unterredung, die ein sicherer Gewährsmann mit dem russischen Geschäftsträger Fürsten Kudaschew dieser Tage hatte, hat letzterer zugegeben, daß zurzeit in Rußland eine tiefe Erregung durch alle Schichten der oberen Gesellschaft und des Volkes geht wegen der Gestaltung der politischen Verhältnisse im nahen Osten.

Der Grund für diese Erscheinung liege hauptsächlich darin, daß Rußland die Versuche der Türkei, sich „unabhängig“ zu machen[1*], mit äußerstem Mißtrauen betrachten müsse, und daß das russische Volk[2] das Ergebnis des Bukarester Friedens als ein definitives niemals werde annehmen können[3].

Die heutigen Grenzen Serbiens seien für dieses unbestreitbar nicht zu ertragen. Es werde sich damit nicht abfinden können und schließlich doch Nordalbanien mit Durazzo als Kriegshafen bekommen müssen[4].

Ebenso müßte in Mazedonien Ordnung[5] geschaffen, das heißt,

* Wohl Anspielung auf die Mission Liman Sanders.

der von Bulgaren bewohnte Teil dieses Landes an Bulgarien gegeben werden.

von Tschirschky

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Dann sind die jetzigen Ministeränderungen in Rußland Vorläufer kriegerischer Möglichkeiten auf dem Balkan!?
Randbemerkungen des Kaisers:
[1] Sehr gut! d[as] h[eißt] gesunder zu werden!
[2] das weiß gar nichts davon
[3] charmant! Ebenso nicht den Frieden von Frankfurt?
[4] aha
[5] von Russland??! Braucht sie selbst!
Schlußbemerkung des Kaisers:
Also Rußland will einen Neuen Balkankrieg!

Nr. 15 535

Der Geschäftsträger in Belgrad von Scharfenberg an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 17 Belgrad, den 14. Februar 1914

Nach der Rückkehr des Herrn Paschitsch bringt das hiesige Regierungsorgan, welches sich bisher über die Verhandlungen in Petersburg vollkommen ausgeschwiegen hatte, heute einen offenbar inspirierten Artikel unter der Überschrift „Dankesschuld". Es wird darin zunächst der Dank ausgesprochen für die gastliche Aufnahme, welche der serbische Kronprinz und Ministerpräsident am Newastrande gefunden haben, sowie für die ihnen vom Zaren und der kaiserlichen Familie bewiesene besondere Huld.

Über den Inhalt der dort geführten Verhandlungen — heißt es in dem Artikel weiter — sei zwar die größte Diskretion geboten, doch lasse sich „mit Rücksicht auf die fortgesetzten Bemühungen Rußlands um die Erhaltung des Friedens während der ganzen Balkankrise das eine mit voller Sicherheit sagen: Gegenstand und Ziel dieser Verhandlungen sei die Frage nach Maßnahmen zur Aufrechterhaltung des Friedens gewesen*. Nach dieser Richtung hin seien sowohl Zar Nikolaus als seine Regierung vollkommen erhaben über alle Verdächtigungen."

---

* Das war doch keineswegs der Fall. Nach dem Berichte Paschitschs über seine Audienz bei dem Zaren vom 2. Februar 1914 (Weißbuch betreffend die Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges, S. 114 ff.) betonte Paschitsch zwar, die Politik Serbiens bestehe darin, daß der Frieden auf dem Balkan erhalten bleibe, und daß neue Verwicklungen vermieden würden, denn Serbien benötige den Frieden, um sich zu erholen und sich von neuem zur Verteidigung der serbischen Staatsinteressen zu rüsten. Aber im weiteren Verlauf der Audienz

Bei dieser Sachlage — fährt das Blatt fort — würde auch eine Erneuerung des Balkanbundes in seiner ursprünglichen Form und unter der Ägide Rußlands, auch wenn sie jetzt schon möglich wäre, nur ein Ausdruck der friedlichen Tendenzen Rußlands und daher zu Unrecht Gegenstand des Mißtrauens gewisser Mächte sein. Denn ein solcher Balkanbund würde, ohne die Absicht, in der großen europäischen Politik eine Rolle spielen zu wollen, für den Balkan selbst eine zuverlässige Bürgschaft des Friedens und gesunder Rechtsordnung sein, damit aber auch gleichzeitig ein Pfand für die Interessen der europäischen Kultur und des Handels bilden. Leider sei diese Kombination infolge der Erregung, die nach allen großen Kriegen einzutreten pflege, für jetzt noch unmöglich. Dennoch aber werde die zutage getretene Solidarität der Interessen Rumäniens, Serbiens, Griechenlands und Montenegros sowie die unter dem Einfluß dieser Solidarität sich immer mehr entwickelnden Freundschaftsbande zwischen diesen Staaten vorläufig genügen zur Erhaltung des im Bukarester Frieden festgelegten Gleichgewichtes und zur Bekämpfung eventueller Versuche, diesen Frieden anzutasten. Dieses Ergebnis der Petersburger Verhandlungen sei von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Scharfenberg

Nr. 15 536

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 47 Wien, den 15. Februar 1914

Ganz geheim

Die Frage einer Union zwischen Serbien und Montenegro beschäftigt das hiesige auswärtige Ministerium schon seit längerer Zeit*.

nahm die Erörterung doch eine durchaus antiösterreichische und selbst kriegerische Wendung. Der Zar fragte Paschitsch, wieviel Soldaten Serbien jetzt aufstellen könne, und auf die Antwort: „Wir glauben, eine halbe Million gut bekleideter und bewaffneter Soldaten aufstellen zu können," meinte Nikolaus II.: „Das ist genügend, das ist keine Kleinigkeit, damit kann man viel ausrichten." Als sich dann das Gespräch dem Projekt einer Vermählung des serbischen Kronprinzen mit einer Zarentochter zuwandte, äußerte Paschitsch, seine innersten Gedanken enthüllend: „Wenn es uns beschieden ist, eine Tochter des Kaisers von Rußland zur Königin zu haben, dann wird sie die Sympathie des ganzen serbischen Volkes genießen, und sie kann, wenn Gott und die Verhältnisse es zulassen, die Zarin des südslawischen, serbisch-kroatischen Volkes werden. Ihr Einfluß und ihr Glanz wird die ganze Balkanhalbinsel umfassen." Noch drastischere Äußerungen Paschitschs in gleicher Richtung berichtet Boghitschewitsch (Kriegsursachen, S. 65 nebst Fußnote). Zu den in der Audienz Paschitschs beim Zaren von beiden Seiten gefallenen Äußerungen über die Vereinigung Montenegros mit Serbien vgl. Nr. 15 537, S. 329, Fußnote *.

* Die Frage der Vereinigung zwischen Serbien und Montenegro beschäftigte nicht bloß die österreichische Regierung seit längerer Zeit, sondern auch die

Gestern sprach mir der Minister davon, und für heute ließ mich Graf Forgách im Auftrage des Grafen Berchtold zu sich bitten, um mich eingehend über die hiesigen bezüglichen Erwägungen zu informieren.

Bereits am 10. November ist an Herrn von Mérey ein geheimer Erlaß ergangen, den mir Graf Forgách heute vorlas, und der im großen und ganzen nachstehendes enthielt.

Im Eingange wird des näheren ausgeführt, aus welchen Gründen die Wahrscheinlichkeit bestehe, daß über kurz oder lang mit dem Zusammenschlusse Serbiens und Montenegros gerechnet werden müsse. Angesichts dieser Sachlage müsse man sich darüber klar werden, welchen Standpunkt die Monarchie diesem Ereignisse gegenüber einzunehmen haben werde. Als grundlegenden Gesichtspunkt stellt der Erlaß die These auf, daß die Frage eines Vorstoßes Serbiens an das Meer im Wege der Verschmelzung mit Montenegro von der Monarchie als eine Frage der Verschiebung des Gleichgewichts im Adriatischen Meere zu betrachten sei, die mithin im Einvernehmen mit Italien zu behandeln und zu lösen sein werde. Man werde demnach in Wien einen Gebietszuwachs für die Monarchie als Kompensation nicht beanspruchen, um jede Schwierigkeit mit Italien zu eliminieren. Eine mögliche Lösung denke man sich in der Weise, daß die jetzige Küste Montenegros zu Albanien zu schlagen, alles übrige montenegrinische Land aber Serbien zu überlassen sein würde. Albanien werde damit zwar nicht viel, aber dafür fast rein albanische Gegenden — in der Hauptsache die beiden Küstenplätze Dulcigno und Antivari — erhalten. Serbien als slawischem Vorposten Rußlands Zutritt zum Meere zu lassen, müsse nach wie vor verhindert werden.

Der Erlaß stellt es der Erfahrung und dem bewährten Takte des Herrn von Mérey anheim, zu welchem Zeitpunkt und in welcher Form er es für angezeigt erachten werde, auf der Basis dieses Gedankenganges die Frage dem Marquis di San Giuliano gegenüber anzuschneiden. Ganz geheim und nur zu des Botschafters persönlicher Orientierung wird schließlich hinzugefügt, er solle es vermeiden, bei seinen Besprechungen die Frage des Lovcen zu berühren. Denn in betreff

---

russische. Schon am 26. Dezember 1912 hatte Sasonow zu dem serbischen Gesandten Popowitsch gesagt: „Er hege nach den großen Erfolgen [Serbiens] Vertrauen zu unserer Kraft und glaube, daß wir Österreich-Ungarn erschüttern werden. Demgemäß sollten wir uns mit dem begnügen, was wir bekommen werden, und dies als eine Etappe betrachten; denn die Zukunft sei unser. Die Hauptsache sei, sich mit Montenegro zu vereinigen.“ Telegramm Popowitschs vom 27. Dezember 1912 (Weißbuch betreffend die Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges, S. 109). Dabei wußte man natürlich in Rußland ganz genau, daß Österreich-Ungarn in eine solche Vereinigung unter keinen Umständen willigen werde. In der Audienz, die Kaiser Nikolaus am 4. Februar dem Prinzen Gottfried Hohenlohe erteilte (vgl. dazu Bd. XXXIV, Kap. CCLXIX, Nr. 12 791), gestand er ganz offen zu, „natürlich könne Österreich-Ungarn die Vereinigung dieser beiden Staaten niemals zulassen“.

dieses heiklen Punktes würde die Monarchie nicht in der Lage sein, der italienischen Regierung diejenigen Zusicherungen zu geben, die voraussichtlich von Rom aus verlangt werden würden. In betreff des Lovcen bestehe hier der Grundsatz, daß diese strategisch äußerst wichtige Stellung keinesfalls in serbischen Besitz übergehen dürfe.

Mir gegenüber bemerkte Graf Forgách hierzu noch, Österreich-Ungarn wolle selbst den Lovcen nicht verlangen. Vielleicht könnte er noch Albanien zugesprochen werden, wie man denn auch im Laufe der bezüglichen Verhandlungen noch den Versuch werde machen können, von Serbien als Kompensation für den beträchtlichen Gebietszuwachs im Sandschak und Montenegro einige rein albanesische Bezirke, die im Bukarester Frieden Serbien zugesprochen worden seien — wie Dibra und Diakowa —, wieder an Albanien anzugliedern [1].

Herr von Mérey hat nun bis heute diese Angelegenheit beim Marquis di San Giuliano noch nicht angeregt. Angesichts der sich in der allerletzten Zeit stärker bemerkbar machenden Anzeichen für die wachsende Wahrscheinlichkeit einer serbisch-montenegrinischen Union ist Herrn von Mérey dieser Tage telegraphisch anheimgestellt worden, nunmehr nicht länger damit zu zögern. Bestärkt ist man worden in diesem Entschlusse durch die Tatsache, daß auch der Herzog von Avarna hier mitgeteilt hat, daß man in Rom gleichfalls beunruhigende Nachrichten über eine serbisch-montenegrinische Union erhalten habe*. Graf Berchtold ist dem italienischen Botschafter gegenüber nicht auf die Details dieser Frage eingegangen — die in Rom behandelt werden soll —, hat aber dem Herzog von Avarna gesagt, daß man sie als eine a d r i a t i s c h e nur im Einvernehmen mit Rom zu lösen gedenke. Der italienische Botschafter hat dem Minister für diese Mitteilung warm gedankt, die in Rom äußerst beruhigend wirken werde.

von Tschirschky

---

* Auch bei Sasonow brachte der neuernannte österreich-ungarische Botschafter in Petersburg Graf Szápáryi kurz darauf die Frage der Union Serbiens und Montenegros warnend zur Sprache. In Sasonows geheimem Briefe an den Gesandten in Belgrad von Hartwig vom 5. März (Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre, ed. B. v. Siebert, S. 626 f.) heißt es darüber: „Mit der Bemerkung, daß er von seiner Regierung zu diesem Meinungsaustausche nicht beauftragt worden sei, erwähnte Szápáryi, daß die in Montenegro und Serbien bemerkbare Neigung zu einer beiderseitigen Annäherung oder Vereinigung überall die größte Beunruhigung hervorrufe. Wenn eine solche Vereinigung stattfindet, so würde Österreich nicht stiller Zuschauer bleiben können. Die Interessen der Monarchie im Adriatischen Meere lassen keine Verschiebung des Gleichgewichtes zu. Das Adriatische Meer bedeutet für Österreich-Ungarn dasselbe, was das Schwarze Meer für Rußland.“ Die Warnung Graf Szápáryis veranlaßte Sasonow, der in seinem Briefe an Hartwig seine Sympathie für den Unionsgedanken deutlich hervortreten läßt, in Belgrad zu äußerst vorsichtiger Behandlung der für Serbien so wichtigen Frage zu raten.

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Reichlich spät erkannt! Ich habe das vorigen Sommer schon gerathen!!
Schlußbemerkung des Kaisers:
Der arme Wied kommt in einen netten Hex[en]kessel

Nr. 15 537

Der Gesandte in Cetinje von Eckardt an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 21 Cetinje, den 25. Februar 1914

Auf Grund meiner zuverlässigen Beziehungen zum Könige bin ich in der Lage zu behaupten, daß Seine Majestät jetzt nicht im mindesten geneigt ist, es zu einer Fusion zwischen Serbien und Montenegro kommen zu lassen. Wenn der König in seiner Thronrede * von einem Zusammengehen beider Länder sprach, so tat er dies, wie er mir schon vorher sagte, um der Opposition, die dergleichen verlangen will, zuvorzukommen. Die Skupschtina in ihrer überwiegenden Mehrheit will von einer Fusion nichts wissen. Der serbische Gesandte, Herr Gawrilowitsch, unterläßt jede Agitation und beschränkt sich darauf, die Entwickelung der Dinge aufmerksam zu verfolgen. Der König, selbst wenn er aus St. Petersburg eine Erhöhung seiner Apanage erhalten sollte **, wird jetzt, nachdem er über die Skutarikrisis *** glücklich hinweggekommen ist und seine Anleihe † erhält, nicht im entferntesten

---

* Es war in der am 12. Februar bei der Eröffnung der Skupschtina verlesenen Thronrede von dem „dauernden Zusammenarbeiten mit unsern serbischen Brüdern" die Rede.

** Tatsächlich war dem Könige von Montenegro für den Fall seiner engen Anlehnung an Rußland nicht nur eine Erhöhung seiner Apanage, sondern auch eine weitgehende militärische Unterstützung mit Geld und Militärinstrukteuren zugesagt worden. In dem Bericht des russischen Geschäftsträgers in Cetinje Obnorski vom 23. Februar (M. Boghitschewitsch, Kriegsursachen, S. 122 ff.) heißt es darüber: „In dem in diesen Tagen eingegangenen neuen Erlaß Euerer Exzellenz vom 23. Januar Nr. 61 wurden mir die von unserem Kriegsministerium ausgearbeiteten Berechnungen über die Ausgaben für die militärische Unterstützung Montenegros mitgeteilt, welche mir etwas übertrieben erscheinen. Nach dem Anschlag unserer Militärbehörde sollen diese Ausgaben jährlich vier Millionen Rubel für die Unterhaltung und Versorgung des Heeres und 500 000 Rubel für die Instrukteure betragen. Außerdem sind fünfzehn Millionen Rubel für die Versorgung der montenegrinischen Truppen mit Artillerie und Kriegsmaterial vorgesehen. Diese Ziffern sind so bedeutend, daß das Kriegsministerium es für nötig hielt, darauf hinzuweisen, daß es für Rußland äußerst schwierig sei, Montenegro überhaupt militärische Unterstützung auf neuen Grundlagen zu gewähren."

*** Vgl. dazu Bd. XXXIV, Kap. CCLXXI.

† Über die Montenegro nach langen, auf die Londoner Konferenz zurückgehenden Verhandlungen bewilligte Anleihe in Höhe von 40 Millionen Franken vgl.

daran denken, auf seinen Thron zu verzichten. In den letzten Tagen sprach seine Majestät während mehrerer Stunden mit mir gerade über hierher gehörende intime Angelegenheiten und bewies deutlich, daß ihm die Sicherung der Zukunft seiner Dynastie am Herzen liegt. Speziellen Anlaß zu diesen Unterhaltungen gab das Verlangen des Prinzen Mirko und seiner Gemahlin, der Prinzeß Natalie, geschieden zu werden. Die königliche Familie steht auf seiten der Prinzeß, wünscht aber eine Lösung, die eine Erziehung des jungen Prinzen in Montenegro ermöglicht.

Inwieweit die russische Regierung auf eine Fusion hinarbeitet, kann ich nicht beurteilen*.

Meines unmaßgeblichen Dafürhaltens hat es die österreichische Regierung noch in der Hand, etwaigen diesbezüglichen russischen Intrigen wirksam entgegenzutreten. Man muß in Wien nur den Mut haben, sich die in der Balkankrisis und hier in der Skutarifrage gemachten Fehler und Fiaskos einzugestehen[1]. Die Bewilligung einer vernünftigen Grenze zwischen Montenegro und Albanien würde, so will es mir scheinen, dem Prestige der Monarchie keinen Abbruch tun[2].

Eckardt

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Viel verlangt!
[2] richtig

Nr. 15 538

Der Gesandte in Sofia Michahelles an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 30 Sofia, den 10. März 1914

Die gestrige Ausgabe des hiesigen Blattes „Dnewnik“ brachte den in Übersetzung beigefügten** Abdruck eines Briefes, der aus Belgrad

---

Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 422, 433, 436.

* Daß die russische Regierung einschließlich des Zaren selbst die Fusion wünschte und sie zu fördern bereit war, ergibt sich aus den Äußerungen, die der Zar am 2. Februar zu dem serbischen Ministerpräsidenten Paschitsch tat. Vgl. den Bericht Paschitschs vom 2. Februar (Weißbuch betreffend die Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges, S. 116 f.). Danach sagte der Zar, er wisse, daß das ganze montenegrinische Volk die Vereinigung mit Serbien wünsche. Vgl. auch Nr. 15 535, Fußnote*. Auch aus den Äußerungen Sasonows zu Graf Szápáry von Anfang März (vgl. Nr. 15 536, S. 327, Fußnote*) geht immerhin hervor, daß der russische Außenminister, wenngleich er in Belgrad vor einer Überstürzung der Frage warnte, auf ihre Förderung doch nicht verzichten wollte. Zu einem nahen Bekannten A. Ballins hat sich der frühere russische Ministerpräsident Witte Anfang Juli 1914 in Bad Salzschlirf geäußert: „Die bevorstehende Union von Serbien und Montenegro ist ausschließlich das Werk von Hartwigs in Belgrad.“ Ballin an Unterstaatssekretär Wahnschaffe, 11. Juli 1914.

** Siehe Anlage.

an den russischen Schriftsteller und Journalisten Toporow gerichtet ist, der aus Sofia dem „Retsch“ und anderen russischen Zeitungen Berichte liefert. Daß die russische Politik auf dem Balkan mit großen Geldmitteln arbeitet, um das verlorene Terrain zurückzugewinnen, ist schon mehrfach berichtet worden, und diesem Brief zufolge hätte der neue russische Gesandte in Sofia, Herr Sawinsky, direkt den Auftrag erhalten, entweder den russischen Einfluß in Bulgarien wieder herzustellen oder den König zu stürzen. Desgleichen gehen angeblich die russischen Wühlereien in Montenegro weiter, um eine Vereinigung mit Serbien vorzubereiten und auf diese Weise den Serben den von Österreich verlegten freien Ausweg an das Adriatische Meer zu verschaffen.

G. Michahelles

Anlage

Übersetzung aus der Zeitung „Dnewnik“ vom 24. Februar/9. März 1914

Die Rolle der russischen Diplomatie auf dem Balkan

Wir sind im Besitze eines Briefes, der unter dem 18. Februar von Belgrad aus an den Korrespondenten russischer Blätter in Sofia, Herrn Wladimir Wiktorow-Toporow gerichtet ist, und dessen Inhalt wir nachstehend in Übersetzung wiedergeben, während wir den Brief selbst morgen in Faksimile zum Abdruck bringen werden.

Belgrad, 18. Februar 1914

Lieber Wolodja!

Den Brief und die Postkarte aus Philippopel habe ich erhalten. Den Auftrag habe ich denselben Tag ausgeführt.

Gentschitsch* ist zufrieden geblieben. Er hat mir streng vertraulich mitgeteilt, daß Alexander Alexandrowitsch, der neue russische Gesandte in Sofia, der zwei Tage hier weilte, Herrn Paschitsch übermittelt habe, daß ihm — Sawinsky — von Sasonow selbst der Auftrag erteilt worden sei, sich zu bemühen, ohne in den Mitteln hierzu wählerisch zu sein, entweder Bulgarien das Halsjoch aufzuzwingen oder dem Ferdinand die Krone vom Haupt zu nehmen und dadurch den Einfluß der verdammten Nemtzi (Österreicher) aus diesem mit uns durch Bande des Slawentums verbundenen Südlande zu verdrängen. Außerdem teilte Gentschitsch noch mit, daß am 5. Februar die serbisch-rumänische Militärkonvention in Bukarest unterzeichnet worden sei.

---

* Früherer serbischer Minister des Innern (1900), später mehrfach in Verschwörungen verwickelt.

Die Angelegenheiten in Montenegro nehmen ihren Lauf. Die Stellung des Königs wird jeden Tag schlechter. Die Erfolge unserer Agitation hinsichtlich der Angliederung des kleinen Königreichs an Serbien sind einfach unglaubliche, ohne Rücksicht auf die Entgegenwirkung von seiten der österreichischen Geheimagenten.

Meiner tiefen Überzeugung nach wird König Nikita bald entthront und die Annexion eine vollendete Tatsache werden.

A propos. Gestern wurden auf Befehl aus St. Petersburg aus der Kasse der russischen Gesandtschaft in Belgrad zur Verfügung des Herrn Sawinsky 145 000 francs überwiesen, die für Agitationszwecke in Bulgarien erforderlich sind.

Überdies teilt man aus Konstantinopel mit, daß am 7. Februar der russische Vizekonsul in Sofia Djakelly dort gewesen ist, dem aus der Botschaftskasse weitere 120 000 francs gleichfalls zu Agitationszwecken übergeben worden seien!

Das verstehe ich nicht mehr. Gipfelt denn die Politik der russischen Regierung in Bulgarien hauptsächlich in dem Ausgeben beträchtlicher Geldsummen? Das ist einfach ein Skandal!

Morgen fahre ich nach Odessa, von der Redaktion telegraphisch berufen. Schreibe mir dorthin an die Redaktion des Journals für Luftschiffahrt, Polizeiskaja Nr. 18.

Festen Händedruck
(gez.) Kosja.

Anmerkung der Redaktion: Herr Wiktorow-Toporow, als guter und aufrichtiger Freund Bulgariens bekannt, an den der obige Brief gerichtet ist, kann durch den Inhalt des Briefes nicht in Mitleidenschaft gezogen werden; im Gegenteil, er spricht zu seinen Gunsten, da auch sein Freund aus Belgrad über das Vorgehen der russischen Diplomatie in den Balkanländern entrüstet ist. — Durch die Bekanntgabe des obigen Briefes verfolgen wir weder eine Tendenz, noch wollen wir dieser oder jener politischen Richtung einen Dienst erweisen. Das Schriftstück spricht für sich selbst und ist für die russische Balkanpolitik charakteristisch.

Nr. 15 539

Der Gesandte in Belgrad Freiherr von Griesinger an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 29 Belgrad, den 11. März 1914

Seitdem in der montenegrinischen Volksvertretung der Wunsch nach einer engeren Vereinigung mit Serbien, vorläufig durch Her-

stellung gemeinsamer Heeres- und Zollverwaltung sowie diplomatischer Vertretung, laut geworden ist, beschäftigt die Frage einer Vereinigung beider Länder auch die Öffentlichkeit in Serbien in immer steigendem Maße. Neu ist diese Idee ja nicht. In der Geschichte der südslawischen Einheitsbestrebungen ist sie wiederholt aufgetaucht, und sogar König Nikita selbst hat in jugendlichem Überschwang 1866 dem Fürsten Michael Obrenowitsch von Serbien gegenüber sich zum Verzicht auf seinen Thron bereit erklärt, wenn es diesem gelänge, die unter türkischer Herrschaft befindlichen Slawen zu befreien und mit Serbien zu vereinigen. Heute will er von diesen Jugendträumen natürlich nichts mehr wissen. Inzwischen aber ist allmählich die Vereinigungsidee von den dynastischen Höhen in die Niederungen des Volkes gedrungen, und die Ereignisse der letzten zwei Jahre haben ersichtlich dazu beigetragen, ihr in diesen Kreisen immer mehr Anhänger zu gewinnen. Das wichtigste Motiv dürfte hier die Rücksicht auf die materiellen Verhältnisse sein. Ein guter Teil der montenegrinischen Volksvertreter ist zu der Einsicht gelangt, daß Montenegro aus eigenen Kräften nimmermehr die Mittel wird aufbringen können [1], um das noch gänzlich patriarchalische Staatswesen zu einigermaßen modernen Zuständen hinüberzuleiten. Als Teil eines Großserbiens hofft man diese Modernisierung viel billiger und wirksamer zu erreichen.

Dazu tritt das Verhältnis des Volkes zur Dynastie Petrowitsch, die, wie mir mein österreichischer Kollege * nach seinen persönlichen Beobachtungen in Montenegro mitteilt, keineswegs populär ist. Zwar der greise Nikita, der die Tradition verkörpere, werde noch respektiert, und es sei deshalb nicht wahrscheinlich, daß, solange er die Zügel der Regierung führe, eine Staatskrise ausbrechen und über ihn hinweg die Vereinigung mit Serbien sich vollziehen werde. Aber seinen Söhnen werde weder Achtung noch Liebe entgegengebracht. Danilo gelte für verblödet, Mirko für zügellos und moralisch so verkommen, daß seine Frau, eine nahe Verwandte der Obrenowitsch, sich zur Scheidung von ihm genötigt sehe. Der dritte Sohn sei ein unreifer Junge und im Volk fast unbekannt. Das Volk werde daher nach dem Tode Nikitas sicher trachten, sich Serbien anzuschließen. — Auf meine Frage, wie sich wohl die Nachbarmonarchie zu einer solchen Eventualität stellen würde, meinte Freiherr von Giesl, daß, nachdem Österreich-Ungarn als Prinzip aufgestellt habe, daß Serbien territorial nicht an die Adria dürfe [2], es konsequenterweise dies auch nicht auf dem Umwege über Montenegro gestatten könne [3] **. Er sehe daher, wenn unerwarteter-

* E. Otto.

** Dieselbe Auffassung vertrat mit aller Energie auch General von Conrad in einem Schreiben an Graf Berchtold vom 11. März (Feldmarschall Conrad, Aus meiner Dienstzeit, III, 580). Es heißt darin: „Sollte die Fusion Montenegros mit Serbien erfolgen, so erscheinen dadurch wesentliche Interessen der Monarchie, und zwar vor allem auch militärische, tangiert, und wäre das stets ver-

weise jetzt schon eine Union versucht würde, eine Intervention Österreich-Ungarns voraus. Was aber geschehen würde, wenn die Krise erst in einer entfernteren Zukunft ausbrechen sollte, darüber scheint er sich keine abschließende Meinung gebildet zu haben. Immerhin glaube ich aus der Haltung der österreichisch-ungarischen Presse, welche sich mehrfach mit dieser Frage beschäftigt hat, entnehmen zu dürfen, daß man bereits gegenwärtig in der Monarchie eifrig bemüht ist, diesen Anschluß, wenn irgend möglich, zu verhindern[4].

Mein italienischer Kollege*, der ebenfalls längere Zeit in Cetinje tätig war, hält es fast für ein Axiom, daß, sobald König Nikita die Augen schließe, die Vereinigung beider Länder erfolgen werde[5]. Vorher aber hält auch er sie für nicht wahrscheinlich. Die italienische Regierung würde nach seiner Ansicht einer Union keine besonderen Schwierigkeiten in den Weg legen[6].

Eigentümlich ist die Haltung der offiziösen Kreise in Serbien. Sie legen sich in dieser Frage bisher die größte Reserve auf. Während die private Presse das Thema mehrfach besprochen und ihre freudige Zustimmung zu den in der montenegrinischen Skupschtina laut gewordenen Anschlußtendenzen zu erkennen gegeben hat, schweigen sich die Regierungsorgane völlig darüber aus. Nur indirekt läßt sich ein Schluß auf ihre Ansicht ziehen, insofern als sie Stimmen gewisser auswärtiger Blätter wiedergeben, die sich scharf gegen eine Annäherung Montenegros an Österreich-Ungarn aussprechen. Auch die Zulassung der gerade in diesen Tagen erfolgten Gründung eines montenegrinischen Omladina-Vereins in Belgrad, der ausgesprochen serbisch-montenegrinische Vereinigungstendenzen verfolgt, erscheint mir symptomatisch**. Herr Paschitsch selbst, mit dem ich Gelegenheit hatte, über das

---

tretene Prinzip durchbrochen, Serbien nicht an die Adria gelangen zu lassen. — An der Monarchie wäre es dann, den Küstenstreifen von Spizza bis zum Anschluß an Albanien für sich in Besitz zu nehmen. Dadurch wäre auch die so sehr erwünschte direkte Verbindung mit letzterem Staate geschaffen.“ Am 12. März hatte Conrad darauf eine Unterredung mit Graf Berchtold, in der er wiederholte: „Wir dürfen Serbien nicht ans Meer gelangen lassen.“ Graf Berchtold glaubte indessen nach Conrads Angabe (a. a. O., III, 616) nicht, daß die Fusionierung Serbiens mit Montenegro sich in einem spontanen politischen Akt vollziehen werde, sondern allmählich, so daß es nicht möglich sein würde, einzugreifen. Doch hoffte der österreichische Minister noch, mit Italien zu einem Einverständnis darüber kommen zu können, daß das montenegrinische Küstenland bei einer Fusion Serbiens mit Montenegro Albanien zugeteilt werde.

* Squitti.

** Von einer starken großserbischen Propaganda in Montenegro weiß auch der österreichische Militärattaché in Cetinje Hauptmann Hubka am 18. März zu berichten: „Gleichzeitig wird die großserbische Propaganda mit reichen, ebenfalls aus Rußland stammenden Mitteln fortgesetzt. Sie erstreckt sich in erster Linie auf die Intelligenz im Lande, auf die Popen, Lehrer, Beamten und dergleichen, aber auch auf Kleinbauern und Gewerbetreibende, indem sie ihnen beweist, daß Montenegro als selbständiger Staat wirtschaftlich nicht bestehen könne, daß dem Ruin aller Steuerträger einzig und allein durch die Union mit

Verhältnis zwischen beiden Ländern zu sprechen, betont seine Friedensliebe und leugnet alle Eroberungs- oder Vereinigungstendenzen rundweg ab *. Doch gibt er zu, daß die Stellung der Dynastie Petrowitsch-

---

Serbien vorgebeugt werden könne." Feldmarschall Conrad, Aus meiner Dienstzeit, III, 581.

* Die Ableugnung geschah wider besseres Wissen; hatte Paschitsch sich doch in seiner Audienz bei dem Zaren am 2. Februar (vgl. auch Nr. 15 537, S. 329, Fußnote *) in aller Ausführlichkeit über die Vereinigungstendenzen ausgelassen. In dem Berichte Paschitschs über seine Audienz (Weißbuch betreffend die Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges, S. 116 f.) heißt es darüber: „Hierauf ging das Gespräch über auf Montenegro, Bulgarien und Österreich. — Über Montenegro sagte er [der Zar] mir, er wisse, daß dort das ganze Volk auf unserer Seite stehe und die Vereinigung mit uns wünsche. Ich erzählte ihm, was zur Zeit des Krieges und später getan wurde, und was der montenegrinische Gesandte in Belgrad Miuschkowitsch darüber spricht, und daß Miuschkowitsch darüber mit dem König sprechen wird, und daß er ihm raten wird, daß er selbst, solange es noch Zeit ist, die Frage der Personalunion mit Serbien anregen möge, da nach seinem Tode (nämlich des Königs Nikolaus) die Sache schwierig und für die ganze Dynastie gefährlich werden könnte. — Der Zar kritisierte sehr heftig die Haltung Montenegros und sagte, daß Montenegro nicht aufrichtig handle, wie es auch jetzt im Einverständnisse mit Österreich sei, und wie er zufällig erst gestern von seinem Minister gehört habe, daß Montenegro irgendwelche Intrigen gegen Serbien und dessen Dynastie im Sinne habe, und daß man daher achtgeben müsse, daß es nicht etwas Schlimmes anrichte. Auch er findet, daß die Frage der Vereinigung Serbiens mit Montenegro eine Frage der Zeit sei, und daß sie mit möglichst geringer Erschütterung und Lärm gelöst werden müsse. Ich sagte ihm, auch wir seien für die Union, allein wir hätten Miuschkowitsch erklärt, wir könnten diese Frage nicht aufwerfen, denn wir seien die Stärkeren, und da könnte man sagen, daß wir Miuschkowitsch vergewaltigt hätten; wir warten daher, bis sie es vorschlagen, dann werden wir es annehmen und so entscheiden, daß die Existenz der montenegrinischen Dynastie gesichert wird." — Tatsächlich entschloß sich König Nikita bald darauf, wie es scheint, auf russischen Druck, in der Richtung einer Vereinigung Montenegros mit Serbien, wenn auch unter Erhaltung seiner Dynastie, initiativ vorzugehen. Vgl. das Telegramm des russischen Geschäftsträgers in Cetinje Obnorski vom 26. März (Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre, ed. B. von Siebert, S. 624): „König Nikolaus hat in diesen Tagen nach langem Zögern den Befehl erteilt, sein schon vor einiger Zeit nach Belgrad gesandtes eigenhändiges Schreiben König Peter zu übergeben. In diesem Schreiben wird Serbien eingeladen, unverzüglich mit Montenegro eine Abmachung über die Vereinigung beider Nationen auf militärischem, diplomatischem und finanziellem Gebiete zu treffen unter ‚dem Vorbehalte der Unabhängigkeit und Eigenart beider Staaten und ihrer Dynastien'. Am Schlusse des Schreibens hebt König Nikolaus hervor, daß eine derartige Vereinbarung ‚für das noch nicht befreite Serbentum sehr nützlich sein werde' und im Sinne des ewigen Beschützers der Slawen — Rußlands — sei." Vgl. auch das Telegramm des russischen Gesandten in Belgrad an Sasonow vom 30. März, das die Angaben Obnorskis bestätigt. v. Siebert, a. a. O., S. 626. Der weitere Verlauf, den die Angelegenheit nahm, ergibt sich aus dem streng vertraulichen Bericht von Hartwigs vom 19. Mai, v. Siebert, a. a. O., S. 629 ff. In Österreich-Ungarn war man von dem Fortschreiten des Projekts ziemlich genau unterrichtet; vgl. den Bericht des österreichischen Militärattachés in Cetinje Haupt-

Njegosch eine schwierige sei. Das Volk sei unzufrieden, weil es sich zur Stagnation verurteilt sehe, während der Bruderstaat, dessen Grenzen es jetzt unmittelbar berühre, rüstig fortschreite. Kein Wunder daher, daß die Bevölkerung Montenegros sehnsüchtig über die Grenze schaue, und naturgemäß werde dieser Drang auch auf Serbien nicht ohne Einfluß bleiben können. Mit einem Wort, der serbische Ministerpräsident, dessen Stellung in dieser Frage eine besonders heikle ist, weil sein persönliches Verhältnis zu dem Könige Montenegros ein bekannt schlechtes ist, möchte die Pose eines Mannes annehmen, der ruhig abwartet, daß ihm die reife Frucht in den Schoß fällt, der aber beileibe nicht das geringste getan haben will, um ihr Abfallen irgendwie zu beschleunigen.

v. Griesinger

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
1 Ebenso wie in Albanien!
2 Blödsinn
3 unglaublich! ist nicht zu hindern!
4 ist gar nicht möglich
5 ja
6 ich auch nicht
Schlußbemerkung des Kaisers:
Die Vereinigung ist absolut nicht zu verhindern; und wenn Wien das versuchen sollte, so macht es eine große Dummheit und beschwört die Gefahr eines Krieges herauf mit den Slawen, der uns ganz kalt lassen würde

Nr. 15 540

Der Gesandte in Athen Graf von Quadt, z. Z. in Korfu, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 2 — Korfu, den 2. April 1914
Streng vertraulich

Von hoher Seite * wird mir mitgeteilt, König von Montenegro stehe mit Serbien in Unterhandlung, um sein Land dorthin zu verkaufen **.

Quadt

---

mann Hubka vom 20. Mai. Feldmarschall Conrad, Aus meiner Dienstzeit, III, 664 f.

* Gemeint dürfte Kaiser Wilhelm II. sein, der seit dem 29. März in Korfu weilte. Vgl. das folgende Schriftstück.

** Das Telegramm Graf Quadts wurde noch am 2. April den Botschaftern in Wien (Nr. 48) und Rom (Nr. 48) zu „streng vertraulicher Verwertung" mitgeteilt.

Nr. 15 541

*Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in Wien von Tschirschky**

Konzept von der Hand des Unterstaatssekretärs Zimmermann

Nr. 446 Berlin, den 6. April 1914

Zur streng vertraulichen Information.

Seine Majestät der Kaiser und König hat gestern folgendes Telegramm** an mich gerichtet:

„Von eingeweihter authentischer Quelle ist mir heute streng vertraulich folgendes mitgeteilt worden zur Weitergabe an „meine Regierung", da man der Ansicht ist, daß gemeldeter Vorgang ihr nicht bekannt ist und sie gewarnt werde, rechtzeitig Entschlüsse zu fassen, ohne überrascht zu werden. Letzteres sei beabsichtigt, und daher werde ‚hinter den Kulissen' gearbeitet, um Deutschland vor eine unangenehme Tatsache zu stellen. Es handelt sich um folgendes: Rußland weiß genau, daß Österreich eine Fusion zwischen Serbien und Montenegro nicht dulden zu können erklärt und sie hindern werde, damit nicht durch Serbiens Erreichen der Meeresküste Rußland in die Lage kommen könne, einen Hafen an der Adria zu erhalten. Da nun durch Österreichs Haltung der ‚politische' Weg zu einer Fusion ungangbar geworden ist, scheint man auf eine andere Lösung verfallen zu sein. Vermutlich von Herrn von Hartwig stammend, wird jetzt der Plan ventiliert, daß der König Nikita sein Land an Serbien heimlich verkaufen soll, Rußland würde eventuell die Summe vorschießen, und damit auch ein Anrecht auf eine Kompensation an der Küste erhalten. Das soll alles heimlich gemacht werden, damit Österreich-Italien nicht gleich etwas

---

* Das gleiche Telegramm ging unter Nr. 382 nach Rom.

** Das nicht ganz sicher entzifferte Telegramm Kaiser Wilhelms, datiert unter Nr. 4 vom 4. April vom Achilleion auf Korfu ist nach dem bei den Akten befindlichen eigenhändigen Konzept des Kaisers korrigiert worden. Auf das Telegramm antwortete der Reichskanzler am 5. April (Nr. 13): „Euerer Majestät danke ich ehrerbietigst für die telegraphische Mitteilung der angeblichen montenegrinischen Verkaufspläne. Mit Euerer Majestät halte ich die Sache einstweilen für etwas phantastisch, habe aber Euerer Majestät Gesandten in Cetinje streng vertraulich informiert und zur Meldung aufgefordert." Siehe den vollen Text des Telegramms in Bd. XXXVI, Kap. CCLXXXI, Nr. 14 333. Die vom Reichskanzler angezogene Weisung an den Gesandten von Eckardt vom 5. lautete: „Streng vertraulich verlautet, daß König von Montenegro mit Serbien verhandele, um sein Land dorthin zu verkaufen. Rußland solle eventuell die Summe vorschießen. Bitte Sachverhalt tunlichst aufklären. Drahtbericht." Darauf antwortete Eckardt noch am 5. (Nr. 10): „Ich muß die Nachricht für eine jener böswilligen Erfindungen von Intriganten erklären, die den König kompromittieren wollen."

davon erfahren. Kommt es später heraus und Österreich wollte dann dagegen Front machen und die Serben zur Rechenschaft ziehen, so würde Rußland umgehend Serbien beispringen, und der Weltkrieg sei da. Dafür rüsteten die Russen jetzt so stark. Sie hätten in den letzten vier Wochen in Ungarn 30 000 Pferde aufgekauft — M. Fürstenberg* hat mir am Abreisetage dieselbe Zahl gemeldet — und bereitete[n] ganz im stillen alles auf diesen Coup vor; dafür die Einladung der Rumänen**; dafür die Agitation in Rumänien, Serbien und Bulgarien. Ich gebe Nachricht wieder, wie sie mir übermittelt wurde. — Mir scheint die Sache etwas ‚orientalisch' und ‚merkwürdig', aber ich glaube wohl, daß der edle Nikita für dergleichen zu haben sein könnte, und daß Herr von Hartwig so was à l'insu von Sasonow einzubrocken versuchen möchte.

Die Nachricht stammt nicht vom König***."

Soeben geht mit Bezug auf dieses Telegramm folgende Meldung des Herrn von Treutler ein †:

„Seine Majestät wünschen, daß die ihm streng vertraulich mitgeteilte Nachricht vom heimlichen Verkauf Montenegros an Serbien unter den gebotenen Vorsichtsmaßregeln in Wien und eventuell auch in Rom mitgeteilt werde. Dieses Verfahren entspräche dem Wunsch, dem Seiner Majestät gegenüber in Wien von Herrn Tisza Ausdruck gegeben worden sei ††. Seine Majestät erinnere bei dieser Gelegenheit daran, daß zwar Seine Majestät der Kaiser Franz Joseph und Graf Berchtold neulich die Vereinigung Montenegros mit Serbien als inakzeptabel bezeichnet hätten, daß aber Graf Tisza dieses Ereignis ohne weitere Erregung als wahrscheinlich bevorstehend in Rechnung stellte. Es sei unbedingt nötig, daß man sich in Wien mit der Eventualität der angedeuteten Entwickelung nunmehr ernsthaft befasse und darüber klar werde, ob man unter allen Umständen bei dem vom Kaiser und Grafen Berchtold eingenommenen Standpunkt bleibe oder der Ansicht Herrn Tiszas sich anschließen wolle. Ersteres sei nur dann möglich, wenn man absolut fest entschlossen sei, auch mit Waffengewalt die geplante Vereinigung zu hindern. Keinenfalls dürfe Österreich wiederum sein Prestige aufs Spiel setzen und auch nach außen hin Dinge als inakzep-

---

* Maximilian Fürst zu Fürstenberg.

** Vgl. dazu Bd. XXXIX, Kap. CCXCVIII.

*** D. h. vom griechischen König, mit dem Kaiser Wilhelm II. von Korfu aus in naher Verbindung stand.

† Telegramm Nr. 26 vom 5. April.

†† Vgl. dazu Bd. XXXIX, Kap. CCXCV, Nr. 15 715 und 15 716. Graf Tisza hatte sich dem Kaiser gegenüber auf den Standpunkt gestellt, daß man den Zusammenschluß Serbiens und Montenegros doch nicht hindern könne und ihn daher gar nicht erst als inakzeptabel bezeichnen, sondern ihn dadurch unschädlich machen möge, daß man, und zwar in engem Einvernehmen mit Italien und auf dem Wege geschlossenen Auftretens des Dreibundes, das montenegrinische Küstenland an Albanien gebe, damit Serbien nicht ans Meer gelange.

tabel bezeichnen, die man sich schließlich gefallen lassen werde. Schließe man sich der vernünftigen Ansicht Herrn Tiszas an, so werde sich ohne weiteres für die österreichische Politik die Möglichkeit ergeben, den veränderten Verhältnissen in dem Sinne Rechnung zu tragen, die wir seit Jahren predigten. Ein für Serbien verlockender modus vivendi mit der Doppelmonarchie müsse gefunden werden. Er sei gewiß heute teurer als zu der Zeit, wo wir diese Ansicht zuerst vertraten, er würde aber unerschwinglich werden, wenn Österreich dabei beharre, diesen einzig richtigen Weg als ungangbar zu bezeichnen *."

Zur streng vertraulichen Verwertung der Nachricht über die angeblichen Verkaufsverhandlungen des Königs Nikita mit Serbien sind Euere Exzellenz bereits unterm 2. d. Mts. ermächtigt worden **. Der Kaiserliche Gesandte in Cetinje, der zur telegraphischen Äußerung zur Sache aufgefordert war, meldet darauf heute:

„Ich muß die Nachricht für eine jener böswilligen Erfindungen von Intriganten erklären, die den König kompromittieren wollen."

Ich darf anheimstellen, auch diese Meldung dort streng vertraulich zu verwerten. Es dürfte danach kein Anlaß vorliegen, die Nachricht von den Verkaufsabsichten des Königs Nikita als ernst anzusehen. Immerhin wird es sich empfehlen, daß die Möglichkeit einer zukünftigen Vereinigung Montenegros mit Serbien ins Auge gefaßt wird und der Dreibund seine Entschließungen für diesen Fall vorbereitet. Die von Seiner Majestät in dieser Hinsicht angedeuteten Richtlinien für die Politik Österreich-Ungarns stellen zweifellos das erstrebenswerte Ziel auch für die beiden anderen Dreibundmächte dar. Ob indes am Ballplatze dafür Verständnis vorhanden sein wird, muß leider dahingestellt bleiben. Unsere Aufgabe wird zunächst darin bestehen, in geeigneter unauffälliger Weise dahin zu wirken, daß das Wiener Kabinett sich nicht vorzeitig bereits in entgegengesetztem Sinne festlegt.

v. Bethmann Hollweg

---

* Auf das Treutlersche Telegramm vom 5. telegraphierte Reichskanzler von Bethmann Hollweg am 6. April an den Kaiser unter Bezugnahme auf die inzwischen eingelaufene negative Meldung des Gesandten von Eckardt (vgl. S. 336, Fußnote **): „Die Nachricht vom heimlichen Verkauf Montenegros an Serbien erklärt Euerer Majestät Gesandter in Cetinje für eine jener bößwilligen Erfindungen von Intriganten, die den König kompromittieren wollen'. — Mit Euerer Majestät bin ich indessen davon überzeugt, daß wir gleichwohl die Möglichkeit einer künftigen Vereinigung Montenegros mit Serbien ins Auge fassen und tunlichst rechtzeitig darauf hinwirken müssen, daß Wien die Angelegenheit nicht zu einer Prestigefrage aufbauscht. Ich habe daher nicht verfehlt, Euerer Majestät huldreiche Ausführungen Herrn von Tschirschky zwecks entsprechender Regelung seiner Sprache mitzuteilen."

** Vgl. Nr. 15 540, Fußnote **.

Nr. 15 542

*Der Botschafter in Rom von Flotow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg**

Ausfertigung

Nr. 99 Rom, den 9. April 1914

Während der Marquis di San Giuliano sich zum Besuche des Grafen Berchtold in Abbazia** rüstet, wird er durch die immer bedrohlicher klingenden Nachrichten aus Montenegro beunruhigt. Anscheinend steigt die wirtschaftliche Not des kleinen Landes täglich, und die Gefahr wächst, daß ein Zusammenschluß mit Serbien gewaltsam herbeigeführt wird.

Selbst wenn die vertraulich verwertete Nachricht von den Verkaufsabsichten des Königs Nikita*** sich nicht bestätigen sollte, so hält der Marquis di San Giuliano auch die durch eine anderweitige Vereinigung Montenegros mit Serbien entstehende Situation für eine ernste. Nach seiner Ansicht kann die Vereinigung der beiden Länder dauernd nicht gewaltsam gehindert werden. Wenn aber Österreich bei seiner Weigerung, die Serben ans Meer zu lassen, beharren sollte, so würde nichts anderes übrig bleiben, als den Küstenstrich Montenegros an Albanien zu geben. Hier würden aber nach der Ansicht des Ministers die italienischen Interessen erheblich berührt. Denn unter keinen Umständen könnte Italien die dann entstehende geographische Berührung Albaniens mit Österreich zugeben. Sie würde ein Überwiegen des österreichischen Einflusses auf Albanien anbahnen, das Italien nicht ertragen könne.

Noch ernster würden die Dinge nach Ansicht des Ministers liegen, wenn wirklich Österreich, wie behauptet worden sei, Absichten auf den Berg Lovcen haben sollte. Nach seiner Lage würde der österreichische Besitz dieses Berges das maritime Gleichgewicht in der Adria derartig zugunsten Österreichs verschieben, daß Italien unter keinen Umständen dieser Veränderung ruhig zusehen könne. Der Marquis di San Giuliano wurde bei Erörterung einer solchen Eventualität in einer seiner Natur sonst völlig fremden Weise erregt. Ein solches Vorgehen Österreichs würde die schlimmste Krise für den Dreibund bedeuten, so meinte der Minister; selbst die stärkste Regierung Italiens könne dann nicht an der österreichischen Seite bleiben, sie werde vielmehr gezwungen sein, bei Rußland oder anderen Mächten Hilfe zu suchen.

---

* Der Flotowsche Bericht wurde durch Erlaß Nr. 498 nach Wien mitgeteilt.

** Der Besuch Marquis di San Giulianos bei Graf Berchtold in Abbazia fand vom 14. bis 18. April statt. Näheres darüber in Bd. XXXIX, Kap. CCXCV. Vgl. auch Nr. 15 544, Fußnote **.

*** Vgl. Nr. 15 541.

Nur mit Mühe gelang es mir, den Minister mit dem Hinweise zur Beruhigung zurückzuführen, daß die gefürchteten Ereignisse ja noch nicht vor der Tür ständen, und daß, wie ich annehme, auch der österreichischen Staatsleitung nicht entgangen sein werde, welcher schweren Belastung sie den Dreibund durch eine Eröffnung der Lovcenfrage aussetzen werde.

Der kluge und durch dienstlichen Aufenthalt in Montenegro mit den dortigen Verhältnissen wohlvertraute bulgarische Gesandte *, dessen Frau Montenegrinerin ist, bestätigte mir, daß die Dinge dort zweifellos auf die Vereinigung mit Serbien zuliefen. Die Selbständigkeit Montenegros werde den jetzigen König nicht überdauern. Die einzige Möglichkeit, dieser Entwickelung zu begegnen, sei, daß Österreich mit dem König von Montenegro eine Art Konvention in der Art abschließe, wie sie seinerzeit mit König Milan vereinbart worden sei, wonach Österreich die Dynastie schützen, Montenegro dagegen der österreichischen Politik überall folgen würde. Bei der ausgesprochen russenfeindlichen Stimmung, die zurzeit beim König und im Lande herrsche, und bei der Gefahr, in der die Dynastie sich befinde, würde der König auf solches Abkommen sofort eingehen.

Flotow

Nr. 15 543

Der Botschafter in Rom von Flotow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 106 — Rom, den 9. April 1914

Wie ich schon berichtete, erfüllt den Marquis di San Giuliano die Entwickelung der Dinge in Montenegro, die einer Vereinigung des Landes mit Serbien zuzulaufen scheint, mit Sorge. Indessen beschäftigt ihn weniger die allgemein europäische Seite der Frage als die Schwierigkeiten, die sie für das italienisch-österreichische Verhältnis mit sich führen könnte. Dementsprechend nahm er den Gedanken, daß bei dieser Gelegenheit eine allzulange versäumte Verständigung Österreichs mit Serbien angestrebt werden müßte **, nicht mit ganz ungeteiltem Beifall auf. Gewiß sei eine österreichisch-serbische Verständigung an sich wünschenswert, meinte er, nur müßte man ihren Charakter kennen und vor allem sicher sein, daß italienische Interessen nicht

---

* Rizow.

** Vgl. die Direktiven des Kaisers in seinem Telegramm an Reichskanzler von Bethmann Hollweg vom 4. April (in Nr. 15 541).

dadurch geschädigt würden. Das könne beispielsweise eintreten, wenn als der Preis der österreichischen Zustimmung zur serbisch-montenegrinischen Vereinigung die Überlassung des Lovcen an Österreich ausbedungen würde. Hier würde man einen Punkt berühren, wo keine auch noch so starke italienische Regierung imstande sein würde, eine schwere Erschütterung des italienisch-österreichischen Bundesverhältnisses und damit des Dreibundes zu verhindern. Auch sei er überzeugt, daß die österreichische Regierung nicht zu einem Abkommen mit Serbien zu bringen sein werde. Die Beziehungen hätten sich zu sehr verschärft. Der italienische Minister knüpfte hieran eine wenig schmeichelhafte Kritik der politischen Leitung Österreichs, die die Zukunft nie zu erkennen und niemals einen rechtzeitigen Entschluß zu fassen vermöge. Aber abgesehen davon, müsse man zugeben, daß gewichtige Gründe in Österreich gegen eine Verständigung mit Serbien sprächen. Serbien sei für Österreich wie ein Piemont für Italien, es habe eine zu starke Anziehungskraft für die angrenzenden Gebiete der Donaumonarchie, und es sei verständlich, daß Österreichs Interessen auf eine Schwächung viel mehr als auf eine Erweiterung Serbiens hinausgingen.

Alles in allem hatte ich den Eindruck, daß der Minister die Frage der Vereinigung Montenegros mit Serbien allzusehr unter dem Gesichtspunkte der österreichisch-italienischen Beziehungen und zu wenig unter dem allgemein europäischen betrachtet. Ich habe ihn daher darauf hingewiesen, daß, falls Österreich sich der Vereinigung gewaltsam widersetzte und andererseits Rußland für Serbien Partei ergreife, ein Weltkrieg entstehen könne, der doch noch von ganz anderer Tragweite sein würde, als eine Frage der österreichisch-italienischen Grenzverhältnisse. Aber der Minister ist namentlich im Hinblick auf seinen bevorstehenden Besuch in Abbazia und auch im Hinblick auf die Möglichkeit parlamentarischer Kritiken allzusehr mit der Adriapolitik beschäftigt, um dem entstehenden Problem in seiner ganzen Ausdehnung gerecht zu werden.

Immerhin war auch der Minister der Ansicht, daß hier eine Frage auftauche, die die ganze Aufmerksamkeit der verbündeten Mächte erheische und eine vorherige Verständigung unter ihnen wünschenswert mache. Auch interessierte ihn sehr die Stellung des Grafen Tisza zu der Frage, da er gewöhnt ist, Graf Tisza als den bedeutendsten staatsmännischen Kopf der Doppelmonarchie zu betrachten. Der Marquis di San Giuliano fand es außerordentlich erfreulich, daß Seine Majestät der Kaiser mit dem Grafen Fühlung genommen und auf ihn im Sinne einer verständigen Orientierung der österreichisch-ungarischen Politik eingewirkt habe.

Ich halte die Erörterung des Gegenstandes damit noch nicht für abgeschlossen.

Flotow

Nr. 15 544

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg, z. Z. in Korfu, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Achilleion, den 21. April 1914

Seine Majestät ist über österreichische Politik gegenüber Rumänien * und über Stellung Berchtolds gegenüber Eventualität einer Verständigung oder Verschmelzung Serbiens und Montenegros ** so erregt, daß er dringend wünscht, ich möchte über Wien rückreisen, um mit Berchtold, namentlich aber im Hinblick auf Erkrankung des Kaisers *** mit Thronfolger zu sprechen. Habe bisher vergeblich versucht, Seiner Majestät diesen Gedanken, den ich für wenig opportun halte, auszureden, und fürchte, daß ich nachgeben muß, wenn bis dahin Gesundheit Kaiser Franz Josephs sich so weit bessert, daß Gefahr beseitigt. Ich würde alsdann mit „Breslau" nach Triest fahren, wodurch Rückweg über Wien plausibel und Unhöflichkeit gegen Rom vermieden würde. Besondere Teilnahme Seiner Majestät an Erkrankung Kaisers müßte zur Motivierung des Besuchs mitverwertet werden.

---

* Vgl. dazu Bd. XXXIX, Kap. CCXCVIII.

** Die Frage einer Verschmelzung Serbiens und Montenegros war auf der Zusammenkunft Graf Berchtolds mit Marquis di San Giuliano in Abbazia (14. bis 18. April) nur obenhin erörtert worden. Vgl. dazu Bd. XXXIX, Kap. CCXCV, Nr. 15 729 und 15 730. Nach Graf Berchtolds Mitteilungen an Botschafter von Tschirschky vom 20. April hätte er dem italienischen Minister in großen Zügen das österreichische Programm dahin entwickelt, daß die Monarchie ein Fußfassen Serbiens am Adriatischen Meere nie zulassen könne, daß Österreich für sich selbst indessen keine Erweiterung seines Gebiets bei einer Fusion Serbiens und Montenegros anstrebe, sondern daran denke, die Lösung dieser Frage durch Zuweisung des montenegrinischen Küstengebietes an Albanien herbeizuführen. Dagegen hätte Marquis di San Giuliano nichts eingewandt und nur leichthin bemerkt, daß es vielleicht gut sein würde, hierüber einen Akkord zwischen Wien und Rom abzuschließen, eine Anregung, der er, Graf Berchtold, jedoch ausgewichen sei, da damit wohl die Absicht verbunden gewesen sei, der Monarchie besonders im Hinblick auf den Lovcen schon jetzt für alle Zeiten die Hände zu binden. Der Bericht Tschirschkys vom 20. April, in dem diese Äußerungen Graf Berchtolds mitgeteilt waren, wurde am 22. telegraphisch dem Reichskanzler nach Korfu übermittelt, kann also auf die von diesem am 21. signalisierte Erregung des Kaisers noch nicht eingewirkt haben. In Korfu lag am 21. lediglich ein Telegramm Botschafters von Flotow vom 20. April (Nr. 117) vor, nach dem Marquis di San Giuliano nur teilweise befriedigt aus Abbazia zurückgekehrt und das Ergebnis der Begegnung gerade auch in bezug auf die Vereinigung Serbiens und Montenegros unbefriedigend geblieben sei. Allerdings hatte der Kaiser bei seinem Aufenthalt in Wien (23. März) den in dieser Schärfe nicht ganz richtigen Eindruck davongetragen, daß Graf Berchtold im Gegensatz zu Graf Tisza von der Fusion beider Länder nichts wissen wolle.

*** Kaiser Franz Joseph war kurz vor dem 21. April an einer Lungenentzündung erkrankt, die in Anbetracht seines hohen Alters besorgniserregend schien.

Erbitte baldigst Ew. pp. Ansicht.

Genaue Information, insonderheit über österreichisch-italienische Differenz in Frage Serbien-Montenegro vorher notwendig.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 15 545

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg, z. Z. in Korfu

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 9 Berlin, den 22. April 1914

Schwerpunkt rumänischer Frage scheint mir augenblicklich weniger bei Graf Berchtold als in Pest zu liegen. An Graf Tiszas Einsicht ist wohl nicht zu zweifeln, die Befriedigung der rumänischen Wünsche wird aber durch ungarische innerpolitische Verhältnisse bedingt. Rumänischer Irredentismus, der bisher latent war, würde auch ohne Österreichs Fehler durch Rumäniens politischen Aufstieg erstarkt sein. Zunehmender Gegensatz zwischen Donaumonarchie und benachbartem rumänischen Nationalstaat liegt daher leider bis zu gewissem Grade in der natürlichen Entwickelung der Dinge. König Karol, Bratianu und Beldiman glauben, daß man jetzige Aufwallung vorübergehen lassen müsse.

Über italienisch-österreichische Divergenzen bezüglich Serbien-Montenegro vorliegen noch keine detaillierten Meldungen. Fordere dieselben telegraphisch ein*.

Zu Verstimmung in Rom würde Euerer Exzellenz Rückreise über Wien meines Erachtens keinen berechtigten Anlaß bieten. Dagegen erscheint mir zu bedenken, ob Rücksprache Euerer Exzellenz mit Thronfolger im Augenblick der Erkrankung Seiner Majestät des Kaisers Franz Joseph bei letzterem nicht Verstimmung und Verdruß erregt, als rechneten wir schon zu sehr mit Thronwechsel und Nachfolger.

Nachrichten über Befinden Seiner Majestät des Kaisers lauten viel beruhigender.

Anläßlich englischen Königsbesuchs in Paris** haben sich Vorstöße namentlich russischerseits bemerkbar gemacht, Entente mit Eng-

---

* Es war durch Telegramm Nr. 69 vom 22. April geschehen. Darauf antwortete Flotow am gleichen Tage: „Eigentliche Differenzen liegen noch nicht vor, da Graf Berchtold der Diskussion ausgewichen ist. Marquis di San Giuliano glaubte aber an Schwierigkeiten, da er nicht sieht, wie Einigung zu erzielen sei. Italien könne nicht zugeben, daß Albanien an Österreich stoße."

** Vgl. dazu Bd. XXXIX, Kap. CCC.

land zur Allianz zu verdichten; Versuche, die bisher von gesamter englischer Presse entschieden zurückgewiesen werden. Anschein zunehmender Aktivität, wie allzu häufige Zusammenkunft seitens der Dreibundleiter könnte uns als Nervosität ausgelegt und als Symptome für Verhandlungen über Ausdehnung der Ziele des Dreibunds angesehen werden. Auf gegnerischer Seite besteht bereits Verdacht, daß weitgehendes Mittelmeerabkommen von Dreibund geschlossen ist*. Solche Befürchtungen könnten nur Bestrebungen auch engeren Zusammenschlusses der Entente fördern.

Abgesehen von diesen Bedenken würde ich an sich Aussprache Euerer Exzellenz mit Graf Berchtold nützlich finden, wenn auch positives Ergebnis kaum zu erwarten.

Jagow

Nr. 15 546

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 118 Wien, den 23. April 1914
Geheim

Ich habe weisungsgemäß** den angeblichen, auf Fusion Serbiens mit Montenegro gerichteten russischen Plan dem Grafen Berchtold ganz vertraulich und mit den gebotenen Vorsichtsmaßregeln mitgeteilt. Der Minister nahm die Mitteilung mit Interesse entgegen. Er meinte, wenn er auch einen heimlichen Verkauf des Landes für ausgeschlossen halten müsse, so sei doch nicht so ohne weiteres von der Hand zu weisen, daß König Nikita für sich und die Seinen gegen das Versprechen einer guten Versorgung auf seine Krone verzichten könnte. Ähnliche Gerüchte seien ihm, dem Minister, auch schon früher zu Ohren gekommen. Es sei aber nicht anzunehmen, daß die Serben ihren gewiß bestehenden Plan, sich Montenegro anzugliedern, durch einen in die Augen springenden Akt würden verwirklichen wollen; sie würden es wohl vorziehen, möglichst geräuschlos und nach und nach Montenegro de facto unter ihren Einfluß zu bekommen, um es der Monarchie möglichst zu erschweren, den geeigneten Moment zu einer Gegenaktion zu finden.

Ich habe im Anschluß hieran nochmals Gelegenheit genommen, den Grafen Berchtold nachdrücklich darauf hinzuweisen, daß es für den Dreibund unerläßlich sei, sich über die der eventuellen Fusion Serbiens und Montenegros gegenüber zu befolgende Politik vor Eintritt des Er-

* Vgl. dazu Bd. XXXIX, Kap. CCXCV.
** Vgl. Nr. 15 541.

eignisses völlig klar zu sein. Österreich-Ungarn müsse genau sein Programm im voraus festlegen, dessen Grenzen aber auf die unbedingten Lebensinteressen der Monarchie beschränken, die dann allerdings mit allen Mitteln zu verteidigen sein würden.

Graf Berchtold bemerkte daraufhin, der Kaiser, er und ebenso auch Graf Tisza seien fest von der Notwendigkeit überzeugt, daß ein Vordringen Serbiens an die Adria und damit die völlige Umklammerung der Monarchie auch im Südosten durch einen feindlichen slawischen Staat im vitalen Interesse Österreich-Ungarns wie in demjenigen des Dreibundes unter allen Umständen verhindert werden müßte. Er habe deshalb, wie er mir schon früher mitgeteilt, den Gedanken, die Vereinigung des größten Teiles von Montenegro mit Serbien zwar zuzulassen, das Küstengebiet aber Albanien zuzuweisen. Gleichzeitig müsse versucht werden, diejenigen Bestimmungen des Bukarester Friedens, die in sich die größte Gefahr für Erneuerung eines Balkankrieges darstellten, also die Überlassung Istips und Kotschanas und der rein albanesischen Bezirke um Prisren und Diakowa an Serbien wieder rückgängig zu machen. Ich fragte den Minister, ob er glaube, daß Serbien — mit Rußland im Hintergrunde — sich ein zweites Mal, ohne zu den Waffen zu greifen, vom Meere abdrängen lassen würde, worauf Graf Berchtold erwiderte, Rußland habe so oft erklärt, daß es für serbische Interessen nicht eintreten könne und wolle, so daß er annehmen könne, daß Serbien — auf sich allein angewiesen — es nicht zum äußersten kommen lassen werde. Weiter machte ich den Minister darauf aufmerksam, daß ich Grund zur Annahme hätte, daß man in Rom ein Angrenzen der Monarchie an Albanien kaum dulden würde. Graf Berchtold fand diese Prätention der Italiener doch allzu weitgehend und bezeichnete sie als geradezu „kindisch“. Ich gab dann dem Minister noch zu bedenken, daß die Aufrollung der Fragen wegen Istip, Kotschana, Prisren und Diakowa den ganzen Balkan und sämtliche Großmächte wieder auf dem Plan erscheinen lassen würde.

Ich glaube, den vorstehenden Erörterungen über die Frage der Stellungnahme Österreich-Ungarns zur Eventualität einer serbisch-montenegrinischen Fusion entnehmen zu können, daß man hier mit Ausnahme des Grundsatzes, daß Serbien von der Adria fernzuhalten sei, sich über ein ins einzelne gehendes Programm und dessen etwaige Konsequenzen noch nicht klar ist*. Nach Abschluß der Delegations-

---

* Daß Graf Berchtold sich in der Tat noch nicht klar darüber war, wie er angesichts der drohenden Vereinigung Serbiens und Montenegros vorgehen solle, ergeben die Mitteilungen Conrads von Hötzendorf (Aus meiner Dienstzeit, III, 661 f.) über seine Unterredung mit dem Minister vom 22. April, in der auch die Mitteilungen Kaiser Wilhelms II. über den angeblich geplanten Verkauf des montenegrinischen Königreichs gestreift werden. Es heißt da unter anderem: „Auf meine Bemerkung, daß wir im Falle einer serbisch-montenegrinischen

verhandlungen, die augenblicklich schon die Arbeitskraft des Ministers und seiner Räte voll in Anspruch nimmt, möchte ich mir vorbehalten, bei Graf Berchtold auf dieses Thema zurückzukommen. Was die Frage eines für beide Teile annehmbaren modus vivendi zwischen Österreich-Ungarn und Serbien anlangt, durch den die serbischen Aspirationen auf die serbischen Provinzen der Monarchie dauernd und legal beseitigt werden müßten, so glaube ich, daß wir eine solche Kombination nicht in unsere Politik einsetzen können. Man hält einen solchen hier, wie ich schon wiederholt zu berichten die Ehre hatte, für nicht erreichbar.

von Tschirschky

Nr. 15 547

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Rom von Flotow

Eigenhändiges Konzept

Nr. 451 Berlin, den 28. April 1914

Euerer Exzellenz Berichterstattung zufolge hat sich Marquis di San Giuliano wenig befriedigt über das Resultat der Besprechungen von Abbazia gezeigt, soweit dasselbe die Eventualität einer Vereinigung Serbiens mit Montenegro betrifft. Der Minister hat dabei geäußert, Italien werde nie dulden können, daß Albanien an Österreich-Ungarn grenze.

In Wien andrerseits hält man ein Vordringen Serbiens bis zur Adria für inakzeptabel. Dieser Auffassung hat Österreich auch in der letzten Balkankrisis bereits Geltung verschafft, die gemeinsam mit Italien durchgesetzte Konstituierung des Fürstentums Albanien und

---

Fusion den Landanschluß an Albanien, also den Küstenstrich verlangen müßten, warf Graf Berchtold ein, daß Italien dem entgegen wäre. Ich meinte, wir müßten uns klar darüber werden, ob wir die Fusion hinnehmen wollten, dann sollten wir aber überhaupt nichts dagegen tun und auch nicht darüber reden, oder ob wir uns gegen die Fusion stellen wollten, dann müßten wir auf den Krieg gefaßt sein. Dieser dürfte jedoch nicht einer so untergeordneten Sache wegen geführt werden, sondern müßte die radikale Lösung der serbischen Frage zum Ziele haben. Graf Berchtold wies auf Rußland hin; ich erwiderte, daß ja Deutschland und Italien uns zur Seite stehen müßten, worauf Graf Berchtold äußerte: ‚Die werden uns in die Arme fallen'; er fügte bei, er habe Nachricht, daß Kaiser Wilhelm erfahren hätte, es wären unter der Ägide Rußlands Vereinbarungen im Zuge, wonach Serbien dem König von Montenegro sein Land abkaufen würde. Ich bezeichnete dies als ‚Tartarennachrichten'. Graf Berchtold bemerkte, Deutschland hätte uns geraten, uns gegen die Fusion auszusprechen und die Erhaltung Montenegros mit seiner Dynastie zu verlangen. Ich erwiderte, daß damit für uns nichts erreicht wäre; die Bewegung wurzle im Volke, und dieses würde die Monarchie entfernen, wenn sie ihm nicht passen sollte."

die Gewährung nur eines wirtschaftlichen Zugangs zum Meere für Serbien verfolgte diesen Zweck. Es muß auch zugegeben werden, daß wichtige Interessen der Donaumonarchie bedroht wären, wenn sie im Süden von einem bis zum Meere reichenden großen slawischen Staat gleichsam umklammert würde. Marquis di San Giuliano hat selbst die Gefahr der „Marée Slave“ anerkannt und kann ebensowenig wie Österreich-Ungarn wünschen, daß auf dem östlichen Ufer der Adria ein starkes Serbien Fuß faßt, welches mehr oder weniger stets eine Vormacht Rußlands darstellen wird. Es wäre allerdings wünschenswert, daß auch die öffentliche Meinung Italiens mehr zu dieser Einsicht gelangte, statt sich immer nur von der „germanischen“ beziehungsweise österreichischen Gefahr hypnotisieren zu lassen.

Mit dem Verschwinden von Montenegro muß, wie die Dinge liegen, wenn nicht früher, so doch nach dem Tode König Nikitas ziemlich bestimmt gerechnet werden. Ich will zugeben, daß eine weitere Ausdehnung Österreichs südwärts an der adriatischen Küste, besonders die Besitznahme des strategisch wichtigen Lovcen, für Italien Gefahren involvieren würde.

Diesem Gesichtspunkt dürfte jedoch die Wiener Politik genügend Rücksicht tragen, wenn sie — soweit hier bekannt — nicht selbst einen Teil Montenegros beansprucht, sondern bei einer Auflösung dieses Staates das Küstengebiet zu Albanien schlagen, sich dem Aufgehen des übrigen Teils in Serbien aber nicht widersetzen will. Vorbedingung hierfür bleibt freilich, daß der albanische Staat sich als lebensfähig erweist, was wir alle hoffen und unterstützen müssen. Es ist nicht ersichtlich, warum Italien in der Vergrößerung und Erstarkung des von ihm selbst mitgeschaffenen Albaniens eine Gefahr erblicken könnte, es sei denn, daß es auch mit dem Zusammenbruch dieses Staates rechnet und diesenfalls Ansprüche Österreichs auf die nördlichen Gebiete desselben befürchtet*. Die Tätigkeit italienischer Agenten und Unteragenten in Albanien hat schon jetzt dem Verdacht auf vielen Seiten Nahrung gegeben, daß Italien sich dort selbst eine territoriale Zukunft bereiten möchte. Ich kann jedoch nicht glauben, daß dies dem Willen der Leiter der italienischen Politik entspricht. Somit kann ich keinen stichhaltigen Grund erkennen, weshalb Italien einer Angrenzung Albaniens an die Donaumonarchie grundsätzlich widerstehen müßte. Sie scheint mir vielmehr unter gewissen Eventualitäten der einzige Modus zu sein, der den österreichischen Interessen gerecht würde, ohne die italienischen zu verletzen.

Euere Exzellenz wollen die Frage nicht aus dem Auge lassen und sie gelegentlich wieder in unverbindlichen Gesprächen mit dem italienischen Minister berühren, wobei es von Interesse sein wird festzustellen, wie

---

* Vgl. dazu Bd. XXXVI, Kap. CCLXXXII.

derselbe sich die Lösung des montenegrinischen Problems denkt. Es muß möglichst verhütet werden, daß, wenn dasselbe über kurz oder lang aktuell werden sollte, daraus Anlaß zu Konflikten zwischen unseren Bundesgenossen entsteht.

Jagow

Nr. 15 548

Der Botschafter in Rom von Flotow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 133 Rom, den 4. Mai 1914
Vertraulich

Mein österreichischer Kollege sprach sich heute zu mir über die Ministerbegegnung in Abbazia und speziell über die Frage der Vereinigung von Serbien und Montenegro aus. Bei dem Gewicht, das die Stimme des Herrn von Mérey in Wien besitzt, sind seine Äußerungen von Interesse. Der Botschafter gab offen zu, daß Graf Berchtold in Abbazia dem Marquis di San Giuliano in dieser Frage ausgewichen sei und zwar nach Beratung mit ihm, dem Botschafter. Denn er sei der Ansicht, daß eine Einigung mit Italien darüber garnicht zu erzielen sei. Unter keinen Umständen dürfe dabei noch einmal ein großes Interesse der österreichisch-ungarischen Monarchie geopfert werden. Es sei unvermeidlich, daß man dabei mit Italien in Konflikt gerate. Das müsse überwunden werden, in Italien werde man eine Zeitlang schmollen und sich dann wieder beruhigen. Es sei unzeitgemäß gewesen, daß eine österreichische Militärzeitschrift die Forderung des Lovcen gestellt habe*; tatsächlich aber sei der Erwerb des Lovcen das Minimum dessen, was Österreich dabei fordern müsse, wahrscheinlich würden seine Ansprüche weiter gehen, jedenfalls dürfe Serbien nicht an das Meer gelassen werden.

Bei dem Verhältnis, in dem ich zu meinem österreichischen Kollegen stehe, das bei großer persönlicher Freundschaft oft sehr heftige Diskussionen mit sich bringt, habe ich sofort Gelegenheit genommen, ihm zu sagen, daß diese Behandlung des Bundesverhältnisses zu Italien mir eine außerordentlich bedenkliche erscheine. Österreich habe die Pflicht, einen Weg zur Verständigung mit Italien in dieser Frage zu suchen. Es gebe deren auch. Einmal sei eine Zuteilung des montenegrinischen Küstenstriches an Albanien möglich. Dagegen sträube Italien

---

* Vgl. dazu Bd. XXXIX, Kap. CCXCVI, Nr. 15 760, S. 401, Fußnote ††.

sich heute, es könne sich aber schließlich damit abfinden, wenn nur der Lovcen nicht österreichisch würde. Ein anderer Weg sei, wenn nur die österreichische Regierung eine hinreichende Initiative entfalte, Montenegro durch wirtschaftliche Unterstützung an sich zu ziehen und damit den Vereinigungsbestrebungen das Wasser abzugraben. Jedenfalls hielte ich es auch im Dreibundsinteresse für unzulässig, Italien ohne weiteres in die russisch-französischen Arme zu treiben, die sich sehr leicht öffnen könnten. Deutschland habe jedenfalls ein wichtiges eigenes Interesse, Italien in seiner Stellung an der östlichen Flanke Frankreichs nicht aus der Bundesgenossenschaft gedrängt zu sehen, nachdem die österreichische Politik Rumänien bereits in eine nicht mehr unbedingt sichere Stellung getrieben hätte.

Wie nach seinem ganzen Charakter zu erwarten, blieb die Schärfe meiner Ausführungen auf den Botschafter nicht ohne günstige Wirkung. Ich möchte glauben, daß es nicht unzweckmäßig wäre, auch in Wien zur rechten Zeit darauf hinzuweisen, daß die Bundesgenossenschaft Italiens nicht nur für Österreich, sondern auch für uns einen selbständigen Wert hat, den wir ohne weiteres nicht preiszugeben wünschen. Nur wäre ich dankbar, wenn es in einer Form geschähe, die meine Beziehungen zu meinem österreichischen Kollegen nicht kompromittiert.

Flotow

Nr. 15 549

*Aufzeichnung des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg für den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow**

Eigenhändig

Berlin, den 8. Mai 1914

Ich halte eine klare Aussprache in Wien für dringend erforderlich. Wien beginnt sich in seiner gesamten Politik etwas stark von uns zu emanzipieren und muß meo voto rechtzeitig am Zügel gehalten werden.

Falls Sie zustimmen, bitte ich, mir den Erlaß nach Wien** vor Abgang zur Kenntnis vorzulegen.

v. Bethmann Hollweg

---

* Die Aufzeichnung wurde nach einer Aktennotiz durch den voraufgehenden Bericht des Botschafters von Flotow vom 4. Mai veranlaßt.
** Siehe das folgende Schriftstück.

Nr. 15 550

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Konzept

Nr. 579 Berlin, den 8. Mai 1914

Euer pp. lasse ich anbei Abschrift eines Berichts des Kaiserlichen Botschafters in Rom* über eine Unterredung mit dem dortigen österreichisch-ungarischen Botschafter zur gefälligen Kenntnis zugehen.

Wenn die Ansichten des Herrn von Mérey in Wien maßgebend bleiben sollten — so wie es sein Rat in Abbazia gewesen zu sein scheint —, so würde das Bundesverhältnis zwischen der Donaumonarchie und Italien schweren Gefährdungen ausgesetzt sein. Ich brauche nicht hinzuzufügen, daß durch eine derartige Krise im Dreibund auch wir in ernste Mitleidenschaft gezogen würden, und daß wir also ein durchaus berechtigtes Interesse an der Vermeidung solcher Eventualitäten haben. Wir müssen um der Erhaltung des Dreibundes willen darauf dringen, daß zwischen unseren Bundesgenossen eine Verständigung über die drohende montenegrinische Frage herbeigeführt wird. Ich kann mir die diesbezüglichen Ausführungen Herrn von Flotows nur zu eigen machen. Ob es gelingen wird, Montenegro gegen den politischen und finanziellen Einfluß Rußlands dauernd zu Österreich hinüberzuziehen, mag allerdings fraglich erscheinen. Der österreichischen Politik pflegt es leider auch für solche Aufgaben an der nötigen Geschmeidigkeit zu fehlen. Jedenfalls müßte für den Fall, daß derartige Versuche scheitern sollten, eine vorherige Verständigung zwischen den Kabinetten von Wien und Rom über die Frage territorialer Veränderungen an der Adria erzielt werden. Der Ausbruch eines Konflikts zwischen Österreich und Italien — bei dem auch Serbien gegen die Donaumonarchie stände —, würde für Rußland zweifellos Anlaß zum Eingreifen bieten, wir würden vor die Frage gestellt, zwischen unseren Alliierten optieren zu müssen oder bei passiver Haltung Österreich-Ungarn einem Angriff von zwei Seiten preiszugeben. Es würde das einen völligen Zusammenbruch des Dreibundes und unseres bisherigen politischen Systems bedeuten.

Euer pp. ersuche ich daher, den Grafen Berchtold gelegentlich — ohne jedoch der Unterredung zwischen Herrn von Flotow und von Mérey Erwähnung zu tun — auf die Frage anzusprechen und ihn darauf hinzuweisen, daß eine Verständigung mit Italien auch für unsere Interessen unerläßlich erscheint. Was die bisher vom Marquis di San Giuliano vertretene These betrifft, daß er eine Zuteilung des montenegrinischen Küstengebiets an Albanien nicht zulassen könne, so habe

---

* Siehe Nr. 15 548.

ich den Kaiserlichen Botschafter in Rom bereits mit Instruktion versehen, dem Minister die Unhaltbarkeit dieses Standpunktes darzulegen *.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 15 551

Der Botschafter in Rom von Flotow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 137 Rom, den 12. Mai 1914
Vertraulich

Der hier auf Urlaub weilende Herr Bollati ** hat mir ganz vertraulich Kenntnis gegeben von einer Unterredung, die er mit dem Marquis di San Giuliano über die Beziehungen Österreichs zu Italien und speziell auch über die drohende Vereinigung Montenegros mit Serbien gehabt hat. Der Minister hat sich in dieser Frage ziemlich pessimistisch geäußert und die Ansicht zu erkennen gegeben, daß es fast unmöglich sein werde, in dieser Frage eine Einigung mit Österreich zu finden. Er hat wiederum die Ansicht vertreten, daß Albanien nicht an Österreich stoßen dürfe und vor allem, daß etwaige österreichische Ansprüche auf den Lovcen von keiner Regierung in Italien zugestanden werden könnten [1]. Der Botschafter selbst ist der Ansicht, daß diese Seite der Frage nicht praktisch werden dürfte, da Serbien unter allen Umständen das an das Meer grenzende montenegrinische Territorium beanspruchen und dafür sogar unbedingt Krieg führen würde [2].

Da der Botschafter morgen noch eine Unterredung mit dem Marquis di San Giuliano haben wird, so habe ich Gelegenheit genommen, ihn noch einmal darauf hinzuweisen, wie überaus bedenklich es sei, wenn die beiden verbündeten Mächte sich nicht beizeiten über diese ernste Frage aussprächen [3], oder wenn sie sogar von vornherein erklärten, sich darüber nicht verständigen zu können.

Die österreichisch-italienischen Beziehungen sind so wie so nicht ganz unbedenklich. Die Demonstrationen und Hetzereien aus Anlaß der Vorgänge in den Grenzgebieten *** hören nicht auf, und wenn auch jeder einzelne Fall ohne große Bedeutung ist, so wird doch allmählich eine unerfreuliche Atmosphäre geschaffen. Dazu kommt, daß sich deutlich eine Art Preßbewegung gegen den Marquis di San Giuliano wegen seiner austrophilen Politik abzeichnet, die nicht ohne Eindruck

---

* Vgl. Nr. 15 547.
** Italienischer Botschafter in Berlin.
*** Vgl. dazu Bd. XXXIX, Kap. CCXCVI.

auf den Minister bleibt. Besonders einige scharfe Angriffe des so einflußreichen „Corriere della Sera“ haben ihn beunruhigt[4].

Flotow

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] !
[2] Also die alte Situation vom Winter 12/13, wo es nahe daran war
[3] richtig! sie müßten sich einige[n]
[4] sie müßten sich verständigen!
Schlußbemerkung des Kaisers:
Es muß eingesehen werden, daß à la longue Serbien und Montenegro doch zusammen kommen werden, wie Tisza es sagte

Nr. 15 552

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an Kaiser Wilhelm II.

Eigenhändiges Konzept

Berlin, den 25. Mai 1914

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät wage ich anliegend Abschrift eines Berichts des österreichisch-ungarischen Militärattachés in Belgrad*, welchen der österreichisch-ungarische Botschafter mir vertraulich mitgeteilt hat, alleruntertänigst zu unterbreiten.

Jagow

Anlage

Bericht des österreich-ungarischen Militärattachés in Belgrad Majors Gellinek

Abschrift

Nr. 69 Belgrad, den 20. April 1914

Ebenso wie Kirche und die Geistlichkeit in Serbien hauptsächlich nationalen und politischen Zwecken dient, so werden hier auch die größeren kirchlichen Feste zum Anlaß genommen, um dem nationalen Empfinden und den bezüglichen Wünschen und Hoffnungen Ausdruck zu geben. In drastischer Weise trat dies in den diesjährigen Ostergrüßen der serbischen Presse zutage. Allen voran hat die „Politika“, das angesehenste serbische Blatt, in ihrem Leitartikel „Unsere Auferstehung“ die Genugtuung der Großserben über die Ereignisse seit dem vorigen Osterfeste und ihre Erwartungen betreffs der Zukunft zusammengefaßt:

„In Gračanica, inmitten des befreiten Volkes, hat der Kronprinz heute die heilige Kommunion empfangen. Schon vor einem Jahre

* Major Gellinek.

feierten unsere siegreichen Truppen dort das Osterfest, aber während damals noch die Auseinandersetzung mit dem treubrüchigen Verbündeten bevorstand, sind heute die meisten Länder der alten serbischen Fürsten unter dem serbischen Szepter vereint.

Der serbisch-türkische Krieg hat die Kraft Serbiens anwachsen lassen; der Krieg gegen Bulgarien jedoch gab uns erst das neue Leben. Erst nach Bregalniza konnte Serbien freudig in die Zukunft blicken, erst dann den Glauben an die Auferstehung des gesamten Serbenvolkes gewinnen. Und heute feiert man in Radoviste bis zum Triglav, vom Ochridasee bis zu den Werschetzer Bergen das Osterfest mit jener Freude, wie in den hellsten Tagen des alten serbischen Kaiserreiches. Heute fühlen sich diese ganzen serbischen Länder wie eine Seele, die niemand mehr ersticken, deren Einheit niemand mehr zerstören kann.

Es liegt gar nichts daran, daß Kroatien heute vielleicht wieder nur einen Schritt von den schweren Zeiten des Kommissariates entfernt ist, — es liegt nichts daran, daß Dalmatien legionenweise von Schächern überschwemmt, Bosnien und der Herzegowina die Hände gebunden und die Kehle zugeschnürt ist; heute bilden die österreichischen und die ungarischen Gendarmen, welche mit ihren Bajonetten die serbischen Ortschaften durchstreifen und jeden ins Gefängnis werfen, der mit hellem Auge nach dem serbischen Süden blickt, für die Bevölkerung keinen Schrecken mehr! Denn jedes große Werk verlangt seine Opfer, jede Befreiung zählt ihre Märtyrer, und die heutige serbische Generation auf ihrem großen Territorium hat keinen sehnlicheren Wunsch, als diese Märtyrer zu geben."

In ähnlicher Weise äußert sich das Organ der Fortschrittler, die „Prawda":

„. . . An uns Serben im Königreiche, die wir keine Auferstehung mehr zu feiern brauchen, ist es heute, daran zu denken, welche Wünsche unsere Brüder jenseits der Donau, Save und Drina haben können. Die Befreiung! Sie wünschen das, was bis vor zwei Jahren unsere Brüder beiderseits des Vardar gewünscht haben. Aber sie sind nicht kräftig genug, um dies alleine auszuführen. Sie sind zwar reif für die Befreiung, müssen aber von außen befreit werden. Daran soll jeder Serbe zu Ostern denken; wir haben unsere nationale Auferstehung schon längst gefeiert, vollenden wir sie auch für unsere noch unbefreiten Brüder."

Der „Piemont", das Blatt der Offizierspartei, sagt nach einem Überblick der beiden Kriege folgendes:

„. . . Mit der Befreiung Mazedoniens wurde Serbien nicht nur vergrößert, sondern auch die Hoffnungen auf die endgültige Befreiung des ganzen serbischen Volkes sind gewachsen. Die Auferstehung des serbischen Volkes im Süden vergrößerte bei den Stammesbrüdern im Westen und im Norden den Glauben an die endliche Befreiung, ebenso

wie das kleine serbische Königreich seinerzeit mit seinem Beispiel ganz Mazedonien ermutigt hat (?). Die Glocken, welche heute morgens in Bosnien, der Herzegowina, Dalmatien, Slawonien, Syrmien, in der Backa und im Banat die Auferstehung des Glaubens und des Frühlings verkünden, werden heller erklingen denn je."

Die „Straza" vergleicht die endliche Befreiung der Serben mit der Leidensgeschichte Christi:

„. . . Auch das Jahr 1908 bedeutet für uns einen Karfreitag, auf welchen 1912/13 die Auferstehung folgte. Das Serbien Dusans hat seine Auferstehung gefeiert, und auch das Osterfest des ganzen serbischen Volkes, der Tag der nationalen Vereinigung, welcher alles, was serbisch spricht, in einen Staat zusammenfassen wird, ist nicht mehr ferne. Wir vertrauen auch weiter in die Kraft unseres Volkes und in die Güte Gottes, und diese Zuversicht wird uns bald dazu verhelfen, daß die Serben aller serbischen Länder sich zum Osterfeste mit den Worten begrüßen werden: Großserbien ist auferstanden!"

Der „Balkan" sagt, daß die großen militärischen Erfolge Serbiens die größten Hoffnungen im Volke erweckt haben:

„Der Verwirklichung der großserbischen Ideale, welche noch vor kurzem in großer Gefahr stand, eröffnen sich nun neue Perspektiven, und die serbischen Standarten erwarten ungeduldig, zu neuem Ruhme geführt zu werden, um auch an den Ufern der Mariza, der Donau, der Theiß und der Una freudige Tage zu erleben. Denn dort, jenseits der Save-Donau, an den Ufern der rauschenden Narenta und an der Adria schmachten Sklaven, welche an dem heutigen großen christlichen Freudenfeste mit Kummer ausblicken, ob nicht das Blitzen der serbischen Bajonette schon sichtbar sei, denn diese bilden ihre einzige Hoffnung auf eine endliche Auferstehung. Schließen wir uns daher noch fester zusammen, und eilen wir denjenigen zu Hilfe, welche die Freude des heutigen Auferstehungsfestes noch nicht mitfühlen."

In ähnlichem Sinne äußern sich auch die meisten übrigen Tagesblätter. Der in allen diesen Leitartikeln bekundete heiße Wunsch nach der Vereinigung mit unseren Südslawen bildet auch in dieser ungeschminkten Form keine Neuheit. Hiezu gesellt sich aber jetzt die immer deutlicher hervortretende feste Überzeugung, daß unsere Serben, Kroaten und Slowenen sich politisch überhaupt mit nichts anderem beschäftigen, als sehnsüchtig über die serbische Grenze zu blicken und die serbischen „Befreier" herbeizuwünschen. Diese hier allgemeine, selbst in den gebildeten Kreisen verbreitete Ansicht muß als ein Faktor betrachtet werden, der Serbien leicht zu einer Abenteuerpolitik gegenüber der Monarchie verleiten könnte.

(gez.) Gellinek

Schlußbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
Unerhört! aber begreiflich

Nr. 15 553

Der Botschafter in Wien von Tschirschky, z. Z. in Budapest, an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow

Eigenhändiger Privatbrief

Budapest, den 17. Mai 1914
[pr. 21. Mai]

pp.* Im Laufe unserer ganz vertraulichen Unterhaltung teilte mir Avarna noch mit, er sei beauftragt, bei Graf Berchtold den Abschluß einer Vereinbarung für den Fall einer Fusion Serbiens mit Montenegro zu betreiben. Vorschläge habe er nicht zu machen. Er wisse nur, daß man in Rom der Ansicht sei, daß ein Angrenzen der Monarchie an Albanien im Interesse Serbiens nicht zugelassen werden könne, weil dadurch der Einfluß der Monarchie auf Nordalbanien zu stark werden würde. Ich habe meinem italienischen Kollegen angedeutet, daß wir diesen Standpunkt seiner Regierung nicht teilen könnten, und daß Herr von Flotow in dieser Richtung Instruktionen erhalten hätte. Avarna meinte, es komme jetzt zunächst darauf an, d'entamer des négociations, im Laufe der Verhandlungen werde man schon einen Ausweg finden. Sobald Avarna mit Berchtold gesprochen haben wird, werde ich weisungsgemäß den Abschluß einer Vereinbarung nachdrücklich unterstützen.

Avarna klagte dann noch über die übertriebene Nervosität in Rom in bezug auf die albanischen Verhältnisse. Diese rühre einerseits von den pessimistischen Berichten des Gesandten Aliotti her, andererseits habe sie ihren Grund darin, daß San Giuliano sich um die albanischen Dinge so gut wie gar nicht kümmere, sondern deren Beantwortung fast ausschließlich Herrn de Martino überlasse. „C'est un mauvais garnement," meinte der Botschafter, ein schlechtes Element, der anstatt zu vermitteln und auszugleichen, die Schwierigkeiten künstlich vergrößere.

Hier in Pest ist fast die ganze „Gesellschaft" in scharfer Opposition gegen Tisza. Die großen Familien hassen ihn mit der ganzen leidenschaftlichen Glut, deren ein Ungar und eine Ungarin in politischen Dingen fähig ist. Man sieht in diesen Kreisen sehr schwarz und prophezeit dem Grafen Tisza kein gutes Ende. Auch über Berchtold hört man nur sehr scharfe Urteile. Die Anti-Dreibund-Tiraden des Grafen Károlyi werden nirgends ernst genommen.

von Tschirschky

---

* Der Anfang des Briefes, der die Verhandlungen über die antiösterreichischen Demonstrationen in Italien betrifft, ist abgedruckt in Bd. XXXIX, Kap. CCXCVI, Nr. 15 767.

Nr. 15 554

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 217 Wien, den 4. Juli 1914

Ich hatte dieser Tage aus Anlaß des „Figaro"-Artikels über die bevorstehende Union zwischen Serbien und Montenegro * Gelegenheit genommen, den Grafen Berchtold zu fragen, ob er etwa seit der Begegnung mit Marquis di San Giuliano in Abbazia in dieser Angelegenheit mit Rom in Verbindung getreten sei. Ich bemerkte, daß, wenn mir auch die Nachricht des französischen Blattes, die Union sei in allernächster Zeit zu erwarten, in dieser Form kaum glaubwürdig erscheine, sie doch als Anzeichen dafür gelten könne, daß weiter in dieser Richtung gearbeitet werde, und daß die unerläßliche Verständigung mit Italien nicht so lange herausgeschoben werden sollte, bis es eines Tages zu spät sei.

Graf Berchtold erwiderte, er habe noch keine Gelegenheit gehabt, seit Abbazia mit Rom über diese Frage zu verhandeln. Übrigens berichte der österreichisch-ungarische Vertreter in Cetinje, daß die Unionsidee in Montenegro keineswegs populär sei, sondern nur von einer kleinen und nicht einflußreichen Partei betrieben werde.

Ich habe dann dem Minister gegenüber noch bemerkt, daß die Kaiserliche Regierung dieser Frage und ihrer Regelung zwischen Wien und Rom ihr dauerndes Interesse entgegenbringe, vor allem im Hinblick auf eine notwendige vorgängige Verständigung zwischen unseren beiden Bundesgenossen. Euere Exzellenz hätten auch bereits den Kaiserlichen Botschafter in Rom dahin instruiert, daß die Kaiserliche Regierung die von Marquis di San Giuliano bisher vertretene These, Italien könne eine Zuteilung des montenegrinischen Küstengebiets an Albanien nicht zulassen, für nicht haltbar erachte. Der Minister war über diese

---

* Am 1. Juli hatte der „Figaro" folgende Information veröffentlicht: „Wir sind in der Lage zu melden, daß Serbien und Montenegro den Beschluß gefaßt haben, ihre Vereinigung zu proklamieren. Dieser Beschluß sollte am Jahrestage der Schlacht von Kossowo, also vorgestern, bekanntgegeben werden. Durch die Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand und seiner Gemahlin ist jedoch das Datum der Bekanntgabe hinausgeschoben worden, es handelt sich aber nur um eine Verzögerung. Die Verhandlungen sind unter Beobachtung des größten Stillschweigens zwischen den Kabinetten von Belgrad und Cetinje geführt worden unter der ermunternden Ägide Rußlands, das von Anfang an über die Verhandlungen auf dem laufenden gehalten wurde." Gegenüber einem Dementi der Berliner serbischen Gesandtschaft hielt der „Figaro" am 2. Juli seine Information aufrecht. Nach anderen Pressestimmen sollte es sich um Herstellung eines bundesstaatlichen Verhältnisses handeln.

Stellungnahme Euerer Exzellenz sichtlich sehr erfreut und ersuchte mich, Euerer Exzellenz dafür seinen Dank zu übermitteln.

Der Herzog von Avarna bestätigte mir auf meine Frage, daß seit Abbazia über die Angelegenheit der Union zwischen Wien und Rom nicht gesprochen worden sei. Die Unterhandlungen über die albanische Frage * hätten alles andere in den Hintergrund treten lassen. Er werde aber bei nächster Gelegenheit die Unionsfrage dem Grafen Berchtold gegenüber wieder berühren.

von Tschirschky

Nr. 15 555

*Der Botschafter in Rom von Flotow, z. Z. in Fiuggi-Fonte, an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg***

Ausfertigung

Nr. 4 — Fiuggi, den 10. Juli 1914

Ganz vertraulich

Da die italienische Presse, angeregt durch eine österreichische Militärzeitschrift, der Frage der serbisch-montenegrinischen Vereinigung und des Lovcen erneut ihre Aufmerksamkeit zugewandt hat, so habe ich gelegentlich das Gespräch mit dem Marquis di San Giuliano auf denselben Gegenstand gelenkt und ihn gefragt, ob er nicht rechtzeitig mit Österreich zu einer Verständigung darüber gelangen könne. Der Minister verhehlte sich nicht den ganzen Ernst dieser Frage. Leider geht er immer noch davon aus, daß eine wirkliche Verständigung zurzeit nicht möglich sei, es sei daher besser, diese Unmöglichkeit heute nicht zu konstatieren, da eine derartige Feststellung die ernstesten Konsequenzen haben könne. Es sei schon besser, die Ereignisse abzuwarten und zu sehen, was seinerzeit zu tun sei. Er glaube nicht, daß zu Lebzeiten des Königs Nikolaus eine völlige Vereinigung der beiden Länder eintreten werde. Er hoffe, die Vereinigung werde so allmählich und gradatim vor sich gehen, daß Österreich, wie so häufig, den rechten Augenblick zum Eingreifen nicht finden werde. Zu hindern sei die Vereinigung auf die Dauer nicht.

Als die schwierigste Seite der Frage bezeichnete mir der Minister die österreichischen Aspirationen auf den Lovcen. Auf meine Bemerkung, daß mir allerdings weite österreichische Kreise den Erwerb dieses Berges für Österreich bei Gelegenheit einer Vereinigung Serbiens mit Montenegro als ein vitales österreichisches Interesse anzusehen schienen, geriet der Minister in eine seiner kühlen und überlegenen Art sonst fremde Erregung und sagte, daß wir keinen Augenblick darüber

---

* Vgl. dazu Bd. XXXVI, Kap. CCLXXXII.

** Hier angeschlossen des Zusammenhangs halber.

im Zweifel sein dürften, daß ein solches Vorgehen Österreichs nicht nur das Ende des Dreibundes, sondern den italienischen Krieg mit Österreich bedeuten würde. Dieser Krieg würde mit allen Mitteln, mit der Revolutionierung Österreichs und mit Hilfe der Serben und Russen geführt werden. Die letztere Bemerkung, die, kaum getan, dem Minister offenbar leid war, war mir insofern interessant, als der österreichische Botschafter in letzter Zeit einen ganz besonders intimen und häufigen Verkehr des Ministers mit dem russischen Botschafter bemerkt haben will. Auch war mir aufgefallen, daß der russische Botschafter mich mit dem Anschein guter Orientierung fragte, ob ich denn ernstlich glaube, daß die italienischen Bundesgenossen im Kriegsfalle wirklich mit uns marschieren würden.

Als ich weiter bei dem Marquis di San Giuliano insistierte, ob er denn keine der der italienischen Mentalität sonst so vertrauten Kombinationen sähe, die selbst beim Übergang des Lovcen auf Österreich die italienischen Interessen wahre, kam der Minister zögernd mit dem Gedanken heraus, daß die einzige Möglichkeit, diese Eventualität der italienischen öffentlichen Meinung annehmbar zu machen, eine Gebietszession im Trentino an Italien sein würde. Ich habe nicht unterlassen, den Minister darauf hinzuweisen, wie schwierig es nach allen Vorgängen der Geschichte für den alten österreichischen Kaiserstaat sein würde, den Weg einer Gebietszession an Italien zu beschreiten. Der Minister erwiderte, dann sähe er keine friedliche Lösung dieser Frage.

Man wird also nicht die Augen davor verschließen dürfen, daß man hier vor einer ernsten Frage steht, die zum mindesten den Dreibund erschüttern, vielleicht sogar zu einer europäischen Konflagration führen kann. Ich habe daher noch einmal den Marquis di San Giuliano mit allem Nachdruck darauf hingewiesen, daß er in seinem erfindungsreichen Kopfe eine Lösung finden müsse, die gestatte, vor dem Eintritt der zu befürchtenden Ereignisse wenigstens in eine Aussprache mit Österreich einzutreten.

Flotow

Nr. 15 556

*Der Gesandte in Belgrad Freiherr von Griesinger an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg**

Ausfertigung

Nr. 111 Belgrad, den 6. Juli 1914

Die schicksalsvollen Ereignisse der vergangenen Woche** haben die allgemeine Aufmerksamkeit in so hohem Maße auf die Wirksamkeit

* Der Bericht ist bereits veröffentlicht bei K. Kautsky, Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch, I, 37 ff.
** Gemeint ist die Ermordung des Erzherzog-Thronfolgers Franz Ferdinand am 28. Juni.

der sogenannten „Narodna Odbrana" (wörtlich übersetzt „Volkswehr") hingelenkt, daß eine zusammenfassende Übersicht ihrer Entstehung, Organisation, Ziele und Mittel im gegenwärtigen Zeitpunkt von besonderem Interesse sein dürfte.

Das Jahr 1908, wo Serbien sich gegen die Annexion Bosniens und der Herzegowina durch die Nachbarmonarchie wild aufbäumte, aber dann, von Rußland im Stich gelassen, sich mit der Einverleibung dieser „echt serbischen Länder" in Österreich-Ungarn abfinden und sogar vor aller Welt erklären mußte, hierdurch „nicht beleidigt zu sein", hatte der serbischen Volksseele eine nicht vernarbende Wunde geschlagen. Kurz zuvor waren durch den Ausbruch der jungtürkischen Revolution die Hoffnungen Serbiens auf Erwerb von Mazedonien und Altserbien stark verringert worden und die Früchte einer vieljährigen, kostspieligen und opferreichen Propaganda drohten verloren zu gehen. Die Politiker aller Parteien sahen die Zukunft des Landes auf das äußerste gefährdet; sie waren überzeugt, daß Serbien sich nur mit Einsatz aller Kräfte der Umklammerung durch den übermächtigen Nachbarn erwehren könne. Damals begannen die radikalen Regierungen in Serbien sich ernstlich für einen Entscheidungskampf vorzubereiten und eine Rüstungsanleihe nach der anderen aufzunehmen. Im Zusammenhang damit trat die Idee der „Narodna Odbrana" in die Erscheinung.

Sie war gedacht als ein patriotisch-nationalistischer Geheimbund, der nicht bloß das Königreich Serbien, sondern sämtliche Länder mit serbischen Bevölkerungselementen umfassen sollte, und bestimmt, das Gefühl der Zusammengehörigkeit und Stammeseinheit zu entwickeln und zu kräftigen und auf dem so vorbereiteten Boden an der realen Durchführung dieser Vereinigung mit allen Mitteln zu arbeiten. Das Schlagwort lautete: „Arbeit an der Befreiung der unterjochten Brüder." In die Leitung des Geheimbundes, als dessen Ehrenpräsident der General a. D. Bosidor Jankowitsch, später Kommandant der Ibar-Division im serbisch-türkischen Kriege, fungierte, traten Männer der verschiedensten Berufsarten ein: Beamte, Offiziere (insbesondere diejenigen aus der Gruppe der viel besprochenen „Schwarzen Hand"), Abgeordnete, Kaufleute, Handwerker und dergleichen. Vertrauensmänner des Bundes wurden wie für das Innere Serbiens, so auch für Südungarn, Bosnien und die Herzegowina, Dalmatien, Altserbien und Mazedonien bestellt. Aber gewitzigt durch die unangenehmen Erfahrungen, die man mit dem früheren „Jugoslowenski Klub" (Südslawischer Verein) in Serbien gemacht hatte, vermied es der neue Geheimbund, sich durch schriftliche Festsetzungen der Gefahr einer Kompromittierung auszusetzen. Insbesondere wurden weder schriftliche Statuten abgefaßt, noch über die Sitzungen schriftliche Protokolle aufgenommen. Die Sitzungen wurden je nach Umständen und Verabredung bei dem einen oder andern der Vorstandsmitglieder abgehalten.

Man war sich darüber einig, daß vor allem die Jugend mit ihrer Begeisterungsfähigkeit für unklare Freiheitsideen gewonnen werden mußte. So begann die „Narodna Odbrana“ mit der systematischen Verhetzung und Fanatisierung der Jugend, namentlich der Schuljugend. Im Königreich Serbien eigneten sich trefflich hierzu die Sokol- und Duschanowzi-Vereine, in denen mit der großserbischen Agitation praktische Unterweisung im Waffengebrauch verbunden wurde. In den südslawischen Ländern Österreich-Ungarns, wo derartige öffentliche Verbindungen auf Widerstand der Behörden stießen, bildeten sich überall unter den Schülern serbischer Nationalität geheime Konventikel, die sich an der Lektüre aus Serbien eingeschmuggelter chauvinistischer und auch einheimischer großserbischer Blätter berauschten. Solcher großserbischer Blätter gibt es in Serajewo, Fiume, Agram die Fülle. In letzterer Stadt ist es zum Beispiel der „Srbobran“, ein Organ des kroatischen Landtagsabgeordneten und großserbischen Agitators Swetosar Pribitschewitsch, eines Bruders des jetzt mit dem Attentat in Sarajevo öffentlich in Verbindung gebrachten serbischen Majors Milan Probitschewitsch.

Ihren Zielen entsprechend, wendete die „Narodna Odbrana“ ferner dem Bandenwesen in der Türkei ihre besondere Aufmerksamkeit zu. Sie hat es zwar nicht geschaffen, denn die Komitadjis bestanden lange vor ihr, aber sie hat zu ihrer Vermehrung und besseren Ausrüstung viel beigetragen. Auf ihre Bearbeitung der Jugend ist es mit zurückzuführen, wenn fast täglich Schüler aus den Gymnasien und Studenten von der Universität verschwanden, um als Freischärler in Mazedonien aufzutauchen, oder wenn junge Offiziere aus der Armee austraten und mit falschen Pässen versehen nach Altserbien gingen. Fragt man, was aus diesen Komitadjis jetzt nach beendetem Krieg und erobertem Mazedonien geworden ist, so ist die Antwort: ein Teil ist vom Staat bei den verschiedensten Betrieben (Eisenbahn, Post, Monopol, Zoll, Polizeiverwaltung) untergebracht, wo sie meistens kleine Sinekuren innehaben; ein anderer Teil strolcht arbeitsscheu und wahrscheinlich von der „Narodna Odbrana“ unterstützt umher, auf eine Gelegenheit lauernd, wieder seine wilden Instinkte zu betätigen. Es hat nicht an warnenden Stimmen gefehlt, die auf die Gefahr hinwiesen, jene Komitadjis möchten sich, nunmehr ihre Arbeit in der Türkei beendet war, Bosnien und Südungarn zum Feld neuer Tätigkeit aussuchen.

Was die Mittel betrifft, mit welchen die „Narodna Odbrana“ ihre mannigfachen Ziele bestreitet, so appelliert sie in erster Reihe an freiwillige Massenbeiträge des Publikums. Sie geht dabei von der gewiß richtigen Ansicht aus, daß kleine Beiträge, die in Massen geleistet werden, ein ungleich ergiebigeres Erträgnis liefern, als vereinzelte größere Spenden. Es werden daher bei gewissen Gelegenheiten und namentlich an dem auf den 15. Juni alten Stils fallenden St. Veitstage (Widowdan), der der Erinnerung an den Untergang des mittelalterlichen

Großserbiens in der Schlacht auf dem Amselfeld gewidmet ist, öffentliche Sammlungen in ganz Serbien veranstaltet, die regelmäßig höchst respektable Summen einbringen. Sodann ist es Brauch geworden, bei letztwilligen Verfügungen die „Narodna Odbrana" mit Legaten zu bedenken, ebenso, zum Gedächtnis an verstorbene Familienangehörige der „Narodna Odbrana" Beiträge zu überweisen. Doch hat es mit diesen freiwilligen Beiträgen keineswegs sein Bewenden. Oft genug entsendet die „Narodna Odbrana" ihre Vertrauensmänner zu reichen Kaufleuten, Banken usw., auch solchen, die, ohne Serben zu sein, mit Serben in dauernder Geschäftsverbindung stehen, oder, wie man hier zu sagen pflegt, an Serbien „verdienen", und fordert Beiträge. So wurde mir erst kürzlich ein Fall erzählt, wonach ein solcher Vertrauensmann bei der hiesigen Filiale der Banque Franco-Serbe einen Beitrag verlangte und, als ihm bemerkt wurde, daß die Bank ohne Genehmigung der Pariser Zentrale nicht über 100 frs. beisteuern könne, ausfällig und drohend wurde. Der Staat selbst, wenn er gleich, um Verantwortlichkeiten zu vermeiden, darauf halten muß, daß die „Narodna Odbrana" ihren privaten Charakter bewahre, beschränkt sich indes keineswegs auf die Rolle eines passiven Zuschauers. Unter harmlosen Titeln sind in das Staatsbudget gewisse Positionen aufgenommen, die der „Narodna Odbrana" zugute kommen. Bezüglich der Anschaffung von Flinten für Schüler, von Revolvern für Freischärler ist es notorisch, daß der Staat sie geliefert hat. Charakteristisch ist, daß als Zentralstelle für die Verausgabung von Staatsmitteln für solche Zwecke und die Abrechnung weder das Ministerium des Äußern, noch das Kriegsministerium, sondern dasjenige für Kultus und Unterricht mitwirkt.

Mag daher die serbische Regierung noch so sehr ihren Abscheu und ihre Entrüstung über die in Serajewo begangene Bluttat kundgeben, mag sie noch so sehr ihre Unschuld beteuern und darauf hinweisen, wie sinn- und zwecklos dieses Verbrechen sei, und wie es der Sache des Serbentums viel eher geschadet als genützt habe, eines kann sie nicht ableugnen: Sie hat die Atmosphäre geschaffen, in der solche Explosionen des blinden Fanatismus allein möglich sind. In ihrem Lande und unter den Augen ihrer Behörden sind die Elemente großgezogen worden, die Serbien vor der ganzen gesitteten Welt bloßgestellt und auf eine Stufe wieder herabgedrückt haben wie der verabscheuungswürdige Königsmord des Jahres 1903.

v. Griesinger

Schlußbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
Sehr gut

